

Der Debitismus

- Von und nach Dr. Paul C. Martin (alias dottore) -

- Sammlung einiger vorzüglicher Internet-Beiträge -

- Vorwiegend aus dem Gelben Forum: <http://www.dasgelbeforum.net> -

- Mit vorangestelltem kleinen 1x1 der Wirtschaft -

Vorbemerkung: Die Beiträge für diese Sammlung außergewöhnlicher Erkenntnisse wurden zur Sicherstellung eines flüssigen Lesegenusses geringfügig - jedoch nicht sinnentstellend - editiert. Dazu zählen Grußformeln, Buchstabendreher und -doppler, sowie Layout und (aktualisierte) Zeichensetzung.

Es wurde nach bestem Wissen und Gewissen darauf geachtet, keine sinnentstellenden Veränderungen vorzunehmen.

- *Der Editor.*

Inhaltsverzeichnis

I. Das 1x1 der Wirtschaft

Das 1x1 der Wirtschaft.....	5
-----------------------------	---

II. Real-Enzyklopädie

Real-Enzyklopädie (1): Notenbankkredit.....	9
Real-Enzyklopädie (2): Warengeld als Tauschmittel.....	13
Real-Enzyklopädie (3): Geldumlauf 1 / Inflation & Deflation.....	16
Real-Enzyklopädie (4): Geldumlauf 2 / Scheidemünzen und Banknoten.....	20
Real-Enzyklopädie (5): Geldumlauf 3 / Giralgeld.....	25
Real-Enzyklopädie (6): Metallgeld-Deflationen.....	27
Real-Enzyklopädie (7): Urschuld.....	31
Real-Enzyklopädie (8/1): Parität - Zahlen, Ziffern, Einheiten.....	34
Real-Enzyklopädie (8/2): Parität - Die Unmöglichkeit einer.....	38
Real-Enzyklopädie (10): Zinsen und Goldstandard (WICHTIGE TABELLE).....	42
Real-Enzyklopädie (11): Zinssatz, Zins, Teil 1: some first mainstreaming.....	44
Real-Enzyklopädie (15): Shekel = immer Gewicht, nie "Warengeld"!.....	48
Real-Enzyklopädie (16): Gesell, Manchesterum, Darwin, Hochzucht, Freiwirtschaft.....	52
Real-Enzyklopädie (17): Zinsentstehung (I).....	58
Real-Enzyklopädie (17): Zinsentstehung (II) - die Kriegstheorie von Geld & Zins.....	64
Real-Enzyklopädie (20): Der "Einlagenzins" (1. Teil).....	67
Real-Enzyklopädie (21): Inkompatible Bankbilanzen - wo ist der Buba-Kredit?.....	70
Real-Enzyklopädie (25): "Ersparnisse".....	74
Real-Enzyklopädie (26): Kapitalismus, Marktwirtschaft etc. - Klärungsversuch.....	79
Real-Enzyklopädie (27): Hat der Goldstandard funktioniert?.....	82
Real-Enzyklopädie (28): Macht, Zins, Inflation (I).....	86
Real-Enzyklopädie (28): Macht, Zins, Inflation (II).....	90
Real-Enzyklopädie (28): Macht, Zins, Inflation (III).....	93
Real-Enzyklopädie (29): Max Weber, die Juristen und die Macht.....	96
Real-Enzyklopädie (30): Der 'Zweck' des Geldes.....	99
Real-Enzyklopädie (31): Gemeinschaftsaufgaben.....	103
Real-Enzyklopädie (32): Das Märchen vom 'Zins'.....	106

III. Verschiedene Beiträge aus der Sammlung

Geld, Kredit, etwas Meta-Physik - Gedanken zum Wochenende (plus Vorschlag).....	111
DAS ist unser heutiges Kredit- und Kreditgeldsystem (in 59 Punkten).....	116
Es ist k e i n Emmentaler! SEHR WICHTIG!.....	119
SEHR WICHTIGE Erklärung des "Systems": Schulden, Notenbank, Liquidität, Gold.....	124
Debitismus: Erklärung Teil 1.....	127
Debitismus: Erklärung Teil 2.....	131
Ach ja? Die gefälschte ZB-Bilanz. Beweis:.....	135
Lesetipps und MEHR - Anti-ZB und Anti-Macht-Pamphlet.....	140
State of the Art beim Metall-Problem (1).....	146
Metallproblem - State of the Art (2).....	148
Metall, Macht und Eigentumsentstehung (3).....	149
Sehr grundsätzliche Antwort - that's all I can say.....	151
Bargeld, Bargeldbestand, Bargeldumlauf - hier spricht die EZB.....	155
Inflation, Hyperinflation, intrinsischer Wert.....	157
Bargeld / Buchgeld / Banknoten usw.....	160
Eine Formalie und eine Frage zur "Bankrott-Formel".....	162

"Geldmenge" wird per se falsch berechnet.....	165
Nochmal zum Nachdenken. Bestimmt die Sanktion den Wert des Geldes.....	167
Je mehr Geld, desto weniger wird gekauft. Japan hat's eben drauf!.....	170
Bank of England - die Gründerjahre unter der Lupe.....	172
Tobin-Steuer, Goodfriend, "carry tax", Freigeld usw. - wo kommt's wirklich her?.....	177
Heute besteuertes Steuerzahlungsmittel.....	180
Warum Steuerstaaten immer wieder scheitern müssen.....	182
Der Staat schafft sich sein Geld selbst - Wray/Innes.....	185
Zusammenbruch - Um der Wahrheit die Ehre zu geben.....	187
Zum (künftigen) Silberstandard - Mutmaßungen + Historie.....	190
Eigentum, Zins, Tempel, Pfründen, Herrscher usw.....	193
Macht und Stadt.....	196
Was war "pecunia" (röm. "Geld") wirklich?.....	200
Wie und zu welchem Zweck entstand die Silberwährung?.....	203
Woher kommt der Arbeiter?.....	206
Zins, Zinseszins und Krieg.....	210
Nochmals zum Beginn von Eigentum und Zins.....	212
Wie kommen arabische Silbermünzen auf die Lofoten?.....	215
Debitismus, Dereliktion (Eigentumsaufgabe) und Staatsbankrott.....	219
Deflations-Tsunami.....	221
Make love, not war - Caral und der ewige Traum der Menschen vom Frieden.....	224
Das Geld der Zukunft - so funktioniert's.....	230
Zins als Derivat der Macht - Der "Urzins"-Unfug von Herrn Gesell.....	232
Freiland oder Freigeld? Vom Fast-Nobelpreisträger Gesell und seinen Adepten.....	235
Germanen, Niamey - und wer waren die Hebräer und WOHER?.....	241
Debitismus und die letzte Kugel im Lauf - schlag nach bei Keynes!.....	243
Erheiterndes zu Krieg, Embedding und die 1. Pressekonferenz.....	245
Geld aus Eigentum oder Abgabe? Kritik an einem H/S-Aspekt.....	247
... und erklären endlich auch den 33 %-Zinssatz.....	249
Widerlegung der Markttheorie.....	251
HEUREKA: Prähistorischer Handel.....	256
Zur Not gehts auch ohne Markt, an dem Steuerpflichtige Handel treiben.....	260
Zur Leistungsbilanz der antiken Mächte.....	262
Das Wunder der "privaten" Geldentstehung.....	266
"Machttheorie" - diesmal ganz genetisch.....	273
Renfrew und der "Handel" in der Steinzeit.....	277
Origin of War - die nächste, hier: Nordost-Syrien.....	283
Eigentum, Macht, Freiheit - Klärungsversuch.....	286
GBs verschulden sich gegenüber Kunden? Es gibt kein Schuldnergeld!.....	290
Nochmals zu Zins und Abgabe.....	299
Nochmals Staatsmonopol und Cournot'scher Punkt.....	302
Wie ist das Silbergeld entstanden?.....	304
Infla/Defla, FRB und die Österreicher.....	308
Herrschaft, Staatsentstehung, Abgabensystem, Cournot'scher Punkt.....	311
Revidierte Bronzezeit in Israel? Gewalt, Herrschaft, Staatsbildung, Tribute.....	315
'Zivilisation', 'Kultur', Gewalt & Forums-Gejaule.....	317
Aus der Eigentumsprämie erwächst kein Zins.....	319
Die asiatischen "Devisenreserven" - wer schläft da schlecht?.....	322
Die Ruhe vor dem Sturm?.....	324
Vola gg. Vola - es geht dahin! The Coming Mystery Crash.....	325
Fakten zum deutschen Rentensystem.....	326

Debitismus - ja oder nein?.....	332
Geld - woher?.....	339
Neo-Chartalisten und Hardys Schatzkammer.....	341
Zins 1, 2, 3.....	345
Antworten zu Fragen zum Buch "Der Kapitalismus..."	347
Deflation, Hyperinflation, Währungsreform,.....	350
Die alte, falsche Fed-Story.....	352
Goldgeld.....	354
Zinstheorie, Staatenentstehung.....	356
Münzhorte und ökonomische Theorie.....	360
Handel in Rom.....	363

I. Das 1x1 der Wirtschaft

Das 1x1 der Wirtschaft

In den Medien oder in den Internet-Foren hört und liest man immer wieder Begriffe rund um die Wirtschaft. Viele Board-Teilnehmer haben jedoch Schwierigkeiten diese Begriffe und ihren Zusammenhang untereinander zu verstehen.

Herr Dr. Paul C. Martin, Autor vieler Wirtschaftsbücher (u.a. "Die Krisenschaukel") hat sich bereit erklärt, in einer für Jedermann kurzen und verständlichen Form, diese Begriffe zu erklären.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Dr. Paul C. Martin bedanken!

-Webmaster- (<http://www.goldseiten.de>, Anm. Editor)

Ich erfülle seine Bitte gern, zumal es immer wieder Begriffsverwirrungen gibt. Ich bitte, diesen Beitrag auch nur als ein kurzes Destillat meiner allgemein Theorie der Wirtschaft zu verstehen, die ich unter dem Begriff "Debitismus" in die Diskussion eingeführt habe und der - auch von Hochschulprofessoren - bisher nicht ernsthaft widersprochen werden konnte.

1. DEBITISMUS.

Wort von "debit" (lat. = schuldet). Grundgedanke: Nicht Geiz und Gier, nicht Profitsucht oder ähnliches treiben die Wirtschaft voran, sondern der auf ihr lastende permanente Schuldendruck. Theorie übrigens von den Bremer Prof. Heinsohn & Steiger zum 1. Mal entdeckt, ihr Buch "Eigentum, Zins und Geld" erklärt alles en detail; allerdings sehr akademisch und umfangreich.

2. TAUSCHTHEORIE.

Die ist Schrott, die Theorie nämlich, auf der alle (!) heutigen ökonomischen Modelle basieren, dass - im Grunde - immer ein Gleichgewicht in der Wirtschaft herrscht, weil die Kosten immer zu Einkommen werden und die dann die mit Hilfe der Kosten hergestellte Produktion vom Markt nehmen. Geld spielt darin sozusagen nur als "Tauschmittel" eine Rolle, quasi als Vereinfacher des Tausches von Zement in Hühner oder Löhne in BMW-Cabrios.

3. NACHSCHULDNER.

Tatsächlich ist die Wirtschaft nie im Gleichgewicht, ganz einfach, weil Zeit verstreicht, bis die Kosten wieder in die Firmen zurückkehren können. Diese Zeit kostet Geld (Zins). Aber das Geld dazu ist nirgends in der Wirtschaft vorhanden. Also? Also muss es sich jemand "leihen", so dass wir in einem System leben, das die alten Schuldner nur erlösen kann, indem immer wieder neue "Nachschuldner" dazu kommen. Fielen sie eines Tages aus, würden alle vorangegangenen Schuldner logischerweise sämtlich pleite gehen.

4. GELDMENGE.

Irrlehre! Es gibt keine Geld"menge", das ist eine Begriffsverwechslung, aus dem Bereich der Güter entlehnt. Es gibt immer nur eine gleich hohe Summe von Guthaben und Schulden bzw. umgekehrt. Und da auf beidem immer Zins liegt, der aber immer wieder durch neue Verschuldung herbeigezaubert werden muss, schreit das System immer nach neuer Nettoneuverschuldung. Oder es geht unter.

5. SCHULDENDRUCK.

Jeder im Kapitalismus (= unsere freie Wirtschaft) ist ein armes Schwein. Selbst wenn er selbst mal gerade schuldenfrei ist, wohnt er doch in einem Haus, das sein Vermieter finanziert hat oder arbeitet in einer Firma, die gerade mit ihrer Bank um neue Kredite feilschen muss.

Das war erstmal das Vorspiel. Und gleich geht's weiter:

6. NACHFRAGE.

Jeder kann nachfragen; dazu braucht er kein Geld. Es reicht, wenn er sagt: "Ich kaufe" - wie er dann das Geld besorgt, ist sein Problem (Wechsel, Konto überziehen, Visa, Geld von Oma leihen usw.). Jeder Nachfrager ist – sub summa aller Nachfrager - also verschuldet, egal ob der einzelne doch gerade flüssig war/ist oder klamm.

7. INFLATION I.

Jede Nachfrage steigert tendenziell den Preis - es sei denn der Unternehmer ist zu blöd, die Preise anzuheben, wenn der Laden voller Leute ist. Jeden Tag erleben wir also an einzelnen Märkten und in einzelnen Produkten Mini-Inflationen.

8. DEFLATION I.

Nun habe ich also mein Ding, das tendenziell im Preis gestiegen ist. Aber ich habe noch nicht das Geld, um es zu bezahlen. Dazu muss ich mich nun anstrengen und etwas leisten oder produzieren - also ein Zusatzangebot in die Welt zu schicken. Und das senkt den Preis auf diesem Markt wieder. Also Mini- Deflationen.

9. STABILITÄT.

So besteht die Welt aus lauter kleinen Inflationen und Deflationen - und am Ende bleibt das Preisniveau stabil. Dass das ganze vor dem Hintergrund der permanent benötigten "Zusatzverschuldung" stattfindet, spielt keine Rolle, denn 7 und 8 sind genau das, was damit gemeint war. Das war's eigentlich schon: Alles paletti!

Zwar gibt's niemals Gleichgewicht, weil sich das System immer wieder aus sich heraus vorwärts treibt. Aber es läuft - es sei denn, die Nachschuldner fallen komplett aus. Aber warum sollten sie? Wir alle wollen doch besser leben und da stecken wir schon mal was ins Geschäft (der Unternehmer in seine Firma, wir in unser Ego).

Doch dann!

10. STAAT.

Nun dürfen ja nicht nur wir Schulden machen, sondern auch ein sonderbares Gebilde, das STAAT heißt. Während wir unsere Schulden abarbeiten, für Zins und Tilgung sorgen müssen, juckt den STAAT sowas überhaupt nicht. Er ist der einzige Schuldner, der auf die Frage nach Zinszahlungen sagen kann: Ach schreiben Sie's doch dazu.

11. SCHULDENEXPLOSION.

Der Staat darf also seine Schulden "stehen lassen" und damit mahlt der Zinseszins. Bei 7 % verdoppelt sich die Schuld alle zehn Jahre, bei 10 % alle sieben Jahre, usw. Einfach mal in die Schuldenkurven aller Staaten gucken - sofort ist alles klar. Da ist ein Hochleistungskrimineller am Werk gegen den Baulöwe Jürgen Schneider usw. Waisenknaben waren und sind.

12. FINALE.

Vom Wiener Baurat und vereidigten Gerichtssachverständigen Dipl.-Ing. (einem unbestechlichen Naturwissenschaftler also) Walter Lüftl. stammt die Formel (hier in Worten, nicht in Zahlen):

Steigen Schulden schneller als das, woraus sie verdient werden können, kommt es in berechenbar endlicher Zeit zum Bankrott. Gilt für Tante-Emma-Läden genauso.

Nur beim Staat ist das, woraus er sich bedienen kann, nur die Wirtschaftsleistung, und wächst die langsamer als die Staatsverschuldung... (vollenden Sie den Satz bitte selbst). Alle Staaten sind hart unterm Wind auf Bankrott-Kurs.

13. INFLATION II.

Die Staatsschulden sind zunächst zusätzliche Nachfrage und deshalb auch so beliebt, weil ins System des "Debitismus" (1) scheinbar passend. Da der Staat aber nicht leistet, fehlt die "Warenmenge", die das Preisniveau wieder senken könnte. Es kommt zur richtigen Inflation: Immer nur Nachfrage, aber die erlösende Warenmenge erscheint nie. Es gibt demnach nur eine einzige (!) Ursache für Inflation - das ist der STAAT.

14. INFLATIONSENDE.

Das ist - auch bei robuster Staatsnachfrage mit Hilfe immer neuer Schulden - spätestens dann erreicht, wenn die Kosten der Fortsetzung der Inflation ihre Erträge übersteigen. Kurz: Wenn die staatliche Neuverschuldung gerade noch ausreicht, um die inzwischen aufgelaufenen Zinszahlungen zu egalisieren. Dann ist der Zauber weg und selbst bei größten Defiziten (siehe heute Japan) schmiert die Wirtschaft mehr und mehr ab.

15. HYPERINFLATION.

Der Staat kann auch noch die Notenpressen laufen lassen und Geld drucken wie blöd (bei der Notenbank wird's abgeholt gegen Hinterlegung immer kurzfristigerer Rückzahlungsversprechen), doch auch das endet nach Regel 14: Die deutsche Hyperinflation endete 1923 warum? Weil die Kosten für Papier und Druck höher waren als das, was draufstand. Deshalb sind die letzten "Billionen"-Scheine nur noch ganz klein und bloß einseitig bedruckt.

16. DISINFLATION.

Die Hyper-Infla-Lösung steht diesmal noch aus. Nach der ausschließlich STAATSverschuldeten Normal-Inflation der 70er Jahre kam erst mal die Infla-Kippe (auch durch "Bremsmanöver" der Notenbanken) und dann sanken die Preissteigerungsraten und damit die Zinsen. Eigentlich sehr schön, nicht? (Aber Achtung: Die alten Schulden sind stehen geblieben, wir sehen sie noch wieder; Schulden verschwinden nie von selbst!).

17. GOLD.

Die Goldhaussiege der 70er Jahre mit Spitze 1980 bei 850 \$ / Unze brach mit Crash (Sachwerte-Crash) und damit war das Thema vorerst zu Ende...

18. BÖRSEN-HAUSSE.

... bis es dann 1982/83 zwanglos in die Finanztitel-Hausse mündete, die mit jeder Menge Möglichkeiten, auf die Notenbanken zu ziehen richtig flott gemacht wurde, die aber vor allem der sinkende Zinsfuß vorantrieb.

19. MANIE.

Die Hausse wurde, wie immer, wenn die Gier jeden mit Blindheit schlägt, vollends zur Manie, es wurde entspart (USA), sogar auf Aktien Kredit aufgenommen wie noch nie zuvor in der Weltgeschichte.

Double-your-money-every-hour!

20. TOP.

Auch die Finanztitel-Hausse muss logischerweise enden (wie vorher die Sachwert-Hausse), sobald die Kosten ihrer Fortsetzung ihren Ertrag übersteigen. Dies wurde durch die Zinsanhebungen der Fed (amerikanische Notenbank) ermöglicht, die sowieso nichts kapiert hat. Wenn Fed-Chef Greenspan in der Hausse von einer "irrational exuberance" spricht, versteht er nicht, was in jeder Disinflation vollständig "rational" passiert (zum letzten Mal 1923 ff.; US-Infla davor war 1915 bis 1920).

21. CRASH.

Ob Crash als Crash, als Salami oder als langer Bärenmarkt daherkommt, ist egal. Es geht abwärts, immer mehr Träume platzen, immer mehr Kredite werden notleidend, Stimmung schlägt um. Der Bär hat viel Zeit und nur eins im Sinn: die maximal mögliche Zahl von Anlegern mit sich in die Tiefe zu nehmen.

22. DEFLATION II.

Das ist der eigentliche Würger. Weil die alten Guthaben ja noch da sind (gleich hoch wie die Schulden - Sie erinnern sich doch!), drängend die jetzt immer mehr auf Zahlung. Und da die Preise anfangen zu sinken (Notverkäufe und andere Ursachen; schließlich haben wir ja "Debitismus", d.h. Ständigen Liquiditätsdruck), wiegen die zum alten Nominalwert existierenden Schulden "real" immer schwerer.

23. DEPRESSION.

Dann fällt alles, Kurse, Preise, Werte. Ob die Zinsen auch noch auf Null gesenkt werden, spielt keine Rolle mehr, siehe Japan jetzt. Die ausweglose Lage entsteht. Hilfe wäre nur möglich, wenn die Schulden/Guthaben gestrichen bzw. zumindest zinsfrei gestellt würden - und das zumindest bei den Staatsanleihen, die nichts anderes sind als Forderungen der Bürger an sich selbst, Schwindelpapiere also, oder eben ein "hochverzinsliches Nichts".

24. SCHLUSS.

Der ist erst, wenn alle jene Schulden ausgebucht sind, die die Inflation verursacht haben. Schluss in der Geschichte heißt immer: Das alte Preisniveau (Vor-Infla!) wird wieder erreicht. Perfektes Beispiel USA: Die Preise von 1915 wurden punktgenau (!!) 1934 wieder erreicht. Also herrschte 20 Jahre absolut stabiles Preisniveau - oder nicht? Wer spricht denn da von "Weltwirtschaftskrise", was will er uns damit sagen? Ich sage aber: Auch diesmal werden alle Preise, vergleichbare Güter vorausgesetzt, wieder auf das Niveau der frühen 50er Jahre fallen. Tja und nun? Und GOLD??? Jetzt wird's spekulativ.

25. GOLD WOHIN I?

In der Deflation fallen alle Preise, auch der von Gold. Wie weit weiß ich nicht. Es gibt für mich nur ein einleuchtendes Preisziel, das von Jürgen Küssner, dem m. E. besten Elliott-Wellen-Analytikers, den ich kenne (man schaue in seine Page). Es liegt bei ca. 200. Ich weiß natürlich, dass es einen absoluten "Nullpunkt" für Gold gibt. Der liegt bei 42,22 \$ / Unze. Zu diesem Preis muss US Treasury alles Gold ankaufen, das angeboten wird. Tiefer kann der Preis nicht fallen.

26. GOLD WOHIN II?

Küßner "sieht" aufgrund seiner sehr sorgfältigen Analyse eine Goldpreis von 2000 bis 3000 \$ / Unze. Für mich "fundamental" gesehen unvorstellbar, weil selbst in einem Komplett-Crash des Geld- und Finanzsystems kein Mensch mehr ins Gold gehen kann, ganz einfach weil ihm das Geld dafür fehlt (niemand hat dann mehr "Geld"), ich erinnere an Hongkong nach dem 87er Crash: Gleich nach den Aktien stürzte Gold, weil Liquidität beschafft werden musste. Also kann hinter dieser verwegenen Analyse nur etwas ganz anderes stehen: Eine Goldauf- (=Dollarab-)wertung!

So etwas gab's zuletzt 1934 unter Roosevelt (von ca. 20 auf 35 Dollar / Unze).

Mit einem solchen Geniestreich würden sich die USA schlagartig ihrer Schulden entledigen (die entsprechend abgewertet würden). Das Preisniveau würde schlagartig steigen und alle Schuldner entlasten. Nummer funktioniert aber nur, wenn anschließend wieder Rückkehr zum alten, Goldstandard mit Goldan- und -verkaufsverpflichtung in jeder gewünschten Höhe.

Reine Spekulation heute noch. Und auf keinen Fall eine Anlageempfehlung weder auf der Long- noch auf der Short-Seite.

Dr. Paul C. Martin., Hamburg.

II. Real-Enzyklopädie

Real-Enzyklopädie (1): Notenbankkredit

Geschrieben von dottore am 13. Juli 2001 19:23:32

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/71531.htm>

Bekanntlich gehen die mainstreamer davon aus, dass es "Kredite der Notenbanken an Geschäftsbanken" gibt. Es ist ihr zentraler Glaubenssatz, an dem zu rütteln keinem bekommt.

Der Glaubenssatz ist zentral, da es ohne solche "Kredite" keine Möglichkeit gäbe, das Wirtschaftsgeschehen gedeihlich zu beeinflussen. Der Kreditgeber hat den Kreditnehmer in der Hand: Gibt er ihm den Kredit, kann der mit dem Kredit arbeiten; verweigert er den Kredit, kann er nicht damit arbeiten.

Ein Kredit der Notenbank ist unbezweifelbar eine Forderung (Aktivum) der Notenbank, wie umgekehrt ein ihr von der Notenbank gegebener Kredit für die Geschäftsbank eine Schuld darstellt (Passivum).

Wie war es nach der Währungsreform von 1948?

Die Notenbank hat ihre Kredite an inländische Kreditinstitute tatsächlich aktiv verbucht, wie hier zu sehen (die erste Zeile ist das Jahr 1948 usw.; es geht um Mio. DM):

Kredite an inländische Kreditinstitute					
mit angekaufte(n) Marktwechsel(n)	ohne Geld- marktwechsel(n)	Inlandswechsel		Auslands- wechsel	Lombard- forde- rungen und sonstige Kredite
		zusammen	darunter Geldmarkt- wechsel 1)		
1 651	1 651	1 446	-	0	205
3 866	3 866	3 221	-	5	640
5 570	5 570	4 199	-	36	1 335
6 171	6 171	4 644	-	113	1 414
4 465	4 396	3 351	69	107	1 007
3 645	3 554	2 683	91	147	815
3 626	3 534	2 774	92	156	696
4 896	4 823	4 002	73	202	692
3 217	3 174	2 636	43	131	450
1 817	1 744	1 364	73	172	281
1 066	964	723	102	149	194
1 334	1 305	853	29	125	356

Im Jahr 1948 sind insgesamt 1651 Mio. DM solcher "Kredite" vergeben worden. Sie setzen sich zusammen aus 1446 Mio. DM, die unter dem Rubrum "Inlandswechsel" und 205 Mio. DM, die unter dem Rubrum "Lombardforderungen und sonstige Kredite" verbucht sind.

So weit so gut.

Nun sind "Inlandswechsel" keine Bankwechsel in dem Sinne, dass die Kreditinstitute auf sich selbst gezogen und anschließend die Wechsel an die Notenbank weiter gereicht hätten, um im Gegenzug einen "Kredit" der Notenbank zu erhalten. Das wäre auch unnötig gewesen, denn die Notenbank hätte entweder den Kredit blanco vergeben können oder indem sie dingliche Sicherheiten verlangt.

Im ersten Fall hätte die Notenbank zunächst eine Sache, nämlich Banknoten verliehen, der zweite Fall ist nicht eingetreten, die in der NB-Bilanz keine Grundstücke der Banken o.ä. erscheinen.

Im ersten Fall hätte die NB auch immer nur Banknoten dinglich verleihen können und kein Guthaben, über das sie selbst verfügt auf dem Wege über eine Zession desselben.

Im zweiten Fall hätte die Bundesbank keinerlei Bewertungsmöglichkeit für die ihr angetragene Sicherheit Grundbesitz o.ä. gehabt. Denn eine Bewertung von Immobilien kann erst Statt finden, nachdem Notenbankgeld in Erscheinung getreten und Grundstücke o.ä. mit Hilfe desselben hätten gekauft werden können.

Das aber hätte erst geschehen können, nachdem Notenbankgeld erschienen wäre. Dies hätte aber wiederum erst erscheinen können, nachdem Grundbesitz o.ä. mit Hilfe von Notenbankgeld umgesetzt worden wäre. Die Katze hätte sich also in den Schwanz gebissen.

Die rätselhaften Kredite der Notenbank an inländische Kreditinstitute waren also überhaupt keine Kredite, sondern nichts anderes als die Verwandlung von bereits vorhandenen Kredititeln (Inlandswechsel, Lombardpapiere) in Banknoten bzw. Buchgeld, über das die Banken ihrerseits verfügen konnten, indem sie nicht abgerufene Banknoten in Form eines Guthabens bei der Notenbank stehen ließen, um es jederzeit an andere Banken oder Nichtbanken weiter buchen zu können.

In diesem Zusammenhang ist auch das Wort "Lombardforderungen" interessant. Aus einem Lombardpapier (z.B. Staatsanleihe) kann immer nur einer Rückzahlung fordern, nämlich der jeweilige Inhaber des Papiers. Der Inhaber des Papiers ist zunächst die Bank. Die Bank tritt diese Forderung aber nicht an die Bundesbank gegen den Erhalt von Banknoten ab, die sie hinfort bis zur Endfälligkeit behalten kann, sondern sie hinterlegt die Forderung als Sicherheit für den Zeitraum, für den sie von der Notenbank Banknoten (oder eine Gutschrift, nicht einen Kredit!) in Höhe der Summe, auf die die Papiere lauten (abzüglich des Lombardsatzes).

Die Notenbank vergibt also keine Kredite an Kreditinstitute, sondern sie verwandelt vorübergehend bereits vorhandene Kredite (Wechsel, Lombardpapiere) in Banknoten.

Das wird völlig klar, wenn wir uns vergegenwärtigen, was geschähe, wenn sich die Kreditinstitute in der Zeit auflösen würden (freiwillig oder durch Konkurs), während der die von ihnen an die Notenbank weiter gereichten Wechsel und Lombardpapiere noch bei der Notenbank liegen.

Die Notenbank könnte die Inlandswechsel nur beim Schuldner bzw. beim Gläubiger des Wechsels einklagen (beim Wechsel haften beide gleichermaßen, auch die Bank, die quergeschrieben hat, aber die Bank betrachten wir der Einfachheit halber als nicht mehr existent).

Die aus dem Wechsel verpflichteten Parteien müssten dann ihrerseits der Notenbank das Notenbankgeld zurück geben. Und bei den Lombardpapieren müsste sich die Notenbank gedulden, bis sie Endfälligkeit erreichen, um sich ihr Notenbankgeld zurück zu klagen, bei Staatspapieren wäre es der Staat.

Dem eben geschilderten Tatbestand ist es zu verdanken, dass die Geschäftsbanken ihrerseits nirgends eine Verbindlichkeit gegen die Notenbank verbuchen und auch gar nicht können, da sie diese nicht haben.

Aus den Lombardpapieren sind sie per se nicht verpflichtet, sondern der Staat. Aus dem Wechsel sind sie auch nicht als Gläubiger oder Schuldner verpflichtet (das sind beim Inlandswechsel immer Nichtbanken), sondern sie stehen durch ihr Querschreiben des Inlandswechsels nur in Haftung.

Aus einer Haftung selbst ist jedoch niemand verpflichtet (schuldig), bevor nicht der Haftungsfall selbst eingetreten ist. Sonst müssten z.B. auch Versicherungen sofort nach Abschluss einer Versicherung den vollen Betrag, der beim Eintritt des Versicherungsfalles zur Auszahlung fällig wäre, als Verbindlichkeit (Schuld) verbuchen.

Und so kommt es denn, dass die Kreditinstitute selbst "Guthaben" bei der Notenbank verbuchen und niemals Verbindlichkeiten gegenüber der Notenbank, was sie aber tun müssten, wenn es so etwas wie "Kredite an Kreditinstitute" gäbe.

Wie diese Darstellung aus der Startphase der DM beweist:

D IV. Kreditinstitute 1948–1974
Alle Banken

1.01 Aktiva und Passiva, gesamt
a) Stand *)

Mio DM

Stand am Jahresende	Zahl der erfaßten Institute**)	Geschäftsvolumen 1)	Kassenbestand	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Schecks und Inkassopapiere 2)	Kredite an Kreditinstitute 3)			disponible K
						insgesamt	Guthaben und Darlehen 3) 4)	Wechseldiskontkredite	
1948	3 518	.	256	1 457	.	2 202	1 468	734	
1949**)	3 540	.	275	1 371	.	4 014	2 964	1 009	
1950	3 621	39 110	309	1 863	249	6 840	5 428	1 109	
1951	3 795	50 319	403	2 807	388	9 214	7 411	1 412	
1952	3 782	63 828	466	3 115	440	12 542	9 573	1 943	
1953	3 781	78 814	479	3 437	532	15 860	12 223	1 556	
1954	3 787	100 092	545	4 137	628	22 026	15 569	1 638	
1955	3 631	119 586	602	4 590	664	26 102	16 999	2 035	
1956	3 658	134 612	715	5 690	827	28 193	18 568	1 721	
1957	3 658	157 859	812	7 739	898	35 628	24 323	1 446	
1958	3 663	179 650	918	8 888	946	42 597	28 255	1 354	
1959	3 678	206 911	959	9 875	1 063	49 616	31 109	2 115	

Die in dieser Tabelle weiter rechts erscheinenden "Kredite an Kreditinstitute" sind Kredite von Kreditinstituten an Kreditinstitute, denen Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten gegenüberstehen einschließlich weitergegebener Wechsel (was beides nicht ganz "passt", z.B. werden schon allein die "durchlaufenden Kredite" der Kreditinstitute untereinander aktiv und passiv unterschiedlich hoch verbucht, was per se ein Unding ist und deshalb gesondert untersucht werden sollte).

Die "Guthaben der Kreditinstitute" bei der Bundesbank werden 1948 mit 1 457 Mio. DM ausgewiesen, was wundersamerweise fast genau dem Betrag entspricht, den die Bundesbank unter "Inlandswechsel" ihrerseits als "Kredite an inländische Kreditinstitute" in Höhe von 1 446 Mio. DM verbucht.

Da nicht beide - Bundesbank und Kreditinstitute - gleichzeitig Kredite bzw. Guthaben gegeneinander buchen können ohne entsprechende Verbindlichkeiten gegeneinander zu buchen, tritt der Schwindel offen zu Tage.

Die Kreditinstitute können jederzeit über ihre Guthaben bei der Notenbank verfügen. Die Notenbank aber kann nicht über ihre "Kredite an Kreditinstitute" verfügen, sondern sie muss, nachdem sie einmal Banknoten gegen Wechsel oder Lombardpapiere ausgegeben hat, immer warten. Entweder bis die Frist verstrichen ist, an der die von ihr an die Banken ausgegebenen Banknoten zurückgegeben werden müssen.

Dies ist eine physische Rückgabe (dinglich, Rückgabe einer vertretbaren Sache) und keine Rückzahlung (tilgend).

Oder sie muss (im Fall des zwischenzeitlichen Ausscheidens der Banken) warten, bis die ihr als Besicherung bei der Ausgabe (nicht Kreditierung) ihrer Noten bzw. jederzeit in Noten abrufbaren Gutschriften hingegebenen Schuldtitel nach den auf ihnen vermerkten Fristigkeiten fällig werden.

Dann kann sie die Rückgabe der vertretbaren Sache "Banknoten" einklagen.

Soweit die Sachlage in dem Punkt "Notenbankkredit". Letztlich läuft alles auf eine Verwechslung von Kreditgewährung mit Sicherheitsablegung und auf eine Verwechslung von Sachenrecht mit Schuldrecht hinaus.

Real-Enzyklopädie (2): Warengeld als Tauschmittel

Geschrieben von dottore am 13. Juli 2001 20:47:48

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/71544.htm>

Isidor von Sevilla (560 - 636) verdanken wir folgende Beobachtung:

"Antiquissimi, nondum auro argentoque invento, aere utebantur" (Etymologiae XVI 18,5).

Deutsch: Unsere ältesten Vorfahren (I. betrachtet sich als Römer) nutzten das Erz, als Gold und Silber noch nicht erfunden waren.

Dieses "Erz" ist lat. "aes, aeris" (AE) im Klartext: Kupfer.

Dieses wurde in Rom als Münzmetall genutzt, bevor es zu Silber- und Goldmünzen kam. Dies lag nahe, da Italien selbst kaum Bodenschätze in Form von Erzen hat. Das AE der Römer könnte aus Etrurien (Toskana) gekommen sein, vgl. dazu den Katalog (engl.) der Etrusker-Ausstellung im Palazzo Grassi, Venedig, 2000/20001, Karte S. 77.

Oder es kam aus der Rom gegenüber liegenden Insel Sardinien, vgl. Lo Schiavo: Early Metallurgy in Sardinia, in: Archäometallurgie der Alten Welt, Bochum 1989, S. 33 ff.

Letztlich kann das niemand mehr klären, es sei denn durch extrem aufwendige metallurgische Untersuchungen.

Jedenfalls sind sich sämtliche Forscher darüber einig, dass das erste "Geld" der Römer aus Kupfer war. Als Standardwerk gilt immer noch Haeblerins "Aes Grave. Der Schwergeld Roms und Mittelitaliens" (2 Bde 1910, Reprint 1968). Dazu kamen Thomsen "Early Roman Coinage: A Study of the Chronology", 3 Bde, Kopenhagen 1957-61 und Crawford's "Roman Republic Coinage" (2 Bde, Cambridge 1974).

Jeder, der das AE-Geld der Römer bestreiten wollte, würde sich lächerlich machen.

Nun haben wir gelernt, dass Geld als "Tauschmittel" erfunden wurde, weshalb es sich empfiehlt, dieses aus AE bestehende erste Tauschmittel der Römer, einer aufstrebenden Weltmacht also, unter die Lupe zu nehmen.

Nach großbarrenförmigen "Vorläufern" mit diversen "Barrenprägungen" wie einem Stier (!), der möglicherweise zu der Missdeutung Anlass gab, der lateinische Name für "Geld" (= pecunia) würde sich von "pecus" (= das vor allem der Milchgewinnung dienende "Vieh") ableiten, wofür es keinerlei stringenten Beweis gibt, kam es kurz nach -300 zu einem nachvollziehbaren "Münzsystem", das mehr als 40 Jahre lang gegolten haben soll.

Das ist das System:

No.	Weight (gms.)	Denomination	Obverse	Reverse
1	400.92-310	As	Hd. of beardless Janus	ROME 289-45 Hd. Mercury l.
1a	309.8-240.2	"	"	"
2	205.9-155.5	Semis	Hd. of beardless Mars I.S	Hd. Venus l. below ~
2a	154.5-134.6	"	"	"
3	139.8-105	Triens	Thunderbolt ●●●●	Dolphin r, below ●●●●
3a	104.9-74	"	"	"
4	106.6-80	Quadrans	2 barleycorns ●●●	Open r. hand, to l. ●●●
4a	79-65.9	"	"	"
5	77.4-55	Sextans	Cockle shell ●●	Caduceus " between ● ●
5a	54.7-42	"	"	"
6	40.3-27	Unica	Knucklebone ●	● " ●
6a	26.8-19.3	"	"	"
7	24.1-17.5	Semuncia	Acorn, "	" } "
7a	17.4-9.1	"	"	"

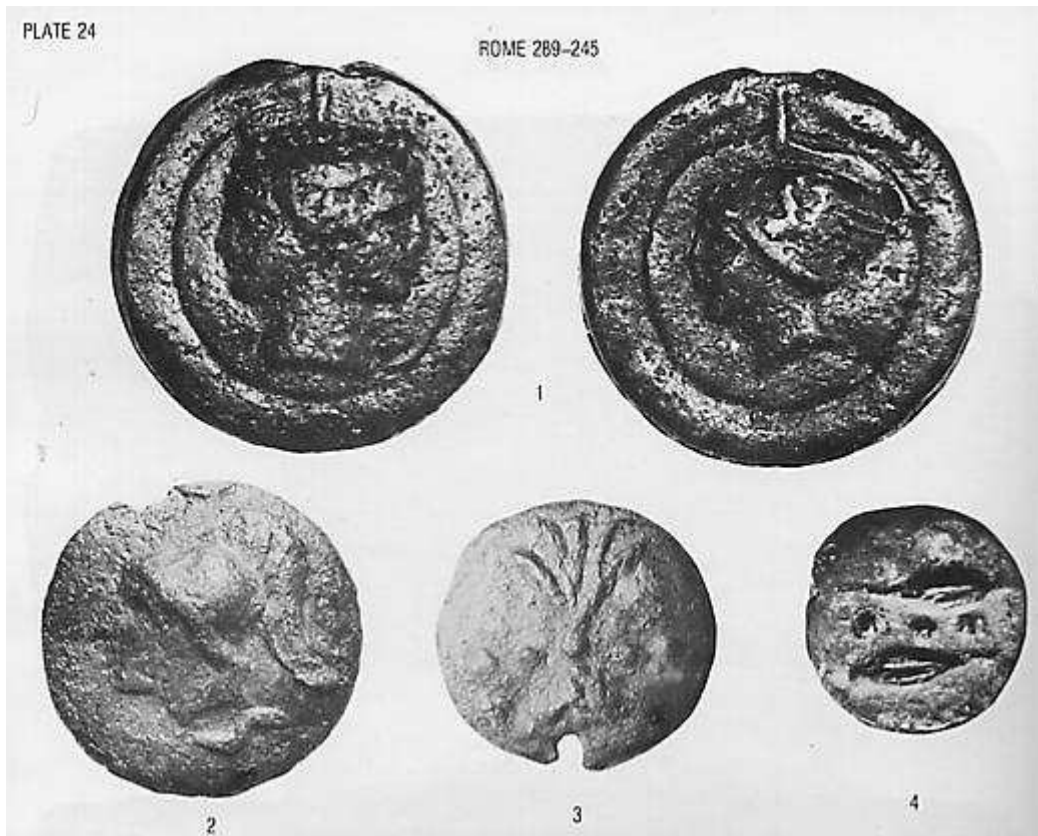
Wir sehen ein Warengeldsystem, das von ca. 17 g schweren Münzen bis 400 g schweren Münzen reicht.

Um sich diesem System in etwa zu nähern, darf die aus der Antike überlieferte Relation zwischen AE und Silber nicht übersehen werden. Sie lag etwa bei 280/300 : 1.

Die schwerste Münze aus der Zeit, da die Römer Warengeld als Tauschmittel entdeckten, das As, war also etwas mehr als 1 g Silber wert. Ein Gramm Silber kostet heute ca. 30 Pfg.

Da es wenig ersichtlichen Grund gibt, etwa an einer relativ stabilen Preisrelation zwischen Silber und anderen Waren über die Jahrhunderte hinweg zu zweifeln ("Preisrevolutionen" hin oder her), sollte ein ca. 280 g schweres As zumindest (!) ausgereicht haben, damals (!) ein Huhn zu kaufen.

Und so sahen die römischen Warengeld-Tauschmittel aus:



Das oberste Stück (Nr. 1) hat einen Durchmesser von knapp 7 cm. Die Nr. 4 ("Quadrans" mit drei Markierungen) von knapp 4 cm.

Da die Römer ihr AE zweifelsfrei importiert haben müssen, konnte sich der Mittelmeer-Marktpreis für AE von dem für AR (oder AU) kaum unterschieden haben. Denn überall sonst am Mittelmeer galt Warengeld in Form von AR oder AU.

Somit stehen wir also vor einem Rätsel. Wie konnte ein so extrem schweres Warengeld jemals als "Tauschmittel" gedient haben? Die römischen Hausfrauen hätten möglicherweise mehr Gewicht zum Markt geschleppt als sie von dort nach Hause brachten.

Das Rätsel ist indes schnell gelöst: Es hat nie ein "Tauschmittel" namens "Warengeld" gegeben. Und niemals ein "Warengeld", das jemals "Tauschmittel" gewesen wäre.

Entweder muss also das Warengeld vom Hocker oder das Tauschmittel. Beides zusammen macht keinerlei Sinn. Schon gar nicht für die ob ihrer Rationalität immer gerühmten Römer.

Real-Enzyklopädie (3): Geldumlauf 1 / Inflation & Deflation

Geschrieben von dottore am 14. Juli 2001 14:06:51

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/71625.htm>

Fast jeder Banknote und jeder Münze ist sofort anzusehen, dass sie benutzt wurden. Daraus wird gern der Begriff "Geldumlauf" abgeleitet. Da auch die Karten eines Karten- oder die Geldscheine eines Monopolspiels benutzt ausschauen, muss der Unterschied geklärt werden.

Er besteht bezogen auf Banknoten und Münzen darin, dass mit ihrer Hilfe etwas bezahlt wird. Das Vorhandensein eines Kaufkontraktes erzwingt die Bezahlung und damit die Tilgung einer Schuld des Käufers. Die Schuld kann eingeklagt werden.

(Beim Spiel wird eine "Schuld" nur mit Hilfe der Regeln simuliert, also ein Zwang zur Weitergabe. Dies kann nicht eingeklagt werden).

Um sich dem Phänomen des "Geldumlaufs" zu nähern, gab es verschiedene Versuche. Sie beginnen mit dem einfachen Vorsetzen einer "Zirkulation", ohne sie näher zu hinterfragen oder zu erklären.

Dann gibt es den Ausdruck "Taler, Taler, du musst wandern". Dabei wird allerdings auch nicht gesagt, was sich hinter dem "muss" versteckt. Der Zwang zur Zirkulation des Talers wird nicht aus der Tatsache abgeleitet, dass er zirkulieren muss, weil es auf Taler lautende Schulden gibt, die vollstreckt würden, falls er nicht zirkuliert.

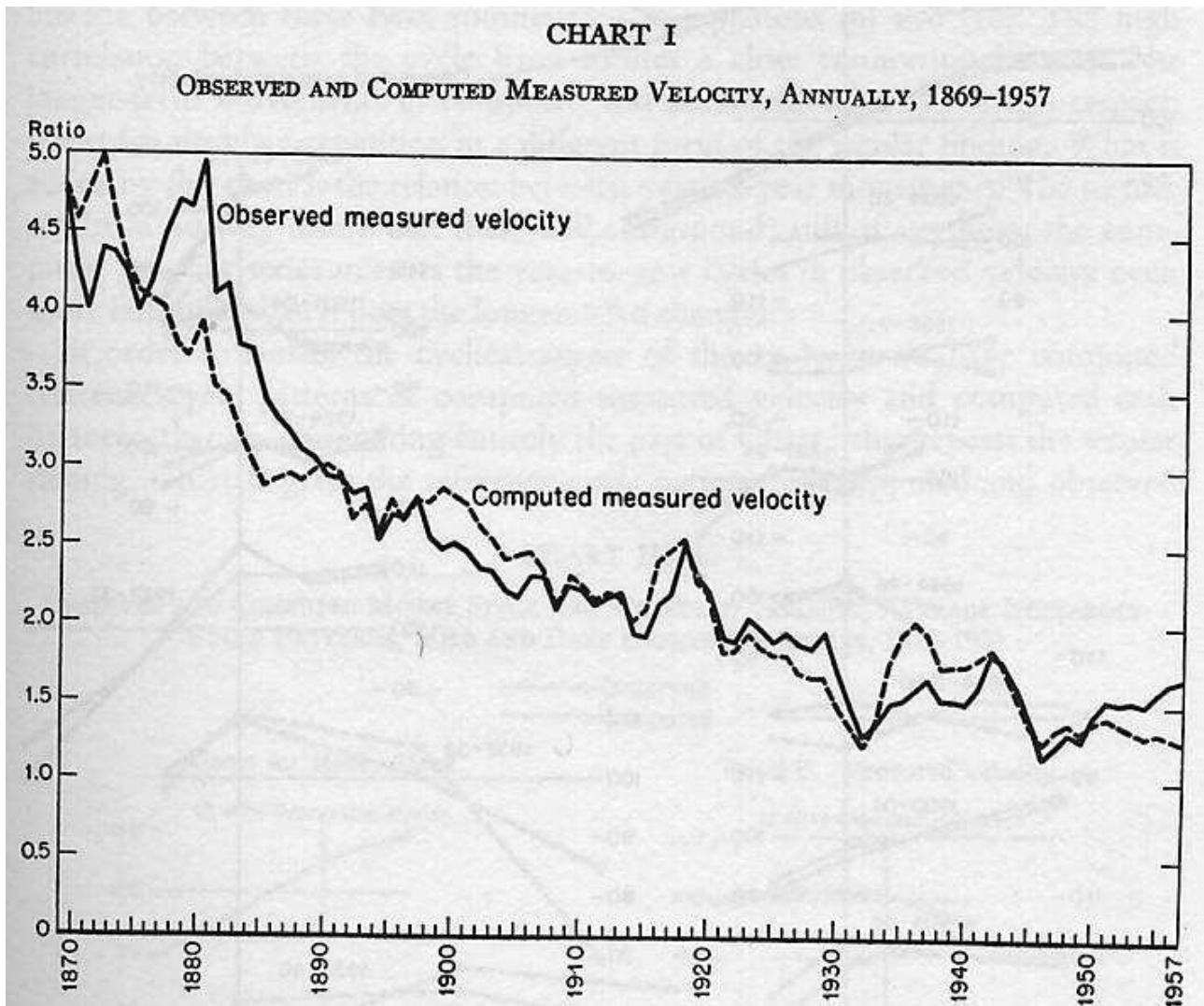
Es gibt Vorstellungen, man könne den Geldumlauf beschleunigen, um so Kaufakte zu erzwingen. Man meint z.B. in einer Inflation würde mehr gekauft, weil das Geld immer wertloser wird und es sich also "lohnt" schneller zu kaufen (sog. Schnellkauf-Mythos - z.B. "Warum mit dem Autokauf warten? Im nächsten Jahr ist das Auto teurer").

Der Inflationismus ist aber ein rasch durchschauter Trugschluss. Denn eine Inflation kann nicht mit dem bereits vorhandenen Geld initiiert werden, sondern nur, indem zusätzliches Geld in die Welt kommt (was normalerweise nur durch Verwandlung von neuen - und immer vor der Geldausgabe existierenden - Schuldtiteln in Banknoten bzw. ZB-Guthaben geschieht, siehe dazu auch "Notenbankkredit").

Selbst wenn das neue Geld möglichst "netto", bzw. über zusätzliche, gegen kurzlaufende Staatstitel ausgegebene Banknoten, in Erscheinung tritt, was wir aus den sog. Hyperinflationen bestens kennen, muss sich die Inflation doch immer erst "warm laufen", was der Preismechanismus vorschreibt: Jeder, der als erster seine Preise erhöht (und einer müsste der erste sein) riskiert sein ganzes Geschäft, da alle anderen Geschäfte (noch) billiger als er selbst anbieten.

Die Beschleunigung des Geldumlaufs ist zunächst nur die Tatsache, dass zusätzliches, also "immer mehr" Geld umläuft und nicht etwa, dass das bisherige Geld schneller umläuft.

Die säkulare Abnahme der "Geldumlaufgeschwindigkeit" wie hier zu sehen



ist damit zunächst erklärt (ex: Friedman, "The Optimum Quantity of Money", S. 127). Auf weiteres zur "Velocity" wird in Geldumlauf 2 noch eingegangen. Der deutliche "Knick" nach 1930 hat nichts mit einer abnehmenden Velocity zu tun, sondern eine abnehmende Velocity ist die Restgröße der Fischer'schen Gleichung (I. Fisher, "The Purchasing Power of Money", 1911)

$$MV = PT,$$

wobei M = Geld (money), V = Velocity, P = Preisniveau und T Handelsvolumen (trade). Weshalb bei sinkendem PT logischerweise MV ebenfalls sinken muss.

Und wenn M allein nicht so stark sinkt, sinkt die Restgröße, was ebenfalls nicht verwundern kann, wenn PT gefallen ist. Dass aber PT gefallen ist hat nichts mit V zu tun, sondern mit der Tatsache, dass schlicht weniger gekauft wurde, also weniger Kaufkontrakte eingegangen wurden, vor allem weil Käufe, die vor 1930 mit Hilfe von Krediten getätigt worden waren, nicht mehr getätigt wurden.

Friedman eiert mit seiner Statistik übrigens herum, da er die "computed measured velocity" mit "cash balances" vergleicht und nicht etwa mit "money", was zwei völlig verschiedene Stiefel sind.

Die "velocity of money" selbst definiert Friedman als "the ratio of money income to the stock of money" ("Monetary History", S. 34), womit er Fishers Gleichung komplett verlässt, da "money income" etwas ganz anderes ist als Fishers PT, was "Umsätze" und nicht "Einkommen" ausdrücken soll.

Friedman würde in Fishers Gleichung ausgedrückt so schreiben:

Money Stock mal Money Income geteilt durch Money Stock = PT.

Dann hätte man Money Income = Price Niveau mal Trade, was nichts anderes hieße als:

Was umgesetzt wurde, wurde umgesetzt.

So kommen wir also nicht weiter. Auf die Käufe ex Girokonten und den diesbezüglichen "Geldumlauf" komme ich in Teil 2.

Zurück zum eigentlichen Text:

Wird nun vom Publikum beobachtet, dass nicht nur immer mehr Geld umläuft, sondern immer schneller immer mehr Geld umläuft, kann in der Tat alles Geld immer schneller umlaufen. Auch das Publikum läuft dann (buchstäblich) immer schneller, um noch etwas mit dem sich jetzt rapide entwertenden Geld zu kaufen (siehe Hyperinflationen).

Dieser schnellere Geldumlauf ist allerdings im wesentlichen auf die direkten Lebensbedürfnisse begrenzt, weshalb in einer Hyperinflation zwar Bäcker und Wurstverkäufer usw. florieren, aber der große Rest der Wirtschaft immer stärker stagniert und zurückgeht. Eine Hyperinflation wird niemals den Sektor "Stahlwerke" erfassen, in dem Sinne dass Stahlwerke auch immer teurer werden. Dies schon deshalb nicht, weil den Stahlwerksanbietern jegliche verlässliche Kalkulationsbasis (was kostet eine Stranggussanlage in zwei Jahren?) fehlt und sie nicht "auf gut Glück" neue Stahlwerke anbieten können, ohne Kopf und Kragen zu riskieren.

Eine Hyperinflation ist daher letztlich immer mit einer allgemeinen Verelendung verbunden.

Das Tempo des Geldumlaufs bleibt allerdings auch in ihrem eng begrenzten Wirkungskreis das immer schnellere Abschließen von Kaufakten, aus denen dann die Schuld, mit Geld bezahlen zu müssen, resultiert. Diese Beschleunigung der Kaufakte (Abschluss von Kaufkontrakten) findet ihre Grenze in sich selbst. Es hat keinen Sinn, alles zu kaufen, nur weil alles teurer wird und man weiß, dass alles teurer wird, weil man dadurch, dass alles teurer wird, nicht mehr Kaufkraft selbst in Händen hat (Kaufkraft definiert als das einem zur Verfügung stehende Geld korrigiert um die laufende Entwertung des Geldes).

Deshalb kann niemand die Inflation mit dem jeweils ihm zur Verfügung stehenden Geld überlisten, sondern nur - sofern es sich um Kaufakte handelt - indem man sich in dem sich - über die steigenden Preise - entwertenden Geld zusätzlich verschuldet. Dann hat man nicht nur die vorhandene Kaufkraft zur Verfügung, sondern auch die mit Hilfe des Kredits zusätzliche Kaufkraft. Dies bietet sich an, wenn man die durch die Kreditierung entstandene Schuld mit "entwertetem" Geld zurückzahlen kann.

Kann man dies am Ende nicht, z.B. weil die Inflation gestoppt wurde oder es gar zu einer Währungsreform bzw. -umstellung kommt, oder (noch schlimmer) anschließend an die Inflation Ausgleichszahlungen fällig werden bzw. Umstellung der Schulden auf frühere Kaufkraft erfolgt, wie es 1923 oder 1948 geschehen ist, ist der vermeintliche "Inflationsgewinn" sofort wieder dahin. Man muss dann seine Schulden zu den alten Preisen bzw. mit früherer Kaufkraft abarbeiten. Jede Spekulation auf die mühelose Entschuldung in einer Inflation ist daher eine höchst gefährliche Sache.

Umgekehrt ist es auch höchst schwierig, in einer Deflation die Zahl der Kaufakte zu erhöhen (vulgo = den Geldumlauf zu beschleunigen), weil dazu erst eine massive Inflationserwartung aufgebaut werden muss (vgl. die Vorschläge von Prof. Paul Krugman in puncto Japan).

Eine Inflation muss aber nicht nur "versprochen" werden, sondern sie muss deutlich sichtbar stattfinden. Sie kann ihrerseits aber nur deutlich sichtbar stattfinden, wenn durch massierte zusätzliche Käufe die Preise steigen. Diese Käufe könnten aber zunächst nur mit dem bereits vorhandenen Geld getätigt werden, da das zusätzliche Geld noch nicht erschienen ist.

Erscheint das zusätzliche Geld, wird es auch nicht für zusätzliche Käufe verwendet, sondern zunächst einmal, um mit seiner Hilfe bereits bestehende Schulden aus früheren Kaufakten abzuführen. Dies gilt nicht nur für die Konsumenten, sondern für den gesamten Rest der Wirtschaft, bei dem das von den Konsumenten ausgegebene Geld über kurz oder lang ankommen würde. Das Geld kursiert nicht von Konsument zu Konsument, sondern von Konsument zum Geschäft, von dort zum Lieferanten, von dort zum Hersteller, von dort zum Vermieter usw.

Das Geld macht, um ein Bild zu gebrauchen, niemals einen "Kreis", sondern es steigt immer eine Treppenstufe höher.

Bereits vorhandene Schulden (egal auf welcher Stufe der Treppe) sind in einer Deflation das Allerschlimmste, da sie in einer sich ständig erhöhenden Kaufkraft zurück gezahlt werden müssen, also immer mehr Leistung erfordern, bis man sie schließlich hinter sich hat.

Durch die Tilgung von Schulden mit Hilfe von zusätzlichem Geld werden in der Deflation solange keine neuen Kaufakte getätigt, bis - schlimmstenfalls - alle aus der früheren Zeit her rührenden Verbindlichkeiten getilgt sind. Daher frisst sich nach einem Kreditexzess die Deflation immer weiter fort, d.h. es kommt zu keinen neuen Kaufakten (und einem möglicherweise dadurch sich wieder erholenden Preisniveau). Und je länger sich die Deflation fortsetzt, um so drückender werden die Schulden. Und umso mehr Schulden werden unbedienbar.

Im Extremfall kann die Deflation, die ihrerseits immer mehr alte Schulden unbedienbar werden lässt, erst gestoppt werden, nachdem sämtliche (!) Schulden getilgt sind.

Da in früheren (vordeflationären) Zeiten aber nicht nur mit Geld, sondern auch mit Kredit nachgefragt wurde und in einer Deflation die Kreditnahme (selbst bei Nullzins!) rapide nachlässt, entfällt obendrein der Block der Nachfrage, die bisher mit Hilfe von Kredit ausgeübt wurde. Dem deflationären Teufelskreis kann kaum einer entkommen, zumal die laufenden Einkommen ihrerseits (Arbeitslosenproblem) auf breiter Front wegbrechen.

Bis die Deflation ausgelaufen ist, gibt es faktisch kein Mittel, die Zahl der Kaufakte (vulgo = den Geldumlauf) irgendwie zu erhöhen, auch nicht mit dem Kunstgriff das Problem mit Hilfe von "sich selbst (also nicht durch die Preise) entwertendem Geld" zu lösen. Denn auch dieses Geld würde nicht zu neuen Kaufakten stimulieren, sondern es würde zunächst dazu dienen, die bereits existierenden und immens drückenden Schulden abzubauen.

Auch ein Schein, auf dem stünde "Morgen nur noch die Hälfte wert" würde sofort zur Schuldentilgung verwendet werden, dies sogar umso mehr, je höher die Entwertung ist. Denn "Morgen" könnte ich nur noch halb so viele Schulden tilgen wie ich es heute kann. Für neue und zusätzliche Kaufüberlegungen wäre erst dann Platz, nachdem alle ihre Schulden getilgt haben, was umso länger dauert, je höher die bereits existierenden Schulden sind.

Real-Enzyklopädie (4): Geldumlauf 2 / Scheidemünzen und Banknoten

Geschrieben von dottore am 15. Juli 2001 11:40:57

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/71679.htm>

Wenn das heutige Geld in unseren Brieftaschen und Geldbeuteln betrachten so sehen wir Banknoten und Scheidemünzen. Letztere heißen so, damit man sich beim Zahlungen einfacher "scheiden" (= von einander trennen) kann.

Scheidemünzen kann es nur geben, wenn und weil es Banknoten gibt. Die erste geprägte D-Mark erschien 1950, die Währungsreform, die den Deutschen neue Banknoten bescherte, war 1948. In der Zwischenzeit behalf man sich mit "Scheidepapierchen" (auf historische Entwicklung wird noch eingegangen).

Scheidemünzen gibt der Staat aus, weshalb sie in Deutschland die Worte "Bundesrepublik Deutschland" tragen. Die Banknoten tragen den Namen der ausgebenden Bank (ab 2001 werden € ausgegeben, die den Aufdruck EZB, ECB, BCE usw. tragen).

Oft begreifen selbst Währungspolitiker nicht, was Sache ist. So erschienen 1949/50 tatsächlich 50-Pfg-Stücke mit der Aufprägung "Bank Deutscher Länder":



Dies war ganz falsch, weshalb ganz schnell die Prägestempel geändert wurden. Die Münzen existieren aber bis heute und werden in bester Erhaltung und geprägt mit Jahreszahl 1950 und Münzzeichen G für über 1000 DM gehandelt.

Es lohnt sich also, solche Fehlprägungen zu suchen und aus 50 Pfg, die man als Wechselgeld erhält, 1000 DM zu machen.

Die "Bank Deutscher Länder" war die Vorgängerin der Deutschen Bundesbank. Ihr Chef war Geheimrat Vocke, der schon unter dem Kaiser und dann unter Hitler in der Reichsbank an führender Stelle tätig war und also hätte wissen müssen, dass er einen Unfug veranstaltet. Diese falsch geprägten 50-Pfg-Stücke ließen sich aber nicht mehr herausfischen und so sind sie bis heute geltende Scheidemünzen geblieben und werden auch anstandslos in € umgewechselt.

Scheidemünzen sind klassisches Nettogeld. Ihnen entspricht weder beim Staat (der ohnehin nicht bilanziert) noch bei der Bundesbank ein Passivposten (im Gegensatz zu den dort passiv verbuchten Banknoten; Scheidemünzen, die sie selbst hält, verbucht die Bundesbank aktiv wie jede andere Firma auch, inkl. Geschäftsbanken).

Scheidemünzen kosten in der Herstellung, die von Münzprägestalten vorgenommen wird, erheblich weniger als das aufgedruckte Nominal, Kleinstmünzen ausgenommen, deren Prägung subventioniert wird und zwar mit dem sub summa entstehenden Münzgewinn, der sich aus der Differenz zwischen Nominal und Herstellkosten der übrigen Scheidemünzen ergibt.

Die Schweiz hat wegen des Prägeverlustes bei 1-Rappen-Stücken die Prägung derselben vor Jahren schon eingestellt, Finnland prägt grundsätzlich keine €-Münzen, um sich die damit verbundenen Umtriebe zu ersparen.

Der Münzgewinn, der sich für den Staat ergibt, wird an die Staatskasse ausgekehrt und vom Staat wiederum ans Publikum verteilt, so dass der Münzgewinn letztlich wieder dem Publikum zugute kommt. Da die Scheidemünzensumme (nominal) ohnehin nur zu ca. 1 Zehntel (je nach Land verschieden) der Banknotensumme ausmacht und ihre Ausgabe beschränkt bzw. genehmigungspflichtig ist (bei der €-Umstellung gibt es keine Vorab-Genehmigung der EZB, so dass grundsätzlich alle € in Scheidemünzen hätten abgefordert werden können, was zu einer Sanierung der öffentlichen Haushalte hätte führen können, wie ich in einem vor einiger Zeit hier reingestellten Posting vorgeschlagen hatte). Außerdem ist die Annahme von Scheidemünzen im privaten Verkehr (nicht bei öffentlichen Kassen, da sie "gesetzliche" Zahlungsmittel sind) beschränkt.

Wir können also Scheidemünzen aufgrund ihrer geringen Bedeutung für den "Geldumlauf" außer Betracht lassen, zumal sie - wie beschrieben - auf ein Nullsummenspiel des Publikums mit sich selbst hinaus laufen.

Bei den Banknoten wird von einem Denkmodell ausgegangen, das dem bei Scheidemünzen ähnelt. Sie werden einmal gedruckt und laufen ab dann für immer im Publikum um, wofür der Augenschein zu sprechen scheint, da wir frische und abgenutzte Banknoten erleben.

Genau die Tatsache aber, dass wir unterschiedlich abgenutzte Banknoten haben, beweist indes, dass es einen dem Scheidemünzenumlauf entsprechenden Umlauf von Banknoten nicht haben. Würden die Banknoten nach einer Erstausgabe immer außerhalb der Ausgabestelle umlaufen, könnten sie von dieser nicht durch frisch gedruckte Banknoten ersetzt werden.

Die Banken selbst sortieren nur in Ausnahmefällen stark abgenutzte oder beschädigte Banknoten aus um sie sich von der Zentralbank ersetzen zu lassen (in Deutschland Bundesbank mit ihren LZBs = Landeszentralbanken mit Zweigstellen in allen größeren Städten).

Normalerweise legen die Banken an ihren Kassenschaltern alle Banknoten immer in die einzelnen Kassenfächer, was jeder, der schon einen Bankkassierer bei der Arbeit beobachtet hat, bestätigen kann.

Wie kommen dann die abgenutzten Banknoten in die Zentralbank? Dies führt uns in den Kern des Problems "Geldumlauf", da wir wissen, dass Banknoten in der Regel (je nach Land verschieden) zwei Mal pro Jahr ausgetauscht werden, was aber niemand anderes machen kann als die Zentralbank selbst (Geschäftsbanken haben keinen Zugang zu Banknotendruckereien).

Um die Frage zu beantworten, müssen wir den "Umlauf" oder das "Leben" einer Banknote näher betrachten.

Bekanntlich werden Banknoten (siehe auch "Notenbankkredit") ausschließlich von der Zentralbank ausgegeben. Dies geschieht ausschließlich gegen Hinterlegung von "Sicherheiten" (Schuldtiteln). Im modernen Repogeschäft verkaufen die Banken der ZB diese Titel gegen gleichzeitige Rückkaufsverpflichtung. Würden die Banken nach Ablauf der Repofrist keine neuen Sicherheit an die ZB geben, würden die Banknoten am letzten Tag der letzten Repofrist in gleicher Summe ein für alle Mal aus dem Verkehr verschwinden.

In Deutschland blieben dann im wesentlichen nur noch Banknoten übrig, die bei der Währungsreform als Kopfgeld ausgegeben wurde, siehe Teil 1, sowie Banknoten, die gegen den - inzwischen eingestellten - Ankauf von Gold hergegeben wurde sowie solche, die gegen Devisen (= Forderungen gegen ausländische Stellen) ausgegeben wurden, also nur ein kleiner Teil.

In anderen Ländern ist das anders, z.B. in der Schweiz, wo Noten vor allem gegen Gold und Devisen ausgegeben wurden oder in den USA, wo Noten vor allem gegen Fed Funds ausgegeben werden, was aber letztlich die Sache nur verschiebt, denn würden im Beispiel USA sämtliche Staatsschulden getilgt, gäbe es auch keine Fed Funds mehr, ein Problem, das - wie bereits ausführlichst gepostet - Alan Greenspan umtreibt, der sich darum bemüht die Fed Funds durch die Entgegennahme von anderen Sicherheit, wie sekurisierte Hypotheken zu ersetzen.

Wir bleiben in Deutschland. Die Banknoten liegen also zunächst als bunt bedrucktes Papier (und wertlos, es gibt keine Aktivverbuchung von gedruckten, aber noch nicht ausgegebenen Banknoten bei der Bundesbank!) in der Bundesbank bzw. ihren LZBs und werde dort von den Banken gegen den Verkauf von Sicherheiten mit Rückkaufsverpflichtung abgeholt.

Die Bundesbank bucht jetzt die Sicherheiten aktiv und die Banknoten passiv. Die Geschäftsbanken ersetzen die bei ihnen liegenden und bisher aktiv verbuchten Sicherheiten durch die ebenfalls dann aktiv verbuchten Banknoten (Kasse). Es ist bei den Banken ein Aktivtausch (keine Bilanzverlängerung) - im Gegensatz zur Bundesbank, wo eine Bilanzverlängerung Statt findet. Auf die damit verbundenen Inkompatibilität wurde unter "Notenbankkredit" bereits eingegangen.

Die gesamte Bilanzierungspraxis von Zentralbank und Geschäftsbanken ist, da nicht aufeinander passend, kompletter Unfug.

Sind die Banknoten dann in den Geschäftsbanken, können sie dort vom Publikum abgeholt werden, wiederum gegen Sicherheiten, die vom Immobilienkredit bis zur Kontenüberziehung (besichert durch künftige Einkünfte des Banknotenabholers) reichen.

Damit ist etwas äußerst Wesentliches klar: Die Banknoten sind nie zuerst (!) im Publikum vorhanden (das ja keinen Zugang zur Bundesbank bzw. den LZBs hat und also auch von dort niemals Banknoten direkt beziehen kann) und werden anschließend (!) bei den Banken eingezahlt, die sie dann ihrerseits an andere im Publikum verleihen können.

Die Vorstellung von "irgendwie" bereits im Publikum vorhandenen Banknoten, die dann (!) bei den Banken eingezahlt werden und dann (!) von diesen wiederum verliehen werden können, ist ebenfalls komplett falsch.

Es war übrigens schon bei der allerersten Banknotenausgabe in der Währungsreform falsch, wie bereits beschrieben. Auch die allererste Ausgabe von Banknoten geschah gegen Hinterlegung des Schuldtitels "Ausgleichsforderung" (gegen den Staat), der bis heute in der Buba-Bilanz zu besichtigen ist. Die weitere Ausgabe von Banknoten nach der Währungsreform durch die ZB geschah ebenfalls erst, nachdem (!) Schuldtitel (Wechsel, Lombardpapiere) bei ihr eingereicht wurden (wie oft genug ausführlich beschrieben, siehe auch Real-Enzyklopädie 1).

Wandern nun die Banknoten von den Banken in die Kassen des Publikums, nehmen sie ihren normalen Weg: das Publikum kann mit den Banknoten die gewünschten Käufe tätigen, sprich Kaufkontrakte damit erfüllen. Dabei merkt das Publikum natürlich nicht, dass es eine schnell verderbliche Sache in Händen hat. Denn es weiß nicht, dass die Banknote nur eine begrenzte Lebenszeit hat und nach Ablauf der Repofrist ohne Wenn und Aber wieder in die ZB zurückkehren muss.

So geschieht denn folgendes: Die Banknoten, die das Publikum hält, wandern in die Kassen der Geschäfte (Bargeldumsatz). Die Geschäfte bewahren die Banknoten aber nicht etwa auf und warten, bis sie damit ihrerseits etwas kaufen können, z.B. die verkauften Waren ersetzen (was auch völlig skurril wäre, wenn das Geschäft in Hamburg und der Lieferant der Waren des Geschäftes in Rosenheim sitzt).

Sondern die Banknoten gehen noch am Abend des Tages, spätestens nach einigen Tagen, in die Banken zurück, was jeder bestätigen kann, der schon einmal eine Geldbombe gesehen hat oder - wie ich - täglich beobachten konnte, wie der Bäcker einer kleinen Gemeinde täglich kurz vor 4.00 Uhr nachmittags in der Bank gegenüber erschien und seine "Tageskasse" dort ablieferte, d.h. Einzahlte.

Damit sind die Banknoten ratz, fatz aus dem "Umlauf" verschwunden. Die Bank kauft ihrerseits nichts damit und das Publikum selbst hat keine Banknoten mehr, um damit woanders etwas kaufen zu können. Es kann sich nur wieder Banknoten bei der Bank besorgen, sofern es dort Konten führt. Besorgt sich das Publikum keine Banknoten bei der Bank, kann es auch keine Barkäufe mehr tätigen.

Und da sich das Publikum sub summa immer nur Banknoten bei der Bank besorgen kann, indem sie es sich von dort leiht, ist der "Geldumlauf" nichts anderes als ein dauerndes, sich immer wieder erneuerndes Kreditgeschäft. Selbst wenn sich das Publikum in Form von Endverbrauchern nicht selbst Banknoten in der Bank (nie Zentralbank!) leihen kann, muss es jemand anderes tun, z.B. die Firma, die den Endverbraucher beschäftigt, bzw. diesen Firmen vorgelagerte Firmen.

Banknoten erscheinen immer nur gegen Kredit (die eingestellten Goldankäufe ausgenommen) und dies erst nachdem in der Zentralbank die entsprechenden repofähigen Sicherheiten hinterlegt sind.

Da die Banken ihrerseits ebenfalls nur möglichst geringe Kassen in bar halten (Bargeld kostet immer Zins!) schicken sie ihrerseits Banknotenbestände, die über ihre optimale Kassenhaltung hinaus reichen, sofort wieder an die LZB, so dass wir jeden (!) "Banktag" beobachten können, wie in jeder (!) Bankfiliale Geldboten erscheinen, um überflüssige Banknoten abzuholen bzw. neu benötigte Banknoten dorthin zu bringen.

Die abgeholt Banknoten werden nicht in irgendwelchen Zentraltresoren aufbewahrt, sondern sie werden gesammelt und schnellstmöglich in die LZB gebracht, wo sie dann wieder wertloses Papier (!) sind, sobald sie über den Tresen der LZB gereicht wurden. Die LZB entlastet die Bank entsprechend bzw. schreibt ihr die Summe gut. Das Publikum weiß von alledem nichts und denkt die Banknoten würden immer nur von Geschäft zu Geschäft bzw. von Bank zu Bank oder so ähnlich befördert, weil sie doch "umlaufen".

Deshalb überfallen selbst höchstleistungskriminelle Gangster rätselhafterweise fast ausschließlich Bankfilialen, in der Hoffnung dort den großen Raub zu landen. Vom wahren Wesen des banktäglichen Entstehens und Vergehens von Banknoten haben sie keine Ahnung. Sie blitzt nur ab und an auf, wenn von "Überfällen auf Geldtransporter" zu lesen ist. Geldtransporter zu überfallen ist allerdings auch ein in der Regel aussichtsloses Unterfangen.

Aber genau diese Geldtransporter sind es, die unsere Vorstellung von einem "Geldumlauf" endgültig zertrümmern. Denn würde Geld "umlaufen" müsste man es nicht von den Banken zur LZB und zurück transportieren, denn weder die Banken noch die LZBs tätigen mit den Banknoten irgendwelche Käufe oder bieten etwas zum Verkaufen feil.

Den "Geldumlauf" also mit den Transaktionen in der realen Welt zu verbinden, was die berühmte Gleichung

$$MV = PT$$

suggestiert (siehe Teil 1), und irgendwelche "Velocity" (V = Umlaufgeschwindigkeit von M = Money) damit zu verbinden, ist vollständiger Unsinn.

Noch zur Ausgangsfrage zurück: In den LZBs werden die dort laufend eintreffenden Banknoten geprüft und die abgenutzten Noten dann durch neu gedruckte ersetzt. Daher kommt es, dass unsere Banknoten sub summa stets ein passables Aussehen haben.

Ich wiederhole also noch ein Mal mein Bild:

Die Banknoten "kreisen" nicht im Publikum, was der Ausdruck "Geldumlauf" uns weis machen will, sondern sie dienen immer nur dazu, bereits existierende Schulden abzarbeiten (woraufhin sie physisch und komplett wertlos in den LZBs verschwinden) und sie kommen auch immer nur gegen Schulden bzw. die entsprechenden Schuldtitel wieder neu in die Welt (wobei die in der LZB liegenden völlig wertlosen Noten dort jeweils durch andere wertlose Noten ersetzt werden können, sofern die alten abgenutzt sind; ihren "Wert" (Nominal) erhalten die Noten erst wieder, wenn sie über den Tresen der LZB in Richtung Geldtransporter geschoben werden).

Die Banknoten "steigen immer nur Treppenstufen hinauf und herab":
Publikum - Geschäft - Bank - LZB - Bank - Firma – Publikum.

Das Geheimnis des "Geldumlaufs" der Banknoten ist damit enttarnt:
Es gibt so etwas wie ihren "Umlauf" nicht.

Real-Enzyklopädie (5): Geldumlauf 3 / Giralgeld

Geschrieben von dottore am 15. Juli 2001 14:51:20

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/71703.htm>

Diesmal geht's kurz.

So wenig wie es einen Geldumlauf von heutigen Banknoten und eine Geldumlaufgeschwindigkeit ($V = \text{Velocity}$) der selben gibt (siehe Teil 2), existiert ein Geldumlauf oder eine V für Giralgeld.

Dies bescheinigt Prof. J.S. Cramer, der dies ausführlich untersucht hat (u.a. "The volume of transactions and of payments in the United Kingdom 1968-77", Oxford Economic Papers Juli 1981) hier:

This V has no place in modern economic analysis; it attracted some interest in the decades before 1940. When we divide M into currency M_c and demand deposits M_d , and acknowledge that there are several different types of transaction, (1) becomes

$$M_c V_c + M_d V_d = \sum_j P_j T_j. \quad (2)$$

Among the variables in this expression, M_d and V_d are in principle observable at short notice, and in the absence of production indices and of national income estimates $M_d V_d$ (or $M_d V_d / P$) is a useful indicator of economic activity. It was used as such by authors like Angell (1936), Edie and Weaver (1930), Keynes (1930) and Snyder (1934). As for the data, M_d is demand deposit balances, available from banking returns, and V_d is the ratio of debits to balances which...

"No place in modern economic analysis..." zunächst bezogen auf die alte V aus der Gleichung:

$$MV = PT$$

die wir schon als üblen Unfug kennen gelernt haben.

Auch ein Versuch, eine V in der obigen Gleichung zu entwickeln, die sich nicht nur auf c (Cash), sondern auch auf d (Depositen) bezieht, scheitert kläglich. Ich bitte in diesem Zusammenhang übrigens auf das Summenzeichen zu achten. Demnach wird auf der rechten Seite eine Summe angezeigt, auf der linken Seite aber nach wie vor mit "Menge" und "Geschwindigkeit" gearbeitet, was natürlich Nonsens pur ist.

So gleiten auch die Versuche, eine V für Depositen (Giralgeld) zu "finden" in ihrem Ergebnis ins nachgerade Lächerliche ab.

So gab es "Berechnungen" für die USA (u.a. Garvy/Blin, "The Velocity of Money", 1970, und Fortschreibungen dieses Unfugs sogar noch im "Federal Reserve Bulletin"), die auf eine V des Giralgelds bei unter 30 im Jahre 1919 begannen und schon 1984 bei über 400 (!!!) angekommen waren, was nun wirklich kein vernünftiger Mensch im Kopf aushalten kann.

Prof. Cramer versucht eine Erklärung, die noch lächerlicher ist als die ursprüngliche Annahme selbst, nämlich dass es eine Umlaufgeschwindigkeit gäbe. Er schreibt (New Palgrave, "A Dictionary of Economics", 801):

"The enormous later increase must in large part be due to new techniques like overnight lending and repurchase agreements".

Damit stehen wir also - mehr verärgert als belustigt - vor der Tatsache, dass das T (volume of Trades) und das P (Price level) nach dem Summenzeichen in der Gleichung rechts sich jeweils "über Nacht" verändert hat bzw. nicht verändern konnte, weil nachts bekanntlich alle schlafen, sogar die tüchtigen Amerikaner (Nachtschichtler und Barbesucher selbstverständlich ausgenommen).

Wir können also die Vorstellung von einem "Geldumlauf" oder gar einer "Geldumlaufgeschwindigkeit" beruhigt zu den Akten legen. Ein für alle Mal. Jeder, der mit solchen Hirngespinnsten operiert, sollte schleunigst einen Arzt aufsuchen.

Real-Enzyklopädie (6): Metallgeld-Deflationen

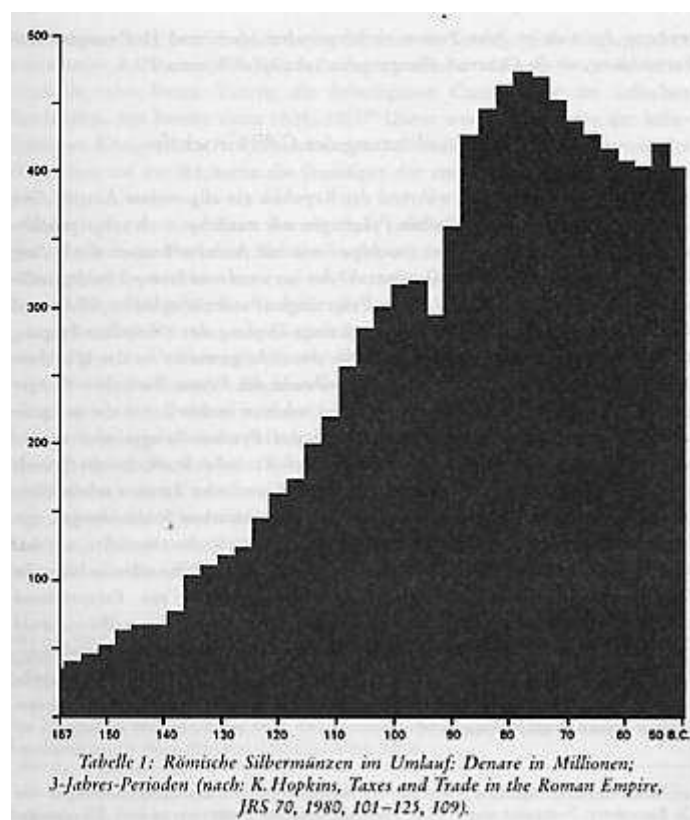
Geschrieben von dottore am 15. Juli 2001 16:26:24

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/71719.htm>

Das es auch bei einem voll funktionierenden Metallstandard Deflationen gegeben hat, ist wenig bekannt.

Wir sprechen hier nicht von der 1930er ff. Deflation, zu der in Bezug auf das Metallgeld bereits genug geschrieben wurde: Die Deflation kam nicht vom Gold, sondern aus den unbedienbar gewordenen Krediten plus Bankzusammenbrüchen usw., usw., ich stelle aber unten noch ein Mal zur Sicherheit den Friedman-Chart dazu.

Eine berühmte Deflation war jene, die die römische Republik hinweg gefegt hat. Sie ist in dieser Darstellung gut zu erkennen:



Der Gipfel liegt um -80, also zur Zeit des Diktators Sulla, der seine politischen Gegner, Klartext: die Gläubigerfraktion, mit Hilfe der bekannten "Proskriptionen" ermorden ließ.

Er konnte allerdings nur einen Teilerfolg erreichen. Die inzwischen aufgelaufenen Schulden waren schon viel zu hoch. Also begannen sofort wieder die sattsam bekannten Überschuldungsprobleme.

Der Name CATILINA steht für das sich abzeichnende Desaster. Lucius Sergius Catilina (-106 bis -62) war ein überschuldeter Senator, der verzweifelt nach "Novae tabulae" verlangte, also nach neuen (= gelöschten) (Wachs-)tafeln auf denen die Gläubiger ihre Forderungen - vom Schuldner gesiegelt und daher jederzeit vollstreckbar - verbucht hatten.

Catilina versuchte, nachdem er bei den Wahlen zum Konsul durchgefallen war, einen landesweiten Schuldneraufstand, dessen nähere Umstände in den vier Reden Ciceros gegen ihn geschildert werden ("Quousque tandem, Catilina..." - wie lange noch, Catilina...). In der ersten Rede bezieht sich Cicero ausdrücklich auf die Insolvenz Catilinas, und weist darauf hin, dass seine Wechsel an den nächsten Iden (= Monatsmitte, dann waren die römischen Wechsel spätestens fällig) platzen würden.

Catilina, den sicheren finanziellen Untergang vor Augen, zog mit seinem Heer gen Norden und wurde schließlich von regierungstreuen römischen Truppen bei Pistoria (Etrurien) im Jahr -62 bis auf den letzten Mann getötet. Sein Feldherr Manlius rief noch sinngemäß aus: Lieber hier aufrecht und ehrenvoll sterben als die Schande des Bankrotts.

Weitere Versuche verkrachter Existenzen wie Julius Cäsar, der bei der Abreise nach Gallien (nicht um dort römische Sitten und Religion einzuführen, sondern um zu einem Metall-Inkasso zu schreiten), von seinen Gläubigern beinahe vom Pferd geholt worden wäre und der auch bedenkenlos römische Tempelschätze mit Hilfe seiner Leibgarde plünderte, brachten nur vorübergehend Erleichterung, siehe den vorletzten Balken von links.

Cäsar rüstete daher bereits zu einem weiteren Inkasso-Feldzug (gegen die Parther, bei denen sich einst schon Alexander der Große bedient hatte). Doch bevor es dazu kommen konnte, wurde er von der Gläubigerfraktion im Senat erstochen. Dies war wiederum an den Iden, diesmal März (= großer Schuldtermin, da Jahresende, das römische Jahr endete mit dem Februar und die Schuldner hatten dann noch spätestens zwei Wochen Zeit, um glatt zu stellen).

Julius Cäsar, inzwischen Diktator auf Lebenszeit, wurde ermordet, weil er seine "Lex Julia de Bonis Cedendis" durchsetzen wollte, ein Gesetz, das vorsah, dass die Schuldner als Zahlung Güter (bona) abtreten konnten (cedere) - und zwar zu den Preisen, die zum Zeitpunkt der Schuldaufnahme gegolten hatten (in der langen Deflation waren sie immer weiter gefallen, was die Lage der Schuldner natürlich aussichtslos machte).

Erst durch einen weiteren großen Gläubigermord, den das zweite Triumvirat (Agustus, Marc Anton, Lepidus), nach dem Tode Cäsars initiierte, konnte die Deflation fürs erste gestoppt werden, da die Leute, die Schulden hätten eintreiben können in Form ihrer abgeschlagenen Köpfe auf dem Forum Romanum zu besichtigen waren. Die deflationäre Depression brach unter Tiberius wieder auf und endete im Mega-Crash des Jahres +33 mit einer erneuten Komplettenteignung der Gläubiger.

Ausführlich dazu: Guglielmo Ferrero, "Größe und Niedergang Roms", 1908. In den "modernen Geschichtsbüchern" werden diese Dinge fast immer unterschlagen.

Die Deflation, die den Untergang der römischen Republik herbeiführte, war nun nicht etwa, wie aufgrund der ersten Grafik vorschnell geschlossen werden könnte, eine geldinduzierte Deflation, sondern eine schuldeninduzierte. Nicht das Verschwinden der Denare löste die Deflation aus, sondern im Gegenteil: Die Deflation löste das Verschwinden der Denare aus.

Da die Preise allgemein fielen (und zwar wegen des verzweifelten Versuches der Schuldner, durch Notverkäufe noch an Geld zu kommen) wurde das Geld immer teurer ("steigender Geldwert") und über das Geld natürlich das Metall, das in fester Parität zum Geld stand (Denar = knapp 4 g Silber). Es lohnte sich also Münzen aus dem Verkehr zu ziehen und das Metall teurer zu verkaufen.

Dies ist der übliche Teufelskreis, der sich bei Metallgeld immer zeigt, nachdem (!) eine schuldeninduzierte Deflation erst einmal eingesetzt hat.

Die können wir auch sehr schön an dieser etwas "moderneren" Tabelle beobachten, die zeigt, wie sich der Goldmünzenbestand im deutschen Kaiserreich entwickelt hat:

A. Ausgewählte Daten z

1.01 Monetäre Entwickl

Mio M

Stand Ende	Bargeldumlauf	
	insgesamt	darunter Goldmünzen
Reichsgebiet – Zeitraum der		
1876	3057	985
1877	2811	1040
1878	2791	1194
1879	2873	1224
1880	2872	1226
1881	2914	1198
1882	2835	1100
1883	2793	1052
1884	2834	1068
1885	2736	972
1886	2859	925
1887	2805	859
1888	2829	788
1889	3026	917
1890	2998	962
1891	2962	940
1892	3060	1042
1893	3110	1108
1894	3237	1131
1895	3520	1286
1896	3524	1339
1897	3580	1321
1898	3779	1479
1899	3976	1636

Auch da sehen wir ganz deutlich die Folgen der sog. "Depression der Bismarckzeit", die nach dem Höhenflug (kreditfinanziert, was denn sonst!) der "Gründerjahre" ab 1880 eisern zu greifen begann. Die Summe der vorhandenen Goldmünzen verminderte sich von 1 226 auf 788 Mio. Mark im Jahre 1888, dem Tiefpunkt der Krise.

Die Krise war nicht so schwer und staatserschütternd wie die einstige römische. Aber sie führte doch zum Hochkommen revolutionärer Ideen, nämlich der Sozialdemokratie mit klassisch marxistischem Programm, die sich dann 1918/19 endgültig austoben durfte.

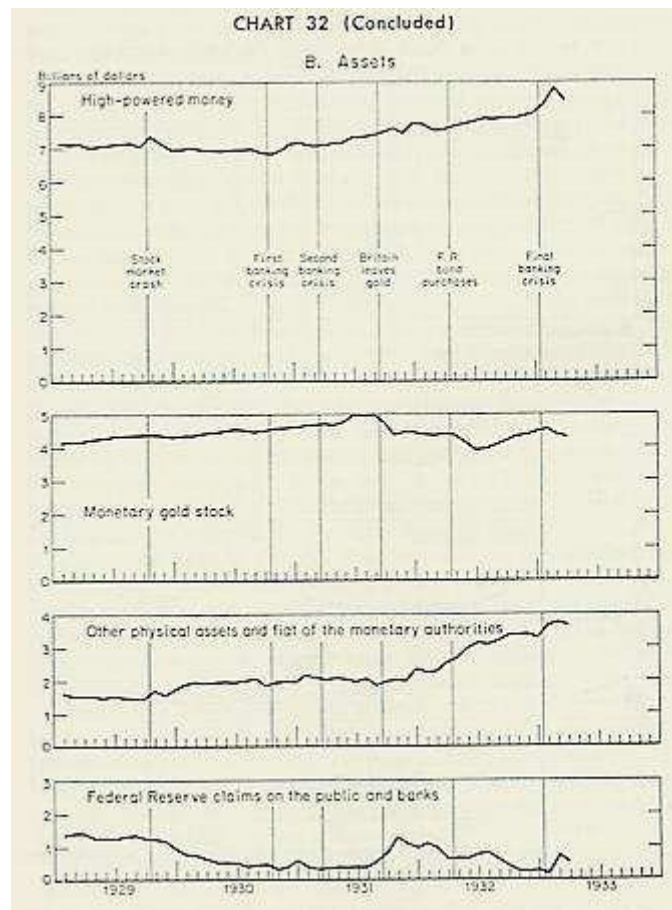
Es ist also immer das selbe, sogar unter Metall-Standards. Beginnt eine Deflation, weil die Schuldner endlich doch Liquidität zeigen müssen, setzt wenig später auch ein Verschwinden des Metallgeldes ein. Das Heft des Geschehens hat dann die Deflation in der Hand und nicht etwa irgendein Geld.

Wären in den 1890er Jahren nicht die großen Goldfunde gemacht worden, die den Preis des Metalls rasch senkten, wäre möglicherweise das Kaiserreich noch früher verschwunden als es dann verschwand. Es waren nämlich durchaus noch nicht alle damaligen Schulden verschwunden, aber da mit den Preisen auch die Löhne fielen (damalige Flexibilität der Löhne nach unten trotz Streikbewegungen und in Auswanderungen mündend), half dies mit, das Schlimmste zu verhindern. Wir beobachten interessanterweise auch heute - Jahr 2001! - bereits wieder Lohnsenkungen in Deutschland, z.B. bei Hewlett-Packard und Krupp-Betrieben.

Es ist also immer das gleiche.

Nur diesmal wird es erheblich bitterer, da wir einen Kreditexzess hinter uns haben (bitte nochmals Richebächer dazu lesen, steht in JüKüs Forumsangebot), wie ihn die Geschichte noch nicht erlebt hat, vermutlich nicht einmal das "alte Rom".

Zum Schluss noch der bereits bekannte Friedman-Chart:



Wir sehen auch dort, dass der "monetäre Gold Stock" nach unten wandert. Aber selbstverständlich erst, nachdem (!) Krise, Deflation und Bankencrashes bereits eingesetzt hatten, ab 1931 also.

Wer andere Zusammenhänge konstruiert oder gar dem völlig unschuldigen Metall die Verursachung (!) von Krisen unterschieben will, verwechselt Ursache und Wirkung, kurzum: Er redet wirres Zeug.

Real-Enzyklopädie (7): Urschuld

Geschrieben von dottore am 17. Juli 2001 17:19:56

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/72050.htm>

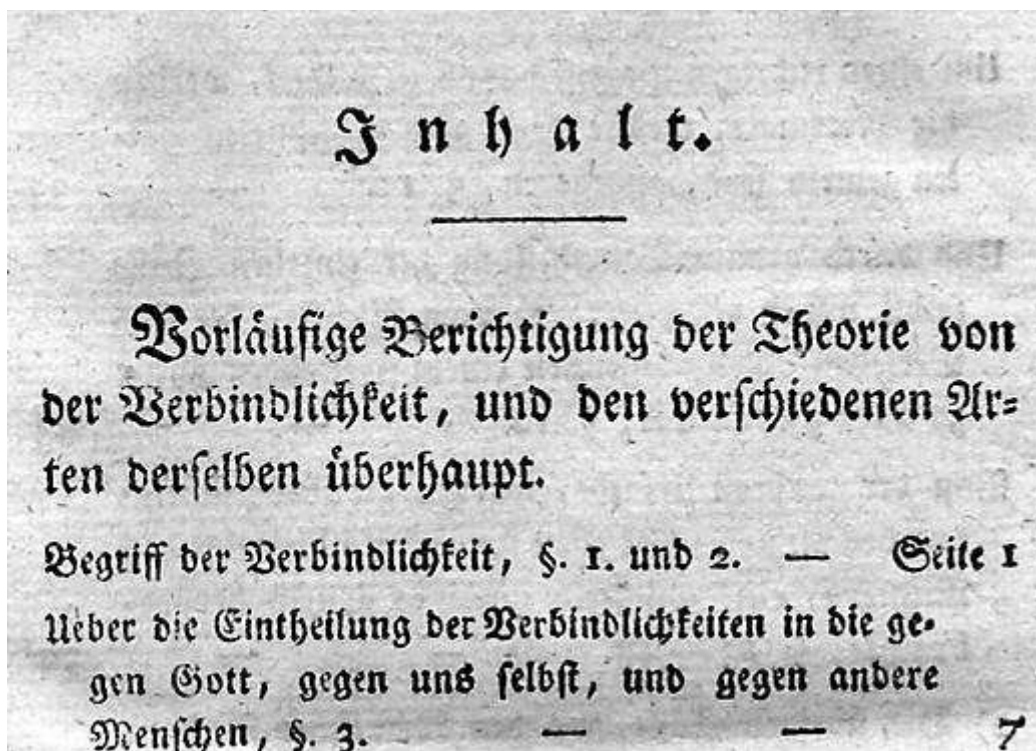
Wir kommen zu einem besonders schwierigen Kapitel, das umso leidenschaftsloser abgehandelt werden muss.

Die "Urschuld" ist eine Verbindlichkeit gegen uns selbst.

Ihre Existenz zu erkennen, bereitet vielen die größten Probleme. Schließlich setzt das ein starkes Abstraktionsvermögen voraus. Man muss sich den Menschen sozusagen verdoppelt vorstellen: Ein Mal als den, der für ihn sorgen muss und ein zweites Mal als den, der ihn versorgt.

Daher werden Urschuld-Diskussionen gern als quasi-religiöses Geschwafel abgetan - die bekannte "Ersünde"-Diskussion, die schon lang und breit geführt wurde.

Die Juristen, die zunächst für die Probleme der Verbindlichkeiten zuständig sind, da diese schließlich in der einen oder anderen Form gerichtsnotorisch werden müssten, falls es sich tatsächlich um Verbindlichkeiten handelt, haben dies noch bis ins 19. Jh. berücksichtigt, z.B. Adolph Dieterich Weber: "*Systematische Entwicklung der Lehre von den natürlichen Verbindlichkeiten und deren gerichtlichen Wirkung*", Schwerin und Wismar 1805 (4. Aufl.), wie das Inhaltsverzeichnis zeigt:



Darin ist klar von "Verbindlichkeiten gegen uns selbst" die Rede, was aber, da nahe zu denen "gegen Gott" angesiedelt, wieder eher nach Geschwafel ausschaut, da Verbindlichkeiten gegen Gott ausschließlich in der Vorstellung jedes einzelnen liegen (auf das "Opfer"-Phänomen sei hier verwiesen).

Verbindlichkeiten gegen uns selbst sind nun höchst real und ökonomisch wirksam. Sie müssen ein Leben lang abgetragen werden, in realen Gütern und Leistungen (Essen, Trinken, Wohnen usw.).

Die "Urschuld" ist demnach ökonomisch in Erfahrung zu bringen, indem die gesamten Lebenshaltungs- und Lebensaufenthaltskosten für einen erwarteten Lebenszeitraum auf den Zeitpunkt der Geburt nach den üblichen finanzmathematischen Tabellen abgezinst werden, die man bei jeder Lebensversicherung einsehen kann.

Das ist die Urschuld.

Ganz schlichtes Beispiel: Liegen die Kosten des Lebenserhalts konstant bei 30.000 pro Jahr, dann müsste ein Kapital, das sich zu 5 % verzinst in Höhe von 600.000 vorhanden sein, um das Lebenserhaltungsproblem zu lösen, sofern das Kapital unangetastet vererbt werden soll (den modernen Inflationismus lassen wir der Einfachheit halber beiseite, da er am Grundproblem nichts ändert und außerdem in sog. "Sachkapital" angelegt werden kann, wobei wir dessen Erhalt auch hier weglassen können, es müssten dann Erhaltungsrücklagen gebildet werden, die die laufend verfügbaren Einkünfte mindern).

Auch dieses Kapital ist nur ein anderer Ausdruck für Urschuld.

Entweder es ist vorhanden, womit sich kein Zwang zum Wirtschaften für den Betroffenen ergibt. Oder es ist nicht vorhanden. Dann müssen die 30.000 jedes Jahr als Einkommen über den Markt erwirtschaftet werden und zwar durch am Markt realisierte persönliche Umsätze (in der Regel Löhne und Gehälter) des Betroffenen.

Die Urschuld ist demnach nichts anderes als die Summe, die benötigt wird, um ein Leben lang am Leben zu bleiben und zwar so, dass die Summe mit dem Lebensende auf Null steht (es sei denn, sie wird ganz oder zum Teil vererbt).

Da sich weder das Lebensende im Voraus berechnen lässt noch die Ausgestaltung der Lebenswünsche (z.B.: will ich in einer Villa oder einer Hütte wohnen?) ist die Sache höchst vertrackt. Die Urschuld kann während ihrer Laufzeit ("Leben") obendrein variieren, jeder einzelnen kann sie auch ständig maximieren (Saus & Braus) oder minimieren (Wasser & Brot).

Nichtsdestotrotz existiert da eine Verbindlichkeit, die auch im modernen Recht immer wieder durchscheint:

Arbeitslose, deren Urschuld von der Arbeitslosenversicherung abgetragen wird (also von anderen, die in die Versicherung einzahlen), werden immer häufiger vom Staat gezwungen, "zumutbare Arbeit" anzunehmen, also durch eigene Leistung an Lebenskostendeckungsmittel zu gelangen.

Selbst Sozialhilfe (also das Existenzminimum) erhält man in der Regel erst, nachdem alle eigenen Mittel aufgebraucht sind, wobei diese Mittel vom Antragsteller selbst oder dessen Vorfahren erwirtschaftet wurden (Erbschaft). Verwandte in direkter Linie sind überdies einander zum Unterhalt *verpflichtet*, usw.

Dass die "Verbindlichkeiten gegen sich selbst" mehr und mehr aus der juristischen Lehre herausgefallen sind (und in der ökonomischen überhaupt nicht auftauchen) ist dem **Römischen Recht** zu verdanken, das sich im 19. Jh. durchgesetzt hat.

Im Codex Justiniani aus dem 6. Jh., einem kolossalen Werk (die älteste Handschrift liegt in der Bibliotheca Laurenziana in Florenz), werden die "Obligationes" so beschrieben (§ ult. I):

"Aut ex contractu sunt, aut quasi ex contractu, aut ex malificio aut quasi ex malificio."

Sie entstammen also entweder aus Verträgen oder quasi aus Verträgen oder aus Schadenszufügungen oder quasi aus diesen, was zum Erfüllungszwang oder zu Schadensersatz führt. Da einerseits niemand einen Vertrag mit sich selbst abschließt (das bekannte Selbstkontraktionsverbot moderner Handels- und Gesellschaftsrechte on top!), und niemand sich gegenüber schadensersatzpflichtig ist, ist damit das Problem als nicht existent definiert. Das hält aber einer nüchternen Realitätsprüfung nicht Stand.

Der römische Rechtslehrer Gajus mogelt sich ebenfalls an der Sache vorbei, indem er Verbindlichkeiten entstehend aus

"aut proprio quodam jure ex variis causarum figuris"

anführt, also letztlich aus verschiedenen Ursachen, ohne diese näher zu erläutern, was auch spätere Römischrechtler nicht mehr schaffen, so schreibt Modestin im 18. Jh.:

"Obligamur (Wir sind verpflichtet) aut re (aus Sache), aut verbis (Worte), aut consensu (Einverständnis), aut lege (Gesetz), aut jure honorario (Ehrensachen), aut necessitate (Notwendigkeit), aut peccato (Sünde)."

Die "Notwendigkeit" wird dabei allerdings nicht näher untersucht.

Letztlich werden heute in der Rechtslehre alle Verbindlichkeiten als "auf Gesetz beruhend" bezeichnet, was zunächst auch vernünftig erscheint. Auch beschreibt kein Gesetz eine Verpflichtung zu Selbsterhaltung direkt (selbst der Suizidversuch ist in den meisten Staaten nicht mehr strafbewehrt, also ein Verschuldenstatbestand, was er noch bis ins letzte Jh. hinein war).

Allerdings kann jeder mit dem Phänomen der Urschuld unvermittelt konfrontiert werden: nämlich dann, wenn ihm eine Verfügung des Familiengerichts auf "Zahlung von Unterhalt" ins Haus flattert. Es ist zwar nicht der eigene Unterhalt, aber doch der Unterhalt eines Menschen, der selbst (noch) nichts zur Deckung seiner eigenen Urschuld beitragen kann und für dessen Existenz man aus menschlich-existentiellen Gründen verantwortlich ist.

Das Fehlen der "Verbindlichkeiten gegen sich selbst" ist inzwischen sehr wohl verständlich, da der "moderne" Staat sich als Institution versteht, die stets in der Lage ist, alle Probleme der Staatsbürger aus der Welt zu schaffen, das Problem des Überlebens eingeschlossen, was freilich weder mit Steuern, die (noch) nicht mit Problemen beladene Bürger bezahlen müssen, noch gar mit Staatsverschuldung funktionieren kann, die zum Schluss selbstverständlich niemand bezahlen kann und wird.

Dass Verfassungen oder Grundgesetze das Problem nicht angehen, nimmt auch nicht Wunder. Sie beginnen gewöhnlich mit den Rechten des Einzelnen (Menschenwürde u.ä.), aber gemahnen ihn nicht an seine Pflichten - wenn sie ihm nicht gar Flausen in den Kopf setzen, wie die amerikanische Erklärung vom 4. Juli 1776, die dem Einzelnen sogar ein Recht auf Glück verheißt ("pursuit of happiness").

Wie launenhaft und brüchig ihr "Glück" ist, werden allerdings selbst die Amerikaner eines Tages merken, möglicherweise schon sehr bald.

Real-Enzyklopädie (8/1): Parität - Zahlen, Ziffern, Einheiten

Geschrieben von dottore am 21. Juli 2001 17:10:20

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/72715.htm>

Das Folgende wird zur aufmerksamen Lektüre empfohlen. Es bringt Gewinn, weil es uns hilft die Welt der Wirtschaft besser zu verstehen und sich sicherer darin zu bewegen.

Heute sind uns Zahlen so vertraut wie Wasser und Luft. Sie werden nicht hinterfragt. Das allerdings ist ein schwerer Fehler, was sich schon beim Betrachten unseres Geldes zeigt.

Wir haben Münzen oder Banknoten in der Hand, aber auf den Münzen oder Noten erscheinen Zahlen, die ganz andere Zahlen sind als die Zahl des Geldes, das wir in der Hand haben.

Eine Banknote kann die Zahl 10 oder 100 zeigen und jedes Mal ist es aber nur *eine* Banknote. Wir können die Zahl 5 mit 5 Münzen auf denen jeweils die Zahl 1 erscheint ausdrücken oder nur mit einer Münze, auf der die Zahl 5 erscheint.

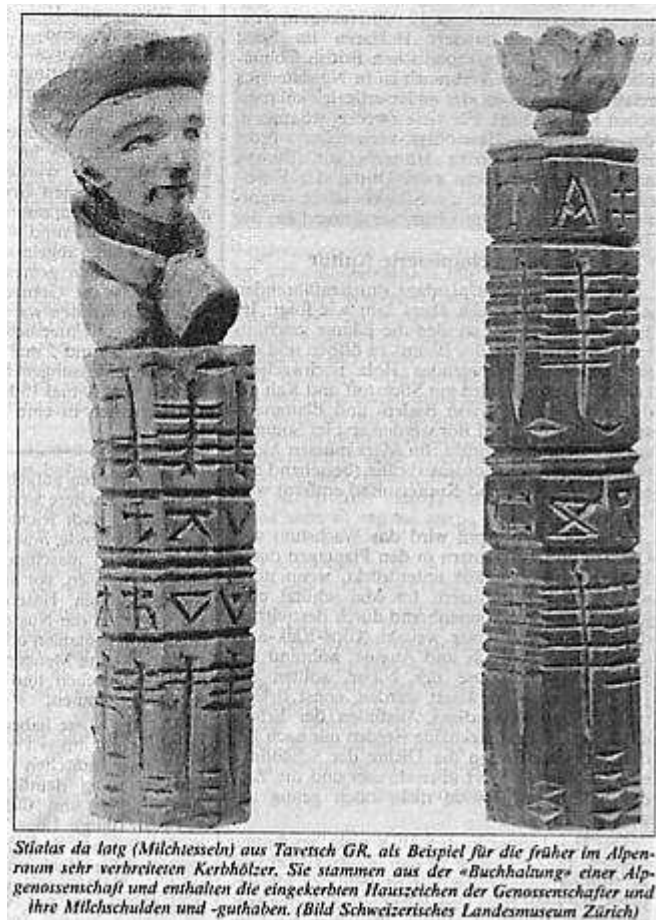
Noch skurriler wird es, wenn wir gebuchte Zahlen nehmen. Mit einer Buchung kann ich jede Zahl ausdrücken, so dass wir die Zahl 1 Million mit der Zahl 1 Buchung ausdrücken können. Würde beides zahlenmäßig aufeinander "passen", müssten wir 1 Million mal 1 Buchung über 1 Einheit ausführen, um die Summe 1 Million darzustellen.

Es ist unmöglich, eine Parität zwischen beiden Zählungen zu konstruieren, so dass zehn Münzen oder Scheine (als Menge) immer auch die Summe 10 ergibt. Wir zählen Mengen zwar nicht anders als Summen (1, 2, 3, 4, 5 usw.), aber damit allein kommen wir nicht weiter.

Aus der Identität der Zählungen resultiert übrigens die Verwechslung von "Geldmenge" mit "Geldsumme", die hier schon en detail diskutiert wurde. Es gibt eine klar zählbare Menge von Banknoten und Münzen, aber die Summe dieser Menge hat nichts mit der Summe zu tun, die auf den Banknoten und Münzen selbst festgehalten ist, was jedem sofort einleuchtet. Man kann Brautschuhe, die 100 kosten (Summe) mit einer Buchung zu 100 bezahlen, aber auch mit fünf Noten zu je 20, oder auch mit zehntausend kleinen Münzen zu je 0,01.

Auch wenn wir uns frühere Formen der Buchhaltung anschauen, wo tatsächlich jedes Mal jede Zahl einzeln gebucht wurde, dann sind wir nur in der nächsten Kalamität, nämlich jener der Einheit dessen, was gebucht wurde.

Hier sehen wir die Buchhaltung einer Alpengenossenschaft, wobei jeder Querstrich zunächst eine Einheit Milch bezeichnet.



Stalas da latg (Milchesseln) aus Tavetsch GR, als Beispiel für die früher im Alpenraum sehr verbreiteten Kerbhölzer. Sie stammen aus der «Buchhaltung» einer Alpengenossenschaft und enthalten die eingekerbten Hauszeichen der Genossenschaftler und ihre Milchschulden und -guthaben. (Bild Schweizerisches Landesmuseum Zürich)

Um welche Einheit Milch es sich bei dieser Einheit "Einkerbung" handelt, lässt sich auch ermitteln (jeweils ein genormter, kleiner Zuber). Aber damit haben die Äpler Mengeneinheiten gezählt. Es gibt also eine Parität (par = lat. gleich) zwischen einem bestimmten Hohlmaß und einer Kerbe. Doch über den Preis der Milch, auszudrücken in anderen Preisen anderer Waren oder gar über eine Parität zwischen dem Gewicht der Milch und anderen Gewichten, z.B. Metall erfahren wir durch die Kerbung nichts.

Selbst klügste Wissenschaftler verlieren sich hoffnungslos in dem Gestrüpp. Dem aus Marokko stammenden Mathematikprofessor Georges Ifrah verdanken wir das erstaunliche Buch "Universalgeschichte der Zahlen" (1986), das in jede Bibliothek gehört. Die Originalausgabe (1981) trägt allerdings den Titel "Histoire Universelle des Chiffres".

Ziffern sind freilich etwas ganz anderes als Zahlen. Ziffern sind Zeichen für Zahlen, aber nicht die Zahlen selbst. Jeder kann zählen: Ein Schaf, zwei Schafe, drei Schafe, usw. - Ziffern braucht er dazu nicht.

Im Kopf erscheinen immer nur Schafe, niemals die Ziffern 1 oder 2 oder 3. Die können zwar auch erscheinen, aber dann erscheinen nicht Schafe.

Ifrah beginnt sein großes Werk mit diesem Passus:

"Eines Tages stellen mir meine Schüler eine so einfache Frage, dass es mir die Sprache verschlug: ‚Herr Lehrer, wo kommen die Ziffern eigentlich her? Wann hat man das Zählen gelernt? Was ist der Ursprung der Zahlen?‘"

Wir sehen sofort, dass schon hier alles durcheinander geht: Ziffern, Zählen, Zahlen. Die Zeitschrift "Liberation" schreibt in ihrer Besprechung lt. Klappentext:

"Der Mensch hat vor 5000 Jahren die Zahlen erfunden, um sein Herdenvieh abzählen zu können."

Das klingt irgendwie gut, stimmt aber leider überhaupt nicht. Schon der Mensch der frühen Steinzeit vor 50.000 Jahren konnte zwischen Eins und Zwei unterscheiden, also zählen: ein Büffel, zwei Büffel. Selbst Tiere können zählen, wie wir wissen: Jedes Muttertier weiß ganz genau, ob ein Junges fehlt und beginnt es zu suchen.

Eine kleine Herde lässt sich immer zählen und die Zahl ist dann im Kopf. Erst wenn die Herde groß und unübersichtlich geworden ist, muss der Mensch zu Hilfsmitteln greifen, weil er sich ab einer gewissen Menge von Einheiten nicht mehr auskennt. Vermutlich spätestens ab zwölf, weshalb wohl auch die 13 als "Unglückszahl" gilt, weil ab dann die genaue Menge der Einheiten verschimmt.

Interessanterweise sind die meisten frühen Zahl- und Gewichtssysteme auf der Zwölf aufgebaut, so war der berühmte Shekel $1/60$ einer Mine also 5 mal 12 Shekel eine Mine.

Wie diese jüdischen Prägungen, die Shekel bzw. halbe Shekel sind und ca. 14 bzw. ca. 7 g wiegen:



Die Umschrift liest sich als "Shekel von Israel, Jahr 2", i.e. Jahr 67 unserer Zeitrechnung, auf der Rs. erscheint ein Stamm mit drei Blüten mit der Schrift "Jerusalem, die Heilige".

Eine Mine mit 60 mal 14 g ist natürlich niemals ausgeprägt worden, so dass sich die Zahl 1 mit der Vorstellung eines Shekels verbunden hat. Eine Mine war nur ein gedachtes Vielfaches dieser Zahl.

Interessanterweise erscheint auf den Shekeln auch eine Ziffer (der zweite Buchstabe des Alphabets "beth" = 2) aber er bezeichnet nicht ein Mehrfaches der Einheit Shekel, sondern des Jahres 1.

Es gibt auch Shekel, die $1/50$ einer Mine waren, was zeigt, dass für das einfache Zählen (und dabei nicht zu vergessen, wie viel man gezählt hat) irgendwo zwischen 10 bis 12 die ganz natürliche Grenze war.

Die Zehner- und Zwölfersysteme haben sich im Geldwesen bis in die Gegenwart erhalten, man erinnere sich an das alte britische Pfund/Pence-System (Duodezimal-System mit 1 pound = 240 pence, dann erst das heutige Dezimalsystem) oder daran, das in Berlin z.T. noch immer die 5-Pfg.-Münze ein "Sechser" genannt wird, was auf den **Graumannschen Münzfuss** von 1750 zurückgeht, wo schon die Taler in Drittel, Sechstel und Zwölftel eingeteilt wurden; auch war ein Groschen dann $1/24$ Taler, usw.).

Der Mensch hat also vor 5000 Jahren nicht die Zahlen erfunden, sondern Ziffern (einzelne unterschiedliche oder mehrfach wiederholte), um mehr als 10 (oder 12) Einheiten bezeichnen zu können.

Dass auch diese *Zeichen* nicht nach oben offen waren, zeigt dieses schöne Beispiel (aus Conway/Guy, "Zahlenzauber. Von natürlichen, imaginären und anderen Zahlen", 1997):



Die Römer waren mit ihren 10 mal 100.000 am Ende, weil sie das m (M = mille = 1000) auch nicht weiterführen konnten (1000 - 10.000 - 100.000, jeweils mit zusätzlichen Bögen), weil sie wiederum nicht weiter als bis 10 Ziffern auf ein Mal zählen konnten oder wollten.

Und die Ägypter schnallten bei hohen Ziffern einfach ab: ein Männchen hebt hilflos die Arme hoch und läuft davon. Noch zur Lutherzeit war der Begriff "eine Million" gleichbedeutend mit "unendlich".

Es geht also immer um Einheiten bzw. um ein Vielfaches von Einheiten. Womit aber nicht gelöst ist, **was die Einheit selbst darstellen soll und was eine Einheit überhaupt ist.**

Das wird uns in Teil 2 beschäftigen. Eben so wie das Problem der "Stabilität", also von Einheiten zueinander über die Zeit.

Real-Enzyklopädie (8/2): Parität - Die Unmöglichkeit einer

Geschrieben von dottore am 21. Juli 2001 17:18:30

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/72716.htm>

Die Probleme von Einheit und Parität sind die Probleme der Geldgeschichte bis heute.

Dieses ist sofort klar, wenn wir uns in der Natur vorkommende "Einheiten" vergegenwärtigen. Es gibt ein Schaf, einen Baum, eine Henne, usw.

Schwieriger wird es schon, wenn wir uns eine Herde, einen Wald, einen Hühnerhaufen vorstellen sollen. Wenn wir genau hinschauen, sehen wir ein Mehrfaches einer Einheit (der Zahl 1). Dieses Mehrfache können wir uns "merken", solange es nicht eine bestimmte Summe übersteigt (siehe Teil 1). Geht das Mehrfache darüber hinaus, können wir es uns nur merken, indem wir es notieren. Dies geschieht mit Hilfe von Ziffern.

Diese Ziffern waren in den frühen "Zählssystemen" zumeist identisch mit den Buchstaben, also "alpha" = 1, "beta" = 2, usw., was wir hier nicht weiter verfolgen müssen, zumal wir sonst in eine weitere Diskussion abschweifen müssten, nämlich der, ob der Buchstabe, der einen Laut symbolisiert, in der Geschichte vor dem Buchstaben, der eine Ziffer ist (und diese wiederum eine Zahl bzw. ein Mehrfaches dieser Zahl vorstellt) erscheint oder umgekehrt.

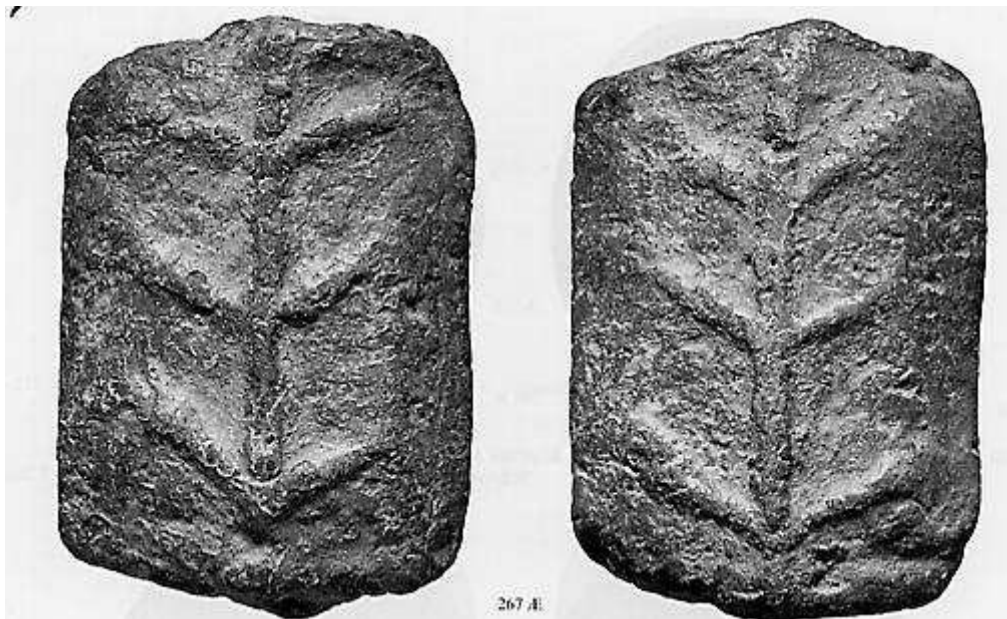
(Logischerweise kommt immer die Ziffer zuerst, da nach 1 zwangsläufig 2 kommt, während es keinerlei Zwang gibt, auf das A ein B folgen zu lassen, es könnte genauso gut ein M oder Z sein. Dazu als weiterführende Literatur: Denise Schmandt-Besserat, "Before Writing, vol. I. From Counting to Cuneiform" (1992), eines der scharfsinnigsten Bücher, die ich kenne).

Extrem schwierig wird es, wenn wir es nicht mit von der Natur begrenzten Einheiten zu tun haben, sondern mit Materialien, die durch ihre Existenz (Wasser) oder ihre Produktion (Metall) in nicht als "Einheit" abgrenzbarer Form existieren. Man kann sich weder ein Wasser noch ein Metall vorstellen in dem Sinne, dass wir uns damit eine Einheit ("1") vorstellen könnten.

Daher erleben wir in der Geschichte den - per se - hoffnungslosen Versuch, nicht in Einheiten darstellbare Materialien doch in einer Einheit darzustellen. Das kann nicht aus sich heraus geschehen, sondern immer nur mit Hilfe anderer Einheiten.

Wir haben das schon beim römischen As (= wörtlich "Einheit") gesehen, das eine Einheit Kupfer darstellen soll, die es aber nicht geben kann. Und das deshalb im Gewicht ganz grotesk schwankte, wie bereits früher ausgeführt.

Wie hilflos die Versuche, eine "Einheit" für etwas zu finden, das keine Einheit haben kann, zeigen noch einmal diese beiden Beispiele aus dem Beginn der römischen Geldgeschichte:



Dies ist offenbar die Hälfte einer Einheit, die von Thurlow/Vecchi, "Italian Cast Coinage" (1979) als AS 1 bezeichnet wird, unter Abbildung eines 1,55 Kilo schweren As (bereits im Forum gezeigt). Das Stück hier wiegt 781 g.



Dies ist - auf wenig später datiert - wiederum ein As aus gleichem Material, wiegt allerdings nur 299 g und lässt sich nicht mehr sinnvoll (über das Gewicht nämlich) in den obigen As umrechnen.

Damit sind wir nicht nur im Problem des Herabsetzens der Einheit, der As erschien schließlich bis ca. 40 g schwer, wobei man, dies als die "übliche" Münzverschlechterung deutend, zu kurz springen würde.

Denn die Einheit kann sich nicht in sich selbst verändern, genau so wenig wie ich sagen kann, ein Ei ist deshalb nicht ein Ei, weil es vielleicht größer oder kleiner als andere Eier ist. Es bleibt immer ein Ei, wenn auch mit Eigenschaften (Größe, Gewicht, usw.), die es von anderen Einheiten Ei unterscheidet.

Damit sind wir vielmehr mitten im Problem der Parität! Wenn ich eine "Einheit Metall" durch ihr Gewicht definiere, wie offenbar im obigen Beispiel dem "Ramo-Secco"-As (ramo secco = trockener Zweig), dann definiere ich die Einheit durch eine andere Einheit, nämlich ein Gewicht. Damit ist aber nichts weiter definiert, da beides, Einheit und Gewicht das selbe sind.

Einen Bezug zu anderen Einheiten außerhalb des Metallbereichs herzustellen, ist unmöglich, also etwa in dem Sinn, dass man für 781 g Kupfer einen trockenen Ast im Verhältnis 1 : 1 hätte eintauschen können. Im unteren Beispiel ist das noch klarer, weil man mit einem 299 g schweren As weder einen Janus- noch einen Hermeskopf hätte erwerben können, also zwei Dinge, die ausschließlich in der Fantasie existieren.

Demnach kann es niemals, und das bis heute nicht, so etwas wie eine Einheit Metall in dem Sinne geben, dass damit eine oder mehrere Einheiten von etwas anderem einzutauschen gewesen wären, auch nicht, wenn sie fixiert gewesen wären.

Selbst wenn festgelegt worden wäre, dass ein As im Gewicht von 299 g Kupfer der Gegenwert einer Kuh ist, hätte sich diese Parität niemals länger als ein paar Tage halten lassen. Sobald mehr oder weniger Kupfer und / oder mehr oder weniger Kühe erscheinen, muss selbst diese kleine eine Parität platzen. (Von dem Erscheinen anderer Dinge, Waren, Leistungen usw. usw. und deren relativen Preisen gegenüber Kupfer und / oder Kühen ganz zu schweigen).

Irgendwelche Paritäten von etwas in etwas festzulegen ist völlig zwecklos!

Das gilt nicht nur für eine Parität wie 10 Einheiten Hühner = eine Einheit Kuh, also mit in der Natur bereits voneinander getrennt vorkommenden Einheiten. Sondern das gilt auch für vom Menschen künstlich geschaffene Einheiten wie eben Metallstücke oder Münzen.

Metallstück oder Münze definieren sich immer durch ihr jeweiliges Gewicht, wie das Gewicht das jeweilige Metallstück oder die Münze definiert. Eine Tautologie ist aber keine Parität.

Dies beweisen auch die immer wieder gescheiterten Versuche, Metallen untereinander eine Parität zu geben.

Zunächst erschien z. B. in Kleinasien das dort natürlich vorkommende Elektron (Gold-Silbermischung mit ca. 1/3 Gold) in abgewogener Form, einfach als Gewicht und als Unterteilung dieses Gewichts (bzw. ein Vielfaches dieses Gewichts, je nachdem womit man beginnen möchte, mit 1 und 1/2 davon oder mit 1 und 2 davon). Dies ist links zu sehen:



Dann trennte Kroisos die beiden Metalle in einem extrem aufwendigen Verfahren, seine Münzen sind die mit den Löwen- und Stierprotomen daneben. Die obere Reihe der schwere Standard (ca. 10 g), die untere der leichte (ca. 8 g).

Nun hatte er zwar Gold und Silber, jeweils ziemlich rein, aber er hatte keine Parität! Was also tun? Er nahm jeweils das gleiche Gewicht: die oberen beiden Münzen wiegen gleich viel, die unteren ebenfalls.

Nun musste er natürlich festlegen, wie viel Silbermünzen jeweils einer Goldmünze entsprechen, sonst hätte er sich die Übung mit der Scheidung von Gold und Silber sparen und hätte Elektron zu verschiedenen Gewichten prägen können.

Damit war er buchstäblich tot. Denn es gab nicht nur Gold und Silber, das aus seinem Elektron zu gewinnen war (obendrein in variierendem Verhältnis). Sondern es gab Gold und Silber auch außerhalb seines Reiches, dies allerdings in freier Relation zueinander wie alle Preise aller Waren stets in freiem (Preis)-Verhältnis zueinander stehen.

So musste entweder sein Gold verschwinden oder sein Silber. Und da dies in schneller Folge wechselseitig geschah, verschwand schließlich alles. Gold und Silber.

Dass er vom schweren 10-g-Standard zum leichten (8 g) übergegangen ist, half ihm dabei rein gar nichts. (Möglicherweise sogar umgekehrt, aber das erste ist wahrscheinlicher, weil er im Inneren befehlen konnte, 1 Stück ist 1 Stück und eine auf 100 Stück lautende Schuld, z.B. Soldzahlung, ist immer mit 100 Stück erledigt, egal, wie viel die Stücke wiegen).

Das ist das Geheimnis des Fluches, den ihm das Orakel in Delphi gegeben hatte: "*Wenn Du den Halys überschreitest, wirst Du ein großes Reich zerstören.*" (Der Halys war Grenzfluss zum Perserreich).

Es mag sehr wohl eine militärische Übung gewesen sein (Angriffskrieg) und dass er das "große Reich" falsch interpretiert hat (es war nicht das der Perser, sondern sein eigenes), ist auch vermutlich richtig. Dass die Perser Sold in Gold bezahlten, mag Kroisos überhaupt erst auf die Idee gebracht haben, in eine Gold- und Silberscheide-Anstalt zu investieren.

Aber der Kern seines Untergangs lag darin, dass er sich durch die Festlegung einer Parität zwischen zwei Waren ruiniert hat. **Es kann niemals funktionieren!**

Die aktuellste Literatur dazu: Andrew Ramage u. Paul Craddock, "King Croesus' Gold. Excavations at Sardis and the History of Gold Refining," British Museum Press, 2000.

Und da die Festlegung von Paritäten niemals funktionieren *kann*, ist auch die bis heute gepflegte Vorstellung, von wegen, man könne zwischen "Geld" und "Sozialprodukt" so etwas wie "Stabilität" haben, was ja letztlich auf die Idee von einer Parität hinausläuft (alle Preise - das "Preisniveau" - gemessen in t 2 sind so hoch wie alle Preise - das Preisniveau - in t 1) **kompletter Unfug!**

Jeder, der von "Stabilität" spricht oder sie gar ver-spricht, weiß überhaupt nicht, wovon er redet.

Eine Parität ist nur als Zustand zu definieren (alle Preise in t 1 sind alle Preise in t 1, jeweils untereinander gerechnet).

Aber niemals über die Zeit (Zustand morgen geteilt durch Zustand heute = 1)!

Das ist in keinem "Geldsystem" der Welt darzustellen. Schon gar nicht im heutigen Kreditgeldsystem, wo allem "Geld" ein Kredit zugrunde liegt und sich jeder leicht ausrechnen kann, was passiert, wenn in t 2 doppelt so viel auf Kredit gekauft wird wie in t 1 oder nur halb so viel.

Wer das nicht begreifen will, dem kann ich leider nicht helfen.

Real-Enzyklopädie (10): Zinsen und Goldstandard (WICHTIGE TABELLE)

Geschrieben von dottore am 22. Juli 2001 15:22:30

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/72801.htm>

Über die Entwicklung der Zinssätze wollte ich erst im Anschluss an einen Beitrag in der Real-Enzyklopädie schreiben, der sich mit der Entstehung von Zinsen und der Zinssätze überhaupt beschäftigt.

Alle Zinsüberlegungen sind äußerst zeitraubend und anstrengend. Es wird also noch etwas dauern, bitte. Da über Zinsen und Renditen aber natürlich hier laufend geschrieben und nachgedacht wird, darf ich die folgende Tabelle schon zum Besten geben:

2.01 Entwicklung ausgewählter Zinsen und Renditen 1876–1944 *)

% p. a.; Durchschnitt im Jahr

Jahr	Notenbankzinsen		Geldmarktzinsen			Kapitalmarktzinsen 1)		Sollzinsen		Habenzinsen
	Diskontsatz	Lombardsatz	Privatdiskontsatz	Tagesgeld	Monatsgeld	Rendite festverzinslicher Wertpapiere 2)	Aktienrendite 3)	Kosten für vereinfachte Kredite in laufender Rechnung 4)	Kosten für Kontoüberziehungen in laufender Rechnung 5)	
1876	4,16	5,16	3,04			4,2	4,8			
1877	4,42	5,42	3,17			4,2	5,4			
1878	4,34	5,34	3,07			4,3	5,2			
1879	3,70	4,68	2,60			4,2	5,2			
1880	4,24	5,16	3,04			4,1	5,0			
1881	4,42	5,42	3,50			4,0	4,9			
1882	4,54	5,54	3,89			4,0	5,0			
1883	4,05	5,05	3,08			3,9	4,9			
1884	4,00	5,00	2,90			3,9	4,8			
1885	4,12	5,12	2,85			3,8	4,6			
1886	3,28	4,28	2,16			3,7	4,4			
1887	3,41	4,41	2,30			3,7	4,8			
1888	3,32	4,32	2,11			3,6	5,5			
1889	3,68	4,68	2,63			3,6	5,4			
1890	4,52	5,52	3,78			3,7	5,9			
1891	3,78	4,78	3,02			3,7	5,5			
1892	3,20	4,20	1,80			3,7	4,9			
1893	4,07	5,07	3,17			3,7	4,7			
1894	3,12	4,12	1,74			3,6	5,0			
1895	3,14	4,14	2,01			3,4	4,7			
1896	3,66	4,66	3,04			3,3	5,4			
1897	3,81	4,81	3,08	2,95		3,4	5,4			
1898	4,27	5,27	3,55	3,29		3,4	5,5			
1899	5,04	6,04	4,48	3,99		3,5	5,5			
1900	5,33	6,33	4,41	3,79		3,7	5,5			
1901	4,10	5,10	3,06	2,61		3,7	4,7			
1902	3,32	4,32	2,19	2,12		3,5	4,5			
1903	3,84	4,84	3,01	2,94		3,5	4,9			
1904	4,22	5,22	3,14	2,61		3,6	5,0			
1905	3,82	4,82	2,85	2,57		3,6	5,1			
1906	5,15	6,15	4,04	3,86		3,6	5,5			
1907	6,03	7,03	5,12	4,69		3,8	5,7			
1908	4,76	5,76	3,52			3,8	5,0			
1909	3,93	4,93	2,87			3,7	5,0			
1910	4,35	5,35	3,54			3,8	5,0			
1911	4,40	5,40	3,54			3,8	5,2			
1912	4,95	5,95	4,22			3,9	5,5			
1913	5,89	6,89	4,36	4,12		4,1	5,4	7,90		2-3
1914	4,69	5,69	3,84							
1915	5,00	6,00	3,69							
1916	5,00	6,00	4,62							
1917	5,00	6,00	4,63							
1918	5,00	6,00	4,63							
1919	5,00	6,00	3,19							
1920	5,00	6,00	3,59							
1921	5,00	6,00	3,49							
1922	6,31	7,31	5,91							
1923	8	8								
1924	10,00	12,00		28,23	25,13			10,01	41,75	6,65
1925	9,19	11,15	7,62	9,16	10,82	9,5		14,11	17,47	5,05
1926	6,74	7,99	4,92	5,43	6,57	8,3	3,4	10,18	12,91	3,25
1927	5,83	7,34	5,49	6,11	7,82	7,9	4,4	8,83	11,33	3,19
1928	7,00	8,00	6,53	6,72	8,22	7,0	5,0	10,00	12,50	4,00
1929	7,11	8,11	6,67	7,66	8,97	7,4	6,6	10,00	12,50	4,00

Während sich die Diskont- und Lombardsätze (Diskont = gegen Einreichen von Wechseln, Lombard = gegen Einreichung von festverzinslichen Papieren) nicht wesentlich von den Sätzen der Bundesbank seit 1950 unterscheiden, sehen wir bei den Renditen festverzinslicher Papiere unter dem Goldstandard doch einen gewaltigen Unterschied zu denen der Nachkriegszeit bis heute.

(Die Renditen bereits auf dem Markt befindlicher Papiere sind in etwa gleich hoch wie die Zinsen, die Kapitalsuchende jeweils bieten müssen).

Die Zinsen für das in den Wertpapieren verbriefte Kapital lagen im Schnitt (ca. 3,8 %) um mehr als die Hälfte (!) unter den Zinsen für Kapital in der Geschichte der Bundesrepublik.

Daraus lässt sich nur ein Schluss ableiten: Es muss irgend jemand am Kapitalmarkt aufgetreten sein, der im Kaiserreiche nicht aufgetreten ist oder nur zu einem Bruchteil dessen wie er heute auftritt.

Dass dies nur der "**moderne Staat**" gewesen sein kann, der im Fall der BRD bis heute fast 3 Billionen DM Kredite am Kapitalmarkt aufgenommen hat, kann nur ein Narr bestreiten.

Das Kaiserreich war bei allen kreditblaseninduzierten Problemen nach dem Start ("Gründerschwindel", danach die "Depression der Bismarckzeit") keineswegs eine Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Ganz im Gegenteil! Es war eine Zeit laufend gestiegener Prosperität. Was auch nur ein Narr bestreiten könnte.

(Auch) durch die günstigen Zinssätze für Leih-Kapital ergab sich eine durchgehend höhere **Aktienrendite**, so dass jeder, der Leihkapital in Eigenkapital verwandelte, völlig beruhigt sein konnte.

Er hat sein Geld (Dividenden) mit realer Produktion und deren Absatz verdient und nicht mit irgendwelchen Hochbuchungs- und Zinseszins-Mätzchen.

Unter dem Goldstandard konnte es niemals zu solchen abartigen Exzessen an den Aktienmärkten kommen, wie wir sie erlebt haben und immer noch erleben, von wegen "dynamischen Kurs-Gewinn-Verhältnissen" von 100, 1000 und 10.000 usw. (Kurs-Dividenden-Verhältnisse oder Nominal-EK-Dividenden-Verhältnis wie fürs Kaiserreich hier zu sehen, sind bekanntlich "out").

Der Goldstandard hat auch bei den Zinsen und Renditen allerbestens funktioniert.

Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen gab's den Privatkont oder Tagesgeld. Und wer unbedingt Bargeld sehen wollte oder musste, konnte sich bei der Reichsbank bedienen, die in Höhe der Differenz zwischen ihrem Diskontsatz und dem Privatkontsatz in Ruhe ihre Monopolprämie eingeschoben hat.

Schließlich war sie ja die Reichsbank.

Wer im Goldstandard ein Problem für die gedeihliche Entwicklung einer Wirtschaft sieht, weiß wirklich nicht, wovon er spricht.

Real-Enzyklopädie (11): Zinssatz, Zins, Teil 1: some first mainstreaming

Geschrieben von dottore am 23. Juli 2001 19:23:16

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/72948.htm>

Wer sich an der Erklärung des Zinses versucht, muss einen langem Atem haben. Deshalb soll die Behandlung hier aber auf keinen Fall langatmig werden.

Zunächst zum In-Etwa-Stand von mainstream (auf aktuellste Finessen wird ganz am Schluss der kleinen Serie in der Serie eingegangen, damit auch Connaisseure von seitenlanger Modellschreinerei auf ihre Kosten kommen).

Grundsätzlich vorweg: Das Interesse an Zinstheorie hat in den letzten 100 Jahren mehr und mehr nachgelassen, in den letzten 30 Jahren sogar mit deutlichst fallender Tendenz.

Noch Prof. **Eugen von Böhm-Bawerk**, der in der Habsburger Monarchie auch als Finanzminister tätig war, und der zu Beginn des vorigen Jahrhunderts als bester Kenner des Zinsproblems galt (wenn er es nicht überhaupt bis heute gewesen ist), beginnt sein Buch "Kapitalzinstheorien" (man beachte schon hier das Wort "Kapital"), mit dem Satz:

"Es hat sich über das Thema des Kapitalzinses eine Literatur angesammelt, die an Umfang von wenigen, an Vielseitigkeit der zutage tretenden Meinungen von gar keinem anderen Einzelzweige der nationalökonomischen Literatur erreicht wird."

Ich erkläre das abgeflaute Interesse an der Zinstheorie mit der inzwischen auch im Publikum eingebürgerten Vorstellung, dass "den Zins" (korrekt: den Zinssatz) "irgendwie" die Zentralbanken "machen" oder "festlegen". Und wozu braucht man dann noch groß eine Theorie, man hat doch Fakten!

Dabei ist durchaus klar, dass die ZBs nicht alle Zinsen "machen" können. Aber mainstream geht im Grund von diesem Modell aus, wovon sich auch der Nicht-VWLER leicht überzeugen kann, wenn er die ständige Kolumne von Prof. **Norbert Walter**, dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank, in der FAZ liest:

Die ZB setzt einen Zinssatz fest. Der gilt für kurzfristige Kredite. Dieser Zinssatz teilt sich dann allen kurzfristigen Zinssätzen mit, die sich entsprechend nach oben oder unten bewegen. Je nach der Richtung dieser Bewegung beeinflusst der ZB-Zinssatz über kurz oder lang auch alle anderen Zinssätze, also auch den für langfristige Titel (bei Böhm-Bawerk "Kapital").

Dabei kann es zu zeitlich gleichlaufenden oder zeitlich versetzt gegenläufigen Bewegungen kommen.

Beispiel A: Die ZB senkt ihren Zinssatz. Die Geldmarktzinsen fallen, und wenig später auch die langfristigen Zinsen, also die "Kosten für Kapital". Damit soll bekanntlich eine darniederliegende Konjunktur "angekurbelt" werden.

Beispiel B: Die ZB erhöht ihren Zinssatz. Die Geldmarktzinsen steigen. Wenig später auch die Kapitalzinsen, weil weniger Geld "da" ist, um solche Titel zu kaufen, ergo deren Kurse fallen und mit den Kursen die Renditen spiegelbildlich steigen. Und somit die Aufnahme von neuem Kapital entsprechend teurer wird, da die Zinssätze, die für neues Kapital geboten werden müssen, um es zu erhalten, ziemlich genau den Renditen für altes Kapital entsprechen müssen - denn sonst würden die Anleger altes Kapital kaufen und nicht in neuem investieren.

Eine solche Zinssteigerung darf aber letztlich nicht dazu führen, dass neues Kapital auf Dauer unerhältlich wird. Diese Zinssteigerung soll daher nur dazu dienen, vorübergehend Geld und Kapital zu verteuern, damit sich die Wirtschaft wieder "beruhigt". Nachdem sie sich beruhigt hat, sollen dann wieder "normale" Zinssätze einkehren.

Die ZB erhöht also letztlich immer nur die Zinssätze, um sie wieder zu senken.

Schließlich kann die Wirtschaft auf Dauer nur mit "niedrigen" Zinsen florieren, egal wie niedrig "niedrig" ist oder sein soll. Niemals senkt sie ihre Zinssätze, um sie wieder zu erhöhen. Denn das ergäbe keinen Sinn.

Das Ganze erscheint als so etwas wie ein Trial- & Error-System. Die ZB senkt also immer die Zinsen "auf Verdacht". Geht alles gut, kommt es also zu keiner "Erhitzung" oder "Überhitzung" der Konjunktur, kann sie die Zinsen dann unten lassen oder sogar noch weiter senken.

Würde es nie mehr zu einer "Überhitzung" kommen, könnte die ZB ihren Zinssatz quasi auf **Autopilot** stellen. Er wäre immer gleich und die Wirtschaft würde in immer gleichem Ausmaß wachsen.

Das klingt in der Theorie sehr gut, in der Praxis sieht es bekanntlich ganz anders aus. Wir erleben (allein 1999/2001 in den USA) ein höchst unstetes "Drehen" an der "Zinsschraube" (mal schnell rauf, dann schnell wieder runter), so dass irgendetwas da nicht stimmen kann.

Wie ist es möglich, dass sich eine Wirtschaft über Nacht erhitzt und über Nacht wieder abkühlt? Und warum wurde durch die "Zinspolitik" nicht verhindert, dass so etwas passieren konnte (falls es überhaupt passiert ist)?

Die Geldpolitiker versuchen, dem Problem, dass nicht klar ist, ob sie mit ihrer Zinspolitik die Wirtschaft beeinflussen oder ob die Wirtschaft ihrerseits die Zinspolitik beeinflusst, dadurch auszuweichen, dass sie sich so eine Art Korridor vorstellen, innerhalb dessen sich die Wirtschaft sozusagen "selbst" entwickelt. Das heißt mal "optimaler Wachstumspfad", mal "optimale Ausnutzung des Wachstumspotenzials" oder so ähnlich.

Die Wirtschaft soll sich also durchaus aus sich heraus entwickeln und Aufgabe der ZB ist es, diese Entwicklung sozusagen "monetär" zu begleiten, indem sie also das Geld zur Verfügung stellt, damit diese Entwicklung reibungslos verlaufen kann und auch das zur Entwicklung benötigte Kapital zu günstigen, diese Entwicklung also nicht behindernden oder einschränkenden Konditionen erhältlich ist.

Mit welchem Steigungswinkel dieser "Korridor" verläuft, ist allerdings nicht klar definiert. Also z.B. "mittelfristig" oder "langfristig" mit 2, 4, 6 oder 8 Prozent oder so.

Der Steigungswinkel wird vielmehr indirekt erschlossen, indem die ZBs die laufende **Inflationsrate** zur Hilfe nehmen: Steigt diese Rate an, wird geschlossen, die Wirtschaft habe den Korridor nach oben durchstoßen. Jetzt müsste also mit höheren Zinssätzen gearbeitet werden, um den Korridor wieder zu "erwischen".

Und umgekehrt: lassen die Inflationssteigerungen nach, werden sie gar negativ bis hin zur Schwelle zur Deflation (was in der Regel schon eine schwerere Krise signalisiert), dann müssen dringend die Zinssätze "angepasst", also rasch gesenkt werden, um den Korridor, der nach unten verlassen wurde, wieder zu erwischen.

Da Volkswirtschaften aber nur ziemlich langsam von einem "Normalzustand" in die "Überhitzung" kommen, während es umgekehrt von der "Überhitzung" in die "Unterkühlung" sehr schnell geht, spiegelt sich dies auch in der Zinspolitik der ZBs:

Sie erhöhen ihre Sätze gewöhnlich nur sehr langsam - eben, um auszuprobieren (trial & error), ob das schon "reicht". Umgekehrt aber senken sie ihre Sätze sehr schnell, wenn ihre Volkswirtschaft "abzuschmieren" droht - denn dann gibt es nichts mehr auszuprobieren, sondern dann gilt es nur noch, Schlimmeres zu verhüten.

Die "Zinspolitik" der amerikanischen Fed der letzten beiden Jahre beweist dies deutlich. Auch werden Forderungen nach "Zinssenkungen" seitens der Wirtschaft immer sehr laut geäußert, siehe aktuell Euro-Zone.

Von Forderungen nach "Zinserhöhungen" hört man praktisch nie etwas. Schließlich will die Wirtschaft immer lieber mit "billigem" Geld arbeiten als mit "teurem".

Das Ganze wird freilich noch schmerzlicher, wenn man der Zinspolitik direkt auf den Zahn fühlt.

Selbst wenn man akzeptiert (was unmittelbar nahe liegt), dass billiges Geld besser ist als teures und sogar akzeptiert, dass "gelegentlich" und "vorübergehend" das Geld verteuert werden muss, um es auf Dauer dann doch "billig" zu halten bzw. halten zu können, wird doch nicht klar, wie sich denn der Zinssatz für Geld selbst bildet - außer, dass ihn die ZBs festsetzen können.

Es muss sich aber ein Zinssatz für Geld bilden bzw. gebildet haben, bevor die ZB "ihren" Zins festsetzt, denn sonst könnte die ZB den Nicht-ZB-Zinssatz nicht mit Hilfe ihrer Zinspolitik beeinflussen, also nach oben oder unten ziehen.

Womit wir bei der Frage angekommen sind:

Wie ergibt sich der "Preis" für Geld?

Wie sich Preise für Waren ergeben, versteht jeder, nämlich nach Angebot und Nachfrage. Aber wie ist es mit dem Zinssatz (der gewöhnlich von den mainstreamern als "Preis" für Geld bezeichnet wird, weshalb inzwischen vielfach die Zinstheorie als Teil der Preistheorie abgehandelt wird)?

Wenn wir das nachgefragte Gut als "Geld" bezeichnen (und was anderes sollte mit Hilfe eines zu bietenden Zinssatzes nachgefragt werden als "Geld"?) dann tut sich uns ein großes Rätsel auf.

Da ich etwas immer nur mit Hilfe von "Geld" nachfragen kann, vermag ich also offenbar auch "Geld" immer nur mit Hilfe von "Geld" nachzufragen. Es muss demnach "Geld" und "Geld" geben. Das eine, das im Publikum vorhanden ist und ein anderes, das noch nicht im Publikum vorhanden ist.

Da dies keinen Platz in irgendeiner Logik haben kann, muss es etwas anderes sein, was da abgeht.

Die Lösung beschert uns die Zeit. Was nicht verwundert, da der Zins das klassische Zeitphänomen schlechthin ist. Der Zins, der sich aus dem Zinssatz ergibt, wird nicht in dem Augenblick bezahlt, da ich "Geld" nachfrage, sondern später. Es ist also beim Abschluss eines Leihvertrages immer etwas **offen** - im Gegensatz zu einem Kaufvertrag, der mit Lieferung der Ware oder Leistung und der Bezahlung **abgeschlossen** ist.

Um den Zins zu enttarnen, müssen wir also die Zeit enttarnen, konkret: das Gefühl für Zeit und vor allem die "Bewertung" bzw. Auspreisung von Zeit, sofern sie sich in wirtschaftlicher Weise oder mit wirtschaftlichen Folgen ausgedrückt haben.

Dazu müssen wir (leider) weit in die Geschichte zurück gehen. Nur dort können wir entdecken, wie sich ein wirtschaftlich relevantes Zeitgefühl und ein dies ausdrückendes Zeitpreisgefühl entwickelt haben.

Zinssatz und Zins, die ja durchgehend bis heute immer die selben gewesen sind (Zinssatz = prozentual ausgedrücktes "Mehr", Zins = das vereinbarte "Mehr" höchstselbst, das zeitlich später als die Vereinbarung zu leisten ist), beidem also können wir nicht anders auf die Schliche kommen als mit weit zurück reichenden Recherchen.

Ich hoffe, dass ich die Ergebnisse der Spurensuche anschaulich und "kurzweilig" genug mitteilen kann.

Real-Enzyklopädie (15): Shekel = immer Gewicht, nie "Warengeld"!

Geschrieben von dottore am 04. August 2001 19:19:45

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/74411.htm>

Der Shekel hatte uns schon beschäftigt, allerdings haben wir sein Rätsel noch nicht gelöst. Es geht um das alte Warengeld/Kreditgeld-Problem.

Nach weiterer Durcharbeitung von San Nicolò/Ungnad, "Neubabylonische Rechts- und Verwaltungsurkunden" (Leipzig 1935) erhellt sich das Bild allerdings weiter.

1. Stückelung. Der Shekel wird zumeist in Achtelstücken zerbrochen. Warum kann ich (noch) nicht erklären. Das Achtelstück kann nicht einzeln umgelaufen sein, da es im Gewicht **al pezzo** (Stück) zu sehr geschwankt haben dürfte. 8 Achtelstücke müssen aber **al marco** (Gewicht) einen Shekel ausgemacht haben. Ob der Achtelshkel eine Art Scheidemünzen gewesen ist, hat sich mir noch nicht erschlossen. Funde sind mir weder von 1/1 Gewichtsshekel noch von Achteln bekannt. Die Gründe für das Fehlen in den bisher bekannten Stratigraphien sind mir rätselhaft.

Es gibt dazu auch reine Angaben in Shekel selbst (ohne Achtelung), dazu auch solche in "zerbrochenem" Silber. Außerdem wird oft auf "weißes" Silber abgehoben, woraus zu schließen ist, dass es auch verunreinigtes oder nicht raffiniertes Silber gegeben haben muss.

Der Shekel war - egal in welcher Form - immer ein Gewicht (60 Shekel = 1 Mine), niemals als solcher "Geld". Also einen Shekel als Nominal gab es nicht!

Das erledigt die "Warengeld"-Vorstellung leider komplett, wie beispielsweise Urkunde 742 beweist:

"37 Minen, Gewicht von Kleidung: 2 sibtu-Gewänder, 4 Schamtücher, 7 Hüfttücher... 19 5/6 Minen Gewicht von Kleidung: 1 sibtu-Gewand, 1 Schamtuch, 1 Bunde, 10 Hüfttücher ... 2 Minen 50 Shekel, Gewicht von Kledigung: Bänder, Schleifen... 12 Minen 50 Shekel, Gewicht : ein sibtu-Gewand, 1 Hemd, Schleifen- Kleidung, 3 Binden... 15 Shekel, Gewicht von Schleifendkleidung und einer Binde... usw. - Das hat der Weber N. Empfangen."

Oder Nr. 734 (Auszug):

"12 Minen Wolle..., Gewicht von Schleifenkleidung, metu-Kleidung für eine Decke, Hemden, Schleifenkleidung, 2 Binden, zusammen 18 1/2 Minen, einschließlich pappasu - 3 2/3 Minen 2 Shekel ist das Silber dafür."

(Umrechnungsversuch: 18 1/2 Minen Wolle und Textilien = 3 2/3 Minen Silber, so dass wir einen "Preisverhältnis" (in Gewicht!) von ca. 5 : 1 haben. Oder: Für einen Shekel (Gewicht!) konnte man 5 Shekel (Gewicht) "Kleidung" kaufen.)

2. Kaufverträge. Diese sind in großer Zahl vorhanden (vor allem Berlin). Sehr interessant: Kaufverträge über vertretbare Sachen (Getreide, Öl, Wolle, Metalle etc.) gibt es nicht. Offenbar waren nur individuelle Sachen Gegenstand von Kaufverträgen. **Das ist der sog. Stückkauf.**

Davon zu unterscheiden sind **Gattungskäufe**, die nur in Form von **Verpflichtungsscheinen** beurkundet sind. Der Verpflichtungsschein (ú-il-tim) bezeichnet sowohl den Verpflichtungsschein selbst als auch die darin enthaltene Forderung! Dabei wird ú-il-tim auch nur als "Forderung" bezeichnet, obwohl der allgemeine Ausdruck für "Forderung" rasútu ist.

Ich möchte als Arbeitshypothese einstweilen den Verpflichtungsschein, sofern er zedierbar war, als "Geld" bezeichnen (wird noch diskutiert, ich darf auf meine Tontafel hinweisen, die bereits vorgestellt wurde: A lieht sich von B Silber und C besichert den Vertrag mit unbelastetem eigenem Land, so dass die Urkunde zedierbar war). Die Zession von Forderungen (rasútu), eine Vorbedingung von "Geld" als etwas allgemein Akzeptierbares muss noch untersucht werden.

Ein Verpflichtungsschein (11. VS V 146 (= VAT 3153) hat diesen Wortlaut:

"NN. hat einen Verpflichtungsschein über 22 Kur Gerste un 1/2 Mine 2 Shekel Silber zu Lasten der Elamiter, einen Verpflichtungsschein zu Lasten des bèl-inbi... unter Siegelung dem Masdu ... gegeben."

3. Preise. Gattungskaufpreise sind vermutlich nur indirekt zu ermitteln, siehe Verpflichtungsscheine, was noch eruiert werden müsste, falls es überhaupt möglich ist. Ich bitte um Geduld.

Immerhin haben wir Stückkaufpreise bzw. Stückmietpreise.

a) Immobilienkauf. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Haus- und Feldgrundstücken. Hausgrundstücke dürften in der Größe nicht allzu verschieden untereinander gewesen sein. Bei Feldgrundstücken ist die Größe zwar nach oben offen, aber die Größe "normaler" Felder dürfte in etwa dem entsprochen haben, was von einer Familie zu bearbeiten war bzw. was so groß war, dass eine Familie davon leben konnte. Sogenannte "Latifundien" dürften zunächst ausscheiden.

Beispiele (verkürzt):

- 51. Aussaatfläche mit Dattelpalmen bepflanzt, zweimal an andere Grundstücke angrenzend für 2 Minen 50 Shekel (= 170 Shekel).
- 54. Aussaatfläche, Feld der Steppe, Garten, Dattelpalmen, plus Garten für 2 Minen weißen Silbers, 2 Shekel Silber als Zugabe. (Summa: 122 Shekel).

ACHTUNG: Es gibt Kauf auf Kredit, d.h. ein Teil des Kaufvertrages wird gestundet. Sieh dazu 57.: "Er (der Verkäufer) ist befriedigt, quitt; eine Forderungsklage hat er nicht."

Auf die frühen Kreditphänomene wird noch ausführlich zurück gekommen, in Fortsetzung der Zins-Enzyklopädie. Logischerweise ergibt sich schon aus diesem Passus, dass Kauf immer ein Kreditvorgang ist: entweder der Kredit wird uno actu abgelöst oder später.

b) Mobiliarkauf. Der wichtigste Mobiliarkauf (Stückkauf) war der Kauf von Sklaven. Die werden detailliert beschrieben. Dabei ergeben sich diverse Preise, einige davon:

- 63.: "Gesinde" (offenbar 2 Leute) = 35 Shekel.
- 64.: 1 Sklave = 34 Shekel.
- 65.: 1 Sklave = 33 Shekel.
- 67.: Frau und ein Monat alter Sohn = 72 Shekel.
- 71.: 4 Leute "Gesinde" = 240 Shekel.
- 75.: Sklavin = 155 Shekel.
- 79.: Magd = 240 Shekel. Hoher Kaufpreis (auch für Sklavinnen ungewöhnlich, vermutlich an Zahlungsstatt für ein vorangegangenes Darlehen, das damit abgelöst wurde, offenbar mit aufgelaufenen Zinsen. Das Darlehen muss wohl "non performing" gewesen sein.
- 80.: Sklavin = 240 Shekel (4 Minen), ebenfalls ein Erwerb an Zahlungs Statt. Also kein Nettopreis (siehe eben).
- 84.: Sklavin = 50 Shekel (5/6 Mine) "als zu verrechnenden Kaufpreis".
- 85.: Sklavin = 140 Shekel - "für 2 1/3 Minen weißen, zerbrochenen Silbers in Achtelshekelstücken zum vollen Kaufpreis".
- 86.: Sklavin = 60 Shekel.
- 87.: Sklavin = 120 Shekel.
- 91.: Sklavin = 120 Shekel.
- 93.: Zwei Knechte = 240 Shekel.

Einen Einheitspreis gab es also nicht, allerdings zeigt die Price Range doch in etwa an, dass es um ein Mittel von ca. 100/120 Shekel gegangen ist.

Der nächste Mobiliarkauf war der von Tieren. Dazu:

- 99.: 2 Schafböcke = 50 Shekel. (Schafböcke waren zum Opfer gedacht, auch logisch, da überständige Böcke ziemlich wertlos waren).
- 100.: Rind = 35 Shekel.
- 103.: Esel = 50 Shekel.

4. Miete. Dazu war schon kurz berichtet worden. Der Mietzins liegt der Urkundenreihe nach pro Jahr in Shekel bei:

10 - 8 - 12 1/24 - 15 - 18 - 13 - 9 - 29 3/4 - 18 - 13 - 20 - 20 - 7,5 - 20 - usw.

Es dürfte sich ein Mittel von 12-15 ergeben.

Schiffsmiete: 12,5 Shekel.

12 Tonnen vermietet = 1 (?) Shekel.

5. Löhne (Personenmiete).

Kompliziert berechnet, u.a. auch wegen der Verpflegung. Es werden auch Vertragsstrafen gerechnet (bis 10 Shekel) für Nichterfüllung dessen, der den Arbeiter vermietet). Außerdem wird in Wolle (in Gewicht, konkret Minen) oder 1 1/2 Shekel Gerste usw. entlohnt.

In 158. haben wir einen lupenreinen Zweijahresvertrag für jährlich 12 Shekel "vollwertigen Silbers". In 159. haben wir 4 Leute für monatlich 3 Shekel Silber und eine gewisse Menge Gerste.

Lohn also p.m. etwa 1 Shekel.

5. Zins. Wir noch ausführlicher behandelt. Immerhin ergibt sich aus den Verpflichtungsscheinen, siehe oben, etwa dieses Bild:

- 161.: 1/2 Mine, "jährlich wächst 5 Shekel Silber hinzu". Zinssatz: ca. 18 % p.a.
- 163.: 8 Shekel Silber, Ab (?) wächst auf eine Mine 10 Shekel dazu = ca. 15 % p.a.
- 165.: Monatlich auf 1 Mine 1 Shekel Silber = ca. 1/60 p.m. Ca. 20 % p.a.

Ähnlich andere Urkunden. Offenbar waren kurzfristige Ausleihungen bzw. Stundungen höher verzinslich.

- 168.: Bei Nichtzahlung "jährlich auf 1 Mine 12 Shekel Silber zu seinen Lasten hinzu". Ebenfalls 20 % p.a.

ACHTUNG: Das Phänomen des Strafzinses ist zentral bei frühen Zinsbetrachtungen. Es wird noch ausführlicher vertieft. Vermutung: Der Zins entsteht als Strafzins bei Nichterfüllung zu vereinbartem Termin.

6. Tausch. Beim Tausch erleben wir etwas durchaus Sensationelles: Die Wertdifferenz zwischen Tauschobjekten wird durch Geldleistung ausgeglichen. Der Ausdruck heißt takpustu (wörtlich = Auswischung).

Damit ist die Tauschmitteltheorie des Geldes (in diesem Fall des gewogenen Silbers nach Shekelgewichtsstandard) erledigt!

Es wurde also nicht etwas gegen Silber"geld" gekauft, wonach dann derjenige, der statt des getauschten Objektes Silber in Händen hatte und seinerseits etwas kaufen konnte. Sondern es wurde Ware gegen Ware getauscht und das Silber (ebenfalls nur als Gewicht) wurde zum Ausgleich der offenen Spitzen genommen.

Dies hat die gesamte Wissenschaft bisher m.W. komplett übersehen. Der Umweg Ware-Geld-Ware hat also nicht Statt gehabt. Was auch komplett unökonomisch gewesen wäre.

Die Babylonier waren erheblich weiter als die aktuellen mainstreamer.

4. Goldparität. Es gab zweifelsfrei einen Silberstandard, da in Urkunde 14. ausdrücklich die Rede davon ist, dass X. der Tochter des Y. "anstelle von 4 Minen Silber, dem Kaufpreis des Goldes... Das Silber ist der Kaufpreis von späterem und früherem Golde." (Auf Termingeschäfte wird noch ausführlich bei der Behandlung der Zinsentstehung einzugehen sein).

Dies zum Warmlaufen.

Real-Enzyklopädie (16): Gesell, Manchesterum, Darwin, Hochzucht, Freiwirtschaft

Geschrieben von dottore am 31. August 2001 17:22:27

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/78650.htm>

[D]urch freundliche Hilfe des Staatsarchivs in München bin ich an einen Text von Silvio Gesell gekommen, der vermutlich das wieder gibt, was den Kern seiner freiwirtschaftlichen Lehre ausmacht.

Einige Stellen aus dem Text, der den professionellen Freiwirten möglicherweise gut bekannt ist, da er wohl irgendwo auch in gedruckter Form vorliegen dürfte, erscheinen es mir doch wert, vorgestellt zu werden.

Ich hatte mich nämlich schon immer gefragt, was denn den missionarischen Eifer der freiwirtschaftlichen Bewegung letztlich ausmacht, bzw. wie denn das Menschen- und Gesellschaftsbild ausschauen mag, dass sich **nach** Realisierung der beiden Gesell'schen Vorschläge „Freiland“ und „Freigeld“ ergeben soll.

Um es vorweg zu nehmen: Gesell erscheint als in diesen Texten als Ultra-Marktwirtschaftler und den Selektionslehren selbst Darwins nicht abgeneigt. Während ich das Zweite unkommentiert lassen möchte, wundert mich das erste letztlich doch. Denn jemand, der auf vollen Wettbewerb im buchstäblich Manchester-kapitalistischen Sinne setzt (wörtlich sogar, wie wir noch sehen werden), ist auf der anderen Seite jemand, der auf ein staatliches Boden- und Geldmonopol hinaus will, was sich schlecht mit der Lehre reiner Marktwirtschaft vereinbaren lässt.

Aber lassen wir ihn selbst zu Wort kommen (BHStA, Abt. II, MA 99890 ff.). Die Hervorhebungen sind von mir.

"Wie bei allen Lebewesen, so hängt auch das Gedeihen des Menschen in erster Linie davon ab, dass die Auslese nach den Naturgesetzen sich vollzieht. Diese Gesetze aber wollen den Wettstreit. Nur auf dem Wege des Wettbewerbs, der sich überwiegend auf wirtschaftlichen Gebiet abspielt, kann es zur förderlichen Entwicklung, zur Hochzucht kommen. Wer darum die Zuchtgesetze der Natur in ihrer vollen, wundertätigen Wirksamkeit erhalten will, muss die Wirtschaftsordnung darauf anlegen, dass sich der Wettbewerb auch wirklich so abspielt, wie es die Natur will, d.h. mit der von ihr gelieferten Ausrüstung, unter gänzlicher Ausschaltung von Vorrechten."

Inwieweit ein Boden- und Geldmonopol des Staates kein Vorrecht sein soll, kann ich einfach nicht nachvollziehen.

"(Dann) darf man hoffen, dass mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden vom Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat..."

Das ist ziemlich starker Tobak.

"Es darf uns nicht ergehen wie etwa dem Christen, den seine Religion in folgerichtiger Anwendung zum Bettler macht und im Wettstreit entwaffnet, worauf er dann mitsamt seiner Brut im Auslesevorgang der Natur vollends zermalmt wird. (...) Die natürliche Wirtschaftsordnung wird darum auf dem Eigennutz aufgebaut sein (...) Mit der auf Eigennutz aufgebauten natürlichen Wirtschaft soll jedem der eigene volle Arbeitsertrag gesichert werden, mit dem er dann nach freiem Ermessen verfahren kann."

Das mit dem Christentum und dem Kapitalismus haben wir bei **Max Weber** („protestantische Ethik“ usw.) allerdings ganz anders gelesen. Auch **LeGoff** kennt das aus dem MA völlig anders, was die christlichen Kaufleute angeht. Und selbst der katholische **Jakob Fugger** hat sich sein Seelenheil mit Hilfe der Fuggerei absichern lassen.

Über den „vollen Arbeitsertrag“ entscheiden in einer freien Wirtschaft übrigens nicht jene, die ihn anbieten, sondern jene, die ihn akzeptieren. Kleines Einmaleins von Angebot und Nachfrage. Das mit dem vollen Arbeitsertrag hatte schon Marx mit seiner Mehrwertthese nicht richtig kapiert.

"Diese natürliche Wirtschaftsordnung könnte man auch als ‘Manchestertum’ (sic!) bezeichnen, jene Ordnung, die den wahrhaft freien Geistern immer als Ziel vorgeschwebt hat - eine Ordnung, die von selber, ohne fremdes Zutun steht und nur dem freien Spiel der Kräfte überlassen zu werden braucht, um alles das, was durch amtliche Eingriffe, durch Staatssozialismus und behördliche Kurzsichtigkeit verdorben wurde, wieder ins richtige Lot zu bringen."

Ich verstehe die eindeutig amtlichen Eingriffe wie „Freigeld“ und „Freiland“ immer weniger. Wenn dies nichts mit Staatssozialismus und Behörden zu tun haben soll - was denn sonst?

"Die Manschesterschule war auf dem richtigen Wege, und auch das, was man von *Darwin* her später in diese Lehre hineinrug, war richtig...."

Hoppala! („Darwin“ von Gesell selbst hervorgehoben).

"Nur hatte man die erste und wichtigste Voraussetzung des Systems ungeprüft gelassen und sich nicht um die Kampfbahn gekümmert, auf der nun die Kräfte frei sich messen sollten. Man nahm an (nicht alle taten es harmlos), dass in der gegebenen Ordnung, mit Einschluss der Vorrechte des Grundbesitzes und des Geldes, die Bürgschaft für einen genügend freien Wettstreit läge, vorausgesetzt, dass sich der Staat nicht weiter in das Getriebe der Wirtschaft mischen würde."

Gewiss hat jemand, der Grund und Geld besitzt, ein Vorrecht gegenüber dem, der das nicht besitzt. Aber was sollte jemand (wie ich), der ohne jeglichen Grundbesitz und ohne jegliches Geld seinen Berufsweg begonnen hat und jetzt beide dieser „Vorrechte“ genießen kann, dazu sagen? Ich habe mir Grund und Geld auf völlig freien Märkten und mit Hilfe eigener, von anderen freiwillig akzeptierter Leistung beschaffen können.

Wo also bleibt das "Vorrecht", zumal jenes derer, die vor mir im Besitz bzw. Eigentum von Grund & Geld gewesen waren? Sie sind dieses Vorrechts im ganz normalen wirtschaftlichen Leistungswettbewerb verlustig gegangen und ich habe es mir nicht mit Gewalt angeeignet.

"Wenn von all diesen schönen Manchesterhoffnungen bis zu heutigen Tag (der Text stammt aus 1919, d.) keine Spur der Verwirklichung sich zeigt (...), so muss die Ursache in dem von den Manchesterleuten aus Unkenntnis der Dinge unbesehen aus dem Altertum übernommenen Geldwesen gesucht werden, das einfach versagt, sobald sich die Wirtschaft im Sinne der manchesterlichen Erwartungen entwickelt."

In der Geschichte gab es immer wieder manchesterhafte Phasen, also völlig freien und gnadenlosen Wettbewerb usw. Was das Geldwesen damit zu tun hat, ist nicht so Recht erfindlich, da es nun wirklich jede Form eines Geldwesens in der Geschichte ebenfalls gegeben hat, wobei die letztlich dann „ungleiche“ Verteilung von Gütern und Guthaben bzw. Geld Resultat des freien Wettbewerbs und nicht umgekehrt die ungleiche Verteilung von Geld zur ungleichen Verteilung von Gütern geführt hat.

Ein Mann wie Bill Gates hat mit Null angefangen und ein Mann wie Raul Gardini mit sehr viel Geld. Gates wurde zum reichsten Mann der Welt und Gardini hat sich - überschuldet - erschossen.

Weitere Beispiele ad libitum.

"Man wusste nicht, dass das Geld den Zins zur Bedingung seiner Betätigung macht (...) Die manchesterlichen Hoffnungen und die Goldwährung waren unvereinbar."

Gesell hat übersehen, dass es lange vor so etwas wie „Geld“ selbstverständlich Zinsen gegeben hat, von Goldgeld ganz abgesehen. Es sind jede Menge Kontrakte überliefert, in denen zwar von „Zins“, aber in keiner Weise von „Geld“ die Rede ist (der Zins wurde in Form anderer Waren, z.B. Naturalien erlegt).

Außerdem ist die Goldwährung beendet und insofern geht spätestens mit dem heutigen Kreditgeldsystem sein Vorwurf gänzlich ins Leere.

"Entweder Eigen- oder Staatswirtschaft - ein Drittes gibt es nicht."

Da eine Monopolisierung des Bodens durch den Staat - wie die sozialistischen Experimente bezeugen - und die Monopolisierung des Geldwesens durch den Staat - wie der derzeit aktuelle Zustand beweist - zu keinem erfreulichen Ergebnis geführt haben, sollte beides, der Grundbesitz und das Geldwesen vollständig privatisiert sein („Eigenwirtschaft“).

Was Gesell im Falle der „Staatswirtschaft“ prophezeit bzw. feststellt, nämlich:

"(sie könne) die Tatsache nicht verschleiern, dass es sich im Grunde immer um denselben Schrecken, um den Tod der persönlichen Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstverantwortung, d.h. um Behördenherrschaft handelt"

ist m.E. völlig richtig. Nur verstehe ich nicht, wozu wir in Fragen des Grundbesitzes und des Geldwesens just jene öde **Behördenwirtschaft** brauchen, die Gesell ablehnt, die aber von den Freiwirten so nachhaltig gefordert wird.

Irgendwo ist doch klar erkennbar ein logischer Bruch. Und selbst wer Gesells Manchesterkapitalismus bejahen wollte, braucht ihn doch nur auch auf Grund & Geld ebenfalls auszudehnen, um jene Ergebnisse zu erzielen, die ihm dann als „gerecht“, „erstrebenswert“ oder gar „hochzüchtend“ vorschweben.

Dies erscheint mir eine erheblich einfachere Übung zu sein als der umgekehrte Weg, die Verbehördisierung von Grund und Boden plus Einführung eines von einem staatlichen (!) Währungsamt auszugebenden Geldes, dessen Wirkungsweise von **Harburger** bestens abgeleitet wurde, der sich dabei des von Gesell hergeleiteten Begriffs der „absoluten Währung“ bedient.

Schon das Wort „absolut“ macht frösteln...

Als Antwort auf: Re: Real-Enzyklopädie (16): Gesell, Manchesterum, Darwin, Hochzucht, Freiwirtschaft geschrieben von Campo am 31. August 2001 22:43:53:

Lieber Campo,

so geht's eben nicht.

Jeder Vorschlag, etwas zu verändern muss nicht nur erklären können, was denn verändert werden soll, sondern was die Veränderung bewirken soll.

Das heißt, ich muss einen Zustand A untersuchen und erklären, was an diesem Zustand verbesserungsfähig bzw. verbesserungswürdig ist - dies mit Hilfe von Mitteln x, y, z usw. und ich muss erklären was für ein Zustand B nach Anwendung der Mittel x, y, z herauskommen wird bzw. herauskommen soll.

Bei Gesell geht es nicht um Ideologien und "Meinungen", sondern er sagt klipp und klar, dass er einen Zustand B ("Manchestertum" usw.) erreichen möchte und dass die Mittel, dies vollumfänglich zu erreichen, eben Freiland und Freigeld seien.

Daraus ergibt sich, sofern es sich um eine wirtschaftswissenschaftliche Theorie handeln soll, zwingend, dass die Einführung von Freiland und Freigeld den Zustand B erreichen.

So geht jede wirtschaftswissenschaftliche Theorie heute auch vor. Man beschreibt einen Zustand A (z.B. Arbeitslosigkeit, Inflation, Wirtschaftsflaute usw.) und erklärt, dass man einen Zustand B erreichen möchte (Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wachstum usw.).

Die Mittel, um von A nach B zu kommen, müssen selbstverständlich benannt werden und sie werden stets benannt (mehr Staatsausgaben, weniger Staatsausgaben, Haushaltsüberschüsse, Zinserhöhungen, Zinssenkungen, usw.).

Diese Vorgehensweise erleben wir nun wirklich jeden Tag. Und wir erleben jeden Tag, dass über die Mittel, von A nach B zu kommen diskutiert wird. Aber niemand wird auf die Idee kommen, den Zustand B als irrelevant zu bezeichnen und sich ausschließlich auf die Applikation der Mittel x,y,z usw. beschränken, ohne mitzuteilen, was für einen Zustand B sie schließlich erreichen sollten.

Der Zustand A ist bei Gesell eine Art gehemmter Manchesterkapitalismus, der von ihm vorgestellte Zustand B ist ein ungehemmter Manchesterkapitalismus.

Etwas anderes ist aus seinen Ausführungen nicht zu entnehmen.

Es geht überhaupt nicht darum, ob und wer einen gehemmten oder ungehemmten Manchesterkapitalismus haben möchte, **sondern ob es möglich ist, mit Hilfe von Freiland und Freigeld vom gehemmten zum ungehemmten Manchesterkapitalismus zu kommen.**

Wenn Freiwirte die Anwendung der Mittel "Freiland" und "Freigeld" anders interpretieren als von A nach B zu kommen, also letztlich B zu erreichen, dann ist dies wissenschaftlich unzulässig, da diese Mittel ausdrücklich als das bezeichnet werden, um B zu erreichen und nicht etwa C oder D.

Im übrigen gilt für den Wissenschaftler das "ad fontes"-Prinzip: Man darf sich nie um veröffentlichte Dinge kümmern, sondern man muss ihnen "bis an die Quellen" nachgehen, also grundsätzlich bis zu den evtl. erhaltenen Manuskripten, um jegliche Fehlinterpretationen auszuschließen.

Nun kann dreierlei diskutiert werden:

1. Die Beschreibung des Zustands A.
2. Der Zustand B.
3. Die Mittel, um von A nach B zu gelangen.

Nur diese Diskussionen sollten geführt werden, aber statt sie zu führen, werden jemandem, der dieses Vorgehen einfordert, Einstellung bzw. Meinungen unterstellt, die überhaupt nicht mit der wissenschaftlichen Vorgehensweise selbst zu tun haben, nämlich der Diskussion der genannten 3 Punkte.

Es wäre also förderlich, wenn Du die Diskussion in dieser Weise führen könntest statt auf Ernst Haeckel oder den Autobahnbau auszuweichen.

Und noch kurz dazu:

>Hi Andre,

>mal rational: glaubst Du wirklich, dass jemand, der eine Idee vertritt und sie für richtig befindet, sich automatisch mit dem Begründer der Idee identifizieren muß und gleichzeitig noch alle seine sonstigen gedanklichen Äußerungen teilen muß, gar sich auch noch für diese verantwortlich zeigen soll??

Dein Argument ist nicht rational. Der Begründer einer Idee und seine persönlichen Umstände sind für die Idee selbst völlig irrelevant. Auch geht es nicht um "sonstige gedankliche Äußerungen" Gesells, etwa über die Vor- und Nachteile von Bienenzucht, sondern um seine völlig klare Theorie, von A nach B mit Hilfe von Freiland und Freigeld zu kommen.

>Genau dieses nicht zu tun, ist freies Denken. Mit reinen emotional empfundenen Assoziationen (da sagt ein Freigeldanhänger dies.... das habe ich schon schon mal bei dem gelesen.... und hat der nicht auch dieses gesagt....Aha!, also das will der Freigeldanhänger...)

Es geht hier um keinerlei Assoziationen, sondern ausschließlich um den Kern der Sache selbst: Kann mit Hilfe von Freigeld und Freiland ein völlig freier Manchesterkapitalismus erreicht werden, oder nicht?

>Entschuldige, aber das ist mir zu billig. Das beleidigt die Ratio! Und damit das wissenschaftliche Denken.

>Will man wissenschaftlich arbeiten, kommt mich nicht darum herum, den Begründer zu nennen, alles andere wäre Plagiat. Was glaubst Du, wieviel heutige Freigeldanhänger jedem geschriebenen Satz von Gesell ihre Hochachtung zollen?

Es geht nicht "um jeden geschriebenen Satz", sondern einzig und allein um Gesells zentrale Theorie, mit Hilfe von Freiland und Freigeld zu einem völlig staatsfreien Kapitalismus kommen zu können.

>Ich kenn da keinen und gehöre natürlich auch nicht dazu. Von wegen: nicht gewußt? Jeder belesene Freiwirt könnte das Board mit "merkwürdigen Formulierungen" von Gesell oder anderen Freiwirten vollstellen. Und was bringt uns das? NIX!

Es geht nicht um "merkwürdige Formulierungen", sondern um den Kern seiner Theorie, nämlich das Erreichen eines "optimalen" Wirtschaftens, in dem jeder den vollen Ertrag seiner Arbeitskraft erreichen und genießen kann.

>Jede vernünftige wissenschaftliche Ausarbeitung über ökologische Gleichgewichtstheorie kommt z.B. nicht aus, den Begründer der ökologischen Wissenschaft, Ernst Haeckel zu zitieren und sich auf ihn zu beziehen.

>Haeckel war knallharter Darwinist und auch Antisemit. Jeder ökologische Theoretiker also ein Antisemit?

Der Antisemitismus Haeckels hat mit irgendeiner ökologischen Wissenschaft nicht das Mindeste zu tun.

>Benutzt Du die Software von Microsoft? Hast Dich gar schon mal positiv über z.B. Excel geäußert? Teilst Du jetzt die politische oder gesellschaftliche Meinung von Bill Gates oder den Entwicklern von Excel? Mußt Du Dich jetzt mit denen in allen Belangen identifizieren?

Dies ist ebenfalls nicht wissenschaftlich argumentiert, da eventuelle gesellschaftliche Vorstellungen von Gates nicht das Mindeste mit der wirtschaftlich verwertbaren Fabrikation von MSFT zu tun haben, über die bekanntlich allein der Markt entscheidet.

>Ist jeder ein Nazi, wenn er für Autobahnausbau ist?

Auch dieses ist unwissenschaftlich argumentiert, weil sowohl Nazis als auch Nichtnazis für den Autobahnausbau sein können. Was also heißt "jeder"? Abgesehen davon sind die Autobahnen, wie allgemein bekannt, keine "Erfindung" der Nazis gewesen.

>Und erst Kindergeld. Jeder der für die Beibehaltung geschweige denn die Erhöhung des Kindergeldes ist, ist sowieso ein ganz schlimmer Nazi und damit Antisemit. Oder wer hat das sonst eingeführt.

Auch dieses ist kein wissenschaftlicher Beitrag. Wer auf dieser Ebene diskutiert, müsste auch jeden Gegner der Todesstrafe für einen Antisemiten halten, da das mosaische Gesetz bekanntlich die Todesstrafe fordert.

>Und wer für Naturschutz ist.... au weia ganz schlimm. Alles politisch Rechte, wenn man mal auf den Ursprung zurückgeht, als Naturschutz noch "Heimatpflege" war...

>Die NPD ist übrigens gegen Nutzung der Kernenergie. Die ersten Gegner der Kernenergie kamen übrigens aus der rechten Ecke (60er Jahre und so). Bloß jetzt aufpassen, dass wir nicht auch gegen Kernenergie sind....Bloß jetzt aufpassen, dass man da keine Gemeinsamkeiten bekommt.

Im übrigen ist LaRouche, ein Politiker der anerkannt rechten Szene, für die Nutzung der Kernenergie. Dies alles sind keinerlei wissenschaftlichen Argumente.

>Nur der kühle Kopf, die strenge Ratio hilft uns weiter, dumpfes Assoziieren ist unser Untergang. Wissenschaftlich und menschlich.

Deshalb bitte ich Deine Ratio, uns mitzuteilen, ob der Kern der Gesell'schen Wirtschaftstheorie, nämlich mit Hilfe von Freiland und Freigeld zu einer völlig staatsfreien Form der Wirtschaft kommen zu können, in sich schlüssig ist oder nicht.

Du hast das Wort!

Real-Enzyklopädie (17): Zinsentstehung (I)

Geschrieben von dottore am 02. September 2001 16:22:01

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/78776.htm>

[E]s folgt das versprochene Posting zur Zinsentstehung (in zunächst zwei Teilen).

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich bin mit den Ergebnissen meiner Arbeit unzufrieden. Eine schlüssige, aus der Geschichte ableitbare Theorie, die erklärt, warum es den Zins überhaupt gibt, habe ich nicht finden können.

Allerdings gibt es einige durchaus interessante und möglicherweise neue Aspekte, die ich gern vorstellen möchte.

Und es gibt eine sensationelle neue Theorie, die mir in Manuskript-Form zugegangen ist und die alles, was bisher zum Thema geäußert wurde (und was ich nur ganz knapp und cursorisch abhandeln will) weit übersteigt, um nicht zu sagen:

sämtliche ökonomischen oder ökonomisierten Zinstheorien komplett sprengt. Sie erklärt das Zinsproblem nämlich aus dem Kriegsproblem und vice versa!

Ich möchte die einleitenden Sätze dieser Ausführungen daher voran stellen:

"Der Schlüssel zum Kriegsproblem ist das Zinsproblem. Zwischen beiden besteht eine untergründige Beziehung, was sich intuitiv allein schon daran erkennen lässt, dass beide Phänomene auf der Nachtseite des menschlichen Lebens, auf der Seite eines düsteren, unausweichlichen Getriebenseins, und entsprechend im Rufe moralischer Anrührigkeit stehen und daher weniger akzeptiert, als vielmehr bloß resignativ hingenommen werden als etwas, das eigentlich nicht sein dürfte, ohne das man aber offenbar nicht auszukommen scheint, während es sich gleichzeitig allen Erklärungsversuchen immer wieder hartnäckig entzieht.

Daher dürfte eine Aufklärung des Zinsproblems nicht nur für die Wirtschaftstheorie, die die ökonomische Tätigkeit nicht von der Knappheit und dem Tausch, sondern vom Kredit und dem existentiellen Druck her zu erklären versucht, von besonderer Dringlichkeit sein, sondern auch für die Kriegsursachenforschung. Ist doch der Zins lediglich die besonders sinnfällige und darüber hinaus justiziable Erscheinungsform dieses existentiellen Druckes, wie sie sich im Kreditfall ergibt."

Dies als Opener. Die neue Theorie, die ich zunächst ohne von mir eingeholte Zustimmung des Autors, der deshalb bis auf weiteres anonym zu bleiben hat, vorstellen werde, wird uns in Teil II beschäftigen.

Zunächst kurz zur traditionellen Faktenlage.

In den ältesten Dokumenten, die zum Thema auf uns gekommen sind, also den berühmten Tontafeln der babylonischen Wirtschaft, tritt uns ein gewaltiges Allerlei zum Thema entgegen, aus dem sich letztlich nichts Konkretes ableiten lässt, was sich schon daraus ergibt, dass wir jede Menge Urkunden haben, in denen Schuldversprechen mit und ohne Zins auftreten.

Die zinslosen Darlehen (sog. "hubuttutu") lassen dabei nicht erkennen, worauf letztlich ihre Zinslosigkeit beruht.

(Ausführlich in dem bereits vorgestellten San Nicolò/Ungnad, *Neubabylonische Rechts- und Verwaltungsurkunden*, Leipzig 1935).

Ich könnte mir vorstellen, dass es sich um Leihvorgänge handelt, die sich mit bis heute existierenden unverzinslichen Leihvorgängen vergleichen lassen, also:

Kredite werden nur gegen ein Rückzahlungsversprechen vergeben, wie in Familien oder unter guten Freunden üblich. (Eine völlig andere Deutung kommt noch am Ende dieses Teiles).

Danach wäre der Zins dahingehend zu erklären, dass bei sich ausweitenden Wirtschaftsräumen mit entsprechendem Verlust personaler Beziehungen zwischen Leihgeber und Leihnehmer etwas wie eine "Strafe" dafür ergibt, dass beide miteinander immer weniger bis schließlich gar nichts mehr "zu tun" oder "gemeinsam" haben.

Auf etwas Ähnliches zielt vermutlich auch die Vorschrift des **mosaischen Gesetzes** ab, wonach innerhalb des eigenen Volkes kein Zins genommen werden darf, sondern nur gegenüber "Fremden".

Ob sich der Zins als so etwas wie eine "Entfernungspauschale" entwickelt hat, kann niemand letztlich feststellen.

In diese Richtung zielt übrigens alles, was sich in Form einer "**Risikoprämie**" als Zinserklärung bis heute darstellt: Ist der Schuldner (räumlich und auch zeitlich) absolut sicher, gibt es keinen Zins, rückt er räumlich weiter weg und läuft die Schuld über einen längeren Zeitraum, wird dafür eine Prämie eingefordert, die im voraus vereinbart wird.

Für das "**Raumüberbrückungsphänomen**" spricht die Tatsache, dass sog. "Exoten-Anleihen", also Titel von Ländern, deren wirkliche Wirtschafts-, d.h. Rückzahlungskraft, nicht klar zu ermitteln ist, entsprechend höhere Aufschläge ("spreads") gegenüber den Titeln bekannter Schuldner haben.

Wie umgekehrt die Zinsen (Renditen) von Staatsanleihen im Euro-Raum inzwischen identisch sind, obwohl wir noch vor wenigen Jahren Länder der "Südschiene" als (bonitätsmäßig) "weit weg", wenn nicht ebenfalls als "exotisch" angesehen hatten. (Das böse Erwachen, das dieser „Raumverkürzung“ folgen muss, wird uns im weiteren Ablauf des Euro-Experiments noch umfänglich beschäftigen, spätestens, wenn die Märkte einsehen, dass es durchaus einen Unterschied macht, ob jemand italienische oder deutsche Staatsanleihen hält).

Für das "**Zeitüberbrückungsphänomen**" scheint die heute zu beobachtende Zinsstruktur zu sprechen, wonach für kurze Fristen niedrigere Zinssätze vereinbart werden als für längere Fristen - die bekannte normale (nicht inverse!) Zinskurve.

Der Zins wäre dann so etwas wie eine "Versicherung" auf Rückzahlung. Oder auch so etwas wie eine "Entschädigung" dafür, dass der Leihgeber auf etwas verzichten muss, wobei diese Entschädigung umso größer ausfallen muss, je länger er darauf verzichtet.

Beide Erklärungen leuchten mir nicht ein.

Gäbe es beim Verleihen auch nur den Hauch eines Risikos, würde nicht verliehen, zumal die Versicherung gegen das Risiko durch den Leihnehmer selbst und nicht durch einen Dritten erfolgt. Wenn der Schuldner schon nicht zurückzahlt, wird ihn auch nicht ein Zins, den er ja selbst schuldig ist, dazu bringen können, zurückzuzahlen.

Und solche Geschichten, dass er ja bei längeren Leihvorgängen wenigstens mit Hilfe des laufend zu zahlenden Zinses wenigstens schon Mal "einen Teil" der geliehenen Summe zurückzahlt, so dass der Gläubiger nicht völlig leer ausgeht, mögen vielleicht bei modernen "Ratings" von Gläubigern (AAA, AA, A usw.) einleuchten, aber sie tragen zur Erklärung der Zinsentstehung selbst überhaupt nichts bei, da in den überlieferten frühen, mit Zins ausgestatteten Kontrakten kaum jemals Zinszahlungen "zwischen durch" Statt finden, sondern fast immer der Zins bei Rückzahlung des ursprünglichen Betrages fällig wird.

Die Ausdrücke in den Urkunden lauten denn auch:

"8 Shekel Silber, gehörig dem X, zu Lasten des Y. Vom 7. (Monat) an wächst auf eine Mine 10 Shekel Silber zu seinen Lasten hinzu."

"1 Mine 25 Shekel Silber... Vom 1. (Monat) an wächst monatlich auf 1 Mine 1 Shekel Silber zu ihren Lasten hinzu."

Ausnahme allerdings wie hier:

"10 Shekel Silber... Monatlich wächst auf eine Mine 1 Shekel Silber Zins zu seinen Lasten hinzu. Monatlich wird er den Zins geben."

Man kann sich also so oder so entscheiden. Da aber 1 Shekel Monatszins ein Sechzigstel einer Mine darstellt, müsste der Gläubiger ca. 5 Jahre warten, bis er sein Kapital wiedersähe. Einen "Risikoaufschlag" gegenüber dem Beispiel davor (ebenfalls 1 Shekel pro Mine / Monat) vermag ich nicht zu erkennen.

Das zweite, das nicht einleuchtet, ist der hohe Zinssatz selbst. In den frühen Urkunden liegt er in der Regel bei 20 % p. a., es kommen auch 10 % und 25 % vor.

Wie Schuldner so hohe Zinssätze erwirtschaften wollen, bleibt unerfindlich.

Ich hatte mir eine Zinserklärung schon vor längerem dahingehend zurecht gelegt, dass der Zins nicht Risiken oder Konsumverzichte ausgleicht (letzteres schon deshalb nicht, weil der Verleiher die Sache ohnehin im nicht verkonsumierbaren "Überschuss" hatte, da niemand so töricht wäre, etwas zu verleihen, von dem er annehmen muss, dass er es selbst benötigen könnte, um schlicht zu überleben).

Diese Zinserklärung beruht auf der Tatsache, dass wir bis heute auf allen Märkten für Lebensmittel (sog. "softs", siehe die Notizen in Chikago) **starke Preisschwankungen** beobachten.

Das Verleihen von Sachen oder von Medien (Edelmetall), mit deren Hilfe man letztlich Sachen erwerben kann (entweder die Sachen selbst in Form von **Gattungskäufen**) oder ertragbringende Sachen in Form von **Stückkäufen** (wie bereits ausführlich hier dargestellt) **würde demnach über den Zinssatz die zu erwartenden Preisschwankungen der Sachen ausgleichen.**

Sobald hohe Preise zu beobachten sind, die nur Ausdruck von Knappheiten sein können und zu hohen Preisen bestimmte Gewichtsmengen von Sachen (z.B. Getreide) bzw. Medien (z.B. Edelmetall) verliehen werden, hat der Gläubiger das Problem, mit gleicher Gewichtsmenge nach Kontraktabschluss "bezahlt" zu werden, wobei die Menge dann bei Rückzahlung (z.B. nach einer Ernte) erheblich billiger geworden ist.

Beispiel A: 100 Einheiten Getreide kosten in der Knappheit (die ihrerseits Schuldner ja überhaupt erst auf den Plan ruft) 100 (gemessen in anderen Waren oder Metall).

Nach der Knappheit herrscht wieder Überschuss, so dass der Preis für die 100 Einheiten Getreide z.B. auf 80 fällt. Würde der Gläubiger nur die 100 Einheiten zurück erhalten, würde er einen Verlust von 20 % machen. Diesen Verlust, den er aufgrund seiner Lebenserfahrung erwarten muss, lässt er sich durch einen "Zins" (also ein Mehr an Getreidelieferung) in Höhe von 20 % abgelten, so dass er vor und nach dem Leihvorgang in etwa gleich gut da steht (20 % rauf und runter gerechnet ergeben zwar nicht das selbe, was aber hier nicht weiter interessieren muss).

Beispiel B: Jemand verleiht 100 Gewichtseinheiten Silber, mit deren Hilfe der Schuldner 1 Einheit einer anderen Sache erwerben kann bzw. der Gläubiger erwerben könnte.

Kann nach Ablauf des Leihvertrages mit Hilfe von 100 Einheiten Silber aber nur noch 0,8 Einheit einer Sache erworben werden, eben weil der Silberpreis entsprechend gesunken ist (Silber wurde ja ebenfalls ständig neu produziert), dann muss hier ebenfalls ein ex ante vereinbarter Ausgleich statt finden, um den Gläubiger nachher genau so gut zu stellen wie vorher. Dieser Ausgleich müsste in den Leihvertrag vorab eingearbeitet werden, was dann als "wächst zu", alias eben als Zins zu bezeichnen wäre.

Im zweiten Fall müsste der Zins ("wächst zu") natürlich höher sein, da sich

a) die Neuproduktion von Silber (bei gleichbleibender Produktion aller anderen Sachen, also ohne Missernten, Knappheiten usw.) schwerer einzuschätzen ist als das Erntephänomen und

b) das Silber seinerseits als Tauschobjekt ("Medium") selbst keinen erkennbaren Nutzen im Sinne einer unmittelbaren Verbrauchsfähigkeit besitzt, sondern den bekannten "Umweg" machen muss, wie wir ihn bei Stückkauf kennen gelernt haben und dies obendrein mit dem bekannten Optionsproblem behaftet.

Falls nämlich bei Rückzahlung des Silbers niemand bereit wäre, dieses für Stückkäufe zu nutzen, weil niemand gerade Stückkäufe tätigen möchte, wäre der aktuelle Wert des Silbers nahe Null und ein entsprechend hoher Wertverlust müsste ausgeglichen werden.

Dass jemand in der Frühphase des Wirtschaftens Silber als „Tauschmittel“ (dies für die Erleichterung von Gattungskäufen) nutzen wollte, scheidet, wie oft genug gepostet, aus, da man Tauschvorgänge leichter „buchen“ als mit Hilfe des aufgrund seiner komplizierten Produktion sehr aufwendig nur darstellbaren Edelmetalls abwickeln kann, was die Wirtschaftsgeschichte noch und noch bewiesen hat. Ich verweise in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich auf das Ersterscheinen von Schwermünzen und die aktuellste Münzdiskussion im Zusammenhang mit den ältesten Münzen Großgriechenlands und Ertruriens (zahlreiche Postings dazu).

Nun kann der Zins auch als **Strafzahlung** für nicht korrekt und vor allem zeitgerecht abgewickelte, zunächst zinslose Leihvorgänge interpretiert werden.

Für diese Deutung lassen sich ebenfalls Belegstellen finden, z.B.:

"3 Minen 12 Shekel Silber... Am Ende des Monats Shabat wird er es geben. Wenn er es nicht gibt, wächst vom 1. Adar an jährlich auf 1 Mine 12 Shekel Silber zu seinen Lasten hinzu."

Diese ca. 20 %ige "Strafe", die bei Nichtzurückzahlung eintritt, wäre dann ebenfalls ein "Zins", wie überhaupt in frühen Rechten für eine ganze Reihe von Delikten (in diesem Fall der Bruch des Kreditvertrages in Form von Nichterfüllung desselben) mit "Strafen" belegt ist, z.B. muss jemand, der ein Depositum, das ein anderer bei ihm hinterlegt hat, veruntreut, doppelt zurückzahlen (siehe Hammurabi, siehe Exodus, ausführlich: Müller, *Die Gesetze Hammurbis und ihr Verhältnis zur moaischen Gesetzgebung sowie zu den XII Tafeln*, Neudruck 1975 der Ausgaben Wien 1903, 1905).

Dass auch bei Überlegungen, den Zins als Strafe für Nichterfüllung entstehend zu sehen, ein klares **Zeitbewusstsein** auftritt ergibt sich aus einer wenig beachteten Stelle im Hammurabi-Codex, dass die Strafe für ein gestohlenen Rind beim Fünffachen liegt, beim gestohlenen Schaf dagegen nur beim Vierfachen.

Der Unterschied - wie von Müller höchst scharfsinnig herausarbeitet - besteht darin, dass der Dieb ein Schaf, ohne Aufsehen zu erregen, schlachten und selbst verzehren kann, ein Rind dagegen ist viel zu kostspielig, um für eine Mahlzeit gestohlen zu werden, weshalb es in der Regel verkauft wird.

In dem Moment, wo also eine Verkaufsmöglichkeit hinzutritt, ist die Sache wertvoller, was entsprechend auch auf den Zins, der sich letztlich auf Kauf- und Verkaufsmöglichkeiten mit Hilfe des gewonnenen Zinses bezieht, durchschlagen muss.

Daraus ergibt sich letztlich, dass Leihkontrakte ein bestimmtes "Volumen" haben müssen, um überhaupt einen Zins ins Blickfeld rücken zu lassen.

Das Nehmen und Geben von Alltagswaren, d.h. einfachen Subsistenzmitteln kann auch im Leih-Fall keine Zinssatzvereinbarung auslösen, womit wir letztlich wieder bei dem Phänomen angekommen sind, dass Frau Müller Frau Meier eine Tüte Mehl leiht, ohne jemals auf den Gedanken zu kommen, dafür einen Zins in Höhe von 10 Gramm Mehl (oder so) zu verlangen.

Die Zinsentstehung könnte, falls man dieser Spur folgen wollte, überhaupt erst einsetzen, sobald es um **größere** Objekte bzw. deren Gegenwert geht. In einfache Wirtschaftsformen lässt sich ein Zins nicht hineinkonstruieren, so dass wir folgern müssen: Zinsen entstehen erst ab großkalibrigeren Wirtschaftsformen, wobei die zunehmende Größe der mit Hilfe von Leihkontrakten überhaupt finanzierten und finanzierbaren Vorhaben Zinssätze auf den Plan rufen kann bzw. gerufen hat.

In diesem Zusammenhang ist natürlich das Pfand von ausschlaggebender Bedeutung. Frau Müller wird für das Verleihen ihres Mehls kein Pfand verlangen, aber ein Müller kann eine neue Mühle nur errichten, wenn er das dazu erforderliche Kapital, das er sich besorgen muss, mit einer Sicherheit unterlegt.

Damit sind wir bei der Frage, ob die Zurverfügungstellung eines Pfandes (einer Sicherheit, einer Bürgschaft) nicht ihrerseits den Zins entstehen lässt, der dann quasi ein Entgelt für dieses Zurverfügungstellen wäre.

Dabei lassen sich diverse Modelle denken:

1. Der Kreditnehmer stellt selbst ein Pfand, z.B. belastet er sein Grundstück entsprechend, über das er hinfort nicht mehr frei verfügen kann. Er verzichtet damit auf die uns von Heinsohn/Steiger bestens bekannte Eigentumsprämie, die darin besteht, über das immaterielle Recht an einer Sache frei verfügen zu können. Ist der Verpfänder der Leihnehmer selbst, erhält er für die Verpfändung selbst natürlich keinen Zins.

Ein Zins könnte nur denkbar sein, wenn der Leihgeber sich während der Zeit der Verpfändung aus den Erträgen des verpfändeten Gutes bedienen könnte. Der Zins wäre dann ein Ertragsverzicht seitens des Leihnehmers. (Das sattsam bekannte Problem des "Negativzinses").

In frühen Zeiten wurden von Schuldnern häufig Familienmitglieder als Sicherheit dem Leihgeber "zur Verfügung" gestellt (Schuldknechtschaft) und die Erträge, die sie sonst dem Schuldner hätten erwirtschaften können, entfielen für diesen, der dadurch in eine immer unkomfortablere Lage kam.

Dieser „Zins“ läuft aber auf den üblichen Ertrag von „Stücken“ hinaus und endet auf dem Umweg über lange mittelalterliche Phasen, wo „Zinßer“ Leute waren, die - da auf fremden Grund lebend und arbeitend - Abgaben (eben den „Zinß“) leisten mussten bis zur normalen „Miete“ der Gegenwart. (Dass dabei Hausbesitzer gern die Mieten als „Nettoeinnahmen“ betrachten, ohne sich mit entsprechenden Rückstellungen für Modernisierung und Reparatur abzusichern, steht auf einem anderen Blatt; wer richtig rechnet sieht sehr schnell, dass selbst der „Mietzins“ im Grunde eher bei Null als darüber liegt, von eventuellen Wertminderungen der „Mietshäuser“ in Folge krisenhafter Entwicklungen - *the burst of the real estate bubble!* - oder eines Rückgangs der Bevölkerung ganz abgesehen).

2. Gibt ein nicht in den Leihvorgang selbst Verwickelter, also **unbeteiligter Dritter** ein Pfand zur Besicherung einer Schuld, dann *könnte* die Sache schon anders ausschauen, da sich der, sein Eigentum Verpfändende dies durchaus bezahlen lassen könnte.

Dann wäre ein Zins aus der vorübergehenden Aufgabe der Freiverfügbarkeit von Eigentum vorstellbar. (Ich hatte eine, einen solchen Vorgang selbst – ohne Zinsvereinbarung! - dokumentierende Urkunde in Ochsenfurt ausgestellt, wobei die *Wahrscheinlichkeit* dafür spricht, dass der unbeteiligte Dritte die Verpfändung seines Eigentums zur Besicherung eines Schuldkontraktes nicht ohne Gegenleistung vollzogen hat, sozusagen aus "reiner Freundschaft").

Da der Leihnehmer dem Verpfänder in irgendeiner Form Ersatz leisten *muss*, da andererseits der Vorgang nicht rational erklärbar wäre, könnte der Zins auf diesem Wege in die Welt gekommen sein, womit die zahlreichen Urkunden erklärt wären, die **nur eine Leistung als solche versprechen** (und dies unverzinslich) ohne zu erklären, woraus diese Verpflichtung zur Leistung resultiert (also aus einem vorangegangenen Kauf- oder Schuldkontrakt o.ä.).

Damit hätten wir, der von Heinsohn/Steiger geschlagenen Bresche folgend, in der Tat **den Zins als aus Eigentum bzw. die vorübergehende Aufgabe der freien Verfügung darüber entstanden erklärt**.

Dies allerdings ausschließlich auf dem Umweg über eine den Leihvorgang begleitende Besicherung eines am Leihvorgang selbst Unbeteiligten und **nicht aus dem Leihvorgang selbst**.

Real-Enzyklopädie (17): Zinsentstehung (II) - die Kriegstheorie von Geld & Zins

Geschrieben von dottore am 02. September 2001 17:52:48

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/78788.htm>

[D]en zweiten Teil kann ich kurz fassen, zumal ich die Ausführungen, die mir zugesandt wurden, nur als Exposé erhalten habe und ich dem Autor in keiner Weise seine Rechte an seinen Gedanken und Ausführungen schmälern möchte.

Ich möchte auch nichts groß hinein- oder herausinterpretieren, sondern die Gedanken kurz so darstellen wie sie sich mir erschlossen haben.

Ausgangspunkt ist die Frage, wozu Metall in der Geschichte überhaupt gedient haben mag.

Dabei sehen wir schnell, dass Metall als täglicher Gebrauchsgegenstand relativ begrenzte Einsatzmöglichkeiten hat (wer kauft sich schon jeden Tag ein neues Küchenmesser? - meine Zusatzinterpretation).

Metall diene vor allem dem Zweck, als **Waffe** eingesetzt zu werden!

Dabei ergibt sich der Wert von Metallen zuletzt daraus, ob und in welcher Form sie dazu dienen können, sich das, was „normalerweise“, also in einem friedlichen Mit- und Nebeneinander erzeugt, getauscht oder gekauft wird, **mit Gewalt anzueignen**.

Der Wert des Metalls ist letztlich also der Wert der Gegenstände, vor allem natürlich von Subsistenzmitteln, also von Sachen oder Waren zum Erhalt des eigenen Lebens (und des Lebens derer, die mit dem oder dem Metalleigentümer "verbunden" sind), die man sich mit Hilfe des Metalls in Form von Waffen aneignen kann.

Dabei ist zunächst von kampf- bzw. kriegsverwertbarem Metall auszugehen, also von Bronze und vor allem von Eisen.

Zwischen den Metallen haben sich im Laufe der Geschichte ebenso Relationen herausgebildet wie wir sie später bei Gold und Silber beobachten können (von 1 : 10 bis 1 : 15, heute irgendwie „verirrt“ bei ca. 1 : 50).

Die wichtigste Relation ist die von Eisen zu Gold, die aus historischen Quellen (genannt wird Pheidon) auf 400 : 1 gestellt wird.

Zentrale Sätze des Autors:

"(Unedle technische Gebrauchsmetalle) benötigen, wie jedes andere Kapitalgut auch, zu ihrer Herstellung zwar Subsistenzmittel, sind aber selber keine, so dass jeder, der sich auf ihre Herstellung einlässt, zwangsläufig in eine relative Risikolage gerät..."

"Folglich wird Metall (und jede andere Form von Kapital!) immer nur gerade in der Menge produziert, für deren Gebrauchswert die Systemmitglieder einen tatsächlichen und unmittelbaren Bedarf haben."

"Metall wird stets auf den Bedarf und auf den tatsächlich nutzbaren Gebrauchswert hin produziert... Einen vom Gebrauchswert abgehobenen Status eines privilegierten Tauschgutes, dessen gehortete (alias umlaufende) Menge sich also von ihrer gesamtökonomisch-technischen Verwendbarkeit unabhängig machen könnte, erlangen die Metalle dadurch keinesfalls."

"Ein solches Tauschgut hätte, da unabhängig von der Welt der Gebrauchswerte, selber keinen Nutzen und könnte daher nicht in einer (Grenz-)Nutzenrelation zu anderen Gütern gebracht werden,, d.h. die Grundvoraussetzung, damit ein Gut überhaupt 'Tausch'relationen zwischen anderen Gütern vermitteln könnte, fehlt völlig."

"Metall ist also nichts, das ständig und überall schlanken Absatz fände... Ökonomisch-technisch sind Metalle daher ein regelrechtes Anti-Geld, also gerade nicht etwas, das mit einem Angebot einzufangen von sich aus sonderlich nahe läge."

Diese Ausführungen halte ich für schlüssig.

Nun aber wird's heikel:

"Nur wer über eine Waffe verfügt und damit über das 'Recht', jederzeit Subsistenz abzurufen, wann immer er sie braucht, ist in dieser Zeit des raschen Verderbs, der der Vorratshaltung enge Grenzen setzt, wirklich reich..."

Und erst jetzt, da sicher gestellt ist, dass Metalle gefahr- und problemlos von jedem genommen werden können, weil er sie jederzeit wieder los wird, lassen sich Schuldverhältnisse in größerem Umfang auf diese Metalle ziehen.

Damit werden diese Metalle monetäre 'Selbstläufer', die deshalb überall gern genommen werden, weil sei von anderen nicht nur ebenfalls gern genommen, sondern sogar dringend gesucht werden."

Halte ich ebenfalls für schlüssig.

Danach wird vom Autor der Feudalherr (alias Staat) eingeführt, der der Einfachheit halber **seine Abgaben gleich in Form von Metall einzieht**, was die „Umlauffähigkeit“ der Metalle noch mehr erhöht, wobei die Metalle jederzeit in Naturalien (wie beschrieben) zurück verwandelt werden können.

Entsprechende Standardisierungen finden im Laufe der Zeit statt, wobei die Standardisierungen von verschiedenen Metallen untereinander letztlich darauf hinauslaufen, dass schließlich die bequemeren Metalle (bequem, weil nicht so viel Volumen beanspruchend) wie Gold und Silber sich durchsetzen, was übrigens ebenfalls nur staatlicherseits „verfügt“ werden muss.

Metalle werden so zu „Konvertibilitätsgaranten“ und werden schließlich zum „Medium“, auf das man ziehen kann, da es seinerseits universelle Verwendbarkeit hat, die aus der Tatsache resultiert, dass man sich mit Hilfe von Metall alles das „aneignen“ kann, wonach einem der Sinn steht.

"Aus dem logischen Zirkel, der nichts anderes besagt, als dass Edelmetall ein Tauschmittel ist, weil es von jedem als Tauschmittel akzeptiert wird, findet sich ein Ausweg, weil immer genügend 'Reiche' verfügbar sind, die sich nicht für den Tauschwert, sondern den Gebrauchswert des Edelmetalls interessieren..."

Das Ganze setzt also eine Teilung in Arm und Reich voraus, wobei „Arm“ immer sicher sein kann, sein Metall loszuwerden, "ohne Gefahr zu laufen, die Konvertierbarkeit über eine mühsam zu organisierende Ringtauschkette suchen zu müssen."

In Metall zu leistende Abgaben sind also offenbar der Schlüssel zum Geld- und Zinsproblem.

Durch diese Debalanzierung des (von der ökonomischen Lehre immer als „friedlich“ vorgestellten) wirtschaftlichen Prozesses entsteht eine Art „Nachfrage-Sog“ in Richtung auf - letztlich dann – Edelmetall.

Dabei bleibt der Sog durch die - auch im normalen Wirtschaftsleben immer vorkommenden - Schuldverhältnisse aufrecht erhalten, die ihrerseits immer wieder Metall als Schuldendeckungsmittel benötigen (was, siehe Teil I, aus den frühen Urkunden deutlich ableitbar ist).

Damit, und dies ist meine Interpretation, **entsteht der Zins letztlich aus der Nachfrage nach Metall selbst.**

Und zwar so, dass die Nachfrage durch Zeitablauf steigt, was letztlich das bekannte "Mehr" an Rückzahlung verursacht (bzw. das babylonische „wächst zu“), das seinerseits ein durch vorhandene gesellschaftliche Strukturen - und das sind immer Machtstrukturen - stets einen Kurs hat, da mit seiner Hilfe die „Mächtigen“ sich Waren beschaffen können (oder *könnten*), ohne ihrerseits Waren dem Markt zur Verfügung zu stellen.

Dies sei hier zunächst in geraffter Form vorgestellt, um eine weitere Zinsentstehungserklärung (konkret: Entstehung der berühmten "Mehr" bei Rückzahlung) zu haben, die es in dieser Form meines Wissens bisher noch nicht gegeben hat.

Ich werde allfällige Fragen dazu gern an den Autor weiter reichen. Er selbst kann leider (noch) nicht an Web-Diskussionen teilnehmen.

Real-Enzyklopädie (20): Der "Einlagenzins" (1. Teil)

Geschrieben von dottore am 05. November 2001 19:44:05

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/89960.htm>

[S]eit wann und warum verzinsen sich eigentlich Einlagen?

Die Fragestellung wirkt für uns heute etwas seltsam. Dann wir müssen nur Geld nehmen, zur Bank bringen, dort auf ein Konto einzahlen und warten.

Dann bringt dieses Geld Zinsen.

Dieser Vorgang des Verzichts auf anderweitige Verwendung unseres Geldes, etwa zu Kauf oder Hortung, wird also irgendwie "belohnt", wobei die Begründungen dieser "Belohnung" vielfacher Natur sind. Sie reichen von Argumenten wie "Verzicht muss schließlich positiv vergolten werden" bis hin zu: "Da ein anderer jetzt mit dem Geld ‚arbeiten‘ kann, muss er auch dafür bezahlen."

Vor allem das erste Argument befriedigt nicht, da ein höherer, noch dazu kollektiver Verzicht (vulgo: hohe "Sparquote") mit nicht nur insgesamt höheren Zinseinkünften, sondern auch mit höheren Zinssätzen selbst vergolten werden müsste, da sonst der Anreiz für den einzelnen, zu verzichten, mit der Größe des Verzichts abnähme. Warum also auf eine zweite Einheit Geld verzichten, wenn sie nicht mehr einbringt als die erste?

Das Argument scheidet vollends, wenn eine Angebots- und Nachfragekurve konstruiert wird, nach welcher ein Mehrangebot an Ersparnissen (wie jedes Mehrangebot) zu immer tiefer liegenden (= einen niedrigeren Zinssatz ausdrückenden) Schnittpunkten führt, so dass der Mehrverzicht am Ende nicht belohnt, sondern bestraft wird:

Bieten alle Sparer (in einem einfachen Modell) 1000 Einheiten Geld an, kriegen sie 10 Prozent Zinsen, also insgesamt 100. Bieten sie 2000 Einheiten Geld an, kriegen sie nur 5 Prozent Zinsen, also ebenfalls nur 100. Wozu dann die zusätzlichen 1000 Einheiten überhaupt anlegen, d.h. auf ihre sofortige Verwendung verzichten - die Sparer schießen sich doch dabei selbst ins Bein?

Das zweite Argument ist, wie schnell zu sehen, kein Argument, das die Sparer betrifft, da ein Kredit zu seiner Vergabe keinerlei vorangegangenen Sparvorgang benötigt, da jederzeit Kreditvereinbarungen - wie Kauf (und/oder Tausch) auf Kredit - getroffen werden können, ohne dass zum Zustandekommen der Vereinbarung Geld überhaupt auftaucht oder auftauchen muss.

Über die Bedeutung des **Tributs**, also zwangsweiser Abforderung von Sozialprodukt für die Entstehung des Zinses, der in der früheren deutschen Sprache übrigens gleichbedeutend war mit "Abgabe", also Steuer, wird noch an kommender Stelle ausgeführt werden; einstweilen darf ich auf die entsprechenden Passagen im Vortrag von Friedrichroda verweisen.

Einen Einlagenzins gibt es erst in der neueren Geschichte, wie wir gleich sehen werden.

Die Vorstellung, "seit jeher" hätten Einleger einen Zins für ihre Einlagen kassieren können, was auch der aberwitzigen Idee vom "**Josephspennig**" zugrunde liegt, der hier schon ausführlich diskutiert wurde, ist vollständig falsch.

Einlagen sind **Deposita**, wobei in der Regel nicht die Depotanstalt etwas bezahlt hat, **sondern umgekehrt derjenige, der etwas bei der Depotanstalt in Verwahrung gab!**

Eines der wichtigsten Bücher zur Bankengeschichte und Bankenpraxis führt dies in aller Breite aus (Otto Huebner, Die Banken, hier Teil II, Leipzig 1854), mit Hinweis u.a. auf die Österreichische Nationalbank (136).

Nur wer besonders gute, meist verwandtschaftliche Beziehungen zur Depotanstalt hatte, konnte sich der Zahlung der Depotgebühr entziehen, wie dieses Dokument beweist:

1505
 Ich Anthoni Welser zu Augß bekenne mit diesem Brieue das Ich
 parz eingenommen hab. von dem hochgelehrten Herrn Conrat Peutinger Doctor
 auf funfzig gulden wirtsch die mir sein vord begehret hat vñ
 ander funfzig gulden wirtsch die Erlauf hat in mein gelagert
 hat dem hochgelehrten Herrn Blasij Goltz Offtsecretary
 meine gunstigen Herrn zu vergrund mein handt geschribt zu augß
 freytag nach erubott am 17 5
 Anthoni Welser

Mit eigener Hand bestätigt der damalige Chef des größten Handels- und Bankenkonzerns der Welt, Anton Welser anno 1505 dem damals 40jährigen bekannten Humanisten Konrad Peutinger den Erhalt von 50 Gulden (Kaufkraft heute ca. 10.000 Mark):

"Ich Anthoni Welser zu Augsburg bekenne mit diesem Briefe, dass ich bar eingenommen hab von dem hochgelehrten Herrn Conrat Peutinger, Doctor..."

Dafür musste weder Peutinger eine Depotgebühr bezahlen noch gar der Bankier Welser einen Zinssatz! Ob Anton Welser mit den bei ihm eingelegten Depot "arbeitete" oder es tatsächlich nur "sicher verwahrte", wissen wir in diesem Falle freilich nicht.

Jedenfalls arbeiteten die frühen Bankiers und ihre Banken (und dies als Privatbanquiers bis weit ins 19. Jh., teilweise sogar bis in die unmittelbare Gegenwart) zunächst vornehmlich mit dem eigenen "Kapital" (von "caput" = Hauptgut - das Kapital war selbstverständlich Edelmetall), wie aus diesem Beispiel aus einem Rechenbuch, Passau 1554 hervorgeht:

Gesellschaften
 Item In drey machen ein Gesellschaft. legt
 der erste 120 fl. der ander 90 fl. der
 dritte 84 fl. haben gewonnen 98 fl.
 wieviel gebührt jedlichem zu gewinn/die
 nach dreytheiligen Exempore macht die
 die gewinn/die Summe der eingeleghen. 1013

"Drei machen eine Gesellschaft, legt der erste 120 Gulden, der andere 90 Gulden, der dritte 84 Gulden, haben gewonnen 98 Gulden, wie viel gebührt jeglichem zu Gewinn...".

Der Übergang vom Kapital (Eigenkapital) zu Depot (Fremdkapital) wurde schon früh fließend, was der Bankrott der Welser im Jahre 1614, als es einen sich aufgrund der politischen Umstände ergebenden **Run** auf die vermeintlich sicheren Depots gab, deutlich macht, wo von 372.000 Gulden auf der Aktivseite ganze 55.600 als valid, bzw. einbringlich noch vorhanden waren. Eine Schuld über 30.000 fl. war z.B. seit 1576 "rückständig".

Und selbstverständlich war der größte Aktivposten, eine Schuld der "Kaiserlichen Majestät" über 181.000 Gulden in keiner Weise einzutreiben (ausführlich J. Müller, Der Zusammenbruch des Welserschen Handelshauses im Jahre 1614, in: VSWG 1903, 196 ff.).

Da die beiden Welserschen Geschäftsinhaber ihre Depots (unverzinsliche Einlagen!!!) nicht zurückgeben konnten, wurden sie in Ketten gelegt. Frühe, beklagenswerte Opfer des Irrglaubens, dass der Staat seinen Verpflichtungen auf Dauer doch nachkommen würde (andere "Aktiva" waren damals Titel des Kurfürsten von Mainz, des Landgrafen von Hessen, des Königs von Polen, des Staats Spanien usw.).

Die Welt-Staatsschulden-Geschichte wiederholt sich dermaßen penetrant, dass ich mir das "Vertrauen" (!) in den Staat als "Schuldner" nur mit einem schier jenseits aller Deutungsmöglichkeiten liegenden MASSENWAHN der EXTRAKLASSE erklären kann.
Psychologen an die Front! Bitte!

Der nächste Teil zum Thema "Einlagenzins" (dauert leider etwas, da stark beschäftigt), wird sich mit dem **Übergang vom unverzinslichen zum verzinslichen Depot** beschäftigen, wobei ich schon jetzt weitere, amüsante Überraschungen garantiere.

Jedenfalls darf die Vorstellung von einem Verzinsungssystem, das auf vorhandenem und irgendwo "angelegtem" Geld per se beruht, ebenso wie die Josephspfennig-Mär, zu den Akten gelegt werden - die Depositenverzinsung ist - das sei schon jetzt verraten - erst seit der Mitte des 17. Jh. für England und ab der Zeit Friedrich II. von Preußen für Deutschland nachweisbar, was wir uns dann genauer anschauen werden.

Es wird interessant, zumal es wieder auf die alte Geschichte von der Staatsgewalt hinausläuft. Das Depot, um auch das völlig klar zu machen, war damals ausschließlich Edelmetall, also nicht das Geld eines Kreditgeldsystems, sondern Tauschobjekt, worauf für die Zeit der Entstehung von Bankensystemen auf breiter Front im 19. Jh. ausführlich schon **H.D. Macleod** hingewiesen hat ("Theory and Practice of Banking", London 1855, I, 45):

"Der Kauf einer Sache mit einem Goldstück... hat die Natur des Tausches an sich."

Allerdings haben wir heute im Kreditgeldstandard eine **völlig andere Lage!**

Ein Goldstück konnte und kann als Depot eingelegt und zurück gefordert werden, ein Schuldschein, als den sich Banknoten oder auf ZB-Geld lautende Forderungen darstellen, ist niemals depotfähig, da man eine Forderung im Verhältnis Deponent zu Bank immer nur abtreten, aber nicht "deponieren" kann.

Was die Notenbanken heute machen, ist eine Depot-Simulation, denn sie bezeichnen Forderungen (= schuldrechtliche Vorgänge) als "Pfänder", obwohl jeder noch so kleine Pfandleiher um die Ecke weiß, das Pfänder immer Gegenstände, also sachenrechtliche Objekte sein müssen.

Das ist der Kern des Schwindels, dem wir früher oder später in einer Misere sondersgleichen zum Opfer fallen werden.

Real-Enzyklopädie (21): Inkompatible Bankbilanzen - wo ist der Buba-Kredit?

Geschrieben von dottore am 11. November 2001 11:38:13

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/91039.htm>

[D]er mainstream behauptet immer, dass Notenbanken "Kredite" vergeben würden. Auch heißt es immer wieder, die Notenbanken würden einen "Zinssatz" fordern, den man natürlich nur fordern kann, wenn es sich um einen Kredit handelt.

In den laufenden Bundesbank-Statistiken war seit alters die Rede von **Kredit an Kreditinstitute und Nichtbanken**. Das stellt sich in der Bilanz der Buba dann unter Position 5 wie folgt dar:

Aktiva		Mio Euro	31. 12. 1999 Mio Euro
1	Gold und Goldforderungen	32 676	32 287
2	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
2.1	Forderungen an den IWF	7 762	(8 332)
2.2	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	53 377	(52 422)
		61 139	60 754
3	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	—	—
4	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	300	9 149
5	Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet		
5.1	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	110 714	(48 397)
5.2	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	27 909	(32 745)
5.3	Feinsteueringoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	(—)
5.4	Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	(—)
5.5	Spitzenrefinanzierungsfazitat	606	(9 417)
		139 230	90 558

Und in den Monatsberichten der EZB lesen wir unter der Position Konsolidierter Ausweis des Euro-Systems etwas über Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet was sich im Monatsbericht der EZB (ebenfalls unter Position 5) dann so darstellt:

I. Aktiva	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueringoperationen in Form von befristeten Transaktionen
	1	2	3	4	5	6	7	8
2000 4. Febr.	116 248	257 465	15 278	4 505	202 290	131 113	69 996	0
11.	116 071	257 133	15 969	4 602	199 257	128 096	69 996	0

Nun hatte ich vor einiger Zeit der EZB die Frage gestellt, wo denn die entsprechenden Gegenbuchungen dieser "Forderungen" in den Bilanzen der des Finanzsektors (der Kreditinstitute also) zu finden seien.

Die Antwort kam mit einiger Verzögerung, angeblich nach "Rückfrage bei einer großen Geschäftsbank", aber sie kam und lautete:

"Unter 'sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten'."

Diese Aussage der EZB ist KOMPLETT FALSCH!

Ich beweise dies anhand der Bilanz der größten deutschen Sparkasse, der HASPA in Hamburg. Die HASPA verbucht unter Position 1 der Passiva Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (täglich fällig oder mit vereinbarter Laufzeit und Kündigungsfrist).

Darunter erscheinen die Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesbank nicht. Sie erscheinen auch nicht unter Punkt 5

Sonstige Verbindlichkeiten

worunter Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit, Steuerverbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten erscheinen, die nebenbei weniger als ein Promille der Bilanzsumme der HASPA ausmachen (59 Mio. zu 69 Mrd. €).

Wo verstecken sich also die "Kredite", die die Notenbank an die HASPA vergeben hat?

Antwort:

Sie sind überhaupt nicht in der Bilanz enthalten, in der - betreffend "monetäre Größen" - nur unter Position 1 der Aktivseite dies zu finden ist:

Barreserve, a) Kassenbestand und b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank mit zusammen 449 Mio. €.

Zur "Verbindlichkeit" dieses größten deutschen Sparkasseninstituts ist allerdings etwas außerhalb (!) der Bilanz zu finden, und zwar unter

Sonstige Angaben

Darin erscheint als Angabe zu "sonstigen finanziellen Verpflichtungen" dies im Geschäftsbericht:

Sonstige finanzielle Verpflichtungen			
Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:			
		Haspa	Haspa Konzern
Geschäftsjahr		TDM	TDM
2001		21.189	33.694
2002		21.708	33.228
2003		21.109	31.553
		64.006	98.475

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Zum Abschlussstichtag bestanden bei der Hamburger Sparkasse aus Offmarktgeschäften gegenüber der Deutschen Bundesbank Verpflichtungen in Höhe von 6.258.656 TDM, für die Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.339.231 TDM verpfändet wurden. Daneben hat die Hamburger Sparkasse im Zusammenhang mit Geschäften an Terminbörsen Wertpapiere in Höhe von nominal 58.960 TDM verpfändet.

Bei der Hamburger Sparkasse bestehen gegenüber drei Gesellschaften Einzahlungsverpflichtungen von zusammen 63 TDM.

Außerdem bestehen bei der Hamburger Sparkasse Nachschussverpflichtungen in Höhe von 13.938 TDM.

Da die HASPA, wie alle anderen Banken auch, die "Kredite" bzw. "Forderungen" des Eurosystems (EZB, Buba usw.) nicht passiv verbucht, während das Eurosystem diese Position aktiv verbucht, sind die Bilanzen des ZB-Systems und die der ihm "angeschlossenen" Geschäftsbanken (MFIs) **in keiner Weise kompatibel**.

Hier wird also seit eh und je ein Türke aufgebaut, der die Sinne vernebelt. Es gibt keine "Kredite" der Notenbanken an Geschäftsbanken und ergo auch keinen "Zinssatz" der Notenbanken.

Daraus folgt, wie oft genug gepostet:

- Es kann niemals "Geld netto" geben. Jede Banknote ist nichts anderes als der Ausdruck dafür, dass es "dahinter" eine noch nicht erfüllte Schuld gibt, die das betreffende Pfand in sich trägt.
- Die Notenbanken können später fällige Forderungen (die bei ihr liegenden Pfänder wie Staatspapiere usw.) in "gesetzliche Zahlungsmittel" verwandeln, d.h. Auf der Zeitachse nach "vorne" holen.
- Die "Satz", den die Notenbanken für diesen "Service" verlangen, ist kein Zinssatz, sondern eine **Monopolprämie**, da sie als einzige diese Zeitverschiebung veranstalten und entsprechend abkassieren dürfen (derzeit im €-Raum die seit letzter Woche geltenden 3,25 %).
- Die Monopolprämie kann niemals mit vorhandenem ZB-Geld bezahlt werden; es müssen vielmehr in Höhe der Monopolprämie zusätzliche Pfänder den ZBs zur Umwandlung in ZB-Geld angedient werden, woraus sich automatisch ein **Zinseszinsseffekt** ergibt, der neben anderen derartigen Effekten (siehe Staatsverschuldung) das ganze Gebäude über kurz oder lang zum Einsturz bringen wird.

Alles, was die ZBs vermögen ist: Durch Festsetzung ihrer "**Monopolprämie**" (= Steuer auf die Ausgabe von ZB-Geld) die Zinsen der Pfänder, die **immer und in voller Höhe** von der pfandhinterlegenden Kreditinstituten kassiert werden, zu mindern.

Dass dies natürlich "Wirkung" zeigen kann, ist unstrittig. Man stelle sich nur vor, die EZB hätte ihre Monopolprämie von 3,75 nicht um 50 Basispunkte gesenkt, sondern erhöht (also auf 4,25) - dann hätten die Banken, deren Pfandpapiere sich aktuell nur mit knapp über 4 % rentieren (was auch dem Zinssatz für evtl. neu zu kontrahierende Kredite entspricht) natürlich alles in ihrer Kraft stehende veranstaltet, um den sich dann automatisch ergebenden Netto-Verlust zu vermeiden.

Die Notenbank kann also durch Hinaufsetzung ihrer Monopolprämie letztlich die Neukreditvergabe komplett abwürgen (was auch bei "inversen" Zinskurven zu beobachten ist, wenn also die kurzen Sätze über den langen liegen).

Die Notenbank kann aber **niemals** durch das Absenken ihrer Monopolprämie die Kreditaufnahme selbst auf Dauer beeinflussen (oder gar - wie erwünscht - in die **Realwirtschaft** leiten). Sie kann zwar psychologische "Signale" geben, aber mehr als Signale sind das nicht. Ganz abgesehen davon, dass sich die "Signale" – wie jetzt zu beobachten - zuvörderst an den Finanzmärkten austoben und die Realwirtschaft eben unbeeindruckt lassen.

Ob und in welcher Höhe zusätzliche Kredit (Kredite immer ex nihilo!) gegeben und genommen werden, entscheidet ausschließlich das Publikum und dies basierend auf eigener Einschätzung, nämlich ob die Kredite plus Zinsen mit Hilfe zusätzlicher vermarktbarer (= durch wiederum zusätzliche, spätere Verschuldung anderer Teile des Publikums) zur Rückzahlung bzw. Bezahlung realisiert werden können.

Real-Enzyklopädie (25): "Ersparnisse"

Geschrieben von dottore am 23. Dezember 2001 15:14:37

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/97043.htm>

[I]mmer wieder wird die Behauptung aufgetischt, dass es in einem Kreditgeld-System so etwas wie "Ersparnisse" geben könne.

Das Modell, das - auf den ersten Blick einleuchtend - dahinter steht, sieht so aus:

Ein Arbeiter erhält 1000 € Lohn oder Gehalt und legt davon 200 € auf die Seite. Dabei hortet er nicht etwa die 200 € (Matratze), sondern zahlt die 200 auf einer Bank ein.

Hat der Arbeiter etwas gespart?

Zunächst scheint es so. **Es ist aber mitnichten der Fall.**

Verfolgen wir nämlich die 1000 € bis zu ihrer Entstehung, kommen wir zu einem ganz anderen Ergebnis. Die 1000 € nehmen wir der Einfachheit halber als Banknoten.

Diese Banknoten existieren nicht als solche, sondern sind immer Resultat eines Geschäftes zwischen einer Bank und der Notenbank, bei der diese Bank als Geschäftspartner zugelassen ist.

Die Bank kann nur an die 1000 € kommen, nachdem sie ein Pfand in gleicher Höhe auf dem Pfandkonto der Notenbank hinterlegt hat.

Dieses Pfand ist - wie oft genug gepostet - heute immer ein Schuldtitel.

In der Bankbilanz sieht das so aus:

Aktiva (zunächst): 10.000 € Schuldtitel (Pfandbriefe, Schuldverschreibungen, Staatspapiere).

Aktiva (nach der Pfandoperation mit anschließender Vergabe von 1000 € Banknoten an die Geschäftsbank): 1000 € Banknoten

9000 € noch nicht verpfändete Titel.

(Die Operation wird realiter über einen Ausgleichstitel auf der Passivseite - Position 1b - abgewickelt, wodurch formell die 10.000 € aktiv erhalten bleiben und 1000 € passiviert werden, was aber für die Sache selbst keine Rolle spielt.)

Dadurch, dass die Bank überhaupt 1000 € bar in ihre Bücher nehmen kann, verändert sich die Aktivseite in keiner Weise - sie besteht nach wie vor auf 10.000 € (saldiert mit dem 1000 € betragenden Passivposten).

Die Bank reicht dann die 1000 € an die Firma weiter, bei welcher der Arbeiter beschäftigt ist und diese an den Arbeiter.

Damit hat jetzt der Arbeiter die 1000 € in Form von Banknoten. Er hat diese Banknoten - durchgerechnet - nicht als eine in sich ruhende Nettoposition, sondern die 1000 € sind nach wie vor nichts anderes als der Ausdruck für die jene 1000 €, die im aller ersten Schritt von der Geschäftsbank gegen Verpfändung von 1000 € Sicherheiten bei der Notenbank abgeholt wurden.

Zahlt der Arbeiter jetzt 200 € bei der Geschäftsbank (dem Bankensystem) ein, kann die Bank diese 200 € genau so wieder an einen anderen Kunden weitergeben wie sie schon die ersten 1000 € an die Firma weitergereicht hat, die den Arbeiter beschäftigte.

Sie kann die 200 € aber auch verwenden, um ein Pfand in gleicher Höhe bei der Notenbank auszulösen. Was die Bank tun wird, entscheidet ihre Kalkulation.

Sie hat sicher:

Die Zinsen auf das bei der Notenbank hinterlegte Pfand.

Sie muss sicher:

Die Monopolprämie bezahlen ("Notenbanksatz"), der ihr von der Notenbank abgefordert wird und dies für die Zeit, da sie das nur von der Notenbank erstellbare gesetzliche Zahlungsmittel benötigt.

Nehmen wir an, der Monopolsatz entspricht dem Zinssatz des hinterlegten Pfandes, dann muss die Geschäftsbank den Zinssatz berücksichtigen, den sie ihrerseits bezahlen muss, um die Sicherheit (Pfand) zu finanzieren, die sie selbst finanziert hat.

Beispiel A:

Sicherheit (Pfand) verzinst sich mit 5 % p.a. Die Refinanzierung der Sicherheit kostet 4 % p.a. Der Notenbanksatz liegt bei 5 % p.a. Die Marge der Bank liegt also bei 1 % p.a. Für diese 1 % p.a. kann sie die von der Notenbank angebotene Liquidität in Form von gesetzlichem Zahlungsmittel nutzen, was durchaus Sinn macht, zumal, wenn sie für die Weitergabe von Banknoten noch eine zusätzliche Marge einstreichen kann.

Die Marge muss wenigstens die Kosten der Bank decken. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Refinanzierung auf Dauer nur möglich ist, wenn sie zu den 5 % p.a. durchgeführt wird, die Liquidität letztlich kostet.

Da notenbankfähige Sicherheiten bereits refinanziert sind, dauert die Anpassung entsprechend ihre Zeit.

Beispiel B:

Sicherheit: 5 % p.a. Notenbanksatz 5 %. Refinanzierung neuer Sicherheiten ebenfalls 5 % (die alten Sicherheiten wurden im Zeitablauf sämtlich fällig und können nur zu diesen Konditionen prolongiert bzw. neue zu diesen Konditionen aufgenommen werden). Sind die Konditionen querbeet erreicht, werden sich die Geschäftsbanken neues Notenbankgeld nur beschaffen wollen, wenn sie sicher sind, dass sie eine Marge am Markt für die Vergabe von gesetzlichem Zahlungsmittel erzielen, die ihre Kosten (inkl. Abschreibungen, Risikovorsorge usw.) decken.

Es kommt also niemals auf die Zinshöhe selbst an, sondern immer ur darauf, ob die Margen weiter gereicht werden können.

Nun zu den Ersparnissen:

Eine Ersparnis kann es in einem Kreditgeldsystem - gesamtwirtschaftlich - niemals geben. Denn alles, was gespart wird, ist nichts als eine potenzielle Reduktion der bereits existenten Verschuldung.

In einem System, das nur auf Verschuldung bzw. deren Verschiebung auf der Zeitachse (aus Pfandbrief mach - gegen Monopolprämie - Bargeld) sind sämtliche Ersparnisse in summa nichts anderes als potenzielle oder aktuelle Verschuldungsminderungen. Potenziell: Sie können von den Banken, in die sie - konkret in Form von Forderungszessionen - zurückkehren noch ein weiteres Mal zum Ersatz abgeschlossener Verschuldungsvorgänge genutzt werden.

Oder aktuell: Die Banknoten, die bei einer Bank eingezahlt werden gehen von dieser sofort an die Notenbank zurück, um die dort von der Bank hinterlegten Pfänder auszulösen.

Was letztlich Folgendes bedeutet:

1. Es kann niemals in Form der Weiter- bzw. Rückgabe von Forderungen gespart werden.
2. "Echte" Ersparnisse sind niemals schuldrechtlich möglich.
3. "Echte" Ersparnisse sind ausschließlich sachenrechtlich ("real") möglich.
4. Ein Kredit- und (!) Kreditgeldsystem kann keine Ersparnisse kennen.
5. Das *Verleihen* von Forderungen ist ein Unding. Das *Beleihen* ist jederzeit möglich ("Kreditpyramide").
6. Wenn jemals eine Rückkehr zum "Sparen" beabsichtigt wird, dann kann es nur über das Sparen in "real things" gehen. Dazu bietet sich vor allem GOLD an.

Die ist zum einen theoretisch ableitbar. Die Ökonomie geht bekanntlich von der einfachen Gleichung aus: $Y = C + I$. ($Y = \text{Yield} = \text{Sozialprodukt}$) besteht also aus Konsum- und Investitionsgütern. Investitionsgüter unterscheiden sich von Konsumgütern dadurch, dass sie in der Periode selbst nicht verkonsumiert werden. Ob sie auch als "Investitionen" wirken, d.h. später zur Erstellung (z.B. über ein Werkzeug oder eine Maschine) von BIP in späteren Perioden dienen, ist dabei völlig offen (und interessiert hier nicht weiter).

Letztlich müssten sie ohne hin zur Erzeugung von Konsumgütern dienen, denn die Erstellung von Investitionsgütern, aus denen nichts "kommt", was eben etwas "Verwendbares", also "Verkonsumierbares" wäre, macht keinerlei ökonomischen Sinn. Die Probleme von historisch bedeutsamen Investitionen (= Nichtkonsum), die erschienen sind (Kirchen, Pyramiden etc.) muss natürlich gesondert untersucht werden, was auch zu einer Erweiterung des Konsumbegriffs führen könnte (Kirchgang als Konsum, Bestaunen von Pyramiden als Konsum usw.).

Zweifellos handelt es sich aber bei I um etwas tatsächlich Erstelltes. Somit besteht das Y aus erstellten Konsum- und Nichtkonsumgütern.

Nun gibt es eine zweite Gleichung: $Y = C + S$. S ist dabei die "Ersparnis". Und aus beiden Gleichungen wird dann abgeleitet: $I = S$. Diese Ersparnis kann zunächst keine in Form von Forderungen sein, wie es allgemein verstanden wird, also in dem Sinne, dass alle die erstellten Konsumgüter verbrauchen und daneben Forderung auf andere Konsumgüter haben, deren Genuss man aber noch in die Zukunft vortragen will. Auch eine Deutung, dass K direkt verkonsumierte Konsumgüter sind und S Ansprüche auf erzeugte Konsumgüter, die ein Teil der Berechtigten anderen Konsumenten abtritt, kann nicht funktionieren, da sonst nur Konsumgüter erzeugt worden wären: Solche, die ein Teil verkonsumiert und solche, die ein anderer Teil verkonsumiert, denen sie in Form von S "geliehen" worden waren.

Dann wäre $Y = K$, wobei sich die Verteilung der K unterschiedlich darstellt: Die einen verzichten auf K, die anderen konsumieren mehr K als ihnen - durchschnittlich - zustünde, usw. .

Das kann also nicht weiter führen. Wenn das $I = S$ überhaupt einen Sinn machen soll, dann muss es sich bei I um konkrete Gegenstände handeln, die nicht verkonsumierbar sind, woraus folgt, dass nur in etwas gespart werden kann, was nicht verkonsumierbar ist.

Womit wird wieder bei der Realgeschichte des Sparens sind, die jahrhundertlang aus dem Sparen in Edelmetall bestanden hat, was auch erklärt, dass es eine fast unübersehbare Häufung von Münzfunden gibt, die Forschern immer neue Achtung und Bearbeitung abfordern, vgl. neben vielem anderen

Coin Finds and Coin Use in the Roman World (Oxforder Symposion, erschienen 1996) oder Patrick M. Brunn: Die spätrömische Münze als Gegenstand der Thesaurierung (1987).

Das Thesaurieren war also nichts als "Sparen" im wahren Sinn des Wortes, das sich bis zum Ende des 15. Jh. auch als äußerst lohnend erwies, da der Preis der Ersparnisse (Silberkaufkraft All-time-High 1477) ständig stieg (verglichen mit der Menge anderer Waren, die man dafür tauschen konnte).

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, gab es zu Beginn des 16. Jh. für Einlagen bei Bankiers (für "Ersparnisse" mit Sonderverwahrung also) keine Einlagenzinsen (Beispiel: Einlagen des Humanisten Peutingier bei der Welser-"Bank" in Augsburg). Zumeist musste für die Depositen vom Deponenten sogar eine Gebühr bezahlt werden, woraus der Gewinn der Bank resultierte.

Auch die wenig später entstandenen "Banquen" (Venedig, Nürnberg, Amsterdam, Hamburg) waren keine Banken, die Spareinlagen einnahmen; das bei ihnen deponierte Edelmetall blieb unverzinslich und diente ausschließlich dazu, Giralgeschäfte abzuwickeln (man schrieb auf den Konten zu oder ab).

Der Quantensprung hin zur Entgegennahme von Depositen gegen Zins erfolgte Mitte des 17. Jh. durch Banken in England und die bekannten schottischen Landbanken (vgl. Gilbert: Laws of the Currency, Stat. Journal 1854), wobei es zum Zins auch Varianten gab (kostenlose sonstige Geschäftsbesorgung u.ä.).

In den älteren Handelsgesetzen werden auch Deposita (also, was wie heute als "Ersparnisse" bezeichnen), die vom Depot weiter benutzt werden konnten, erwähnt (Piacenza 1371, Bergamo 1457); andererseits wurden in Spanien Wechsler, die das bei ihnen liegende Geld weiter "verwendeten" ausdrücklich als **Räuber** bezeichnet (vgl. Hübner, Die Banken, 58). Entsprechend gab es den "Bankrott" = die "Banca rotta" - den umgestürzten Tisch des Wechslers, der das Depot nicht herausrücken konnte.

Doch der große Trend startete erst um 1700. Zum einen wurden Gelder (also vorhandenes Metall) gebündelt und zu Aktiengesellschaften vereint, von denen die Bank of Scotland die erste war:
[Bild fehlt, Anm. Editor]

Sie startete 1695 mit 1.200.000 Pfund, wobei die "Gründer" sozusagen ihre eigenen Deponenten waren. Die Bank konnte dann die Deposita weiter verleihen, was riskant war und durch die Haftungsbeschränkung der AG ("joint stock company") ausgeschaltet wurde, weshalb es da eines Parlamentsprivilegiums bedurfte.

Vorher gab es nur gesamtschuldnerische Totalhaftung!

Eine anderen Weg ging Preußen, indem 1769 "Ersparnisse", die bei den Sparern sich befanden in die Königliche Banque umgeleitet wurden und dies mit dem Versprechen einer 3prozentigen Verzinsungen (plus Zusicherung, die Gelder nur in sicheren Hypotheken anzulegen):
[Bild fehlt, Anm. Editor]

Eine ähnliche "Special-Garantie" gab es schon vorher bei Gerichtsdepositen und Mündelgeldern. Aus diesen Anfängen heraus entwickelten sich dann auf breiter Front die "modernen" Banken, deren gemeinsames Merkmal allerdings stets geblieben war, konkrete Ersparnisse, d.h. also Edelmetall als Depositum entgegen zu nehmen.

Hübner hatte sich die Mühe gemacht, sämtliche Mitte des 19. Jh. existierenden 1305 Banken zu untersuchen und kam dabei auf diese Zahlen:

1. Bankkapital insgesamt: 1,085 Mrd. Taler (Tlr = später = 3 Mark).
2. Ausstehende Noten insgesamt: 1,026 Mrd. Tlr.

Da die Noten zunächst Depotscheine waren (die allerdings ihrerseits wieder zu "Ersparnissen" herangezogen werden konnten) und die "Deckungen" höchst unterschiedlich waren, lassen sich keine weiteren detaillierten Aussagen treffen (auch fehlen vielerseits Angaben). Aber immerhin sind Größenvorstellungen möglich, z.B. betrug der deutsche Bargeldbestand 1876 dann etwas mehr als 3 Mrd. Mark (= 1 Mrd. Tlr).

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: In der Zeit einer Metallwährung existierten also konkrete "Ersparnisse" in Form von **Depositen in specie (Metall)**, die bei Banken hinterlegt waren (unbeschadet deren Weiterverwendung durch die Depotanstalt, alias Bank).

Von diesen Ersparnissen unterscheidet sich das, was wir heute als "Ersparnisse" bezeichnen fundamental. R.Deutsch hatte in Friedrichroda ausführlich auf diese Dinge hingewiesen.

Wer heute 100.000 € in einer Bank einzahlt, zahlt nicht eine "Sache" ein, sondern er übergibt der Bank eine **Forderung**. In Forderungen kann aber nicht "gespart" werden. Forderungen eignen sich nur zur Abtretung (Zession).

Da sämtliche Forderungen immer gleich hohen Verbindlichkeiten (Schulden) entsprechen, bedeutet "Sparen" heute immer nur die **Minderung von Verbindlichkeiten**, gesamtwirtschaftlichen natürlich.

Würden alle Banknoten an die Banken, aus denen sie letztlich nur ans Publikum gekommen sein können, da nur Banken Zugang zur Notenbank haben, zurückgegeben ("gespart"), würden die Banken die Noten sämtlich an die Notenbank zurückgeben, da sie das Publikum nicht mehr benötigt.

Die "Ersparnisse" wären physisch verschwunden. Was bliebe, wären Ansprüche des Publikums, wieder mit Banknoten ausgestattet zu werden, sobald die "Sparfrist" abläuft. Um sich die dann benötigten Banknoten zu beschaffen, müssten die Banken wieder in Geschäftsbeziehung zur Notenbank treten und sich dort - gegen Hinterlegung dann ZB-fähiger, also bereits existenter Schuldtitel - die benötigte Beträge in Form von Banknoten abholen.

So wenig wie es Nettogeld geben kann, kann es also Nettoersparnisse geben. Dies gilt sub summa aller Volkswirtschaften, auch wenn der Augenschein uns anderes zu lehren scheint, nämlich wenn wir Leute sehen, die Geld "in Händen haben" oder "sparen". Es können immer nur einzelne sein, niemals alle.

Real-Enzyklopädie (26): Kapitalismus, Marktwirtschaft etc. - Klärungsversuch

Geschrieben von dottore am 03. Januar 2002 18:12:08

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/97981.htm>

[A]ls jemand, der ein dickes Buch zum Thema KAPITALISMUS geschrieben hat (ich hoffe, noch ein paar Exx. aufzutreiben und werde sie dann gern verteilen, bitte Geduld), darf ich mir erlauben, etwas zur Klärung zu versuchen.

1. Kapital. Name von "caput" (lat. = Hauptgut). Es muss also etwas "vorhanden" sein, mit dessen Hilfe man Geschäfte treiben kann. Dies muss - zwingend! - im Eigentum des/der Betreffenden liegen (Einzelfirma, Gesellschaft), da es sonst Sachleihe ist oder gleich ein schuldrechtlicher Vorgang.
2. Das Kapital muss im Geschäft eingesetzt, d.h. riskiert werden. Kapitalismus ohne Risiko das Kapital zu verlieren, ist nicht definierbar.
3. Das Kapital kann selbst zum Tausch/Verkauf angeboten werden oder es kann dazu dienen, zusätzliche Waren zu produzieren, die auf Märkten erscheinen müssen. Kapitalismus als Selbstzweck (ich baue mir ein immer größeres Haus) ist keiner.
4. Das Kapital muss nicht, wird aber in der Regel "bemannt". Dazu bedarf es des freien Lohnarbeiters. Hörige, Leibeigene, Hintersassen usw. kommen im Kapitalismus nicht vor; dieses System ist der sog. "Feudalismus".
5. Der freie Lohnarbeiter ist eine historische Erscheinung. Es gab ihn in Ansätzen in der Antike (meist Tagelöhner), die ansonsten mit Sklaven arbeitete, was auch Kapitalismus ist, wobei die Entlohnung des Sklaven nichts anderes war als die Zurverfügungstellung von Subsistenzmitteln, um ihn zu erhalten. Sklaven waren teuer. In Krisenzeiten wurden Sklaven auch in der Antike frei gelassen, weil sie ihrem Eigentümer buchstäblich zu teuer waren.
6. In volle Erscheinung trat der mit freien Lohnarbeitern operierende Kapitalismus im England nach den **Lollardenaufständen** (13. Jh., siehe Stichworte Wat Tyler usw.). Die bis dahin dem Grundherrschaft "hörigen" (= gehörenden) Menschen, deren Hörigkeit auf der Tatsache gründete, dass sie auf dem Land des "Herren" lebten, befreiten sich und waren nur noch bereit, **gegen Geld zu arbeiten**. Damit waren Lohnzahlungen in der Welt. Ähnliche Entwicklungen in Oberitalien und anderswo.
7. Die große Befreiung der Hörigen (Bauern) kam in Deutschland (der Bauernkrieg scheiterte bekanntlich 1525) zu Beginn des 19. Jh. (Stein-Hardenberg'sche Reformen usw.). Die gleichzeitige **starke Bevölkerungsvermehrung** in ganz Europa (**Malthus** sah da große Probleme) schuf ein Lohnarbeiterangebot, das nur mit Mühe absorbiert werden konnte. Unternehmer vermehren sich als Unternehmer nicht von selbst. Das ganze 19. Jh. war also ein Buyers Market für den Lohnarbeit nachfragenden Unternehmer. Die entsprechenden Probleme und sozialen "Strömungen", die das begleiteten sind nur allzu bekannt (Babeuf, Sismondi, Proudhon, Marx, Engels, Liebknecht, usw.).
8. Die Zeit des völlig freien Kapitalismus ging in den großen Flächenstaaten rasch zu Ende, schon in den 1890er (!) Jahren erschien ein Buch (suche es noch heraus) mit dem Titel (sinngemäß): Der Sieg des Staatssozialismus in den USA. Die allerletzte Bastion des freien Kapitalismus ist heute noch Hongkong, aber ebenfalls mit staatsinterventionistischen Tendenzen.

9. Dennoch wurde das 19. Jh. die große Zeit des freien Kapitalisten, eine der imposantesten Figuren wurde August Thyssen (Start bei null, Ende als Multimillionär), der auch schon erkannt hatte, dass Arbeiter umso optimaler arbeiten (für den Kapitalisten also gewinnbringend), je mehr Sicherheit ihnen der Kapitalist bietet. Thyssen hat nie einen Mann entlassen, auch als die Geschäfte schlecht gingen. Ähnlich Krupp, Zeiss und andere.
10. Im MODELL des freien Kapitalismus herrscht **freier Marktzugang**. Die freie Marktwirtschaft kann daher immer nur zu vorübergehenden Monopolen (technischer Fortschritt usw.) führen, die rasch abgebaut werden, so dass "Marktwirtschaft" den Kapitalismus letztlich zum Marktmodell des **Polypols** führt, also der sog. atomistischen Konkurrenz, wo immer nur vorübergehende Sondergewinne gemacht werden können, das Ganze sich aber in einer sich verstetigenden Minimierung der Gewinne (= Unternehmerlohn plus Risikoprämie für das eingesetzte Kapital, siehe oben) einpendelt.
11. Sobald der **STAAT** auf den Plan tritt, verändert sich das Bild schlagartig. Zunächst perpetuierte der Staat die natürlicherweise immer nur vorübergehenden Monopole durch Interventionen aller Art (Patente bis Schutzzölle). Damit war der freie Kapitalismus bereits erledigt und als dann noch Staatsnachfrage in großem Stil dazu kam (**Rüstung!**) waren die entsprechenden Unternehmer durch diese Marktverwerfungen (kein Privatmann kauft sich ein Schlachtschiff) im Vorteil. So wurden z.B. die Krupps zu den reichsten Deutschen, ähnliches gilt für Boden(schatz)-Monopole, wie das der oberschlesischen Magnaten oder im Ruhrgebiet. Heute wird das per OPEC z.B. gleich sozusagen staatsdirekt erledigt.
12. Im Laufe der Herausbildung von "**modernen**" **Demokratien** verwarf sich das System noch stärker. Denn Demokratie heißt Stimmenkauf und Stimmenkauf bedeutet letztlich immer: Staatsverschuldung.
13. Durch die Staatsverschuldung - inzwischen weltweit bei ca. 25/30 Billionen € liegend - wurde eine **scheinbar risikolose Art** des Kapitaleinsatzes geschaffen. Die beiden **Korrekturfaktoren** des freien Kapitalismus (Risiko des Kapitalverlustes und Risiko des Auftauchens neuer Konkurrenten mit entsprechender Gewinnminderung für alle am Markt Beteiligten) sind de facto verschwunden. Selbst bei Großpleiten "hilft" der Staat, indem er letztlich die Rechnung übernimmt oder für sie bürgt (Holzmann, LTU etc.).
14. Da der Staat stetig hochbucht, vermehren sich die entsprechenden Guthaben jener Schicht, die entsprechend investiert und investiert hat.

Die FAZ meldet heute:

"Warmer Regen für Besitzer von Anleihen - Im Januar 24,5 Milliarden Euro Zinszahlungen aus Staatsanleihen".

Dies ist mehr als doppelt (!) so viel, wie alle deutschen Unternehmen aus dem Geschäftsjahr 2001 an **Dividenden** ausschütten werden.

15. Aus dem Kapitalismus ist also **längst eine Form der risikolosen Staatswirtschaft geworden**. Dass die Inhaber der Staatstitel Gläubiger und Schuldner in einer Person sind, stört so lange nicht wie der Staat nicht an diese Titel in Form einer Besteuerung geht oder sie für wertlos erklärt.

16. Das in Staatstiteln "investierte" Kapital steht natürlich dem freien Markt nicht mehr zur Verfügung. **Daraus resultiert selbstverständlich eine laufend abnehmende Tendenz zu Realinvestitionen und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen.** Die Staatsverschuldung ist die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit, wie unmittelbar einzusehen ist, wenn man den Weg betrachtet, den das Kapital der Bürger nimmt - weg von risikoreichen Investitionen hin zur sicheren Bundesschuldenverwaltung.
17. Der Staat schafft sich so jenes **Proletariat**, das - je länger die Übung dauert - umso mehr auf ihn angewiesen ist (vom Kindergeld bis zur Sozialhilfe). Was wiederum den Staat solange stabilisiert, bis er unter seiner, via Zinseszins enteilenden Verschuldung zusammenbricht.
18. Gleichzeitig kommt es zu einer (hier besonders gut und mit Recht anklagend diskutierten) **immer rascher wachsenden Ungleichheit der Vermögens- und damit letztlich der Einkommensverteilung.** Das ganze gilt selbstverständlich weltweit und intranational ebenso wie national.
19. Diese Ungleichheit hat weder mit Kapitalismus noch mit Marktwirtschaft etwas zu tun. Sie ist vielmehr die Ausgeburt der längst außer Kontrolle geratenen Staatsverschuldung. Dieser Zustand strebt mit mathematischer Präzision seinem Ende zu: **Dem Aufstand der Armen (= Nicht-Forderungsinhaber) gegen die Reichen (= Forderungsinhaber, deren Forderungen letztlich in immer größerem Umfang Staatstitel sind, siehe FAZ).**
20. Der noch in Resten vorhandene freie Kapitalismus (eine seiner letzten Spielwiesen war das Internet) wird schließlich völlig von der Staatswirtschaft aufgesogen, worüber schon der jetzt erreichte Staatsanteil an den BIPs der großen Industrienationen Auskunft gibt (BRD: knapp um die 50 %).
21. Der Kapitalismus ist also längst keiner mehr und das Gehebe mit mehr "freiem Handel" (WTO, Globalisierung) ist nichts als ein Lendenschurz, der alsbald in flächendeckenden Aufständen mit und ohne weltweitem Terrorismus fallen wird.
22. **Die Weltgeschichte ist immer Machtgeschichte.** Das Macht- und Gewaltmonopol des Staates wird - die Mißbräuche sind jeden Tag aufs Neue zu bestaunen (siehe USA, hier breitest diskutiert) - enden wie alle Monopole:

Es wird in einer großen, weltumfassenden Revolution verschwinden.

Als Zeitrahmen können wir uns auf die nächsten zehn Jahre einrichten. Es würde mich wundern, wenn es länger dauern sollte, bis wir am Ende der Fahnenstange angekommen sind.

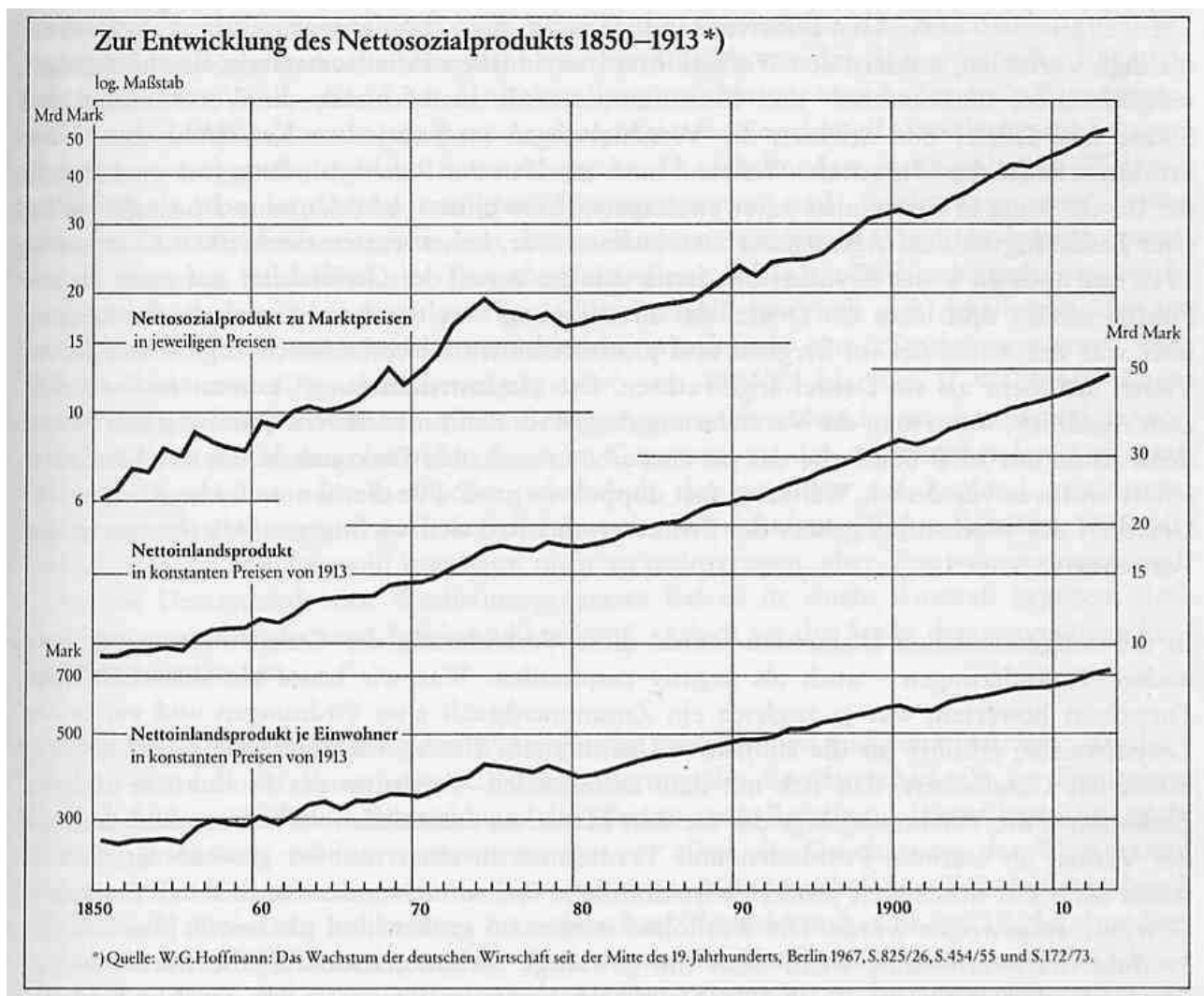
Real-Enzyklopädie (27): Hat der Goldstandard funktioniert?

Geschrieben von dottore am 20. Januar 2002 18:50:56

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/101256.htm>

Der Goldstandard (im Folgenden GS) wird gern von Leuten kritisiert, bei denen man rasch den Eindruck hat, ihre Ablehnung, wenn nicht gar ihr Hassgefühl auf das Gold als eines monetären Instruments steigt in Korrelation zu ihrer Kenntnislosigkeit.

Nachdem der Goldmechanismus selbst auf einschlägigen Web-Seiten und auch hier im Forum bereits ausführlich erläutert wurde (wobei auch auf **UMBRUCH**, Seiten 337 ff. hinzuweisen ist), wollen wir uns hier der konkreten Ausformung des GS im Deutschen Reich zuwenden und zu dem, was das Gold, bzw. vor dem Reich in den Einzelstaaten (mit Ausnahme Bremens) das Silber als Währungsmetall bewirkte. Dabei hilft dieser erste Überblick:



Das Nettoinlandsprodukt in konstanten Preise von 1913 (mittlere Linie) ist dabei ziemlich stetig gestiegen: Es gab nur kurze stagnative Phasen, z.B. die „Depression der Bismarckzeit“ (ein aus England importierter, völlig überzogener Ausdruck) in den 1870er Jahren, die jedoch im langfristigen Trend keine Rolle spielen, zumal sie nur Korrekturen eines vorangegangenen stärkeren Anstiegs waren. Insgesamt ist das Inlandsprodukt, wohlgermerkt in konstanten Preisen, auf das 5fache gestiegen.

Das Nettoinlandsprodukt pro Einwohner (untere Linie) hat sich aufgrund der gleichzeitigen Bevölkerungsvermehrung auf das 2,7fache erhöht. Damit belaufen sich die durchschnittlichen Wachstumsraten auf 2,6 % bzw. 1,6 % per annum. Netto und real! Von einer durch den GS herbeigeführten „großen“, sich obendrein noch „verschärfenden Krise“ oder gar „Verelendung“ kann keinerlei Rede sein.

Dies belegt auch die Entwicklung der Nettoinvestitionen (ebenfalls in Preisen von 1913). Diese hatten in den 1850er Jahren bei 7-8 % des Sozialprodukts gelegen und waren dann bis zu den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Weltkrieg auf ca. 15 % gestiegen. Die reale Investitionsaktivität stieg innerhalb von 60 Jahren auf etwa das Zehnfache, was sich z.B. grundlegend von der aktuellen Situation Deutschlands unterscheidet, wo die reale Investitionstätigkeit bekanntlich seit längerem nach unten weist und inzwischen sogar in raschem Verfall begriffen ist.

Es ist nicht logisch zu deduzieren, warum dieser eindeutig positive Prozess sich nicht fortgesetzt hätte, wenn der erste Weltkrieg dem GS nicht den Garaus gemacht hätte. Was in der Zwischenkriegszeit folgte, war bekanntlich ein Zwitter zwischen dem klassischen GS und einem auf Staatskredit basierenden Geldsystem (sog. „Gold-Devisen-Standard“), das bereits jene Elemente enthielt, denen der endgültige Abgang von den letzten Resten des GS durch die USA eingangs der 1970er Jahre dann die Bahn zu unserem heutigen Zustand brach, der ein – hier ebenfalls oft genug beschriebenes – System hervorbrachte, das ausschließlich auf Krediten (und nicht mehr auf der Ware Gold) basierte und das zu jenen Exzessen führte, mit deren Ab- und Aufarbeitung nunmehr begonnen wird.

Jedenfalls hat es in der deutschen Geschichte keine vergleichbare, ununterbrochene Prosperitätsperiode gegeben wie unter dem auf Silber und Gold basierenden Warengeldsystem der Jahrzehnte vor dem 1. Weltkrieg.

Der Widerspruch zwischen dem, was der GS letztlich unbezweifelbar bewirkte und dem Urteil, das gern über ihn gefällt wird, erklärt sich aus der Tatsache, dass einzelne Menschen nicht über das urteilen, was alle betrifft, sondern immer wieder versuchen, ihre eigene individuelle Lage in den Vordergrund zu stellen und von deren Entwicklung auf die allgemeine Lage zu schließen.

Dies gilt für zahlreiche Partikularinteressen ebenso wie für die allseits bekannten „Kapitalismus“- oder „Goldwährungs-Kritiker“, deren eigenen Schicksale ihnen bei ihren krausen Theorien die Feder führte. Leute wie Karl Marx, der fast ununterbrochen an der Armutsgrenze lebte oder Silvio Gesell, der nur knapp dem unternehmerischen Scheitern entkam, konnten gar nicht anders als nach etwas zu suchen, was ihnen zur Erklärung zuvörderst ihrer Misslichkeiten behilflich war.

Nichts ist bekanntlich einfacher als die Schuld bei anderen zu suchen und wenn sich andere nicht anbieten, dann in irgendwelchen „Strukturen“ oder „Systemen“.

Der Verständige jedoch erkennt immer, in welchen Systemen oder Strukturen er zu leben hat und nutzt diese zu seinem Vorteil aus anstatt über deren Nachteile zu jammern. Systeme und Strukturen ohne Nachteile gibt es nämlich leider nicht.

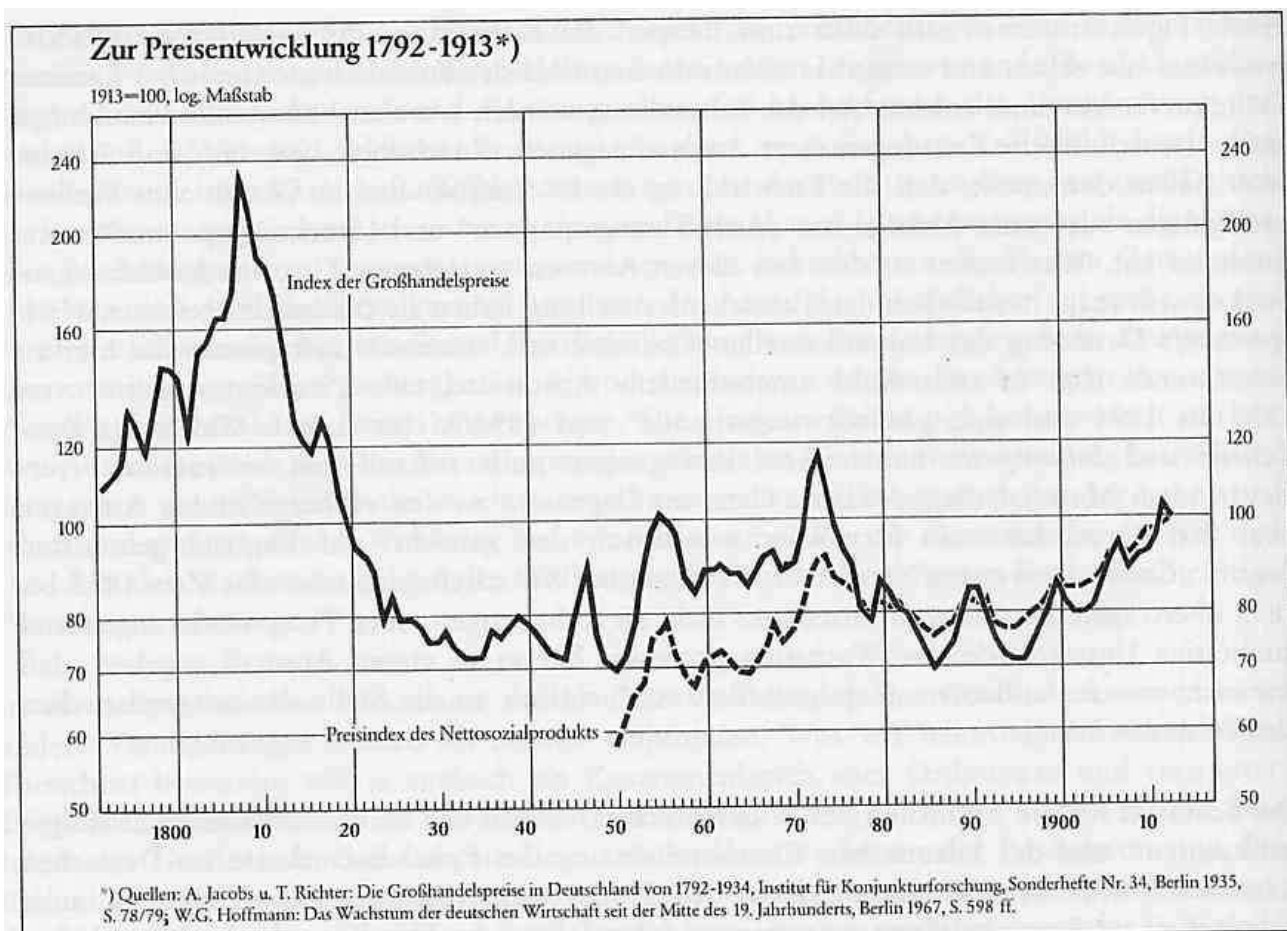
Da es unter dem GS keine Statistiken über die „reale Lage“ der Bevölkerung veröffentlicht wurden, blieb den Deutern des gesamten „Zustands“, zu denen sich im 20. Jahrhundert dann die akademischen Konjunkturforscher wie Spiethoff, Schumpeter, Kondratieff gesellten, nur übrig, sich an Preisen und Zinsen bzw.

Renditen zu orientieren. Die Betrachtung der Preise spielte die vornehmliche Rolle, wobei „fallende Preise“ als etwas höchst Ungutes klassifiziert wurden, sozusagen als Ausdruck von „systemimmanenten Krisen“.

Dabei wurde völlig übersehen, dass sinkende Preise selbst bei stagnierenden oder ebenfalls sinkenden Löhnen oder Lohnzuwächsen für die Bevölkerung insgesamt keinerlei Rolle spielen, sofern nicht das reale Pro-Kopf-Einkommen über einen längeren Zeitraum hinweg sinkt, wovon unter dem GS keine Rede sein kann.

Das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen lag z. B. Ende der 1870er Jahre zwar wegen der gesunkenen Preise um etwa 15 % unter dem Maximum des Jahres 1874, ist dennoch über das gesamte Jahrzehnt seit 1869 gerechnet um etwa 40 % gestiegen!

Die Preisentwicklung über einen langen Zeitraum gibt diese Grafik wieder:



Die Großhandelspreise, die letztlich kreditinduziert sind, zeigen den klassischen Verlauf: Anstieg in der Zeit der Napoleonischen Kriege. Danach Bereinigung der kreditinduzierten Preis-Bubble bis zur Mitte des Jahrhunderts. Danach ein erneuter Anstieg, der in der Überspekulation der 1870er Jahre seine Spitze fand, mit entsprechender Korrektur bis in die Mitte der 1890er Jahre und ein erneuter Anstieg bis zum Beginn des Weltkrieges.

Die immer wieder aufgetischten Behauptungen, der Weltkrieg sei Ausfluss und Folge einer Deflation gewesen, sind vollständig abwegig. Wenn überhaupt, lässt sich an so etwas wie eine Korrelation von Inflation und Kriegsausbrüchen denken (vor 1800, vorn 1870, vor 1914). Diese Überlegungen werden bei Gelegenheit vertieft.

Der in der Grafik ebenfalls erscheinende Preisindex des Nettosozialprodukts zeigt für die Zeit des reinen GS im Kaiserreich eine leicht fallende, dann steigende Tendenz, wobei auch dort die Entwicklung der Löhne und Einkommen dies dergestalt konterkarierte, dass weder in der deflationären noch in der inflationären Phase von der Bevölkerung insgesamt als unangenehm empfundene Netto-Effekte, ihre wirtschaftliche Lage selbst betreffend, gefühlt wurden.

Noch ein Blick auf die Entwicklung der Geldbestände in der Zeit des klassischen GS in Deutschland: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Der erste Zacken links in der Grafik „Notenbankdepositengeld“ kann übergangen werden, da es sich dabei um die bekannten französischen Reparationszahlungen gehandelt hat. Interessant ist der Bargeldumlauf insgesamt (obere schwarze Linie), der sich bis in die 1890er Jahre stagnativ verhalten hat, sich dann aber zwischen 1890 und 1914 in etwa verdoppelte. Dies ist vor allem dem „Metallgeld im Umlauf“ zu verdanken, was allen Kritikern des GS und ihrem Argument, es „gab“ bzw. auf heute bezogen „es gibt einfach nicht genug Gold“ den Boden entzieht.

Der Anstieg der Banknoten entspricht dem allgemeinen Trend, sagt aber wenig aus, da Kontokorrentguthaben, Akzepte und Wechsel die gleichen Funktionen wie Banknoten erfüllten, und Knut Borchardt sogar von Belegen spricht, dass diese im Einzelfall „durch weit mehr Hände gingen als etwa eine Banknote über 1000 Mark.“ („Währung und Wirtschaft“ unter: „Währungs- und Finanzpolitik von der Reichsgründung bis zum I. Weltkrieg“ in: „Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 – 1975“, S. 26).

Besonders interessant ist die Entwicklung der Bankdepositen des Publikums unter dem GS, die sich in etwa verzwölfachten. Wer eine solche Zunahme als Zeichen eines grundsätzlich falschen oder versagenden Systems ansieht, kann bei rechtem Trost nicht sein.

Der Goldstandard im Deutschen Reich stellt sich also als ein Währungssystem dar, das genau den Zweck erreicht hat, den ein Währungssystem erreichen, bzw. den es – ohne ihn zu stören – begleiten sollte.

Der Goldstandard hat die Prosperität der gesamten Bevölkerung nachhaltig gesteigert.

Real-Enzyklopädie (28): Macht, Zins, Inflation (I)

Geschrieben von dottore am 04. Juli 2002 10:27:50

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/128529.htm>

[E]s ist an der Zeit, auch Inflation neu zu deuten bzw. definieren.

Was den Historiker stutzig macht, ist bereits das Wort: Inflation ist nicht etwas, das wir aus der Antike als etwas ableiten könnten, das in Zusammenhang mit monetären Phänomenen steht.

Die "Inflatio" ist ein **medizinischer Begriff**. Inflatio = Blähung, die inflatio praecordiorum eine Brustfellentzündung. Inflatur = aufgeblasen,, strotzend, geschwollen, stolz, zornig, aufgebracht, übertrieben, schwülstig. Inflatus tibicinis = das Blasen der Flöte.

Dass es "Inflationen" in heutiger Definition gegeben hat, steht seit **Diokletians** Preisedikt von ca. 304 eindeutig fest. Warum wurde das Wort nicht verwendet, was bei der massiven Münzverschlechterung der "Folles" (tägliches Kurantgeld) doch so nahe gelegen hätte? Das Geld wurde eben nicht nur verschlechtert, sondern auch massiv vermehrt ("aufgebläht"), was für jeden offensichtlich und ohnehin auf den **Münzherrn**, also die Macht selbst zurück zu führen war.

Da die Steuern ausschließlich in **Gold**, dem Abgaben- und Machterhaltungsmetall schlechthin (Sold!), entrichtet werden mussten, das über Münzen nicht verschlechtert wurde (gelegentlich gab es, dies schon seit **Nero** einzelne Versuche), die aber ins Leere führen mussten, da es auf ein Nullsummenspiel für die Macht hinauslief: Weniger Metall kommt rein, weniger kann ausgegeben werden. Die Goldsteuern wurden schließlich in Goldbarren entrichtet, einige Barren habe sich bis heute erhalten.

Die Folles waren eine geschickt konstruierte "Unter"-Steuer. Gold und Silber hielten in etwa Parität. Das Silber konnte jedoch in Form von Münzen verschlechtert werden (es sah immer noch wie "Silber" aus), so dass immer mehr Folles für Gold bzw. Silber "rein" gegeben werden mussten.

Warum gibt es so gut wie keine Warenpreis-Statistik aus früherer Zeit? Die Preise für die den Herrscher allein interessierenden Waren blieben in "seinem" Metall gleich, sie stiegen nur im "Untertanenmetall", solange bis die Untertanen wegen immer stärkerer Verelendung unruhig wurden und die Macht gefährdeten.

Alle Preisdiktate der Geschichte werden nicht zur Steigerung der "Wohlfahrt" der Untertanen erlassen, sondern wg. Macht in Gefahr. Frankreich Brotpreis, Preisstopps im Kaiserreich und unter Hitler. Verhindert der Höchstpreis, dass überhaupt noch Ware erscheint, erledigt sich auch das. **Robespierre** hieß "le maximum" und kam deshalb aufs Schafott. **Diokletian** zog sich in seinen "Bunker" in Dalmatien zurück und entkam dem Volkszorn.

Getreidespenden, die "annonae", zum Machterhalt im Inneren und Truppen zum Machterhalt gegenüber Außen waren die einzigen römischen Ausgabenposten von Belang, in der Zeit der rasch wechselnden Imperatoren kam auch der Wille zur Machtergreifung im Inneren dazu; Imperatoren (imperator = Oberbefehlshaber), deren Kasse leer war, wurden sofort beseitigt, um sich neuen Imperatoren mit noch voller Kasse zuzuwenden. Die Soldaten **zwangen** schließlich oft genug, ihre widerstrebenden Feldherrn, die Imperatorwürde anzunehmen, natürlich nicht, weil sie ihren Chef "auf dem Thron" sehen wollten, sondern weil sie ihn zum Auskehren seiner **Kriegskasse** zwingen wollten.

Bis ins 18./19. Jh. war immer im Alltag immer nur von "Teuerung" die Rede, es sind sogar Gebete gegen die "Theuerung" überliefert, z. B. Nürnberg 17. Jh., Sammlung **Heinz Brestel**. Es gibt auch figürliche Darstellungen, z. B. eine, die zeigt, ein wie großes Brot, als Kreis aufgemalt, man sich früher und aktuell für den gleichen Geldbetrag (in Nominal) kaufen konnte.

Dabei wird das Phänomen "Inflation" auf ein geringeres *Warenvolumen* und nicht etwa auf ein gestiegenes Geldvolumen fokussiert, Missernten oder Kriegsläufe als wichtigste Ursache. Es gab zwar Ansätze, das Phänomen von Preissteigerungen "monetär" zu deuten (Schule von Salamanca, Bodin bis Ricardo, die Tooke-Debatte etc.), aber diese Vorformen der **Quantitätstheorie** waren strikt auf einen kleinen akademischen Kreis beschränkte Übungen, die nicht ins allgemeine Bewusstsein drangen.

Auch in der ökonomischen Wirklichkeit spielte die in ziemlich steter Kurve laufende permanente, aber doch sehr *moderate* Münzverschlechterung keine Rolle (vgl. die Münzentwertungstabelle bei Salsade, Recueil des Monnoies, 1767), da sie "unbemerkt" ablief, d.h. der mit Alltagsgeld operierende Bürger hielt dieses Geld nur ganz kurzfristig, einem Zeitraum also, in dem er kaum einen Wertverlust spüren konnte.

Bei "**Debita**", über längere Frist geschuldeten Beträgen, die zum einen die festgesetzte Abgaben bzw. sonstige Zahlungen in Form von Leibrenten o.ä. und zum anderen eben die Herrschaftsschulden waren, langfristig laufende "Geschäftskredite" existierten definitiv *nicht*, da die Geschäftswelt ausschließlich mit den **kurzen** Zahlungsfristen des **Wechsels** operierten (es gibt Wechsel bis zwei Jahre Laufzeit als Maximum) - bei Debita also gab es nur in Zeiten herrschaftlich zu bestimmten Termin ("Münzreformen") oder kurzer Kriegsphasen erzwungener Auf- und Abwertungen Probleme. Gezogene Wechsel wurden übrigens *niemals* als Debita betrachtet oder gar verbucht.

Bei den Münzreformen, die den "Karolingern" zugeschrieben wurden, ist ausdrücklich von solchen "debita" die Rede. Dass dies keine "Geschäfts-Debita" sein konnten, ergibt sich aus den dazu komplett fehlenden Quellen: Eine "Privatwirtschaft", die mit Kredit gearbeitet hätte, ist nirgends zu entdecken. In der einzigen frühmittelalterlichen Quelle, die von "Schuldverschreibungen" spricht (Gregor von Tours, wie schon erwähnt), sind es Schuldverschreibungen von Macht-Inhabern, also Abgaben-Herren.

Die von der Obrigkeit geführten "Schuldbücher", in denen die **privaten** Schulden quasi wie in einem Schuld-Grundbuch eingetragen werden **mussten**, um sie überhaupt **vollstreckbar** zu machen, sind erst aus erheblich späteren Zeiten (ab 13. / 14. Jh. etwa) überliefert.

Die Verbriefung einer Schuld bedurfte immer der **Hinterlegung** des Nachweises der Schuld an **öffentlicher** (!) Stelle, vgl. die ausführliche Beschreibung des dazu erforderlichen Procedere im ersten gedruckten Buch, das dies behandelt: Riederer, Spiegel der wahren Rhetorik, 1493, etwa Abschnitt CLIX

"Schuldbrieff form von gelt lyhung darürende / nach hinderlegung".

In diesem Beispiel geht es übrigens um die Geldleihe eines Junkers, also einer regionalen Macht.

Ebenso gibt es im Gefolge des 30jährigen Krieges eine Debatte darüber wie ein "Ausgleich" Statt finden solle (vgl. Eichel, Von Schuld-Sachen, Kapital und Zinsen, 1683), was sich dann bei den voll entwickelten Privatwirtschaften, etwa nach den Vorgängen von 1923 oder 1948 wiederholt (Währungsreform → Lastenausgleich).

Den Zusammenhang zwischen monetärem Output und allgemeinem, d.h. für die **Privaten** geltenden Preisniveau und damit die "Quantitätstheorie" hat als erster **Francis Walker** 1897 entwickelt (Money in its Relations to Trade and Industry). Die Bedeutung von "Money" war bis dahin stets nur aus dem Aspekt seiner "Relation" zu und Bedeutung für die **Macht** gesehen worden. Dies seit den Spätscholastikern Biel und Auqila ("De potestate (!) monetarum") bis zu den Merkantilisten und Kameralisten ("camera" = fürtlische Schatzkammer).

Beispielhaft der "Fürstenspiegel" des **Johann Christoph Cörner** von 1733, hier Anhang § 2:

"Worinn besteht die grosse Fürsten-Macht. Vornehmlich 1. im guten Vorrath eines grossen Schatzes, oder vielen Geldes, 2. aber in der Kunst und Gelegenheit seinen Schatz zu vermehren, 3. in einer guten Armee mit ihren Requisitis, 4. in einer festen Alliantz."

Die Gegenbewegung, deren These sich auf die Vermehrung des Reichtums **aller** stützt, ist noch bei **Adam Smith** 1776 ambivalent definiert ("Wealth of Nations" und nicht etwas ".. of People") und mündet dann in die Diskussion über "Richesse" (jetzt durchaus private, z.B. die Franzosen ab Say und Cournot), die "Entfesselung der Produktivkräfte" (der privaten) bei **Marx und Engels** und alles Weitere, was heute als "Wirtschaftstheorie" gelehrt wird.

Die zeitliche Priorität des Geldes oder seiner "Optimierung" als **Machtmittel** der Herrschaft und nicht etwa als Beförderungsmittel für mehr **privaten** Wohlstand kann nicht bestritten werden. Die Vorstellung, erst sei so etwas wie eine "private" Wirtschaft entstanden und danach hätte sich ihr die Macht "irgendwie" beigelegt, um sozusagen auch ein paar Krümel vom ohnehin immer größer werdenden Kuchen abzuhaben, ist ein Irrtum.

In der Geschichte stoßen wir regelmäßig auf das Phänomen der **Parallelität von Preis- und Zinsbewegungen**. Dies ist mit keinerlei "Geldtheorie" zu erklären, da "vermehrtes Geld" dieses nach der Logik eigentlich **billiger** machen also den Zinssatz senken müsste, der bekanntlich als ein "Preis", sich ergebend aus Angebot und Nachfrage nach "Geld" definiert wird.

An diesem sog. "**Gibson-Paradox**" hat sich jegliche Theorie bisher die Zähne ausgebissen. Es ließ sich bisher einfach nicht erklären, vgl. u. a. die höchst klugen Studien von Shiller ("irrational exuberance"), Siegel, Harley, Dwyer et. al.

Dabei liegt die Lösung auf der Hand. Bekanntlich steigt nach "monetaristischer" Betrachtung bis heute zuerst die "Geldmenge", danach steigen die Preise, vgl. dazu sehr anschaulich EZB, Juli 2000, S. 47 ff. (mit einleuchtender Grafik). Jede Inflation- das ist auch common sense aller Geld-, Monetarismus-, Geldreform-, Inflationsvorschau-, Goldpreiserwartungs- usw. Thesen - wird "irgendwie" monetär interpretiert. Friedmans "optimum quantity of money" gehört selbstredend hier ins Zentrum.

Aber auch **Hajo Riese**, der berühmte Berliner Post-Keynesianer verirrt sich mit seiner Inflationserklärung "aus einer Interaktion zwischen Vermögensmarkt und Gütermarkt" (vgl. seine "Theorie der Inflation") in einem undurchdringliche Dickicht, da er voraussetzt, was er erst beweisen muss, nämlich dass es von "Vermögen" zu unterscheidende "Güter" gibt und er im übrigen "Geld" und "Zins" letztlich wieder in der Notenbank entstehen lässt. Das erklärt freilich nicht den Zins als solchen. Hätte er den ZB-Zins als das erklärt, was er tatsächlich ist, nämlich eine Zwangsabgabe, wäre er besser gefahren.

Oder anders: Da Steuern heute nur in ZB-Geld, bzw. Guthaben auf dieses lautend, bezahlbar sind, während sich "die" Privatwirtschaft mit jeder Form von Geld und Zahlungen behelfen könnte (und wie man aktuell in **Argentinien** sieht, auch behilft, allerdings mit "Ersatzgeld", mit dem keine Steuern gezahlt werden können), ist völlig klar, dass das ZB-Geld benötigt wird, spätestens dann zum Steuertermin, dem Anker jeder Staatswirtschaft.

Man müsste sich nur vorstellen, was geschähe, wenn Steuerzahlungen mit einem 5 %-Zinssatz auf immer vertagt werden dürften, während sich der Staat gleichzeitig mit Hilfe von Anleihen zu 6 % finanziert. Jedermann würde seine zu zahlenden Steuern in Staatsanleihen anlegen und der Staat wäre seinen Bürgern ununterbrochen 1 % Zinsen schuldig.

Daher **müssen** die Strafzinssätze für nicht rechtzeitig entrichtete Steuern immer höher liegen, als der jeweils am Termin für diesen Termin zu zahlende Zinssatz am Markt, bzw. als "Ersatz" muss die Vollstreckung erfolgen, die es dem Bürger dann verunmöglicht, eine für ihn etwaig *positive* Zinsdifferenz zu nutzen. Was man nicht mehr hat, kann man auch nicht anlegen.

Dies erklärt auch, warum sich der Staat immer zu günstigeren Sätzen verschulden kann als der Rest der Wirtschaft. Die ultimative Perversion dieses Zustands ist die Finanzierung des Staates bei seiner (!) Notenbank direkt mit Hilfe von "unverzinslichen" Schatzscheinen oder Schatzanweisungen, Reichkassenscheinen o.ä., Urquell jeder **Hyperinflation**.

Die Lösung des Rätsels der "Parallelität" von Zinssatz- und Preissteigerungen liegt nun darin, dass der Zinssatz mit der Preissteigerung (Inflationsrate) eben **nicht parallel** sich entwickelt, sondern ihm **vorangeht**.

Dieses ist auch gut getarnt, da die Notenbank erst dann an der "Zinsschraube" dreht, nachdem sie "Inflationsgefahren" wittert. Dabei wird zunächst vergessen, dass die ZB dem Zinssatz des Marktes immer folgt. Die Inflationsgefahr kann noch so groß sein, sinken die Zinssätze am Geldmarkt, kann sie ihren "Leitzins" nicht erhöhen. **Denn wer bemüht schon die Notenbank, die 5 % fordert, wenn der Geldmarkt 2 % verlangt?**

Der Zusammenhang ist faktisch klar belegt: Die ZB folgt zum Schluss doch immer dem Geldmarkt und nicht umgekehrt. Zwar kann die Notenbank, als "potestas sui generis" machen, was sie will, und tut auch so, als sei sie Herrin des Geschehens, aber sie kann nicht aus ihrer Haut, die eng geschneidert ist, da sie nur über die "Steuerung" des Kurzfrist-Zinssatzes verfügt.

Denn schlussendlich müssen **verzinsliche** Titel bei ihr hinterlegt werden, von deren Satz sie nur maximal 100 % abschöpfen kann. Nimmt die ZB nur Titel zu 2 % und notieren diese pari, kann sie niemals mehr als 2 % als "Leitzins" verlangen, sonst würden die Titel niemals hinterlegt.

Das Beispiel Japans macht dies völlig klar. Der Staat kann zwar Anleihen zu 1 % in die Banken drücken, aber dann darf der "Satz" zur direkten Refinanzierung dieser Titel bei der BoJ nicht über 1% steigen, weil die Banken sonst das gesetzliche Zahlungsmittel, das der Staat selbst braucht (sonst würde er keine Anleihen begeben) dem Staat nicht "weitergeben" könnten. Bei einem BoJ-Satz > 1% würden sie ihre Lage noch verlustreicher gestalten. Und pleite sind sie eh schon.

Real-Enzyklopädie (28): Macht, Zins, Inflation (II)

Geschrieben von dottore am 04. Juli 2002 10:30:54

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/128531.htm>

Man kann es also drehen und wenden wie man will: Der Staat als Abgabenmonopol-Macht plus Macht auf künftige Zwangsabgaben ziehen zu können plus Monopolgeld-Definierer plus Monopol-Notenbank-Eigentümer hat alles in der Hand. Wären alle Zinssätze auf Null, wäre eine wie auch immer ausgestaltetes Zwangsabgabensystem nicht mehr vorstellbar. Die dann einkommenden Null-Steuern könnten dann nur noch durch **Konfiskationen** bei den Bürgern direkt auf über Null gehoben werden.

Womit wir über ein Naturalabgaben- und dann Eigentumsabgaben-System am Ende im Voll-Sozialismus des 100prozentigen Staatseigentums landen würden. Die viel gerühmte "Re-Privatisierung" von Staatseigentum passt allerliebste ins Bild: Der Staat bedient sich zunächst aus "seinem" Eigentum (Verkauf von Staatsbetrieben usw.) und ist dies weg, muss er sich aus **anderem** Eigentum bedienen. Die "Privatisierung" ist nichts als Augenwischerei. Denn Verstaatlichung und Konfiskation sind die logische Folge. **Es sei denn, der Staat gibt auf.**

Da der deutsche Finanzminister nur noch auf zertrümmertem Eigentum sitzt (ich bitte den Kursverlauf der Telekom zu beachten), ist dieses (bzw. deren "Verkaufserlös") nicht mehr in der Einnahmenseite aufzuführen. Die Steuereinnahmen sind ohnehin gg. Vj. um 6 % gefallen.

Es ist absolut klar, dass alsbald der Ruf nach Steuererhöhungen erschallen wird, quer durch alle Parteien. Und da sich die Ertragsteuern aus naheliegenden Gründen nicht mehr steigern lassen (weder in Summa, da Flaute, noch in Sätzen, da sonst gebrochene Wahlversprechen oder allergrößter Volkszorn) wird wieder mal die *Mehrwertsteuer* der Ausweg sein (ersatz- oder ergänzungsweise eine große Verbrauchsteuer, siehe Ökosteuer schon zur "Finanzierung" der Rentenkassen, weil sich die dort zu erhebenden Zwangsbeiträge nicht mehr steigern lassen, Stichwort "Lohnnebenkosten"). Dies erhöht **zwangsläufig** die Preise.

Quod erat demonstrandum:

Macht → Zwang → Abgaben (Ur-Zins) → Preise.

Weder Zins noch Preise überhaupt (!) sind ohne Macht zu definieren.

Ein "Tauschgut" selbst hat keinen "Preis". Es lässt sich immer nur gegen ein anderes Tauschgut messen und dann vice versa. Der **Preis** selbst ist stets die **Preisdifferenz**. Preise sind nicht zu spüren, sondern nur Preisveränderungen. Gäbe es für eine Menge x stets die gleiche Menge y, die gleiche Menge z, die gleiche Menge a, b, c, usw. käme niemand auf die Idee von **einem** Preis zu sprechen - wie denn? $a = b = c$, usw. $= x = y = z$. Würde aus dieser Endlos-Gleichung (der deutsche Zolltarif allein kennt ca. 2 Millionen "Waren") eine Ware als "Preisware" ausgewürfelt?

Das Wort "Preis" selbst weist uns den Weg: Der Preis ist eben das **Besondere** (Sieger erhält einen Preis o.ä.) und weil bei allen Menschen, zumindest eines Kulturkreises, die selben **Präferenzen** vorausgesetzt werden können, die auch sehr stabil sind (angefangen bei Essen, Wohnen, Trinken) muss es etwas geben, was die "Grenznutzen" der einzelnen Waren untereinander deutlich verschiebt. Dies wiederum kann nur der Zwang bzw. ein veränderter Zwang sein. Erst wenn der Zwang Abgaben, eben "Zins" fordert (absolut unelastische Nachfragekurve!) entsteht für das und aus dem betreffende(n) Abgabengut ein Preis. Preis = Aufpreis also.

Oder noch deutlicher: **Alle Preise sind letztlich nichts als Zinsen**. Der Vorwurf, der "Zinsanteil" in den Preisen sei "schon so hoch" oder "zu hoch" (**Creutz, Xsurvivor** u.a. "Zinskritiker") ist prima facie korrekt, aber nicht zu Ende formuliert. Nähme man den "Zinsanteil" in den Preisen weg (von 40 bis 50% ist gern die Rede), würde so etwas wie ein "Grundpreis" übrig bleiben. Nur: Wie erklärt sich der? Aus "Arbeitseinheiten" etwa.

Dass die Arbeit (als Leistung in Stunden) nicht "auszupreisen" ist, wissen wir nur allzu gut. Ein Preis-Nominal das "eine Arbeitsstunde" hieße, ist Nonsens.

Auch die berühmte "Realkapitalbildung" (zuletzt wieder) kann entweder nur als permanente Akkumulation - **jeder für sich** - verstanden werden oder als etwas, bei dem A einem B hilft. Warum sollte er ihm helfen, wo es doch vorteilhafter für ihn ist, die Akkumulation bei sich selbst voranzutreiben? Siehe den Beginn des Wirtschaftens im Mesopotamien-Beispiel.

Dort gab es keine Arbeits-"Teilung", sondern Arbeits-**Zwang**.

Ein Helfen im Sinne eines "kostenlos" zur Verfügung Stellens **zugunsten** eines anderen hat es nie gegeben. Das Helfen innerhalb von Mini-Gesellschaften (Familie, Stamm, evtl. noch Kleinstsiedlung) war immer nur ein Helfen um "Unterschüsse" untereinander auszugleichen, also um die Mini-Gesellschaft zu stabilisieren, sonst wäre sie ohnehin keine.

Gerät die Minigesellschaft unter **Zwang** (nicht in Not, da diese alle gleichermaßen trifft), muss sie gemeinsam ran und den benötigten, weil von einem **anderen** abgeforderten **Surplus** zu erzielen.

Die Abgabe ist der Abgabenzins. Die Beschaffung des Abgabenzinses in der Form, dass das Abgabengut verliehen und geliehen wird ist die logische Folge:

Solvenz des Schuldners ./.. dessen Liquidität = Abgabengut-Zins. Also der Kontraktzins **auf (!)** den Abgabenzins. Womit wir bei zinsbewehrten und vollstreckbaren (!) Kredit- und Schuldvorgängen wären.

Auf das Risiko des Erst-Gläubigers (Ur-Herrschers und Ober-Vollstreckers) wurde schon hingewiesen: Lässt er zu, dass sich "unter ihm" Doubletten zu seinem Vorgehen entwickeln, noch dazu unter "Missbrauch" seiner Macht (= Vollstreckungshilfe für die "Untertanen" also!), können sich sehr schnell andere "Mächtige" entwickeln und seine Macht gerät ins Wanken.

Das Spiel zwischen Kaisern, Königen, Fürsten, Grafen, dem Adel usw. ist entsprechender historischer Standard, man schaue nur nach England post 1066, Magna Charta, Rosenkrieg, Cromwell und bis heute.

Sobald sich also ein Abgabensystem etabliert hat und damit fängt Geschichte im Sinne von zunächst Mehr-Produktions- und dann "Wirtschafts"-Geschichte immer an, beginnt auch gleich ein "trickle down-Effekt" nach unten.

Gehen wir weit in die Geschichte zurück, finden wir ganz genau die gleiche Lage: Zinssteigerung vor Preissteigerung, bzw. Abgabensteigerung → Preissteigerung und Preissteigerung dabei > Abgabensteigerung. Die Landrenten (Bodenzins, Zwangsabgabe) steigen zwischen 1100 und 1250 von ca. 12 auf 24 Gramm Silber (pro Acker - *verdoppelt*), die Preise für Land selbst von 50 auf 250 Gramm Silber (- *verfünffacht*). Quelle: Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter.

Oder für das Jh. der "großen" Preisrevolution:

"Returns to capital ... leapt *ahead* in some decades of the sixteenth century... rents and land prices rose even more rapidly than food and fuel. One study finds that English rents increased *ninefold* from 1510 to 1640, while grain went up by a factor of *four* and wages barely *doubled*." In Belgien: Faktor elf, in Holstein Faktor 14. Quelle: Fischer, Grat Wave.

Zeitgenössisches Zitat (Hales, "Discourse of the Common Weal"):

"I think it is long of you gentlemen that this dearth is, by reason of you **enhance your lands** to such a height, as men live thereon **must need sell dear again**, or else they were not able to make the rent." (ibid.)

Die Gentlemen waren just jene Grundherren, welche die Abgabenlast als deren Gläubiger erhöhen konnten nach Gusto. Folge: Inflation.

Wilhelm Abel, der unbestreitbar beste Kenner der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Preisgeschichte kommt zu dem Schluss, das sich eben doch kein **Zusammenhang** zwischen Getreidepreisen und der "Geldzirkulation" finden lässt, wie von **Jean Bodin** 1568 behauptet ("Agrarkrisen und Agrarkonjunktur").

Das ist letztlich bis heute so. Das große **Loch** im Monetarismus ist dort zu sehen, wo zwar die "Geldmenge" steigt, aber die Preise stets "verzögert" steigen, wozu dient das Geld wohl in der Zwischenzeit? Der Ausweg über "Kapazitätsauslastung" ist verbaut, denn wo ist das Geld geblieben, das die Kapazitäten errichtete und das nach dem **Sayschen Theorem** immer für Markträumung (Kapazitätsauslastung) sorgen soll (Angebot schafft sich seine eigene Nachfrage)?

Der Ausweg "Hortung" ist verbaut. Denn würde gleich gehortet, wie könnten dann überhaupt Kapazitäten entstehen?

Oder das Loch auch, wo die Preise trotz starkem Geldmengen-Anstieg (Japan!) schließlich überhaupt nicht mehr steigen, sondern fallen.

Oder wo die ZB-Geldsumme sogar **fällt** (letztes Jahr der D-Mark) und die Preise dennoch steigen. Bei Preissteigerungen machen Bargeld-Hortungen wirklich keinen Sinn, zumal verzinsliche Alternativen (sogar "steuerfreie") sperrangelweit offen stehen. Und DM-Bargeld beim Umtausch in Euro, zu dem es kommen musste, "deklariert" werden musste - mit allen Konsequenzen, Steuerfahndung inklusive.

Alle diese Versuche, den Nexus zwischen täglich verfügbarem Geld und täglich verfügbarer Ware zu trennen, sind Krücken, um am Grundproblem vorbei zu humpeln. Auch entsprechende "Heilungsversuche" (Enthortungszwang, Zinssenkungen oder gar -verbote) doktern nur am Symptom herum. Sie fassen die offen zu Tage liegende **Ursache** (den Ur-Sachverhalt) nicht am Kragen: den von der Macht ausgeübten **Zwang**.

Real-Enzyklopädie (28): Macht, Zins, Inflation (III)

Geschrieben von dottore am 04. Juli 2002 10:35:12

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/128533.htm>

Das Ganze sei noch ein Mal an einem simplen Beispiel erklärt: Wir haben Menge Ware A und Menge Ware B. Beide stehen logischerweise in einem über die jeweils auf beiden Seiten am Tag X verfügbare Menge in einem völlig unzweideutigen Zusammenhang. Sagen wir $100 = 100$. Beides "kostet" im jeweils anderen ausgedrückt ganz genau 1.

Außerdem haben wir auf beiden Seiten je 100, welche die Ware halten.

Die Ware B wird nun von einem C per **Zwang** zum Abgabengut erklärt. Sagen wir 50 Gewichtseinheiten davon. Der Zwang ist nichts anderes als eine **zusätzliche** Nachfrage nach dem Gut B, von der bis dahin nichts bekannt war. Jetzt haben wir auf der einen Seite 100 mit 100 Gut A (kein Abgabengut) und auf der anderen 100 mit 50 Gut B (Abgabengut). 50 müssen die 100 für die Macht beiseite legen. Und wir haben **zusätzlich** einen C (= Macht) mit einer **Forderung** auf 50, die er qua Gewalt vollstrecken kann.

Was passiert?

Zwischen den A- und B-Leuten gibt es jetzt weniger von Gut B, das Gut A nachfragen (tauschen) könnte. Nun brauchen aber alle mit Gut A das Gut B ebenso wie alle mit Gut B das Gut A (es wurde durchaus "arbeitsteilig" produziert). Die Nachfrage von den A-Leuten nach Gut B und den B-Leuten nach Gut A hat sich also nicht verändert.

Nun jedoch fehlen den A- sowie den B-Leuten offenbar 50 vom B-Gut. Das ist nicht mehr verfügbar wg. Macht des C.

Es beginnt ein Kampf um die 50 Gut B. Diese bekommt auf ein Mal eine "Rendite", wenn sich A- oder B-Leute finden, die sich die Verzögerung der Nachfrage, die sie per Termin X ausüben wollten, irgendwie *doch* "leisten" können (zuvörderst physisch, daher bis heute die berühmte Zinserklärung als "Konsumverzicht"). Wo Rendite, ist auch Zins. Und schon geht's los...

Variante dazu: A- und B-Leute, Gut A und B. Kein Zins - *wie denn, wo denn, woher denn?*

Die Macht C kennt beides, Gut A, Gut B. Die Macht überlegt, was günstiger wäre, um ihrem Zweck (Macht- und Herrschaftserhalt) zu dienen. Nimmt, was ihr selber passender erscheint (keine Machterhaltungsumwege, Macht marschiert schnurstracks). Erkennt: B ist zum Machterhalt besser geeignet als A. Da sich C bereits auf B stützt, sonst wäre C machtlos, erklärt C das Gut B zur Abgabe (Landfrüchte, Menschen, Metall usw.).

Zur Macht-"Vorhaltung" hat es selber B, da Macht ohne Macht-Vorhaltungsmittel nicht definierbar. Das Macht-Vorhalte-Mittel bietet C selber an, aus der eigenen **macht**-verursachenden und machtkonsequenten Akkumulation. A- und B-Leute fragen es dringend nach. Aber dumm gelaufen. Denn A und B sehen, dass C mehr B angeboten hat, als A und B untereinander bzw. gemeinsam benötigt hatten. Was passiert mit dem "Kurs" (Preis) von B? Er fällt, d.h. er wird gegenüber A wertloser, A steigt also gegenüber B. Was sehen wir?

Inflation von A.

Das Grundmuster findet sich in allen Kulturen und Wirtschaftsformen, noch und noch variiert. Dreh- und Angelpunkt ist stets die **Macht**, nicht irgendwelche "privaten" Bemühungen. Die Macht ist zwar bei der Nachfrage nach dem Abgabengut absolut **preis- und mengenresistent**. Beim Angebot des Gutes, das schließlich wieder "zurück" muss in die "Zirkulation" bzw. diese überhaupt erst startet, einen Alleinverzehrer gibt es eben nicht, ist sie aber **hilflos**.

Wie viel muss der Herrscher geben, um die Macht letztlich überhaupt zu sichern?

Macht ist schließlich nicht bloß Konsum, sondern eben auch Investition. Bezahle ich nur Soldaten oder kaufe ich ihnen auch Waffen? Zahle ich nur Sozialhilfe oder baue ich auch Straßen? **Ein Gleichgewicht lässt sich nicht finden, daher das unentwegte politische Hin und Her**. Mal wollen die Wähler (Macht-Bestimmer aktuell) mehr Geld (Lohnsubventionen), mal mehr Sicherheit (Polizei-Investitionen). Mal mehr Erhaltungs-Subventionen (Bauern, Frankreich aktuell), mal mehr Bildungsinvestitionen (Deutschland aktuell).

Die "Risikoprämie" des Zinses, der zuerst nichts als die simple Abgabe selbst war (Zins = census = Steuer) entpuppt sich jetzt als Risiko der "richtigen Investition" durch die **Macht** bezogen auf das, was er als Census = Zins erhält. Steuergeschenke werden doch nicht als Geschenke verteilt (sonst könnte man den Wähler direkt und offen bestechen, was in allerlei Formen auch passiert, von Kohl über den Kölner Klüngel bis Enron), sondern in der Hoffnung darauf, dass "später" mehr Steuern "zurück gegeben" werden (**Laffer-Kurve**). Wie, wo und wodurch die Macht das macht-immanente Risiko minimieren kann ist – **Politik!**

Eine Risikoprämie für "private" Hergaben als solche ist ein Konstrukt. Eine Null-Risikoprämie ist eben keine. Wir sehen auch hier, dass erst etwas über Null das Null definiert. Weshalb die Null auch so spät "erfunden" wurde und weshalb **Anselm von Canterbury** seinen "Gottesbeweis" aus einer *petitio principii* heraus konstruiert: Gott muss es geben, **weil** es ihn gibt bzw. Gott als etwas, das als "höher" nicht gedacht werden kann, eben existieren muss, weil das Existente "mehr" ist als das nur Gedachte. Korrekterweise hätte er Gott als Differenz zu Null-Gott definieren müssen, was die anderen Gottesbeweise versuchen, die **Kant** sämtlich widerlegt hat.

Auch die Risikoprämie ist eine *petitio principii*. Es gibt Risiko, weil es ein Verleihrisiko gibt. Aber warum gibt es ein Verleihen? Was zwingt den privaten Gläubiger herbei? Er sich selbst, weil er auf Zins hofft? Risikoprämie als diskontierte Hoffnung?

Telekom, Mobilcom, Vivendi, Marconi usw. haben fertig, Risiko = 100 %. Die Risikoprämie, die darunter liegt, ist von 100 % aus, nicht von Null aus zu definieren. Sie liegt nur unter 100 %, weil damit gerechnet wird, dass irgendein *deus ex machina* (Staat, Staatsbürgschaft) die Unternehmen doch noch rettet.

Nur Macht und Zwang lassen daher überhaupt Prämien, Zins und Preis in die Welt. Denn die Macht ist der erste Gläubiger, der erste "Nachfrager". Als **Nickel** im Labor (!) entdeckt wurde, hatte es keinen Preis. Nachdem seine Eigenschaften als Münzmetall erkannt wurden, begann im 19. Jh. die Nickel-Hausse (gemessen in bereits existenten Münzmetallen). Die Macht fragte Nickel nach.

Die **Gogos** mögen noch so klug konstruiert sein: Am dem Tag, da die Macht bei der Allianz erscheint und eine Steuer auf deren Gewinn (= aufsummierte Umlaufgebühr) vor Ort kassieren will, muss sich die Allianz Gogos beschaffen. Neue drucken kann sie nicht, denn der Staat will nicht Papier, sondern etwas, wofür es Leistung gibt (Gogo-Güter). Also muss sich die Allianz die Gogos aus dem außerhalb befindlichen Gogo-Bestand beschaffen. Das geht nur über Zins.

Bis die Allianz aus ihren Erträgen diesen erstatten kann, müssen sich die Gogo-Ländler die ihnen und dem "Kreislauf" jetzt fehlenden Gogos über einen Aufschlag beschaffen. Damit erledigt sich die hoch gepriesene "automatische" Preisstabilität in Gogo-Land von selbst. Die in Gogos nominierten Preise müssen als kalkulierte *Angebotspreise* der Wareneigentümer **steigen** - die Last muss schließlich überwältigt werden. Auf der anderen Seite sind die Gogos nicht mehr im vorherigen Bestand. Die nachgefragten Preise müssen **fallen**, da jetzt Gogos fehlen.

Den Zwingherrn Staat, der Gogos als Zwangsabgaben fordert und kein Staat wird sich das entgehen lassen, selbst zur Zahlung der Umlaufgebühr zu zwingen, damit er **seinerseits** die Gogos ganz fix ausgibt, liefe auf einen **Machtwechsel** (Umsturz) hinaus. Dies ist völlig illusorisch. Man ersetze "Staat" durch "Gogo-Allianz" - ich muss doch bitten! Bei Wörgl war es immerhin noch eine Sub-Macht (die Gemeinde), aber kaum hatte die Ober-Macht (Staat) Wind von der Sache bekommen, war's auch schon vorbei.

An dem, was **Georg Friedrich Knapp** 1905 so schön als "*Staatliche Theorie des Geldes*" des Geldes formuliert hat ("Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung", Popeye erinnerte bereits daran) führt überhaupt kein Weg vorbei. Die "Rechtsordnung" entsteht nicht von selbst, schon gar nicht war sie seit eh und je vorhanden. Die Macht ordnet das Recht. Und Geldrecht war immer Macht-Monopol, da Geldrecht Abgabenrecht ist.

Das Grundgesetz beginnt mit den Grundrechten der Bürger. Rechte gegenüber wem oder was? Die "habeas corpus"-Rechte gegenüber wem oder was? **Macht kann noch so geschickt planiert werden. Am Ende bleibt sie doch der Gipfel, egal wie hoch er ist.**

Wie wär's mit diesen Grundrechten:

Art 1. Über die Schaffung einer Regierung entscheidet die Bevölkerung.

Art 2. Besteuerung findet nicht Statt, es sei denn eine Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung beschließt diese nach Steuerart und Steuerhöhe. Änderungen bedürfen wie auch sämtliche sonstigen Verfassungsänderungen ebenfalls der Zweidrittel-Mehrheit in einer allgemeinen, freien und gleichen Volksabstimmung.

Art 3. Über die Einrichtung eines gesetzlichen Zahlungsmittels und deren konkrete Ausformung entscheidet eine Volksabstimmung mit Zweidrittelmehrheit.

Knapp übrigens dachte beim "gesetzlichen Zahlungsmittel" noch an "gedecktes" alias "Warengeld". **Aber welche Ware "Geld" ist, das bestimmt die Macht.** Wie hätte sie sonst ein warenloses Geld erzwingen können, bis hin zur Perversion, dass inzwischen Schuldtitel, die auf "Nichts" lauten außer auf "gesetzliche Zahlungsmittel" (Klartext: Steuerzahlungsmittel, denn nur Abgaben entstehen per Gesetz, Kaufverträge nie), als Geld "umlaufen" dürfen?

Die Vorstellung, das Wirtschaften sei von einem "Privatgeld" unterlegt (Gold) oder unterlegbar (Gogos) ist ganz einfach falsch. Wir alle haben uns geirrt.

Die Realität ist nicht

Wirtschaften → Geld, Preis und Zins → Macht → Abgaben → weiter Wirtschaften.

Sondern: Macht → Abgaben → Geld → Wirtschaften mit Geld und Preis und Zins.

Real-Enzyklopädie (29): Max Weber, die Juristen und die Macht

Geschrieben von dottore am 14. Juli 2002 12:29:48

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/130464.htm>

[D]er Rang von **Max Weber** (1864 - 1920) für die Soziologie und die Erklärung gesellschaftlicher Prozesse ist allgemein anerkannt und darf hier vorausgesetzt werden bzw. lässt sich im Allgemeinen und Speziellen unschwer mit Hilfe von Standardwerken und Lexika nacharbeiten.

Webers Kapitalismus-Theorie ex **protestantischer Ethik** und damit der Abkehr vom Machtsystem des Feudalismus, ist legendär. Seine Behandlung u.a. der Ideen und Theorien von **Karl Marx** kann als vorurteilsfrei und vorbildlich gelten.

Im Zentrum von Webers Betrachtungen stoßen wir immer wieder auf Herrschaft und Macht. Der Begriff "Herrschaft" überhaupt ist ihm zuzurechnen, er wurde als Gegenstück zum Begriff "Genossenschaft" (Gierke) mit Inhalten erfüllt und diskutiert.

Wie **Werner Sombart** ("Moderner Kapitalismus"), mit dem er gemeinsame Aktivitäten entwickelte, und sich heftig fetzte, galt Weber zunächst als Borderman des mainstreams. Seine Gedanken stießen jedoch mehr und mehr ins Zentrum vor. Sein einschlägiges Hauptwerk "Wirtschaft und Gesellschaft" konnte von ihm nicht zu Ende gebracht werden und wurde, z.T. fehlerhaft, posthum ediert (diverse Auflagen).

Ich nehme an, dass Weber, dem ökonomische Phänomene bestens vertraut war und der in den reichen Schatz der deutschen historischen Schule greifen konnte, bei längerer Beschäftigung mit dem Phänomen "Herrschaft" über Analyse und Darstellung von deren Typologien und Erscheinungsformen (z.B. des **Charismatikers**) nicht nur bei den kulturellen Folgen von Herrschaft stecken geblieben wäre, sondern auch eine ökonomische Theorie der Herrschaft entwickelt hätte, die über die bekannten interaktiven Modelle (beide Seiten wollen letztlich nur das Beste) hinaus gelangt wäre.

Die **Juristen**, auf die Weber zurückgreifen konnten, hatten bereits deutlich sichtbare Schneisen geschlagen und den autoritären Kern der Herrschaft in Sicht gebracht, z.B. **Georg Jellinek**, in seiner "Allgemeine Staatslehre" (2. Aufl. 1905):

"Herrschergewalt ... ist unwiderstehliche Gewalt. Herrschen heißt unbedingt befehlen und Erfüllungszwang ausüben können. Jeder Macht kann sich der Unterworfenen entziehen, nur der Herrschermacht nicht. ... Die mit solcher Macht ausgerüstete Gewalt ist Herrschergewalt und damit Staatsgewalt. Herrschen ist das Kriterium, das die Staatsgewalt von allen anderen Gewalten unterscheidet."

Rudolf von Jhering war schon 1877 noch weiter gegangen ("Der Zweck im Recht"), indem er vom Staat als Inhaber der "Zwangsgewalt" spricht.

Weber akzeptierte diese Vorstellungen, entzog sich der ad nauseam diskutierten Staatsfrage, um beim "faktischen Bestehen" einer herrschaftlichen Befehlsgewalt zu landen, was das Tor zu geschichtlichen Untersuchungen endlich aufstieß (Hanke nennt dies einen "Geniestreich"), durch das er allerdings nicht mehr selber schreiten konnte.

Webers "Herrschaftssoziologie" wird nach wie vor akademisch hochtourig diskutiert. Letztes großes Symposium dazu 2000.

Andreas Anter, Politikwissenschaftler Uni Leipzig, erklärt, dass Weber den zunächst unspezifizierten Monopolbegriff von Herrschaft analytisch definiert und so Gewalt und Zwang in den Staatsbegriff des 20. Jh. transponiert:

"Die Monopolisierung (i.e. von Herrschaft, Gewalt und Zwang) ist ein komplexer Prozess, der mit der Entwicklung in der Ökonomie korrespondiert - auch die ,notale Geldemission ist in allen modernen Staaten ... durch den Staat monopolisiert' (Weber, WuG, 101). Kaum Beachtung schenkt Weber indessen der Rolle des Steuermonopols für die Etablierung und Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols,

(Fußnote von Anter dazu: ‚Er verweist lediglich auf das Steuersystem als Bedingung bürokratischer Verwaltung‘; dazu Hinweis auch auf den hier bereits bestens bekannten **Martin van Creveld**, Aufstieg und Untergang des Staates, 169 ff.)

obwohl beide Monopole einander bedingen:

Erst die Steuern schaffen die materielle Grundlage für das Gewaltmonopol, das wiederum Abgabenmonopol garantiert, so dass der Staat auf beide Schlüsselmonopole angewiesen ist." (Symposium).

Dass wir es hier nicht mit dummem Zeug zu tun haben, ergibt sich u.a. daraus, dass eine der größten akademischen Koryphäen Deutschlands zu Fragen vor allem des. 19. Jh. (Revolutionen, Kaiserreich, usw.) nämlich Prof. Dr. **Wolfgang J. Mommsen** zu den Herausgebern der Symposium-Texte zählte.

Max Weber selbst sieht in der Gewaltsamkeit ausdrücklich etwas "**Urwüchsiges**" (WuG 516). Es kam also nur noch darauf an, diese Ur-Wüchsige aus dem Käfig der Juristerei und Soziologie zu befreien und auf die Wirtschaft los zu lassen.

Die Entwicklung einer Gewalt- und Zwangstheorie der Wirtschaft lag eigentlich schon seit Max Weber in der Luft. Nur hat niemand nach der reifen Frucht gegriffen. Von den mainstreamern der Ökonomie, die ihr Heil in immer absurderen Mathematisierungen suchen, war das kaum zu erwarten.

Aus der **Urgewalt** ("urwüchsig") mit der Urgewalt als Ur-Gläubiger, der dann über Abgabenzwang das Abgabengut beschafft, ist alle weitere wirtschaftliche Entwicklung bis heute zu erklären. Das Abgabengut wird monopolisiert, seine relative Knappheit, gemessen in anderen Gütern schafft Preise. Die Tatsache, dass der Abgabenzwang terminlich fixiert sein muss, um überhaupt ausgeübt werden zu können, führt zu Leihe und Zins.

Der Zins wiederum zur Produktion neuer Güter, die entweder das Abgabengut direkt sind oder Güter, mit deren Hilfe das Abgabengut beschafft werden kann, was das Entstehen von Märkten erklärt. Alles inzwischen oft genug (und wie ich denke widerspruchsfrei) erklärt.

Dass diese Abfolge keine geradlinige Sequenz sein konnte, sondern "krisenhaft" verlief, versteht sich von selbst, da Macht, Gewalt und Zwang zwar eine Konstante in sich darstellen, aber in ihren jeweiligen konkreten Ausformungen höchst schwankend abliefen, worüber die Machtgeschichte (Kriege, "Staatsformen", Revolutionen, usw.) höchst beredt Auskunft gibt.

Machtkrisen sind letztlich immer Machtmonopol-, d.h. Abgabekrisen, die ihrerseits dann über "Geldkrisen" automatisch in "Wirtschaftskrisen" und von dort aus wiederum in weitere Staats- und Machtkrisen münden.

Eine Stabilisierung des Prozesses ist heute weniger denn je in Sicht. Eine Machtbeseitigung ist nicht vorstellbar, Machtwechsel sind es durchaus, die indes nach kurzer Zeit jedoch wieder in dem selben um die Machtkonstante herum schwankenden Prozess münden.

Die aktuelle Machtdiffusion (Maximierung der "Souveränitäten", Übermacht-Wunschvorstellungen wie UNO) und die verzweifelten Versuche von "Gegenmacht"-Bildungen (das reicht von attac-Idealisierungen über Schurkenstaats-Ideen, über Großdemonstrationen und Versuchen das Gewaltmonopol des Heute-Staats zu brechen bis schließlich hin zum Terror) rücken den Wunsch nach einer allgemeinen Pazifizierung ins Reich der Träumereien.

Alle Versuche, das Macht-Problem irgendwo "**weiter hinten**" zu lösen, müssen in Leere führen. Das gilt für den Liberalismus genau so wie für den Sozialismus, die bei einer Macht-Resultante ansetzen, dem Wirtschaften nämlich. Preisdiktate helfen eben so wenig wie Zinsdiktate, von sog. "Geldreformen" ganz zu schweigen. Jeder "Staatseingriff" (Steuern rauf oder runter, Beihilfen rauf oder runter, Angebots- oder Nachfragepolitik, jede Konjunktur- oder Zinspolitik, schlichtweg alles von der Macht Verfügte) **muss** scheitern. Alles nur eine Frage der Zeit.

Wir lassen uns von den "Erfolgen" solcher Maßnahmen blenden und übersehen, dass diese Erfolge nur ephemerer Natur sein können. Was nach dem Auslaufen des "Impulses" kommt, ist ex post automatisch ein Zustand, der schlimmer sein muss als jener ex ante, man verfolge nur die Entwicklung in den USA, die auf eine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise der Extra-Klasse zutreiben, die auch mit weltweiter Macht-Maximierung nicht aufzuhalten sein wird. An den möglichen Fall-out wollen wir lieber gar nicht denken.

Das Ganze müsste komplett aufgearbeitet werden. Dies wiederum ist, da eine konzise Analyse des Monopols Macht, Gewalt und Zwang voraussetzend, machtgefährdend und vice versa für den (die) Analysten kein Zuckerschlecken.

Die Macht ist nicht therapierbar. Sie legt sich nicht auf die Couch und erzählt, warum sie so ist wie sie immer war. Sie wird die Couch verbrennen und den Psychiater in die Anstalt stecken ("Was bilden Sie sich ein!"), danach dem Publikum neue Stories von wegen "Gesellschaftsvertrag" und ähnlichen Gut-Staats-Brainwash aufbinden.

Klar wäre das "mit der Macht" eigentlich schon, einfach ist es jedoch nicht.

Real-Enzyklopädie (30): Der 'Zweck' des Geldes

Geschrieben von dottore am 08. August 2002 12:39:21

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/136973.htm>

[D]a es kaum noch zu interessieren scheint, was denn Geld ist, woher es gekommen ist, ob es als Aktivum oder Passivum durch die Gegend geistert und wie es heute über den ZB-Mechanismus wirkt, sondern viel mehr, was der Zweck des Geldes ist, so lässt sich dieser auch ganz einfach darstellen:

Der **Zweck des Geldes** ist in einer arbeitsteiligen Wirtschaft zweifelsfrei zunächst, eingegangene Kontrakte, die auf Geld lauten, **zu erfüllen**.

Die Arbeitsteilung und ihre unbestreitbaren Vorteile werden seit **Adam Smith** (Wealth of Nations I, 1) leider immer nur unter dem Aspekt der Realwirtschaft gesehen. Dass jede Arbeitsteilung jedoch auf **Kontrakten** basiert, ist der entscheidende Punkt. Je stärker die Arbeitsteilung voran schreitet, desto mehr einzelne Kontrakte, erfüllbar in Geld, müssen vereinbart werden.

Der Zweck des Geldes ist nicht, die Arbeitsteilung voranzutreiben, sondern die sich dabei ergebenden immer tiefer gestaffelten und spezialisierteren Arbeitsverträge in Geld **zu erfüllen**.

Selbst, wenn Geld verschenkt würde, ginge diesem Vorgang ein Schenkungsvertrag voraus, was sich schon daraus ergibt, dass der Schenker einen gesetzlich definierten Rückgabe- bzw. Rückzahlungsanspruch hat.

Auch der augenscheinliche Vorgang, dass mit Geld etwas "eingetauscht" wird, setzt einen Tauschvertrag, Klartext: Kaufvertrag voraus, den beiden Seiten erfüllen müssen. Der Zweck des Geldes ist die Erfüllung des Vertrages, nichts weiter.

Dies gilt für alle "Transaktionen" (Geldher- oder -weitergaben):

Geld hat immer nur den Zweck, einen noch nicht erfüllten Kontrakt zu erfüllen.

Dies gilt selbstverständlich nicht nur in der Waren-, sondern auch in der Finanzsphäre (Aktien, Anleihen usw.).

Es gibt nichts, was Geld als Geld bewirken könnte. Entweder es dient dazu, Kontrakte zu erfüllen oder es ist nicht definierbar.

Sämtliche Vorstellungen, es gebe "zunächst mal" Geld und dann könne sich der Geld-Inhaber entscheiden, was er damit macht, übersehen, dass jedes Geld ausschließlich dazu dient, bereits existente, also noch nicht mit Geld bezahlte Kontrakte zu bedienen.

Daraus resultiert u.a. der Irrtum mit der "Liquiditätsprämie" (Keynes usw.). Sämtliche Kontrakte bedürfen zu ihrer Erfüllung der Liquidität. Werden sie nicht fristgerecht erfüllt, erleidet derjenige, der auf sein Geld wartet, einen Verlust, die derjenige, der die Liquidität hält, nicht als Gewinn bzw. "Prämie" verbuchen kann.

Denn wäre es so, würde jeder, der Liquidität hält, eine Gutschrift in Form zusätzlicher Liquidität erhalten, was erkennbar nicht der Fall ist.

Geld ist also immer bereits "fällig", sobald es existiert. Dass die Fristenkongruenz dabei auseinander klafft, ist selbstverständlich und führt zu den bekannten "Zahlungskrisen", die in immer größerer Intensität auftreten.

Geld kann natürlich auch vom Halter genutzt werden, um zusätzliche Kontrakte abzuschließen und zu bezahlen. Damit sind aber die bereits offenen sonstige Kontrakte nicht erledigt, sondern weiter offen und werden "drückender" für denjenigen, der aktuell Zahlung erwartet, aber nicht erhält.

Geld kann auch zusätzlich geschaffen werden, ob über ZB oder Banken spielt keine Rolle. Aber es kann niemals netto geschaffen werden. An die ZB muss es ebenso zurück (womit es wieder verschwindet) wie an die Bank, womit auf Geld lautende Guthaben der Bank gegenüber allen Inhabern von Geld ebenfalls wieder verschwinden.

Es darf niemals der einzelne Inhaber von Geld mit allen Inhabern von Geld verwechselt werden. Diese Verwechslung ist der Grundirrtum aller ökonomischen Deutungsversuche.

Sub summa sind sämtliche auf Geld lautenden Forderungen immer gleich hoch sämtlichen auf Geld lautenden Schulden. Saldiert ergibt sich immer **Null**. Geben alle ihr Geld an die Banken zurück bzw. gleichen alle ihr Soll gegenüber den Banken aus, ergibt sich bei den Guthaben und Schulden zwangsläufig ein Saldo **Null**.

Danach hätten die Banken sämtliches Bargeld, was sie dann nach Ablauf der ZB-Fristen an diese zurückreichen, womit sich der Saldo zwischen ZB und Banken ebenfalls auf komplett Null stellt.

Nun wird gern zwischen Schuldgeld und Warengeld unterschieden.

Das Schuldgeld besteht auch aus einer Sache, nämlich dem Papier, auf dem das Geld gedruckt ist. Wird etwas mit Geld bezahlt, also ein vorher zwingend bestehender Bezahlungsgrund existiert, geschieht zweierlei:

Einmal wird das Eigentum an dem unverzinslichen Inhaberpapier (Banknote physisch) übertragen. Die ist ein **sachenrechtlicher** Vorgang.

Zum zweiten wird die auf dem Geldschein verbrieft Forderung, die auf die Herausgabe der dem Geldschein bei der ZB zu hinterlegenden Pfand (dieses heute wiederum ein Schuldtitel) zielt, zediert (abgetreten). Das ist ein **schuldrechtlicher** Vorgang.

Dieses ist sofort einsichtig, wenn die Bank, die bei der ZB ein Pfand hinterlegt hat, um an ZB-Geld zu kommen, dieses Pfand gegen die Rückgabe der Banknote wieder erhält.

Beim Warengeld ist es so:

Derjenige, der eine Ware zu Geld erklärt, kann dies nur tun, indem er diese Ware gleichzeitig als eine Ware erklärt, die an ihn als Abgabe zu leisten ist. **Niemand kann Geld zu Geld erklären, wenn er es nicht selbst akzeptiert und zwar, um mit dem Geld jene Forderungen, die er geltend macht (Abgaben), begleichen zu können.**

Es muss daher in diesem Fall immer zuerst ein Forderung aufgebaut werden (ex Besteuerungsrecht), bevor etwas zu dem erklärt werden kann, worin diese Forderung bezahlt oder getilgt werden kann.

Auch dem Warengeld muss also immer eine Forderung vorausgehen, die mit Hilfe dieses (dinglichen) Geldes zum Verschwinden gebracht werden kann.

Gibt es keine Forderung, kann es auch nichts geben, mit dessen Hilfe sie erfüllt werden könnte.

Geld, egal in welcher Form, hat also einzig und allein den Zweck, **Forderungen zu erfüllen.**

Der Staat hat kraft Machtmonopol des Recht, Forderungen aufzustellen und gleichzeitig des Recht, zu erklären, worin diese Forderung erfüllt werden soll (heute: "gesetzliches Zahlungsmittel"). Die Privaten haben sich dem zu unterwerfen, ob es ihnen passt oder nicht.

Wollte jemand Privatgeld schaffen, müsste er zunächst eine Forderung in die Welt setzen, bevor er Privatgeld in die Welt setzen kann.

Die Schaffung von Geld als solchem, mit dem Zweck, damit sozusagen bei Null zu starten, um dann so etwas wie einen "Geldbestand" zu haben, mit dem "gearbeitet" werden könnte, ist ganz und gar unmöglich.

Entweder das private Geld müsste dann zur Begleichung bereits bestehender Forderungen (privater und öffentlicher) verwendet werden, für die aber **bereits vorher** etwas zu Geld erklärt sein muss, in dem sie beglichen werden können. Eine Forderung, die auf nichts lautet, kann es per definitionem nicht geben.

Das worauf die Forderung lautet, ist Geld, wobei es keine Rolle spielt, ob das Geld stoffwerthaltig ist oder nicht.

Oder der private Geldschöpfer ist in der Lage, eine Forderung gegenüber anderen aus dem Hut zu zaubern. Das kann aber ein Privater nicht, weil er niemals Forderungen aus dem Nichts schaffen kann, was nur dem Staat bzw. der Macht vorbehalten ist.

Womit sich der Kreis schließt: **Geld setzt immer Forderungen voraus, und sein Zweck ist es, diese Forderungen zu erfüllen.** Alle privaten Forderungen resultieren aus Verträgen, die abgeschlossen sein müssen, weil sonst nicht gefordert werden kann (weder Waren oder Leistungen auf der einen noch Geld auf der anderen Seite).

Der Zweck des Geldes im "alltäglichen Geschäft" ist dabei, mit Hilfe von Zession (!) desselben diese Verträge zu erfüllen. Damit lassen sich sämtliche privaten Verträge erledigen.

Was jedoch immer offen bleibt, ist die Forderung desjenigen (Staat, Macht), die nicht auf Kontrakt beruht. Es gibt keinen Vertrag, der zwischen Steuerbürger und Staat abgeschlossen wäre und der sich auf eine konkrete Leistung und eine konkrete Gegenleistung bezieht, was private Verträge immer vorsehen.

Der Zweck des Geldes bezogen auf das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, besteht ausschließlich darin, die vom Staat kraft Staatsmacht in die Welt gesetzte Forderung, nämlich die auf Entrichtung von Abgaben zu erfüllen.

Das Geld ist durchaus ein "Geschöpf der Rechtsordnung" (Knapp), aber es handelt sich dabei nicht um eine privatrechtliche Rechtsordnung, sondern um eine **öffentlich-rechtliche**. Der Kern jedes öffentlichen Rechts ist das Machtmonopol, aus diesem abgeleitet das Steuer- und Abgabenmonopol und aus diesem abgeleitet das Geldmonopol.

Der Zweck des Geldes war und ist also, diese drei Ur-Monopole der Macht, zu erhalten.

Man kann es also drehen und wenden wie man will: Geld ist niemals ein Aktivum, es ist auch nicht "neutral", sondern stets, sowohl in Waren- als auch Schuldgeldsystemen ein Passivum.

Geld kann für einzelne einen Zweck haben (Wertaufbewahrung), aber niemals für alle. Denn würden es alle aufbewahren, würden sämtliche auf Geld lautenden Forderungen kollabieren. Geld kann auch kein "Tauschmittel" sein, da es nicht als mehr oder minder stoffwerthaltige Sache getauscht, sondern als Schuldtitel zediert wird.

Sobald Geld erscheint, ist es jemand schuldig. Zwischen dem Zeitpunkt des Erscheinens von Geld und dem Zeitpunkt seiner Rückkehr zum Geld-Emittenten verstreicht zwangsläufig Zeit, da das Geld nicht gleichzeitig emittiert und wieder zurück beordert werden kann.

In diesem Zeitraum findet alles Statt, was private Tätigkeit ausmacht. Doch selbst das großartigste private Treiben kann nicht darüber hinweg täuschen, dass jedes Geld letztlich an den Emittenten zurück kehren muss. In den modernen Schuldgeldsystemen muss nicht nur dieses Geld an den Emittenten zurück, sondern es muss noch zusätzliches, nicht von den Privaten erstellbares Geld an den Emittenten zurück (Notenbank-"Zins").

Keine ZB der Welt lässt sich mit Buchgeldforderungen gegenüber Banken oder Privaten abspeisen! Keine ZB der Welt hält entsprechende Forderungen in ihrer Bilanz. Was die ZB als "Forderungen" gegenüber Kreditinstituten hält (siehe Buba, Position 5 der Aktivseite) sind "Forderungen aus geldpolitischen Operationen", deren Mechanismus hier bereits lang und breit erklärt wurde.

Einen Zweck des Geldes betreffend die ZB gibt es nur als Zweck, der ZB, im Rahmen der üblichen Prolongationen das von ihr geschaffene Geld zurückzureichen und sich bei ihr jenes Geld zusätzlich zu beschaffen, das von ihr aufgrund der "geldpolitischen Operationen" gefordert wird.

Dass eine Ware (Sache), aus der das Geld besteht, gemessen in anderen Sachen einen "Wert" haben kann, ist unerheblich. Dann haben wir einen Zweck der Sache selbst, der sich in nichts von den Zwecken anderer Waren oder Leistungen unterscheidet: entweder sie werden als einem Zwecke dienlich anerkannt oder nicht.

Aus ihrem relativen Zweck als Sache lässt sich kein absoluter Zweck als Geld ableiten.

Real-Enzyklopädie (31): Gemeinschaftsaufgaben

Geschrieben von dottore am 12. August 2002 20:56:16

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/137783.htm>

[O]ffenbar besteht seit dem letzten Beitrag zur Real-Enzyklopädie ein grundsätzlicher Dissens darüber, was "**Gemeinschaft**" ist und was demnach "gemeinschaftliche Aufgaben" sind und was nicht. Dieser Dissens kann rasch beseitigt werden.

In einer Familien- und/oder Sippen-, Stammesgesellschaft ist die Frage, was "Gemeinschaft" und deren Aufgaben sind, unschwer zu beantworten. Gemeinschaft ist der Stamm und gemeinschaftliche Aufgaben sind jene, die der Stamm usw. gemeinsam bewältigen muss. **Dabei findet naturgemäß eine Arbeitsteilung Statt.** Jeder (Mann, Frau, Greis, Kind) tut das, was er nach Kräften am besten kann.

Ein Nichtleistenden im Rahmen der jeweils vorhandenen Fähigkeit findet praktisch nicht Statt, weil jeder ein Interesse daran hat, die alle betreffenden Aufgaben zu bewältigen. Sollten sich einige weigern, was kaum vorstellbar ist, da ihre Verweigerung letztlich sie selbst negativ treffen würde, käme es zu gemeinschaftlichen Sanktionen, wie Ächtung, Verachtung, notfalls Ausschluss aus der Gemeinschaft. Allerdings sind solche Vorgänge höchst selten und nicht wirklich relevant.

Ganz anders dagegen stellt sich die Lage dar, nachdem es zur Bildung von **Privat-Eigentum** gekommen ist. Privateigentümer haben eine völlig andere Interessenlage als Nicht-Eigentümer bzw. als Stammes- oder Familienmitglieder.

Ihre Interessen sind vollständig den Interessen anderer Privateigentümern gegenüber abgegrenzt.

Das "Eigen" steht jetzt im Vordergrund und nicht mehr die "Gemeinschaft". Niemand wird in eine Ecke seines Grundstücks seine leeren Bierdosen werfen, er wirft sie aber ohne jegliche Skrupel aus dem fahrenden Auto in einen "gemeinschaftlichen" Straßengraben. Dieses Phänomen muss nicht weiter erörtert werden.

Privateigentümer haben nur noch eines, das sie "gemeinschaftlich" eint: Nämlich eine Konstruktion zu finden, die ihnen ihr "Eigen" möglichst unangetastet lässt, garantiert und schützt. Dieses bezeichnen sie als "Gemeinschaftsaufgabe", **wiewohl es keine solche ist**, da Eigentum nur durch Nicht-Eigentümer, also durch solche, die nicht der "Gemeinschaft" der Eigentümer angehören, definierbar ist.

Während in einem Stamm alle Stammesmitglieder um ihr gemeinschaftliches Eigentum (Stammesgebiet) notfalls bis zum letzten Mann kämpfen, da sie genau wissen, dass mit dem Verlust des Stammesgebietes ihre eigene Lebensgrundlage verloren ginge, hat der Nicht-Eigentümer in einer Eigentümer-Gesellschaft, die er schließlich definiert und überhaupt erst ermöglicht, keinerlei Interesse daran, was mit dem Eigentum geschieht, das ihm ohnehin nicht zu "eigen" ist.

Weshalb sich zum Beispiel aktuell nirgends auf der Welt irgend jemand für die Privateigentümer in Simbabwe einsetzt (außer den üblichen Dreschern hohler Phasen), um das private Eigentum der Farmer als deren Eigentum zu erhalten.

Somit erleben wir das interessante Phänomen, dass etwas als "Gemeinschaftsaufgabe" bezeichnet und - durch entsprechende Gesetze unterfüttert – durchgesetzt wird, was mit Gemeinschaft nicht das Mindeste zu tun hat, nämlich die Sicherung von Privateigentum, das definitionsgemäß nicht alle gleichermaßen haben können, da es sonst kein "privates" Eigentum wäre, sondern etwas, das ohnehin jeder hat, wie z.B. seine Nase.

Besicherung, Erhalt und Nutzung von Privateigentum wird damit logischerweise **ideologisiert**, wobei jene, die nicht über solches verfügen (Alltägliches wie Zahnbürsten o.ä. ausgenommen), in das gesamte Konstrukt eingebunden werden müssen. Die Ideologisierung von Privateigentum ist eine jener historischen Übungen, auf welche der meiste Scharfsinn und die meiste Kraft aufgewendet wurde.

Das reicht von der "potestas" des römischen "pater familias" über das "Lehensrecht" und das "Gottesgnadentum" bis hin, zu den zahlreichen Konstrukten, die "liberale" Ökonomen zu errichten nicht müde wurden und werden.

Die ganze Mühe hätte man sich von vorneherein sparen können, da die ökonomischen **Vorteile** einer Eigentümergeinschaft unschwer aufzuzeigen sind:

Eigentum führt zur Belastbarkeit desselben, konkret: zu Vorgriffen aus dessen Erträgen, damit Erfüllungs- und Leistungsdruck, zumal diese Vorgriffe über kurz oder lang zinsbewehrt wurden und heute durchgehend sind.

Kein Wirtschafts-"System" steht stärker unter Leistungsdruck als eine Privateigentümergeinschaft, was ohne weiteres aus ihren sensationellen wirtschaftlichen Erfolgen abzulesen ist.

Gunnar Heinsohn hatte zu Recht das Beispiel der beiden völlig zerstörten Städte Dresden und Hiroshima gebracht:

Das unter dem sozialistischen System (= Nicht- oder Kaum-Eigentümer-Gesellschaft) dahin vegetierende **Dresden** im Vergleich zu der unter dem kapitalistischen System (= Eigentümer-Gesellschaft) prosperierenden und blühenden Metropole **Hiroshima**.

In der Privateigentümer-Gesellschaft können die Nichteigentümer mit der Aussicht auf jenes "Wachstum" der Wirtschaft abgespeist werden, das sich automatisch ergeben **muss**, und an dem sie je nach "Wirtschaftssystem" anteilig beteiligt sind: in sogenannten "freien" Wirtschaftssystemen logischerweise am meisten.

Der Nicht-Eigentümer genießt also die Segnungen (anteilig, je nach gewähltem Verteilungsmodell) der Eigentümer-Gesellschaft und gewinnt dadurch die Überzeugung, dass alles, was die Eigentümergeinschaft sichert und somit auf dem Wege über den bekannten Schulden- und Leistungsdruck vorwärts treibt, eine "**Gemeinschaftsaufgabe**" sei.

Dies ist allerdings leider eine Illusion, die mit Zeitablauf automatisch endet. Sie platzt spätestens dann, wenn die Eigentümergeinschaft ihre **Vorgriffe** auf das nur mit Hilfe von Eigentum (Kapital) erstellbare zusätzliche BIP-Versprechen nicht mehr erfüllen kann, weil die realwirtschaftliche Erfüllung der Versprechen, um die allein es geht (= Steigerung des Lebensstandards) nicht mehr möglich ist, da sich wiederum die Erstellung zusätzlichen BIPs nur noch in Form weiterer und noch höherer, noch später zu erfüllender Leistungsversprechen (= Hochbuchen) erschöpft und letztlich tot läuft.

Über die bekannten Folgen von Hochbuchungssystemen hatte ich bereits ausführlichst geschrieben, wobei vor allem an die Verwechslung von versprochenem und geleisteten BIP erinnert werden darf sowie an die Tatsache, dass mit der Hochbuchung automatisch Leistungen ("Zinseinkünfte") simuliert werden, denen keinerlei reales BIP gegenüber steht, so dass die Zinsen selbst (als in Geld ausgedrückt) nicht real abzufordern sind, was zu weiterer Hochbuchung führt.

Es ist demnach ganz und gar unzulässig, Phänomene von Stammeswirtschaften ("Gemeinschaftsaufgaben") in arbeitsteilige Geldwirtschaften, die letztlich auf die Teilung in Kapital (Eigentum) und Nicht-Kapital (Nicht-Eigentum außer von sich selbst) zu transponieren.

Dort haben sie absolut nichts zu suchen und entsprechende Erwartungen auf "Erträge" aus Gemeinschaftsaufgaben können darob nur enttäuscht werden.

Diese Enttäuschung tritt nach den Regeln der Finanzmathematik zwangsläufig ein, da die Versprechen auf BIP immer schneller und weiter enteilen als jemals BIP selbst als über Märkte realisiert erstellt werden kann.

In den sog. "**modernen**" **Demokratien**, die sich als Konkurrenz von Hochbuchungsparteien entpuppen, die ihre Hochbuchungen nur möglichst geschickt zu tarnen wissen (siehe aktuelle "Politik"-Vorschläge der deutschen Regierung und der deutschen Opposition) trifft diese Enttäuschung umso heftiger ein, je länger diese "Demokratien" andauern.

Der Bürger wird nach einer Zeit des Hin- und Herschwanken zwischen Regierung und Opposition (man denke an die sich ruckartig verändernden Verhalten des Elektors, wie gerade in Frankreich) des immer gleichen Spiels müde ("Politikverdrossenheit").

Nachdem er bemerkt hat, dass es auf Dauer absolut egal ist, ob er die Regierung belässt oder sie ändert, wird er nicht etwas nach einer anderen oder gar "neuen" Partei verlangen (Berlusconis Forza), sondern nach einem anderen **System**.

Da ihm dies nicht angeboten wird, geht es also um die wirklich interessante Frage, was die Massen unternehmen werden, sobald ihnen, z.B. in einer Großen (und logischerweise durch nichts an Herkömmlichen mehr heilbaren) Krise unternehmen werden.

Die Zeit, in der wir leben, ist ungemein interessant.

Denn es ist das erste Mal in der Geschichte, dass alles, was als "Alternative" dienen könnte, bereits als Alternative gedient - und ebenfalls abgewirtschaftet - hat.

Real-Enzyklopädie (32): Das Märchen vom 'Zins'

Geschrieben von dottore am 19. August 2002 13:50:18

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/138878.htm>

Sidney Homer beginnt seinen Klassiker zur Zinsgeschichte mit dem Passus:

"In historical times credit preceded the coining of money by over two thousand years ... old Sumerian documents, circa 3000 B.C., reveal a systematic use of credit... Often these loans carried interest."

Er unterscheidet dann drei Formen von "transactions":

Geschenke ("no repayments expected"), "loans if repayment is expected, and loans at interest if the repayment of a certain amount more than was loaned is expected."

Wir haben nun zu fragen, wie es zu loans mit "interest" oder "more than was loaned" (Zins) gekommen ist.

Da uns selbst der ungemein belesene Homer bei Beantwortung dieser Frage im Sich lässt, müssen wir das selbst enträtseln.

Zunächst einmal geschehen sämtliche ersten transactions "in kind", d.h. es handelt sich um reine **Warentransaktionen**. Wird repayment erwartet, muss über diese Transaktionen ein Dokument ausgefertigt sein, was bei Geschenken entfällt. Mit Hilfe dieses Dokuments kann bei Fälligkeit die "loan" zurück gefordert werden.

Warum gibt es nun loans **mit** und **ohne** Zins?

Die Antwort ist verblüffend einfach:

Der Zins ist kein Attribut der loan selbst, sondern er entsteht aus dem Dokument, sobald dieses vor Fälligkeit der Ware in die Ware verwandelt ("kind") werden soll.

Nehmen wir den einfachen Fall einer "transaction": A beschafft sich mit Hilfe der Ware X (nach Menge oder Gewicht) bei B einen Betrag (nach Menge oder Gewicht) der Ware Y.

Sagen wir 10 Einheiten Ware X verschaffen ihm 10 Einheiten der Ware Y.

Die Ware Y liefert B sofort, A muss die Ware X nach einem Jahr liefern. Damit steht die Ware A in einer eindeutigen Relation zur Ware B, nämlich 10 zu 10. Das ist der gegenseitige **Preis**.

Von einem Zins ist nirgends etwas zu entdecken.

Will nun B die Ware X, die ihm A schuldet, **früher** als zur Fälligkeit zur Verfügung haben, muss er mit Hilfe des Dokumentes auf Lieferung der Ware X versuchen, an die Ware X vor deren Fälligkeit zu kommen. A liefert sie ihm erst nach einem Jahr, wie es der Kontrakt vorsieht. (Vereinbarter Zeitraum spielt natürlich keine Rolle).

Aber es könnte sich ein C finden, der die Ware X schon vorher liefert, um sie sich dann wiederum bei Fälligkeit bei A zu beschaffen.

Da C selbst nichts mit der Transaktion zwischen A und B zu tun hat, wird er sich die Vorerfüllung des Vertrages, welcher die Transaktion A/B dokumentiert, entgelten lassen, da es für ihn keinen ersichtlichen Grund gibt, anstelle von A an B in vollem Umfang zu leisten und dies obendrein früher als A an B tun muss.

Das Entgelt für die Vorleistung kann nur in etwas bestehen, was B zu erhalten hat und was A liefern muss. C wird also an B weniger als das leisten, was A später in vollem Umfang zu leisten hat. Er wird also statt 10 nur 8 liefern bzw. leisten, je nachdem, wann er an B leistet.

C hat nun das Dokument, das A zur Leistung verpflichtet. Es hat ihn nur 8 Waren gekostet und bringt ihm bei Vertragserfüllung durch A die 10, die A nach wie vor liefern muss.

Jetzt ist der Zins in der Welt. Nämlich $10 \text{ minus } 8 \text{ bezogen auf } 8 = 25 \%$.
Oder von oben gerechnet = 20% .

Der Zins bedeutet aber nicht, dass A mehr als die mit B vereinbarten 10 liefern muss.

Der Zins kann also niemals durch den ersten Kontrakt zwischen zwei Transaktions-Partnern entstehen, sondern erst dann, wenn ein **Dritter** einen noch nicht gelieferten, weil noch nicht fälligen Teil der Transaktion früher liefert als derjenige, der ihn zu einem späteren Termin liefern muss.

Insgesamt liefert keiner mehr. Denn A liefert nach wie vor 10, diese jetzt an C. Der C hatte an B bereits 8 geliefert, diese nur früher als A. C ersetzt seine 8, die an B gegangen sind. Die 2, die er von A bekommt, muss er nicht mehr selbst erstellen, da er sie bei Fälligkeit von A bekommt. Wir haben also nur eine (zeitliche) Umverteilung der Leistung des A. Sie sollte ursprünglich in Höhe von 10 an B gehen. Mehr als die 10 von A werden nicht produziert.

Dass C schneller gewirtschaftet haben muss, ist klar. Da er aber **nicht im Voraus wissen kann**, ob B früher (und dann weniger) Waren des A benötigt, kann er auch nicht wissen, ob sein schnelleres Wirtschaften überhaupt einen Sinn macht. Wird der A / B-Kontrakt termingemäß abgewickelt, behält C seine 8 Einheiten und kann sie auf Halde nehmen und die Halde seinerseits durch Eigenverbrauch langsam wieder abtragen.

Aus einer Mehrproduktion allein erfolgt gar nichts - außer der Mehrproduktion. **Das auf Halde Liegende ("Kapital") führt nicht deshalb zu einem Zins ("Kapitalzins"), weil es auf Halde liegt.**

Alle Zinserklärungen, die auf eine "natürliche" Kapitalrendite abstellen, gehen automatisch ins Leere. Weder das Kapital noch das mit seiner Hilfe erstellte Produkt (Vorrat, Halde) kann sich selbst oder aus sich heraus jemals verzinsen.

Nehmen wir als weiteren Beleg für die Zinsentstehung den **Wechsel**. Es gibt Unmengen von Wechseln, in denen ganz genau festgehalten wurde, wann der Wechselschuldner wie viel zu leisten hat. **Einen Zinssatz wird man auf diesen Dokumenten vergeblich suchen. Es gibt ihn nicht!**

Der Wechsel kann allerdings diskontiert werden, d.h. der Gläubiger kann bei einem Dritten oder Vierten mit Hilfe des Wechsels die auf dem Wechsel verbrieftete Summe früher kassieren, als auf dem Wechsel selbst festgeschrieben. Dafür muss er allerdings ein Abgeld, eben den **Diskont** in Kauf nehmen.

Der Wechsel kann, sofern Banken oder Zentralbanken existieren, sogar noch ein Mal diskontiert werden, indem er an die Zentralbank eingereicht wird, was zum bekannten **Re-Diskont** führt, also einem weiteren Abgeld.

Damit ist völlig klar, dass es einen Zins als solchen ebenfalls überhaupt nicht gibt.

Der "Zins" entsteht erst, wenn ein bestimmter Kontrakt, der Leistung und Gegenleistung, bei klar festgeschriebenen Terminen auf beiden Seiten festlegt und damit den jeweiligen Preis von Leistung (in Gegenleistung) und von Gegenleistung (in Leistung) ebenfalls festlegt, von einer nicht an dem Kontrakt beteiligten Partei vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin erfüllt wird.

Alle Vorstellungen von einem "Urzins" oder einem "natürlichen Zins", einer "natürlichen Rendite", "Kapitalrendite" und Ähnlichem sind purer Unsinn.

Weder ist der Zins in einer Wirtschaft "eingebaut", noch bedarf es zum Wirtschaften eines Zinses. Es gibt auch keine "Zinssysteme", die quasi ein Konstruktionsfehler oder Systemfehler wären wie immer wieder in diversen Foren behauptet wird.

Auf diesen Unsinn sind sämtliche Zins-"Theoretiker" oder Zins-"Kritiker", angefangen bei **Aristoteles** hereingefallen.

Selbst der in Zinsfragen durchaus bewanderte **Eugen von Böhm-Bawerk** ("Kapital und Kapitalzins" Bd. I, II, 1884/89) ist dem Problem nur ausgewichen, indem er behauptet, der Zinssatz würde mit dem kulturellen Niveau einer Nation fallen, ohne freilich mitzuteilen, was den das "kulturelle Niveau" eigentlich sein soll.

Auch teilt er nicht mit, wohin denn der Zinssatz überhaupt fallen könne (zu seiner Zeit lag er zwischen 2,5 und 3,5 Prozent), falls sich das kulturelle Niveau steigern sollte, was aufgrund der in den ca. 110 Jahren seit seiner Publikation zweifellos der Fall gewesen ist (Homer spricht wohlwollend interpretierend von "technological level" und "financial strenght"), wobei der Zinssatz sich aber im Trend deutlich erhöht und nicht etwa gesenkt hat.

Solche Zinstheorien führen also nicht wirklich weiter. Es muss ein neuer Ansatz versucht werden.

Was wir zunächst als "Zins" (census) haben, ist nichts anderes als eine **Zwangsabgabe** eines Machtinhabers. Diese wird zu einem bestimmten, vorab festgelegten Termin eingefordert. Ist das Abgabengut (Zins), dann nicht vorhanden, eben weil sie erst später vom Abgabenschuldner zu erstellen gewesen wäre, wird der Abgabenschuldner ein Dokument ausfertigen, aus dem heraus er zur Leistung zu verpflichten ist.

Mit Hilfe dieses Dokuments kann er sich dann, entsprechende Solvenz (also Leistungserstellungskraft vorausgesetzt) zu dem früheren Fälligkeitstermin die Leistung beschaffen, die er selbst erst später erbringen kann.

Zum späteren Termin, zu dem er das Gut erstellt hat, was früher abzuliefern ist, muss er logischerweise demjenigen, der ihm das Abgabengut zum Abgabetermin zur Verfügung stellt, in genau derselben Art und Weise mehr liefern, wie er im oben dargestellten Beispiel mehr liefern muss.

Dabei muss das oben gebrachte Beispiel als zeitlich dem Abgabenzwang folgen, da erst der Abgabenzwang das Tor zur Diskontierung öffnet. Wer eine Leistung freiwillig vereinbart und mit der entsprechenden Gegenleistung freiwillig einverstanden ist, steht a priori nicht unter Diskontierungszwang, da er ganz genau weiß, wann die Gegenleistung bei ihm eintrifft.

Hätte er sie vorher benötigt, hätte er **von vorneherein** einen früheren Gegenleistungstermin vereinbart. Er hätte damit unschwer vermeiden können, dass ihm das von ihm erstrebte Gut nur zum Teil (da diskontiert) zur Verfügung gestellt würde.

Die Vorstellung, dass wir es in der früheren Geschichte mit Leuten zu tun gehabt hätten, die nicht gewusst hätte, wie viel und was und wann sie es benötigen, also Kontrakte auf "**gut Glück**" abgeschlossen hätten, ist schlicht abwegig. Niemand entledigt sich eines Gutes, ohne sich über den Termin der Anlieferung des Gegengutes im Klaren zu sein und sich dies entsprechend verbrieft zu lassen.

Wer dies annimmt, unterstellt denen, die jemals gewirtschaftet, also mit Hilfe von Kontrakten gearbeitet haben, ein Haufen von Idioten oder Spielern gewesen zu sein, denen jegliche Erfahrung und jedes Gespür für wirtschaftliche Abläufe gefehlt hätte.

Sie wirtschafteten selbstverständlich ganz genau so, wie es heute auch geschieht, jedenfalls, was ihre eigene wirtschaftliche Existenz anging. Dabei hat selbstverständlich der **Zins**, weil vollstreckbar, eine völlig andere Funktion als der **Gewinn** auf das Kapital. Dies hatten Heinsohn / Steiger in den völlig richtigen Satz gekleidet (Geldnote, Anleihe und Aktie, 2000):

"Das bei Aktienaussgabe eingehende Geld muss weder zurück gezahlt, noch verzinst, noch müssen dafür Sicherheiten gestellt werden."

Kehren wir nun zum Abgabenschuldner zurück, finden wir ihn als Schuldner, der in jedem Fall leisten muss, obwohl er dies weder der Höhe noch dem Termin nach freiwillig vereinbart hatte. Der Abgabenschuldner, der (noch) nicht leisten kann, muss zur Beschaffung des Abgabengutes einen Schuldtitel ausstellen, der, beispielsweise, ein Jahr nach Abgabetermin die Leistung 10 verbrieft, zum Abgabetermin aber entsprechend diskontiert ist (nämlich auf 8). Damit kann er dann die auf 8 lautende Abgabe termingerecht leisten.

Daraus ergibt sich nun:

Erstens: Einen A-priori-Zins ("Urzins" usw.) gibt es nicht.

Zweitens: Die Diskontierung (teilweise Voraberrfüllung) einer Schuld kann möglich sein. Einen Zwang dazu gibt es nicht. Der Eintritt eines Diskontierers ist absolut freiwillig. Ein Diskontierer kann auftreten oder auch nicht. Der Diskontierer kann nicht zum Diskont zwingen. Der ein Papier zum Diskont anbietende kann ebenfalls keinen Diskontierer herbeizwingen. Das Papier wird dann, wie von den Vertragsparteien vorab freiwillig vereinbart termingemäß erfüllt. (Oder es platzt, woraufhin dann in das Vermögen des Schuldners, mit dem das Papier besichert war, vollstreckt wird).

Drittens: Bei Zwangsabgaben ist zunächst nur die Abgabe termingemäß zu leisten. Die Zwangsabgabe ist der Zins (census). Zwangsabgaben beruhen nicht auf einem zwischen Abgabensforderer und Abgabensleister freiwillig vereinbarten Kontrakt. Die Besicherung der Zwangsabgabe ist das Eigentum des Abgabenschuldners bezogen auf Sachen (Grund und Boden usw.), aber auch Menschen.

Viertens: Da die Abgabe seitens des Abgabenschuldners unfreiwillig geschieht, kann er zur Leistung gezwungen werden (= Surplus-Erstellung), die seine aktuelle Leistungsfähigkeit übersteigt. Um die Folgen der Nichtleistung zu vermeiden (Vermögens- und Eigentumsverlust), kann er versuchen, sich mit Hilfe eines Versprechens auf spätere Leistung und eines diese Leistung verbriefenden Papiers bei anderen die Abgabe zum Abgabetermin zu beschaffen.

Fünftens: Aus privater Vereinbarung kann sich kein Zins entwickeln, da der zur Leistung Verpflichtete niemals mehr leisten muss, als er vorab freiwillig vereinbart hatte. Das Erbringen einer freiwilligen Leistung, die einer freiwilligen Gegenleistung entspricht kann niemals einen Zins enthalten, da insgesamt (von allen Beteiligten) nicht mehr geleistet wird als vereinbart wurde.

Sechstens: Die Entstehung des Zinses ist untrennbar mit dem Entstehen von Macht und Herrschaft verbunden, weil nur Macht und Herrschaft Leistungen erzwingen können, welche die freiwillig geplanten Leistungserbringungen übersteigen.

Siebtens: Der Zins kann sich nur auf die Vorab-Beschaffung des Abgabengutes beziehen, dessen Terminsetzung willkürlich und ohne Vorab-Zustimmung des Abgabenschuldners erfolgt.

Achtens: Der Zins ist ein Bastard der Macht und hat mit einem Wirtschaften auf freiwilliger Basis überhaupt nichts zu tun.

Neuntens: Sobald sich Macht und Zins (erst als Abgabe selbst, dann als Möglichkeit, terminlich nicht zu leistende Abgaben durch Versprechen auf zusätzliche Leistungen zu leisten, die auf den Abgabenzzeitpunkt diskontiert werden) etabliert haben, beginnt jene "**wirtschaftliche Dynamik**" von Geld (Abgabengut) und Zins (Abgabengut-Beschaffungs-Mittel), die sich über Schwankungen in der Geschichte bis zur heutigen Form entwickelt hat.

Zehntens: Beim Wegfall der Erst-Ursache von Geld und Zins (heute: Staat, der weltweit per Bankrott abgeht) wird sich die wirtschaftliche Entwicklung wieder ent-dynamisieren, bis sämtliche zinsbewehrten privaten Kontrakte die auf das Zwangsabgabemittel Geld (= "gesetzliches Zahlungsmittel") lauten, abgewickelt sind. Danach tritt wieder der Zustand der freiwilligen Transaktionen ein, die keinerlei Zins und Geld mehr kennen, da sie beides in keiner Weise benötigen.

III. Verschiedene Beiträge aus der Sammlung

Geld, Kredit, etwas Meta-Physik - Gedanken zum Wochenende (plus Vorschlag)

Geschrieben von dottore am 15. Juni 2001 15:17:11

<http://www.dasgelbeforum.net/30434/messages/67112.htm>

[D]er Mensch sucht Sicherheit in einer unsicheren Welt. Vertrauen in einer ihm nicht vertrauten Umgebung. Er will etwas, auf das er sich verlassen kann. Er möchte, dass die Zukunft in etwa so abläuft wie die ihm schon geläufige unmittelbare Vergangenheit und die ihm bekannte Gegenwart.

Ungern nimmt er zur Kenntnis, das es derlei niemals geben kann.

Daher nimmt er Zuflucht zu Konstruktionen und Gedanken, die ihm Sicherheit, Vertrauen und Verlass verheißen. Ein Gefühl, dass er auch damit scheitern muss, wäre ihm schier unerträglich.

In der Geschichte nahm er gern das Angebot von Göttern, Halbgöttern, schließlich sogar von Diesseitigen an, die ihm Schutz und Hilfe versprochen, die ihm Land gelobten, die ihm Heil und Heilung offerierten und ein gutes, erfülltes sorgenfreies Leben in Aussicht stellten, wenn er sich nur an Gebote und Verbote hielt.

Diese Suche nach etwas Sicherem und Festen können wir in der **Ökonomie**, was nichts anderes bedeutet, als eine Handweisung zu sein zu einem Sorglos-Leben, heute in vielerlei Gestalt beobachten:

Der Arbeitnehmer weiß, dass ihm geholfen wird („soziales Netz“), wenn er aus seiner Arbeit fällt. Er denkt nicht sehr darüber nach, woher die Mittel kommen, ihm Unterhalt zu geben.

Der Unternehmer weiß, dass er nur groß genug sein muss, um subventioniert zu werden. Er denkt nicht darüber nach, dass die „Mittel“, die ihm dann zufließen, in der Regel nichts anderes sind, als das Umbuchen seiner Verbindlichkeiten auf größere Konten, z.B. das des Staates.

Der Rentner weiß, dass ihm wenigstens irgendeine Rente zustehen wird. Er denkt nicht darüber nach, das es nicht „sein“ Geld ist, das ihm über die Rentenzahlung zurückgegeben wird, sondern jenes, das andere zeitgleich verdienen. Er weiß nicht, dass es keine Rente geben wird, wenn diese Einzahlungen versiegen oder auch nur, dass sie sinken, wenn die Nettolöhne einmal sinken sollten.

Der Beamte weiß sich unkündbar und er vertraut darauf, dass der Staat für ihn auch im Alter sorgen wird. Er denkt nicht darüber nach, wie dies der Staat wohl anstellen soll, wenn ihm die Mittel dazu fehlen, die er nur erhalten kann, wenn der Prozess des Wirtschaftens sich rätselhaft aus sich selber erwachsend – immer fortgesetzt wird.

Jeder ist von der positiven Fortsetzung des wirtschaftlichen Prozesses abhängig. Niemand aber hinterfragt ernsthaft, wie es denn zur positiven Fortsetzung des wirtschaftlichen Ablaufs überhaupt kommen kann. Oder: **Warum überhaupt gewirtschaftet wird und nicht vielmehr nicht.**

Hinweise auf „technischen Fortschritt“, „wirtschaftliche Dynamik“, „neue Märkte“, „Osterweiterung“, „Gewinnstreben“, „Leistungsbereitschaft“, „positives Denken“ usw. sind ihm genug.

Es wäre dem Menschen unerträglich, zu erfahren, dass dies alles Worthülsen sind ohne jegliche Bedeutung in dem Sinne, dass sich als gesichert erkannte Ursachen auch zu nicht minder gesicherten Ergebnissen führen.

Ein besonderes Beispiel für das Sich-Keine-Weiteren-Gedanken-Machen ist das Phänomen „**Geld**“. Da es eine große Rolle spielt, wie jeder weiß, wünscht man sich ein Geld, das seinerseits kein Risiko darstellt. So konnte es in den USA (und vielfach anderswo) geschehen, dass die Menschen mit einem Geld umgehen, das sich direkt oder indirekt auf ein Bargeld stützt, das seinerseits gegen Schulden der öffentlichen Hand ausgegeben wird.

Der Staat gilt als sicherer Hort und die Tatsache, dass die Staatsschulden ihrerseits eines Tages in der Zukunft von denen bezahlt werden müssen, die dann im Staatsgebiet leben, kümmert diejenigen, die in der Gegenwart in diesem Staatsgebiet leben, wenig.

Ihre Sicherheit ist die Zukunft, die schon alles richten wird, denn wer wollte an dem positiven Charakter der Zukunft zweifeln?

Ein Geld zu haben, das – wie das heutige – unsicher wäre, weil niemand wissen kann, ob die dem Geld letztlich zu Grunde liegenden Forderungen auch in Form von zusätzlichem Sozialprodukt (nicht angebotenen, sondern realisiertem !) eines Tages in Erscheinung treten, wäre eine höchst unerquickliche Vorstellung.

Die Menschen lauschen daher lieber Vorstellungen vom Geld als einer bereits existenten **konkreten Sache**. Denn mit Sachen umzugehen, kennen sie aus ihrem Alltag. Aber mit Forderungen, einem Diskont der Zukunft also, lebt es sich schlecht.

Daher ist ihnen die Vorstellung von einer „**Geldmenge**“ so überaus angenehm. Eine „Menge“ suggeriert etwas sachlich und konkret Vorhandenes. Auch ist es wohliger, sich ein Geld als „Ware“ vorzustellen, denn bei einer Ware ist das Schlimme, nämlich der Übergang vom Noch-Nicht zum Schon bereits erfolgt.

Gold (unsere Gold-Fraktion!) und die Sehnsucht nach der Wiederkehr einer Goldwährung gehört dahin (R.Deutsch). Auch die Idee des „**Vollgeldes**“, die hier von teddy vorgestellt wurde und die Idee eines „**Freigeldes**“ mit Warencharakter nicht minder, damit es unschwer (obendrein „umlaufgesichert“ und „preisstabil“ – man beachte die Fang-Worte „sicher“ und „stabil“!) in andere Waren getauscht werden kann (Oldy).

Die Suche nach „Patentlösungen“ in puncto Geld wird niemals enden. Und alle Suche läuft letztlich darauf hinaus, dass es doch etwas Endgültiges, etwas Verlässliches geben müsste, was man nur zu finden braucht.

Die Vorstellung, dass alles Geld immer nur eine **Forderung** ist und sein kann (egal, wie geschickt verpackt) und im heutigen „Kreditgeldsystem“ ganz unverblümt mit dem Hinweis auch darauf daher kommt, dass letztlich alles Geldliche immer nur Kredite sind, die sich auf früheren Krediten auftürmen (liated bucht uns das immer perfekt vor) und daher *mit völliger Unsicherheit auf den Fortgang dieser Forderung behaftet ist*, kann einfach nicht akzeptabel sein.

Daher wird die Vorstellung einer unendlichen Kette von Krediten, die Wirtschaften in der Vergangenheit gewesen ist und sich über den Kurzpunkt „Gegenwart“ in die Zukunft fortsetzen muss, soll nicht alles bis zurück zum langfristigen aller Kredite dergestalt zu Schanden werden, dass alle Kredite in strenger Reihenfolge ihrer Fristigkeit auf Null enden (ohne jemals erfüllt zu sein), als inakzeptabel abgetan und der Einfachheit halber als „abstrus“ und „märchenhaft“ oder auch „debil“ (franco) diskreditiert.

Eine solche Vorstellung muss ganz einfach falsch sein, da die **Folgen**, die sich aus dieser Vorstellung ergeben, unter keinen Umständen eintreten dürfen. Die Vorstellung der Folgen wird verdrängt, und um dies zu bewerkstelligen, muss man nur die Vorstellung darüber negieren, das es so sein könnte wie es ist.

Die Monetaristen kommen dem entgegen, indem sie alles Unbill auszuschließen versprechen, wenn man nur die Geldmenge richtig steuere, wie der erfahrene Kapitän sein Schiff richtig zu steuern weiß (Friedman vor allem, wie hier oft genug gepostet).

Die Goldbugs (sorry, Jan!) klammern sich an eine Ware, wissend, dass sie übrig bleiben wird, egal ob Kreditketten reißen oder nicht. Sie übersehen allerdings, dass ein „Preis“ für ihre Ware letztlich nur realisierbar sein wird, wenn die Kredite nicht reißen und es immer ein auf diesen Krediten basierendes „Geld“ geben wird.

Die Vollgeld-Leute versuchen das Problem mit einem Hieb zu lösen, indem sie das Geld, das immer auf Kredit basiert, in eine Ware verwandeln wollen. Die Freigeld-Leute versuchen etwas Ähnliches, und alle geben vor, dass es beim Wirtschaften um ein Tauschen geht und nicht um die Erfüllung früherer Kontrakte.

Tauschen ist etwas Reales, hat mit bereits Vorhandenem zu tun und lässt Spielraum und suggeriert Freiwilligkeit. Schon beim Wort „Tausch“ stellt sich ein wohliges Gefühl ein. Niemand scheint zum Tausch gezwungen. Das Leben ist schön.

Das Erfüllen von Kontrakten ist etwas Unschönes. Es verheißt Anstrengung, der zur Erfüllung Gezwungene muss sich ganz genau nach dem richten, was sein Gegenüber am Markt von ihm verlangt (siehe Debitismus). Und da er immer unter Zeitdruck steht, schließlich gibt es Fristigkeiten, verschlimmert sich noch seine Lage.

Unter Druck zu stehen, was dem heutigen System des Türmens von Kredit auf Kredit, ureigentümlich ist, gilt als „mensenverachtend“ als „unmenschlich“. Dieser grandiose „Systemfehler“ muss also beseitigt werden.

Er lässt sich aber nicht beseitigen, es sei denn, das Geldsystem wird vollständig verdinglicht (der Traum vom „Warengeld“), doch dann erhebt sich die ganz große Frage: Was machen wir mit dem, was bisher schon geschehen ist?

Nicht als ein Geschehen im Reich der **Sachen** selbst (die also existieren), sondern im inzwischen ins Endlose abtaumelnden Reiche des **Versprechens von Sachen** (die eben noch nicht da sind).

Das Problem ist nicht zu lösen! Und wer es nicht schon weiß, der spürt es zumindest (die meisten hier). Also hat man beschlossen, das ganze Problem dadurch zu negieren, dass immer neue Kredite die alten heilen. Es wird prolongiert und dies da Versprechen immer zinsbewehrt sind, zu immer kolossaleren Konditionen.

Die Kreditpyramiden und damit die Schuldenpyramiden werden mit allen nur erdenklichen Tricks immer weiter hoch gewuchtet in der Hoffnung damit würden sich alles eines Tages irgendwie „von selbst“ erledigen.

Nun gehört es zum Wesen der Konstruktion von Pyramiden, dass sie oben spitz zu laufen, also keine Quadern sind. Je näher man der Spitze kommt, wobei es keine Rolle spielt, ob auch die Basis des Werkes gelegentlich verbreitert wird (solange es noch geht), *desto schneller läuft der Prozess ab*.

Irgendwann ist alles verbaut, was zu verbauen war. Und die noch nicht ausgeschöpften Kreditauftürm-Möglichkeiten sind erschöpft. Die Spitze ist erreicht. Mehr geht nicht mehr.

Der letzte Stein, der gesetzt wird, ist zugleich jener, der das ganze Bauwerk zum jähen Einsturz bringen wird. Denn der Bau stand und steht unter der Voraussetzung, dass immer weiter gebaut werden kann. Entfällt diese Voraussetzung durch Vollendung, ist es vorbei.

Jeder, der bei Verstand ist, sieht die Pyramide, wie sie schon im allerletzten Stadium des Bauvorhabens steht. So hoch wurde noch nie gebaut, aber die Gefahr, dass der Schlussstein zur Katastrophe führen wird und muss, ist genauso deutlich sichtbar. (Bei einer umgedreht gedachten und gebauten Pyramide ist es noch diffiziler - was hielte der "Unterstein" wohl aus?)

Die Zahl der Arbeiter, die noch benötigt werden schrumpft ebenso wie die Zahl der Steine, die noch gebrochen werden müssen. Baustelle und Steinbrüche, wo „real“ gearbeitet wird, leeren sich rasch. Der Kredit- und Schuldenpyramide, die sich so gigantisch darstellt, steht in ihrer Schlussphase eine – eben durch ihren Bau und seine Systematik verursachte – abnehmende Leistung gegenüber.

Wer jetzt auftritt und sagt: Jetzt will ich für die Pyramide etwas haben, wer also reale Leistung abfordern wird, der blickt in die leere Runde: Niemand ist mehr da, der leisten könnte. *Denn die Leistung war immer nur das Bauen selbst*, bzw. die durch das Bauvorhaben (das Türmen von Krediten auf Kredite und Schulden auf Schulden) erzwungene Leistung.

Was gibt es noch zu tun?

Betrachten wir die ganz konkrete Lage heute:

1. Es *wird* zu einer Weltrezession kommen. Wird sie – da wir schon ganz weit oben auf der Pyramide arbeiten – mit zusätzlichen Krediten/Schulden beseitigt (wie so oft in der Vergangenheit) bedeutet dies nur eine *Beschleunigung* des Baus der Pyramide.
2. Wird sie durch einen Teilabriss (= Kredit- und Schuldenstreichung) geheilt, bedarf es größten Geschicks, dabei nicht den Einsturz des gesamten restlichen Baustumpfes zu verursachen. Sonst poltert die Weltrezession in eine *Weltdepression* mit unabsehbaren Folgen.
3. Möglicherweise wird dann nie mehr so etwas wie ein Pyramidenbau versucht. Wir gingen dann zu neuen Formen des Wirtschaftens zurück (kreditfreien), was bedeutet: Wir kehren zurück zu frühen, wenn nicht gar archaischen Wirtschaftsformen. Stamm, Naturaltausch, Eigenhofwirtschaft, möglicherweise auch zu Neofeudalsystemen wie es auch der Sozialismus immer wieder eines war.
4. Dass sich „Stammesbildungen“ abzeichnen, Kollektive also auf kleiner Ebene, ist nicht zuletzt auch *hier im Board* zu beobachten. Irgendwie rücken jene, die etwas Schlimmeres „befürchten“ enger zusammen (man denke an den guten Vorschlag, sich hier gegenseitig „bekannt“ zu machen).

Als ich eine Vortrag zum Thema „Möglichkeiten einer Weltwirtschaftskrise“ in Bern gehalten habe, wurde in der Diskussion gefragt, was wir denn machen sollten. Ein älterer Herr stand auf und sagte: „Dann gründen wir einen Verein zur gegenseitigen Hilfe“. Großartig!

Vielleicht ist es besser, mehr in diese Richtung zu denken als auch noch den letzten Ratlosen (aber durchaus schon „etwas“ spürenden) davon zu überzeugen, dass es wirklich schief geht. Wenn nicht sehr bald schon, dann in höchst absehbarer Zeit.

Eine „Rettung“ des Bisherigen ist völlig ausgeschlossen. Eine erneute Prolongierung des unabwendbar heran eilenden Zeitpunkts des Zusammenbruchs ist zwar möglich, allerdings nur auf Kosten des nach der Prolongation sich *noch mehr beschleunigenden Herbeieilens* der dann endgültigen Katastrophe.

Sich noch an Quacksalbereien im Sinne von Systemfehler-Behebungen zu versuchen (oder sie kreuz und quer und wieder und wieder ab ovo zu debattieren), ist vertane Zeit.

Wir sollten handeln und – wer möchte – es gemeinsam tun.

DAS ist unser heutiges Kredit- und Kreditgeldsystem (in 59 Punkten)

Geschrieben von dottore am 25. Juni 2001 16:08:51

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/68571.htm>

[Z]ur Klärung (und möglicherweise Scheidung) der Geister darf ich die von mir vertretene Darstellung und Analyse des heute aktuellen Kredit- bzw. Kreditgeldsystems noch ein Mal zusammen fassen, mit Waren- und Tauschgeldsystemen kurz vergleichen und zur Diskussion stellen (falls überhaupt noch jemand Lust hat, sich mit dem Thema zu beschäftigen):

1. Die heute real existierende Wirtschaft ist nicht Tauschen, sondern das Erfüllen von Kontrakten. Dies versteht sich ohnehin von selbst, da Tauschen ebenso Schuldrecht ist wie Kaufen.
2. Diese Kontrakte können auf Leistungen, Waren oder wiederum auf Kredite lauten. In historisch früheren Phasen gab es auch Kontrakte über Warengeld.
3. Es können jederzeit Waren gegen Waren getauscht werden. Geld kann bei solchen Vorgängen eine Rolle spielen, vorausgesetzt es ist selbst eine Ware bzw. „warenwerthaltig“. Dies ist heute weder bei ZB-Geld noch bei ZB-Guthaben der Fall.
4. In der Geschichte galt: Kredit/Schuld vor Ware, Warengeld, Schrift, usw. Kredite sind auch in einfachster numerischer Form vergeben und nachgewiesen. Das heutige Kredit- bzw. Kreditgeldsystem ist der Endpunkt einer langen historischen Entwicklung. Es ist ein Kredit-auf-Kreditsystem, das sich qualitativ nicht mehr steigern, sondern nur noch über einen möglichst maximal andauernden Zeitraum aufrecht erhalten lässt.
5. In der Geschichte wurde gemünztes oder in kleinere Einheiten zu zerbrechendes Warengeld nicht zur Erleichterung von Tauschvorgängen „erfunden“. Dieses Warengeld war ein Tauschgegenstand, kein Tauschmittel.
6. Der Weg Tausch Ware gegen Ware würde durch das Zwischenschieben eines Tauschmittels, das wiederum eine Ware ist (Warengeld) immer verlängert, nicht verkürzt.
7. Das Tauschen von Ware gegen Ware (mhd. „stechen“) ist nur in dem Sinne Kontrakterfüllung, indem sich beide verpflichten, das Vereinbarte zu leisten.
8. Das mhd. „tauschen“ hatte die Bedeutung von „täuschen“, daher heute noch der „Rosstäuscher“.
9. Das heutige Geld ist eine zessionsfähig gemachte Schuld. Und zwar geht es um Gläubigerzession, nicht Schuldnerzession (die nur mit Zustimmung des Gläubigers möglich wäre).
10. Seine Zessionsfähigkeit erhält das heutige stoffwertlose Geld ausschließlich durch die Legaldefinition „gesetzliches Zahlungsmittel“.
11. Das „gesetzlich“ bezieht sich darauf, das mit Hilfe dieses Geld „gesetzliche Verpflichtungen“ (Steuern u.ä.) abgelöst werden können.
12. Geld in der Form vom Kreditgeld ist entstanden, indem Schuldkontrakte zwischen A und B durch Sicherheitsleistung (Verpfändung) seitens eines C zedierfähig gemacht wurden.
13. Ein A/B-Kontrakt allein könnte ebenfalls Geld werden, wenn der Schuldner B seinerseits Eigentum als Sicherheit anbietet.
14. Da ein Schuldner durch seine Kreditnachfrage bereits in einer schlechteren Situation ist, setzt sich jenes Geld durch, das durch unbelastetes Eigentum eines Nichtschuldners C besichert ist.
15. Der Zins ergibt sich aus Zeitablauf. Das Herbeiholen eines Gegenstandes in die Gegenwart wird dabei individuell bewertet.
16. Die Vorstellung eines „Zinsniveaus“ ist eine Verallgemeinerung, die der Tatsache, dass es bei jedem Kredit gesonderte Risiken bzw. Vorstellungen und/oder Zwänge von Kreditoren und Debitoren gibt, nicht gerecht wird.

17. Die Vorstellung eines „Erst“- oder „Urzinses“ ist aus eben diesem Grund weder operational noch nachvollziehbar.
18. Auf den Zins kann seitens des Gläubigers verzichtet werden.
19. Bestrafungen, die sich aus der nicht termingerechten Erfüllung eines Kontraktes ergeben, können zwar, müssen aber nicht vereinbart werden (Zinseszins- bzw. „riba“-Phänomene und sich dagegen richtende Maßnahmen).
20. Auf einen Zins wird der bei einem A/B-Kontrakt Sicherheit leistende Nicht-Kontraktteilnehmer C allerdings kaum verzichten, da er sonst keinen Gegenwert für die Zurverfügungstellung seines unbelasteten Eigentums als Pfand erhielte.
21. Die Vereinbarung des Zinssatzes ist frei. Der Zinssatz ist nach oben offen – unbeschadet etwaiger „Wuchergesetze“.
22. Der Zins selbst kann nur realisiert (nicht hochgebucht!) werden, indem zusätzliches BIP erscheint.
23. Das Erscheinen von zusätzlichem BIP resultiert aus dem Zwang zu zusätzlicher Produktion, der sich aus den vorangegangenen Kontrakten ergibt.
24. Wird der Zins nicht durch Mehrprodukt erwirtschaftet, kann er hochgebucht werden (Prolongation), sofern der/die Gläubiger einverstanden sind.
25. Schulden, die sich aus Kontrakten ergeben, können nur verschwinden, wenn die vereinbarte Leistung als endgültig angesehen wird. Normalfall: Konsum.
26. Wird die Leistung in Form von Warengeld oder eines neuen, vom Gläubiger akzeptierten Schuldtitels erbracht, ist die Schuld nicht erloschen. Sie wird in ein (weiter verwendbares) Gut bzw. zedierbares Guthaben des Gläubigers verwandelt.
27. Warengeld kann durch die Wandlung (Demonetisierung) desselben in eine Ware, z.B. Schmuck verschwinden. Und vice versa (Remonetisierung).
28. Kreditgeld kann beliebig oft zediert werden.
29. Kreditgeld, das mit Hilfe von Notenbanken zessionsfähig gemacht wurde, muss nach der Ablauf der Zeit seiner Zurverfügungstellung an die Notenbank zurückkehren.
30. Notenbanken vergeben niemals Kredite.
31. Notenbanken verleihen niemals Geld.
32. Notenbanken vermieten niemals Geld.
33. Ihre „Sätze“ (Rediskont, Lombard, Tendersatz) sind Prämien für die Umwandlung von bereits existenten Schuldtiteln in „gesetzliches Zahlungsmittel“, ein Geschäft, das sie aufgrund ihres gesetzlich verbrieften Monopols betreiben können.
34. Die Notenbankprämien können nur realisiert werden, wenn in Höhe der Monopolprämie zusätzliche „gesetzliche Zahlungsmittel“ geschaffen werden.
35. Die Schaffung zusätzlicher GZ ist nur durch zusätzliche Kredittitel möglich. In einem Kreditgeldsystem kann die Monopolprämie der Notenbank nur durch zusätzliche Kreditgeldschaffung bedient werden.
36. Es gibt keine Geldmengen, auch kein Geldvolumina, sondern nur Geldsummen.
37. Das von den Notenbanken geschaffene GZ selbst beeinflusst niemals das Preisniveau.
38. Das Preisniveau wird durch die Kredit- bzw. Schuldtitel verändert, die der Ausgabe von GZ zu Grund liegen.
39. Ein Kreditgeldsystem erzwingt eine andauernde Nettoneuverschuldung in mindestens der Höhe der Notenbank-Monopolprämie, siehe auch Nr. 35.
40. ZB-Geld kann niemals „umlaufen“. Jeder „Lauf“ suggeriert eine falsche, da sachenrechtliche Vorstellung. ZB-Geld wird immer nur zediert; es ist ein eindeutig schuldrechtlicher Vorgang.
41. In einem Mix von Warengeld und Kreditgeld wie unter dem klassischen Goldstandard ist der Zinsfuß wie historisch belegt, niedriger (bzw. zeigt eine langfristig fallenden Tendenz) als in einem reinen Kreditgeldsystem – wie bei einer reinen Tauschwirtschaft ohne Vorfinanzierungskosten der jeweiligen Tauschgüter der Zins bei Null liegen muss.

42. Die Häufigkeit der Zessionsvorgänge können die Marktteilnehmer durch Variationen ihrer Angebotspreise beeinflussen. Das gesamte Preisniveau (realisierte Preise!) beeinflussen Zessionsvorgänge nicht.
43. Mit einem unter einem Kreditgeldsystem geschaffenen GZ kann mit der Summe des jeweilig aus Schuldtitel in GZ gewandelten Geldes immer nur eine gleich hohe Schuld getilgt werden.
44. Eine Mehrfachverwendung von GZ in dem Sinne, dass zunächst mit dem Schuldtitel selbst und dann ein weiteres Mal (oder sogar viele weitere Male) mit dem als GZ fungierendem, auf diesem Schuldtitel basierendem ZB-Geld „bezahlt“ werden kann (sog. "Geldumlauf") ist nicht möglich.
45. Da in einem Kreditsystem alle Produktion vorfinanziert werden muss, können nur die jeweils bei der Produktion anfallenden Kosten zu Einkommen werden und diese wiederum die Produktion vom Markt nehmen, vorausgesetzt Punkt 49 ist erfüllt.
46. Angebotspreise sind niemals realisierte Preise.
47. Die Kosten, die bei der Erstellung des Angebots entstehen („Vorfinanzierung“, „Faktorkostensumme“) reichen niemals aus, um das Angebot zu den Angebotspreisen vom Markt zu nehmen.
48. Es gibt also niemals ein „gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“.
49. Es fehlt immer Nachfrage in Höhe der nicht als Faktorkosten (zur Erstellung der Produktion) ausgekehrten Gewinn- bzw. Zinsforderungen. Diese Nachfrage kann nicht durch Mehrfachverwendung von ZB-Geld dargestellt werden.
50. Angebotspreise können nur zu realisierten Preisen werden, wenn in Höhe des Gewinn- und/oder Gewinnaufschlages zusätzliche Nettoneuverschuldungen statt finden.
51. Banken „verleihen“ das ihnen eingezahlte Geld, indem sie die darin enthaltene Forderung zedieren. Dabei müssen sie darauf achten, dass sie eine positive Zinsmarge erzielen.
52. Banken können niemals Geld, aber jederzeit Kredit schaffen.
53. Schaffen sie Kredit, müssen sie diesen refinanzieren (Goldene Bankregel).
54. Geld, das jemand verleihen könnte, gibt es in einem Kreditgeldsystem nicht. Niemals. Einen Kredit kann man nicht verleihen. Er kann nur dazu dienen, auf diesen Kredit, der dann als Sicherheit dient, weitere Kredite zu türmen.
55. Ein Kredit- bzw. Kreditgeldsystem scheidet unausweichlich, sobald die immer neue und immer zusätzliche Kreditvergabe und Kreditnahme stockt bzw. gar abnimmt.
56. Wie hoch sich Kredite/Schulden bereits aufgetürmt haben, ist als solches zunächst unerheblich.
57. Entscheidend bleibt immer, ob diese Kredite/Schulden durch zusätzliche Kredite/Schulden am Leben erhalten werden.
58. Kommt es wegen der bereits existenten Höhe der Kredit- bzw. Schuldensummen zu einer Stockung bzw. einem Rückgang bei der Schaffung neuer Kredit- bzw. Schuldverhältnisse, ist der kritische Punkt des gesamten Systems erreicht (sog. „Überschuldung“).
59. Wird die Überschuldung allgemein, stürzen sämtliche bereits existenten Kredit- bzw. Schuldverhältnisse in sich zusammen.

Falls einzelne Punkte missverständlich oder gar unverständlich ausgedrückt wurden, bitte ich um Nachsicht und Korrektur.

Es ist k e i n Emmentaler! SEHR WICHTIG!

Geschrieben von dottore am 03. Oktober 2001 12:48:07

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/84226.htm>

Als Antwort auf: Hallo Baldur geschrieben von Galiani am 02. Oktober 2001 09:10:30:

>Diese prinzipielle Frage ist die, die Jochen mit seinem Marx-Zitat beleuchtet: "Wie kann nun die ganze Kapitalistenklasse beständig 600€ (Reminiszenz an heutige Verhältnisse...) aus der Circulation herausziehen, wenn sie beständig nur 500€ hineinwirft?"

>Du gehst bei Deiner Betrachtung davon aus, daß sich der Gewinn des Produzenten einfach "irgendwie"(?) von vornherein als Geldbetrag in den Händen des Käufers befindet und letzterer diesen Geldbetrag beim Kauf auch ausgeben kann. Die Frage ist aber: "Woher hat der Käufer dieses Geld?" Und wenn er es geerbt hat, hilft das auch nicht weiter. Denn woher hat der Erblasser das Geld? Und so weiter!

Das Problem, das hier nicht erkannt wird, ist immer das selbe: ich kann sowohl mit vorhandenem Geld kaufen als auch mit noch nicht vorhandenem.

Das zweite ist KREDIT, der immer ex nihilo entsteht. Einfaches Beispiel: Verkäufer stundet den Kaufpreis. Um stunden zu können, muss sich der Verkäufer nirgends Geld besorgen, um es an sich (!) zu bezahlen.

Die Vorstellung, dass immer nur Geld als etwas bereits Vorhandenes gespart und verliehen werden kann, ist falsch. Da vorhandenes Geld immer bereits vorhandenen Schulden (!) entspricht, ist es ein Schuldenderivat, also als Banknote ein **Schuldschein**.

Der Banknoteninhaber ist über den Schuldschein "Banknote", die auf dem Schuldtitel "hinterlegtes Pfand" basiert und ohne diesen Schuldtitel (z.B. Grundpfandbrief, Staatspapier usw.) niemals (!) ex Notenbank in Erscheinung treten kann, immer ein Gläubiger. Wenn er seine Banknote weitergibt, **zediert** er als Gläubiger eine Schuld, die dann ein anderer als neuer Gläubiger hat.

Mit oder in Form von Schulden kann ich aber niemals sparen, da Schulden immer ein Passivum sind. Schulden (Pfandbrief → Banknote) können immer nur zediert (abgetreten) werden. Gläubigerzession, die das also ist, bedarf keiner Zustimmung des Schuldner (im Gegensatz zur Schuldnerzession, der der Gläubiger zustimmen muss).

Das erste Geld stammt im Kreditgeldsystem aus schon dem ersten Geld vorangegangenen Verschuldungen bzw. der vorangegangenen Hinterlegung der Verschuldungstitel bei der Notenbank. Beweis:

Die Banken haben heute (Ultimo 2000) bei der Bundesbank in deren Pfandpool für über 400 Mrd. € Pfänder hinterlegt, aber nicht in gleicher Höhe Bundesbank-Geld abgefordert. Banknotenumlauf ca. 134 Mrd. €, ZB-Guthaben der Banken 47 Mrd. €.

Einzigste Ausnahme dieses Vorher/Nachher: Währungsreform 1948, als die Pfänder, deren Wert in neuer Währung noch nicht bekannt sein konnte, da die Umstellungsquote noch nicht vorher bekannt gegeben werden konnte, sofort "nachgeliefert" werden mussten (oft genug gepostet, ebenso das mit dem "Kopfgeld", das bis heute in der Bundesbankbilanz steht mit 4,44 Mrd. € und das mit 1 % p.a. verzinst wird).

Geld ist und war also immer verzinslich unterwegs!

Siehe dazu nochmals den heutigen Notenbankmechanismus: die Pfänder, die dort liegen, sind ausschließlich verzinsliche Pfänder mit Restlaufzeit.

Die Zinsen der Sicherheiten streicht nach wie vor die das Pfand bei der Notenbank hinterlegende Bank ein; um an Bargeld - Banknoten, ZB-Guthaben – zu kommen, muss die Bank den der Notenbank ihren Satz bezahlen (kein Zins, sondern eine Monopolprämie, resultierend aus dem Banknoten-Monopol, bzw. dem Monopol als einzige Stelle "gesetzliche Zahlungsmittel" ausgeben zu dürfen!).

Der Bank bleibt also immer die Differenz, bei Notenbank-Nullsatz (siehe Japan) bekommt sie den Zins der Pfänder netto, bei Notenbank-Minussatz kriegt sie von der Notenbank gesetzliche Zahlungsmittel geschenkt, in Höhe des Minussatzes mal Summe der hinterlegten Pfänder.

>Man muß sich eben klar machen, daß (bei statischer Betrachtung) höchstens soviel Geld für die Nachfrage zur Verfügung stehen kann, wie zuvor als Kosten für die Güterproduktion ausgegeben wurde; demnach wäre es ausgeschlossen, daß der Käufer jemals die 200 Euro besitzt, die Du ihm zubilligst, und damit wäre auch ausgeschlossen, daß der Produzent jemals einen Gewinn macht. OK?

>Heinson und Steiger beantworten die Frage, wieso es dennoch zu Gewinnen kommt, offenbar damit, daß Gewinne nur durch irgendwelche Verschuldungsprozesse möglich seien.

Mit Verlaub (ich hatte es schon gepostet): Dies wurde nicht von Heinson/Steiger, sondern von mir entwickelt (Der Kapitalismus, 1986).

>Dem widerspreche ich, gestützt auf die unerschütterlichen theoretischen Erkenntnisse der sog. österreichischen Schule der Nationalökonomie, insbesondere auf die von Böhm-Bawerk ausgearbeitete Kapitaltheorie, die bis heute unwidersprochen ist, und auf v. Hayeks monetäre Produktions- und Krisentheorie (mit der sich Heinson und Steiger offenbar nicht genügend befaßt haben).

Die monetäre (also auf Geld = "moneta" abstellende) Krisentheorie ist falsch. Produktionen sind nur mit Hilfe von Kreditvorgängen möglich, wobei es keinerlei "ersten Geldes" bedarf (in Kreditgeldsystemen; auch das "Kopfgeld" 1948 war kein "erstes Geld", da es nicht etwa verschenkt, sondern gegen Reichsbanknoten ausgegeben wurde, die ihrerseits auf vorher bei der Reichsbank abgelieferten Pfändern erschienen waren).

Beim Goldstandard, und Böhm-Bawerk hat seine Theorie im klassischen Goldstandard entwickelt ("Kapital und Kapitalzins" 1884), Hayek im Gold-Devisenstandard ("The Pure Theory of Capital" 1941), liegen die Dinge anders, weil Banknoten gegen das unverzinsliche Pfand Gold herausgegeben werden konnten und Gold selbst als Tauschgegenstand (niemals Tauschmittel!) unter dem Label "gesetzliches Zahlungsmittel" lief (Goldmünzen).

Gold war damit bereits Kapital wie ein Grundstück. Und der Kauf eines Grundstück mit Gold war so etwas wie ein "**like kind exchange**", also nichts anderes als ein Tausch Haus gegen Haus, wobei das mobile Kapital Gold gegenüber dem immobilien Kapital Haus schon mal im Vorteil ist.

Hat jemand in Gold gespart (genau der selbe Vorgang wie der Bau eines Hauses, wobei die Produktionskosten einander "entsprechen" mussten, diese wiederum auf die jeweils aufzuwendenden Lohnkosten reduzierbar) und dieses Gold deponiert (wobei sich der Zins aus dem Optionscharakter des Goldes selbst ergibt, zu errechnen aus den Verfallskurven der Güter im Durchschnitt zur konstanten Nichtverfallskurve des Goldes) hatte der Gold-"Sparer" wiederum eine Forderung in Form einer Note (Depositenschein), die er zedieren konnte.

Die "Produktionstheorie" der österreichischen Schule hatte diesen Sachverhalt nicht erkannt (Produktion = immer Vorfinanzierung als ein von Krediten begleiteter Umstand) und die "Krisentheorie" der österreichischen Schule ist eindeutig eine **Kreditkrisentheorie**, d.h. es kommt zu "Stockungen" (siehe Spiethoff, Machlup, Haberler usw.), wenn es bei den Krediten hapert: die alten werden nicht bedient bzw. es werden keine neuen gegeben oder genommen.

Der Zusammenbruch der **Swissair** (heute im Kreditgeldsystem) entspricht haargenau dem Zusammenbruch der **Eisenbahnkönige** im 19. / frühen 20. Jh. (Goldwährung).

>Um es nochmals kurz zusammenzufassen: Man muß zu einer dynamischen Betrachtung übergehen.

>Dabei zeigt sich dann, daß der Konsument bei gleichbleibendem Realertrag der Produktion und gleichbleibenden Preisniveau tatsächlich nur dann mehr ausgeben kann als er an Löhnen erhalten hat, wenn er sich verschuldet. (Hier muß ich allerdings eine wichtige Fußnote einschieben!)

>Sinkt jedoch das Preisniveau bei gleichem oder sogar höherem Realertrag der Produktion - wie das ja bei kapitalistischer Produktionsweise die Regel ist - , dann schaut die Sache ganz anders aus: Dann kann der Konsument in Periode 1 sehr wohl Ersparnisse bilden, mit denen er dann in der nächsten Periode als Nachfrager von Produkten am Markt auftreten kann, die ihrem Fabrikanten Gewinn bringen.

Abgesehen davon, dass dann der Markt in Periode 1 niemals geräumt werden kann, da ja die Kosten (= Auszahlungen) von Periode 1 nicht zu Nachfrage (= Einzahlungen) in Periode 1 werden (es vergeht Zeit zwischen Einzahlung als "Ersparnis" und Auszahlung als "Kredit" usw.), ist dann der Zins, der sich auf die Ersparnisse von Periode 1 in Periode 2 nicht darstellbar (als Auszahlung an die Sparer). Woher sollte das Geld kommen, um den Zins zu bezahlen?

>Diese "kapitalistische Produktionsweise" unterscheidet sich von der normalen Produktion im einfachsten Fall durch größere Arbeitsteilung (das Beispiel von der Stecknadel-Produktion bei Adam Smith)

Das Stecknadelbeispiel hatte ich schon behandelt (siehe früheres Posting): Wenn die Arbeiter mit dem Lohn, die sie für 12 Stecknadeln erhalten, nur eine Stecknadel kaufen, weil sie jetzt billiger ist, bleibt der Fabrikant auf 11 Stecknadeln sitzen - es sei denn andere Arbeiter nehmen ihre bei anderen Produktionen ausgezahlten Löhne her, um diese zu kaufen, womit dann die anderen Produzenten auf ihren Produkten sitzen bleiben, da ihre Auszahlungen (Löhne) nicht wieder als Einzahlungen (= Kauf ihrer Produkte) zu ihnen zurückkehren.

Es sei denn die Nachfrage, die bei der Stecknadelproduktion in Form von dort ausgezahlten Löhnen angefallen ist, geht sofort als Nachfrage zu den Produkten der anderen Produzenten.

Da dies nicht gleichzeitig geschehen kann (und alle mainstream-Wirtschaftsmodelle gehen grundsätzlich von nicht ablaufender Zeit aus), ergibt sich der Zwang die nicht sofort nach der Produktion auch abgesetzte Produktion zu finanzieren (die allseits bekannte Umlaufmittel- bzw. Betriebsmittelfinanzierung, Klartext:

die Finanzierung von noch nicht verkaufter bzw. von verkaufter, aber noch nicht bezahlter Produktion).

Sub summa aller Betriebe muss immer die Zeit zwischen Produktion und Absatz finanziert werden, woraus sich das bekannte **Skonto**-Phänomen erklärt. Skonto ist nichts anderes als der Ausdruck dafür, dass der Produzent den Zins, den er für die Zeit zwischen Absatz und Eingang der Zahlung dafür selbst bezahlt und nicht seine Kreditlinie bei seiner Bank in Anspruch nimmt, für die er einen höheren Zins bezahlen müsste als den Skonto.

Gerade das Stecknadelbeispiel beweist, dass es ohne **zusätzliche** Nachfrage in Form von zusätzlichen **Krediten** nie und nimmer funktionieren kann.

Bei neuen Produkten (ex technischer Fortschritt usw.) besteht zunächst ein extrem unvollkommener Markt (es dauert eben, bis alle potenziellen Marktteilnehmer über das neue Produkt informiert sind, was ganz nebenbei das Phänomen der WERBUNG für "neue" Produkte erklärt!), der nichts anderes besagt als dass zunächst mehr Zeit verstreicht als bei bisheriger Produktion und bisherigem Absatz der Produktion.

*>und im weiteren durch den Einsatz von Maschinen, Intelligenz (in Form gut ausgebildeter Partner und Mitarbeiter) und Kapitalgütern wie PC's u. dgl. m.; - also durch sog. "Produktionsumwege": Der Zeitraum zwischen dem erstmaligen Einsatz von Arbeit und Rohstoffen bis zum fertigen Konsumgut wird immer länger!
Die Sache ist sehr anschaulich beschrieben in v. Hayek's "Preise und Produktion", Wien 1931.*

Und weil eben der "**Zeitraum**" immer länger (!) wird, muss immer mehr kreditiert werden, um diesen Zeitraum zu überbrücken (Zeit kostet immer Zins!).

>Fazit: Unsere Wirtschaft kann sehr wohl funktionieren und Gewinne machen, auch ohne daß Gewinne grundsätzlich nur durch Verschuldungsprozesse entstehen!

Kann nur für einzelne Unternehmer gelten, die Gewinne machen, aber niemals für alle.

>Grüße nach Triesenberg >G. > >Die Fußnote: >Sowohl Marx als auch Heinson und Steiger haben hier jedoch einen blinden Fleck! Denn woher nähme denn der erste Produzent sein Kapital, um Mitarbeiter zu beschäftigen und Löhne zu zahlen??????

Im Goldstandard wie beschrieben (letztlich muss aber auch die Goldproduktion vorfinanziert werden, Stichwort Produktionsumwege, Goldgewinnung wird immer kapitalintensiver).

Im Kreditgeldsystem (heute) können zusätzliche Arbeitskräfte nur eingestellt werden, indem sich die Unternehmer zunächst verschulden, um die Löhne vorfinanzieren zu können. Die Unternehmer (alle, sub summa!) haben keine Truhe im Keller, in die sie greifen könnten, um die Löhne zu bezahlen und nur zu verstockt sind, es zu tun und um endlich Vollbeschäftigung zu erreichen.

Jedes Kreditgeldsystem ist ex definitione ein tendenziell implosives System, das just dann implodiert, wenn keine "new credits" (Greenspan) erscheinen. Wir werden diese Implosion über kurz oder lang erleben und zwar in einer noch nie da gewesenen Form! Ein nicht bedienter (d.h. durch zusätzliche Verschuldung abgewickelter) Kredit reißt den nächsten Kredit ein, und so immer weiter.

Die Swissair hat eine Passivlage von ca. 7 Milliarden Franken (hatte ich schon vor längerem gepostet). Das Ausbuchen dieser Schulden (abzüglich Konkursquote) wird jede Menge anderer Kredite notleidend machen, usw.

>Durch Verschuldung? Aber bei wem sollte er sich denn verschulden?

Jeder kann sich bei jedem verschulden und zwar ohne dass dabei Geld erscheint!

Beweis: Ich verlege Ihr nächstes Buch (Sie haben die Leistung erbracht, vielen Dank!) und zahle Ihnen keine Tantiemen. Die Käufer des Buches bleiben den Kaufpreis bei ihren Buchhändlern auch schuldig, ich als Verleger die Produktionskosten bei der Druckerei, diese die Papierkosten beim Lieferanten, usw.

So kann ein Buchumsatz von Summa 10 Millionen entstehen, ohne dass auch nur ein einziger müder Geldbetrag (Banknote z.B.) erschienen ist. Die 10 Millionen sind ex nihilo entstandener Kredit. Von tatsächlich erfolgten Ein- oder Auszahlungen ist nirgends etwas zu sehen.

>Die ganze Theorie ist meiner Ansicht nach löchrig wie ein Emmentaler Käse!

Ich halte nichts von solchen vorschnellen Urteilen und Vergleichen.

SEHR WICHTIGE Erklärung des "Systems": Schulden, Notenbank, Liquidität, Gold

Geschrieben von dottore am 11. Oktober 2001 11:46:42

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/85575.htm>

Als Antwort auf: Re: Der Debitismus thriumphiert (erneut, leider)... geschrieben von apoll am 10. Oktober 2001 22:42:20:

>...die Verschuldung der Unternehmen und Privaten ist so gigantisch und unverantwortlich, daß keine Fed.-Liquidisierung ausreicht um allein den Schuldendienst zu leisten, aus, Depression oder weltweiter Krieg um all das zu begraben, -uns natürlich mit, d.hat recht!!!A.

Hi,

vielleicht dazu noch eine kurze, **aber sehr wichtige Erklärung.**

Die Fed kann niemals den Schuldendienst selbst leisten, da sie Liquidität nur gegen Hereinnahme weiterer Schuldtitel herausrückt.

Die ganze Veranstaltung, der wir heute beiwohnen, heißt eben deshalb "Debitismus", weil die Notenbanken darin keinerlei wirkliche Rolle spielen. Denn sie vergeben niemals Credits!

Sie verschieben z.B. nur M3 nach M1, die M-Summe = Schuldensumme bleibt dadurch aber absolut gleich, wird also nur nach "vorn" geholt; dies obendrein noch gegen den Monopolsatz - fälschlich "Zinssatz"! - der Notenbanken, der selbst wiederum nur durch Hinterlegung weiterer M-Titel bei der Notenbank zuerst abgeholt und danach an sie zurückgegeben werden muss.

Also M-Summe gesamt = 1000. Notenbankfähig davon 500. Fed-Liquidität in Periode 1 = 100, dann noch 400 notenbankfähig. Fed "schafft" mehr Liquidität (siehe aktuell), also Fed-Geld = 200, dann noch 300 notenbankfähig. 500 bleiben aber 500.

Selbst wenn die gesamte M-Summe (= 1000) notenbankfähig erklärt würde, ändert sich dadurch **überhaupt nichts.**

**1000 minus 100 = 900. 1000 minus 200 (Fed "liquidisiert") = 800.
900 plus 100 = 1000. 800 plus 200 = 1000.**

Was die Fed (und andere Notenbanken) bestenfalls machen können, ist also Titel (= Schulden = Gesamt-M), die bereits existieren, vorübergehend zu liquidisieren. Die Titel selbst müssen die bedienen, die sie schuldig sind. Die Notenbanken können keine Pfandbriefzinsen usw. bezahlen!

Mit Verschiebungen innerhalb vom Gesamt-M sind aber die Zinsen auf die gesamten Schulden (Gesamt-M) niemals zu bezahlen, denn die laufen auf den 1000 (= M gesamt) ununterbrochen auf, womit sich Gesamt-M ununterbrochen erhöht, damit die Schulden und damit die Guthaben.

Durch die Liquidisierung können zwar aktuell fällige Zinsen bezahlt werden (vorübergehende Verhinderung der bei **Insolvenz**, in der das gesamte System steckt sonst - siehe Swissair - an irgendeiner Stelle automatisch erscheinenden **Illiquidität**), aber dies nur, indem "hinten" (also bei Gesamt-M) in Höhe der dann bezahlten (in diesem Falle nur als zedierfähig gebuchten und ergo nur gezeigten) Zinsen wieder neue Schulden gemacht werden.

Daher Greenspans Flehen um "new credits". (Oft genug gepostet).

Notabene: Alle "new credits" in summa kommen out of the blue in die Welt (siehe "Zahlungsziele") und niemals, nachdem jemand "gespart" hat.

"Sparen" ist nur die **Zession** (Weitergabe; Abtretung) von umlaufenden direkten oder als Schulden-Derivate existierenden Schuldtiteln (wie Banknoten).

Die Vorstellung, es gäbe irgendwann ein vorhandenes "Erstgeld", das "verliehen" werden könnte, und immer weiter, ist komplett falsch! Eine Schuld kann niemals verliehen, sondern der die Schuld darstellende Titel (letztlich Banknote) kann immer nur zediert werden!

Die auf die Schuldtitel zukommenden Zinsen könnten nur dann nicht gebucht werden, wenn die Gläubiger (Zinserwarteter) diese in voller Höhe verkonsumieren.

Das machen die Gläubiger aber nicht, da sie ohnehin - siehe Vermögensverteilung - sozusagen schon "alles" haben und nur noch marginal mehr verbrauchen können als sie sowieso schon verbrauchen (Ferrari, Gucci, Yachten).

Mangels "new credits", also zusätzlicher Nettoneuverschuldung, kollabiert das gesamte System automatisch - egal welche Faxen die Notenbanken machen.

Beim Kollaps kommt die Große Krise (deflationäre Depression, wie oft genug beschrieben). ALLES wird fallen, alle Kurse, Werte, Preise.

GOLD wird möglicherweise weniger stark fallen, also relativ zu anderen Preisen stabiler bleiben, vor allem, weil Gold eine Preisuntergrenze von höher als null hat (42,22 \$ / Unze).

Dies scheint die konträre Entwicklung von Gold zum **CRB-Index** bereits anzudeuten. Während der CRB die "magische" Marke von 200 inzwischen deutlich unterschritten hat (traditioneller Chart-Alarm, überdies Deflations-Signal!) und über Jahresfrist vom Hi 235,01 auf zwischendurch schon 182,67 gefallen war, hat sich Gold von seinem Tief in den 250ern ganz ordentlich entwickelt (ca. 285/290 aktuell).

Ob und wann Gold haussiert oder ob einen Hausse gar schon gestartet ist, kann ich nicht beurteilen.

Allerdings kann ich garantieren, dass für eine neue Gold-Hausse nicht monetäre und damit inflationäre (Inflation in der Güterwelt) Ursachen in Frage kommen und alle diesbezüglichen Analysen ergo zu nichts führen.

Steigendes Gold in einer Rohstoff-Deflation ist etwas höchst Beunruhigendes - Glückwunsch allen Gold-Haussiers!

Wenn neue, große Gold-Hausse, dann hat sie ganz andere Ursachen (psychologische Kaufbereitschaft), möglicherweise liegen sie im Gesamtszenario begründet (Globalisierungskrise, drohender Weltbürgerkrieg, Islamprobleme, Gold als Waffenbeschaffungsmetall usw.).

Das Problem beim GOLD ist aber nicht Kauf und Beschaffung, notfalls eben zu höheren oder sogar sehr hohen Preisen, sondern es entsteht bei seiner anschließenden Verwendung als ziviler Kaufkraft. Es wird Gold-Haves und Gold-Have-Nots geben (siehe dazu die Diskussion: "Werde ich als Goldbesitzer erschlagen?").

Zurück zum Grundszenario:

Technisch gesehen gäbe es einen Ausweg aus der weltweiten Insolvenz, nämlich die Herausgabe von Notenbankgeld ohne (!) gleichzeitige Hereinnahme von bereits existierenden Schuldtiteln (nicht mal von Staatspapieren).

Probleme dann:

1. Es müssten alle Notenbankgesetze geändert werden (vor allem bei der EZB extrem schwierig, da EZB-Recht = Völkerrecht). Dies machen "harte" Notenbanken wie die Bundesbank NIEMALS mit!
2. Das dann "netto" ausgegebene Notenbankgeld müsste "irgendwie" verteilt werden. Ein Verfahren dafür ist nicht vorstellbar. Da nur Banken "Geschäftspartner" der Notenbanken sind, müssten sie das Nettogeld irgendwie erhalten. Welche Bank erhält wieviel? Windhundverfahren, Losverfahren, First come, first serve?
3. Ginge das neue Nettogeld an die Staaten (das Phänomen "Kassenkredite" wurde gerade erst abgeschafft), dürfte der Vorgang auch keinerlei Rückzahlungsklausel enthalten, und einen "Zinssatz" schon gar nicht. Selbst wenn: An wen sollte der Staat das Geld verteilen? Jeweils an die Firma, deren Schulden gerade notleidend geworden sind? Dann würden alle Schuldner sich sofort als illiquide erklären, um an das Kostnix-Geld vom Staat zu kommen. Firma X bleibt einfach die Zahlung (Rückzahlung) schuldig und darf sich beim Staat anstellen, um Nettogeld zu kriegen - noch dazu ohne Rückzahlungsverpflichtung?
4. Dann stehen sehr schnell **sämtliche** Schuldner beim Staat auf der Matte. Und wenn Firma X das darf (und alle anderen Firmen und Banken auch), dann stehen auch alle **Verbraucher** auf der Matte, die ihr Konto überzogen haben. Und wer noch keins überzogen hat, überzieht schnell eins. Denn er kriegt ja Kostnix-Geld vom Staat, mit dem er seine Minussalden ausgleichen kann. Und so weiter.
5. Es könnte Nettogeld auch flächendeckend abgeworfen werden. Was ist mit den Schuldnern, die gerade im Ausland Urlaub machen? Wer berechnet die Windrichtung? Was ist mit Geld, das im Wald verschwindet? In den Bodensee flattert? Müssten nicht ganz viele Hubschrauber mehr Kostnixgeld direkt über der Swissair-Zentrale abwerfen als überm Jungfrau-Joch? Es gibt keinerlei Logistik, die hier Präzision schaffen könnte, also das Geld genau dem Schuldner zukommen ließe, der es braucht, weil er gerade Liquiditätsprobleme hat, bzw. dem, der überhaupt Schulden hat.

Es wird also alles seinen Weg gehen. Und dieser Weg wird in etwas enden, von dem wir uns keinerlei Vorstellung machen!

Früher oder später. Und wenn kein Wunder geschieht ("new credits"!) vielleicht leider schon sehr bald.

Jeder sollte sich also entsprechend seiner persönlichen Lage und Umstände vorbereiten.

Sehr trauriger Gruß
d.

Falls jemandem das mit dem "debitistischen System" und der Rolle der Notenbanken darin nicht klar ist: Ich erkläre es gern noch einmal und beantworte gern alle diesbezüglichen Fragen. So etwas wie eine "optimale" oder "für alle" geltende Vorbereitung auf eine Große Krise kann ich allerdings auch nicht nennen.

Debitismus: Erklärung Teil 1

verfasst von dottore, 21.02.2002, 11:30

http://www.dasgelbeforum.net/ewf2000/forum_entry.php?id=108099

Hi Popeye,

schönen Dank für die Fragen. Ich gehe sie Punkt für Punkt durch.

> *Kernthese: Da die vorhandene Nachfrage (= Faktoreinkommen) nie ausreichen kann, um die in der Zeit, die vergeht zwischen Entstehung der Faktoreinkommen und ihrem Erscheinen am Markt als Nachfrage (=Vorstellung der herkömmlichen Nationalökonomie, und völlig falsch!), das Angebot vom Markt zu nehmen (Zeit kostet Zins = Geld), muss in der Höhe der permanent fehlenden Nachfrage immer eine zusätzliche Verschuldung stattfinden - oder die zeitlich vorangegangenen Schuldner gehen unter.'*

> *Anders formuliert: Das jeweilige Faktoreinkommen [also alles was der Unternehmer bis zur Fertigstellung der Produktion bezahlt hat und somit (Faktor-)Einkommen geworden ist] reicht nicht aus das "Angebot vom Markt zu nehmen". Und zwar reicht es nicht aus, um die Zeit zu überbrücken, die zwischen Entstehung (Zahlung?)*

Ja Zahlung. Es geht immer nur um Zahlungen bzw. Zahlungsströme. Dabei kann letztlich immer nur in Kredit bezahlt werden, wie alles Geld (Banknoten usw.) ebenfalls nur in die Welt kommen kann, nachdem es bereits Kredit/Schulden gibt.

Am Anfang allen Wirtschaftens steht immer der Kredit, niemals das Geld. Dieser Kredit muss immer besichert sein, weshalb die allerallerersten Kredite sich auf **Eigentum** als Besicherung beziehen. Platzt der Kredit kommt es zum Eigentümerwechsel.

Geld ist daher letztlich eine Forderung, die sich auf Eigentum richtet. (Dass das Ganze inzwischen pervertiert ist, da auch Staatsschulden als Banknoten "besicherung" dienen, die der Staat mangels entsprechenden Eigentums de facto nicht bedienen könnte, ist ein anderes Thema).

Siehe dazu bitte nochmals die Erklärung der Notenbank. Bank mit Titel (Pfand) - Pfand ins Pfandkonto - ZB-Geld dafür an Bank - ZB-Geld von Bank an ZB zurück - Pfand aus Pfandkonto zurück – Bank hält Titel wieder wie vorher.

Wo mit Gold oder anderem Edelmetall gearbeitet wird (ohne jeglichen Kredit, der sich dann auf Gold als Besicherung beziehen würde), haben wir eine **Tauschwirtschaft**: Gold als Ware und damit Tauschgegenstand wird mit anderen Waren getauscht.

> *des Einkommens einerseits und dem Ausgeben des Einkommens (also "dem Erscheinen am Markt als Nachfrage") andererseits vergeht. Diese "permanent fehlende Nachfrage" zwischen Einnahme(zeitpunkt) und Ausgabe(zeitpunkt) muss durch "zusätzliche Verschuldung" gedeckt werden.*

> *Ich hoffe ich habe das richtig verstanden!*

Richtig. Wobei es auf die Höhe (Summe) der fehlenden Nachfrage ankommt, siehe JüKüs Posting.

>Und bevor ich kommentiere, möchte ich um Nachsicht bitten, dass ich mich nicht durch alle Postings der vergangenen zwei Jahre zu diesem Thema durchgewühlt habe. Faulheit entschuldigt Unkenntnis.

>Aber schließlich handelt es sich hier um eine Kernthese, die ich ernst nehme.

>Folgende Fragestellungen tauchen bei mir auf:

>1. Unterstellt man eine stationäre (also nicht wachsende oder schrumpfende) Volkswirtschaft, kann es sich bei der Finanzierung der vermeintlichen zeitlichen Nachfrangelücke nur um einen einmaligen Vorgang handeln, d.h. eine einmalige aber dauerhafte Verschuldung zur Deckung der erstmaligen Nachfrangelücke.

Die stationäre Wirtschaft ist entweder **Anfangspunkt** der Entwicklung (es wurde überhaupt noch nicht kreditiert, also reine Tauschwirtschaft, und ergo setzt die "kapitalistische Dynamik" noch nicht ein).

Oder es ist der **Endpunkt**: Alle offenen Kreditkontrakte sind geschlossen, weil alle schließlich geleistet haben und die entsprechenden Verschuldungen in Form von - durch die jeweiligen Gläubiger akzeptierten - Leistungen (Waren und Dienste) abgearbeitet wurden. Danach haben wir wieder Tauschwirtschaft, deren "Wachstum" sich ausschließlich durch Mehrkonsum aller Beteiligten oder zusätzliche Bevölkerung ergibt.

"Investitionen" gibt es in einer Tauschwirtschaft nur, wenn einer der Tauschenden selbst intensiver oder schlauer arbeitet (Galians Fischerbootbeispiel) und danach mehr Tauschgüter anbieten kann, aber dann müssen die **anderen auch entsprechend vorgehen**, weil sonst der eine der Dumme wäre: Er hat zwar mehr produziert, kann dieses Mehr aber nicht in mehr Güter der anderen tauschen, weil diese kein Mehr erstellt haben.

Tauschwirtschaften *können* zwar wachsen (ausschließlich Pro-Kopf-Konsum!), *müssen* aber nicht. Kreditwirtschaften aber **müssen** wachsen, da immer ein Mehr in Höhe des Zinses erwirtschaftet werden muss (siehe gleich).

Zwischendurch, also zwischen Kreditnahme und Kredittilgung (egal wie hoch, von wem) kann es keine stationäre Wirtschaft geben, in dem Sinne, dass der Zusatzverschuldungs- d.h. Mehrproduktserstellungsdruck wegfiel.

Die Zuwachsraten gehen bei fehlender **zusätzlicher** Verschuldung (nicht jener, die benötigt wird, um die Zinsen auf die alten Schulden peu à peu abzuarbeiten, was auch auf eine stetige, wenn auch abnehmende Neuverschuldung hinausläuft) laufend zurück, bis wieder die Tauschwirtschaft (Ware gegen Ware oder Dienst, Zug um Zug) erreicht ist.

Beispiel:

Hat nur einer Schulden von 100, Zinssatz 5 %. Dann zahlt er die 100 als Faktorkosten aus und erhöht sie über den Kreislauf zurück, woraufhin er sie dort tilgt, woher er den Kredit bekommen hat = Schulden jetzt nur noch 5! Die kommen nur (!) durch zusätzliche Verschuldung wieder im Kreislauf (Auszahlung- Einzahlung) und verschwinden wieder, wie schon die 100 verschwunden sind.

Auch die 5 sind jetzt getilgt. Dann bleiben noch die 0,25 (5 % von 5) übrig, usw. - so läuft dann alles wieder aus. Endzustand null Kredite, null Schulden, null Zinsen. Es gibt den einen Schuldner nicht mehr und entsprechend keinen Gläubiger.

Aber:

Zu dem einen, der 100 Schulden hatte und die - wie beschrieben - abgearbeitet werden/wurden, kann natürlich jederzeit ein weiterer treten, der auch 100 Schulden macht, sagen wir einen Monat später.

Dann streckt sich das Ganze entsprechend, bis wieder "stationär" (= Tauschwirtschaft) erreicht ist.

>Denn am Ende der betrachteten Periode müsste sich ja ein Resteinkommen bleiben, (wenn man nicht unterstellt, dass die Einkommensbezieher ständig über ihre Verhältnisse leben).

Nein. Das "Resteinkommen" (aus den beschriebenen Kreditierungen) nimmt stetig ab, bis es automatisch verschwindet - es sei denn ganz andere treten auf, die zusätzliche Schulden machen. Dein "Resteinkommen" ist eine "Zusatzeinzahlung" (Zahlung ex neuem Kredit, um den Zins auf den alten Kredit zu bedienen!), die im Falle nur eines Schuldners wiederum automatisch gegen null geht.

>Dieses Resteinkommen macht eine Verschuldung in der nächsten Periode unnötig. Die dauerhafte einmalige Verschuldung würde allerdings durch Zinseszins permanent wachsen.

Nein, sorry. Nochmal Unternehmer: 100 als Kredit erhalten, 100 zurück gezahlt. Nur die 5, die er noch schuldig ist, sind nirgends als Kaufkraft vorhanden. Kredit 100 = Einzahlung beim Unternehmer 100 - Auszahlung (Löhne z.B.) 100 - Einzahlung (Warenkauf mit Hilfe der Löhne) 100 - Rückzahlung des Kredits = 100. Dem Unternehmer fehlen als Einzahlung jetzt noch die 5.

In der Höhe kann er sich selbst verschulden und Waren bei sich entnehmen, ist dann die 5 an seine Firma schuldig ("Unternehmerlohn" in Form von Warenentnahme aus eigener Produktion, womit sich nichts ändert, zudem der Unternehmer seinen "Lohn" vom Markt erwartet und nicht von sich selbst - linke Tasche, rechte Tasche).

Oder (Normalfall!) jemand außerhalb des Unternehmens, z.B. andere Unternehmer müssen sich in Höhe dieser 5 verschulden, die sie dann als Einzahlung 5 erhalten - und danach als 5 an den ersten Unternehmer auszahlen - der damit endgültig den alten Kredit getilgt hat (100 plus 5 Zinsen).

Was bleibt, sind die 5 Schulden der anderen Unternehmer, die wie beim ersten Unternehmer beschrieben abgearbeitet werden, immer 5 % von der jeweils für die Zinszahlung benötigten Restzahlung.

Ein Zinseszinsseffekt (also die 100 bleiben auf ewig stehen und werden hochgebucht) ist unmöglich, da ein zurückgezahlter Kredit nicht mehr verzinst werden kann. Im Gegenteil, der Zins (Summe! Als Auszahlung-Einzahlung-Rückzahlung) von der jeweils noch übrig bleibenden Schuld (von wem auch immer) wird stetig kleiner.

Was als "Zinseszinsseffekt" verkauft wird, ist eine Verwechslung. Die Zinsen steigen in **einem** Fall des einen Unternehmers niemals, weil getilgt wird. Hat er auch noch die 5 eingezahlt bekommen, kann er sie an den Kreditgeber zurückzahlen und ist absolut schuldenfrei. D.h. seine gesamten 105 sind komplett verschwunden.

Da aber immer **neue** Schulden via Kredit von immer anderen Unternehmen (auch Verbrauchern usw.) dazu kommen, steigt zweifellos die gesamte Schuldensumme und damit die gesamte Zinsverpflichtung, aber diese ergibt sich nicht aus dem "Stehenlassen" alter Kredite, sondern aus der Tatsache, dass immer neue, noch höhere Kredite genommen werden.

Also: Ein Unternehmer Schulden 100 und getilgt, wie beschrieben. Zinslast 5. Wird abgearbeitet wie beschrieben. Dann kommen 10 neue Unternehmer mit je 100 Schulden dazu (auch der alte könnte noch während sein Kredit läuft, **weiteren** Kredit nehmen) und die Zinslast ist jetzt 50.

Die 50 resultieren aber nicht aus dem ersten Kredit des ersten Schuldners, der "stehen geblieben" ist, sondern aus den weiteren Krediten.

Die jetzt 50 auf den ersten Kredit 100 zu beziehen und zu behaupten, die 50 ergäben sich aus der Hochbuchung der ersten Schuld von 100, ist der entscheidende Denkfehler, den die Zinseszins-Freaks immer machen. In ihrer Welt bleiben **alle** Schulden stehen und entsprechend die gleichhohen Guthaben, die nach immer neuer "Anlage drängen".

Man kann aber niemals Guthaben "anlegen"! Alles was der Guthabende mit seiner Forderung machen kann, ist ein Switchen in eine andere Forderung (oder in einen Sachwert, wobei dann der Sachwertabgeber die selbe Forderung in selber Höhe hält, was am Guthaben/Schulden-Stand in toto überhaupt nichts ändert).

Forderungen (Guthaben) können immer nur abgetreten (zediert) werden und dies immer nur bis zur ihrer Endfälligkeit.

Forderungen (Guthaben) sind (!) immer bereits"angelegt"! Was so gern als"anlagebereites Kapital" bezeichnet wird, gibt es nicht in dem Sinne, dass da etwas"netto" herumschwirrt und irgendwo ein Plätzchen finden muss. "Anlagebereit" kann immer nur heißen:

Zessionsbereit, also von einer täglich fälligen Forderung (inkl. Bargeld) in z.B. einen 10-Jahresbond umsteigen, usw.

Tatsächlich haben Kredite immer Laufzeiten und werden laufend abgearbeitet und immer neue kommen dazu: Einmal die immer kleiner werdenden aus dem beschriebenen 100/5/0,25-Effekt und dann weitere Kredite, die mit diesem Vorgang überhaupt nichts zu tun haben, sondern die ex nihilo entstehen, weil z.B. **neben** dem und **völlig unabhängig (!)** vom Bäcker jetzt auch der Schuhverkäufer mit Kredit arbeitet.

Debitismus: Erklärung Teil 2

verfasst von dottore, 21.02.2002, 13:27

http://www.dasgelbeforum.net/ewf2000/forum_entry.php?id=108122

Hi Popeye,

der zweite Schwung:

>2. Ist es überhaupt realistisch anzunehmen, dass eine zeitliche Nachfrangelücke entsteht? Betrachten wir ein Unternehmen in Gründung. Zunächst wird Anlagevermögen gekauft (und bezahlt),

Womit wird das Anlagevermögen gekauft? Dazu muss der Unternehmer erst mal eine Einzahlung haben, bevor er eine Auszahlung leisten kann. Dies ist entweder ein Switchen von bereits bestehenden Forderungen (siehe Teil 1) oder es ist ein Kredit, den die Bank neu und ex nihilo vergibt (Gründerdarlehen, falls ihr das Geschäftsmodell einleuchtet).

>also Gebäude, Maschinen, Rohstoffe etc. also (Faktor-) Einkommen für andere Unternehmen bereitgestellt. Dann werden Arbeitnehmer eingestellt und ob produziert wird oder nicht, solange diese (Produktionsfaktoren) bezahlt werden entsteht Faktoreinkommen.

Leider nein. Erst muss es zu einer Einzahlung an den Unternehmer kommen (siehe eben), bevor er die Auszahlungen an die Produktionsfaktoren leisten kann, die dann ihrerseits Einzahlungen haben (Du nennst es "Einkommen").

>Bevor unser Unternehmer also das erste Produkt in seine Lagerhalle fährt, hat er erhebliches (Faktor-) Einkommen geschaffen. (Durchschnittliche Investitionen/Arbeitsplatz BRD ca. TEUR 140).

Bevor der Unternehmer Auszahlungen leisten kann, muss er selbst Einzahlungen haben. Diese kann er dann an die Faktoren auszahlen (Dein "Einkommen").

Schon die Höhe der Investition pro Arbeitsplatz zeigt, dass dies ohne vorangegangene Kredite (= Guthaben/Schulden), die dann zediert wurden, nicht gehen kann bzw. (Normalfall bei Investitionen): Es werden in Höhe der Investitionen **neue** Kredite gewährt, siehe UMTS-Lizenz-Vorgang.

Dabei gings um so viel "Geld", dass dies sogar bis zur Notenbank durchschlug. Siehe Buba-GB:

"In den Sommermonaten Juli und August (2000) verstärkte sie (= Geldmengenexpansion) sich unter dem Einfluss der Versteigerung der deutschen UMTS-Lizenzen erneut."

>Eine zeitliche Nachfrangelücke kann in dieser Phase jedenfalls nicht entstehen.

Richtig. Aber nur bei diesem **einen** Unternehmen. Das Unternehmen muss aber die aufgenommenen Kredite bereits verzinsen, wobei die Zinszahlungen - so wird es mit den Banken vereinbart, ohne Ausnahme - erst starten müssen, sobald die ersten Produkte am Markt erscheinen. Die fälligen Zinsen (= Auszahlungen an die Banken plus Kredittilgung pro rata temporis, ebenfalls als Auszahlungen) werden dann mit den laufenden Einzahlungen an das neue Unternehmen geleistet.

>Im Gegenteil. Es ist kein Angebot auf dem Markt, aber Nachfrage. Ein Verschuldung zur Finanzierung der vermeintlichen zeitlichen Nachfragerücke ist jedenfalls nicht notwendig.

Nicht **dieser** Unternehmer hat schon eine Nachfragerücke, die kommt erst noch (als Zahlungsproblem), sondern die **anderen**, die ja genauso gestartet sind, wie das hier beschriebene Unternehmen und die bereits in der Zahlungsproblematik stecken, wie in Teil 1 beschrieben.

Nehmen wir **alle** Unternehmen, egal in welchem Stadium sie sich befinden, dann können **alle** Auszahlungen dieser Unternehmen niemals ausreichen, um ihre Produktion komplett vom Markt zu nehmen. Was als Einzahlungen vom Markt fehlt, sind die kalkulierten, aber nicht in Form von Faktoreinkommen bereits im Kreislauf befindlichen **Summen** für Unternehmergeinn und Zinsen.

Um diese **kalkulierten (!)** Gewinne und Zinsen auch zu **realisierten (!)** Einzahlungen an **alle** Unternehmen werden zu lassen, muss in Höhe der kalkulierten (aber nicht ausgezahlten und ergo nicht vorhandenen) Differenz **zusätzliche** Nachfrage entstehen, was nur über **zusätzliche** Kredite geht. Verlauf dieser Kredite - siehe bitte Teil 1.

>3. Betrachtenden wir nun den laufenden Produktions- und Absatzprozess dieses Unternehmens. Täglich wird produziert, gekauft, verkauft, gezahlt und bezahlt. Kontinuierlich fließen die Produkte auf den Markt (das mag für ein einzelnes Produkt Monate dauern) aber ebenso kontinuierlich werden Faktoreinkommen bezahlt. Unterstellt man nicht den (für mich unrealistischen) Fall, dass unser Unternehmen nur verkauft, aber seine Rechnungen (und Löhne) nicht bezahlt, kann eine zeitliche Nachfragerücke nicht entstehen.

Leider das gleiche Problem. Woher kommen die **Einzahlungen** an **alle** Unternehmen, wenn alle Unternehmen zwar summa 1000 als ausgezahlt haben ("Faktoreinkommen"), aber von den Faktoren summa 1100 als Einzahlung erwarten.

Die 100 sind ja noch nicht ausgezahlt, weil sich der Unternehmer nicht am Jahresanfang bereits aus seinem noch gar nicht realisierten Gewinn bedienen kann (Kriminelle lassen wir außen vor) und die Zinsen, die an die Bank zu zahlen sind, nicht am 1. Januar, sondern am 31. Dezember bezahlt werden müssen.

Erscheint zwischen Januar und Dezember diese zusätzliche Nachfrage in Höhe zusätzlicher Kredite nicht, gehen **alle** Unternehmer pleite, alle schön der Reihe nach, je nach Fälligkeit der den Banken **im nachhinein** zur Zahlung geschuldeten Zinsen, weil die Banken nicht per Zahlung bedient wurden - eben weil dem "Kreislauf" schlicht die "Mittel" fehlen, um die den von den Banken geforderten Zins (in Summe) zu bezahlen.

Dann können die Banken nur prolongieren oder müssen vollstrecken. Ersteres findet sein Ende in sich selbst. Letzteres häuft sich jetzt immer mehr, siehe Pleitenstatistiken.

Die gesamte Wirtschaft kann immer nur durch zusätzliche Verschuldung (neue Kredite ex nihilo) "gerettet" werden, niemals mit vorhandenem "Geld" oder existenten Guthaben, siehe Teil 1.

Deshalb auch, ich wiederhole das, die flehentliche Bitte Greenspans, doch "new credits" zu geben. Mit "old credits" oder deren "Streckung" und/oder deren Umbuchung auf andere Konten ("Staat") ist einer Wirtschaft niemals zu helfen, siehe Japan.

>4. Wenden wir uns nun den Faktoreinkommen am Beispiel eines Arbeitnehmers zu. Könnte die zeitliche Nachfrangelücke vielleicht entstehen, weil es nicht vollständig ausgegeben wird sondern zum Teil gespart wird und erst später wieder wirksame Nachfrage wird?

Sparen ist heute immer eine Forderungszession. Und in Forderungen kann **gesamtwirtschaftlich** (!) niemals gespart werden, weil Forderungen (Guthaben) immer gleich hohen Schulden entsprechen. Genauso gut könnte man fragen: Warum wird nicht in Schulden gespart?

>Liegt hier des Pudels Kern? Ist der Debitismus eine besondere Spielart der Unterkonsum-Theorien?

Es handelt sich zunächst um eine **Unterverschuldungstheorie**! Ich mag das Wort "Theorie" nicht, da dies keine Theorie ist, sondern die Beschreibung der konkret heute ablaufenden Wirtschaft. Dies ist auch kein Appell zum Schuldenmachen, sondern nur die Feststellung der Tatsache, dass es bei einmal gemachten Schulden nicht bleiben kann. Sie müssen **zunächst** zu einer Zusatzverschuldung führen, bevor sie dann peu à peu abgearbeitet werden können - siehe Teil 1.

Wobei sich die Frage des wie viel ist "unter" ausschließlich aus den bereits vorhandenen Schulden/Krediten und den drauf **jeweils später fälligen** Zinszahlungen bzw. Gewinnvorstellungen ergibt. Die Zinsen **müssen** bezahlt werden, die Bedienung der Eigentümer (Gewinn) muss nicht sein. Deshalb heute überall der verzweifelte Versuch "Fremdkapital" (Bank- oder Kapitalmarktschulden mit Erfüllungsdruck und Pleitegefahr) in "Eigenkapital" (Aktien) zu verwandeln.

Die Hypovereinsbank steht doch vor der Wahl, entweder Kirch pleite gehen zu lassen (er kann nicht bezahlen) oder die Forderungen, die sie (oder andere Banken) gegen Kirch haben, durch Switchen in Springeraktien erstmal zu entschärfen, was natürlich an der **Summe** der Forderungen überhaupt nichts ändert. Sie hat halt nur ein anderer.

Die Forderungen an Kirch (angeblich 13 Mrd. €) würden nur verschwinden, wenn sich alle Banken mit ihren 3 Millionen Aktionären, bei denen Kirch letztlich in der Kreide steht, sich Kirchfilme anschauen und sagen:

Danke, **damit** haben sie jetzt ihre Schulden bezahlt! Anschließend buchen die Banken ihre Kirch-Forderungen aus und zahlen zehn Jahre lang keine Dividenden mehr.

Und die Aktionäre sagen: Tolle Filme, der Dividendenverzicht hat sich gelohnt. Denn wir wollten uns sowieso schon immer für 13 Mrd. € Kirch-Filme angucken.

Dann sind die 13 Mrd. € Schulden/Guthaben für immer weg - was wiederum sehr schön zeigt, dass Schulden nur durch Konsum verschwinden.

Das wäre der "Unterkonsum"-Teil der "Theorie". Wird nicht konsumiert (nicht zu verwechseln mit "gekauft"), können Schulden nicht verschwinden. Was auch logisch ist, da die Menschen ja nicht wirtschaften, um zu wirtschaften, sondern um zu konsumieren.

Alles was dazwischen liegt, sind nur Umwege (Maschinen usw.), deren Zweck, zusammen genommen, aber auch nur darauf hinausläuft, andere, neue oder bessere Konsumartikel herzustellen. Dass sich der Konsum dabei hinziehen kann (z.B. fahre ich mit einem neuen Auto nicht bloß einen Tag lang rum und verschrotte es anschließend), spielt keine Rolle.

>Schauen wir genauer hin. Ein Einzelner kann Teile seines Einkommens sparen. Das ist sicher unstrittig und (nicht so unstrittig) klug. Wird er trotzdem Kredit aufnehmen um sein volles Einkommen oder mehr verbraten um "das Angebot vom Markt zu nehmen". Klingt nicht sehr plausibel. Aber die Tatsache scheint zu stehen, wenn der Arbeitnehmer spart (Konsumverzicht) bleibt ein Teil der Produktion unseres Unternehmens unverkauft.

Ein Teil der Produktion wird ohne Zusatzverschuldung **immer** unverkauft bleiben. Wer produziert, riskiert. Das Sparen des Arbeitnehmers ist eine Forderungszession. Ginge diese Forderungszession unendlich weiter, ohne dass es zum die Forderung auslöschenden Konsum kommt (siehe eben), muss entweder eine entsprechende immer größer werdende Zusatzverschuldung zu Konsumzwecken (siehe US-Verbraucher) Statt finden oder die gesamte Produktion auf der Endstufe, also wo sie konsumfertig ist, bleibt liegen.

Oder es wird hochgebucht: Kein Absatz, da letztlich kein Konsum, und die Schulden des Unternehmers wachsen entlang der Zinseszinskurve.

Irgendwann kommt's dann doch zum unausweichlichen Ausbuchen und da dann erst Recht (Vertrauensverlust!) keine neuen Kredite mehr vergeben werden (Bonität) und auch niemand mehr groß Lust hat, noch welche zu nehmen, kommt es zum Gesamtkollaps.

Danach wird es ganz neue, "direktere" Produktionsformen geben und alle fangen wieder von vorne an, zunächst mit dem Konsum von Lebensmitteln. Die ganze Produktions-"Palette", die wir heute noch kennen, wird sich vollständig verändern. Ich persönlich glaube, zum Positiven.

>(Ich höre die Freigeld-Theoretiker schon vor Begeisterung klatschen.) Aber die Sache hat einen Haken. So sinnvoll der Konsumverzicht (Sparen) für den Einzelnen sein mag, diesem Sparvorgang steht immer eine gleich hohe Verschuldung eines Anderen gegenüber.

Aber keine zusätzliche Verschuldung. Das ist ja das Problem. Ein Arbeitnehmer kann nur in Forderungen sparen, die an ihn zediert wurden (Lohnzahlung) und die er weiter zediert.

>So paradox es klingen mag: Eine Volkswirtschaft kann nicht sparen. (Wer sich mit diesem Paradox näher befassen will: siehe mein Posting (#107675) "Sonntagslektüre" oder: <http://www.flassbeck.de/gesamtwi.pdf>).

Völlig richtig. Wir hatten dies schon ausführlich diskutiert, ich glaube es gibt dazu auch einen Real-Enzyklopädie-Beitrag. Alles Gerede von "Geldvermögen" oder "Netto-Guthaben" ist - bezogen auf die gesamte Wirtschaft – Unsinn.

>Wenn diese These stimmt, dass eine Volkswirtschaft nicht sparen kann, dann kann die zeitliche Nachfrangelücke in toto auch nicht durch das Sparen verursacht sein.

Richtig. Die Nachfrangelücke entsteht zuerst und immer durch den in Teil 1 dargelegten Vorgang: Fehlende Nettoneuverschuldung. Diese Nachfrangelücke (Differenz zwischen kalkulierten Preisen und denen, die sich mit der als Faktorkosten bereits vorhandenen Nachfrage zwangsläufig ergeben muss), kann zunächst (!) nur durch zusätzliche Kredite/Schulden geschlossen werden.

Ansonsten verschwinden Schulden in toto nur durch Konsum in toto.

>Noch eins zum Abschluss. Ich bin ein empfindsamer Langsamdenker. Ich suche keinen Streit, sondern Erkenntnisse.

Das freut mich ganz besonders. Ich hoffe, etwas zur Erkenntnis beigetragen zu haben.

Ach ja? Die gefälschte ZB-Bilanz. Beweis:

Geschrieben von dottore am 25. Juli 2002 19:00:01

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/133661.htm>

Als Antwort auf: doch!!!! es gibt so eine position geschrieben von t-aktie am 25. Juli 2002 10:56:51:

>ok das kann natürlich auch ein fehler sein und die von der uni regensburg haben keine ahnung...aber da gibt es eindeutig bei GB im passiv eine position kredite bei der zentralbank.

Hi,

Fehler oder keine Ahnung?

Na schauermal:

ZB aktiv Ausland W, Staat H, GB F.

Wo erscheint **W** wieder? Unter Reinvermögen NB (Nichtbanken), also ist das Reinvermögen des Publikums die Forderung der ZB ans Ausland. Dann ist also alles, was wir vermögensmäßig haben, eine dubiose Forderung an Amerika?

Wenn ich was sofort abschreiben würde, dann das (die **Schweizer Nationalbank** hat's sehr schön vorgemacht).

Wie ist das mit der ZB Fed? Wie hoch sind deren Forderungen (W) ans Ausland? Wie reich ist demnach das amerikanische Nichtbanken-Publikum? Dass die - überschuldet wie sie sind - wenig haben, war mir schon klar. Aber **nichts**?

Position **H**. Kredite der Euro-ZBs an den Staat? Nehmen wir die Buba. Forderungen an den Bund 4,4 Mrd. €, sonst nichts (Bilanzsumme 257 in 2000). Das ist die berühmte **Ausgleichsforderung** ex Währungsreform und durch dem Bund zustehendes GK und RL der Buba (5,1 Mrd.) passiv gedeckt, 1 % verzinslich, muss in 04 abgelöst werden. Sehr schön erscheint deshalb unter der Bilanz der Nichtbanken als Passivposten wieder das H. Mit anderen Worten: **Das Geld, das wir in der Währungsreform erhalten haben, müssen wir - da bei uns Nichtbanken passiviert - in Form einer Steuer zurückgeben.** Schön, dass man es auch mal aus Regensburg hört.

Position **F**. Erscheint bei GBen als Passivum. Ich hätte gern eine Bilanz einer Geschäftsbank gesehen, wo eine Verbindlichkeit (Passivposten) gegenüber der ZB erscheint. Was in den GB-Bilanzen erscheint ist neben der Position Bargeld noch **Guthaben** gegenüber der ZB und die nicht etwa als "Reserve" bezeichnet, sondern als täglich fällige Forderung. Aber wurscht, ist ja wenigstens bei der ZB passiv verbucht.

Nur warum das C in den GBen nicht aktiv? No Bank, no cash? Jetzt schon?

Aber machen wir es kurz, damit es klar wird:

Da die ZB niemals ZB-Geld C und R rausrückt, wenn nicht die GBen, die **allein** mit der ZB Geschäfte machen dürfen, ihr Pfänder angedient haben (heißt ab jetzt **P**) ist das, was in der ZB-Bilanz unter F erscheint ("Kredite an GB") nicht anderes als ein Verbuchen von etwas, das der ZB überhaupt nicht gehört.

Alle P (von Regensburg einfach mals flott als K bezeichnet) sind und bleiben, da Pfandrecht Sachenrecht, vollumfänglich im **Eigentum** der GBen.

Die ZB-Bilanz ist deshalb schon per se gefälscht, weil sie nach verbindlichem Bilanzierungsrecht, das für sämtliche Unternehmen einschließlich ZB gilt (siehe Bestätigungsvermerk der WPs) etwas aktiv verbucht, das sie aktiv überhaupt nicht verbuchen darf.

Denn was hätte die ZB zum Bilanzstichtag, sofern **physisch** Inventur gemacht würde? Sie hätte einen Haufen Pfänder (packenweise von den GBen ihr anvertraute Pfänder) und sonst nichts.

Ein Pfand darf aber beim Pfandhalter nicht aktiv verbucht werden. BESITZ WIRD NICHT VERBUCHT! Sonst könnte auch jede Firma, die im gemieteten (!) Bürogebäude haust, dieses aktivieren.

Nun sind die Herren ja nicht blöd. Sie haben deshalb einen Dreh gefunden, das P als etwas "anderes" zu verbuchen (im Regensburger Beispiel ist es das F), also als eine **Forderung** gegen die GBen (siehe § 26 BBkGesetz, und dazu Mitteilung der Buba 10001/2001).

So sind rätselhafte "Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet" entstanden. Diese geldpolitischen Operationen sind im Klartext nichts anderes als die Verwandlung von P in C + R unter Verbuchung des nicht von der ZB verbuchbaren P als F.

Damit ist etwas entstanden, das es überhaupt nicht gibt, nämlich ein "Kredit" der ZB an die Gben.

Nehmen wir allein ZB und GBen als Geschäftspartner, dann haben wir beim Start jeglicher "Geldschöpfung":

GBen aktiv: Forderungen ans Publikum (FaP). Passiv: Forderungen des Publikums (FdP). Über die Forderungen sind jeweils Titel ausgestellt (Pfandbriefe, Sparbücher usw.)

ZB: aktiv null. Passiv null.

Die **FaP** werden von der ZB als P akzeptiert. Die ZB könnte genau so gut **FdP** als P akzeptieren, z.B. Sparbücher statt Pfandbriefe.

Das tut sie aus naheliegenden Gründen nicht, abgesehen von den vielen Geschäftspartnern, die sie dann hätte:

- **Pfandbrief** besser besichert;
- bei Bankschuldverschreibungen, die ZB inzwischen auch akzeptiert ist es schon schwieriger, da ein Banksparbuch rechtlich besser gesichert ist als eine Bankschuldverschreibung;
- bei **Staatspapieren**, welche ZB als P akzeptiert noch windiger, da nur durch "Steuermonopol" besichert;
- bei **Wechseln**, die früher das Hauptgeschäft der ZB waren - Re-Diskont! - war's wieder besser, da aus einem Wechsel Schuldner und Gläubiger haften und alle, die sonst noch unter- oder quergeschrieben haben).

Bleiben wir jetzt der Einfachheit halber bei der FaP, die "ZB-fähig" ist und ergo von ihr als P reingenommen wird. Im Moment der Hereinnahme rückt sie ZB-Geld heraus (C + R).

Wir haben also dieses Geschäft im Ablauf:

1. Schritt:

GBen: Aktiv: FaP (wird nach wie vor dort verbucht!) **plus** C + R,
passiv: FdP, wie bisher schon.

ZB:

Aktiv: FaP jetzt als F verbucht,
passiv: C + R.

Was hätten wir also?

Erraten! Den so lange vergeblich gesuchten **"Kredit" der ZB** an die GBen, denn deren Aktivseite hat sich unbezweifelbar **verlängert!** Und zwar um C + R.

Das C wurde von den Regensburger Dödeln als in GB-Bilanzen nicht existent betrachtet; so viel Intelligenz wie ein Regensburger Bank-Professor bringt man aber locker auf, indem man beobachtet, dass GBen auch Bargeld in der Kasse halten - eben C.

Aber wer verlangt von einem Bank-Professor schon, dass er je in einer Bank gewesen ist?

Jetzt passiert was?

2. Schritt

Die Banken sind in einer komfortablen Lage. Sie haben nach wie vor P als auch die daraus an sie fließenden Zinsen. P verbuchen sie selbstverständlich aktiv, der Titel P ist nur der Ausdruck für FaP und das Publikum muss selbstverständlich die Forderung bedienen.

Dazu haben die Banken jetzt noch das schöne C + R, das ihnen die ZB spendiert hat, wobei sie an dieser Wohltätigkeit natürlich teilhaben will, weshalb sie einen "Leitzins" ("Leitsatz" - es könnte auch Trallala heißen) verlangt, der, wie oft genug erklärt, nichts anderes ist als eine Steuer (Monopolprämie).

Nun wie die wunderbare Geldvermehrung (Verlängerung der Aktivseite der GBen) neutralisieren? Denn das wäre das Geschäft aller Geschäfte überhaupt, sich netto ZB-Geld beschaffen zu können (zu 3,25 % z.B.), und die Zettel ans Publikum für 10 % oder so als Überziehungskredit o.ä. weiter zu "vermieten". Nun also zum

3. Schritt:

Bekanntlich ergibt sich der Gewinn in einer Bilanz aus dem Überschuss der Aktiva über die Passiva.

Würden die Banken das C + R als Aktivseitenverlängerung verbuchen können, würden sie das darin ausgedrückte ZB-Geld sofort ans Publikum "vermieten".

Sie hätten dann aktiv: ZaP wie bisher plus neue ZaP (entstanden aus der Vermietung von C + R). Passiv: ZdP wie bisher. Damit hätten sie als Gewinn also: ZaP (alt) plus ZaP (neu) minus ZdP. Das Bankgeschäft wäre die profitabelste Sache der Welt. Was die ZB kann, nämlich Bares "vermieten" könnten die "Mieter" (GBen) noch viel besser.

Die Idealbank wäre eine Banknoten-Weitervermietungsanstalt, die selbst keinerlei Interesse daran haben würde, Bargeld anders als per Rückzahlung von vermieteten Banknoten anzunehmen.

Nun zum **Clou** - nicht dass jetzt jeder ins Bankfach strebt oder Herrn Ackermann seine Bank-Lizenz für die Peanuts abkauft, die sie noch wert ist!

Der Clou ist die Position **1 b)** der Passivseite aller Bankbilanzen. Dort erscheint unter "Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten" die Position "mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist". Aufgegliedert nach "Restlaufzeiten" erscheint dort als fettester Posten "bis 3 Monate". Darunter verstecken sich nicht etwa nur rätselhafte Mega-Positionen der GBanken **untereinander** (die gibt's schon auch).

Sondern auch die durch Vertrag mit der ZB ("geldpolitische Operationen", siehe oben) entstandenen Verpflichtungen der GBen, an die ZB zu den bekannten Terminen just das C + R zurück geben zu müssen (auch wenn es dann sofort wieder prolongierbar ist, die üblichen "Dienstagsgeschäfte", auf die ich schon hingewiesen hatte). Dies ist die Position **F** im Regensburger Beispiel.

Damit ist jegliche Aktiva-Verlängerung der GBen **ohne** gleichzeitige Passivseiten-Verlängerung der GBen unmöglich. Es bleibt somit alles wie es war, weil es so ist:

1. Die ZB vergibt niemals Kredit.
2. Es gibt keinerlei Geld netto. (Scheidemünzen ausgenommen).
3. Alles Geld, was aus der ZB kommt, muss ihr vorher in Form von Titeln (Pfändern) angedient werden (Kurs pari).
4. Ohne private Kredite niemals ZB-Geld. (Wechselt inzwischen - siehe USA - zu: ohne staatliche Kredite niemals Greenbacks).
5. Kredit (Schuld!) immer vor Geld.
6. Geld daher nur als Schuld-Geld definierbar ("Kreditgeld" euphemistisch).
7. Die ZB fälscht eine Pfandverwahrung um in eine Kreditgewährung. Ihre Banknoten sind nichts als PFANDMARKEN. Diese Marken haben die unangenehme Eigenschaft "gesetzliches Zahlungsmittel" zu sein.

Falls es jemand ganz platt und einfach haben möchte:

Ich gebe meinen Mantel an der Garderobe ab. Garderobe gibt mir eine Pfandmarke. Nur (!) mit dieser Pfandmarke kann ich in der Stadt einkaufen, mich besaufen, selbst entlohnt werden. Nach einiger Zeit muss ich meinen Mantel abholen. Stand groß dran: Schließen um 00.00 Uhr. Komme mit der Marke, die ich beim Tellerwaschen gekriegt habe. Sagt doch die Garderobenfrau: Den Mantel kriegen Sie aber nur gegen zwei Pfandmarken wieder raus. Das haben Sie doch gewusst. Nein. Was tun? Ich bin verzweifelt.

Sagt die Frau: Ach wissen Sie was? Geben Sie mir Ihre Schuhe, dann kriegen sie dafür die zweite Marke und mit beiden Marken kriegen Sie dann wenigstens den Mantel zurück.

8. Der ZB-Satz ist eine Steuer, resultierend aus dem staatlichen Geldmonopol ("gesetzliches Zahlungsmittel").
9. ZB-Steuer nur in ZB-Geld zu entrichten.
10. ZB-Steuer mit Summe des außerhalb ZB befindlichen ZB-Geldes, das seinerseits in Summa pari zurückgereicht werden muss (entsprechend in Gben verbucht), nicht bezahlbar.
11. Ergo Zwang zum permanenten Geschäft der GBen mit ZB.

Dieses ist ein erstaunlich geschickt konstruiertes Perpetuum Mobile zur Staatsfinanzierung also. Nur läuft es bald nicht mehr. Dass es schon deutlich langsamer geworden ist (ja warum greifen bloß die Geldspritzen der Notenbanken nicht?!), beweist die Gegenwart.

Spätestens bei weltweitem ZB-Satz 0 (null) ist es vorbei. ZB kann dann jeden alles drucken lassen, weil's eh wurscht ist. Banken sind eh pleite, und haben nur noch auf, damit die Kleinen noch erleben dürfen, was das wohl ist, eine "Bank". Statt kann beteuern, dass jetzt alles, was er schuldet noch viel sicherer sei als je zuvor. Die Bevölkerung wird in den Städten Bambule und auf dem Land überm Rübenacker den Buckel krumm machen.

Und so heiter und so weiter.

Gruß!

PS: Ich sollte mal in Regensburg Professor werden, aber als ich vom Kultusministerium hörte, es gebe da 2,5 Mille im Monat, hab ich's dann doch lieber nicht gemacht. Wie wäre ich sonst wohl an meinen schönen Pool voller lila Banknoten gekommen? So wie die Märkte ausschauen, gefällt mir mein "reeller" Pool viel besser als der "real pool of savings" des Trottels vom Mises-Institut.

Lesetipps und MEHR - Anti-ZB und Anti-Macht-Pamphlet

verfasst von dottore, 09.07.2002, 10:26

http://www.dasgelbeforum.net/ewf2000/forum_entry.php?id=129343

>Hallo dottore,

>ich habe noch Lücken beim Verständnis der Aktivität der ZB.

Schließe ich Dir gern.

>In Lehrbüchern habe ich schon ein bißchen geschmökert, zB bei Samuelson.

Zu diesem Thema leider vergebliche Mühe. Das Problem: Alle die Makro-Lehrbücher setzen Geld, Zins, Notenbank usw. voraus, ohne sie zu erklären.

Beweis: Das **Standardlehrbuch** zu diesem Spezialthema ist Hans Schmid, Geld, Kredit und Banken. Ein modernes (sic!) Lehrbuch für Unterricht und Selbststudium. ISBN 3-258-06394-X. 5. Auflage 2001. Seite 90:

"Unter Geldschöpfung bzw. Geldvernichtung verstehen wir die Vorgänge, die zu einer Erhöhung oder Verminderung der Geldmenge M1 führen."

Logischer Fehler: Die "Erhöhung" wird mit "Schöpfung" gleichgesetzt. Prof. Schmid ist immerhin an der besten Ökonomen-Schmiede im deutschen Sprachraum (St. Gallen) tätig. Er geht - wie alle anderen mainstraemer - davon aus, dass es Geld als solches immer schon gegeben hat, denn etwas, das nicht schon mal existierte, kann nicht erhöht werden.

Was dieses Ur-, Erst-, Bestands-, Start-, Schmiermittel-, usw. -Geld ist, definiert bzw. erklärt er nicht. So macht er dann den üblichen Eiertanz und landet in solchem Unsinn wie dem **"Geldangebot"**. Wie kann etwas, das erst **geschaffen** bzw. **erhöht** werden muss (wobei die Erhöhung die Schöpfung ist), bevor es **angeboten** werden kann, schon **vor** seiner Schöpfung angeboten werden?

Das alte Elend: M1 sind Banknoten (plus täglich Fälliges plus Scheidemünzen). Banknoten werden gedruckt und liegen als wertloses Papier in der ZB. Sie sind physisch vorhanden, in Multi-Milliarden-"Summen", aber selbstverständlich noch kein Geld, weshalb die ZB ihren **eigenen** Banknotenbestand nirgends verbucht.

Wären Banknoten in der ZB Geld, müssten sie aktiviert werden.

Was nicht aktiviert, also wertlos ist kann nicht angeboten werden, abgesehen davon, dass es mit nichts nachgefragt werden könnte. Oder fragen die Banknoten, die im Publikum sind, die Banknoten nach, die in der ZB liegen? Wo kämen dann die nachfragenden Banknoten her?

Geld ist schwarze Kunst, die so schwarz ist, dass jene, die sich im mainstream damit beschäftigen sie selbst nicht kapieren. Jeder mainstreamer kapituliert sofort, wenn er Dir die Frage beantworten soll: Verkauft die ZB Banknoten oder vermietet sie diese? Banknoten sind schließlich Sachen.

Wenn er dann ausweicht und sagt, Banknoten seien keine Sachen, sondern eben Geld, bitte nachsetzen: Wenn Geld keine Sache ist, dann kann es nur eine Forderung sein (Schuld, Schuldschein, Guthaben, usw.).

Auf der ganzen Welt gibt es - wirtschaftlich definierbar - nur Sachen oder Forderungen, daher im BGB nur Sachen- oder Schuldrecht.

Demnach müsste die ZB eine Forderung verleihen (zedieren = abtreten), wenn sie Banknoten hergibt. Wogegen hat die ZB die Forderung, solange sie selbst Banknoten hält? Dann der Fangschuss: Sagen Sie, Herr Professor, gibt die Notenbank Kredit?

Die ZB kann aber niemals Kredit vergeben, auch wenn in ihrer Bilanz "Kredit an Kreditinstitute" erscheinen. Beweis: Die Kreditinstitute verbuchen **nirgends** entsprechende **Schulden** gegen die ZB, sondern ihrerseits **Forderungen** gegen sie (Banknoten und ihre bei der ZB stehenden Guthaben), die in der ZB auf deren Passivseite verbucht werden).

Wer wäre also wem was schuldig? Schwarze Kunst eben.

>Das hat mir weiter geholfen, reicht aber anscheinend noch nicht. Haben Sie eine Leseempfehlung?

Das beste Buch zum Thema Geld ist Heinsohn/Steiger, Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft. 2. Aufl. 2002 ISBN 3-89518-304-0 sowie (Kurzform) dies., Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum, 2002, ISBN 3-89518-352-0.

Der einzige Fehler, den HS machen ist der, dass sie Geld zwar völlig richtig aus der Belastung von Eigentum entstehen lassen, aber dieses sozusagen als Geld in "Vorhalte", das darauf **warten muss**, dass es sich jemand über einen Kredit abholt (der Kredit muss seinerseits wiederum durch Eigentum besichert sein). HS sehen zwar, dass Geldentstehung und der das entstandene Geld dann leihende Vorgang quasi "uno actu" erfolgt, was aber nicht erklärt, was denn Geld ist bzw. war, bevor es geliehen wurde.

Aus diesem Dilemma hilft nur das heraus, was mir nach ewig langem Nachdenken endlich eingefallen war:

Geld ist die erst in diverser physischer Gestalt (Naturalien), dann endlich standardisierte **Zwangsabgabe**.

Die Macht, und so ist es bis heute ("gesetzliches Zahlungsmittel") setzt also fest, was Geld ist, indem sie es als Abgabe fordert. Die Macht ist der erste Gläubiger, die zur Abgabe verpflichteten die ersten Schuldner.

Was G fordert und S liefern muss, ist Geld. Von da an, läuft alles elegant bis heute: Geld → Preise → Märkte → Zins → eben die gesamte "Private Wirtschaft". Die gab es nicht etwa vor der Zwangsabgabe (sozusagen als ein Ensemble von Tauschenden, die zur Erleichterung des Tausches Geld "**erfunden**" haben,) sondern sie ist ihre **Folge**.

>Kann ruhig ein "mainstream"-Buch sein, Kritik und Feinheiten gibt es ja hier.

Wie die Schwarze Kunst heute funktioniert, kannst Du in diesem Text finden:

Das Wesen der heutigen Zentralbank

Das Ganze läuft auf die einfache Frage hinaus: Worin wird getilgt? Oder besser: Kann in dem, worin bei Fälligkeit bezahlt werden muss, überhaupt getilgt werden?

Wenn wir das Hin- und Hergeschiebe auf Konten (= Forderungen und deren Abtretung, wodurch keine Forderung verschwindet) außen vor lassen, ist das, womit bezahlt werden kann, ausschließlich das "gesetzliche Zahlungsmittel".

Hübscher Name, aber nehmen wir ihm die Maske ab.

Dieses "Zahlungsmittel" ist, und dabei lassen wir die bösen Banken mal außen vor, das von der Zentralbank ausgegebene Geld. In Noten oder ZB-Guthaben, die von der ZB zugelassene "Geschäftspartner" bei selbiger halten. Partner sind zwar heute nur noch Banken, doch die können wir uns wegdenken, um zum Kern zu kommen. Banken braucht's eh nicht und sie "redimensionieren" sich schon saftig.

Das "Gesetzliche" gibt nur die ZB aus und nur, indem bei ihr Schuldtitel (BRD: Pfandbriefe, Bankschuldverschreibungen usw.) **verpfändet** werden.

Diese Titel aber laufen ab und müssen durch Titel ersetzt werden, die **noch** "Laufzeit" haben. Die ablaufenden Titel wiederum müssen mit dem "Gesetzlichen" bezahlt werden. Eine "Tilgung" ist das nicht. Logo.

Hätten die "außerhalb" der ZB keine solchen Titel (keine Sola-Papiere, bittschön!) mehr im Nostro, könnten sie sich kein "Gesetzliches" mehr besorgen und ein Konkurs-Katarakt wäre die Folge. Denn womit tilgen?

Also zum "Gesetzlichen". Das wird **nicht** gegen **Zins** von der ZB ausgegeben. Das hört sich nur so an, aber die ZB selbst hat kein Geld (etwa aktiv verbucht), das sie gegen Zins verleihen könnte, sondern "schafft" es.

"Geld", also das "Gesetzliche" gibt's erst, wenn es über den Tresen der LZB gewandert oder in ihren Büchern **passiv** gelandet ist (gegen die erwähnte Verpfändung).

Der ZB-Zins ist also **kein** Zins ein Schnippeln an dem Zinssatz, der auf den Schuldtiteln selbst liegt. Klartext: Eine Steuer. Banknoten- oder ZB-Geld-Steuer.

Die ZB nimmt sich vom Zinssatz, der auf den bei ihr liegenden Schuldtitel als Pfänder, dann das Ihre, nennt das frech "Zins" und verlangt von denen "außerhalb" von ihr, dass sie den geschnippelten Zins in "Gesetzlichem" an sie geben oder buchen.

Also: Pfand = 100, Zinssatz darauf 5 %. Blicke der Titel außerhalb der ZB würde der Titelhalter die 5 % bei Laufzeit-Ende oder anteilig pro rata temporis kassieren. Aber in was könnte er kassieren?

Also sind wir beim ZWANG, sich bei der ZB das "Gesetzliche" beschaffen zu müssen. Einmal ZB, immer ZB. Die Gläubiger (ex Titel) sind in toto durchaus **gezwungen**, sich bei der ZB zu verschulden.

Warum? Eben, weil es ohne "Gesetzliches" keine Ablösung alter Forderungen plus Sofort-Verwandlung in neue geben könnte. Zwischendurch soll auch mal was gekauft werden, Waren richtig zum Anfassen und so.

Die werden aber nicht bezahlt, in dem Sinne, dass damit die Forderung, die der Käufer hat, erlischt, sondern der Käufer tritt nur seine Forderung an den Verkäufer ab.

Die ZB verlangt nun z. B. 2 %. Dann muss das bei ihr liegende Pfand, eben der Titel, mit 102 ausgelöst werden. Woher die 2 nehmen, die es doch gar nicht gibt? Die ZB hat doch nur 100 für das Pfand 100 als "Geld" emittiert.

Also müssen in Höhe der 2 zusätzliche "Gesetzliche" her, was wieder nur gegen Verpfändung von Titeln mit Noch-Laufzeit möglich ist. Und weil das "Gesetzliche" nicht erst am Ende der Laufzeit des Titels in die ZB zurück muss (sonst müsste sich die ZB selbst ums Inkasso beim Titelschuldner kümmern, dazu sind sich die Herren zu fein), sondern schon vorher, muss also das Rondo (weitere Titel mit noch späterem Laufzeit-Ende) weiter gehen.

Der Gag des Ganzen: Der von der ZB geforderte Zins-Anteil (am vorübergehend bei ihr verpfändeten Titel) kann selbst niemals getilgt werden. Denn die ZB fordert als Rückgabe eben das "Gesetzliche" und das ist IMMER etwas, das auf einem Schuldtitel basiert und so immer frisch "prolongiert" wird. Die ZB fordert nicht etwa eine Sache (Gut, "Ding"), auch wenn's so aussieht, da man Banknoten "anfassen" kann. Sie sind nur leider wertloses Papier.

Die ZB "vollstreckt" bei Terminablauf (= Rückgabezeitpunkt des Gesetzlichen) niemals in **Sachen** (Güter, Dinge), sondern immer in Titel, also verzinsliche Titel, die wieder zu ihr wandern müssen. Eben solange es das "Gesetzliche" gibt.

Würde der Titel "außerhalb" platzen, wg. Schuldner pleite, wäre es so:

Der Titelhalter "außerhalb" müsste in die Sicherheit DIESES Titels vollstrecken: Beim Pfandbrief also ins Häuschen usw. Damit wäre die Schuld verschwunden. Die Leistung, die der Gläubiger "außerhalb" erhält, ist daher entweder etwas, das er (als Forderung, die an ihn abgetreten wurde) akzeptiert oder akzeptieren MUSS: Letztlich eben das Pfand, das seine Forderung als **DING** (Sache, Gut, Arbeitsleistung, usw.) "besicherte".

Damit die perverse Situation: Ist die ZB im Spiel, die eine "Forderungsposition" auf das "Gesetzliche", noch dazu immer mehr als ausgegeben, und nicht auf "Güter" (Sachen, Dinge, Arbeit) hält, kann es keine Tilgung geben, da eben gegenüber der ZB als "Gläubiger" (besser: "Scheingläubiger") niemals mit Gütern getilgt werden kann, sondern nur mit Hilfe jeweils später fälliger Titel.

Drum: Heutiges System hat wg. "Gläubiger" ZB, der niemals mit Gütern befriedigt werden kann – im Gegensatz zum privaten Gläubiger, der immerhin zum Schluss in Gütern (Grundstücke usw.) sich befriedigen lassen MUSS, beim Schuldnerkonkurs halt – den "Systemfehler" schlechthin:

Die ewig unbefriedigte ZB.

Die ZB hat dadurch, dass sie das Monopol aufs "Gesetzliche" hat, alles andere auch ruiniert. Es wird nicht mehr geleistet, kann auch gar nicht mehr (Arbeitslose!) und die Leistung (als Güter, Sachen, Dienste, Arbeit) kann gar nicht mehr so akzeptiert werden, dass dadurch die Schuld verschwindet.

Sondern es wird immer weiter und immer mehr "vorgetragen", also in etwas "bezahlt", was selbst leider nur ein Zahlungs-"Versprechen" ist bzw. etwas, das auf einem Zahlungsverprechen (Titel) basiert. Und Tilgung? Zero!

Der Zinseszins ist damit schon wg. ZB-System unausweichlich.

Der Rest der Wirtschaft (Unternehmer, Arbeitnehmer) wird automatisch reingesogen wie in einen Schlund.

Folgen: Immer miesere Verteilung, rapidissimo wachsendes Arm-Reich-Problem, falsche Allokation aller Ressourcen (die Banker und Assekuranten nennen ihre Titel und Titel-Derivate logischerweise "Produkte", um abzulenken, dass die Konstruktion neuer Forderungs-Mätzchen nichts PRODUZIERTES, sondern nur GEBUCHTES sind, immer weiteres Hochbuchen, immer größere Überschuldung, immer gewaltigere Anreize, Neuverschuldung zu schaffen (wealth effect, ick hör dir trapsen...) oder zu machen (Staatsschulden notfalls), usw.

Ein Pyramidenspiel ist zu bestaunen, gegen das die Nummern der Albaner der 90er Jahre wie Anfängerübungen wirken.

Wenn's endlich kracht, und das tut's mit Bestimmtheit, wann auch immer, geht's mit dem Ausbuchen los und zum Schluss beim Mega-Konkurs, werden die letzten Gläubiger, die noch in Sachen (Dinge usw.) vollstrecken können (sehr fraglich bei dem Durcheinander dann), die einzigen bleiben, die "bedient" werden, mit den Pfändern nämlich (SACHLICH!), mit denen ihre Titel besichert waren.

Wenigstens haut's die ZBs dann auch endlich um.

Vor allem jene, die wie die Fed, nur noch dinglich völlig unbesicherte Staatstitel halten. Die Fed kann dann gern in US Government "vollstrecken". Freu mich schon drauf.

Und nach dem Kladderadatsch geht's wieder los, mit welchem "Geldsystem" auch immer. Mit einem schuldtitle-basierten gewiss nicht.

Guter Rat: jede Forderung **besichern** lassen! Auch die gegen "gute Banken". Schließlich ist sie Schuldner.

Und beim nächsten "Kauf" von Bundeswertpapieren mal den Freddy am Banktresen fragen:

"Womit sind die denn besichert?"

Wenn der Freddy blöd guckt, dann ihm sagen:

"Sie verlangen doch auch von mir Sicherheiten, wenn ich einen Kredit will!"

Wenn der Freddy dann sagt: "Aber der Staat ist doch sicher!" dann lächeln: "Dann geben Sie mir doch die Sicherheit und ich gebe dem Staat dann den Kredit."

Und wenn der Freddy stöhnt: "Aber der Staat kann doch Steuern erheben..." - dann sagen: "Warum tut er's denn nicht jetzt schon?"

Dann schnallt der Freddy ab. Bisschen mehr als Kleingeld muss freilich schon Sache sein.

Also Kinnings: Nicht leimen lassen, sondern immer fest den Geld- und Kreditkriminellen im Auge behalten.

Ist schließlich nur einer.

(Text Ende)

Wie Du siehst, führt am STAAT nirgends mehr ein Weg vorbei. Aber ist es ein Wunder? Nein, denn am Staat (Herrschaft, Macht) hat in der Geschichte noch nie ein Weg vorbei geführt. Man konnte sich eine Zeitlang verstecken, wie die Mönche ihre Klöster im Wald. Sich gegenüber der Staatsmacht tot stellen wie die ersten Christen.

Der gesamte **Kapitalismus**, so sehr gescholten und verflucht, ist nichts anderes als der Versuch der Menschen, dem Abgaben- und Machtzwang zu entkommen. Den so überaus erfindungsreichen Kapitalisten ist es aber nie gelungen, eine definitiv staatsfreie Zone irgendwo auf der Welt zu errichten. Er entstand zum letzten großen Durchlauf im 18. Jh., als die Macht erschöpft am Boden lag.

Kriege, Revolutionen, Mega-Staatsverschuldung (GB bis über 200 % des BSP).

Die Staaten heute wären längst entmachtet (kein Mensch will doch diesen unsäglichen Politiker-Scheiß und die Pappnasen, die da durchs Fernsehen turnen).

Aber die Staaten haben jetzt die Notenbanken. Das **unbezwingbare** Bollwerk der Macht. Bis auf weiteres jedenfalls...

Um das Bollwerk sturmreif zu schießen, muss man erst mit äußerster Sorgfalt seine Konstruktion studieren. Kein Festungsbaumeister hat je seine Baupläne veröffentlicht. Also müssen wir sie rekonstruieren.

UND DAS GESCHIEHT HIER!

Nicht an jenen albernen Staatsbetrieben, genannt Universitäten oder Wirtschaftsforschungsinstituten. Dort schreinern Staats-Lakaien Modelle, die keiner kapiert und keiner kennen lernen will.

Der sich immer größer weltweit aufstauende **Volkszorn** soll nur in falsche Richtungen gelenkt werden. Aber irgendwann kommt das Volk der Macht schon noch auf die Schliche.

Dann Gnade Gott der Macht!

State of the Art beim Metall-Problem (1)

Geschrieben von dottore am 28. Oktober 2002 12:42:47

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/150660.htm>

[Z]um Metallproblem ist Einiges mitzuteilen, das die Archäometallurgie inzwischen ermitteln konnte. Dabei ist anzumerken, dass die Ergebnisse der Forschungen ganz neu sind und hier zum ersten Mal mitgeteilt werden, zumal sie sich z.T. auf noch unveröffentlichtes Material beziehen, insonderheit diverse Vorträge international führender Experten beim Anatolian-Metal-Congress in Bochum.

Die Fachwelt verblüfft sich dabei selbst durch ihre Ergebnisse. Sie wurden gewonnen durch Übersetzungen bisher unbekannter Urkunden (Keilschrift) aus diversen Archiven, speziell der Hethiter-Metropole Hatuscha sowie durch Ausgrabungen und Metallanalysen, die in dieser Form bisher noch nicht durchgeführt wurden, was vor allem für die frühesten Münzen gilt, die von P. Craddock (Scientific Examination and Replication of the Lydian Gold Refinery at Sardis), einem der Keeper of the Coins im Britischen Museum durchgeführt wurden (der Autor hatte gemeinsam mit Rammage die hier bereits bekannte große Untersuchung der Raffinerie des Kroisos in Sardeis publiziert und gilt als weltweit führender Experte speziell der Pb-Isotopen-Analysen der ältesten Münzen).

Im Überblick ist zu sagen, dass sich die von mir vertretenen Thesen vollumfänglich bestätigen, wie sich in den anschließenden Diskussionen gezeigt hat. J.G. Dercksen (Universität Leiden) wies darauf hin (Assyrische Texte aus Kültepe und Metallhandel), dass in Kürze eine Monographie erscheinen wird, welche die Abgabengeld-These ausführlich darstellt, wobei die Reihenfolge: Abgabe, danach erst Handel im gesamten vorderasiatischen Bereich zu finden ist. Aus dieser Gegend, wir sprechen von Zeiträumen, die im 5. und 4. Jt. BC beginnen, sind bekanntlich die ältesten Metallfunde in nennenswerten Umfang sowie Metallverarbeitungen und Metallnutzungen überhaupt überliefert.

Einige Highlights der Referate sollen hier in kurzer Form bzw. Stichworten vorgestellt werden und das in lockerer Folge. Überflüssig zu sagen, dass die Forscher sämtlich sog. "vorgefasste Meinungen" (Tauschhandel, privates vor abgabeninduziertes Wirtschaften, Metallgeld usw.) nicht interessieren, da diese in Zeiten entwickelt wurden, als Ökonomen und Sozialwissenschaftler keinerlei Kenntnisse von dem Material (Schriftquellen, Funde in situ usw.) und den Analysetechniken hatten (Dendrochronologie, C14-Datierungen, Spektraluntersuchungen), über welche die moderne Forschung inzwischen verfügt.

Die Experten halten es für ganz und gar unwissenschaftlich, mit ökonomischen Modellen zu arbeiten, die retroprojiziert sind und Vorgänge zu erklären vorgeben, die dann als "plausibel" vorgestellt werden, ohne jeglichen historisch fundierten Unterbau.

Nun zu den ersten Details:

Prof. Esin (Istanbul): Die ersten nachvollziehbaren Machtstrukturen (Assur) basieren auf Eisen bzw. Stahl (Näheres dazu später PD Yalcin, Bochum). Mit dessen Hilfe wurden Abgabensysteme entwickelt, wobei die Abgabenforderung in Form von Metall erfolgte.

Im assyrischen Raum entwickelt sich die erste ausgebildete Händlerschicht, deren Funktion es war, das geforderte Metall zu beschaffen. Der Weg des Metalls war eine Einbahnstraße, die in dem Herrschaftszentrum, der Sackgasse sozusagen, endete.

Die Weitergabe von Metall war in Assur in jeglicher Form verboten, außer beim Zinn (zur Herstellung von Zinn-Bronze unabdingbar), das auf zwei Wegen, zum einen über Kadesch (Ostanatolien) und Mari (irakisch-syrische Route) weiter geleitet werden durfte. Die innere Logik ist klar: Stahlwaffen (Assur) waren Bronzewaffen überlegen, so dass es kein Sicherheitsrisiko gab, zumal die anderen Zentren weit weg lagen (Mittelmeerraum, Zentralanatolien).

Das Zinn kam aus Zentralasien (Usbekistan, Tadschikistan), möglich auch Afghanistan. Die Nachfrage nach Zinn war - wie die Korrespondenz zwischen Assur und Hattuscha zeigt - eindeutig herrschaftliche Nachfrage.

Dies belegen für das Beispiel der Hethiter, des größten anatolischen Machtzentrums, die dort gefundenen Texte, die von Prof. Siegelova (Prag) seit Jahren übersetzt werden. Danach haben die im Herrschaftsraum der Hethiter, die selbst nie eine Händlerschicht entwickelt hatten, geltenden Abgabenvorschriften den sensationellen Befund erbracht, dass dort (!) Zinn (An-Na) als Abgabe erhoben wurde, obwohl es in diesem ganzen Großraum überhaupt nicht vorkam bzw. nirgends abgebaut wurde.

Die von den Hethitern zur "Zinnsteuer" gezwungenen Gebiete, die Rede ist von fünf Sub-Zentren, die bisher noch nicht mit Sicherheit lokalisiert werden konnten, mussten sich ihrerseits also das Zinn beschaffen, was wiederum zum Eintauschen von Zinn und damit der Ausbildung eines Fernhandels zwang.

Ähnliches dürfte für Kupfer gegolten haben, das ebenfalls Abgabengut war. Dabei wurde die Abgabe nicht in Barren geleistet wie offenbar bei Zinn (ein Zinnbarren wurde in dem berühmten Wracke von Bulu Gurum gefunden), sondern in Form von Beilen, Äxten und Sicheln aus Kupfer, deren Gewicht sämtlich auf zwei Minen geeicht war (1 Mine = ca. 1 Pfund). Es wurde streng nach dem Shekelstandard nachgewogen. Diese nach Gewicht standardisierten Metallabgaben waren ein Mal im Jahr zu leisten. Die Abgaben wurden im Palast ("Oberstadt") gehortet und von dort dann zur Verarbeitung weiter geleitet.

In diesem Zusammenhang ist weiterhin bemerkenswert, dass niemals Bronze abgegeben wurde, sondern beide Metall (Cu, Sn) getrennt. Das Abgabemetall wurde danach an die Palasthandwerker ausgegeben und zwar ebenfalls getrennt und nicht als Bronze.

Das Endprodukt waren immer Bronze-Waffen, die ausschließlich den Garden und Truppen vorbehalten war, Bronze-Gerätschaften für den "privaten" Gebrauch wurden niemals ausgeliefert, auch nicht gefertigt.

In hethitischen Gesetzestafeln sind auch die Metall-Relationen festgeschrieben: $\text{Cu} / \text{Ar} = 160 : 1$, $\text{Cu} / \text{Au} = 480 : 1$. Das Gold war dabei quasi der Libero, denn wir finden - umgerechnet über gleichförmige Ishtar-Statuen - sogar ein Verhältnis Ar / Au von $2 : 1$.

Der Standard war also ein Cu-Standard in den bekannten Formen, siehe oben, der sich wiederum auf eine Shekel-Gewichtsstandard reduzieren ließ, der von der Obrigkeit festgesetzt worden war. Handel innerhalb des Reiches existierte nicht. Die Versorgung der Bevölkerung, die von der (offenbar um -2000 oder kurz danach als Eroberer eingefallenen oder als Machtusurpatoren aufgetretenen) Oberschicht in Abhängigkeit gehalten wurde, geschah über die bekannten Depots (in Boden eingelassene und versiegelte Großkeramik), die ihrerseits nicht über Abgaben, sondern über Direktbezug aus den Ländereien der Herrschaft, die sämtliches beackerbares Gebiet umfassten, gefüllt wurden.

Mit der Entwicklung des Stahl-Eisens änderte sich die Lage dann grundlegend. Dazu und zu anderem demnächst mehr.

Metallproblem - State of the Art (2)

Geschrieben von dottore am 29. Oktober 2002 15:30:23

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/150829.htm>

[H]eute nur ein kurzer Hinweis auf die Analysen des Britischen Museums (P. Craddock, Scientific Examination and Replication of the Lydian Gold Refinery at Sardis).

Bisher galt als Annahme (a. von Craddock in seinem mit Rammage zusammen publizierten Kroisos-Buch), dass

1. Die ersten Münzen aus **natürlich** vorkommendem Elektron geprägt wurden.
2. Kroisos seine Raffinerie eingerichtet hatte, um das Elektron in seine Bestandteile Gold und Silber zu zerlegen und danach jeweils getrennte "reine" Münzen zu schlagen.

Das BM hat nun die frühesten Statere einer genauen Untersuchung unterzogen. Das Resultat (gewonnen mit Hilfe der Pb-Isotopen-Analyse) kommt zu diesem Ergebnis:

Die Elektronmünzen sind **nicht** aus natürlich vorgekommenem Elektron gefertigt.

Sie wurden vielmehr **künstlich** fabriziert. Dazu hat man natürliche Gold- und Silbervorkommen genommen, danach jeweils reines Gold und Silber raffiniert und diese beiden Metalle **anschließend** zu einem Elektron-Cocktail gemixt (ca. 55 / 45 %) und aus der Mixtur dann erst die Münzen geschlagen.

Das BM war bisher außer Stande, Münzen nachzuweisen, die aus Gold und Silber so geprägt wurden wie beide Metalle natürlich vorkommen, d.h. mit den entsprechenden zwangsläufigen Spuren weiterer Metalle, die sich erst bei der Raffinierung verflüchtigen.

Daraus ergibt sich zwingend, dass bereits vor der Herstellung der Schrötlinge die daraus zu prägenden Münzen in Metallform **standardisiert** waren.

Es gibt keine Möglichkeit zu erklären, warum die enormen Investitionen vorgenommen wurden, um zu "reinen" Metallen zu gelangen und dies - im Fall der Elektronmünzen - anschließend auch noch zu mixen - es sei denn man nimmt eine bewusst herbei geführte Standardisierung an.

Diese wiederum muss sich "gelohnt" haben. Im angenommenen Fall von "Privatgeld" aus Edelmetallen hätte der jeweilige Präger des Metalls das Metall in seinem ursprünglichen Zustand verarbeitet, um die Kosten der, einer Ausmünzung voran gehenden, Metallbearbeitung zu sparen.

Das Nämliche haben wir auch bei anderen Metallen, worauf noch eingegangen wird.

Metall, Macht und Eigentumsentstehung (3)

Geschrieben von dottore am 30. Oktober 2002 15:19:49

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/151045.htm>

[A]m Van-See (Ost-Anatolien) entdeckten türkische Ausgräber unter Prof. Cilingiroglu (Izmir) Spuren einer Kultur, die uns in den bekannten strittigen Fragen "Geld und Eigentum" weiterhelfen dürften.

Im Westen, auf einer Halbinsel liegt ein Hügel, der - wie so viele dieser "Hügel" bis nach Europa hinein - reiche Funde barg. Abgetragen wurde Schicht um Schicht und wie immer kommt als erstes die "Oberstadt (alias Palast, alias Tempelbezirk, alias Akropolis) zum Vorschein. Umfang immerhin 6 Hektar. Darunter die Unterstadt, die sich etwa sechs bis acht mal so weit ausbreitet. Man stelle sich das Ganze als Doublette zu den von den Tübinger Archäologen rekonstruierten Bereich Troja vor, der zuletzt in Bonn ausgestellt wurde.

Er große Vorteil der Anlage waren Schriftfunde, die Texte (Keilschrift) waren in das umlaufende Basement-Fries des zentralen Oberstadtgebäudes eingeritzt. Es handelt sich um die drittgrößte Inschrift dieser Art weltweit.

Wir lesen dort den Herrschernamen, den Namen der "Gottheit" und Details zu den Taten des ersteren. Dieser hatte sich Geiseln aus Assyrien genommen, per Krieg, und diese dort unterstädtisch angesiedelt, also der klassische Menschen- oder Sklavenraub. Gefunden wurden die bekannten "Sklavenringe" (8 cm Durchmesser), diese mit Inschrift, also dem Namen des Eigentümers. Genannt werden auch die Namen der Länder, die der Chef sich unterworfen hatte.

Die Oberstadt war ein großes Waffenlager, sozusagen das Zeughaus oder die Waffenkammer im Zentrum. Waffen waren auch im Tempel aufgehängt, möglicherweise war dieser die besondere Waffenkammer für die Elite der Eliten, da dort die besten Stücke lagen.

Die Waffen waren standardisiert und müssen in großer Menge als gleichförmig hergestellt worden sein. Das Material war Zinn-Bronze und Eisen, allein entsprechend bestückte Lanzen (mit Keilschrifteinritzungen, möglicherweise einzelnen Namen zugeordnet) wurden in Menge 600 gefunden. Es wurden auch massenhaft Nägel gefunden, allerdings keine in Holzreste, so dass über die Funktion der Nägel neu nachgedacht werden muss (Spezialwaffen? - zumal viele Adlerköpfe tragen, was bei Nutzung per Hammerschlag keinen Sinn ergibt).

Gold wurde an Waffen als deren Schmuck verwendet (Rosetten). Es gab massenweise Helme und 36 große Bronzeschilder, die Helme mit der Inschrift "Gott Haldi", was an die 3000 Jahre späteren Koppelschlösser "Gott mit uns" u.ä. erinnert.

Geopfert wurde ebenfalls und dies von "unten", also den in der Unterstadt ansässigen Abhängigen. Die Opfertiere waren Abgaben, deren Fleisch zur Nahrung der "Oberen" diente (der Priester-Klassiker z.B. auch in Israel).

Das Metall war im Oberbezirk monopolisiert. Der Ausgräber dazu wörtlich: "People outside had no chance to share this technology". Die Technologie (Waffen- Herstellung) war oben abgelaufen, und zwar in bekannten Feuerstellen (das Schmied-Phänomen, wobei der Schmied nicht "fliehen" darf). Die Verbindung zum iranischen "Feuerkult" (Urartu, das Metallverarbeitungs-Kernland usw.) ist unübersehbar. Das Feuer, das auf den "Altären", man denke noch an die Sasaniden- Münzen flackert, ist nicht ein rätselhaftes "Opferfeuer", sondern das Feuer, das der Schmied nutzt. Es geht halt immer viel praktischer und diesseitiger zu als manche sich das so vorstellen und diese Vorstellungen dann mystifizieren.

Dieses Zentrum der Ayani (erste Monographie dazu soeben in Rom erschienen) verschwand dann allerdings buchstäblich über Nacht - und man konnte auch bestens rekonstruieren, wie und warum. Es war eine Naturkatastrophe und zwar unbezweifelbar ein großes Erdbeben!

Dieses zerstörte die Oberstadt auf einen Schlag und die Beweisstücke blieben bis zur Ausgrabung in situ: Von den Wänden gefallene Schilde, die deutlich sichtbar unten abgeflacht sind - so wie halt ein Schild (schwer, bis 50 Kilo und 120 cm Durchmesser, und daher nicht für den Gebrauch im Feld, sondern zur Verteidigung der Oberstadt gedacht, sozusagen wie "Zinnen") ausschaut, wenn es aus etwa 5 Meter Höhe in die Tiefe kracht (die Zwischendecken dabei durchschlagend).

Die Herrscherschicht ging in der Katastrophe unter, was bedeutet: die in der Unterstadt waren mit einem Schlag "befreit".

Sie verließen nach kurzer Plünderung rasch den Ort des Schreckens und siedelten in "sicherer" Entfernung neu, wobei sie - jetzt als "zwangsherrschaftsfrei" - Felder und Weiden auf- und einteilten und ihr so gewonnenes "Eigentum" bewirtschaften konnten. Die weitere Entwicklung bis hin zu Parallelphänomenen (Prototypen die "Roma quadrata", die "Landaufteilungen" in Sparta usw.) ist allgemein bekannt: das Eigentum wird als solches von einer in der neuen Gemeinschaft entstandenen neuen Macht besichert (bei Rom denke man an das Likatorenbündel ("fasces" mit Beil in der Mitte → "Faschismus") als oberstem Macht- und Vollstreckungssymbol) und kann dann durch Schaffung von Titeln darauf wirtschaftlich eingesetzt werden, was zu der Phänomen-Trias "Eigentum, Zins und Geld" führt.

Dies entspricht, wie schon geschrieben, also ziemlich genau dem Heinsohn'schen Modell der Entstehung von Privateigentum nach dem Sturz der Herrschaft, die bis dahin via direkter Machtausübung das Gesamt- oder Obereigentum besaß. Heinsohn geht allerdings zunächst von "Umsturz" bzw. "Revolution" aus, aber in diesem Fall und vermutlich in den weiter westlichen (Mykene, Knossos usw.) Gebilden ist die katastrophische Entstehung von völlig neuen Sozialstrukturen eindeutig.

Den Ablauf bestätigen übrigens auch die dendrochronologischen Untersuchungen von Prof. Kuniholm (Ithaca - "Dendro-Dating in Anatolia: The Second Millenium"), der anhand der Baumring-Untersuchung an zahlreichen Plätzen merkwürdige Ring-Deformationen entdecken konnte, die von ihm befragte Biologen eindeutig als durch einen kurzfristigen Klimawechsel verursacht erklärten: Es war nebeliges, nasses Wetter (für diesen Trockenzone-Bereich ganz ungewöhnlich), das sich wiederum sehr schön durch die Folgen des explosiven Vulkanausbruchs mit Ascheregen von Thera (heute Santorin) erklären lässt und der von schweren Erderschütterungen begleitet war.

Damit haben wir also eine einleuchtende Erklärung der Entstehung von Privateigentum durch ein exogenes Ereignis (Katastrophe), die sich sozusagen "evolutorisch" in diesen Gebieten nicht ergeben hätte und das es in der oft vermuteten "Frühzeit" nur in jenen Gegenden gegeben hatte (speziell Mesopotamien mit seiner "Familienwirtschaft"), die dann von Gewaltausübem vom Norden her überrascht und zu Abgabenleistungen gezwungen wurden, wie oft genug inzwischen dargestellt.

Sehr grundsätzliche Antwort - that's all I can say...

Geschrieben von dottore am 30. Januar 2003 11:03:42

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/165783.htm>

Als Antwort auf: Gold / Euro / Dow / Dax - s'wird immer paralleler - die Frage aller Fragen!
geschrieben von dottore am 29. Januar 2003 20:16:21:

Hi,

herzlichen Dank für die Beiträge vorweg. Ich darf die wichtigsten Stichworte herausgreifen und zunächst anmerken:

"Im Kreis" (Heller) - es kommt also nichts dazu. Alle versuchen also offenbar, jeder natürlich aus seiner Sicht, den Status quo zu halten und tanzen dieses Rondo. Stichwort: Bloß nichts mehr verlieren. Der Kreis wird aber unerbittlich kleiner - Radius schrumpft...

Ganz klare Ansage von tas: "Fear". Das passt genau. Die Angst ist jetzt: Bloß nicht noch mehr verlieren. Früher (Hausse) war es anders: Die Angst, nicht so viel zu gewinnen wie die anderen.

Bei Dieter gefällt mir die Ansage, dass es nicht (mehr) zu "realem Vermögenszuwachs" kommt. Ich meine: Dazu auch nicht mehr kommen kann, da die addierten Vermögenswerte, um die es letztlich geht, immer weiter schrumpfen.

Bei pecunia lese ich "Schutz" - das entspricht in etwa der "fear": Jeder will sich schützen, weil er fürchtet, ohne Schutz zu verlieren oder noch mehr zu verlieren.

Bär geht von den "Haltern" aus, was darauf hinausläuft, dass jeder versucht, just "das" zu halten (= zu haben und ergo möglichst schnell dorthin zu switchen, wo das Halten keinen Verlust (mehr) bringt.

Der kluge EUKLID setzt noch einen Extra-Player aufs Feld, die "Manipulateure". Die manipulieren allerdings nur oder erst, wenn sie befürchten müssen, dass das "Ganze" sonst noch mehr abschmiert. Dies übrigens sind andere Manipulationsmotive als in der Hausse, als man mit der Manipulation zusätzliches Vermögen zu erhaschen versuchte, während es jetzt nur noch darum geht, zu manipulieren, um die (eigenen oder gesamten) Verlust möglichst niedrig zu halten, ihren Eintritt möglichst lange hinaus zu zögern oder möglichst lange zu verschleiern.

Aus diesem und eigenen Überlegungen ergibt sich folgendes Bild:

Die Krise der Vermögen ist massiv unterwegs. Während in der Hausse durch Beleihungen (Kredite auf ohnehin permanent steigende Aktiva) zusätzliches "Geld" geschaffen wurde, was die Hausse der Aktiva weiter vorantreiben musste, wurde also - platt gesagt - gekauft ohne dass gleichzeitig verkauft werden musste. So konnte "alles" steigen und der Wechselkurs war "kaufgetrieben".

Bestes Beispiel immer noch: Die Dollar-Hausse, die nicht etwa eine Euro-Baisse war, sondern der Ausdruck dafür, dass man sich im Euro-Raum (unter Besicherung der im Euro-Raum bestehenden Aktiva bzw. Kredit-Fazilitäten) verschulden konnte, um dann in Dollar, i.e. Dollarwerten zu investieren. Dies hat sich inzwischen gedreht, denn die auf Euro lautenden Kredit müssen zurück und machen den Euro so rätselhaft stark. Der Eur wird also nicht etwa gekauft, um im Euro-Raum im großen Stil (via neue im Dollarraum genommene Kredite) shoppen zu gehen - denn sonst müssten die Euro-Aktiva haussieren, was nun – siehe Dax - überhaupt nicht der Fall ist. Der Euro muss vielmehr gekauft werden, um die auf Euro lautenden (alten) Verbindlichkeiten abzulösen.

In der weltweiten Vermögens-, alias Aktiva-Baisse ist es genau umgekehrt: Es muss zuerst verkauft werden, bevor geswitcht, also in anderen Aktiva angelegt werden kann. Die Kurse sind jetzt "verkaufsgetrieben".

Die beim Verkaufen logischerweise erscheinende Liquidität wird dann so schnell wie möglich in "etwas" angelegt, was sich positiv gegenüber dem entwickelt, aus dessen Verkauf sie stammt.

Kurzum: Das ganze Gebilde stellt sich dar als verzweifelter Kampf aller Partizipanten, nichts (mehr) zu verlieren (kann natürlich auch gelegentlicher Noch-Gewinn sein, dann allerdings nur für einzelne, niemals mehr für alle!) und nicht etwa "Tonnen von Geld" (ex allgemeiner Aktiva-Preis- bzw. Kurssteigerung zu gewinnen. Das haben sich alle längst abgeschminkt, sie geben es bloß noch nicht zu.

Indiz dafür sind die bekannten "Benchmark"-Betrachtungen nach dem Motto: Klar, unser Fonds hat 30 % verloren, aber die Benchmark 35 % - also sind wir große Klasse und Du, Anleger, kannst dich ruhig wieder hinlegen.

Nun gibt es ein einziges "Medium" (Vermögenswert, Aktivum), das keinen lokalen, regionalen, nationalen usw. Markt hat, wie etwa Aktien, Immobilien etc. Und das ist Gold.

Dies hat nicht nur die ökonomisch eindeutigen, und ergo rationalen Vorteile passivafrei zu sein und niemals unverkäuflich zu werden oder gar auf Null fallen zu können - im Gegensatz zu allen sonstigen "Vermögenswerten" (siehe mein Generve mit den 42,22), sondern es hat nach wie vor den Mythos (siehe Rumpelstilzchens Vortrag), das einzige "Eventualaktivum" zu sein, das existiert.

Dies ergibt sich grundsätzlich aus seiner physischen Konsistenz (alle anderen Aktiva sind Verschleiß oder dem kompletten Untergang bzw. der Nichterfüllung ausgesetzt) und dann vor allem aus seiner "Geschichte". Jeder, der Augen im Kopf hat, kann sehen, dass ein 2500 Jahre altes Goldstück heute noch genau so aussieht wie vor 2500 Jahren.

Somit reift im Gold etwas heran, was sich mehr und mehr von den (albernen) Betrachtungen in Richtung Schmuckindustrie, industrielle Verwendung oder gar "allgemeine Angebotslücke" löst und zu seinem traditionellen Mix aus Mystik und Physik zurück findet, es erscheint als "Alternative" für jene, die ihre Verluste in Grenzen halten wollen, so dass es immer dann angefasst wird, wenn sich bei den verlustgeweihten Aktiva "Schwächen" zeigen - so dass über kurz oder lang das zum Tragen kommen wird, was die bekannten Dow/Gold-Charts aussagen: Es wird gegenüber den deflations-, also liquiditätsbeschaffungsbedingt fallenden sämtlichen Welt-Aktiva selbst dann triumphieren, wenn sein "Preis" gleich bliebe.

So synchronisieren sich die Märkte immer deutlicher, wobei wir vermutlich nach Auslaufen der Euro-Hausse (die Positionen sind abgewickelt, wie und wann auch immer) eine direkte Korrelation zwischen Sonstigen Aktiva und Gold ergeben dürfte (weshalb ich überhaupt darauf gekommen bin): Die Sonstigen fallen relativ gegenüber Gold, was wiederum gegenüber den Sonstigen relativ "steigt".

Der POG wird aber genau deshalb nicht gleich bleiben, weil immer mehr versuchen werden, die zur Vermeidung weiterer Verluste ihrer Vermögen erfolgenden Verkäufe vor der Wahl stehen: a) in andere Aktiva außer Gold zu switchen (was ihnen wegen der postwendend dann dort erscheinenden Verlust mehr und mehr vergehen wird, b) Liquidität zu halten (Inflationsrisiko derzeit nahe Null) oder c) in Gold zu gehen.

Die c)-Fraktion nimmt ersichtlich zu und es ist abzuwarten, was also auf kurze, mittlere oder lange Sicht geschieht.

Mein (völlig unverbindliches) Szenario:

Kurz (max. 1 bis 2 Jahre): Starkes Volatilitätspotenzial, da die "Manipulateure" noch nicht aufgegeben haben und der Markt selbst alles andere als "sauber" ist - ganz im Gegensatz zu den späten 70er Jahren. Es wird also kein Zuckerschlecken oder Easy-Going werden. Die Gold 200 könnten durchaus bereits erscheinen.

Mittel (max. 1 bis 5 Jahre): Der große Shake-Out der Sonstigen. Da dies in Zwischenphasen und sicherlich "zum Schluss" riesige Löcher, i.e. Liquiditätsbeschaffungsprobleme aufreißen wird, kann dies auch an den "sehr starken Händen" (privaten Goldhaltern) nicht spurlos vorübergehen. Ich darf an die Parallele zum 87er Crash erinnern: Titel runter, Gold gleich hinterher.

Ich setze stark auf dieses Szenario, wie oft genug geschrieben, kann mich aber selbstverständlich irren. Die Wucht eines weltweit kollabierenden Finanzsystems dürfte unsere Vorstellungskraft übersteigen. In diese Phase würde mir Gold 200 am besten zusagen, auch erheblich tiefere POGs halte ich für möglich, EW hin oder her. Ich persönlich halte die EW-Analyse in diesem Punkt für falsch angesetzt. Denn Gold kann m.E. erst einer Zählung unterworfen werden, nachdem es sich auch der letzten Reste seine monetären Daseins entkleidet, denn erst dann konnte die Käufer "in Gold denken", vorher war es umgekehrt: man dachte "aus Gold".

Der POG spielt "als solcher" letztlich nicht die entscheidende Rolle, da es zwangsläufig (siehe oben) gegenüber den Sonstigen relative Stärke haben muss.

Die Frage, ob Gold gegenüber Cash (Noten im Safe) gewinnt, weiß ich nicht. Nur das weiß ich: Gegenüber den Sonstigen (und dem allgemeinen "Preisniveau" - administrierte "Inflationen" via Verbrauchsteuererhöhungen usw., die gern und zu Recht als "Gegenargument" gebracht werden, halte ich für nicht entscheidend, da der Spielraum für solche Mätzchen politisch begrenzt ist, siehe BRD MWSt. auf 18%!) wird Cash King sein, vielleicht auch nur Duke oder Earl, aber auch das sollte reichen.

Lang (kann natürlich schon früher einsetzen als erst in 5 oder so Jahren): Goldpreisexplosion aus dem sehr einfachen (und noch und noch hier diskutierten) Grund, dass die immensen innen- und außenpolitischen Verwerfungen, welche die Kernschmelze des Aktiva- d.h. letztlich Finanzsektors (nur über den Finanzsektor lassen sich Aktiva bekanntlich "auspreisen" - bitte nochmals die Japan-Etude zu lesen, weiter unten) automatisch nach sich ziehen muss, dass die "Staaten" im letzten Aufbäumen zum klassischen Ausweg der Notenpresse wählen werden.

The sky is the limit. Than.

Und dann beginnt die bange Frage: Wenn sämtliche "Währungen" ausgelaufen sind - was kommt danach?

Das werden wir erst erahnen können, wenn es in die Richtung Notenpresse gegangen ist. Auf erste Sicht bestreite ich allerdings, dass die Goldhalter über das Auslaufen der Währungen hinaus Gold halten sollten. Die ganze Übung ist m.E. erst dann erfolgreich abgeschlossen, wenn wir wissen, wohin mit dem Gold dann.

Die Chancen auf Rückkehr zum Goldstandard oder gar zu einer Metallumlaufwährung halte ich für völlig ausgeschlossen (Irrtum vorbehalten). Meine Begründung ist bekannt: Gold ohne Staat ist als "Privatgeld" schlicht nicht vorstellbar: Es würde unter den Happy Few gehandelt und der riesige Rest der Menschheit würde untergehen. Möglicherweise entstehen allerdings "Warlord"-Strukturen (siehe Antike), was dann wieder den "Kreislauf der Macht" starten würde: Gold als Abgabe (denn ein Mal ausgegeben wäre es ja weg) und als "Zahlungsmittel" zur Sicherung des Machterhalts (Söldner usw.).

Gold mit Staat liefe auf eine Weltzentralregierung hinaus. Von dieser Idee sollten wir uns sofort verabschieden, da wir nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch der amerikanischen Weltmacht (obwohl die zäh sind und es dauern kann) wegen overextension (Paul Kennedy usw.) eine schnell um sich greifende Parzellierung des Weltgeschehens erleben dürften.

Dixi - it's all I can say.

Bargeld, Bargeldbestand, Bargeldumlauf - hier spricht die EZB

Geschrieben von dottore am 13. Februar 2003 15:46:45

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/168975.htm>

[I]m MB Januar 2003 lesen wir in einem Aufsatz "Die Bargeldnachfrage im Euro-Währungsgebiet im Zeichen der Euro-Bargeldumstellung" auf S. 47 (Unterstreichungen von mir):

"Der Begriff '*Bargeldumlauf*' (im Aufsatz wird auch häufig '*Bargeld*' als *Synonym* (! d.) verwendet) ist enger gefasst als "Banknoten- und Münzumlauf", da er nur den Banknoten- und Münzbestand (! d.) der Nicht-MFIs (Klartext: Nichtbanken, d.) und somit nicht den Kassenbestand (! d.) der MFIs im Eurogebiet umfasst. Der Bargeldumlauf (! d.) ist eine Komponente des weit gefassten Geldmengenaggregats (! d.) M3. Im November 2002 betrug sein Anteil am Gesamtbestand dieser Geldmenge 6 %. Mit Ausnahme der gebietsansässigen MFIs gibt es keine Informationen darüber, wer in welchem Umfang Eurobanknoten und -Münzen hält. Daher umfasst der Bargeldumlauf (! d.) nicht nur die Bargeldbestände (! d.) der Nicht-MFIs im Eurogebiet, sondern auch den Bargeldbestand im Ausland."

Daraus geht klar hervor, dass

1. **nicht** zwischen Menge, Umlauf und Bestand sowie Teilaggregate **unterschieden** wird, dafür aber
2. zwischen Menge und Bestand innerhalb und außerhalb der MFIs und darüber hinaus auch noch zwischen In- und Ausland **durchaus unterschieden wird**.

Zwischen den MFIs kann "Bargeld" auch gar nicht "umlaufen", da keine Bank 1 Mio. Euro schickt, um von der anderen Bank mit 1 Mio. Euro wieder zurück zu kehren, weshalb sich schon von daher die Vorstellung eines "Geldumlaufs" verbietet.

An Bargeld können Banken nur kommen, indem sie es sich bei der jeweiligen ZB beschaffen. Dies wiederum geht - wie x-mal erklärt - nur gegen den bekannten Prozess der Hinterlegung (Verpfändung) von Schuldtiteln, was bedeutet: Ohne Kredite (im Schuldtiteln verbrieft) kann es nie und nimmer Bargeld geben.

Für die Hergabe von Bargeld verlangt die ZB die bekannten Sätze, die niemals ein Zins sind, da eine ZB niemals Kredit geben kann, sondern eine Steuer (Monopolprämie).

Gibt eine Bank, und anders kann Bargeld nicht von der Bank ins Publikum kommen, Bargeld ans Publikum, dann geschieht dies ausschließlich auf dem Weg über einen Kredit. Dieser Kredit hat nichts mit dem Kredittitel zu tun, gegen den die Bank sich ihrerseits Bargeld von der ZB beschafft hat, was im Klartext – ebenfalls x-mal erläutert - bedeutet, dass mit der Bargeldsumme **niemals** die Kreditsumme abgelöst werden kann, gegen die das Bargeld erschienen ist.

Das schöne Phänomen "Geldmengenaggregat" kann wiederum nicht aus einer Addition von Mengen bestehen, sondern ausschließlich aus einer Addition von **Summen**.

Da das Bargeld Teil einer Geldsumme ist, kann Bargeld nicht aus einer "Menge", sondern nur aus einer Summe bestehen. Da **Summen** - im Gegensatz zu **Mengen** - nicht "umlaufen" können, ist die Vorstellung eines Geldmengenumlaufs schlicht und einfach dummes Zeug.

Jeder Geldsumme steht im gesamten System (ZB, MFIs, Publikum) immer eine gleich hohe andere Geldsumme gegenüber: einmal ist sie aktiv vorhanden (egal ob verbucht oder nicht), das andere Mal passiv.

Das Publikum führt keine Bücher, wodurch bei kleinen Kindern der Eindruck entsteht, als habe das Publikum "sein Geld" (Banknoten usw.) "netto aktiv", also ohne dass dieses "Geld" gleichzeitig woanders **passiv** verbucht wäre.

Kleine Kinder denken also: Toll, da gibt es etwas "als solches", nämlich Geld, und glauben, da Geld in Form von Geldscheinen (Banknoten), und somit "physisch" existiert, es sei eine "Menge" (ein "Haufen Geld").

Dies ist aber nichts als illusionäres Denken. Denn jede Verfügung über "Geld", das jemand aktiv hat (verbucht oder nicht) ist nichts anderes als die **Zession** einer Forderung durch den jeweiligen Geld-Gläubiger, bei welcher der Geld-Schuldner der selbe bleibt.

Gläubiger können ihr Guthaben, das nur als **Summe** und niemals als Menge definierbar ist, jederzeit zedieren. Den entsprechenden Vorgang als "Umlauf" zu bezeichnen, und dabei die Vorstellung zu haben oder zu erwecken, da "liefere" etwas um, so wie bei Kinder- oder Mau-Mau-Spielen Murmeln oder Karten von einem zum anderen "wandern", gehört in den Kindergarten oder in feuchtfröhliche Familienabende.

Mit der ökonomischen Realität, in der wir leben, hat das absolut nichts zu tun.

Desungeachtet wäre der sog. "Bargeldanteil" am "Gesamtbestand der Geldmenge" von 6 % (EZB) ein Anlass für Bargeld-Fetischisten, sich ernsthaftere Gedanken zu machen darüber, was es mit dem "Bargeld" wohl auf sich hat.

On Top kommt noch der "Bargeldumlauf in Relation zum privaten Verbrauch", über den uns die EZB ebenfalls unterrichtet:

Er ist im Euro-Währungsgebiet zwischen 1980 und 2001 von 10,0 auf 8,0 % gesunken. Was ebenfalls verdeutlicht, dass von einem nennenswerten "Umlauf" des Bargeldes in Bezug auf private Verbrauchsausgaben (in Summe, logisch) keinerlei Rede sein kann!

Auch von dieser Ecke aus betrachtet, spielt "Bargeld" nirgends eine signifikante Rolle (in Frankreich haben wir 4,8, in Finnland nur 3,9 %!), weshalb sich sämtliche Überlegungen, mit dem "Bargeld" zu operieren oder dort als "Tauschmittel" oder Ähnlichem anzusetzen (Tauschgeld, Freigeld, Wära usw.) als **Heilslehren** ohne jede Bedeutung entpuppen.

Die heutigen Probleme haben absolut nichts mit "Bargeld" zu tun, sondern ausschließlich mit **Kredit**.

Die weltweite Überschuldungskrise, resultierend aus niemals mehr erfüllbaren Krediten, die stracks in die deflationäre Depression führt, ist mit keinem wie auch immer konstruierten Bargeld-"Trick" zu beseitigen. Wer dies glaubt, schaut in die völlig falsche Richtung und verschwendet seine Zeit und die aller anderen auch.

Ich darf bitten, diesen Beitrag zu archivieren, um nicht immer wieder aufs Neue diese alberne Diskussion um den "Geldumlauf" führen zu müssen. Anklicken und man weiß Bescheid (hier folgende etwaige Diskussion inklusive).

Inflation, Hyperinflation, intrinsischer Wert

Geschrieben von dottore am 15. März 2003 19:46:01

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/175479.htm>

[I]ch kann das alles gut verstehen, mit dem Fiat Money und dem Betrug des Staates und der Hyperinflation und dem Gold und Silber "inne wohnenden" Wert.

Der Hass auf Knapp und die "Bibliotheken", die gegen ihn geschrieben wurden, ist mir auch geläufig. Jedem braven und fleißigen Menschen stellen sich die Zehennägel auf, wenn er das alles sieht, was die Chartalisten angerichtet haben.

Nun aber schön ruhig bleiben und nicht nervös werden. Wir wollen uns GZ noch ein Mal anschauen.

Es ist nicht das "Zahlungsmittel", das freie Menschen in freien Kontrakten untereinander vereinbaren können, sondern das, was sie vereinbaren müssen.

Da dies der Staat vorschreibt, muss es einen Grund dafür geben. Und der ist schlicht und einfach: Der Staat braucht Abgaben und die muss er in etwas "bezeichnen".

Zuerst hat er Abgaben in Naturalien gefordert, dann in Metall, schließlich in Papier. Bei Naturalien kann man sich noch vorstellen, dass sie zu etwas taugen: man kann davon leben. Bei Metall ist es schon schwieriger, da es bei Metall letztlich auf ein Mittel hinausläuft, das direkt zu Machtgewinn und Machterhalt einzusetzen ist (direkte Verwendung, daher frühe Kupfersteuern, siehe noch meinen Schwedenbeitrag oder indirekte Verwendung, z.B. als einfach zu transportierendes Mittel, um damit Truppen und Söldner anzuwerben und zu bezahlen; dazu gibt es sehr große Literatur, bei Popeye falls gewünscht abzurufen, ich habe das alles mit Interesse gelesen und mir auch eigene Gedanken dazu gemacht).

Schließlich sind wir bei Papier, das nun wirklich nichts mehr mit dem wirklichen Leben zu tun hat, im Sinne von: Essen oder als mit einem "intrinsic value" mit nach Hause nehmen.

Dass Papier buchstäblich wertlos ist, muss nicht ernsthaft diskutiert werden. Wir dürfen GZ auch nicht mit Zahlungsversprechen verwechseln, die ihrerseits auf Papier geschrieben sind; das sind Urkunden (früher Ton, Wachstafeln, Leder), die ihren Weg gehen: Entweder sie werden, wie "verbrieft" erfüllt oder es kommt zu Prozess und Vollstreckung in das, was die Urkunde als Vollstreckungsmöglichkeit beurkundet.

Das hat auch nichts damit zu tun, dass GZ heute gegen solche Urkunden herauskommt, also gegen Zahlungsversprechen, da wir ganz genau wissen, dass diese Zahlungen, soweit es sich um solche des Staates handelt, niemals geleistet werden können, da nicht der Staat leistet, der nie leistet, sondern seine Bürger. Und die **werden** das nicht leisten **können**, was da so alles in Staatspapieren als Vorgriff auf künftige Steuereinnahmen "verbrieft" ist.

Warum hat also GZ einen "Wert" und was mag dieser Wert sein?

Die Antwort ergibt sich aus der Tatsache, dass einzig und allein mit GZ Steuern bezahlt werden können und **müssen**, wobei der "Wert" von GZ nicht etwa der künftiger, also niemals eintreffender Steuerzahlungen und entsprechend vorangegangener oder nicht vorangegangener Leistungen der Bürger ist, sondern der Wert von GZ ergibt sich ganz einfach aus dem, was passiert (also geleistet werden muss), wenn es, obwohl als *Steuerzahlung fällig* und ergo vollstreckbar, *nicht geleistet wird*.

Das GZ hat also nur den Wert, der der Strafe entspricht, die der Staat lt. Gesetz verlangen und verhängen kann, wenn GZ nicht zum geforderten Termin bei ihm und in seiner Kasse erscheint.

Der "Wert" von GZ ist also ganz präzise der Wert dessen, was zu leisten ist, wenn es in Form von fälligen Abgaben an den Staat nicht dort, an den öffentlichen Kassen also ankommt, und entsprechende Aktionen (Sanktionen!) des Staates auslöst.

Den "Wert" von GZ, in welcher Form es auch immer auftritt (es könnten auch gepresste Veilchen sein), ergibt sich nicht aus dem "Wert" des Stoffes, aus dem die Abgabe geleistet werden **muss**, sondern einzig und allein aus der Sanktion (Menge, "Bewertung", usw.), die der Staat verhängen kann (aufgrund seines Macht- und Abgabenmonopols), wenn er nicht termingemäß bedient wird.

Wären ab Morgen Steuerhinterziehungen oder -verweigerungen straffrei, würde der Wert des GZ (Euro) **sofort auf Null fallen**. Denn wozu braucht jemand GZ, wenn es nicht für Zahlungen an den Staat erforderlich ist und diese Zahlungen in Wegfall kommen?

Den "Wert" von GZ bestimmt also einzig und allein der Staat und dies nicht über die Stofflichkeit des GZs, sondern über die Strafe, die er verhängt, falls jemand, der GZ als Abgabe (und GZ ist nur als Abgabainstrument definierbar und sonst überhaupt nicht) nicht leistet.

Der Wert der Euros, Dollar, Swissfrancs, die wir in der Tasche haben ist auf den ersten Blick selbstverständlich Null. Auf den zweiten Blick, und um den allein geht es, ist der Wert all dieser schönen Erscheinungen der, der sich aus der Strafe dafür ergibt, dass man sie nicht zum festgesetzten Termin an den Staat leisten können.

Der Euro usw., "gedeckt" durch Staatspapiere, hat auch nicht den Wert etwaiger künftiger Steuerzahlungen, für die er sozusagen eine "vorgezogene Quittung" (oder "Forderung auf...") wäre, also einen Wert "aus sich heraus", sondern einzig und allein den Wert, der sich ergibt, wenn er nicht zum gesetzlich vorgeschriebenen Termin an die Staatskasse geht, **woraufhin** dann der Staat seine Kasse mit "**anderem**" auffüllt, nämlich der **Strafe** (Einzug von Gütern, Waren, Eigentum, usw.), die den nicht GZ an ihn abliefernden Staatsbürger (Steuerpflichtigen) trifft, weil er GZ nicht beim Staat abgeliefert hat.

Geld (= gült = Abgabenschuld) ist immer nur definierbar als Abgabe an den Staat, eben als GZ. Was die Menschen "an sich" oder "sonst" oder "ohne Staat" treiben würden, hat mit Geld nicht das Geringste zu tun.

Ich hoffe inständig, dass der Staat nicht auch noch auf die Idee kommt, wieder Waren als Abgaben abzufordern (Naturalien, Metall). Das wäre noch viel Schlimmer als das, was wie heute haben. Naturalien- oder Metall-Geld würde bedeuten, dass jeder diese sich beschaffen muss, was in der Geschichte ununterbrochen zu beobachten war.

Der heutige Staat hat nur noch Anspruch auf sein GZ. Und das ist auch gut so. Das wird ihm immer mehr fehlen, egal wie viel er davon in den heutigen ZB-Systemen "produziert". Es nutzt ihm nichts, da er sich immer erst verschulden muss, bevor er zum Inkasso schreiten kann. Der Staat wird sich immer **zuerst** verschulden müssen, bevor er seine ZB "Geld" - eben GZ - produzieren kann.

Das Problem der Inflation und Hyperinflation besteht darin, dass der Staat **zu wenig** und nicht etwa **zu viel** absteuert. So bekommen frühere GZs ein Disagio gegenüber späteren. Es wird ja nicht das "neue Geld" wertlos, sondern das "alte", also bereits als GZ vorhandene.

Nicht ist leichter, als den Punkt zu erwischen, wo der Staat aufgibt und sich GZ direkt bei der ZB beschafft. Dies ist heute nicht mehr möglich (Änderungen vorbehalten und, sobald sie bekannt werden, ist es SOFORT aus, weil dann jeder darauf wartet, mit möglichst allerneuesten, also mit maximalen Disagio versehenen GZ seine Abgaben zu leisten).

Das Problem der Inflation und Hyperinflation ist also einzig und allein diesen Zeitpunkt abzapfen. Bis der Punkt kommt, kann - vice versa - nur eins richtig sein:

GZ bunkern, bis es einem schwarz vor Augen wird.

Alle "ehrlichen Menschen" und alle "Warengeldfreaks" sind auf dem völlig falschen Dampfer. Sie setzen nämlich schon etwas voraus, was es noch nicht gibt, nämlich die Aufgabe des Staates als **Institution**. Das werden sie leider bereuen. Im Leben zählt nur eins: Sich voll auf den Staat und seine Abgaben- und Sanktionsmaschinerie zu konzentrieren.

Dazu muss man zynisch sein und völlig ruhig bleiben.

Bargeld / Buchgeld / Banknoten usw.

Geschrieben von dottore am 19. April 2003 21:32:50

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/184367.htm>

Als Antwort auf: Re: Geldeinführung im Irak - wie im Lehrbuch! Dazu da capo: die Mär vom "Geld netto" geschrieben von chiron am 19. April 2003 20:16:52:

>Hallo Dottore,

>Sind Geldnoten und Buchgeld dann zwei grundverschiedene Dinge?

Ja. Noten haben, sofern in **Deiner** Hand keine Fälligkeit. Wer sollte sie von Dir aufgrund welchen Kontraktes abfordern können?

Buchgeld ist täglich fällig. Das hast Du mit Deiner Bank bzw. Deine Bank mit Dir **vertraglich** (und also vollstreckbar) vereinbart.

>Geldnoten sind nicht eingetriebene Steuerforderungen oder anderst gesagt Staatsverschuldung, richtig ?

Beides (sehr gut beobachtet). Ihr "Wert" hängt ausschließlich davon ab, sie **nicht zu haben** (Wert = entspricht der dann gegen Dich verhängten Sanktion) und nicht etwa, sie **zu haben**.

Sie sind zugleich Staatsverschuldung, da sie einen Vorgriff auf Staatseinnahmen, siehe eben (Sanktion macht deren "Wert" aus), darstellen.

Entfällt entweder die Abgabe insgesamt oder wird die Rückzahlung von Vorgriffen auf die Abgaben gestrichen, enden die Geldnoten im "Wert" bei Null.

Noten werden bei den meisten ZBs gegen Verpfändung von Staatspapieren ausgegeben und müssen spätestens einen Tag vor Fälligkeit der Titel wieder ausgelöst werden.

Würden sie nicht wieder ausgelöst (Banken, die eingereicht hatten, in Konkurs, da in Noten gesehen illiquide) geht die Notenbank ebenfalls in Konkurs (Aktivseite ist weg) und ihre Noten sind wenig später ebenfalls wertlos.

Deshalb sind die Notenbanken so scharf darauf, keine Bankpleiten mehr "zuzulassen" - weil sie nämlich dann selbst pleite wären (Insolvenz wg. Überschuldung). Und ihre "Geldnoten" Toilettenpapier oder Kellerbar-Tapeziermaterial.

>Buchgeld hat aber mit dem Staat nichts zu tun, ist aber gleich viel wert.

Nein. Buchgeld ist ohne Noten, die **zediert**, also bei einer Bank eingereicht werden, nicht vorstellbar. Ganz konkret hat die **Note immer ein Aufgeld gegenüber der Buchgeldforderung**. Sonst müssten nicht Banken den Tagesgeldsatz bezahlen, um an Noten zu kommen bzw. die ZB-Steuer ("Leitzins") - weshalb auch beides immer zusammenhängt.

Die Banknote "verdient" ihr Geld nur nicht selbst. Dazu muss sie schon den Tag über "angelegt" werden, dann ist ihr Kurs just das, was Tagesgeld : 360/365 ausmacht.

>Könnte man das Buchgeld auch mit Punkten ersetzen, Europäische Punkte, Schweizer Punkte, Amerikanische Punkte....

Leider nein. Es kann niemals "als solches" existieren, da sie ein Nominal haben ("Summe in....") und ergo Banknoten voraussetzen. Das Nominal erscheint nur auf Banknoten. Banknoten "ohne Nominal" sind kompletter Nonsense (siehe diverse Geld-Heilslehren). Es muss ein Nominal darauf stehen (selbst wenn es "1 Schein" hieße), denn sonst ließe sich niemals eine **Forderung** darauf aufbauen (Schuldrecht). Es wäre dann nur möglich jeweils eine Sache zu fordern (Sachenrecht), die kann jedoch niemand fordern, wenn er sie nicht vorher verliehen hat. Deshalb sind vermietete (rückforderbare) Sachen niemals zu aktivieren (Besitz kann nicht in der Bilanz erscheinen) und niemals zu passivieren - als Sachen, sondern immer nur zum Nominal.

>Notenbankgeld erhält somit seinen Wert durch die Steuerabgabepflicht.

Ja. Perfekt erkannt. Ohne Steuern, die auf Notenbankgeld (= GZ) lauten, sind alle "Notenbanknoten" genau das wert, was sie wert sind: Papier.

>Muss Notenbankgeld und Buchgeld zu einem festen Satz austauschbar bleiben.

Den Satz gibt es als "fest" nicht.

Beispiel: Du hast 1 Mio. € in Noten. Die gibst Du morgens (0 h) zur Bank und sagst, abends bitte in Cash zurück (24 h). Dann haben Deine Noten dadurch, dass sie zu Guthaben werden (vor Dir aus gesehen) und zu **über den Tag hin** verfügbaren täglichen Fälligkeiten der Bank werden (Schulden von ihr aus, aber während der 24 Stunden ein Aktivum, über das sie nach Herzenslust verfügen können), ein Aufgeld, nämlich just den jeweils geltenden (am Markt erzielten) Geldmarktsatz, geteilt durch 365 (oder 360 - je nach Usancen).

>Könnte man nicht das Notenbankgeld gegenüber dem Buchgeld aufwerten und so den Staat entschulden?

Der Staat hat doch selbst nichts. Hätte er, sagen wir 10 Billionen € in Cash, dann könnte er die 10 Bios am Geldmarkt anlegen, sagen wir zu 3,6 %, macht 360 Mrd. geteilt durch 360 Zinstage = 1 Mrd. Damit wäre der "Tagesbedarf" zumindest des Bundes gedeckt. (Nur den Geldmarkt gibt's sowieso nicht).

Aber er hat außerdem die 10 Bios nicht! In Cash schon gar nicht.

>Eine lustige Geschichte, aber vielleicht hab ich von deinen Ausführungen auch überhaupt nichts verstanden.

Im Gegenteil, das haut schon hin. Je "ungewöhnlicher" die Fragen, desto deutlicher wird, dass jemand bestens in die Materie steigt.

Eine Formalie und eine Frage zur "Bankrott-Formel"

Geschrieben von dottore am 14. April 2003 13:01:47

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/183212.htm>

Als Antwort auf: Eine Formalie und eine Frage zur "Bankrott-Formel" geschrieben von thomas am 14. April 2003 00:50:18:

>Hier wurde kürzlich die Formel reingestellt, nach welcher Zeit zwei exponentielle Prozesse (mit unterschiedlichen Anfangswerten und Steigerungsraten) einen Gleichstand erreichen. Soweit klar:
>BIP ist aber eine Stromgröße, und Schuldenstand ist eine Bestandsgröße.

Hi Thomas,

ob Strom oder Bestand spielt keine Rolle, da es auf den jeweiligen Zuwachs ankommt. Wächst also die Staatsverschuldung (= Zuwachs in %) schneller als das BIP (= Zuwachs in %) muss es zum Staatsbankrott kommen, da sich der Staat nicht zu mehr als 100 % des BIPs per Steuern auf das BIP bedienen kann, um die gleichzeitig fälligen Zinsen aus der bereits existenten Staatsverschuldung zu bedienen, was bedeutet: er kann nicht mehr als sämtliche Einkommen zu 100 % besteuern.

Wollte der Staat dann nicht mehr die Stromgröße BIP besteuern, sondern auch die Privatvermögen der Bürger an sich ziehen (Besteuerung der Bestandsgröße "Volkvermögen" ohne Staatsvermögen) muss der das Privatvermögen konfiszieren. Er kann es dann aber nicht vermarkten, da die Bürger, die ihr sämtliches Einkommen zu 100 % an den Staat abgeliefert haben, kein Einkommen mehr haben, um aus diesem das jetzt beim Staat liegende Vermögen diesem abzukaufen, damit der Staat wiederum Käuferlöse erhält, mit denen er die Zinsen auf seine Staatsschuld bezahlen könnte.

Es muss immer erst BIP entstehen, bevor es besteuert werden kann, da das BIP die Besteuerungsbasis ist (Objektsteuern wie Grund und Boden bzw. Vermögen ausgenommen). Da BIP seinerseits aber erst entstehen kann, nachdem es den Staat gibt, der das Eigentum sichert (Kapital, Volkvermögen) und der die Kontrakte erfüllbar macht bzw. Vollstreckung in Schuldner bei nicht erfüllten Kontrakten ermöglicht, ist der Staat immer zur Vorfinanzierung seiner eigenen Aktivitäten gezwungen, bevor es zu Aktivitäten innerhalb der von ihm regierten Volkswirtschaft kommen kann (vgl. Murray/Nagel, The Myth of Ownership u.a.). Deshalb ist jeder Staat in einem Kredit- und Kreditgeldsystem zum Untergang verurteilt.

Im Metallgeldstandard war dies anders, da der Staat selbst die "Ware Geld" produzieren konnte (Bergbauregal) bzw. die Privaten dieses Warengeld produzieren konnten, wobei der Staat im Idealfall von den Einnahmen aus seinem Geldmonopol leben konnte (Nominal bzgl. Herstell- oder Ankaufskosten), ohne sich verschulden zu müssen.

Ohne erfüllte Kontrakte, z.B. Kaufkontrakte ist BIP nicht messbar. Ins BIP gehen zwar gefertigte, aber noch nicht vermarktete Größen ein, die aber vor ihrer Produktion bereits Kontrakte beinhalten, z.B. Lohn- oder Lieferantenzahlungen.

Nehmen wir an, im BIP wurden sich nur produzierte, aber nicht vermarktete und deshalb auch nicht verkonsumierte Größen addieren, würden z.B. sämtliche Verbrauchsteuern (MWSt., Mineralölsteuer, Tabaksteuer usw.) schlagartig wegfallen, was die Bedienung der Staatsschulden per se unmöglich machen würde.

Die Bestandsgröße "Staatsschulden" selbst sagt nichts aus, da hast Du völlig Recht. Es kommt einmal darauf an, ob die Staatsschulden ein Rückzahlungsdatum tragen (dann muss, sofern nicht aufgeschuldet wird, Zahlung durch Entnahme aus der Stromgröße BIP erfolgen). Zum zweiten kommt es auf die Zinszahlungen an, für die das Gleich gilt.

Würden Morgen sämtliche Staatsschulden rückzahlungsfrei **und** unverzinslich gestellt, wären die Staatstitel sofort ohne Kurs (fallen auf Null) und das, was die Käufer von Staatspapieren dem Staat aus ihrem laufenden Einkommen (Stromgröße BIP) genommen (statt es verkonsumiert) zu haben, wäre eine nachträglich erhobene Steuer in Höhe der Staatsverschuldung.

Woraus folgt, dass jeder Staatsbankrott nichts anderes ist als eine Ex-Post-Steuer in Höhe von 100 % (der Summe der aufgelaufenen Staatsschuld) auf die Zeichner bzw. jeweiligen Halter dieser Titel.

Dieser Staatsbankrott läuft bereits, wie allenthalben zu beobachten, als **Teil-Staatsbankrott** in den Bereichen, wo der Staat seine von ihm eingegangenen Verpflichtungen nicht zu voll erfüllt: Die Besteuerung von "Kapitaleinkünften" aus Staatsanleihen gehört hierher, die Besteuerung von Beamtengehältern, die Kürzungen der Altersrenten (erst brutto-, dann nettolohnbezogen), die Verschiebung der Auszahlung von Altersrenten (siehe laufende Debatten), die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, usw.

Der Staat wird im Laufe dieses Prozesses seine gesetzlichen Leistungen immer stärker kürzen und auch jene Leistungen, die von ihm "erwartet" werden (Straßenbau, Ausgaben für Bildung, für äußere und innere Sicherheit usw.), und seine Zahlungen am Ende gänzlich einstellen, da er sich aus dem laufenden BIP nicht mehr in dem Maße, das dazu erforderlich wäre, bedienen kann.

Den Prozess der allgemeinen "Wachstumsschwäche" (bis hin zu Rezession und Depression) beschleunigt die steigende Höhe der Staatsverschuldung, da die Zeichner von Staatspapieren damit Staatskonsum ermöglichen (der Staat bildet keine Wertberichtigungen auf seine Investitionen, die er durch entsprechend höhere Steuereinnahmen in "Vorhalte" nehmen müsse, siehe frühere Debatten), eine Wirtschaft aber niemals durch Konsum, sondern nur über private Investitionen "wachsen" kann. Auf "höhere Wachstumsraten" zu warten ist ebenso müßig wie darauf, dass der Staat das Problem seiner Verschuldung noch einmal in den Griff bekommen könnte.

Der Staat, der Finanzschulden hat, aber selbst nichts leistet, um diese Finanzschulden bedienbar zu halten, indem er in Konkurrenz zur Privatwirtschaft und nach den Regeln der Bilanzierung (und nicht Kameralistik, also einer einfachen Einnahmen-Ausgaben-Rechnung) seine Produktion vermarktet, ist dem finanziellen Untergang geweiht.

Die "Bankrottdformel" gilt nicht nur für den Staat, sondern für jeden Privatbetrieb genauso: Steigen die Schulden (Bestand) schneller als der Umsatz (Strom) geht der Betrieb in berechenbar endlicher Zeit in Konkurs, da er zum Schluss seinen gesamten "Flow" ("Cash-flow"), also das, was laufend ihm zufließt benötigt, um die aus seinem Bestand (Schulden) zum Abfluss (Flow hier: Zinsen, Tilgung) erforderlichen Flow-Summen zu bewältigen.

Wäre es anders, würden Schulden niemals und nirgends eine Rolle spielen. Dann müssten sie jedoch ohne Termin (weder Zinsen noch Tilgung) auf die Welt kommen. Es wären dann keine Schulden, sondern Geschenke.

>Gleichstand kann es hier schon wegen der "Einheiten" gar nicht geben, sowenig wie Strecken und Geschwindigkeiten verglichen werden können.

>Es wird erst ein Schuh draus, wenn die jährliche Netto-NEUVERSCHULDUNG zum BIP in Relation gesetzt wird. Oder?

Das kann man selbstverständlich auch so rechnen. Aus der Netto-Neuverschuldung ergibt sich logischerweise aber eine Erhöhung des Schuldenstandes insgesamt. Es kommt also nur auf die Zuwachsraten ab, lt. "Formel" eben auf w bzw. z .

Gilt $z > w$ führt kein Weg am Bankrott vorbei. Da seit Einführung des Kreditgeldsystems und bei (siehe oben) der Tatsache, dass sich der Staat erst finanzieren muss, bevor es zur Erstellung von BIP durch die Wirtschaft kommen kann und das BIP in dem Kreditderivat GZ gemessen wird (und nicht in real produzierten Einheiten wie z.B. beim Metallgeldstandard) ist ein $w > z$ (z der Staatsschulden) denkunmöglich.

Dies belegt die historische Erfahrung zur Genüge: Die Staatsverschuldung und die Staatsquote (diese sogar ohne die Staatsverschuldung, die dazu gerechnet werden müsste, da sie aus vertragten Abgaben an den Staat, also einem Teil der Staatsquote besteht) ist ununterbrochen gestiegen. Sowohl absolut als auch relativ zum privaten Sektor.

Der Staat ist aufgrund seines Trippel-Monopols (Macht, Abgaben, Geld) ein Gebilde, das zunächst das arbeitsteilige Wirtschaften erzwingt, da er nicht freiwillig geleistete Abgaben erzwingt und der dann über den Vorgriff auf diese Abgaben (Staatsverschuldung) das Wirtschaften und damit seine Besteuerungsbasis selbst wieder abwürgt.

>Außerdem erkenne ich hier nicht den Zusammenhang zum Staatsbankrott. Müsste die Frage nicht eher lauten, wann die Staatsquote 100% erreicht? Dafür müssten die exponentiellen Prozesse "BIP" und "öffentlicher Haushalt" in Relation gesetzt werden, dann wäre es für mich plausibel.

Völlig richtig. Im Laufe dieses Prozesses kommt es bei Zunahme der "Staatsquote" von ca. 1,3 % etwa im Jahr 2050 zu einer Staatsquote von 100 %. Würde dann noch produziert, würde ausschließlich für den Staat produziert und wir hätten ein System der vollsozialistischen Zwangsarbeit.

Vielleicht hilft das etwas weiter.

"Geldmenge" wird per se falsch berechnet

Geschrieben von dottore am 16. April 2003 16:14:48

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/183659.htm>

Als Antwort auf: @dottore - Bitte um Beurteilung geschrieben von Miesespeter am 16. April 2003 14:03:56:

>In der Tat ist es klar (und bekannt), dass eine Inflation nicht zwangsläufig auf eine Geldmengenausweitung folgt, solange letztere durch tatsächliche Wertschöpfung 1:1 begleitet wird.

Hi,

gekauft wird immer nur auf Kredit. Mit Geld wird der Kredit abgelöst. Das muss man nur gedanklich "entzerren", dann haut's schon hin.

Über die Preise (ergo Inflation hier) entscheidet nicht das "vorhandene" Geld, denn das dient nur dazu um bereits bestehende **Kredite** abzulösen. Entscheidend ist und bleibt die Kreditsumme bzw. deren Entwicklung.

>Mir scheint der Einwand Niquets durchaus berechtigt zu sein, wenn auch nicht neu.

Ja der erste Teil ist olle Kamelle.

>Allerdings nur solange die Geldmengenausweitung auf Schuldner zurueckgeht, die auch tatsaechlich zur Leistung faehig (und willens) sind.

Dann ist es eben keine Geldmengen-, sondern eine **Kreditsummenausweitung** (Du sprichst selbst von Schuldner). Die Leistungsfähigkeit des Schuldners besteht darin, mit GZ leisten zu können und zwar **immer** erst **nach** dem Kaufkontrakt (entweder sofort oder eben nach Jahren).

>Ist das bei der Notenbank beliehene Aktivum hingegen ein Regierungspapier, staatlich Garantie oder ein hoffnungslos ueberbewerteter Titel (Bankforderung an AOL-Time Warner),

AOL-Papiere sind nicht ZB-fähig.

>dann ist der Effekt ebendar justament, als haette die Notenbank zusaetzliches Geld mit dem Hubschrauber abgeworfen.

Ja, aber es muss zurückgezahlt werden. In der Hyperinflation von 1923 lag der Stand der Staatsschulden, die in der ZB gelandet waren (im Gegenzug gab's zuletzt noch einseitig bedruckte Minischeine) am Ende am höchsten (RB-Bilanz 1 106992 603 Billionen M). Hätte der Staat dies zurückgezahlt, hätte es eine entsprechende Steuer erheben müssen (die Scheine dann zurück in die RB) und es wäre wieder das Preisniveau von früher gekommen.

>Ein Realgut, dass dem Geld entgegenstehen koennte, wird im Anschluss an die Geldmengenausweitung hierbei im zweiten Schritt nicht produziert.

Die "Geldmenge" besteht - außer aus ZB-Geld - zu mehr als 97 % aus Krediten (spätere Fälligkeit), was Obiges unterstreicht. Wenn von "Geldmenge" die Rede ist, handelt es sich um **Kreditsummen**.

Als Witz kommt noch dazu: Die "Geldmenge" wird **falsch berechnet**, weil die in der ZB liegenden Titel (gegen die ZB-Geld herauskommt) in M3 nochmals erscheinen, da niemand weiß, welche Titel (z.B. Bankobligationen) in der ZB liegen.

Käse also.

>Auch wird ein solcher Kredit nie durch Leistung getilgt, sondern auf diverse Art 'umgeschuldet', d.h. aufgebucht. Die entstandene Geldmenge bleibt also ohne Deckung in der Welt.

Die "Geldmenge" ist eine Kreditsumme. Ob die Kredite durch am Markt realisiertes BIP **später einmal** erfüllt werden (**dann** "gedeckt" sind), ist offen.

Dieser Passus von Niquet ist Unsinn:

"Die Quantitätsgleichung stimmt freilich trotzdem immer, schließlich ist sie eine Tautologie, die nicht mehr aussagt als dass alles, was physisch verkauft wird, auch mit Geld bezahlt werden muss."

Der Preis wird beim Verkauf (Kaufkontrakt) gemacht, ob er später (und sei das "Später" Sekunden) erfüllt wird - wer weiß?

>"Das ist richtig, aber auch unendlich trivial. Ist viel Geld da und wird wenig gekauft, dann reduziert sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes."

Das ist ganz falsch, da Geld und Kauf nichts miteinander zu tun haben. Es kann heute 1000 Geld geben und 100000 auf Kredit gekauft werden - ohne dass sich ein Geldschein bewegt. Umlaufgeschwindigkeit des Geldes = Null. Umgekehrt kann mit 1000 Geld (in hintereinander liegenden Geschäften z.B.) 100000 gekauft werden (also sofortige Bezahlung). Umlaufgeschwindigkeit = 100.

>"Und steigen die Umsätze an, dann erhöhen sich die Preise nur dann, wenn realwirtschaftlich einiges darauf hindeutet, was derzeit jedoch keineswegs der Fall ist. Ansonsten erhöht sich schlicht und einfach nur die Geschwindigkeit, mit der das Geld in der Wirtschaft umläuft."

Die Umsätze haben mit Geld absolut nichts zu tun und ergo auch nichts mit der Umlaufgeschwindigkeit.

Stell Dir vor, alle Deutschen versuchen, sich Morgen ein Cabrio zu kaufen, Preise steigen wie irre, da zu wenig erhältlich - Summe sagen wir dennoch 500 Mio €.

Und alle kaufen die Cabrios auf Pump, den Kredit räumen die Verkäufer ein, Zahlungsziel 3 Monate...

Geldumlaufgeschwindigkeit = Null.

Gruß!

Nochmal zum Nachdenken. Bestimmt die Sanktion den Wert des Geldes...

Geschrieben von dottore am 28. April 2003 18:07:31

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/185871.htm>

Als Antwort auf: Re: @dottore: Nochmal zum Nachdenken. Bestimmt die Sanktion den Wert des Geldes... geschrieben von Popeye am 27. April 2003 19:00:38:

>Hallo, @dottore & @JN >Die direkte Übersetzung Höhe der Sanktion = Wert des Geldes klappt nach meinem Dafürhalten nicht einmal in einer Sklavenwirtschaft (denn da brauchts kein Geld).

Hi!

Vielleicht darf ich's noch mal anders versuchen: Wir sind uns vermutlich darin einig, dass mit Hilfe von Geld (was immer es dann materiell ist) etwas bewirkt werden soll. Dabei denke ich, dass diese "Wirkung" darin besteht, etwas mit "Geld" zu leisten, was ohne dieses oder mit etwas anderem nicht zu leisten wäre.

Dieser Vorgang der "Leistung" setzt demnach eine Grund, es zu leisten, voraus. Es muss also entweder vorgeschrieben sein, dass es zu leisten ist (Abgaben-, Fiskaltheorie des Geldes). Oder es ist vereinbart worden, es zu leisten (Kontrakt-, Privattheorie des Geldes). Dass Geld heute beides leistet, ist unbestreitbar.

Offen ist die Frage der historischen Priorität, die hier aber jetzt nicht weiter interessiert. Die Frage ist vielmehr, was passiert, wenn ich das "Geld" nicht habe, und zwar zu dem Termin zu dem ich es haben muss (entweder zu Abgaben- oder zu Kontrakterfüllungszwecken).

Die Vorstellung, es müsse immer erst Geld gegeben haben bzw. jedermann müsse Geld zuerst gehabt haben, bevor es zu Tausch- oder Kaufvorgängen kommen kann, führt weder historisch noch theoretisch noch juristisch weiter.

Historisch nicht, weil Geld, in welcher "frühen" Form auch immer, erst nach (anderen) Waren (bearbeiteten Gegenständen) aufgetreten ist.

Theoretisch nicht, weil dann ein "Urgeld" konstruiert werden müsste, alias immer wieder das Geld = Primär-Aktivum-Problem auftaucht, ohne stringent erklären zu können, was denn dieses Aktivum in die Welt gesetzt hat (ich darf an die Aporie bei H/S mit ihrem Sola-Wechselartigen "Erstgeld" erinnern).

Juristisch nicht, weil der Erfüllung einer Verpflichtung diese selbst immer vorangehen muss, sei es eine öffentlich-rechtliche Abgabe oder ein privat-rechtlicher Kontrakt.

Demnach ist m.E. zu fragen, was "Geld", wenn es denn **später** auftritt als das, was es erforderlich macht, bedeutet, wenn es nicht erscheint, obwohl es erscheinen müsste. (In dem Modell "Geld immer zuerst" entfällt das Problem natürlich, worauf R.Deutsch mit dem Hinweis auf **Vorkasse** verwiesen hat).

Erscheint Geld also nicht, muss sich etwas ergeben. Dies ist beim Kauf (Kontrakt) insofern einfach, weil sich eine Rückabwicklung (Aufhebung des Kontrakts) vorstellen lässt, was aber nicht viel weiter führt, da es nicht auf den nicht abgewickelten, sondern auf den abgewickelten ankommt.

Man muss also versuchen, einen zum Termin abzuwickelnden bzw. abgewickelten Zustand zu untersuchen. Dazu bietet sich der Weg über die Abgabe an, da diese zum Termin zu leisten ist und nicht aufheb- oder nicht abwickelbar ist.

Oder platt: Die Partner der Staates, der mit "Geld" zum Termin zu erscheinen hat, kann sich dem Termin nicht entziehen, wie sich ein Käufer dem Termin entziehen kann, indem er nicht kauft, und er kann auch nicht Rückabwicklung fordern, etwa die Steuern zurück, weil ihm die Gegenleistung nicht zusagt oder nicht im versprochenen Umfang eintritt usw.

Der einzelne kann sich also dem Staat nicht so verweigern, wie sich ein Käufer dem Verkäufer gegenüber verweigern kann. Er muss und auch zum Termin das leisten, was verlangt wird.

Nun ist die Frage, ob die staatliche Gegenleistung nicht den "Wert" des "Geldes" bestimmt, was aber auch nicht weiter führt, da diese Leistung erst erbracht werden kann, **nachdem** das, was dem Staat gegenüber zu leisten ist vor dem erscheinen muss als jenes, was vom Staat dem Bürger gegenüber geleistet werden kann.

Um also nicht von einem Zirkel in den nächsten zu tapern, muss also gefragt werden, was dem zur Abgabe Verpflichtetem, der dem Staat gegenüber eine (öffentlich-rechtliche) Schuld hat, bevor der Staat dem Bürger gegenüber eine (privat-rechtliche) Schuld haben kann, **zustößt** (womit er also sanktioniert werden kann bzw. wird), wenn er die dem Staat gegenüber bestehende Schuld nicht zum Termin in dem leistet, die vom Staat vorgeschrieben wurde.

Was zu leisten ist, kann alle möglichen Formen annehmen, vom sog. "Stoffwerthaltigen" bis zum "Stoffwertlosen". Dass das zu Leistende zu Konsum-, Demonstrations-, Protz- und Thesaurierungszwecken dienen kann und diene macht aus dem zu Leistenden gewiss noch kein "Geld", zu dessen Minimaldefinition unstreitig gehört,

- dass es vom ersten Entgegennehmer (Staat) auch wieder verausgabt werden also einen zeitliche späteren Entgegennehmer (Bürger) findet,
- der damit (in gleicher stofflicher Form oder in jener eines sich auf der Zeitachse laufend voran schiebenden "Kreditpapiers" und einer beliebigen Zahl von Handwechselln bzw. Zessionen)
- wieder den Staat als zeitlich wieder späteren Entgegennehmer findet -

also „kursiert“.

Nun zu fragen, was der Bürger dem Staat freiwillig und auf Märkten gegen das "Geld" gibt, wobei der Staat dann als ein Käufer unter vielen aufträte (sofern er nicht Güter und Leistungen nachfragt, die ohnehin nur von ihm nachgefragt werden können bzw. dürfen, vgl. Waffen, Söldner usw.), führt auch nur zu einem Zirkel, wohin auch Dimis Bemerkung zu rechnen ist, dass die staatliche Nachfrage die Preise steigern würde, die allerdings nur eine im Markt schon vorher – und nachher wieder an ihn zurück - laufende Nachfrage und also "preisneutral" sein kann.

Der einzig mögliche Ansatz, "Geld" mit Nicht-Geld zu "bewerten" kann deshalb nur darin bestehen, zu ermitteln, was (Umfang, Form, Zustand, Gewicht usw.) geleistet werden muss, um an das "Geld" zu kommen, das wieder geleistet werden muss.

Will ich nicht an das "Geld" kommen, an das ich kommen müsste, entscheidet die Konsequenz aus dem Nicht-Wollen (oder auch Nicht-Können) über den "Geldwert", sowohl absolut als auch relativ.

>Aber in allen steuergetriebenen Wirtschaftssystemen gibt es zwei Hilfskonstruktionen, die hinlänglich bekannt sind.

>Einerseits die sog. Laffer-Kurve (abhängig von der Höhe des Steuersatzes steigt das absolute Steueraufkommen zunächst, erreicht dann ein Maximum, um dann mit weiter zunehmendem Steuersatz wieder abzufallen gegebenenfalls auf Null (100% Steuersatz) = geringster Geldwert. In diesem Denkmodell wäre der höchste Geldwert beim höchsten absoluten Steueraufkommen erreicht (= optimale Sanktion).

Die Laffer-Kurve berücksichtigt nicht die Sanktionierung des Steuerzahlers, der nicht bezahlt, obwohl er müsste. Laffer geht von einem (linear oder sonstwie) steigenden Steuersatz aus. Beim Steuersatz Null sind die Einnahmen Null und beim Steuersatz 100 % ebenfalls. Was er nicht berücksichtigt, ist die Progression der Sanktion (Strafe bei Steuerhinterziehung), die im Hintergrund mitläuft.

>Ein negativer Indikator wäre aus meiner Sicht die Schwarzarbeit = bei 100% Steuerquote zurück zur Tauschwirtschaft.

Abgesehen von der bei Schwarzarbeit wieder anders gelagerten Sanktion wäre es für den Staat ein leichtes, dann statt "Geld" jene Waren abzufordern, die in der Tauschwirtschaft (Ware gegen Ware bzw. Leistung) auch erscheinen.

Der Irak-Beitrag mit Afrika-Bezug ist sehr schön, vielen Dank. Die Einführung der US-Dollar dort bestätigen - wie schon mitgeteilt - meine Kritik am **Alvares-Modell**.

Je mehr Geld, desto weniger wird gekauft. Japan hat's eben drauf!

Geschrieben von dottore am 01. Mai 2003 14:43:25

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/186367.htm>

Als Antwort auf: Re: Volle Zustimmung, sehr lesenswert geschrieben von Silberfuchs am 01. Mai 2003 13:19:22:

>>Nur schade, dass eben keiner fragt, wo das ganze Geld hin ist, das weder als Kredit noch als Kaufkraft zur Verfügung steht - aber immer noch da ist...

>Doch, ich frag mal.

Hi Silberfuchs,

alles "Geld" im Kreditgeldsystem hat bereits gekauft. Es ist nur noch "vorhanden", weil es den Kredit, der die Waren gekauft hatte, ablösen muss.

Vereinfachtes Beispiel: Kaufe mir Ferrari zu 500.000 €. Händler hatte die Karre gegen Wechsel aus Modena bezogen. Händler-Wechsel nicht ZB-fähig.

Auch ich bezahle mit einem Wechsel. Mein Wechsel - o ja! - ZB-fähig. Wechsel geht in die ZB. Dagegen kommt ZB-Geld ("Geldmenge").

Das Geld ist jetzt "da". Nur: Wer kann mit dem Geld etwas "kaufen"?

Das Geld geht an Händler. Er hat jetzt das "Geld". Was kann er sich damit "kaufen"? Er muss das Geld in Modena abliefern.

Und ich bin das gleiche Geld aus dem Wechsel immer noch schuldig.

Also kreuze ich in Modena auf. Warum? Weil mir Modena noch für die schöne PR-Broschüre "Ferrari forever", die die Jungs mir vor zwei Monaten schon abgekauft hatten, 500 Mille schuldig sind. Gegen einen Wechsel (der nicht ZB-fähig ist).

Modena zahlt an mich. Und ich kann meinen Wechsel bezahlen. ZB-Geld verschwindet wieder in der ZB.

Will heißen: Geld erscheint immer nur, um die Schulden aufgrund von zeitlich längst vorangegangenen (und ergo die Preise und den Absatz / Umsatz vorher schon bestimmt habenden) Käufen, korrekt: Kaufkontrakten) zu erfüllen.

Da das Geld nur erfüllen kann, wenn es da ist, muss es also da sein, weil sonst nicht erfüllt werden kann.

Wie viel davon (Summe) da ist, und um wie viel (Prozent) seine Summe gegenüber einer Vorperiode steigt, spielt also zunächst "also solches" keine Rolle. Es kommt auf die Fälligkeiten an.

Angenommen, es gäbe ab September keinerlei Fälligkeiten mehr (weder aus heute schon bestehenden noch aus bis September entstehenden Fälligkeiten), wäre ab September keinerlei Geld mehr erforderlich, da nichts mehr in Geld erfüllt werden müsste.

In der Realität sieht's natürlich anders aus. Da gibts ununterbrochen Fälligkeiten (aus schon existierenden Kontrakten). Werden die nicht von späteren Fälligkeiten (und mit dem gegen diese Fälligkeiten erscheinenden Geld) abgelöst, kommt's freilich zum Problem.

Wieder beim Ferrari und dem kleinen "Kreislauf": Ich kaufe den Ferrari nicht. Händler hat die 500 Mille nicht, Modena nicht, ich natürlich auch nicht. Folge:

Modena pleite, Händler pleite, ich auch pleite (weil ich die Broschürenkosten nicht bezahlen konnte).

Konkursanträge streng nach Reihenfolge der geplatzten Wechsel. Es kann also auch zuerst der Händler und dann ich und danach Modena pleite gehen, usw..

Jedenfalls ist die "Geldmenge", die um 500 hätte wachsen müssen, nicht um die 500 gewachsen.

Jetzt zur japanischen Variante: Ich bin als Käufer ausgefallen (kein Bock auf Ferrari auf Pump kaufen). In Konkursgefahr jetzt: Händler, Modena, ich selbst, mein Broschüren-Freak usw. Japaner mit dunkler Brille erscheint, fragt: Wo fehlt's Geld? Alle quieken. Der gütige Japaner gibt die 500 Mille dem, der am lauteste quiekt (am lautesten, weil terminlich "der Erste", der über die Klinge müsste - und siehe da, es ist der Händler): "Money from His Excellency, Mister Koizumi on behave of Japan Government!"

Alles wieder wunderbar, Geld läuft: Japaner - Händler - Modena - Icke - Broschürenfritze. "Geldmenge" um 500 erhöht.

Was ist beim Händler stehen geblieben? Der Ferrari!

Wird der Händler den nächsten Ferrari in Modena kaufen? Nein. Wird Modena die nächste PR-Broschüre bei mir kaufen? Nein. Werde ich der Druckerei einen Auftrag geben? Nein.

Das ist das ganze Geheimnis vom "starken Anstieg" der Geldmenge ("Liquiditätsfalle") bei gleichzeitiger um sich greifender Stagnation ("Kaufzurückhaltung").

Oder krass:

Je mehr "Geld" erscheint, desto weniger wird gekauft werden.

Japan ist nur noch per Generalkonkurs zu sanieren.

Bank of England - die Gründerjahre unter der Lupe

Geschrieben von dottore am 19. August 2003 17:36:26

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/212475.htm>

[A]uf Anregung unseres Freundes Liated bin ich in die Tiefen meiner Bibliothek und Archivunterlagen gestieft. Meine unmaßgeblichen Recherchen haben dieses zu Tage gefördert. Alle großen Dinge fangen bekanntlich klein an und je kleiner sie sind, desto schwieriger ist es, sie komplett zu durchschauen.

Die Gründung der Bank von England (BoE) ist – wie sollte es auch anders sein? - eingebettet in die englische Fiskalgeschichte des 17. Jh. und ohne diese nicht zu verstehen. Die BoE war in erster Linie ein Instrument zur direkten Finanzierung der Krone und in zweiter Linie ein Instrument, um Handel und Wandel genügend liquide Mittel zur Verfügung zu stellen, damit der Staat seinerseits jene (weiteren) Mittel erhalten konnte, um flüssig zu bleiben. Also war sie auch ein Mittel zur indirekten Finanzierung des Staates. Das englische Fiskalsystem basierte stark auf indirekten Steuern (Zöllen, Akzisen), die nur fließen konnten, nachdem Handel & Wandel entsprechende Aktivitäten entfalteteten.

Zunächst ein kurzer Blick auf die Lage der englischen Staatsfinanzen überhaupt (Quelle: Mss. E.H. 4 – 18, 19-20 in der Bodleian und im BM 17.756 ff.):

Die *receipts* des Exchequer (incl. „casualties“) hatten sich seit 1679 zwar auf dem Papier enorm verbessert: 1679/80 mit 2,4 Mio. auf 1693/94 mit 5,9 Mio. Pfund.

Die herkömmlichen indirekten Steuern (customs, Tabak, excise, usw.) sanken dabei freilich von 2,15 Mio auf 1,9 Mio. Den Zuwachs brachten eine Land Tax (91/92: 0,015, 93/94: 1,88 Mio) sowie 93/94 eine Salz- und Tonnagesteuer von 1,2 Mio.

Die Ausgaben (*issues*) stiegen im selben Zeitraum von 2,7 auf 6,0 Mio, letztere wegen explodierender Kosten für Navy und Army (zus. 2,4 Mio). Es galt allenthalben Krieg zu führen, was **Niall Ferguson** („Cash Nexus“) so richtig erst ab 1700 behandelt, was aber der bekannten Tilly-Gleichung („states make war and war makes states“) ebenso wenig widerspricht wie der von mir favorisierten Gleichung Staat = Steuern = Geld.

Die Schulden Karls II. hatten 1679 bereits bei 1,5 Mio. Pfund gelegen und waren entsprechend den laufenden Defiziten weiter stark angestiegen. Überschlägig auf das etwa Vierfache.

Der Exchequer hatte bereits 1672 die Zahlungen eingestellt und der Staat wandelte trotz ununterbrochener Versuche, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen, da seine Versuche, trotz des 1672er Bankrotts auf kurze Sicht erneut Mittel zu erhalten, zu immensen Zinsforderungen der potenziellen Gläubiger führten. Die Londoner Goldsmith gaben kurzfristig cash zu Sätzen bis zu 40 %. Dies trocknete den Markt für private Kredite entsprechend aus, was die privaten Tätigkeiten lähmten und als logische Folge hatten, dass auch die Staatseinnahmen ihrerseits stagnierten bzw. sanken.

Die Versuche, von bereits privilegierten Gesellschaften (Russia, East India, Merchant Adventurers, Levante) Mittel abzuschöpfen, auch bei Erneuerung der Charters und auch durch Vergabe weiterer „Patente“ an Einzelpersonen, inkl. „tax farming“ usw. führten nicht weiter. Das System strangulierte sich, ausgehend von den Staatsdefiziten immer weiter selbst – ein Phänomen, das uns gerade heute nicht unvertraut ist.

Schon 1646 hatte ein gewisser **John Benbrigge**, ausgehend von den Erfahrungen der Bank von Amsterdam (gegr. 1609), die als klassische Girobank wenigstens das Kursrisiko im Außenhandel ausschloss, da sie auf den specie-Wert der eingelegten Münzen abhob, den Vorschlag zur Errichtung einer Doppelbank, die aus einem *mons pietatis* (Geldvergabe gegen Pfand, bekannt seit dem 15. Jh. und speziell in Italien verbreitet, vgl. den *mons* von Siena) bestehen sollte und einem *mons negotiatonis*, der „on good security“ (hier: kaufmännische Papiere) und „on usury“ (Zins, wiewohl dieser verboten war) leihen sollte („Usura Accomodata; or a ready way to rectify Usury...“).

Das Zinsverbot sollte durch lebenslange Annuitäten ausgehebelt werden, womit der Zins in eine Rückzahlung verwandelt wurde und da nicht open end gezahlt wurde, war dies „technisch“ möglich, was allerdings voraussetzte, dass diese Annuitätenanstalt ein Monopol erhielt, so dass alle Einzahler nie mehr hätten zurück bekommen können als sie – wenn auch zeitlich verschoben – eingezahlt hatten.

Die entscheidende Schneise schlug dann **Gilbert D'Ouvilly** in einem Paper 1661 (Charles II, XL 131), der eine Exchange Bank vorschlug „with a coinage of his own called *bank-money*“. Dies war der Versuch der Einführung eines „Privatgeldes“, was deutlich aus seinem Hinweis hervorgeht „to remove all jealousy of its falling into the hands of those *who hold the militia*“. Der Mann hatte noch Illusionen!

Eine Gruppe um den Kapitalisten **Richard Thompson** gründete 1670 nach diesem Prinzip prompt eine private Gesellschaft, die jedoch 1675 nach einem Run (Abforderung von specie) wieder schließen musste („The Case of...“, 1678). Ähnlich erging es einer „National Bank of Credit“ (1676-83), die gegen 6 % Waren beliehen hatte (Murray, „Proposals...“ und „Bank Credit...“, 1676). An specie, also dem, was der Staat letztlich zum Machterhalt benötigte, führte kein Weg vorbei.

Die Verluste der Einleger, ob bei solchen Bankversuchen oder derer, die über die Goldschmiede oder als Goldschmiede oder über Zeichner vor allem von **Staatstiteln** Geld verloren, wurde bis 1694 auf zwischen 2 und 3 Mio. Pfund geschätzt (Godfrey, „A Short Account of the Bank of England“, 1748).

Was also rundum fehlte, waren zusätzliche Staatseinnahmen sowie eine Bank, die etwas passivieren konnte, was dem allseits dringend benötigten cash „gleich“ gesetzt wurde. Dies war weder privat zu stemmen, da letztlich doch immer wieder vom Staat cash benötigt wurde und Runs vorprogrammiert waren, um dem Staat diesen, von ihm abgeforderten cash zu beschaffen noch gar von Banken als privaten Gesellschaften in Konkurrenz untereinander, so dass ein Monopol (Privileg, charter) allein die Lösung aus der Staatsmisere darstellte.

Die Lage hatte sich zu Beginn der 1690er Jahre zugespitzt. Die Agenten des neuen Königs William III. versuchten verzweifelt, in der City cash aufzutreiben.

Auszüge aus einer zeitgenössischen Quelle (in: Francis, „History of the Bank of England“):

„The funds were run down ..tallies (staatliche Kreditdokumente, die nicht auf bestimmten Einnahmen der Krone fundiert waren) lay bundled up like Bath faggots in the hands of brokers and stock-jobbers. The Parliament gave taxes (siehe Salt und Land Tax, unten), levied loans .. the King has been in the field, and the willing brave English spirits, eager to honour their country and follow such a King, have marched even to battle without their stockings or shoes, while his servants have been working every day in Exchange Alley to get his men money of the stock-jobbers, even after all the horrible demands of discount have been allowed and at last scarce 50 per cent of the money granted by Parliament has come into the hands of the Exchequer and that late, too late for service and by driblets.“

Im Januar 1692 wurde ein “Committee appointed to consider means for raising funds to carry on the war” eingerichtet.

Zwei Vorschläge machten die Runde. Einmal der von **William Paterson** (1,2 Mio. aufzubringen, davon 1 Mio. an die Krone als Anleihe zu 6 %, 0,2 sollten das Kapital einer Bank darstellen, deren „bills ... should be current“). Der zweite von Hugh Chamberlain, der die Ausgabe von nicht-konvertiblem Papiergeld vorsah, das auf Land-Titeln basieren sollte. Bekanntlich obsiegte Paterson **mit** einem moderierten Plan (1,2 an den Staat zu 8 %, siehe gleich).

Insgesamt war es konsequent, das Gesetz über die Einführung der BoE in einem Gesetz zu verpacken, das sowohl die Erhebung einer weiteren indirekten Steuer enthielt als auch die Privilegierung der Bank mittels königlicher Charter selbst. Die entsprechenden Summen betrugen 1,5 und 1,2 Mio. Pfund. Die Charter ausführlich hier [Link defekt, Anm. Editor].

Die 1,5 Mio. Pfund waren zunächst auf diese Weise zu erbringen:

*“That for and during the term of four years, commencing from the 1st day of June, in the year of our Lord 1694, there should be throughout the kingdom of England, dominion of Wales, and town of Berwick upon Tweed, raised, levied, **collected and paid for and upon the tonnage of all ships and vessels, wherein at any time or times, and for every time during the said term of four years, there should be imported any goods or merchandizes** into this kingdom of England, dominion of Wales, or town of Berwick upon Tweed, from any parts, places or countries, in the said act mentioned, and wherein, during the said term, there should be carried coastwise from any port, member or creek, in the kingdom of England, dominion of Wales, or town of Berwick upon Tweed, unto any other port, creek or member within the same kingdom, dominion, port or town, the several and respective rates, impositions, duties and sums of money, in the said act mentioned.”*

Die 1,2 Mio. Pfund für die in dem Dokument, so quasi en passant, ebenfalls erscheinende BoE waren keine Steuer, sondern der Kaufpreis, der für den Kauf einer Charter (Privileg) an den Staat zu entrichten waren. Das Privileg war, wie wir noch sehen werden, ein Mix. Zum einen wurden die 1,2 Mio. mit 8 % p.a. verzinst, so dass die zur Verfügung gestellte Summe den Charakter einer Anleihe hatte, die eine Art Ewig-Rente darstellte (Governor und Company waren errichtet „to have perpetual succession“). Zum anderen beinhaltete das Privileg die Möglichkeit, kaufmännische Papiere zu beleihen und aus der Beleihung derselben Profit zu ziehen.

*”And that the said governor, deputy-governor, and directors, or the major part of them so assembled, (whereof the governor, or deputy-governor is to be always one) shall and may act according to such by-laws, constitutions, orders, rules, or directions, as shall from time to time be made and given unto them, by the general court of the said corporation. And in all cases where such by-laws, constitutions, orders, rules, or directions, by or from the general court, shall be wanting, the said governor, deputy-governor, and directors, or the major part of them so assembled, (whereof the governor or deputy-governor is to be always one) shall and may direct and manage all the affairs and business of the said corporation, **in the borrowing or receiving of monies, and giving security for the same, under the common seal of the said corporation; and in their dealing in bills of exchange, or the buying or selling of bullion, gold or silver, or in selling any goods, wares, or merchandizes whatsoever, which shall really, and bona fide, be left or deposited with the said corporation, for money lent or advanced thereon, and which shall not be redeemed at the time agreed, or within three months after,** or in selling such goods as shall or may be the produce of lands, purchased by the said corporation, or in the lending or advancing any of the monies of the said corporation, and taking pawns, or other securities for the same.”*

Die BoE gab ihrerseits also nicht, wie bisher bei Beleihung von kaufmännischen Papiere erforderlich, Bargeld (cash) in Form von Münzen oder gewogenem Metall (bullion), sondern **bank notes** („under the seal“) und diese liefen nicht automatisch ab wie die üblichen Papiere, die sie hereinnahm oder in 3 Monaten wie Wechsel („shall not be redeemed“).

Damit also war das Wunder vollbracht, etwas in die Welt zu setzen, was dem dringend benötigten cash gleich gestellt war – es waren die notes der Bank.

Um dem Publikum zu sichern, dass es sich bei den *bank notes* nicht nur um Papier handle, sondern nur um eine „andere“ Form von *cash* waren die Noten auf Sicht in Metall umzuwandeln. Dass dies zu Problemen führen sollte, sehen wir gleich.

Zunächst ging es um die zeitlich näher liegende Frage:

Wie kamen die ersten bank notes überhaupt ins Publikum?

Dieser Ablauf ist äußerst kompliziert und m.E. bis heute in der finanz- und wirtschaftsgeschichtlichen Literatur nicht richtig begriffen. Die BoE wurde bekanntlich nicht mit einem Kapital ausgestattet, das sie anschließend zum Wechseldiskont u.ä. verwenden konnte, da sie es direkt an den Staat weiter leiten musste (von dem die 8 % Zinsen/Dividende kamen). Da sie keinen cash in Form von specie hatte, also kein Edelmetall in ihren Tresoren, war die Ausgabe von bank notes gegen eingereichte bills ebenfalls nicht möglich, da die notes bei Präsentation mit cash zu bedienen gewesen wären.

Zum Ablauf im Einzelnen (das verlässlichste Material nach wie vor bei Rogers, „The Statement...“, 1887, der auf sehr sorgfältigen Statistiken von Stutchbury basiert).

1. Die Subskription. Am 21. Juni 1694 begannen die Zeichnungen und das Kapital war am 2. Juli komplett gezeichnet und am 24. Juli die Charter unterzeichnet. Eine Erhöhung des Kapitals war ausdrücklich ausgeschlossen. Bei Zeichnung waren 25 Prozent des Betrages einzuzahlen und dies in cash (specie). Wer Schuldtitel (z.B. tallies) hatte, musste diese erst in cash verwandeln und konnte erst danach einzahlen. tallies notierten mit hohem Disagio, so dass der Titelhalter sich entscheiden musste, ob er das Disagio in Kauf nahm oder nicht. Er hatte immerhin die Möglichkeit von dem Betrag, den er gegen tallies am Markt in cash erhielt, den cash in Bankanteile wechseln sollte, die ihrerseits 8 % Garantie-Dividende abwarfen. Der einzelne tallie-Halter war ohnehin „kupiert“, da kein Einzelner mehr als 10.000 Pfund subskribieren konnte, es also von vorneherein unmöglich war, alle tallies auf den Markt zu werfen, was deren Kurs ins Bodenlose geschickt hätte, zumal bei der Summe von um die 3 Mio Pfund ausstehender tallie-Schulden des Staates.

2. Transfer an den Staat. Bis November waren 720.000 in cash einkommen (zwei Mal 300.000 und ein Mal 120.000, da die Einzahlungen „aufgerufen“ wurden). Das Geld wurde Zug um Zug an den Exchequer überwiesen. Nun fehlten allerdings noch 500.000. Diese kamen „out of the banking funds“, d.h. Sie wurden in Form von bank notes überreicht. Die Bank verbuchte 1,2 Mio. Forderungen an den Staat aktiv und passiv 720.000 Kapital und 500.000 Noten. Die Noten waren komplett ungedeckt, doch die Beteiligten gingen von folgenden Überlegungen aus: Sollten Noten präsentiert werden, würde zunächst das Geld zur Verfügung stehen, das der Staat auf die 1,2 Mio. insgesamt als Zinsen zu bezahlen hatte bzw. weiteres noch nicht eingezahltes Kapital würde von den Zeichnern in cash abgefordert. Würden beide, sowohl Staat als auch Private mit Noten statt in cash bezahlen (siehe unten), wären die eingehenden Noten unschwer mit den ausstehenden saldiert und würden aus der Bilanz verschwinden. Tatsächlich bezahlte der Staat die erste Dividende schon im März 1695.

3. Die Krise. Tatsächlich galten die Noten zunächst als „unverdächtig“, weil man mit ihrer Hilfe jederzeit bank stocks kaufen konnte, mit deren Hilfe man sich wiederum ein 8%-Verzinsung sicherte. Nicht die Noten hatten einen Kurs gegen cash, sondern die Aktien gegen cash und Noten. Je näher der Dividendentermin rückte, desto teurer die Aktien. Im besagten Jahr 1695 starteten die Aktien mit 74, stiegen zur Dividendenankündigung auf 99 und fielen dann im März „ex Dividende“. Die Aktien hatten übrigens, bezogen auf das eingezahlte Kapital (720.000) eine Rendite von 13,5 Prozent, da der Staat 1,2 Mio. zu 8 % verzinst.

Zu Beginn des Jahres 1696 ging das muntere Spiel weiter: Die Aktien stiegen auf 108, fielen dann aber bis Oktober auf 60. Das lag nicht an den gezahlten Dividenden allein, sondern dass weitere Banken gegründet wurden, die sich dieser wunderbaren Reichtumsvermehrung (Verzinsung von Papier) anschließen wollten: eine Bank of paper-notes of credit, eine Orphans Bank und die bekanntere Million Bank sowie eine Land Bank, mit deren Hilfe die Tories (Land) zu den Whigs (City) und ihrer BoE aufschließen wollten und die im Februar genehmigt wurde.

Nun schlug die Stimmung um und das Publikum begann BoE-notes zu präsentieren. Obwohl der Staat der BoE zwischenzeitlich (Mai) den Umtausch der alten und neue Münzen übertragen hatte, musste die BoE ihre Zahlungen in specie einstellen. Man versuchte zwar, jetzt **auch die Noten verzinslich** zu gestalten, aber die Noten erhielten doch ein Disagio von 20 %. Auch ein weiterer call an die Zeichner, weitere 20 % des Kapitals einzuschließen (240.000 Pfund), fruchtete nichts, zumal dies in völliger Wirrnis unterging: die Bankaktionäre sollten der Bank überdies ein verzinsliches Darlehen geben, die ihrerseits (offenbar aus Angst vor weiterreichenden Zugriffen) dem König selbst 200.000 als Anleihe in Aussicht stellte.

Der Staat war jedoch finanziell am Boden:

“The ministry was like a distressed debtor, who was daily squeezed to death by the exorbitant greediness of the lender. The citizens began to decline trade and to turn usurers.” (Davenant, “Essay upon Loans”, 1710).

Bei der BoE war Feuer auf dem Dach, zumal der König eine weitere Geldspritze von 2,5 Mio forderte. Die Aktien notierten zwischen 60 und 70, der Kurs der Noten hatte 16 bis 17 % Disagio.

4. Fresh money. Die Rettung kam mit einer Kapitalerhöhung 1697. Dabei konnten 80 % in tallies und 20 % in bank notes gezahlt werden (sog. „engrafted stock“).

Beide notierten unter pari wie auch die Aktien. Das Ganze wurde zum Dreibandenzock: Zahlte der Staat die 8 % auf die tallies, löste er sie zu pari ein und zahlte er die nach wie 8 % auf die ursprünglichen 1,2 Mio., kam cash in die Kasse, mussten die Noten, da einlösbar auf pari gehen und die Aktien ebenfalls (und später darüber hinaus). Der Staat blieb stehen, da die immensen Kriegskosten herunter gefahren werden konnten (Vertrag von **Rijswijk** 1797) und bediente seine Schulden, zumal die neu eingeführten Steuern – wie immer nach Kriegen – beibehalten wurden. Hinzu kamen vermehrte Geschäfte mit der diskontwilligen Privatkundschaft.

Die BoE konnte den engrafted stock von 1698 bis 1707 zurück zahlen, da sie selbst entsprechende Erträge hatte (Kursgewinn plus Dividenden) und in gleicher Höhe ihr Kapital erhöhen, das 1708 bei 2,2 Mio lag und zum Kurs von 115 auf 4,4 verdoppelt werden konnte. 1709: 5, 1710: 5,6 und 1722: 8,9 Mio (davon 3,4 Mio. um 4 Mio. nominal Südseeaktien zu kaufen, Ausgabekurs: 118).

Die von der BoE 1722 gehaltene Staatsschuld lag bei exakt 9.375.027 Pfund. Aber das mit der Staatsschuld, deren Titel direkt oder indirekt in der Bilanz der Notenbank erscheinen und deren Noten entsprechend „decken“, kennen wir bis heute bestens. Angefangen hat es 1694.

Ad multos annos, liebes „Papiergeld“!

Tobin-Steuer, Goodfriend, "carry tax", Freigeld usw. - wo kommt's wirklich her?

Geschrieben von dottore am 31. Oktober 2003 11:49:31

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/230171.htm>

nil sine causa - also muss man immer weiter suchen. Bis man möglichst die Quelle selbst entdeckt.

Es geht um die Besteuerung von Geld, Guthaben bzw. Geldtransaktionen, was in allen möglichen Varianten die Runde macht. Namen wie Gesell, Fisher, Keynes, Tobin, Goodfriend, usw. sind zu nennen. Allen gemeinsam ist, dass sie irgendeinen "Fehler" ausmerzen wollen, der allerdings erst dann als solcher als "endlich entdeckt" bezeichnet werden kann, nachdem sich ökonomische Schief lagen aller Art zeigen (Arbeitslosigkeit, Absatzprobleme, Spekulation, Verteilung, usw.).

Probleme sind also zu sehen und zu spüren, und da sich diese Probleme "monetär" zeigen (vulgo: "Geld fehlt") versucht man sie anzugehen, indem man am "Geld" selbst herumzudoktern versucht. Dass "Geld" Folge und nicht Ursache des Problems ist, wird geflissentlich übersehen, wie schon das berühmte Beispiel der Brakteaten zeigt, einem "Schwundgeld" des Mittelalters.

Dabei mussten jeweils alte Münzen in neue umgetauscht werden, da nur mit "neuen" Münzen Steuern bezahlt werden konnten. Die Einzugsstelle der alten und Ausgabestelle der neuen Münzen war freilich die selbe Instanz, die auch die Steuern einforderte, so dass sich das System als eine Einnahmequelle der Obrigkeit entpuppt, die ihrerseits nicht Einnahmen "als solche" haben wollte, sondern aufgrund bestehender Überschuldung und Finanznot haben musste. Auf das Beispiel des hemmungslosesten "Brakteateurs", den Bischof von Magdeburg, wurde schon ausführlich verwiesen.

Ähnlich war es beim gerühmten Wörgler "Freigeld", das nicht von der Bevölkerung, sondern vom Bürgermeister initiiert wurde, der einer zahlungsunfähigen Gemeinde vorstand und von der Gemeinde "Noten" emittieren ließ, die - da mit Annahmegarantie durch die Gemeinde zur Zahlung von (rückständigen) Steuern versehen - der Gemeinde halfen, ihrerseits Güter und Leistungen zu kaufen, woraufhin die Halter der Noten außerhalb der Gemeinde diese flugs an sie returnierten, was zu der bekannten "Hochrechnung" führt, dass sich mit Hilfe dieses Gemeindegeldes die "Umlaufgeschwindigkeit" dieses Geldes bis ins Fabelhafte hätte steigern lassen, wie Oldy nicht müde wird, immer aufs Neue zu erklären.

Kurzum, alle Vorschläge, ob sich deren Initiatoren dessen bewusst waren oder nicht, liefen und laufen im Endeffekt nicht darauf hinaus, dass die "Wirtschaft besser läuft", sondern dass sich aus einer "besser" laufenden Wirtschaft eben auch dank der damit verbundenen "Verbreiterung der Besteuerungsbasis" (Hans Eichel) in Summa höhere Abgaben abpressen lassen. Die Wirtschaft soll nicht "als solche" florieren, sondern mit ihrem Freuden-Flor dazu beitragen, dass sich die Finanzprobleme der Macht selbst verflüchtigen, zumindest vertagt werden.

Während sich die Schwundgeldvorschläge heute eher auf arkane Zirkel beschränken (der erste Vorschlag stammt übrigens nicht von Gesell selbst, sondern von einem Kapuziner aus Wien, wie schon einmal berichtet) und das Wort "Steuer" vermeiden, indem es durch das Wort "Gebühr" ersetzt wird (Umlaufgebühr), lassen andere Vorschläge die Maske fallen und bezeichnen das, worum es ihnen geht, offen als Steuer (Nobelpreisträger Tobin) bzw. als "carry tax".

Dass diese Vorschläge inzwischen auch politische Wucht erhalten, zeigt ein Blick auf die Webseiten etwa von attac oder ver.di, wo vor allem die Tobinsteuer als Remedium für sämtliche Weltgebrechen bejubelt wird.

Nach intensiver Recherche bin ich nun auf die "Urform" (es sei denn, es gibt noch ältere?) dieser Steuer (Gebühr), jedenfalls in der neueren Zeit gestoßen. Sie wurde 1863 von den Staaten der Konföderation eingeführt. Dies geschah, als sich im Bürgerkrieg (1861-65) das Blatt nach Gettysburg und Vicksburg zugunsten der Nordstaaten (Union) gewendet hatte.

Um die verheerende finanzielle Lage der Südstaaten zu verbessern, die sich durch den Verkauf von sog. "cotton bonds" nicht mehr verbessern ließ, da diese nicht mehr zu platzieren waren, beschloss die Konföderation ans "Geld" zu gehen.

Auf alles Geld, ob im Publikum oder als Depositen wurde ein Steuer in Höhe von 8 Prozent gelegt, außerdem noch eine 1-Prozent-Steuer auf "Kapital".

Trotz heftiger Proteste (vgl. den Druck, 3 Seiten, "To the Honorable The Senate and House of Representatives of the Confederate States of America", Savannah 1864) wurde diese Steuer 1864 erneuert. Das Ergebnis war erst recht verheerend und mündete in eine klassische taxflation, bei der allein die Banken, die das Geld nicht ins Publikum "zurückpressen" konnten, 64 Prozent ihrer Aktiva einbüßten - ein Schlag, von dem sie sich nicht mehr erholen sollten. Weshalb das amerikanische Finanzzentrum ein für alle Mal nach Norden wanderte und sich bis heute bekanntlich in New York aufhält.

Dennoch hatten die Amerikaner diesen Vorgang nicht vergessen. In der Wirtschaftskrise 1930 ff. hoben sie nicht nur ab, weil zahlreiche Banken fallierten, sondern auch, um einer Besteuerung ihrer Depositen vorzubeugen. Dies wiederum erkannte kein geringerer als F.D. Roosevelt, der an seinem zweiten Tag im Amt bereits den bekannten "Bank Holiday" ausrief: "*A Proclamation, whereas have been heavy and unwarranted withdrawals of gold and currency from our banking institutions for the purpose of hoarding...*"

Die Besteuerung erfolgt dann doch, wie ebenfalls bestens bekannt. Das Gold im Publikum wurde per Gesetz diesem entzogen und ihm verboten, weiterhin Gold zu halten. Konnte man vorher für ca. 20 Papierdollar ("legal tender") eine Unze Gold kaufen, musste man hinfert (auf dem Umweg über das Ausland natürlich) 35 Papierdollar hinblättern. Um an diese 35 Dollar zu kommen, musste man natürlich mehr leisten, arbeiten, Güter erstellen als zuvor, da man mit weniger Leistung und Gütern an die selbe Unze (31,1 g) zu kommen.

Was immer gern als "Goldaufwertung" bzw. "Dollarabwertung" bezeichnet wird war bei Licht besehen nichts anderes als eine Goldsteuer, alias Goldgeld-Steuer, auch wenn diese nur ein Mal erhoben werden konnte.

So schließt sich immer wieder der Kreis: Unweigerlich gerät die Staatsmacht trotz immer weiter steigenden Abgabenbelastung in zwangsbedingte Finanzkrisen, wobei sich der Diskont künftiger Abgaben und deren damit logischerweise verbundene Zession dieser Abgaben an "Kapitalisten" und dem damit automatisch verbundenen Verrentungseffekt ("arbeitslose Einkommen", vgl. "Krisenschaukel", u.a.) in allgemeiner Stagnation niederschlagen.

Da sich das dabei entstehende "Geld" bzw. "Geldforderungen" logischerweise irgendwo "befinden" muss, aber dort nicht still hält, sondern sich in der "Finanzsphäre" immer aufs Neue austobt ("bubbles") diesen durch das Abgabensystem (plus dessen Diskont) überhaupt erst geschaffenen Umstand ("Missstand") durch eine weitere Steuer oder Gebühr zu "bekämpfen".

Dabei geschieht indes nicht anderes als den Teufel durch den Beelzebub auszutreiben. Es ist nicht auszuschließen, dass wir auch diesen satanischen Tanz demnächst wieder bestaunen können. Dass auch dieses Schaustück wieder mit einer taxflation enden wird, versteht sich von selbst.

Ich bitte, dieses Posting zu den Akten zu nehmen. Denn nichts ist unangenehmer als in Gelddingen von der Staatsmacht überrascht zu werden. Geschichte wiederholt sich bekanntlich, wenn auch in immer wieder erstaunlichen Varianten.

PS: Sollte es zu einer "currency tax" à la 1863/64 kommen, wäre auch ich mit meinem Latein am Ende. Gold und e-Gold würde dann ebenfalls à la 1933 ff. besteuert, anderes "Kapital" (Grundstücke können nicht fliehen) nicht minder. Die Auswege werden also immer enger und kleiner. Vermutlich wird auch der klügste Kopf, sofern er über irgendetwas verfügt, das sich noch besteuern lässt, in der Gosse landen und muss sich in die langen Schlangen der Sozialhilfeempfänger einreihen oder bei irgendwelchen Nahrungsmittelbezugsstellen.

Also "gut" schaut's nicht aus... Ich bitte, dies nicht wieder als eine der "üblichen Miesepetereien" zu interpretieren. Und vielleicht dreht das "System" ja noch eine oder mehrere weitere Runden, was niemand mehr begrüßen würde als ich selbst (so viel Egoismus darf noch sein). Das prae-lethale Sich-Aufbäumen ist uns ja auch vertraut. Dennoch muss ich immer wieder darauf hinweisen, dass das "System" moribund ist - eben weil es ein Zwangssystem der Staatsmacht ist und Zwang der menschlichen Natur widerspricht.

Falls ich jemand schon wieder mal schlechte Laune gemacht haben sollte, bitte ich um Entschuldigung.

Heute besteuertes Steuerzahlungsmittel

Geschrieben von dottore am 24. November 2003 09:42:25

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/236310.htm>

[G]eld heute gesetzliches Zahlungsmittel (GZ, legal tender), als Münzen (Münzgewinn = Steuer) und Banknoten (ZB-"Zins" = Banknotensteuer) existent.

Herstellung von Geld als Münzen und Banknoten vom Staat monopolisiert (Form, Aussehen, Merkmale, Nominal usw.). Gegensatz: Silber- bzw. Goldstandard, wo das Material (Silber, Gold) privat erstellt werden konnte (Bergbau, Stichwort dazu: Berg- und Münzregale).

Historisch:

1. Geld = Waffenmetallabgabe (Cu, Zinn).
2. Geld in diversen Formen als one-way-money (wurde von der empfangenden bzw. einfordernden Stelle thesauriert, vgl. Gerloff, vgl. Herodot).
3. Start der Geldzirkulation (multi-way-money) durch a) Tribut und b) Wiederausgabe des Tributs durch Herrscher, die sich Söldner kauften, um Herrschaft (Macht) zu erhalten bzw. zu expandieren. Daher Münzhorte (Gotland, keltische Gebiete, usw.) in Gegenden, aus denen nicht Waren, sondern Krieger (Dienstleistungen) exportiert wurden.
4. Geldbeschaffungszwang ex Abgabenzwang (staatlich gesetzter Termin!) führt zum Zwang, es gegen andere Güter oder Leistungen einzutauschen. Beginn des Handels. Beginn dieses niemals Gattungs-, sondern Einzelkäufe.
5. Geld ohne Termin (zunächst staatlich, dann staatlich besicherte private ex Kontrakten) ist wertlos (bei Metallen bleibt individuell eingeschätzter Gebrauchs- oder Schmuckwert). Preisbildung startet: Wie viel Ware(n) muss ich abgeben, um an das Abgabemittel selbst zu kommen?
6. Aktuell erscheinen Banknoten fast nur noch gegen Staatstitel (Bonds), die von den ZBs angekauft bzw. als Pfand genommen werden. Banknoten (currency) daher vorgezogene Quittung auf noch zu leistende Steuern (Staatstitel sind Steuerzession des Staates an Private).
7. Steuerzahlungsmittel kann gehortet bzw. an andere Private zediert werden (Bankensystem). Über alle Fälligkeiten saldiert (Fälligkeit gegen Fälligkeit) saldiert sich der Nichtstaatssektor auf Null.
8. Was bliebe? a) Der Staat als Nettoschuldner gegenüber dem Nichtstaatssektor. b) Der Nichtstaatssektor als Eventualschuldner (Steuerzahler) gegenüber dem Staat. c) Die jeweils ausgegebenen Banknoten mit Rückgabeverpflichtung (Termin) gegen Verpflichtung Herausgabe von Staatstiteln ex ZB (mit jeweils späterem Termin).

Heißt: Ohne Steuern (allgemeine und ZB-Steuer ex staatlichem Abgaben- und Geldmonopol) entfällt Geld als GZ und demnach als "Zahlungsmittel". Geld ist demnach Macht-Derivat und hat mit privaten Interaktionen nichts zu tun (wiewohl derzeit die gesetzliche [!] Verpflichtung, da Geld = GZ, besteht, auch private Interaktionen mit seiner Hilfe (tägliche Fälligkeit, also wieder GZ mit Termin Null) zu regulieren.

Verschwindet das GZ-Monopol können die Privaten, falls sie Interaktionen wollen, jeweils interaktiv (einer mit einem anderen) Ware und Leistung gegen Gegenware und Gegenleistung vollziehen - oder es bleiben lassen. Ein "allgemein" gültiges (= geltendes, d.h. zu konstantem Kurs in sich) Geld ist dann nicht mehr vorstellbar. "Noten" (= Notierungen wie Kerbhölzer) können in eng begrenzten Arealen vorkommen. Auf welchen "Standard" sie sich dann beziehen, müsste ermittelt werden. Da ein macht-basiertes GZ fehlt, das einen Standard liefert, liefe es auf minimalen Tauschverkehr, sich wiederum auf Stückkäufe zurückentwickelnd hinaus.

Am Ende stünde wieder die Eigen-, Familien- oder Stammeswirtschaft. "Tauschringe" versuchen dies zu simulieren. Je größer der Tauschring, desto stärker die Notwendigkeit wieder mit Termin, Zwang, Sanktion usw. zu arbeiten.

Die Vorstellung, es könne jemals ein "für alle" (wie viele auch immer) geltendes Geld ohne Macht geben ist irrig und die Suche danach zwecklos. Und sobald mit privatem Eigentum und privaten Kontrakten gearbeitet wird, stellt sich wieder die Besicherungs- bzw. Vollstreckungsproblematik, d.h. die Machtfrage erneut.

Warum Steuerstaaten immer wieder scheitern müssen

Geschrieben von dottore am 10. März 2004 13:33:24

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/259309.htm>

JoBar hat uns auf die hübsche Schmonzettensammlung zur Steuergeschichte hingewiesen.

Hier zum nochmaligen Genuss. [Link defekt, Anm. Editor]

Dazu einige grundsätzliche und dann spezielle Anmerkungen, das Römische Reich betreffend.

1. Interessanterweise existiert keine durchgeschriebene Steuergeschichte - weder eines Landes noch gar weltweit. Letztlich existieren nur Sammlungen von Kuriosa, auf die auch in dem betreffenden Stück abgehoben wird (was es deshalb nicht schlecht macht). Von Lotz haben wir zwar ein dreibändiges Handbuch der Finanzgeschichte und auch das "Mit dem Zehnten fing es an..." (Beckh-Verlag), aber auch darin finden wir keine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Zwangsabgaben und ergo mit den Staatsgrundlagen selbst.

Auch moderne ökonomische Untersuchungen, etwa die Arbeiten von **Mancur Olson**, beschränken sich darauf, irgendwelche "Grenzen" anzugeben, bis zu denen die Zwangsabgaben "noch gut" sind und dass es insgesamt "schlecht" wird, wenn diese Grenzen überschritten werden (z.B. bei Olson das Beispiel der chinesischen Warlords etc.). Auch Art Laffer gehört in diese Kategorie, dessen Modell ja letztlich auf eine Staatseinnahmenmaximierung hinaus läuft, wenn nur "richtig" an den Steuersätzen selbst herumgefummelt wird.

Überdies zieht man sich auf die "Steuerlastquote" zurück, die "so hoch" ja nicht sei (vgl. BRD mit ca. 25 %) und übersieht dabei das Phänomen des Vorabbezugs von Zwangsabgaben, das durch die **Zession später erwarteter Steuereinnahmen** an Staatstitel-Halter entsteht. Und Staatsschulden werden dann vom mainstream (siehe dazu auch ein Posting vor kurzem) als "irrelevant" betrachtet, weil mit den Schulden zugleich auch Guthaben "vererbt" würden, Staat und Bürger also quasi ein Nullsummenspielchen betreiben. Warum man dann nicht vorwiegend, wenn nicht gar ausschließlich mit Staatsanleihen arbeitet und Steuereinnahmen vernachlässigt, wird nicht weiter ausgeführt, obwohl es doch "rein rechnerisch" ganz toll wäre.

Was wir von der Finanzgeschichte (wenn auch immer nur zu historisch verankerbaren "Krisenzeiten", wo sich dann die Probleme überschlagen) lernen ist eine **endlose Kette von Zahlungsproblemen des Staates**, vgl. nicht nur als Klassiker die Französische Revolution oder den Untergang der Weimarer Republik, sondern schon den davor liegenden Ablauf der englischen Revolution, in deren Verlauf der bankrotte Herrscher Karl I. sich beim einberufenen und aufgelösten und wieder einberufenen Parlament bedienen wollte und schließlich seinen kostbaren Kopf verlor. Auch an **Ibn Khaldun**, der hier ebenfalls schon diskutiert wurde, sei zu erinnern und seine Beobachtung, dass alle Dynastien mit geringer Steuerlast starten, um dann mit maximaler Steuerlast zu scheitern.

2. Aus dem obigen Link erfahren wir auch einiges zur **römischen Steuergeschichte**, aber eben nicht alles. Die Ausführungen zur Kaiserzeit ab Augustus sind mangelhaft, weshalb hier nachgeholt werden soll.

Wie geneigte Leser wissen, läuft die "Machttheorie" darauf hinaus, dass ein Machtsystem sich nur halten kann, solange es seine Kosten externalisieren kann (vgl. für den Fall Athens die Ausführungen von Uwe Wagschal, 2000), was aber über kurz oder lang zur Internalisierung führt (aus Tribut wird Steuer) und was dann unausweichlich im Bankrott endet. Der kann gestretcht werden, wie wir wissen, sei es durch Münzverschlechterung bzw. durch sich immer höher aufschaukelndes Schuldenmachen. Postings dazu noch und noch.

Nun aber zum Rom der Kaiserzeit.

Augustus konnte sich noch extern bedienen (Ägypten), was aber vorbei war, als dies dem Reich eingegliedert worden war. Schon Tiberius hatte eine deflationäre Depression zu stemmen, die in dem bekannten Crash um anno 30 endete.

Fresh Money kam nach der Eroberung Jerusalems und Hebung der dortigen Tempelschätze durch Titus, danach wieder Ebbe, man denke an den Bankrott **Domitians** und die verzweifelten Besteuerungsversuche Nervas, bei dem bekanntlich jeder sich ausziehen musste, damit Beschneidung (und ergo eine Sondersteuer) feststellbar würde.

Der nächste Schub (und zugleich der letzte) war dann die Eroberung Dakiens (Rumänien) und die Behebung der dortigen Goldschätze durch Trajan. Damit war dann Ende vom Gelände und der römische Machtstaat ging stetig nieder. Dabei sind Septimius Severus und Caracalla (198-217) Schlüsselfiguren. Ihr Machterhalt verschlang gigantische Summen. Schon Septimius musste den Sold der Truppen verdoppeln und von Caracalla berichtet Cassius Dio: "Ließ doch der Kaiser oft das Wort fallen: 'Kein Mensch außer mir sollte Geld besitzen, damit ich es den Soldaten schenken kann'."

An Germanenstämme wurde bereits **Schutzgeld** bezahlt und die Steuereintreibung wurde immer rigoroser, wobei auf neu und altbewährte Mittel zurück gegriffen wurde:

- Konskriptionen (Einziehung der Vermögens der "Reichen", die der Einfachheit halber auch gleich beseitigt wurden).
- Wenn in einem Testament unliebsame Namen auftauchten (z.B. der des der "damnatio memoriae" anheimgefallenen Geta), würde das gesamte Erbe eingezogen.
- Der Kaiser verlangte von den Städten kostenlose Leistungen (z.B. Infrastruktur), die diese auf ihre Bürger umlegen mussten.
- Ein "Kranzgold" wurde eingezogen - Belohnung des Kaisers für seine "immerwährenden Siege".

Der entscheidende Fehler unterlief dem Kaiser jedoch mit der "Constitutio Antoniana" im Jahre 212, die zwar die Erbschafts- und Freilassungssteuer verdoppelte (auf 10 %), aber - um die Besteuerungsbasis zu "verbreitern" - **allen Bewohnern im Reich das Römische Bürgerrecht verlied**, womit die Staatseinnahmen endgültig **internalisiert** waren.

Damit begann automatisch der unaufhaltsame Niedergang, da jedes Zwangsabgabensystem automatisch ansteigen muss (Machterhaltungs-, Bevölkerungserhaltungs-, alias "Sozial"-, dazu Verrentungs- und Bürokratiekosten steigen exponentiell), damit die Wirtschaftskraft schwächt und schließlich vollends lähmt.

Immerhin konnten die Imperatoren, jetzt zu "Soldatenkaisern" mutiert, noch ein grandioses As aus dem Ärmel ziehen. Sie prägten ab 214/5 sog. "**Antoniane**" (die lange Zeit als rätselhaft geltenden Doppeldenare), die auf eine Abwertung um 25 Prozent hinausliefen. Aus 16 Einzeldenaren wurden 10 Antoniane geprägt, die ihrerseits einen Wert von 20 Denaren hatten. Nebenbei ein Beitrag zur "Schwundgeldgeschichte" - die Nummer mit den Brakteaten (Mittelalter) war so sensationell neu also nicht.

Gleichzeitig wurde natürlich der Silbergehalt der Denare ununterbrochen verschlechtert und lag schon 217 um fast 10 % (0,3 aus 3,49 g) unter dem des Zeitraums davor. Die Geschichte der weiteren Münzverschlechterung ist bekannt. **Zum Schluss wurde die Münzen nur noch in Silbersud getaucht, um ihnen des Aussehen eines "Silberstücks" zu geben.** Auch an den bekannten Preisstopp von Diokletian kurz nach 300 ist dabei zu erinnern. Geholfen hat alles nichts, gestretcht sehr wohl.

Nun ist eine solche Münzverschlechterung zum Stretching **heute nicht mehr möglich, da Edelmetall nicht mehr als GZ existiert.** Es darf also mit Spannung erwartet werden, was den hochmögenden Herren diesmal einfällt, um die sich aufgrund immer weiter erlahmender Wirtschaft in einem immer weiter steigenden Abgabenzwangssystem verschärfende Finanzlage noch zu halten.

Die Steuereinnahmen gehen tendenziell zurück zu Deutschland siehe Spiegel, S. 69), was die Haushaltslöcher vergrößert, was wiederum neue oder höhere Steuern erforderlich macht (bzw. als Variante die Steuereintreibung verschärft), was aber das Wirtschaften noch mehr erschwert und schwächt. Immer höhere Staatsschulden vergrößern nur den bekannten **Verrentungseffekt** und schwächt nicht minder.

Somit bleibt es also bei der alten Frage: Wann, wie und unter welchen politischen Begleitumständen gehen die Notenbanken auf? We stay tuned.

Der Staat schafft sich sein Geld selbst - Wray/Innes

Geschrieben von dottore am 21. April 2004 12:57:00

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/268448.htm>

Als Antwort auf: Re: @Popeye - Der Staat schafft sich sein Geld selbst - Wray/Innes geschrieben von R.Deutsch am 21. April 2004 09:56:25:

>Lieber Popeye,

>was Innes da schreibt ist genau das, was Veit und Schlesinger auch schreiben (deren Aussagen dazu ich in meinem Buch ja ausführlich zitiere).

>Nämlich dass der Staat mit seinen Anleihen das Geld selbst schafft, mit dem die Anleihen dann gekauft werden.

Lieber R.Deutsch,

wenn's so einfach wäre. Mit Anleihen kann der Staat kein Geld "schaffen" - wie denn? Der Staat muss via ZB (seinem "Agenten", aber nicht Anleihenkäufer) die Anleihen am Markt platzieren. Damit der Markt das "Geld" (ready cash) dazu hat, weil er gerade selbst tägliche Fälligkeiten aktiv besitzt (und einen Aktivtausch [!] vornimmt [vorher: Cash, jetzt Anleihe, die Bilanz verlängert sich dadurch nicht]), muss er sich durch Einreichen **früher begebener Anleihen** bei der ZB diesen Cash beschaffen - im Verpfändungs- oder OM-Verfahren. Da er diese Anleihen ebenfalls bereits haben muss (was jemand nicht hat, kann er weder verpfänden noch verkaufen), verlängert auch das nicht die Gesamtbilanz des Marktes - es verändert nur die **Fälligkeiten innerhalb** der Aktivseite des Marktes.

Entsprechend schaut's beim Staat aus, sofern wir eine "Staatsbilanz" anschauen: Der Staat hat **aktiv** Steuerforderungen (bis max. 100 % eines irgendwann erwarteten BIP) und passiv Schulden (mit entsprechender Fälligkeitsstruktur). Nun kann er erstens seine Aktiva und Passiva umschichten: bei neuen Anleihen verschiebt er aktiv die sofort fälligen Steuereinnahmen auf später und termingemäß auch die Fälligkeiten seiner Verbindlichkeiten.

Zum zweiten kann er allerdings seine Bilanz verlängern, indem er sich einfach höhere, später fällige Steuereinnahmen reinschreibt und entsprechend passiv vorgeht. Auch dieses endet automatisch in sich selbst, zumal wenn die Steuereinnahmen - wie aktuell - nicht steigen, sondern **fallen**.

Es läuft immer wieder auf dieselbe Gleichung hinaus:

Die Steuern als zum Termin X fällig, müssen ausreichen, um die zum selben Termin X fälligen (sämtlichen) Verbindlichkeiten des Staates zu decken.

Decken die Einzahlungen (!) nicht die Auszahlungen des Staates, kann er sich zwar weiter (gemeinhin kürzerfristig, siehe die Diskussionen dazu hier) verschulden, dies aber wiederum nur über den Markt im beschriebenen Procedere. Schluss ist, wenn die fälligen Verbindlichkeiten des Staates (Auszahlungen zum Termin X) die überhaupt nur noch erzwingbaren (per Steuererhöhungen usw.) Einzahlungen (zum Termin X) übersteigen.

Dann könnte sich der Staat nur noch über Direkt-Bedienung bei der ZB liquide halten, was heute nicht geht (einschlägige Gesetze noch und noch hier besprochen), was sich aber ändern lässt. Erst dann haben wir das lange gesuchte Staatspapiergeld altbekannter Art.

>Das Märchen, der Markt müsse den Staat finanzieren

Der Markt überbrückt nur die Illiquidität des Staates, was diesen - da immer schneller immer größere Termine daherkommen - in immer größere Illiquiditätsgefahr treibt, da der Markt den Staat nie auf Dauer, sondern immer nur bis zum nächsten Termin vorfinanzieren kann. **Finanzieren kann sich der Staat definitiv und zwar so, dass keine weiteren Forderungen mit neuen Terminen ihm gegenüber in die Welt gesetzt werden, nur durch Steuern. Nur durch Steuern wird der Staat bezahlt und durch sonst nichts.**

>und die Zentralbanken würden als unabhängige Instanz uns vor dem Moloch Staat schützen dient lediglich der Verschleierung dieses Sachverhaltes. Es funktioniert halt nach wie vor nach dem schlichten Betrugsmuster der Englischen Zentralbank von 1694 :-)

Bei der BoE wurde, wie oft genug beschrieben, bei der Gründung klassisches Staatspapiergeld geschaffen. Eine Parallele dazu wäre heute nur möglich (außer der Öffnung der ZBs, wie ad nauseam diskutiert), wenn der Staat sich eine zusätzliche ZB schaffen würde, die "Noten" an ihn netto ausgibt.

Diese Noten könnten zwar zunächst 1 : 1 zum legal tender "Euro" ausgegeben werden, würden aber rasch ein Disagio erhalten, wie alles Staatspapiergeld stets einen Abschlag **gegen legal tender** erhalten hat und schließlich in der Regel (Ausnahmen gibt's auch, aber dann wurde die Ausgabe von Staatspapiergeld eingestellt und zum aktuellen Kurs in legal tender abgewickelt) als Nonvaleur verschwand.

Über die Geschichte der sog. "Doppelwährungen" muss ich einem Experten wie Dir keinen Vortrag halten. Auch das hochgeschätzte **Silber** kam mit einem gewaltigen Abschlag gegen legal tender in dem Moment daher, als es unterm Goldstandard **nicht mehr** legal tender war.

Umgekehrt war's um 18. Jh. in England, wie bereits beschrieben anhand der Proklamation von Charles II. von 1661 (lange vor der Gründung der BoE), die den Preis von neuen Goldmünzen gegen Silber (legal tender) hinaufsetzte und den Goldexport, egal in welcher Form, unter schwere Strafandrohung stellte.

Ich kann nicht verstehen, warum immer wieder das heutige legal tender mit dem pickelhaften Mechanismus **Rückzahlung** mit Staatspapiergeld (**keine Rückzahlung**) verwechselt wird.

Jeder, der sich heute in legal tender verschuldet, kann zwar damit durchaus die Preise in die Höhe treiben: alle kaufen einfach alles auf Kredit. Was aber nur vorübergehend möglich ist (credit bubble) und nicht für immer, da sonst niemand mehr bezahlen müsste (in ready cash als täglich fällig legal tender). Wenn die Kredite fällig werden, kann man sie zwar noch "**prolongieren**" (was aber keinerlei Push mehr bringt), aber das macht das Problem später nur größer. Und nach der credit bubble folgt der **credit bust. The higher the top the deeper the drop.**

Dass der Staat längst in der Prolongationsphase steckt und mit weiteren Krediten (die auf Verlängerung der alten hinauslaufen) nichts mehr "pushen" kann, sieht eigentlich jeder.

Der Staat kann zwar legal tender (!) "schaffen", indem er irgendwas dazu **erklärt** (plus Monopolisierung desselben). "Geld schaffen" aber kann er nur, indem er das oder ein weiteres legal tender selber herstellt - als Staatspapiergeld (Nettogeld ohne Termin, wie z.B. Scheidemünzen).

Dieses endlich einmal auseinander zu halten, wäre hilfreich.

Zusammenbruch - Um der Wahrheit die Ehre zu geben

Geschrieben von dottore am 09. Juni 2004 17:08:04

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/277436.htm>

[Z]unächst besten Dank für die interessanten Diskussionsbeiträge.

Ich darf mir erlauben, auf die Entwicklung der sog. "Zusammenbruchsthese" einzugehen.

1. Zunächst hatten wir 1980/1982 eine Reihe von Zahlungseinstellungen diverser Staaten. Dies brachte mich überhaupt erst aufs Thema "Staatsbankrott", das seit jeher kontrovers diskutiert wird. Auf der einen Seite die Fakten (mindestens ca. 300 solcher Vorgänge direkt oder indirekt historisch), auf der anderen die "moderne" Theorie, so etwas sei niemals mehr möglich.
2. Mit einem der Kritiker, Walter Lüftl, habe ich mich dann zusammengesetzt und ein Follow-Up verfasst ("Formeln für den Staatsbankrott"), das in der bekannten und hier dargestellten und ausführlich diskutierten "Bankrottdformel" mündete ("Steigen Schulden schneller als, das woraus sie bedient werden können..." usw.)
3. Darauf kam als gewichtiger Einwand die berühmte Domar-Formel, basierend u.a. auf seinem Aufsatz "The Burden of the Debt and the National Income", in der American Economic Review von 1944. Dieser keynesianische Ansatz (wie auch der in folgenden Publikationen anderer Wissenschaftler hat die bekannten Schwächen:
 - 3.1. Es wird irgendein "naturgegebener Wachstumspfad" vorausgesetzt, ohne zu erklären, woraus der resultiert.
 - 3.2. Die Folgen des "deficit spending", das quasi endlose Wohlstandsteigerungen verheißt, bleiben unberücksichtigt, da die Gegenbuchung zum Defizit (Schuldensind nur definierbar, wenn es Guthaben als Gegenbuchungen gibt und vice versa) aufgrund der öffentlich-rechtlichen Kameralistik (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung) unterbleibt.
 - 3.3. "Liquidität" wird als eine Nettogröße betrachtet, die als "solche" mit Hilfe von "Geld" nachgefragt werden kann, das seinerseits ebenfalls eine Nettogröße sein soll. [Dass hier Warengeld-Vorstellungen eine Rolle gespielt haben, sei am Rande erwähnt]. Diese LM-Theorie (L = Liquiditätspräferenz, M = Geld), bei der ein Zins als "Preis" entsteht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als der Güterwelt entlehnt und heute als Chimäre, da Geld nicht mehr "als solches" existiert und entlang einer Kurve nachgefragt wird, sondern nur durch den Diskont von späteren Fälligkeiten (die ebenfalls auf Geld lauten) in die Welt kommen kann (sieht man von der berühmten "Erstausrüstung", z.B. in der BRD ab, bei der 1948 bekanntlich künftige Steuerzahlungen abgetreten wurden).
Diese Diskussion, die hier oft genug geführt wurde, soll aber nicht noch ein Mal vertieft werden. Insgesamt können wir festhalten, dass das heutige Geldsystem ohne Staatsschulden nicht mehr definierbar ist. Der Domar'sche Ansatz, der auf asymptotische Verläufe von Staatsschulden und BIP abhebt (Staatsschulden sind als Ausgaben immer ein Teil des BIP) wurde dann auch von Lüftl widerlegt ("Der Domarschwindel", 1985).
4. Ausgehend vom ursprünglichen Heinsohn/Steiger-Ansatz des "Wirtschafts unter Erfüllungsdruck" habe ich mir danach erlaubt, die debitistische Theorie zu entwickeln (zuerst "Der Kapitalismus", 1986, daneben und danach laufend weitere Publikationen), welche auf Wirtschaften als Ergebnis von Erfüllung bestehender Verpflichtungen ("Schulden") abhebt und damit der bis heute in allen möglichen Varianten nach wie vor virulenten "Hochtausch-Theorie" des mainstreams widerspricht. Der kritische Punkt wird einzel- wie auch gesamtwirtschaftlich erreicht, sobald die Erfüllung nicht mehr möglich ist, da in einem monetären System niemals aus "Bestand" erfüllt werden kann, sondern nur mit

Hilfe zusätzlicher Nettoneuverschuldung. Einen Zins "auf etwas hinauf" gibt es nicht. Der Zins ist vielmehr stets eine Zession von später erwarteten (Private) oder erzwingbaren (Staat) Einzahlungen. Der Staat engt dabei diesen "Spielraum" ein, was seinen Ausdruck in zusätzlicher Staatsverschuldung findet, die ihrerseits zu den bekannten Verrentungseffekten ("Die Pleite") und der generell zunehmenden Unbeschäftigung von potenziellen Produktionsfaktoren führt ("Die Krisenschaukel"). Von der damit einhergehenden Verteilungsproblematik, die ebenfalls eine historische Konstante ist, ganz zu schweigen. Der Staat kann seinerseits durch Zession von Eigentum und/oder Privilegien an Private (die dann ihrerseits damit "wirtschaften") diesen Prozess verlängern.

5. Desungeachtet hat sich nach dem 1987er Crash, der nur Minuten davor war, einen allgemeinen "meltdown" einzuleiten, gezeigt, dass sich auch mit Hilfe geschickter Prolongationen (Klartext: Einbuchen auf das CdD-Konto "Staat") das Ganze immens stretchen lässt. Ausdruck dieser Erkenntnis war eine weitere Publikation ("Aufwärts ohne Ende", 1989), die von einem "Ich widerrufe!" eingeleitet wurde (anerkennde Besprechung dazu u.a. in der NZZ). "Aufwärts ohne Ende - bis zum Ende" ist seitdem die bis heute nicht mehr weiter korrigierte Schreibweise.
6. Die disinflationäre Hausse (alle Haussen setzen Disinflation voraus, weil darin die als Basis des Wirtschaftens inzwischen durchweg dienenden Staatstitel enorm steigen und weitere monetäre Beleihungsräume schaffen - in den USA immerhin Kursgewinne von ca. 50 Prozent) war als logische Folge absehbar – nur wie alle Haussen nicht in ihrem Ausmaß (ob sie mit dem bisherigen ATHs bereits zu Ende ist oder eine Fortsetzung findet - die gesuchte 5! - ist offen und umstritten).
7. Die Notenbanken haben mit ihren aggressiven "Zinssenkungen" (Steuersenkungen) ebenso vor zwei Jahren nochmals Beleihungsspielräume geschaffen wie die meisten Staaten mit den bekannten Steuersenkungen ("Zinnß"-Senkungen), die ebenfalls eine willkommene Befeurung des debitistischen Prozesses ermöglichten. In dieser Phase befinden wir uns gerade. Sie ist auch gekennzeichnet von zusätzlichen Beleihungen neu auftretender Big Player, die entsprechend "boomen", wenn auch mit deutlich sichtbarem Overstretching (sog. "Bankenprobleme"), das zu den überall vorhandenen Alt-Prolongationen und dem in den bekannten "asset-bubble-Märkten" sichtbaren Problem tritt, dass sich die Beleihungsgrenzen in toto ihrem Maximum nähern. Stichwort: "Weltweite Überschuldung".
8. Jede Verschuldung erfordert zeitlich spätere zusätzliche Verschuldung. Diese wiederum ist von den "Zinssätzen" abhängig, Klartext: Von dem in Marktverträgen sichtbaren Willen aller Beteiligten, von später erwarteten (oder erzwingbaren) Einnahmen/Einzahlungen abzugeben. Ziehen diese Sätze an, was aus den Renditen bereits laufender Titel resultiert (und nicht etwa aus so etwas wie einer "Zinspolitik"), kommt es zur eigentlich kritischen Phase, da die Höhe der in Zukunft abzutretenden Einnahmen ("Zinsen") natürlich die entsprechende Zessionsbereitschaft beeinflusst. Dass hierbei massen- und auch statuspsychologische Momente eine Rolle spielen, kann dabei nicht bestritten werden. Letztlich will auch der "kleine Mann" ein König sein (oder werden) und sich so verhalten dürfen, wie einst dieser. Also aufschulden, solange es geht. Der Unterschied aber bleibt zu beachten: Der König (heute Staat) konnte (kann) sich auf den Hinweis auf Zwangseinnahmen lange auf der Bühne halten, der Private ist auf den Markt und die dort herrschende Freiheit und Freiwilligkeit angewiesen. Dass ihm der Staat per Umbuchen in sein CpD-Konto behilflich ist, beobachten wir selbstverständlich mit Interesse (schuldenfinanzierte Subventionen aller Art bis hin zu solchen an die "Sozialsysteme" oder "Schuldenerlassen" oder "bad-loan-Negierungen" in aller Welt).

9. In dieser Phase kommt es zu allerlei kuriosen Vorschlägen zur Remedur von der aktuellen Politik, wie rundum zu bestaunen (reicht von "Steuerreform", "Nullzins der ZBs" bis hin zur Bedienung der "Notenpresse"). Dies alles führt jedoch am Kern des Problems nicht vorbei: Irgendwann muss doch gezahlt, und nicht auf ewig kann nur das, worin gezahlt werden muss, gezeigt werden.
10. Nicht Wachstums-, Preissteigerungs- oder Beschäftigungsraten spielen eine Rolle, sondern allein die Entwicklung der Sätze (alias der "Zinsen") für künftige Zessionen, die sich wiederum aus den Sätzen bereits laufender Zessionen ergeben, den Renditen also.

Die Grenze, wo diese Sätze vom "Noch" zum "Nicht-mehr" umschlagen, ist a priori unbekannt. Sicher ist nur, dass das "Noch" bei einem System, das allseits und jedermann "Schutz" vor jeglichen Gefährdungen verspricht, wie ihn der "moderne Staat" verheißt, ebenfalls zeitlich hinausgeschoben werden kann.

Wann dieses "Grundvertrauen" in Misstrauen umschlägt, ist leider nicht ante festum zu eruieren. Es ist wenig wahrscheinlich, dass der Zeitpunkt mit dem des "rechnerischen" Endes zusammenfällt. Wenn also sämtliche am Prozess Beteiligten sämtliche von ihnen erwarteten oder erzwingbaren Einnahmen zediert haben, wobei diese Einnahmen in Form von Einzahlungen nach der Logik des Zeitablaufs zeitlich früher erfolgen müssen, als sie ihrerseits zu Auszahlungen werden können - also das eintritt, was jeden Konkurs auszeichnet:

Man erhält zwar später (oder "irgendwann") Geld, ist es aber früher schuldig.

Es empfiehlt sich daher, auf unangenehme Überraschungen (das bekannte Kennzeichen jeder "Zahlungseinstellung") vorbereitet zu sein. Als wichtigsten Indikator für schwierigeres Terrain ist die Zins-, alias Renditeentwicklung auszumachen. Egal, an welchem Ende angesetzt wird (beim 29er und 00er Crash waren es die ZB-Sätze mit jeweils 6 % in den USA, 1987 die Langläufer, die im Oktober mit 10 % daher gekommen sind).

Ob die Zins/Rendite-Entwicklung aktuell etwas Ungutes verheißt, wird sich weisen. Auf das Risiko des Hebels, da von "unten" kommend (0,1, 1 und 2 % ZB-Sätze) wurde oft genug hingewiesen. [Dass "Inflationsbekämpfung" zunächst "positiv" interpretiert werden kann, versteht sich von selbst, ebenso der Schnell- Kredit- und Schnellkauf-Mythos spielen eine Rolle].

Hot Spots: BoE, Langläufer Japan, T-Bond-Renditen, Immo-Refis in GB, E, langsam anschwellend USA, auch Australien, die Außenhandels-Defizitfinanzierung der USA, allmählich auch Chinas, restriktive Budget-Politiken insgesamt. Auch nicht übersehen: Die in der Rezession herunter gefahrenen Kapazitäten führen zu Engpässen (Rohstoffsektor). Und: Der Beginn von "Erholungsphasen" ist allemal delikater (Liquidität, "new credits", usw.). Da kann manches stecken bleiben.

Seien wir dennoch besten Mutes und Gemüts und hoffen wir also auf ein möglichst langes "Aufwärts ohne Ende". Schließlich ist es doch viel schöner so als anders.

Zum (künftigen) Silberstandard - Mutmaßungen + Historie

Geschrieben von dottore am 20. Juni 2004 16:37:23

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/279223.htm>

[W]ürde zu Silber als STZM/GZ zurückgekehrt, geschähe dies nicht aus dem Nichts heraus, sondern in eine Parität zum derzeitigen STZM/GZ, wo immer sie liegen mag. Die bisherige currency in circulation würde durch Silbermünzen bzw. zu 100 % durch Silber gedeckte Noten ersetzt.

Aus dem Nichts heraus ist das nicht vorstellbar, da die Geld-Emittenten für die Einrichtung eines Silberstandards über Silber verfügen müssten, was ausweislich der sog. "staatlichen" oder "strategischen" Bestände nicht oder kaum noch der Fall ist.

Also müsste in einem ersten Schritt ein entsprechender **Silberschatz in öffentlicher Hand** angesammelt werden, was den POS gemessen in aktuellen currencies entsprechend in die Höhe treiben würde. Hinzu käme, dass solche "Vorbereitungen" nicht unbemerkt über die Bühne gingen. Eine Silber-Hausse wäre die mutmaßliche Folge.

Dass sich alles Silber in der Hand der "Währungsbehörden" sammeln würde, ist ausgeschlossen. Denn diese würden ihre Aufkäufe nach Erreichen eines bestimmten, von ihnen als "Erstausrüstung" avisierten Quantums einstellen und mit der Ausmünzung beginnen bzw. die Fabrikation der Barren, die dann als "Standard" in ihren Tresoren lagern müssten, starten. "Intern" müsste jedenfalls irgendeine Parität zum Soll gesetzt werden.

Ob sich diese künftige Parität **geheim** halten lässt, ist eine weitere offene Frage.

Nun startet zum Tag X die neue Silberwährung, tunlichst weltweit. Nehmen wir als Parität z.B. zum Euro an: 1000 Euro = 1 Kilo Silber, dann würden zur 100-%-Deckung des Bargelds (ca. 450 Mrd Euro) 450.000 Tonnen Silber benötigt, was nach meiner Kenntnis des frei verfügbaren Silbers nicht darstellbar wäre. Der angebliche US-Silberschatz lag unter Bush noch bei ca. 22.000 Tonnen. Die Jahresförderung soll bei knapp unter 20.000 Tonnen liegen. Als Reserven im Boden werden 280.000 Tonnen geschätzt.

Eine Parität 10.000 Euro = 1 Kilo Silber erschiene schlüssiger. Das würde aber bedeuten, dass die ZBs, angenommen es sind die für den "big bang" zuständigen Währungsbehörden, (gerundet) weitere Mrd. Euro usw. an Banknoten ausgeben müssten, um das Silber am Cash-Markt zu beschaffen. Wie diese gesamten Noten dann wiederum zu 100 % mit Silber gedeckt sein sollten, ist auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar. **Bereits ausstehende Noten verwandeln sich nicht "von selbst" in Silber.**

Vermutlich müssten die ZBs letztlich einen Silberschatz ansammeln, den sie teurer einkaufen müssten als dann die Parität sein würde. Oder anders: Man hat immer mehr Banknoten passiv als das Silber aktiv bewertet werden kann, sofern das Niederstwertprinzip eingehalten wird. Was sich aber ändern lässt, siehe die Bewertung der Goldposition, die aber grundsätzlich durch einen gleichhohe Passivposition "bilanzneutral" gehalten wird. Was sich auch ändern lässt.

Dies würde die ZBs in einer Verlustposition auf ihrer Aktivseite zwingen, die sich (formal) bilanziell nicht überstehen könnten. Was sich indes auch erledigen ließe.

Entsprechendes gälte aber definitiv für den Markt, der am Niederstwertprinzip nicht vorbeikommt - es sei denn auch dies würde geändert und man ginge zu völlig freier Bewertung dann auch aller anderen Aktiva über. Die Silberhalter hätten (höchstwahrscheinlich) zunächst einen höheren Silberpreis in ihren Büchern als er dann - via neue Parität - realisierbar wäre. [Das Ganze sind fiktive Spielereien meinerseits, wobei mir die wirklichen oder möglichen Zahlen schlicht nicht geläufig sind sowie die Absichten, falls überhaupt vorhanden, der Gesetzgeber].

Diese Schwierigkeiten ließen sich ausräumen, indem die Staaten zur Zahlung an sie selbst wieder Silber zulassen (ohne überhaupt welches zu haben bzw. nur minimale Bestände), was wiederum nur zu einer ex ante festgelegten und ab dann geltenden Parität zum bisherigen STZM läge.

Diese Parität müsste **attraktiv** sein, also über jener (z. Zt. schwankenden) des Marktes liegen, um entsprechende Silbermengen in die öffentlichen Kassen zu ziehen, von wo aus sie dann zur hinfür festes Parität wieder verausgabte und wieder vereinnahmt würden, usw. usw..

Aber auch dieses Prozedere ist riskant. Denn niemand kann wissen, wieviel aus dem bestehenden Silber-Stock als hinfür dann kursresistentes Zahlungsmittel "monetarisiert" würde. Da große Mengen Silber - im Gegensatz zu Gold - außerhalb der staatlichen Schatz-Sphäre lagern (wieviel in etwa weiß niemand), kann sich das silberhaltende Publikum vermutlich sehr lange aus seinen Beständen bedienen, um Zahlungen zu leisten. Es greift also auf längst "erbrachte Leistungen" (R.Deutsch) zurück, ohne zeitgleich (oder geringer zeitlicher Verzögerung) selbst Leistungen erbringen zu müssen.

Der Silberhalter kann sich demnach leistungslos "verrenten", jedenfalls so lange, bis seine Vorräte aufgebraucht sind. Weitere Vorrathaltung (Hortung) würde keinen rechten Sinn machen, da man nun genau das hatte, was man wollte, nämlich wieder Silber als "Geld". Dieses kann man allerdings auch nur einmal ausgeben. [Der nächste hat dann nicht die von einem anderen erbrachte Leistung in Händen, sondern den "Gegenwert" seiner eigenen, usw.].

Dass sich dies auf die Preise auswirkt, die entsprechend steigen und den Silberhalter seinerseits relativ verarmen lassen, ist anzunehmen.

Dazu eine interessante historische Parallele aus dem Nahen Osten:

Silber diente zunächst als Herrschaftsmetall, wie Grabfunde in Ur (Südirak) und Berichte über (Tempel- und Palast-)Ausschmückungen ab dem 4. Jt. BC belegen ("did not change hands" bei Kaufverträgen, Waren- und Dienstleistungen, vgl. Oppenheim 1964, Powell 1979 sowie Reiter 1997: "wird man bei der Eintreibung von Steuern, Zöllen und anderen Einkünften ... lieber auf Silber als auf Naturalien zurückgegriffen haben").

Im mesopotamischen (a priori silberlosen) Kernland Babylon wurde es dann aber zum klassischen Abgabemittel mit den bekannten Folgen: Silberleihe, um die Abgaben leisten zu können, wie Klengel 1999 anhand eines "Wucherers" zum Besten gibt, plus anschließender Überschuldungskrise und Niedergang.

Dies war indes nur der erste Durchlauf (sofern hier keine der üblichen Duplizierungen eines einzigen historischen Ablaufs vorliegt). Aus dem "Neu"-Babylonien des 1. Jt. BC haben wir nun **lange Preisreihen**, meines Wissens die ältesten überhaupt. Diese durchgehend für die sechs wichtigsten commodities (Gerste, Datteln, Öl, Senf, Sesam, Wolle), dazu auch partiell für Salz, Cardamon, Kupfer, Fisch u.ä. Die Preise wurden übrigens von Astronomen festgehalten, stehen dort neben Wetter- und Wasser-Beobachtungen, usw. Der gesamte Komplex wurde von Sachs/Hunger 1988-96 publiziert und von Slotsky 1997 als "Bourse of Babylon - Market Quotations" einer exzellenten Analyse unterzogen.

Laut dieser steigen die Preise in Silber ab dem -5. Jh. um durchschnittlich ca. 60 % an und erreichen kurz nach 200 BC ihr ATH. Als Grund dafür läßt sich nur der gewaltige Silberstrom aus dem Westen (griechische Silberminen wie Laureion) und dann die Behebung der thesaurierten Bestände durch Alexander und die danach dort herrschenden makedonischen Diadochen denken. Die Inflation (Silberentwertung) zieht sich über ca. 230 Jahre hin.

Gerade Letzteres wäre eine Vorschau auf das, was einen neu errichteten Silberstandard auch in der Gegenwart erwartet, wo möglicherweise immense Bestände aus "Hortungen" in die "monetäre Sphäre" fließen dürften.

Nach dem damaligen ATH der Preise kommt es freilich zum üblichen deflationären Kollaps, der die Preis-Hausse insgesamt korrigiert, allerdings in einem Zeitraum von ca. 80 Jahren (in geglätteter Darstellung). Die "Ausreißer" in den Slotsky-Kurven zeigen sogar Korrekturen des Preisniveaus um 30 % innerhalb von ca. 25 Jahren. Dass sich die deflationären "Korrekturen" im späten europäischen MA und der Neuzeit auch unter Edelmetallstandards noch schneller abspielen können, zeigen die hier des Öfteren diskutierten Grafiken ex Fischer "Great Wave".

Ob die Entwicklung vor 2500 Jahren Trost parat hält, ist schwer abzuschätzen. Jedenfalls ist ein Übergang, alias die Rückkehr zu einem Silberstandard keine Angelegenheit, die sich mal "eben so" erledigen lässt.

Beim Gold wird es noch verwickelter. Die Kassiten, die das altbabylonische Reich zuerst "unterwanderten", danach vernichteten (ca. 1500 BC) schafften den gerade erst entstandenen Silberstandard ab und gingen zum GS über, aus dem dann nach der Vertreibung der Kassiten wieder der (eben besprochene) Silberstandard wurde.

In den bisher gefundenen Quellen aus vorbiblischer Zeit finden sich nur Goldgeschenke (zwischen Herrschern, hier die Abforderung eines Hethiter-Königs gegenüber möglicherweise Tut-anch-Amun - "Gold ist wie Sand bei Dir" (o.ä.) - ein anderes Mal im herrschaftlichen Tausch gegen Hölzer zu Palastbau, ein weiteres Mal wird den Emissären des Palastes von Ugarit (Syrien) Gold mitgegeben, dazu erscheint es auch im Tausch gegen das für Bronzewaffen-Produktion unabdingbare Zinn, aus Mari (Euphrat), einem "Goldzentrum", falls man überhaupt von so etwas sprechen kann, wird es in Palasturkunden erwähnt, für Bestechungen bzw. Steuern.

Der Preisverfall des Goldes gegenüber dem Silber wiederum ist stupend: Reiter errechnet zwischen 1844 BC und 1758 BC **eine Gold/Silber-Relation, die von 10 : 1 auf sage und schreibe 3 : 1 fällt.**

Inwieweit dies aus "natürlichen" Gegebenheiten (Bergbau, Goldwäsche usw.) resultiert oder Ergebnis der Einführung des Silbers als STZM in der babylonischen Periode vor den Kassiten und dem daraus resultierenden Beschaffungszwang des Abgabemittels ist, der sich auch in den unerhört hohen Zinssätzen - bis 30 % p.a.! - niederschlägt, muss einstweilen der interpolierenden Phantasie überlassen bleiben.

Der vorauseilenden Phantasie bleibt überlassen, sich einen Reim auf das **derzeitige Verhältnis von 65 : 1** zu machen. Falls man es überhaupt in so etwas wie ökonomische Erwartungs-Kategorien fassen möchte, läuft es mehr darauf hinaus, dass eher auf Gold denn auf Silber gesetzt wird - zu welchem Zweck auch immer.

Eigentum, Zins, Tempel, Pfründen, Herrscher usw.

Geschrieben von dottore am 03. August 2004 16:38:21

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/285584.htm>

Als Antwort auf: Kleine Ergänzung geschrieben von bernor am 03. August 2004 00:52:21

Hi bernor,

zunächst besten Dank. Wir kommen so langsam den Dingen auf den Grund. Für mich kristallisieren sich diese Problem heraus:

1. Gab es privates Grundeigentum seit **eh und je** als etwas "Natürliches" (Naturrecht, auf das Galiani nicht müde wurde, zu verweisen), ist zu fragen: Wie konnte (Kolonisierung, usw. mal außen vor) es vergrößert werden? Dass es vergrößert wurde (siehe Latifundien-Problem) steht wohl außer Frage.

a) Es wurde anderen Eigentümern abgenommen

b) Es wurde ihnen abgekauft

Das a) erschließt sich mir nicht, wenn wir Gewaltakte ausnehmen. Das Modell würde auf die (gähn) berühmte "natürliche Notlage" hinauslaufen, in die der andere Eigentümer kommt. Er muss sich dann Saatgut usw. "leihen" und für diesen Leihvorgang gleichzeitig sein Eigentum verpfänden. Außerdem müsste Zins vereinbart sein. Das ist auch nicht nachvollziehbar, da auch der Leihgeber rechnen kann bzw. entsprechende Erfahrungswerte hat.

Hat er die Ernte in der Scheuer, legt er davon für diese und für die nächste (möglicherweise auch die übernächste) den laufenden Verbrauch und den Vorrat zur Seite. Was übrig bleibt, könnte er verleihen, aber da es für ihn ohnehin "wertlos" ist (er rechnet ja mit den nächsten Ernten), kann er es auch verschenken. Und falls er den "Not-Mann" nicht findet, wirft er es weg. Einen Verzinsungsgrund vermag ich also nicht zu erkennen, schon gar nicht einen Verpfändungsgrund. Es ist auch nicht klar, warum ausgerechnet der Nachbar in die "natürliche Notlage" kommt, während man selbst im Ernte-Überschuss schwelgt.

Andererseits sind die 33 1/3-Prozent p.a. für Getreide-Leihe unbestritten. Hudson setzt interessanterweise diesen Satz zeitlich nach dem Satz für Silberleihe an (20 % p.a.), was ebenfalls nicht schlüssig ist, da der Not-Mann sich dann hätte Silber leihen können, um damit Getreide zu kaufen; das allerdings widerspricht wiederum der Faktenlage, wonach es zunächst keine Gattungs-, sondern nur Stückkäufe gegeben hat. Gattungskäufe mit entsprechenden börsentäglichen Preisnotierungen ("Bourse of Babylon") sind definitiv aus der "Spätzeit" (1. Jt. BC), wie schon mal gepostet. Und ein Ablauf: Gattungskäufe – keine Gattungskäufe - dann wieder Gattungskäufe ist schon gar nicht nachvollziehbar.

Die Getreideleihe kann sich also nur aus dem entwickelt haben, was Nissen et al. als nicht erfülltes Soll seitens der "Verwalter" gegenüber der Herrschaft zu Beginn des Buchhaltens und der Schriftlichkeit ausfindig gemacht haben, also im 4. Jt. BC, womit dann wiederum das Konstrukt eines a priori "privaten" Eigentums (es sei denn das des Herrschers - siehe nochmals Hudsons "*personal property in the modern sense developed originally in the palace sector*") kollabiert.

Das b) wiederum setzt voraus, dass Grundeigentum via Stück-Kauf mit Hilfe von etwas gekauft wurde, was "Zahlungsmittel" war. Da dafür nur Silber infrage kommt, ist zu fragen: Wie kommt das Silber ins komplett silberlose Mesopotamien? Dieses hatte nur Getreide und Textilien anzubieten. Aber in den Quellen fehlen ausländische Händler, die dies abgeholt hätten (Lamberg-Karlovsky) und dass mesopotamische Händler mit "bulk carriers" und auf gut Glück (fehlt irgendwo Getreide, hat jemand kein Gewand?) auf die Reise gegangen wären, ist eine lächerliche Vorstellung.

Zu Recht wird von den Assyrologen daher von einer "**assymmetry of trade**" gesprochen über die bei Gelegenheit noch zurückzukommen ist (z.B. keine mesopotamischen Artefakte im Indus gefunden, keine in Oman, dem Hautlieferanten für Kupfer, usw.). Man hatte auch "keine Kontrolle" über die Silberquellen in Anatolien, was sich nur auflösen lässt, wenn die Gebiete, über die man "Kontrolle" hatte, nämlich die zahlreichen Stadtstaaten und Mini-Königreiche weiter westlich, ihrerseits gezwungen waren, das Silber an die "Zentrale" (Tempel- und Palastwirtschaften mit den bei Herodot ausführlich erwähnten gigantischen Silber-Tributen und Silber-Thesauri) abzuliefern, was bedeutete, dass sie es sich ihrerseits noch weiter westlich (evtl. auch östlich, siehe Baktrien) beschaffen mussten. Zur Silberleihe bei den Thesauri, die damit eine zusätzliche Pfründe erhielten, ist schon ausführlich diskutiert worden, siehe auch meine Tontafel, wo ein Dritter für eine Silberleihe (ex Tempel) Bürgschaft leistet.

2. So bleibt es also bei jener "Privatisierung" von Grundeigentum seitens des originären Eigentümers "Herrscher". Das geschah, wie von Hudson beschrieben, und schwächte die LU.GAL-Position, da dieser bei seinen clean slates-Bemühungen das jetzt entstandene private (und auch nach wie vor mit Abgaben- und Leistungspflicht belastete) Eigentum nicht wieder an sich ziehen konnte (Formen wie die des mittelalterlichen **Lehens** gab's logischerweise auch schon), um den **status quo ante** wieder herzustellen.

Insofern ist jetzt Dein Hinweis hier...:

>Die Edikte ("Gerechtigkeitsakte") der Herrscher Samsuiluna, Ammisaduqa u. a. handeln im Regelfall von Schuldenerlassen für die Allgemeinheit und Abgabenerlassen für bestimmte Gruppen (Beamte, Schankwirtinnen usw.); von einer Um- bzw. Rückverteilung des Eigentums scheint in den (teilweise nur als Fragmente erhaltenen) Urkunden nichts zu stehen - sonst wären die ursprünglichen "Minikapitalisten" sicher nicht zu ihrem späteren Groß- = Grund-Eigentum gekommen.

... von größter Bedeutung. Hudson spricht zwar von solchen Um- oder Rückverteilungen, kann aber für diese "restorations" nicht mehr anbieten als Vermutungen, wobei er sich auf jenes Land kapriziert (2400-1600 BC, diverse Herrscher), das in Folge einer Pfandvollstreckung nach einem geplatzten Schuldverhältnis den Eigentümer gewechselt hatte. Der neue Eigentümer hat es dann als "absentee owner" über Grundrente, Pacht o.ä. bewirtschaften lassen.

Vermutlich muss hier noch detaillierter geforscht werden: Ist ein Kreditverhältnis mit Grundeigentum unterlegt, hätte der überschuldete Schuldner ja nur auf den nächsten **Schuldenerlass** warten müssen, um sein Eigentum unbelastet wieder (neu) entgegenzunehmen. Da Land gleichzeitig auch gekauft werden konnte (Silber!), ist auch dem Land nicht so ohne Weiteres anzusehen, wie es an den jeweils aktuellen Eigentümer gekommen ist. Letztlich läuft's wieder auf die Frage hinaus:

Warum hat sich ein Eigentümer immer höher (bis das gesamte Eigentum verpfändet war) verschuldet, wo er doch auch hätte (einen kleinen Teil des Eigentums zunächst) verkaufen können?

Weder macht da die "Notlage" (siehe oben) einen Sinn noch ein "Investment". Wer verschuldet sich schon zu 20 % p.a. (ab dem 5. Jahr war das "Doppelte" erreicht und ab dann begann der Zinseszins zu wüten), wenn er dies nicht erwirtschaften kann? Und dass nicht erwirtschaftet wurde, zeigt der unaufhaltsame Trend zur Latifundie, der ja voraussetzt, dass Massen von Eigentümern wegen Nichterwirtschaftung scheiterten und ihr Eigentum abgeben mussten.

Zur Latifundienbildung bedarf es des Abgabenzwang und eines diesen Zwang regulierenden Abgabengutes, das seinerseits wieder verausgabt werden kann. Das kann im mesopotamischen Beispiel nur Silber gewesen sein. Das wiederum kann erst nach Entstehung des privaten Eigentums post cessionem des Herrschers an Ort und Stelle gekommen sein, womit dieser von der Natural- zur "Geld"-Abgabe wechselte und da er immer weniger über sein "Originär-Eigentum" verfügte, begann er das Silber zu thesaurieren, um mit dessen Hilfe seine Position zu halten. Damit hatte er sein Schicksal "de-naturalisiert" und war auf jenen angewiesen, der bereit waren, ihm gegen Silberabforderungen zu dienen = **den Söldner**.

Dass damit die Chronologie zusammenschnurrt, ist ein anderes Kapitel, siehe Herodot, die Alexanderzüge und Xenophon (Anabasis).

>Mit die Tempelwirtschaft lief es ähnlich: Priester(innen) aus vornehmen, also bereits relativ wohlhabenden Familien besetzten die kultischen Planstellen, beuteten sie zunächst für sich aus, mehrten also ihr bereits vorhandenes und ihnen weiterhin gehörendes Vermögen (siehe hierzu als Beispiel die "Stiftsdamen" des Schamasch-Tempels zu Sippar), bis sie, sobald sie "genug" hatten, die Verwaltung des Tempelvermögens und die kultischen Handlungen nur noch als lästige Pflicht empfanden und das Ganze einfach verpachteten (der mesopotamische Kapitalismus war ja überaus flexibel).

Sehe ich genau so. Interessant ist auch, dass z.B. ein warlord aus dem Osten (Amoriter) sich ca. 2050 BC des Inanna-Tempels in Nippur bemächtigte und über ca. 7 Generationen in der Familie hielt (Ur-Me-Me).

>Die Tempelbauten selbst mußten sie übrigens nicht in Schuß halten: das war Aufgabe des Herrschers, weswegen der bei seiner Inthronisierung auch stets zu schwören hatte, die maroden Tempel der Götter Soundso "wiederaufzurichten".

Ja, siehe u.a. Shulgi, der just diesen Inanna-Tempel wieder aufbauen musste, und die Ur-Me-Me-Familie dann unterstützte (Zettler 1992, The Ur-III-Temple...)

>So ein "Herrscher" war, so betrachtet, ein armes Schwein: das von den Privaten wie eine Zitrone ausgepreßte "öffentliche Eigentum" blieb als Sanierungsfall an ihm hängen - und mit immer weniger Mitteln zum Sanieren...

Was dann den endgültigen Sturz nicht lange auf sich warten ließ.

Zur "kalendarischen" Caesar-Ergänzung gelegentlich mehr, zunächst besten Dank. Das römische Jahr endete mit dem Februar. Danach kamen 14 "Respekttage" für die bis dahin nicht erledigten Schulden. Schon Cicero (in Catilinam) weist den Senator daraufhin, dass "an den nächsten Iden" seine Papiere platzen würden.

Der 15. März war halt settlement day - entweder Zahlung oder Pleite.

Oder Mord.

Macht und Stadt

Geschrieben von dottore am 30. August 2004 16:13:32:

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/290199.htm>

[D]a wir zwei auseinandergezogene Threads zum Thems "Macht", "Stadt", "Arbeiter" usw. haben, darf ich mir erlauben diese zu einem neuen zusammenzuführen. Ich darf dabei auf die Beiträge von bernor und von Dimi verweisen und mich für die Beiträge bestens bedanken.

Den Stein der Weisen (bernor) habe ich selbstredend auch nicht gefunden. Dennoch möchte ich versuchen, meine Hypothese, wonach **Machtausübung** (aktuelle oder potenzielle) die entscheidende Rolle für die Entwicklung, in der wir bis heute stecken, der "Driver" gewesen ist anhand einiger zusätzlicher Beobachtungen untermauern.

Die Gegenposition, die hier mehrheitlich vertreten ist und auch von nicht mehr aktiven Forumsteilnehmern (Galiani) mit Vehemenz und guten Argumenten vorgetragen wurde, ist bekanntlich diese: Die Entwicklung bis heute hat sich grosso modo "friedfertig" abgespielt. Als "Driver" wären dann eher Kreativität, sich langsam über größere Räume ausbreitende Interaktivitäten, Traditionen, schließlich das "freiwillige" (und private, also nicht herrschaftsgetriebene) Tauschen und Hochtauschen, Erfindungen wie Geld oder bessere Wissensvermittlungen, usw. zu nennen.

Da das Feld nicht erneut "ganz von vorne" aufgerollt werden soll (und kann), darf ich mich dieses Mal auf das **Stadtphänomen** beschränken.

Zunächst ist bernor zuzustimmen, was die Etymologie angeht. *Town, tuun, Zaun* sind ganz unstrittig. Wir können es sogar auf *urbs* ausweiten, das mit dem Hebräischen *ir* (Plural *arim*) zusammenhängt. Auch das Synonym *qiryā* (Variante *qeret*, das sich auch im Punischen findet (*qrthst* = Karthago, als Neustadt) spielt hier hinein.

Dabei spielt das semitische *qir* (= **Wall**, Stadtwall) eine Rolle, wie u.a. 4 Moses 35, 4 ("Das Weideland vor den Städten, soll sich 1000 Ellen weit draußen um die Stadtmauer herum erstrecken") nachweist. Dass **Wälle** etwas mit Gewalt bzw. Gewaltabwehr zu tun haben, versteht sich von selbst. Der schon mehrmals erwähnte Hebraist **Baruch Levine** spricht im Zusammenhang mit den "biblischen" Städten ausdrücklich von der Funktion der Stadt "**as an aggressive [!] power base**" (*Evaluating Biblical References to Towns and Their Functions* 1997 (Vortrag St. Petersburg)).

Das biblische "Städtemodell" kennt die typischen Kornspeicher (*misknot*) und Zeughäuser für Waffen, die wir auch bei den Hethitern (Nord-Türkei, wobei auf die verdienstvollen Arbeiten von Prof. Peter Neve hinzuweisen ist) und bis hin nach Georgien finden, wo gerade deutsche Ausgräber tätig sind mit höchst eindrucksvollen Belegen (erscheint in *Anatolian Metal IV*, Bergbau-Museum, Bochum, demnächst).

Zur biblischen (bronzezeitlichen) Stadt als **Macht-Konglomerat** sei diese Stelle nachgetragen (1. Könige 10, 26): "**Und Salomo brachte Wagen und Gespanne zusammen, so dass er 1400 Wagen und 12 000 Gespanne hatte, und er legte sie in die Wagenstädte und zum König nach Jerusalem...**" Dass es sich dabei nicht um Ausrüstungen für Händler oder Handelskarawanen gehandelt hat, versteht sich von selbst. Gewaltige "Investitionen", die kaum ohne massiven Abgabendruck hätten bewältigt werden können!

Auf die kaum zu zählenden **Städtekriege**, wie sie auch und gerade von den Hebräern geführt wurden (Jericho!) muss nicht gesondert eingegangen werden.

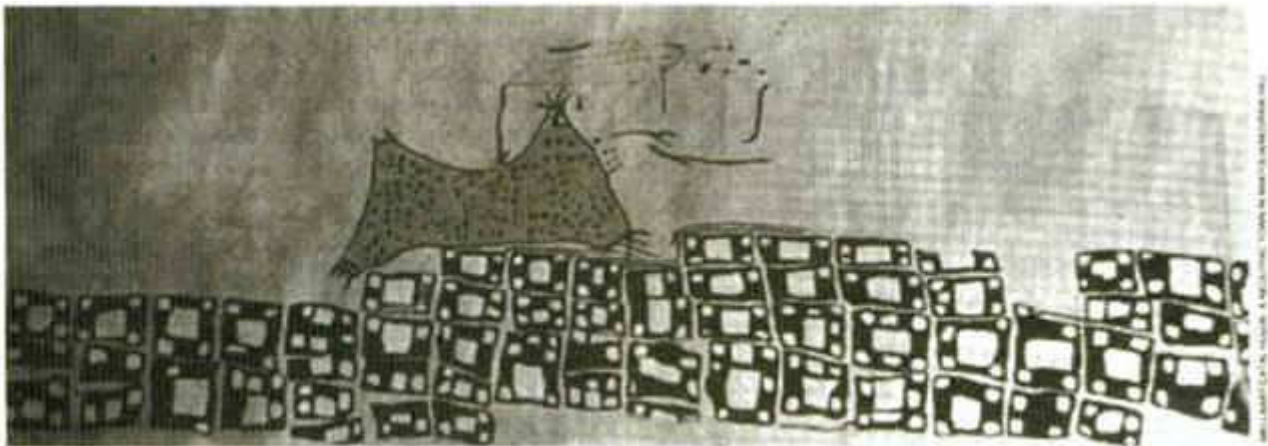
Auch das akkadische Wort *birtu* (Akkad mit dem mußtmaßlich ersten Großmacht-Herrscher Sargon im 3. Jt. BC), laut assyrischem Lexikon (Chikago 1956), das dann abgewandelt weiter westlich erscheint, mit unbestrittener Übersetzung als "Festung" oder "Hauptstadt", ist hier zu nennen.

Dass sich die(se) Städtegeschichte auf Wogen von Blut und Tränen vorwärts schaukelte, und dass die Großreichsgründungen entsprechende "Driver" für das erwiesen, was wir als "kulturelle Errungenschaften" bestaunen (von Großbauten - leider ist Sargons Hauptstadt selbst noch immer verschollen - bis hin zu feinsten handwerklicher Arbeit, ist ein bekannter Standard der Weltgeschichte (Griechenland, Rom, MA, praekolumbianisches Amerika, Medici, überhaupt "Herrscher" inkl. "religiöser" Phänomene en masse).

Was mir zur Stützung der "Freiwilligkeits-These" fehlt, sind - bei aller Achtung vor der sog. "bürgerlichen" Kunst - auch nur annähernd opulente Vergleichsstücke. Warum, so ist zu fragen, hat denn der "freie, private" Mensch diesen **abgabenfinanzierten** "Kulturexzessen" kaum etwas an die Seite zu stellen?

Nun hat Dimi die These von der Stadt als **Handels-Derivat** in den Raum gestellt. Ich darf mir erlauben, dies an den beiden, heute als "älteste" Städte geltenden Urbanisationen zu untersuchen: **Catal Hüyük** (Türkei) und **Jericho** (Palestina).

Catal Hüyük wird eindeutig im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten gesehen. Die Stadt war ein **Obsidian-Zentrum**, wobei wir den Gewaltwaffen-Charakter des Obsidians außen vor lassen wollen (siehe dazu als beispielhaft die Athen/Melos-Kontroverse).



Copy of a landscape painting from the walls of a shrine at Catal Hüyük. Twin cones of an erupting volcano tower over the terraced town.

Catal Hüyük (vor 6500 BC, ca. 6000 Einwohner, 139 Häuser ausgegeben, davon 40 "Schreine") war freilich eine "**Tempelstadt**" (der Obsidian stammte aus dem gut zu sehenden Vulkan in Stadtnähe), die Abb. ist aus einem der Häuser, die häufig sog. "Heiligstätten" waren, bzw. an sie grenzten: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Ein typisches "Schreinhaus" hatte diesen Grund- bzw. Aufriss (die Bevölkerung stieg durchs Dach in die Behausungen): [Bild fehlt, Anm. Editor]

Dass hier "normale" Handelsaktivitäten (normal jedenfalls im heutigen Sinne) der "Driver" waren, ist nicht nur aufgrund des gesamten Settings auszuschließen, sondern auch aus der Tatsache, dass sich Catal Hüyük, obwohl zwei Mal in größerem Abstand besiedelt, schließlich völlig verflüchtigte und dies schon 4900 BC.

Die Ausgrabungen von **James Mellaart** begannen erst 1961 - eine wirkliche Sensation und allemal ist die Gegend eine Reise wert.

Wäre Catal Hüyük wirklich das gesuchte steinzeitliche "Handelszentrum" gewesen, hätte man es weiter betreiben können (günstige Handelsrouten, ein gesuchter "Exportartikel"). Selbst **Karthago** wurde nach der Komplett-Vernichtung durch die Römer (Scipio) wenig später "wieder belebt", wenn auch in bescheidenerem Ausmaß. Die Forschung spricht aufgrund der Einförmigkeit der Hausformen für Catal Hüyük von einer "**imposing ruling group**" (möglicherweise eine Priesterkaste, die Gottheit war weiblich, wie Artefakte anzeigen).

Nun zu **Jericho**. Dort finden wir einen (bei ersten Grabungen knapp verfehlten) steinzeitlichen Turm, der sogar in die **Vorkeramik**-Zeit datiert wird (8000/7000 BC):



Wie und womit und auch worin in der Vorkeramik-Zeit Handel getrieben wurde, ist nicht ganz nachvollziehbar. Der Turm hat 8 Meter Höhe, 8 Meter Durchmesser und 4 Meter dicke Wälle. Ebenfalls ein bedeutendes "Investment", was auch für die bronzezeitlichen Stadtmauern (den "berühmten"?) gilt:



Dass der oder ein "Handel" Jerichos den gewaltigen hoheitlichen Bauwerken, immerhin den ältesten bisher nachweisbaren, vorangegangen sei, will ebenso wenig einleuchten wie die Mutmaßung, dort seien "**freie Lohnarbeiter**" am Werk gewesen. Jedenfalls war der Herr mit dem Hut vor ca. 5000/6000 Jahren noch nicht am Mauerwerk tätig.

Noch ein letzter Hinweis, die **Asyl-Stadt**-Theorie betreffend (siehe das Posting betr. **Kain** als Städtebauer). Die dänischen Ausgrabungen der in Troja-ähnlichen Schichten gebauten Stadt **Shiloh** (Seilun, Israel) im bronzezeitlichen Stratum (ca. 1600 BC) haben, so die große Monographie von **Israel Finkelstein** *Shiloh. The Archaeology of a Biblical Site* 1993, weisen nach, dass 3000 Mann auf einmal tätig gewesen sein müssen, was nur mit Hilfe des **Machteinsatzes** eines lokalen Fürsten denkbar ist. Shiloh lag übrigens abseits aller damaligen Handelswege.

Levine schreibt dazu (s.o.):

"It turns out that it (Shiloh) first served as a mountain stronghold and redistribution center governed by a headman, or petty ruler, to whom a network of villages was subservient."

Es gibt also noch viel zu tun, um den Stein der Weisen (bernor) zu finden.

Was war "pecunia" (röm. "Geld") wirklich?

Geschrieben von dottore am 08. August 2004 16:07:52

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/286534.htm>

[V]on Prof. Richard E. Mitchell stammt eine Reihe hervorragender Arbeiten zur frühe römischen Geschichte, wobei ich mir erlaubt habe, seine Deutung des Pecunia-Problems herauszupicken.

Pecunia gilt allgemein als Wort für "Geld" und wird von **pecus** (Vieh) abgeleitet. Dabei wird der Bogen zu frühen römischen Münzbildern geschlagen (Aes Grave = "Schwergeld", wog bis zu 800 g pro Stück; hier schon diskutiert), was aber nicht so Recht einleuchtet, da auf diesen Münzbildern niemals "Nutztvieh" zu sehen ist, sondern alles Mögliche bis hin zu Ebern und Elefanten, auch Stiere sind darunter, aber eben keine "Milchkühe", um die es eigentlich hätte gehen müssen.

Das Wort "Vieh" (André hatte es schon geschrieben) lässt sich mit der fee (Gebühr) zusammenbringen, ähnlich auch **scata** (= Schatz, urspr. = Rindvieh). Bei "pecunia" fehlt nun irgendwie der "Geldbezug"; denn dass Vieh selbst (auch Hinweise auf das germanische "Viehgeld" waren hier zu lesen) als "Geld" gedient hätte, macht keinen Sinn (Standardisierung, zu große "Einheit", Unteilbarkeit usw.). Also wonach suchen wir?

Im römischen Recht (sog. "XII Tafeln", die Mitchell übrigens nicht als Einmal-Legislative, sondern als laufende Gesetzessetzungen betrachtet) haben wir zunächst zwei Arten des mobilen Eigentums: **familia** und **pecunia**.

Familia als abgeleitet vom oskischen "**famel**" ("Sklave") ist demnach bewegliches Eigentum an Menschen (daher auch der *paterfamilias* als mit unbeschränkten Rechten über die Seinen ausgestattet), pecunia an Vieh. Beides war als Eigentum unschwer kenntlich zu machen (Halsring, Brandzeichen, beides schon seit dem frühen Nahen Osten).

Wie kommen wir nun zum Pecunia = Geld-Konstrukt wenn wir Geld als **Abgabemittel** voraussetzen?

Die verblüffend einfache Lösung: Die Römer hatten das jeweils von ihnen eroberte Land als "**ager publicus**" (öffentliches Eigentum; ager = Acker, Flur) abzüglich der Zuteilung an jene, die bei dessen Eroberung beteiligt waren deklariert, als klassisches Obereigentum, bzw. selbst nicht abgabenverpflichtetes Eigentum des "Staates", üblicherweise ein Drittel bis die Hälfte.

Das römische Grundmaß war das iugerum (interessanterweise auch "as" genannt, also Einheit, wie dann auch die Münzstücke "As" hießen, hier auch schon mal diskutiert - was mag bei beliebig teilbaren Substanzen wie Metall die "Einheit" sein?).

Ein iugerum war 1/4 Hektar und selbst bei der "großen Landverteilung" durch **Romulus**, bei der bekanntlich H/S ansetzen, um ihre Eigentums-, Zins- und Geldentstehung abzuleiten, wurden an jeden gerade mal zwei (2 !) iugera verteilt, womit sich natürlich keine Viehwirtschaft aufziehen lässt.

Das (und damit den nicht praktikablen Ansatz von H/S) bezeugt auch die Tatsache, dass die beiden iugera als **heredium** bezeichnet werden. H/S glauben damit ein wichtiges Kennzeichen des "privaten Eigentums" erwischt zu haben (heres = später der Erbe), aber noch Plinius d.Ä. (NH 19.4.50) übersetzt "heredium" mit **Garten** [!], von dem ein Einzelner kaum, seine Familie aber definitiv überhaupt nicht leben konnten, was übrigens schon dem Altmeister der römischen Geschichte, nämlich **Theodor Mommsen** im 19. Jh. aufgefallen war.

Ich hatte schon auf die mesopotamische Parallele hingewiesen, wo die Jesuiten, als frühe Kenner der Keilschrift, 1881 das "Naturrecht" auf Eigentum (siehe dazu auch die frühere Kontroverse mit Galiani hier) eine Tafel aus der Zeit des Herrscher Rim-Sin in Larsa (18. Jh. BC) so übersetzten:

"Ein Garten [!] und ein Haus, (werden) Besitz und Eigentum des Sini-Nana, (aus dem Erbe des) Ubar-Sin ... [Kaufpreis 3,5 Minen Silber; Mine = 60 Shekel à 8,4 g; also rd. ein Pfund Silber]..."

Woraus die Kirche ihre bis heute gültige (Letzt-)Position zum Thema Privateigentum an Land ableitete (vgl. Victor Cathrein S.J. 1889) und den schon erwähnten **Leo XIII.** (Davor gab's die Position des **Thomas von Aquin**, dass Eigentum etwas "Natürliches" sei, da die Kirche - als Gebäude - schließlich auf etwas stehen müsse, was ihr selbst gehört, siehe frühere Postings).

Ein Treppenwitz der Geschichte, dass die katholische Kirche, die Numismatiker und moderne property-Theoretiker auf eine Fehlinterpretation hereingefallen sind. Denn:

Pecunia ergab sich aus nichts anderem als der Tatsache, dass jeder Römer, der Viehwirtschaft betreiben wollte (und "Italia" galt für diese Zwecke als ideal), zur Nutzung des ager publicus eben Abgaben leisten mussten. Auch pecunia ("Viehgeld") ist demnach als Steuer in die Welt gekommen.

Die römische Geschichte entwickelte sich dann als permanenter Kampf der "patres" (Senatoren = Erstlandbesitzer) und dies bis zum Ende der Republik, wo die bekannte Bürgerkriege in großem Stil zu bestaunen sind (Triumvirate, Proskriptionen usw.).

Kriegsziel (vgl. Cornell 1988 in Cambridge Ancient History) "war stets die Erringung von Beute", Land und Sklaven: ein idealer Bewirtschaftungs-Kombi.

Momigliano (ebendort) spricht von "Banden-Chefs (!) und ihren Gefolgsleuten, die Land als privates Eigentum nahmen und wieder verloren" - es zogen also "**private armies**" (Mitchell) noch und noch durchs Gelände.

Dies in der Zeit, da das römische System bereits "pecunia" kannte, aber eben noch nicht "moneta" - das geprägte Edelmetall.

Dies kam erst beim Kampf gegen **Pyrrhus** (um 275 BC) auf (so Plinius) und hatte wiederum seine Ursache in der Suche und dem Kauf von **Söldnern** zum Erhalt des mittlerweile schon ziemlich gestreckten Mini-Imperiums auf der italischen Halbinsel, womit man sich den guten alten Bräuchen von weiter östlich anschloss.

Damit scheint der schlüssige Beweis erbracht, dass:

- Pecunia überhaupt nichts mit den Aes-Grave oder Aes-Signatum-Darstellungen zu tun hat, der Schluss vom "Münzbild" auf "Geld" als "Tauschmittel" gänzlich irrig ist.
- Die kupfernen (aes = Kupfer) Stücke des frühen Roms nichts anderes waren als **Metallabgaben** (zur Waffenproduktion eines Expansionsvolkes - das sich als erste Veii am anderen Tiberufer unter den Nagel riss - wie überall sonst auch, vom "Beilgeld" bis hin zu den gewichtsstandardisierten Kupfer-Steuern der Hethiter usw.) und niemals so etwas wie kurrantes "Geld", wogegen schon das schiere Gewicht der Stücke spricht.
- Pecunia die Abgabe an den Eigentümer (**ROMA**) des ager publicus, um diesen viehwirtschaftlich nutzen zu können.

- Edelmetall-Münzungen, wie im Osten schon Jahrhunderte zuvor auch, keinen anderen Zweck hatten, als den, Hilfstruppen (Söldner) zu kaufen. Nach der Katastrophe von Cannae (216 BC) wurde sogar **Gold** [!] geprägt - ganz sicher nicht, um damit "einheimische" Soldaten zu rekrutieren (damals wurden sogar römische Sklaven bewaffnet). Auf den frühen Söldnereinkauf hatte übrigens schon Scullard verwiesen (*The Etruscan Cities and Rome* 1967, 238).
- Land als ex-ante- oder "naturrechtlicher" privater und vor allem **abgabefreier**, aber seinerseits abgabenerzwingender (**Bodenzins!**) Standard hat nicht existiert. Es wurde nach Eroberungen bzw. Revolutionen verteilt oder umverteilt, wobei stets der Herrscher (Romulus, sonstige ruler, die berühmtem etrusischen Könige, die ihm folgten) die Verteilung vornahm, um seinerseits die Klientel zur Besicherung seiner Machtbasis an sich zu binden. Es bleibt dabei: "**Royal property was .. the first truly private property**" (Hudson, schon gepostet).
- Die prominentesten und kraft ihrer **Privatarmeen** dann stärksten "patres" (Aristokratie) okkupierten das Land als (nicht mehr abgabenverpflichtetes) Privateigentum, das dann in endlosen Kämpfen hin und her geschoben wurde, bis sich eine entsprechend starke Zentralinstanz ergab (Rom: Augustus), der dem Treiben durch Einrichtung eines permanentes Obereigentums (mit Abgabenverpflichtung) ein Ende bereitete, was allerdings nur mit Hilfe einer permanenten Militärdiktatur möglich war (IMP = imperator = Oberbefehlshaber).

Wie und zu welchem Zweck entstand die Silberwährung?

Geschrieben von dottore am 16. August 2004 16:47:59

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/287752.htm>

Silber wird heute zumeist als Kuppelprodukt und im Bergbau gewonnen. Das war nicht immer so. Es gab zahlreiche oberirdige Silberfunde. Sobald das Metall gefunden wurde, ertönte das bekannte "Große Berggeschrey", etwa überliefert aus Annaberg, Ende 15. Jh. (1491), da dann zahlreiche Prospektoren anzog. Von der Oberfläche wurde dann in die Tiefe gegraben, bis die Minen erschöpft waren. Den Übergang vom Oberflächenfund zum eigentlichen Bergbau zeigen die zahlreichen Abbildungen des großen Werkes "De re Metallica" von 1556 des **Georg Bauer (Agricola)**, was u.a. diese Bild belegt (ein noch früheres mit ähnlicher Darstellung ist als Vorblatt zur St. Joachimsthaler Bergordnung von 1518 zu sehen, das mir vorliegt): [Bild fehlt, Anm. Editor]

Silber ist demnach zunächst ebenso "natürlich" vorgekommen, wie vieles andere heute kostbare und "seltene" Material (Gold, Edelsteine, Jade, usw.) auch.

Aus der altbabylonischen Zeit (ca. 2000- 1600) haben wir Zehntausende von zumeist Schuld-Dokumenten überliefert, in denen Silber eine Rolle spielt und zwar im bekannten Shekel-Standard, demnach als vormünzliches Verschuldungs- und Schuldentilgungsmittel. Die altbabylonische Wirtschaft unterscheidet sich in Handel und Wandel nicht von der heutigen "modernen" kapitalistischen. Dabei ist allerdings ungeklärt, wie nach der Eroberung durch die Hethiter 1595 BC dieses immense Wissen, vor allem der zentrale "Hebel" des Systems, nämlich der Zins(satz) und dieser eben auch auf Silber-Schulden scheinbar komplett verloren gegangen ist, um erst wieder in den 800 BC abwärts datierten Archiven neu zu erscheinen.

Die Hethiter und ihre Dependancen sind diesbezüglich "dokumentenfrei". **Michael Hudson** sieht den Zins (Geldzins) ebenfalls erst Jahrhunderte später über die Phönizier das Mittelmeer überwinden (*Did the Phoenicians Introduce the Idea of Interest to Greece and Italy - And if so, When?* 1992), was ins 10. bis 8. Jh. BC datiert wird. Auf die diesbezüglichen Chronologie-Probleme kann hier nicht eingegangen werden, ein Hinweis auf **Gunnar Heinsohns** kritische Studien mag genügen (u.a. *Assyruerkönige gleich Perserherrscher!* 1996). Immerhin konzedieren die Assyrologen ein "Dark Age", aber so dunkel, dass die gesamte "moderne" Wirtschaft Babyloniens spurlos verschwunden ist, kann es nicht gewesen sein.

Gehen wir vor die babylonische Zeit zurück, also ins 3. und 4. Jt. BC (Ur III usw.), finden wir zunächst eine völlig eindeutige Lage. Das Land gehört komplett dem jeweiligen Palast und den Tempeln. Weder existieren Märkte noch der sog. "freie Lohnarbeiter". Die Bevölkerung hat minimale Landflächen zur Eigenbewirtschaftung, deren Erträge sie selbst verkonsumieren kann - die berühmten Mini-"Gärten".

Prof. Van de Mieroop (Columbia) konstatiert:

"Since all farmland was owned by the palace, either directly or through the temple estates, there was virtually no room for private enterprise."

Wie sein Kollege Jerrold Cooper anhand sumerischer und akkadischer Inschriften ermittelte, war das gesamte Land in 50 bis 200 Hektar große Domänen geteilt. Prof. **Johannes Renger** (FU Berlin) bezeichnet das System als idealtypische **oikos**-Wirtschaft im Max Weber'schen Sinne. Der königliche Haushalt ist identisch mit dem "Staat". Und:

"Most important, there seems so have been no room for individual property in arable land."

Der Bevölkerung wird zunächst das aus der von ihr selbst eingebrachten Ernte zugeteilt, was sie zur Subsistenz benötigt. Dabei ergaben sich zwei Methoden:

1. Ein Teil des Landes wurde an die Bevölkerung zugeteilt, und zwar als "subsistence fields" (ab ca. 6,5 ha). Im Gegenzug musste sie als Soldaten oder Arbeiter für den Palast und den dortigen Herrscher zur Verfügung stehen. Die Subsistenz-Ernte konnten sie behalten.
2. Ein anderer Teil gelangte an die Bevölkerung, ebenfalls als "subsistence fields", die im Gegenzug das geerntete Getreide abliefern musste. Ein dritter Teil blieb in der königlichen "Reserve".

Von Silber ist **innerhalb** der Bevölkerung noch weit und breit keine Spur. Das einzige Silber, das im zunächst silberlosen Gebiet (Schwemmlandböden, keinerlei Funde oder gar Bergbau, s. oben) vorhanden war, kam über den üblichen "Geschenke-Tausch" der Herrscher untereinander ins Land (vgl. die schon einmal angesprochenen Herrscher-"Korrespondenzen") oder als Tribut aus Gegenden (z.B. Anatolien), in denen Silber vorhanden war. Das Silber wurde in den Tempeln thesauriert.

Wie Renger und vor allem Mieroop inzwischen nachweisen konnten (letzterer in *Credit as a Facilitator of Exchange in Old Babylonian Mesopotamia* 2002) kam das Silber nun folgendermaßen "unters Volk":

1. Der Tempel setzte das bekannte Soll zur Ablieferung von Getreide und anderen Naturprodukten (Wolle, Käse, Vieh, Fische) fest. Dies wurde dem "Landmann", der vor Ort ackerte, als **Schuld** aufgeschrieben.
2. Diese Schuld wurde in fester Relation zu Silber gesetzt, erhielt also amtliche **Festpreise**.
3. Der Ablieferer konnte in natura oder in Silber leisten. Hatte er beide Male einen Fehlbestand, stand ihm nur der Weg über eine Leihe offen. Da die Zinssätze für Getreide mit 33 % über denen für Silber lagen, die der Tempel auf 20 % festgesetzt hatte, entschied er sich in der Regel für Silber. Die 20 % ergaben sich nicht als "Marktpreis", sondern errechneten sich aus der Einteilung der Mina in 60 Shekel. Die Mina wurde als großes, der Shekel als kleines Dreieck dargestellt. Pro Monat war das Minimum, also 1 Shekel fällig = $1/60$ p.m. = 20 % p.a.
4. Da der Verschuldete diesen Zinssatz in der Regel nicht erwirtschaften konnte, lief das System darauf hinaus, den "Landmann" an die Scholle zu binden: Er musste nolens volens die Güter anteilig bewirtschaften, was sowohl dem Tempel als auch dem Palast die benötigte Arbeit sicherte. Da das System zu laufender Überschuldung führte, wurden die "Schulden" in mehr oder minder regelmäßigen Abständen "erlassen" (clean slates). Die Ursache der Verschuldung lag also nicht etwa in der Kreditnahme zu "produktiven Zwecken" (so etwas ist nirgends zu beobachten), sondern im Missverhältnis vom durch den Palast vorgegebenen Soll (Abgabe) zum tatsächlich und auf Dauer (Missernten!) zu erwirtschaftenden Ist.
5. Der Landmann konnte sich buchstäblich nicht "vom Acker machen", da er sonst auch seines Subsistenz-Feldes verlustig gegangen wäre. Außerdem hatte er nur einen Ansprechpartner, nämlich den "middleman" (vgl. Dominique Charpin, *Marchands du palais et marchands du temple*, 1982), der das als Abgabe Geschuldete seinerseits abholte und der gleichzeitig als Leihgeber für den Landmann auftrat.

6. Der Tempel hatte mit der Einführung des Silbers als "Währung" einen weiteren Vorteil: Er musste die saisonalen Spitzen (Ernte, Schafschur usw.) nicht groß einlagern, sondern diese sofort weiterreichen, wobei ebenfalls eine Schuldurkunde lautend auf Silber ausgestellt wurde. Ein Beispiel (Charpin): *"15,435 (Kilo) Wolle, nach dem Gewicht vom Samas (Stadt-Tempel) im Gegenwert von 51 (Gramm) Silber ... erhalten. An dem Tag, da der Palast das Silber fordert, wird es dem Palastboten ausgezahlt."*
7. Diese Schuldurkunde war transferierbar und das Silber auf Sicht bei Präsentation zu liefern, bis es schließlich endgültig im Palast verschwand. Mieroop: *"Without credit this system of distribution of the natural resources belonging to the large institutions would not have worked."* Mit Silber wurde also nicht etwa "gekauft", sondern verteilt.

Käufe liefen ganz anders ab, und das erst viel später, wie andere Urkunden nachweisen: Das Silber musste vorab überreicht werden, worüber dann entsprechende Dokumente mit Siegeln von Zeugen der Vorabbezahlung ausgefertigt wurden. Mieroop: *"As there was no mass production of craft goods to be available to the buyer on a market, they were custom-made for an advance payment."*

Da Silber als "Währung" in unserem Kulturkreis ohne Zweifel in Mesopotamien seinen Ursprung hatte (man vergleiche auch "Abraham aus Ur", Genesis 11,31) und sich von dort gen Westen "ausbreitete", sollte sein Erstauftritt, der nichts mit der heute gängigen Interpretation als "Geld" zu tun hatte, nicht unbeachtet bleiben.

Weiteres bei Gelegenheit - die Literatur ist schier überwältigend und der Aufbau einer entsprechenden Bibliothek (derzeit erst ca. 150 Publikationen) nicht einfach.

Woher kommt der Arbeiter?

Geschrieben von dottore am 26. August 2004 17:03:13

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/289672.htm>

[D]ie Entstehung des Lohnarbeiters bedarf mE noch der Enträtselung. Er wird auch als "freier" Lohnarbeiter bezeichnet, weil er über seine "Arbeitskraft" frei verfügen kann (Berufs- und Arbeitsplatzwahl usw.). Andererseits auch als "abhängig Beschäftigter", wobei allerdings die "Abhängigkeit" die vom (ihm gegenüber weisungsbefugten) Arbeit"geber" meint, die sich nach Eingehen eines Arbeitsverhältnisses überhaupt erst ergibt.

Das Arbeitsgerichtsgesetz hilft nicht wirklich weiter, da Arbeit"nehmer" eben Arbeiter und Angestellte sind, womit, was erklärt werden soll mit dem erklärt wird, was erklärt werden soll.

Auch das Bürgerliche Gesetzbuch bringt wenig Erhellendes, da im "Dienstvertrag" Arbeiter (und Angestellte) ebenfalls als Vertragspartei vorausgesetzt werden.

Auch das Europäische Recht geht beim Stichwort "Arbeitskräfte" bereits von der Existenz von "Arbeitnehmern" aus, was auch nicht weiterhilft.

Auf die rundum fehlende Legaldefinition des Arbeiters hat gerade erst wieder der Regensburger Arbeitsrechtler Reinhard Ricardi hingewiesen.

Sicherlich ist jedem in etwa geläufig, was unter einem "Arbeitnehmer" zu verstehen ist, aber so richtig befriedigend ist die Sache nicht. Das gilt auch für die umfangreiche Literatur (nicht nur **Karl Marx**), die einen Arbeitgeber ("Kapitalisten") ebenfalls voraussetzt, um zum "Arbeiter" zu kommen (was wäre der Kapitalist wohl ohne ihn?). Auch die schöne und auf den ersten Blick einleuchtende "Erklärung", die **Adam Smith** liefert, wo er auf die Arbeitsteilung hinweist, dreht sich letztlich im Kreise: Gibt es "Arbeit" kann sie auch geteilt werden, womit aus einer Anzahl Arbeiter dann mehr oder viele werden. Wer hätte das gedacht.

Gehen wir zurück in die Geschichte (gäh), so finden wir ganz am "Anfang" natürlich Menschen, die was "tun" oder eben auch "arbeiten". Das tun sie freilich für sich bzw. den jeweiligen "sozialen Kontext" (z.B. Jäger, Bauer, Familienhof, Stammesmitglied o.ä.) und nicht für irgendwelche Arbeit"geber", in deren "Dienst" (vgl. BGB) sie treten und wofür sie dann "entlohnt" werden.

Schon der "Lohn", jedenfalls in so etwas wie einem "monetären" Äquivalent würde kaum Sinn machen, da sowohl "Geld" als auch "Märkte" fehlen, auf denen das "Geld" in etwas anderes als das Erhaltene "gewechselt" werden könnte. Vor allem aber wäre zu fragen, wo sich denn der Arbeiter aufhält, wenn er sich nicht in der Arbeitsstätte befindet, die im Eigentum des Arbeitgebers liegt.

Hält sich der "Arbeiter", also jemand, der irgendetwas bewerkstelligen kann, auf seinem eigenen Grund und Boden auf, ist zu fragen, warum er sich nicht dauernd darauf aufhält und sich seine Subsistenz erwirtschaftet, sondern diesen verlässt - eben um in die Dienste eines Anderen zu treten. Wie kommt der "Anderer" an die Arbeitskraft des Arbeiters, wobei wir von Versklavungen absehen müssen, da der Sklave im Eigentum eines Anderen und nicht seiner selbst steht?

Es fehlt also der Übergang bzw. das *missing link*.

Nun könnte man den Bevölkerungsdruck zu Hilfe rufen und annehmen, dass der ursprünglich zur Verfügung stehende (familiäre) Grund und Boden eines Tages eben nicht mehr "für alle" ausgereicht hat und die "überschüssigen" Kräfte eben gezwungen wurden (oder waren), sich Anderen "anzudienen". Dabei ergeben sich allerdings zwei Schwierigkeiten:

- Verlässt der sich "Andienende" seinen ursprünglichen Beritt, kann er kaum dorthin zurückkehren, sozusagen als "Tagelöhner", der des Nachts wieder die frühere Behausung aufsucht, da der Bevölkerungsdruck, wenn er schon mal zur Erklärung hereingebeten wurde, nicht plötzlich wieder abreißt. (Auf die diesbezüglichen Dauerprobleme des "Für-immer-Wegziehens", auch des **ver sacrum** oder der "Neulandnahme" usw. könnte gesondert eingegangen werden, wiewohl auch sie keinen "Arbeiter" schaffen, sondern faktisch eine Multiplizierung des bereits Vorhandenen).
- Gerät der sich "Andienende" auf Dauer auf das Gelände (Grund und Boden, Eigentum) des Anderen, erlangt dieser de-facto-Gewalt über den Betreffenden, was wir in den zahlreichen Grundherrschaftsverhältnissen (Grunddienstbarkeiten) bis hin zu platten **Leibeigenschaft** von überall her kennen.
Der "Leibeigene" war notabene kein Sklave, da er nicht ein vom Grund unabhängiger Dienstleister war, sondern seinen "Herrn" nur wechselte, wenn auch der Grund seinen Herren wechselte (man vergleiche die immense Urkundenflut zu diesem Thema, wo niemals der Grund allein, sondern immer mit Unbeweglichen und Beweglichem darauf den Eigentümer wechselt; gelegentliche Ausnahmen spielen keine wirkliche Rolle). Egal wie: Auch in diesem Fall kommen wir nicht zum "Arbeiter" als solchen - eben als "freien" Arbeiter im modernen Sinne.

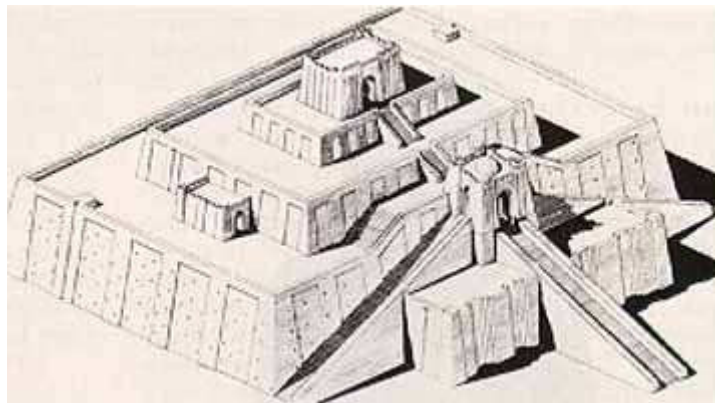
Was ist also das **Loch**, durch das er schlüpfen konnte oder musste? Nämlich der entweder a priori und in Permanenz "unabhängige" Mensch zum Arbeiter wurde oder der (fremd)grundabhängige Dienstleister ebenso?

Dabei sind einige Beobachtungen interessant:

- Im Fall des Brudermörders **Kain** findet sich ein ausdrückliches "Bestrafungsverbot" (Genesis 4) des Missetäters ("wer Kain totschißt, das soll siebenfältig gerächt werden"). Aber was macht Kain? Er ist Ackerbauer (Abel war Viehzüchter - das bekannte "Wildwest"-Problem) und muss den Acker verlassen. Er verschwindet aber nicht "irgendwohin" und auf Nimmerwiedersehen, sondern er baut eine **Stadt (!)**, die er nach seinem Sohn Henoch benennt. Das würde diese Deutung zulassen: Städte werden um einen "heiligen" Platz herum errichtet - das viel besprochene **Tempel**-Phänomen. Die Heiligkeit bedeutet nun nicht einen Gebetsort, sondern ist ganz praktisch ein **Sanctuarium**, ein straffreier oder strafbefreiender Ort. Dem muss natürlich Nachdruck verliehen werden - was die die überall zu findenden kolossalen Wehranlagen um das Tempelgebiet herum zeigen, wie hier im Beispiel der "ältesten" Stadt, nämlich Ur (4 Jt. BC):



Wobei die zentrale Anlage auch schon "an sich" so gut wie uneinnehmbar war:



Das Ganze muss natürlich auch "von oben" abgesegnet, also einem "Gott" gewidmet sein. Dass solche Kolossal-Anlagen ihrerseits ein Finanzierungsproblem mit sich bringen, versteht sich von selbst. Dieses verschärft sich, wenn die bereits abgabenbedingte **Überschuldung** vorliegt, wie in **Nehemiah** bestens dargestellt (vgl.: "Wir haben auf unsere Äcker und Weinberge Geld aufnehmen müssen, um dem König Steuern zahlen zu können" - 5, 4). Interessant bei Nehemiah ist auch, dass erst die Mauer (wieder) errichtet wird und dann der Tempel. Und nach diesem "Modell" die weiteren Städte.

Da wir bei Nehemiah auch einen **Schuldenerlass** finden (*clean slates*) wäre damit innerhalb der jetzt im Schutz der Mauer und des Tempels Befindlichen nach den clean slates eine abgaben- und entsprechend auch straffreie Schicht entstanden, die nun ihrerseits als "Arbeiter" auftreten konnten, da man ja in der Stadt selbst nur ungenügende Subsistenzmittel auftreiben konnte, vielmehr auf die - jetzt fremdabgabenbefreite - Länder ringsherum zurückgreifen konnte, sozusagen im "ökonomischen Ausfall" aus der Festung.

- Noch deutlicher als bei den *city states* wird es bei den *territorial states*. Auch dort muss eine "Befreiung" (recte: Dienst- und Abgabenbefreiung) sich ereignen, um den dann "freien" Arbeiter auf die historische Bühne zu holen. **Heinsohn und Steiger** hatten dies am Beispiel der **Lollarden** unter Wat Tyler in England nachgewiesen (14. Jh. - der bekannte Aufsatz in Leviathan), aber man findet es ebenfalls schon erheblich früher, z.B. in den Reformen des Atheners **Solon**. Nach dessen *seisachtheia* (Schuldenbefreiung, *clean slates*) finden wir zum ersten Mal in Attika "Arbeiter" (*Theten*). Ähnliche Abläufe sind natürlich durch die diversen **Bauernbefreiungen** in aller Welt (z.B. Stein-Hardenberg'sche Reformen).

Der Arbeiter im heutigen Sinne hatte seinen Erstauftritt im Alten Nahen Osten, 4. / 3. Jt. BC. Zuerst wurde er durch die großen Grundbesitzer aufs Feld "gelockt", da er mit den eigenen Subsistenzproblemen nicht mehr zu Rande gekommen war. Das von ihm zu leistende SOLL (womit er bereits de facto **Grundrenten- Abhängiger** wurde) war - aus welchen Gründen auch immer - nicht in Permanenz zu leisten. Daraufhin wurde er in die, schon ausführlich besprochene **Verschuldung** geschickt (33 % für Gerste-, 20 % dann für Silber-"Leihe"), aus der es kein Entrinnen gab.

Die zahlreichen **clean-slates-Edikte** machten ihn - immer wieder, allerdings auch immer wieder nur vorübergehend - zum "freien" Mann (entschuldet), so dass er sich wieder "andienen" konnte - allerdings bei letztlich derselben Schicht der Großgrundbesitzer (Latifundistas), was das Problem nicht ein für alle Mal aus der Welt schaffte.

So haben wir also auch beim "Arbeitnehmer" ein stetiges Auf und Ab bzw. Hin und Her in Parallele zur gesamthaften (und letztlich von ihm selbst) aufzubringenden Abgabenschuld.

Je höher sie steigt, desto weniger "Arbeitskräfte" erscheinen noch bzw. können überhaupt erscheinen. Die viel besprochenen "Lohn-" und "Lohnnebenkosten" (letztlich geschuldete Abgaben) können erst wieder sinken, wenn die ganz große, heute anstehende Entschuldung über die Bühne ist, nämlich jene, die auf den Bürgern liegt - wenn auch in Form von "vertragten Steuern" (= Staatsverschuldung) noch eine Weile in die Zukunft verschiebbar.

Zins, Zinseszins und Krieg

Geschrieben von dottore am 16. August 2004 19:09:34

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/287792.htm>

[D]er älteste bisher bekannte Text, in dem von einer "Leihe" die Rede ist, ist in den von **Jerrold Cooper** editierten königlichen Inschriften Mesopotamiens (hier: Sumer und Akkad, also ins 3. Jt. BC zu datieren) zu finden. Bei dieser "Leihe" handelt es sich um das entsprechende Pendant, nämlich einer **Schuld**, die nicht auf einem (privaten) Kontrakt beruht, sondern auf einer klassischen **Abgabe**.

Die betreffende Inschrift stammt von einem Herrscher namens **Enmetena**, der den Stadtstaat Lagash in Südmesopotamien regierte (ca. 2400 BC) und der mit dieser Inschrift auf das sich per **Zinseszins** ergebende Überschuldungsproblem hinweisen wollte. Der selbe Herrscher wird auch als Erster gefeiert, der das System der "clean slates" (Schuldenstreichung) eingeführt hat.

Die Geschichte ist die: Zwischen Lagash und Umma (benachbarter Stadtstaat) lag ein umstrittener Streifen Land, von dem Lagash behauptete, er sei von Umma zu den bekannten Bedingungen bewirtschaftet worden (bei Nichtabgabe des SOLLs ein Strafzins auf den Fehlbetrag in Höhe von 33 % p.a.). Aus dem Dokument geht hervor, dass im Laufe von 40 bis 50 Jahren ein Betrag (in Litern Getreide) von ca. 4,5 Billionen (sic!) Litern aufgelaufen sei, sofern man die Maße und Gewichte des Reallexikons der Assyrologie zu Hilfe nimmt (Beitrag Powell in Band 7, S. 457 ff.).

Die gesamte Erntemenge der Provinz Lagash wird in der Ur III-Periode mit 37 Millionen Litern berechnet (Mieroop in seinem Standardwerk *Cuneiform Texts and the Writing of History* 1999, 132). Weil es zu keiner Einigung zwischen den beiden Territorien gekommen ist, kam es zum Krieg.

Kern der Sache bleibt demnach: Haben wir es mit Abgabensystemen zu tun, geht es über den Abgaben-**Zinnß** zu einem "Zins" auf diesen, sofern die Abgabe nicht geleistet wurde oder werden konnte. Die Suche nach einem **privaten** Zinseszins ist müßig, da der tatsächliche oder vermeintliche Schuldner sehr rasch in Größenordnungen hineinkommt, die auch dem dümmsten (oder bestgläubigen) Gläubiger offenbaren, dass da nichts zu holen ist (und er sich am ursprünglichen Pfand bedienen muss).

Bei "robusten" Schuldnern, wie es Machtsysteme nun einmal sind, schaut das anders aus, weshalb das (heute) öffentlich-rechtliche Schuldenmachen nur bei "Querköpfen" eine nennenswerte Beachtung findet (man lese immerhin Oswald Metzgers *Einspruch! Wider den organisierten Staatsbankrott*).

Der Unterschied zwischen dem mesopotamischen und dem heutigen Abgabensystem besteht im Wesentlichen darin, dass die Altvorderen bereits das zu erbringende SOLL als Schuld verbucht haben, während wir heute das sich ergebende IST halt so nehmen wie es kommt und die Differenz als "Staatsschuld" deklarieren, wobei wir übersehen, dass diese selbstverständlich eine Schuld ist, die auf die gesamte Bevölkerung (wie auch immer dann dort verteilt und wann auch immer fällig) zukommt. Man müsste also nicht sagen: "Schulden sind die Steuern von Morgen", sondern "Schulden sind die (**heute noch nicht verbuchten**) Schulden von Morgen".

Liegt also die SOLL/IST-Differenz des Staates (= letztlich der betreffenden Bevölkerung) in einem Jahr bei 70 Mrd. Euro und im Folgejahr wieder bei 70, hat sich die **Schuld** der Bevölkerung nicht etwa um den Prozentsatz erhöht, der sich auf den "Schuldensockel" oder "Schuldenstand" bezieht (siehe Maastricht-"Kriterien" usw.), sondern schlicht um 100 %. Dagegen waren die 33 %, mit denen im antiken Nahen Osten gearbeitet wurde, geradezu banal.

Schulden der Bevölkerung (!) sind nicht deshalb keine, weil sie nicht verbucht bzw. auf den Einzelnen (pro Kopf o.ä.) aufgeteilt und mitgeteilt sind. Auch dies gilt es beachten.

An **clean slates** wird auch in unserem Fall kaum ein Weg vorbeiführen. Dabei ist leider nicht mehr ein einzelner "Palast" oder "Tempel" der Passiv-Berechtigte, wie damals, sondern die gesamte Bevölkerung selbst, was diverse Ungemütlichkeiten verheißt.

Unklar ist derweil nur, wie die Veranstaltung durchgezogen wird, bzw. wie lange sich noch das "Zwischenkonto" (CpD) Staat bebuchen lässt, ohne dass es zu Nervositäten jener kommt, die in summa **Schuldner und Gläubiger** in einem sind, allerdings noch so geschickt getarnt, dass sie voneinander (ihrer Identität) nur gelegentlich ahnen, aber noch nichts Gänzliches oder Tatsächliches wissen, zumal man ja "auf Zeit" spielen kann.

Oh, oh... Immerhin ist die alte Geschichte ein eye-opener der besonderen Klasse.

Nochmals zum Beginn von Eigentum und Zins

Geschrieben von dottore am 01. August 2004 15:42:48

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/285218.htm>

[V]or 10 Jahren gab es in NY ein interessantes Kolloquium, das sich mit der Frage beschäftigte, ob es so etwas wie privates Eigentum vor dem Eintritt eines "öffentlichen Sektors" in der Geschichte gegeben habe und ob der öffentliche Sektor das dann an sich gezogen habe und dann immer mehr, bis das Gebilde im auto-bürokratischen Sumpf erstickte.

Oder ob der ÖS das Eigentum als erster hatte und es dann immer weiter abgab und dann mangels eigener Einkünfte daraus ebenfalls verblich, da jene, die es anschließend hatten, verhindern konnten, dass sie etwas von den Erträgen ihres Eigentums abgaben.

Teilnehmer waren hochkarätige Wirtschaftshistoriker, Ökonomen sowie Assyriologen (als Sammelbegriff für jene Experten, die sich mit den frühesten, anhand von Dokumenten, in immerhin sieben frühen Sprachen, und Ausgrabungen rekonstruierbaren Quellen tagesin, tagaus beschäftigen). Gesponsert war die Tagung von der NY University und der **Henry George School**.

HG, das muss man wissen, war jener Amerikaner, der im 19. Jh. mit seinem Buch "Progress and Poverty" (EA 1879) den damaligen ökonomischen Bestseller schlechthin geschrieben hatte, worin er die Forderung aufstellte, die Bodenrente (Einkommen aus Grundeigentum) der Gemeinschaft und nicht einzelnen "landlords" zukommen zu lassen. Zu HGs Anhänger zählten vor allem eingewanderte Iren, die gerade erst der heimischen Perma-Katastrophe, verursacht durch die englischen landlords, welche die Bevölkerung abkassierten, ins Elend stürzten und zum Verlassen des Landes zwangen. In ähnliche Richtung wie HG argumentierten seit dem 19. Jh. zahlreiche andere "Bodenreformer", wie u.a. Damaschke, Ruhland, Gesell.

Auf diese Debatten einzugehen, ist hier nicht der Platz und auch die Tatsache, dass wir in vorstaatlichen Gesellschaften privates Eigentum, z.T. auch an bestimmten Landstücken kennen (ohne dass dabei der gesamte, einem Stamm zur Verfügung stehende Boden "aufgeteilt" wäre), wie **Uwe Wessel** ausführlich dargestellt hat, darf zunächst beiseite bleiben.

In dem einleitenden Referat stellt **Michael Hudson** (NY University; damals 63, was er heute macht und wo, konnte ich nicht eruieren) einige verblüffende Fragestellungen und Ergebnisse heraus:

Zunächst die Fragen:

- Steht privates Unternehmertum am Anfang oder ist es eine Folge der Auflösung von originären Tätigkeiten des ÖS?
- Bewegt sich die Zivilisation hin zu vermehrter sozialer und öffentlicher Kontrolle oder von ihr weg?
- Führt die Abgabe von Eigentum ("Privatisierung") zu größerer ökonomischer Ungleichheit?
- Falls ja: Führt dies zu mehr Investitionen und effizienter Ressourcen-Nutzung, oder zu immer unproduktiveren Beschäftigungen, schließlich zu Finanzkrise und Stagnation?

Nun einige Ergebnisse:

- Es gibt eine **direkte Linie** von der Entwicklung in Sumer (4. und 3. Jt. BC), wo - nach wie vor in der Forschung unumstritten - zum ersten Mal **privates Bodeneigentum**, das nicht nur der Subsistenz der jeweiligen "Besitzer", sondern dem Inkasso von Grundrenten durch Nicht-Bewirtschafter dient sowie der gegen **Zins** vergebene **Kredit** aufkommen bis zu den griechisch-römischen Phänomenen gleicher Art und über das **Römische Recht** bis heute.
- Privates Eigentum und private Zinsnahme treten stets gemeinsam auf. Interessant ist dabei die Haltung der Kirche, die lange Zeit am "Zinsverbot" festgehalten hatte, aber sich zum Eigentum ex cathedra erst abschließend äußerte, nachdem Jesuiten (als Keilschrift-Kundige) unter Leo XIII. im Jahr 1881 auf einem Orientalisten-Kongress privates Eigentum in einem (heute auf 18. Jh. BC datierten) Text entdeckt hatten, wo es um Eigentum an einem Garten und ein Haus ging. Dieser Text hat sich inzwischen als irreführend herausgestellt, da es sich hier um ein Investment-Grundstück und nicht um ein Subsistenz-Grundstück gehandelt hatte.
- Zwischen 2400 und 1600 BC wurde Subsistenz-Land regelmäßig neu verteilt: beim Amtsantritt eines Herrschers oder bei dessen Regierungs-Jubiläen. Auch die *misharum*-Akte (Schuldenstreichung - die clean slates, die noch bis Catilinas "novae tabulae" eine Rolle spielen) kommen regelmäßig vor. Funde sind nur in Privatarchiven nachweisbar, nicht in den riesigen des ÖS.
- Sobald die Subsistenz-Land-Halter zu Abgaben genötigt waren, die sie nicht selbst erbringen konnten (Ernte, persönliche Dienste), ergab sich immer die selbe Lage: Das Subsistenz-Land kam über kurz oder lang in die Hände von Großgrundbesitzern, die ihrerseits zu solchen wurden, da sie die Abgabengüter gegen Zins verleihen konnten und bei Nichtleistung schließlich das Land an sie fiel.
- Der Zinssatz war 1/60 pro Monat, was sich aus der Einteilung der beiden Abgabengüter Gerste und Silber ergab (1 Schekel Silber = 1 Bushel Gerste, wobei 1 Schekel = 180 grains, also Körner) und sich der Schekel, die Gewichtseinheit nicht anders teilen ließ - bezogen auf das Jahr mit 360 Tagen. Das "indische" System mit 1, 2, 4, 8, 16, 32, 64 usw. ließ sich nicht auf Monatsbasis umrechnen, da sonst Monate mit 32 Tagen herausgekommen wären. Wie auch immer: Aus 1/60 p.m. ergibt sich doch ein "Jahreszinssatz" von 20 % (12/60), der natürlich nicht zu stemmen war.
- Ausgehend vom Tempel- und Palastsystem (entsprechend voluminöse "Privatbauten" fehlen überall) ergibt sie eine Priorität des ÖS gegenüber dem privaten.
- Auch Werkstätten usw. finden sich immer entlang des ÖS und nicht von ihm getrennt als irgendwie auffindbare private Unternehmungen.
- "Royal property was administered at the ruler's discretion, and in this sense may be considered to be the first truly *private* property" (Kursive im Original).
- Die Land-Zession ("Privatisierung") erfolgte auf vier Arten:
 - a) An den Herrscher, der es danach als private property und unbelastbar halten konnte.
 - b) Abgabe dieses Eigentums an Verwandte, Herrschafts-Stabilisatoren (Aristokratie), oder als Tribute an lokale warlords.
 - c) Beim Kollaps der jeweiligen Herrschaft (Dezentralisierung). Und vor allem:
 - d) Sobald kleinere Kommunen, die ihrerseits zu Abgaben verpflichtet waren (es "haftete" nicht der einzelne, sondern immer seine "Gemeinde", diese "Steuerhaftung" kennt noch das Römische Recht in extensis), von sich aus Land an jene abgetreten haben, die zuvor als Kreditoren aufgetreten waren, wobei es zur Entgegennahme des Pfandes (Grund) kam oder zu (Not-)Verkäufen, um die Gläubiger mit dem Erlös zu befriedigen.

Als Zwischenergebnis lässt sich einstweilen festhalten:

1. Überschuldungskrisen waren schon vor 5000 Jahren an der Tagesordnung.
2. Sie wurden durch durch Schuldenstreichung und/oder Eigentums-Umverteilung geregelt.
3. Herrschaftliches Land (Tempel usw., die immer mehr Land an sich gezogen hatten) waren nicht betroffen.
4. Der "privat wirtschaftende" Sektor entstand, als der ÖS seinerseits zu Privatisierungen schreiten musste.
5. Sobald sich dieses "Gleichgewicht" nicht mehr aufrecht erhalten ließ, kam es zum dauerhaften Halten von Land, aus dem sich Pfründen oder sonstige arbeitslose Einkommen beziehen ließen.
6. Damit würgte der "voll privatisierte" Sektor allerdings seine eigenen Grundlagen ab: Denn der ÖS, der das "Funktionieren" dieses Sektors garantierte, verschwand, da er sich seinerseits nicht mehr finanzieren konnte.

Die Parallelen zu heute liegen auf der Hand mit der einen, zusätzlichen Variante: Es werden nicht mehr Pfründen abgetreten, sondern die Abgaben selbst und zwar an jene, welche die Abgaben zu leisten haben. **Das ist die nicht mehr zu steigernde Kunst, den Gläubiger zum Schuldner seiner selbst zu machen, ohne dass er es merkt, da er es nicht sofort spürt.**

Was "später" ist bzw. kommt, muss ihn zunächst auch nicht interessieren.

Wie kommen arabische Silbermünzen auf die Lofoten?

Geschrieben von dottore am 06. Oktober 2004 17:41:00

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/295025.htm>

[V]on der immensen Dichte von Münzhorten, enthaltend römische bis arabische Gepräge, auf der Insel **Gotland** war hier schon des öfteren die Rede. Dass es sich dabei um Rimessen im sog. "Fernhandel" gehandelt haben soll, wobei gern an gotländische **Bernsteinexporte** (Vieh, Pelze oder gar Getreide u.ä. kommen wohl kaum in Frage) erinnert wird, habe ich noch nie für einleuchtend gehalten. Allein das gotländisch-südschwedische Fundgut, das museal verwahrt und noch längst nicht komplett ediert ist, umfasst mehrere Zehntausend Einzelstücke. Rechnet man die sonstigen europäischen Gepräge dazu ("Otto-Adelheid-Pfennige") landen wir bei Hunderttausenden. Was und in welcher Form das mit dem "Danegeld" bzw. "Heregeld" zu tun hat, wobei mehrere Dutzend Tonnen Silber bewegt wurden (ca. 60 Millionen - ! - Münzen), soll hier nicht vertieft werden.

Die von den Numismatikern (u.a. Jonsson 1993, *The Routes for the Importation of German and English Coins to the Northern Lands in the Viking Age*) aufgetischte These, allen Horten mit nichtlokalem Gepräge und demnach Münzbewegungen, lägen zunächst friedliche **Handelsaktivitäten** zugrunde, wonach dann in Zeiten der "Gefahr" rasch verbuddelt wurde, kann unmöglich stimmen, zumal die Horte in Gegenden lagen, aus denen beim besten Willen nichts "Exportables" ausgemacht werden kann (Finnland, Ostfriesland, Hinterpommern, mehr dazu gleich). Die Hort-Theoretiker bewegen sich da auf kaltem Wasser, nicht mal mehr auf dünnem Eis.

Zwar war der zentral genannte Bernstein (recte: **Brennstein**, denn er wurde vor Ort verfeuert) zwar sicherlich Tausende von Kilometern weit weg ein begehrtes Schmuckgut. Aber auf dem Antikenmarkt (Gemmen usw.) kommt Bernstein im Gegensatz zu wirklichen Edelsteinen eher selten vor. Aus der byzantinisch-arabischen Welt praktisch überhaupt nicht.

Zur "Handelstheorie" hatte sich auch der große **Henri Pirenne** geäußert:

*"So long as the Mediterranean [had] remained Christian, it was the Oriental navigation that maintained commercial intercourse with the Occident. Syria and Egypt were its two principal centres; and these two wealthy provinces were the very first to fall under the domination of Islam. **It would obviously be an error to believe that this domination put an end to all commercial activity. ... Commerce... continued, but its direction was changed. ...***

*Islam directed. ... **new trade routes**, which were opened up by the immensity of its conquests. These new trade routes connected the Caspian Sea with the Baltic, by way of the Volga, and the Scandinavians, **whose merchants frequented the shores of the Black Sea**, were suddenly compelled to follow the new route. Of this we need no further proof than the many Oriental coins found in Gothland. ..."*

Dass sich große Metall-Bewegungen abgespielt haben, steht außer Frage. Nur waren es wirklich "merchants", die damit zu Gange waren?

Zur Klärung dieser Frage sind Untersuchungen hilfreich, die am Orientalischen Institut der Uni Zürich zum Thema Seidenstraße (also einer *der* Handelsrouten schlechthin) laufen.

Aus dem Forschungsbericht darf zitiert werden:

"Wie der Handel in Zentralasien im Einzelnen funktioniert, ist überraschenderweise kaum erforscht, und dies, obwohl die Quellenlage ausgesprochen reich ist. In dieser Untersuchung soll es um das Funktionieren des Handels in Zentralasien gehen, von der muslimischen Eroberung im 7. Jahrhundert bis zur Isolation Zentralasiens durch den safawidischen Iran und den Einbruch des Fernhandels über die Seidenstraße im 16. Jahrhundert. Importiert nach Zentralasien werden an Handelsgütern aus der südrussischen und zentralasiatischen Steppe, besonders Sklaven, aus den Waldgebieten Russlands, Osteuropas und Sibiriens Pelze und Honig, aus dem Fernen Osten Seide, Gold und Silber, Gewürze und Medizinalpflanzen, Porzellan und Edelsteine. Exportiert werden in die Wälder Russlands und Osteuropas besonders Münzen und Waffen, und nach China Glaswaren."

(Gleich geht's weiter).

[Was an **Südrusland**, das seinerseits mit Skandinavien verbunden war, interessiert, sind nicht die Sklaven, die - wie die **Ösenringe** (der große runde Gegenstand; gerade einen erworben, der genau um den Hals passt) zeigen (die Abb.en ermöglichen einen Größenvergleich zu den Fibeln (Stecknadeln) im Gewand – in Skandinavien gang und gäbe waren



und:



- oder Pelze und Honig, die ohnehin zur Erklärung wenig beitragen. Es muss da etwas "Anderes" gewesen sein, eben der oft genug besprochene Zug von Söldnern in die südlichen Gefilde...]

(Hier weiter der Zürich-Text (in Auszügen):

"Es ist zu unterscheidend zwischen Land-Routen mit Straßen, gefährlichen Stellen, Brücken, Furten und Eisübergängen, Karawanserailen und Lagerplätzen einerseits, und Wasser-Routen mit Wasserwegen, Katarakten und Flachstellen, Schleppstrecken über Land, Häfen und Ankerorten andererseits. Wann welche Route gefährlich und/oder einträglich ist, wann welche Route neu aufgeht oder in Vergessenheit gerät, wie Land- und Wasserweg zusammenspielen, ist unbekannt.

Die Rolle der großen Städte in den Handelsnetzen bleibt zu bestimmen. Sind die großen Städte zwingende Knotenpunkte des Fernhandels oder können sie umgangen werden? Verbinden sie den Fernhandel auch mit dem regionalen Handel? [Gute Frage]

Zentralasien hat seine eigene Produktion, unter anderem von Silber, Papier, Seide und Baumwolle. Das Zusammenspiel von erhandelten und produzierten Waren ist vermutlich fein austariert und ändert sich im Lauf der Zeit. [Bei den "Waren" fehlt leider die Wichtigste...]

Über die Organisation der Kaufleute sind wir unzureichend informiert...

Die Kaufleute leisten Abgaben an staatliche Beamte und an Wegelagerer - wobei beide Gruppen den Handel möglichst stark schröpfen, ihn aber nicht ganz lahmlegen wollen. Die Kaufleute sind in jedem Fall sehr verletzlich und wehren sich, indem sie Schutztruppen mitnehmen, Zölle und Wegezölle abgeben, Bargeld durch Zahlungsanweisungen an Geschäftsfreunde ersetzen, besonders gefährliche Strecken und Routen meiden usw."

Kommen wir nun zum Kern. In der neuesten Ausgabe 4/2004 von "Der Anschnitt" zeigt der bedeutende Montan-Archäologe **Prof. Gerd Weisgerber** (Bergbau-Museum Bochum) in seinem Aufsatz *Prähistorischer und historischer Bergbau in Afghanistan* auf, was aus dieser Gegend an **Schätzen** gewonnen wurde (und wie bergbaulich): Edelsteine, Lapislazuli (bekanntestes Produkt), Smaragd, Salmiak, Schwefel, Salz, Asbest, Speckstein, Alabaster usw.

Dazu natürlich auch **Silber**, das, wie ein bis heute schier unendlicher Strom von Münzen der greko-hellenischen Herrscher und ihrer Nachfolger (dort befand sich auch die größte Silbermine des arabischen Beritts, die hier schon mal vorgestellt worden war) beweist, en masse vorhanden war und gefördert wurde.

Dazu, und das ist der Kern eine **Karte samanidischer Silbermünzen zur Wikingerzeit**. Über die russische Ebene verstreut sehen wir zahlreiche Anhäufungen von dort gefundenen Einzelmünzen. Die **Hortfunde** aber beginnen mit **Gotland**, ziehen sich dann über die dänischen Inseln und Jütland nach Norden, erst in den Oslo-Fjord und dann massiert entlang der **norwegischen Küste** bis hinauf zu den **Lofoten!**

[Bild fehlt, Anm. Editor]

Weitere Hortfunde sind über England verstreut bis nach Irland und (Achtung, Zandow!) auch in Norden Islands auszumachen.

Dass von Afghanistan aus (das jede Menge "begehrten Fernhandelsgüter" selbst zuhause besaß) Handel bis zum Polarkreis betrieben wurde, wo sich die entsprechenden "Zahlungsmittel" einer arabischen Dynastie finden, die vor allem im 10. Jh. im Schwange war (und sich dort lt. Traditioneller Geschichtsschreibung vornehmlich mit Hilfe "türkischer Söldner" im Sattel hielt), um 1005 AD sang- und klanglos zu verschwinden, kann nur ins Reich der Märchen gehören.

Die Samaniden-Münzen schauen übrigens so aus (hier ein Goldstück, in Silber auf der exzellenten Seite von Bilbeisi noch nicht eingestellt):

Zwar hält die Forschung, z.B. Sebastian Brather, *Frühmittelalterliche Dirham-Schatzfunde in Europa. Probleme ihrer wirtschaftsgeschichtlichen Interpretation aus archäologischer Perspektive* 1995/96, nach wie vor an der "Handelstheorie" fest (der Rezensent in der "Hansischen Umschau" 1999: "...gibt er den Austauschbeziehungen und Handelsaktivitäten mit der arabischen Welt den Vorrang vor Tributzahlungen, Plünderungszügen, Soldzahlungen u.a." und "dass die Menge des in Nord- und Osteuropa vergrabenen Silbers offenbar ein Indiz geringerer wirtschaftlicher Entwicklung sei."

Nur warum die durchaus kriegstüchtigen und wehrfähigen "Nordmänner" dann das Silber **vergraben** und nicht wenigstens zu irgendetwas Schönerem verarbeitet haben (jeglicher Form der Schmiedekunst waren sie mächtig), bleibt dann rätselhaft. Prof. Weisgerber teilt nämlich mit:

"Das in Silbermünzen zu Hunderttausenden in den Norden geflossene Silber findet sich analytisch nicht im Wikingerschmuck wieder..."

Wen solche allseitigen und kolossalen Ungereimtheiten nicht weiter stören, der mag es halten wie er will.

Für mich ist dagegen immer klarer: Entweder muss die Geschichte des "Handels" (und der Handels"bilanzen") völlig neu geschrieben werden oder man besinnt sich auf ein **Faktum** der Geschichte, aus dem sie tatsächlich bis heute besteht und seit Jahrtausenden bestanden hat.

Debitismus, Dereliktion (Eigentumsaufgabe) und Staatsbankrott

Geschrieben von dottore am 09. November 2004 16:26:13

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/300062.htm>

[D]ie Basis des sog. **Debitismus** ist bekanntlich die Verschuldung (debitum = das Geschuldete). Ohne Schuldner fehlt der Druck, den ökonomischen Prozess ("Wirtschaften") voranzutreiben, also sich Schuldendeckungsmittel beschaffen zu müssen oder die entsprechenden Konsequenzen zu erleiden (Sanktion, Pfandverlust, usw., usw.).

Die Verschuldung startet historisch mit Schulden *ex nihilo*, also nicht-kontraktlicher Verschuldung, sondern mit obrigkeitlich, also durch tatsächlichen oder angedrohten Machteinsatz ("coercive power") gesetztem SOLL für Abgaben aller Art (Tribute, Steuern, usw.). Alles Weitere, was heute sub rubrum "Wirtschaften" läuft (Eigentum, Zins, Geld, Termin, Arbeitsteilung, Märkte, Preise, usw. usw.) sind demnach Macht-Derivate und ohne Macht auch nicht definierbar (Sicherheit, Schutz, Vollstreckung, usw.).

Von daher ist der Debitismus rein deskriptiv und nicht etwa evaluierend oder gar postulativ - wie etwa "Wirtschaftstheorien", die irgendein Bild des Wirtschaftens zeichnen in der Absicht, mit Hilfe von Maßnahmen X, Y oder Z dieses zu "verändern" oder zu "verbessern". Man kann zwar sagen, was passiert, wenn... (z.B. keine "Nachschuldner" auftreten, keine "new credits" erscheinen, also der "kapitalistische Kettenbrief" reißt und rückwärts abgewickelt werden muss) ... aber das beinhaltet keineswegs eine entsprechende Forderung nach "Fortsetzung" o.ä.

Es ist, wie es ist - und fertig.

Nun existieren jede Menge Schnittstellen zwischen dem (ursprünglichen und stets übergeordneten) obrigkeitlichen Machtsystem und dem "privaten" System "darunter" und natürlich auch Durchmischungen, z.B. wenn im privaten "Unterstübchen" sich via Markterfolge aller möglichen Art "Mächtige" (Reiche, Kapitalisten, Wucherer [sie wuchern im regelmäßig fälligen Abgabengut], Banker usw.) herauskristallisiert haben, die dann ihrerseits nach der obrigkeitlichen Macht greifen - sei es über Wahl-, Kauf-, Betrugs-, Korruptionsvorgänge und dergleichen mehr.

Desungeachtet bleibt das ökonomische Substrat des Prozesses, also die permanente Neu- und/oder Zusatzverschuldung erhalten. Was sich auch darin zeigt, dass diese Verschuldung privat eingegangen oder öffentlich-rechtlich betrieben letztlich (entsprechende Verwerfungen hin oder her) den selben Effekt haben: die Fortsetzung des Prozesses, nämlich Wirtschaften unter Erfüllungsdruck.

Dass der Erfüllungsdruck, unter dem ein öffentlich-rechtlicher, also Macht-Bereich steht ein ganz anderer ist (sehr gering, zumal prolongierbar) als der, unter dem einzelne "privat" Wirtschaftende stehen (Produzenten, Konsumenten) versteht sich von selbst.

Ein kritischer Bereich ist freilich erreicht, wenn sich weder der öffentliche noch der private Bereich zusätzlich verschulden können. Auf den "Ausweg" (der nur dem öffentlichen Bereich offen steht), das jeweilige Schuldendeckungsmittel ohne Federlesen nicht etwa von anderen abzufordern (die dazu ihrerseits in dem "wirtschaftenden" Prozess voranschreiten müssten), sondern selbst zu fabrizieren, muss angesichts jahrtausendealter und allseits bekannter Erfahrung hier nicht näher eingegangen werden.

Die Frage nach dem, was im kritischen Bereich nach dessen Erreichen passiert, ist weder a priori noch gar allgemein gültig zu beantworten. Insofern ist die Inflation/Deflation-Debatte von Nutzen. Entsprechende Abläufe zeitigen - bei aller statistischen Verwirrung - doch sichtbare Symptome, aus denen, jeweils fortlaufend neu beurteilt werden kann, wohin die Reise geht (der debitistische Prozess ist immer "unterwegs", also absolut dynamisch, auch wenn es manchmal so aussieht als "bewege" sich "nichts"), und welche kurz- und/oder längerfristigen **Anlageentscheidungen** sich demgemäß empfehlen.

Im kritischen Bereich sind naturgemäß die Schnittstellen interessant. Eine davon darf ich kurz vorstellen (basierend auf der NZZ von gestern):

Im Wallis ist Grundeigentum sehr breit gestreut. Eigentum (ein klassisches Macht-Derivat, da macht-besichert) selbst hat im debitistischen Prozess eine zentrale Funktion: Es lässt sich beleihen (Pfand usw.). Das Eigentum der Walliser, durch Erbteilung usw. stark parzelliert und (Hanglagen usw.) nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll nutzbar, ist in weiten Bereichen inzwischen **wertlos**, in guten Lagen gibt's noch 5 Franken, in maschinengängigen Hanglagen 2 bis 3 Franken. Auf Umwandlung in Bauland zu hoffen, ist zumeist müßig.

Da es keinen Sinn macht, das Eigentum zu halten, da etwaige Kosten immer drohen, entschließen sich immer mehr Eigentümer dazu, es aufzugeben (sog. "Dereliktion"). Das Land wird dadurch aber nicht herrenlos (**res nullius** nach Römischem Recht), sondern fällt an den nächst drüber befindlichen **Obereigentümer**: die Gemeinde.

Die Gemeinden haben das Ganze dadurch beschleunigt, das sie eine **Realsteuer** belassen oder zusätzlich eingeführt haben, die auf den Böden liegt: Das Land muss vom Eigentümer einmal im Jahr abgemäht oder abgeweidet werden. Dann doch lieber das Land aufgeben... Amtliche Kosten: 20 Franken pro Grundstück.

Nun sind die Gemeinden ihrerseits nur selten schuldenfrei (man erinnere sich an den Leukerbad-Skandal) und haben durch den "Heimfall" des Bodens zusätzliche Auf- und Ausgaben, denen sie sich letztlich nur durch zusätzliche Verschuldung stellen könnten.

Ein für Umweltfragen zuständiger deutscher Bundestagsabgeordneter hat mir gerade vorgerechnet, dass wg. EU-Erweiterung, landwirtschaftlichem Produktionsfortschritt, usw., usw. demnächst 45 Millionen Hektar bisher wirtschaftlich (wenn auch subventioniert) genutztes Land "frei" werden und in Richtung Brachland abdriften (dieses "Landschaftsschutzargument" kennen wir auch von der CSU, Stichwort "schönes Bayern"). Würde das Land à la Wallis "aufgegeben", hätte der Staat weitere Ausgaben zu gewärtigen (schuldenfinanzierte).

War die "Schaffung" (= Teilzession, die Steuerhoheit ist geblieben) von Eigentum in den vergangenen Jahrhunderten ein Mittel für Herrscher und Staat, immer wieder - auf Zeit - der unerbittlichen Schuldenfalle zu entkommen (das Vorfinanzierungsproblem der Macht ist und bleibt unlösbar), so könnte sich der Prozess durchaus umkehren und den Bankrott des **Zwangssystems Staat** sogar noch etwas beschleunigen.

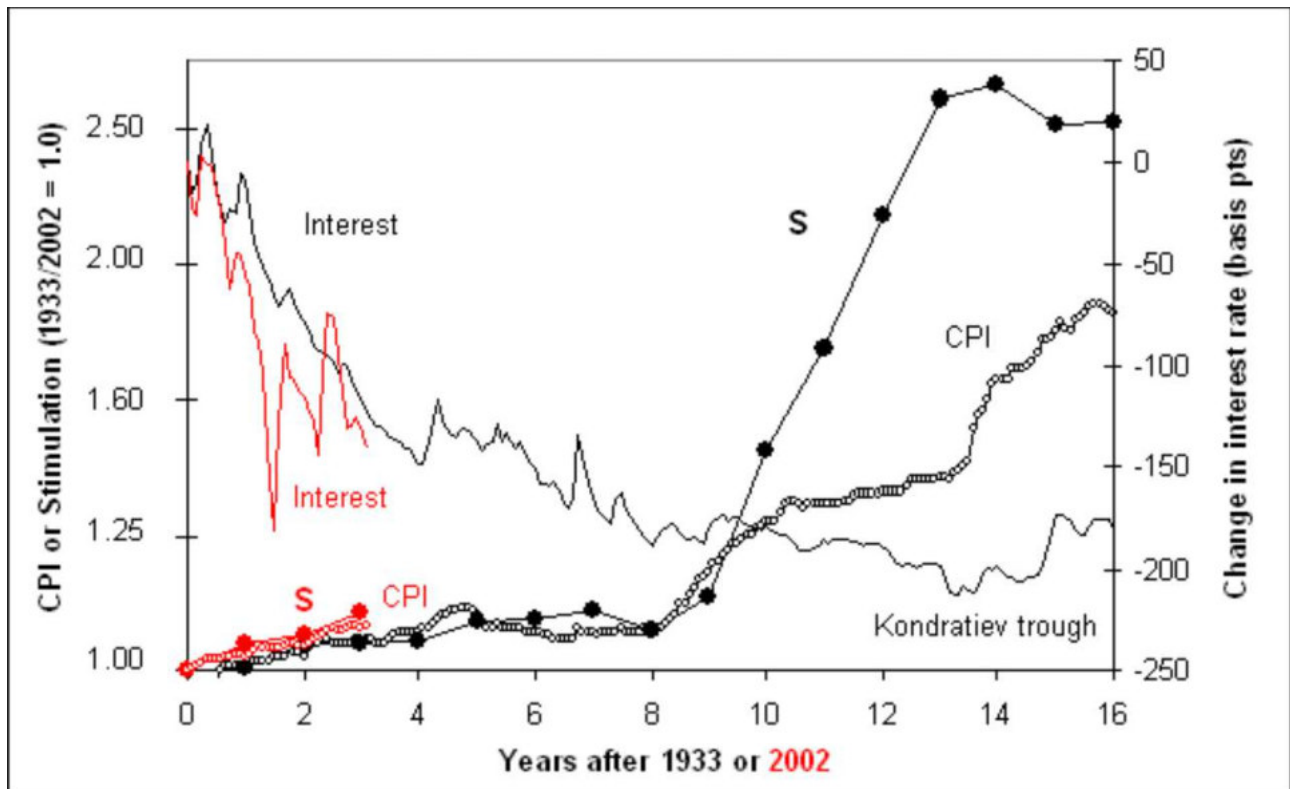
Deflations-Tsunami

Geschrieben von dottore am 08. März 2005 15:25:11

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/316436.htm>

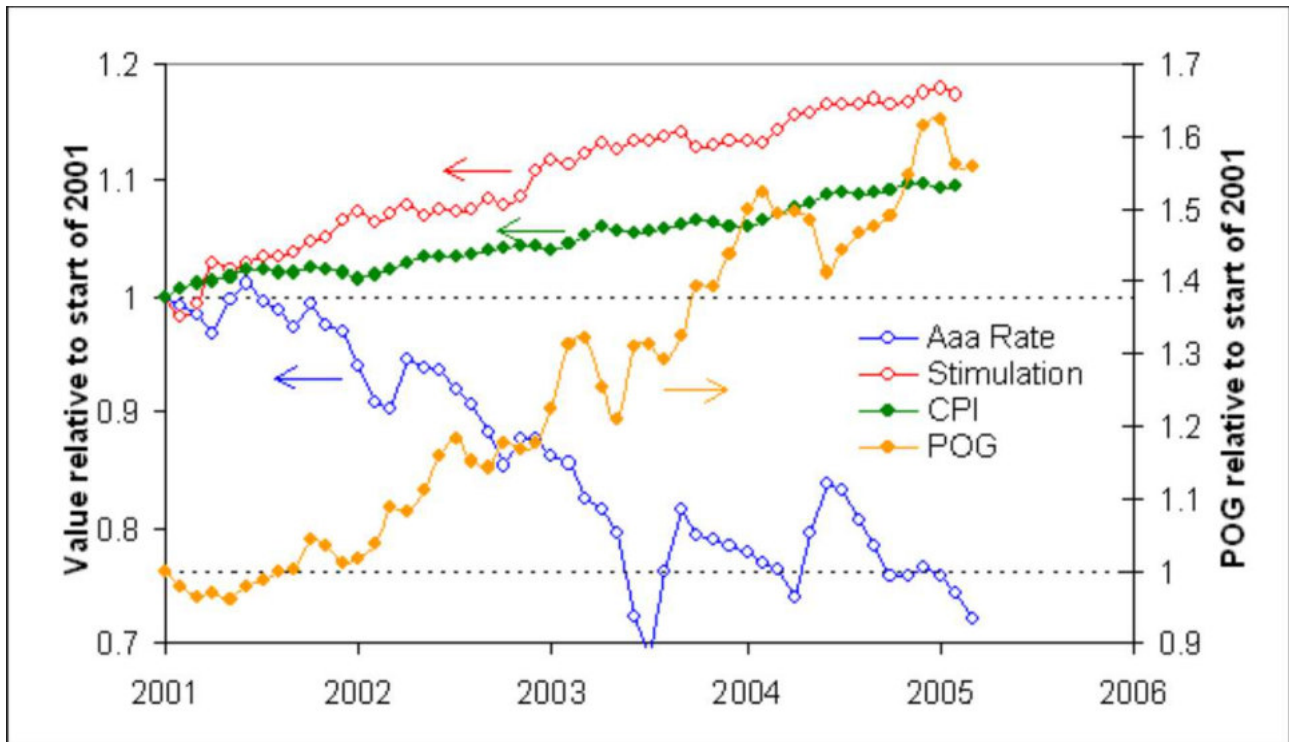
[D]as Studium der Zins(struktur)kurven - besten Dank für die vorzüglichen Links an @Elli, @Helmut, @André! - mit den auf den Links erscheinenden Erörterungen dazu, verheißen nichts Grandioses. Besonders missfällt mir nicht nur die ziemlich flotte Verflachung, sondern auch die Tatsache, dass die letzte Kurve erheblich **unter dem Durchschnitt** der ca. letzten 30 Jahre liegt.

Den Beitrag von **Michael Alexander**, auf den @Dieter freundlicherweise hingewiesen hat, halte ich für exzellent und auch für Nicht-Kondratieff-Freaks ein Must-Read. Diese Grafik Nr. 3



hat es wirklich in sich (ohne jetzt alle Details würdigen zu können). Danach könnten wir noch mit einem erheblichen Zinsrutsch nach unten zu rechnen haben - eben bis zum K-Winter-trough. Der Charme der Analyse liegt nicht nur darin, dass der CPI nicht der monetären Stimulation S entspricht (obere Kurve), sondern auch, dass die AAA Rate nicht mit "nach oben" gezogen wird, was "sonst" bei steigender Inflation und (lt. Friedman dann ebenfalls) steigenden Inflationserwartungen der Fall sein müsste.

Wie hier zu bestaunen:



Auch ist der Hinweis Alexanders, dass eine Tiefzins-"Politik" den Staaten dazu dienen würde, **"in order to build [oder eben to keep] the power of their state[s]"** zeigt, dass wir uns bereits in einem sozusagen "meta-ökonomischen" Gelände bewegen und die alten Vorstellungen über Bord gehören.

Meta-ökonomisch ist auch der Ansatz von **Fekete** zu interpretieren (das bekannte Scheck- und Wechselreiten der überschuldeten Mächte, um noch länger in der Welt zu bleiben).

Dass dabei die eine Hand die andere wäscht (Fekete nennt das überflüssigerweise "conspiracy"), versteht sich von selbst.

Auf das Resultat der Reiterei, das Fekete vorstellt, ist demnach nicht überraschend:

"If my assumption about the existence of this conspiracy [gemeint das Zusammenspiel zwischen USA und Japan] is correct, then the end-game of the regime of irredeemable currencies will be stretched out by another decade or so.

[Der alte Goldbug Fekete muss das aus seiner klassischen Sicht darstellen, also ausgehend von "nicht einlösbaren" Währungen; das ist bekanntlich nicht meine Sicht, die vielmehr den "Ersatz" dieser Währungen durch den bekannten ZB-Mechanismus unter Hereinnahme von Titeln eines nie leistenden Aufschuldners als unweigerlich in einer - wenn ebenfalls auch "stretchbaren" - deflationären Depression endend, erklärt]

However, that decade will not be one of inflation most observers expect. It will be one of deflation and world-wide depression which hardly anybody expects. [Ganz genau!] **Speculators shorting dollar-bonds will be massacred, and people in debt hoping to find relief in inflation will be squeezed out of their possessions."**

Dem ist nichts hinzuzufügen, zumal der ganze Text - ebenfalls ein Must-Read - die Position gut klärt.

Nochmals Dank für die höchst anregenden Hinweise und Links + Gruß!

PS: Ein Gespräch mit einem wichtigen Investment-Haus (Global Player) ergab als deren Einschätzung: Fed Funds rauf bis 3,5 / 4 %, möglicherweise gleich mit 50 Basispunkten in einer Art Greenspan'schen Abschiedsgeschenk. Dies, um die Inflation plus deren Erwartungen zu checken. Auf meine Frage, ob dies dann die gesamte Zinsstruktur nach oben hieven würde: Ja. Auf meinen Einwand: Aber ein Inflation-Checking würde die Bond-Halter eher ermutigen/beruhigen: Das sei möglich, wenn es auch in dieser Form eine seit dem Kriege nicht beobachtete Konstellation wäre.

Noch spricht die Zinsstrukturkurve eine deutlich andere Sprache, was in anderen Worten auch bei Fekete deutlich wird:

"Virtually all critics of irredeemable currency ground their objections in the Quantity Theory of Money arguing that as the quantity of paper money increases faster than goods and services, prices will increase and paper money will eventually lose all its value.

I have never accepted this simplistic explanation [Bravo!] as it ignores the fact that paper money can buy other things beside goods and services. In particular, it can buy bonds. And to the extent it does, it could cause the exact opposite effect to that predicted by the Quantity Theory.

Instead of causing inflation, it could cause deflation, and worse. Much worse."

Justamente.

Make love, not war - Caral und der ewige Traum der Menschen vom Frieden

Geschrieben von dottore am 18. April 2005 14:53:43

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/320848.htm>

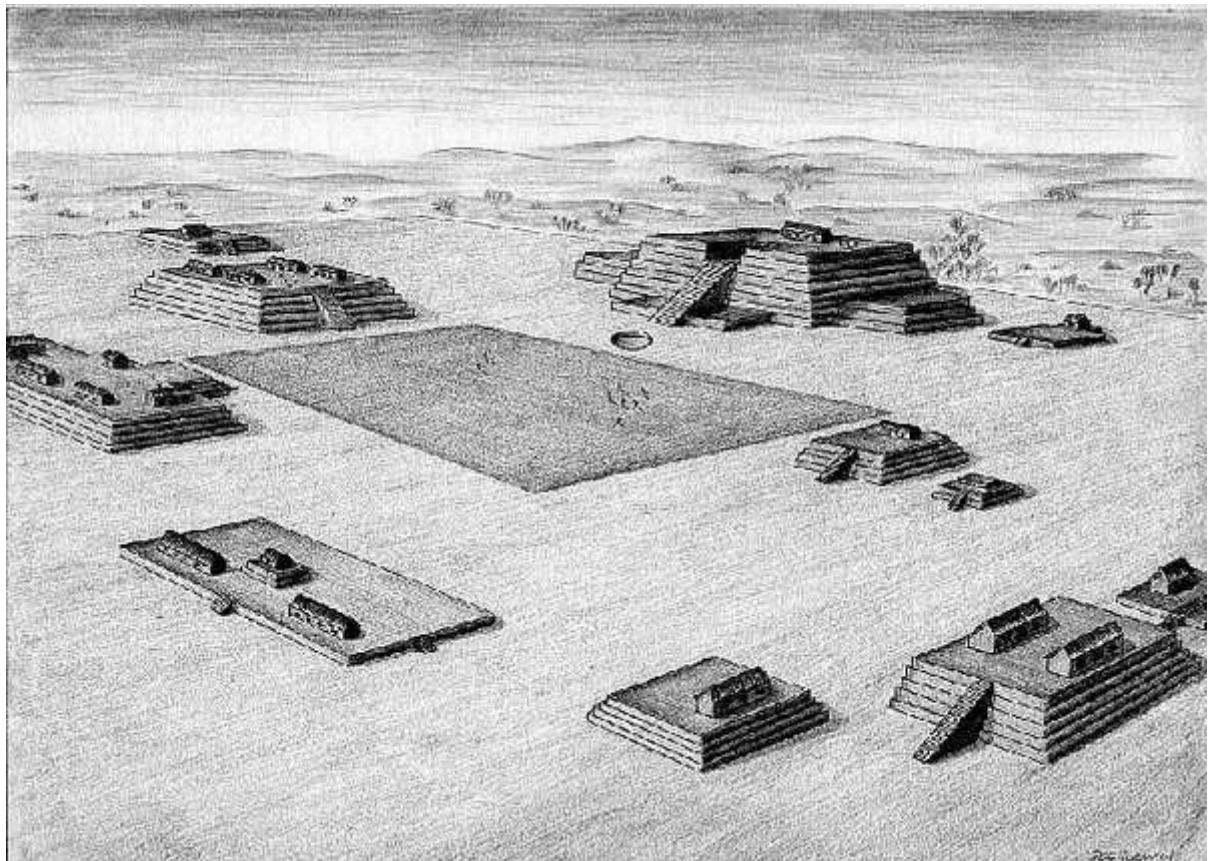
Als Antwort auf: Re: Es gab und gibt kein Tausch"mittel". - Jükü geschrieben von nereus am 17. April 2005 22:34:55

Hi nereus,

>*Kürzlich kam auf Phoenix ein Bericht über die Pyramiden von Caral.*

Ja. Damit man sich ein Bild machen kann, zunächst die Lage dieser Traum-Stadt:
[Bild fehlt, Anm. Editor]

Ca. 180 km nördlich Lima und 23 km von der an der Küste verlaufenden Panamericana entfernt.
Es ist eine Tempel- und/oder Pyramidenanlage:



Der **Kapitalkoeffizient** dieser öffentlichen Investition war immens, wobei an den klassischen Satz von Rose (Wachstumstheorie) zu erinnern sei:

"Ein großer Kapitalkoeffizient bedeutet, dass eine gegebene Nettoinvestition nur einen kleinen Zuwachs zur potentiellen Produktion bewirkt."

Das treibt mich bei der Beurteilung dieser Megalith- und/oder Großtempel-Bauten schon seit jeher um: Kann es sein, dass sich diese "Kulturen", die in der Regel "plötzlich" und "rätselhaft" verschwanden, schlicht **über-investiert** hatten - unabhängig davon, wer jeweils zum Malochen gezwungen wurde und womit.

Soeben in Huf, Bibelrätsel zu lesen (175): "Die **drückende Last der Fronarbeit** auf den königlichen Baustellen, zu der (Salomon) auch die Stämme des Nordens heranzieht, bringen das Volk gegen den König auf. Die ohnehin schwache Union ... droht zu zerfallen. In der Tat wird sie Salomo nicht überleben."

Den "freien Lohnarbeiter" gab es damals nicht. Solche Klamotten sind ziemlich schwierig zu transportieren.

Besonders beachtlich ist diese **Rotunde**, über deren Zweck nur gemutmaßt werden kann. Am unwahrscheinlichsten: Ein "Versammlungsplatz" von Freien und Gleichen. Dazu hätte man das Geviert zwischen den Tempeln gehabt.

[Bild fehlt, Anm. Editor]



Wird schon klug vermarktet (son et lumière) - wozu da ins hohe, kalte Cuzco klettern?

[Bild fehlt, Anm. Editor]

>Das ist eine "versunkene" Stadt in Peru die über 4.600 Jahre alt sein soll.

Das Areal liegt auf einer Anhöhe über dem Fluss (s.unten) und kann das dortige Geschehen gut beobachten/überwachen.

>Dort sollen 30.000 Menschen gelebt haben und man fand weder Befestigungsanlagen noch Waffen.

Zu den "Befestigungsanlagen": Zum einen mögen sie mangels einer "Gegenstadt" überflüssig gewesen sein. Die älteste Anlage ("oldest city in the New World") wäre dann die erste gewesen; diese Form der "unbefestigten" Tempelstadt finden wir in Lateinamerika zuhauf, d.h. mindestens ebenso oft wie die der "befestigten" Anlage. Zum dritten sind die Ausgrabungen (seit den 1990ern) noch nicht abgeschlossen, d.h. es kann sich noch herausstellen, dass Spuren der bekannten **hölzernen** Palisaden gefunden werden, wie sie jüngst erst für das Tal von **Oaxaca** mit Mühe gefunden wurden (vgl. die früheren Debatten über "Origin of War").

Zu den "Waffen" daselbst, siehe weiter unten.

Dass es innerhalb so schieflich-friedlich zugegangen ist, wird ua. vom renommierten Smithonian-Institut bestritten, das den Inhalt der berühmten (s. Ebenfalls auch unten) "Kinderbegräbnisstätte" eindeutig als Ergebnis eines **Ritualmordes** rekonstruiert:

[Bild fehlt, Anm. Editor]

>Ein zu Hilfe gerufener amerikanischer Historiker/Archäologe war völlig konsterniert und hat überall nach Kriegsgerät gesucht .. aber leider nichts gefunden.

Dazu unten.

>Trotzdem ist offenbar ein intensiver Handel betrieben worden.

>Es wurde Fisch vom Meer verspeist und Caral lieferte die benötigten Baumwollnetze dafür.

Dieses hat sich inzwischen als **Märchen** herausgestellt. Die "Netze" dienten dem Transport von Steinen, wie sich aus diesen Caral-Darstellungen bzw. -Rekonstruktionen ergibt:

[Bild fehlt, Anm. Editor]

[Bild fehlt, Anm. Editor]

Im übrigen sei nochmals auf die Nähe zum Meer verwiesen. Es war für die geübten Geher und Läufer aus Caral ein Leichtes, innerhalb eines halben Tages vom Meer zur Tempelanlage (Tempelstadt) zu gelangen. Warum man dazu den "Handel" bemühen muss, erschließt sich mir nicht. Die Azteken-Herrscher in Tenochtitlan (Mexiko City) genossen sogar Schnee vom Popocatepepel, der nicht "ertauscht" oder "erhandelt", sondern von ihren Läufern gebracht und dann gesüsst serviert wurde.

Die Lage Carals war erheblich günstiger:

[Bild fehlt, Anm. Editor]

>Ausgeklügelte Bewässerungssysteme machten aus der öden Wüstengegend ein kleines Paradies.

Der Fluss lag direkt vor der Haustür und wurde an Ort und Stelle für Bewässerungen genutzt. Das Naß- bzw. Schwemmland ist bis heute gut zu sehen:



Etwelche "Wüstenbewässerungen" (Wüste wäre hinter dem Tempelberg zum Betrachter hin) wurden nicht festgestellt, was außerdem Wasser-Hub-Mechanismen erfordert hätte.

>Wer zwingt da wen mit welcher Waffengewalt zum Handel oder zur Anwendung von GZ?
>Vielleicht ist eben doch nicht der Krieg der "Vater aller Dinge".

Dann zu den Waffen (von der Caral-Seite). Dass damit nur artig Holz gefällt oder Tiere gejagt wurden, ist vor allem in Bezug auf Letzteres eher unwahrscheinlich. Das Fehlen von jagdbarem "Großwild" als Eiweiß-Lieferant ist für Südamerika notorisch.

[Bild fehlt, Anm. Editor]
[Bild fehlt, Anm. Editor]
[Bild fehlt, Anm. Editor]

Die Caral-Entdeckung und -ausgrabung ist vor allem Verdienst dieser Frau:

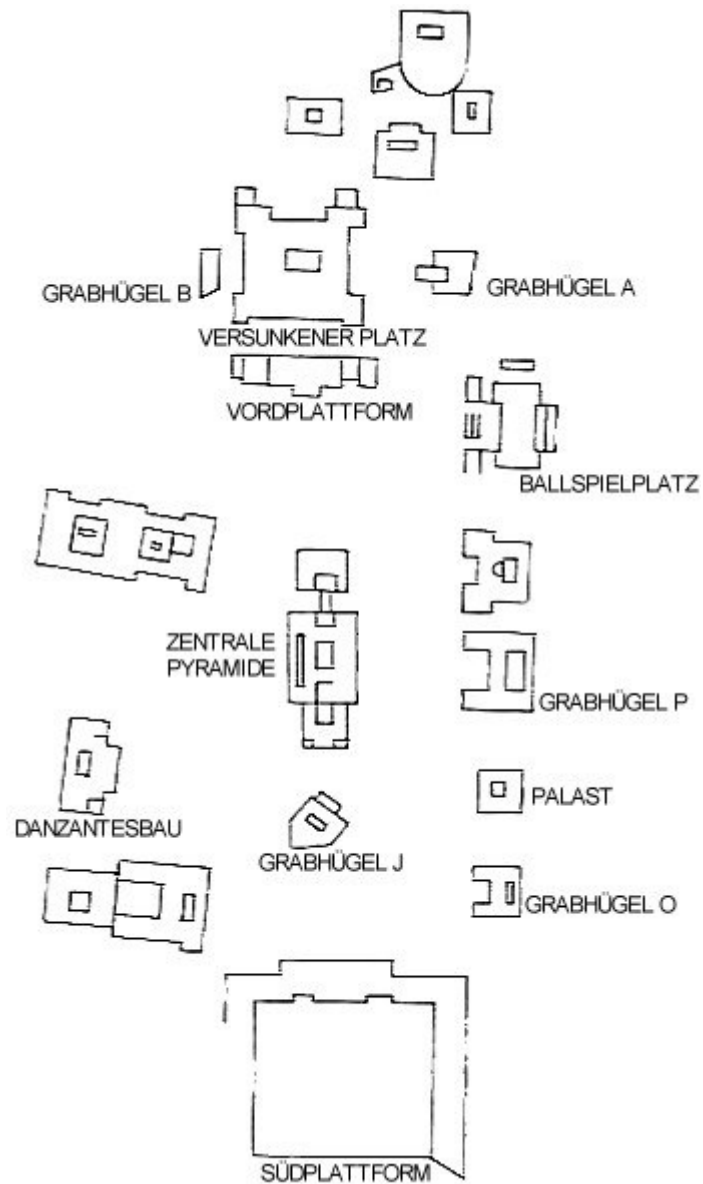
[Bild fehlt, Anm. Editor]

Dazu steht auf einer Caral-Seite:

"When archaeologist Ruth Shady [Solis] discovered her 5,000 year old city of pyramids in the Peruvian desert, all eyes were on the New World. Ruth's extraordinary city, known as Caral, is so much older than anything else in South America that it is a clear candidate to be the mother city.

[Woher die Caral-esen gekommen sein mögen, ist nicht klar: Über das polynesisches Island-Hopping dürfte ausgeschlossen werden, über die Anden sowieso. Also bliebe der Klassiker Beringstraße. Dafür spricht auch, dass sie das Tempel-, Megalith- bzw. Pyramiden-"System" hatten, das wir auch in China und Zentralasien nachweisen können.

Dass die Anlage von Caral z.B. der von **Monte Alban** ähnelt:



wirft weitere Fragen, etwa nach der Anciennität auf]

It also is in pristine condition. Nothing has been built on it at all. Instead laid out before the world is an elaborate complex of pyramids, temples, an amphitheatre and ordinary houses.

Make love not war

[Hier haben wir das Bekenntnis von Frau Ruth]

Crucially, there is not the faintest trace of warfare at Caral; no battlements, no weapons, no mutilated bodies.

[Falsch!]

Instead, Ruth's findings suggest it was a gentle society, built on commerce

[Ohne Beweis, siehe oben die "Netze"]

and pleasure. In one of the pyramids they uncovered beautiful flutes made from condor and pelican bones.

[Richtig, sehr schöne Instrumente: [Bild fehlt, Anm. Editor]]

They have also found evidence of a culture that took drugs and perhaps aphrodisiacs.

[Von Herzen gegönnt]

Most stunning of all, they have found the remains of a baby, lovingly wrapped and buried with a precious necklace made of stone beads.

[Liebevoll geopfert]“

Einstweilen würde ich diesen Caral-Hype (love not war!) mit distanzierter Vorsicht genießen.

Gruß!

Das Geld der Zukunft - so funktioniert:

Geschrieben von dottore am 13. April 2005 14:30:27

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/320245.htm>

[S]eit 1991 hat Somalia keine ZB mehr, wie überhaupt der Staat verschwunden und die "Anarchie" Einzug gehalten hat.

Nach dem Hinschied der ZB ließ jeder, der wollte, die bekannten 1000-Schilling-Scheine bei privaten Druckereien in aller Welt herstellen. Der Kurs reagierte: Bis 1990 waren 1000 Sh. = 1 USD, dann ging's abwärts auf 20.000 = 1 USD. Aktuelle Kurse pendeln zwischen 14.000 und 17.000.

Jeder 1000er gilt jetzt gleich (aber es gibt keine höheren Nominale, da keine ZB sie ausgeben könnte) - ob die alten oder die privat gedruckten. Jeder kann die Scheine sehr gut auseinander halten - aber sie haben gleichen Kurs (abgepackt zu 100. Zehn solcher Papierriegel sind dann eine Mio.).

Wie kommt der ziemlich konstante Kurs zustande? Warum fällt der Shilling, obwohl ihn jeder fabrizieren kann, nicht ins Bodenlose?

Einfache Antwort: Der Kurs (je 1000er im Schnitt 6,5 US-Cents) **entspricht genau den Druck- und Transportkosten** (von irgendwo nach Somalia).

Was lehrt:

- Gibt es keinen Staat, der einheimische Währung braucht und demnach keine ZB, und können ergo auch keine höheren Nominale fabriziert und ausgegeben werden (also 10.000 - 100.000 - 1.000.000, usw. usw.), fällt der Kurs der allgemein akzeptierten Standard-Noten auf die Herstellkosten.
- Diese können nicht mit einheimischer Währung bezahlt werden, sondern in der Währung dessen, der die Noten herstellt (ohne Limit).
- Es kommt zwar zu einem **vorübergehenden** Währungsverfall (gegen Auslands-Valuten), aber dann **stoppt** dieser Verfall (es sei denn die Druckkosten der Druckereien steigen in deren Landeswährung).
- Wer Noten importieren will, muss entsprechende Auslandsvaluta haben (sie gegen Warenausfuhr oder Rimessen von im Ausland lebenden Inländern beschaffen), was einem currency board-System nicht unähnlich ist.
- Die bekannten Albernheiten wie "Geldmenge" oder "Umlaufgeschwindigkeit" spielen keine Rolle. Wer Geld braucht, muss sich verdingen (s. unten) oder ausländische Valuta beschaffen (was letztlich auch auf eine Leistung irgendwo hinausläuft). Dann kann er es sich selber drucken lassen.
- Das "Preisniveau" (Inland) richtet sich nach dem Gelddruckkostenniveau (Ausland).
- Scheiden die "Alt"-Noten aus, was über kurz oder lang der Fall sein dürfte (Abnutzung), wird es gegen 100 % gehende, nur aus "Falschgeld" bestehende Binnenwährung geben.

Kurzum: Das Ganze ist die papierene Variante zum **Goldstandard**.

Somalia geht's gar nicht so schlecht wie man annehmen sollte. Von 1000 Einwohnern haben z.B. 15 Telefon (Nachbarstaaten: 10, Westafrika 9). Auch Internetcafés in Mengen.

Das einzige, was nervt, sind die vielen Binnen-Zollstellen, die von lokalen **Warlords** eingerichtet wurden. Da kommt man aber mit entsprechenden Bodyguards (Standardausrüstung: Kalaschnikow) gut durch. Die Big Shots leisten sich gleich eigene Milizen.

NZZ-Afrika-Korrespondent Kurt Pelda meint, die Anarchie in Somalia funktioniere besser als die schwerfällige und korrupte Bürokratie in vielen Staaten des Kontinents.

Ein Modell also, das zum Nachdenken anregt und optimistisch stimmen sollte.

Zins als Derivat der Macht - Der "Urzins"-Unfug von Herrn Gesell

Geschrieben von dottore am 17. April 2005 17:09:08

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/320736.htm>

Als Antwort auf: Modelle geschrieben von Zandow am 17. April 2005 12:11:37

Hi Zandow,

Danke für die zusätzlichen Erhellungen und Hinweise. In allem grosso modo einverstanden. Nun dazu:

>Frage zum Abschluß: *Wie ist der Stand der Zinstheorie? Zins als Derivat der Macht. Mir fehlen hierbei immer noch die konkreten historischen Belege. Jemehr ich mich damit beschäftige, umso undurchsichtiger wird's.*

Der Zins entsteht ohne Frage als **Abgabe**, zuerst der Zentralinstanz, später an jene, an die die Instanz Macht-Teile zedieren musste. Das Ganz beginnt (wie so viele "Firsts", die wir heute haben, vgl. das Standardwerk von **Samuel Kramer** *The Sumerians: Their History, Culture, and Character* 1959) eindeutig in **Sumer** (jedenfalls haben wir von dort die älteste Überlieferung) und zieht sich nahtlos über die Scharniere **Ugarit** (Syrien) und **Phönizien** ins Mittelmeer - Rest bis heute durchgängig und durchgehend bekannt.

Michael Hudson in *How interest rates were set - 2500-1000 AD* in Journal of the Economic and Social History of the Orient (2000) geht ausführlich darauf ein und zitiert **Jerrold Cooper** Sumerian and Akkadian Royal Inscriptions, Vol. I (1986):

"Sumerians had to pay the temples or palace a regular máš-fee".

Das "máš" bezieht sich nicht auf das oder ein "Neugeborenes" (Zicklein), sondern auf den Zeitpunkt, da diese neuen Viecherl erscheinen. Ähnlich übrigens bei allen anderen Erstbezeichnungen für Abgabe, die **nicht diese**, sondern den Termin benennen. Was auch sonst.

Die immer wieder gern gebrachte Idee, dabei habe es sich um einen Vorgang gehandelt, bei dem etwas von dem "zusätzlich" Erschienenen (sozusagen die "natürliche" Mehr-Produktion) abgegeben wird, **nachdem** sich jemand das "ausgeliehen" hat, was dieses Zusätzliche ermöglicht (Viehherde, die sich "vermehrt" oder Getreide, bei dem man Saatgut "leiht" und aus dem "natürlich multiplizierten" Produkt etwas abgibt), hatte schon **Wilhelmus Leemans**, *The Rate of Interest in Old Babylonian Times* in: Revue Internationale des Droits de l'Antiquite (1950) der **Lächerlichkeit preisgegeben**.

Da nämlich, wie leicht nachzuweisen war, der Multiplikator zwischen 16 und 24 lag, hätte auch der (zunächst) extreme "Agrar-Zins" von 33 1/3 %, der völlig unstrittig ist (vgl. **Sidney Homer's** Standardwerk u.v.a.m.), sich letztlich als ca. 1 % "Zins" entpuppt. **Das also hätte niemals zu den in Zehntausenden von Dokumenten nachweisbaren Überschuldungstatbeständen führen können.**

Das erledigt auch solche Ideen wie jene von einem "Urzins", die **Silvio Gesell** noch auftischt. Die "máš-fee" und vergleichbare spätere Abgaben weiter westlich (*census, tributum* usw.) sind schlichte **Zwangsabgaben** und haben mit einer "natürlichen Verzinsung" oder "Vermehrung" und deren "Aufteilung" o.ä. Absolut nichts zu tun.

Sie wurden voll und als vorgegebenes SOLL kassiert. Die Hinweise in den Publikationen von **Nissen, Eklund** (Berlin) et al. sind völlig klar und eindeutig.

Das Problem ist jetzt einzig und allein dieses: Was passiert, wenn das IST das SOLL **unterschreitet**? Erst **dann** setzt das ein, was als "Zins" (eben bei "agrarian usury") die 33 1/3 % darstellen. Es ist eine obrigkeitlich gesetzte **Strafzahlungs-Forderung** auf die SOLL-IST-Differenz und nichts anderes.

Es hat **niemals** und **nirgends** so etwas wie Verschuldungsvorgänge (nochmals dazu Hudson) zu "produktiven Zwecken" gegeben! Das sind reine Hirngespinnste, bei denen heutige Zustände in die Anfangszeiten des Wirtschaftens übertragen werden, was das Resultat mit den Ursachen **verwechselt**.

Dasselbe gilt für den Beginn der "commercial debts". **Palasthändler** [!] werden mit dem inzwischen zu Silber mutierten Standard - dieses Silber zunächst als Gewichtsstandard eingeführt und nicht etwa als "Geld" (1 Shekel = 180 Getreidekörner - "grains", was bis heute gilt - und ein Vielfaches davon, z.B. die *mina*, alles mit regionalen Abweichungen) - auf die Reise geschickt und müssen dafür 20 % bezahlen, was ebenfalls **kein "Zins"**, sondern eine Abgabe war, so etwas wie Zoll oder Maut.

Der "Zins" ist und bleibt eine **Zwangsabgabe** und lässt sich auf die einzelnen Zahlssysteme reduzieren (12er, 10er usw.), mit deren Hilfe ihrerseits die **Menge** der geforderten Abgaben gemessen wurden.

Ich habe dazu in letzter Zeit diverse Antiken erworben, die dies eindeutig belegen, z.B. sumerische Gewichte in Getreideform (es gibt auch später noch "schönere", z.B. Enten) und Hohlmaße, bei denen zwei miteinander verbundene Gefäße genau das Doppelte (bzw. die Hälfte) des anderen messen.

Und dass die 33 1/3 % und ihre Auswirkungen ("Zinseszins") den Jungs damals geläufig waren, beweisen ebenfalls einschlägige Objekte. Der Japaner **Muroi** hat darüber intensiv gearbeitet, z.B. 1990 *Interest calculation of Babylonian mathematics: new interpretations...*

Text-Beispiel:

"Tablets like this one from the second millennium B.C. in ancient Mesopotamia record a number of textbook interest rate problems, and their solutions.

The questions read like those from a high-school algebra book. Sometimes the method at arriving at the solution is just as mysterious.

One tablet (Tontafel) asks:

If I lent one mina of silver at the rate of 12 shekels (1/60 of a mina) per year , and I received in repayment, one talent (60 minas) and 4 minas. How long did the money accumulate?

The Babylonians compounded interest by capitalizing interest when the outstanding principal doubled. At 20% the principal doubled every five years. Thus, it would take 30 years for the debt to grow to 64 minae.

Dass sich solche "Zinsen" nie und nimmer "erarbeiten" lassen und auch niemals ein Mensch auf die Idee käme, sich Geld zu solchen Sätzen zu "produktiven Zwecken" zu "leihen" (und mit Hilfe der "Ausleihe" dem "Urzins" Genüge zu leisten), haben wir es just mit dem zu tun, was diese "Zinssätze" aussagen: Es sind **Abgaben auf nicht termingemäß in SOLL-Stärke erledigten Abgaben!**

Ich hoffe, etwas zur Erhellung des sog. "Zinsphänomens" beigetragen zu haben.

Was da so allenthalben in- und off-mainstream dahergeschwätzt wird, ist abenteuerlich. Ist durch keinerlei historische Evidenz gedeckt. Aber sollen die Tausch-Freaks gern weiter über das **Hochtauschen** ("Fortschritt") mit und ohne Zins und Zinseszins (als ex "Urzins" oder ex "Erwirtschaftungs-Investition" und das mit oder ohne Verwerfungen, Disallokationen, Umverteilungen, "Zins" als "**Preis**" [!] für Geld/und oder Kapital - oh, oh!) daher dampfplaudern.

Mit der Wirklichkeit des ökonomischen Ablaufs unter Machtzwangs-Bedingungen hat das alles **nichts zu tun.**

Freiland oder Freigeld? Vom Fast-Nobelpreisträger Gesell und seinen Adepten

Geschrieben von dottore am 02. Mai 2005 17:37:10

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/322447.htm>

Der Freiwirtschaftsbewegung fehlen dringend Leute, die sich in dem auskennen, was sie so gern verteufeln: **Kapitalismus**.

Statt dessen verfassen sie "anti-kommerzielle Kampfschriften" und plärren:

"Aufruf an die Seelenmasseure: IHR suggeriert den Leuten die Bedürfnisse, die sie nicht haben. Ihr habt die Lüge 'consumo ergo sum' zur Wahrheit inthronisiert!

*Deshalb seid ihr die Prediger der Unterdrückung! Wir fordern euch auf: Hört auf mit der totalen Manipulation des Menschen! Hört auf, die Menschen als eine knetbare Masse zu betrachten, die dumpf Euren **eingehämmerten Kaufbefehlen** gehorcht!"*

Nun war **Silvio Gesell**



- im Kreise von jungen Damen der "revolutionären Jugend", Kassel, Ostern 1926 -

Kaufmann, wie noch in Buenos Aires an der Fa. der Familie seines Bruders zu besichtigen; der Herr Werner, der das Bild freundlicherweise eingestellt hat (Copyright FW-Bibliothek), betrieb lange Zeit ein interessantes FW-Forum: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Das Geschäft schaut nicht danach aus als würde es Kaufbefehle einhämmern. Insofern ein Fortschritt im Sinne des Erfinders, der ausweislich eines Vorschlags dreier seiner Anhänger **posthum den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten sollte**.

Die Preisträger des betreffenden Jahres (2001) lagen dennoch nicht so weit vom Schuss. **George Akerlof**



hatte sein ökonomisches Schlüsselerelebnis in Indien:

"As I have hinted earlier, the fundamental problem I wished to explore in economics, was the reason for unemployment. Unemployment involves, above all, a gap between supply and demand. **In India, the caste system for centuries has interposed itself between supply and demand. The gaps between supply and demand in the Indian caste system** were then potentially informative as to how similar gaps might exist in labor markets in Western countries."

Das Kastensystem darf mit Fug und Recht als "**Systemfehler**" bezeichnet werden.

Michael Spence



ist Schüler des verehrlichen Kenneth Arrow (ebenfalls Nobelpreisträger, 1972), bei dem er sich vor allem in die Gleichgewichtstheorie verliebt hat, in der Angebot und Nachfrage zueinander streben ohne sich je komplett zu erreichen, was die FWL indessen für ermöglichbar hält.

Der dritte Preisträger **Joe Stiglitz**



ist aus der Clinton-Ära und seiner Weltbankzeit bestens bekannt.

Auch er ist bekennender Systemfehler-Adept:

"The most important systemic failure associated with the market economy is the periodic episodes of underutilization of resources."

Zu den wichtigsten Ressourcen gehört zweifellos Grund & Boden. Deshalb kaprizierte sich Gesell zunächst und vor allem auf diesen Tatbestand ("Freiland"-Forderung).

Der Gedanken, dass "nur" der Boden "Werte" schaffe, ist altes Gedankengut, das sich besonders mit dem Namen **Francois Quesnay** (1694-1774) verbindet,

[Bild fehlt, Anm. Editor]

der als Leibarzt von Madame Pompadour, der Mätresse Ludwigs XV. (dann von S.M. ebenso) und auch sonst von sich reden machte. Quesnay gilt als Initiator der sog. **physiokratischen Schule**, nach der "eigentlich" nur der ackernde Bauer selbst mit seiner Leistung den berühmten "*produit net*" schafft. Alle anderen Beteiligten gehören der "**sterilen Klasse**" an, tragen also nichts zum wirklichen Wirtschaft bei.

Das "ökonomische Tableau" der Physiokraten wäre hier zu bestaunen:

[Bild fehlt, Anm. Editor]

Die Viecher (*livestock*) hat Quesnay nicht mehr so richtig unterbringen können. Dies verwundert, da er seinen Physiokratismus zum ersten Mal 1736 in seiner Schrift *Essai physique sur l'oeconomie animale* untergebracht hatte. In der Ausgabe 1747 steht dies deutlich zu lesen (III, 364-72).

Tja, was ist nun mit dem Menschen, der via **Viehhaltung** ebenfalls steriles Einkommen beziehen, da sie schließlich nicht selber kalben, egal, ob sie nun selbst sterilisiert sein mögen oder nicht? Ein Rätsel!

Eine Kurzbeschreibung über jene, die "wirklich" was leisten und jenen, die nur schmarotzen, hier:

"The Physiocrats believed land was a "natural gift" to men, and thus did not think that an owner of land was undergoing "toil and trouble" in letting it be used by others and thus there is no such thing as "compensation" to the **landlord** - it simply was not thought of as "natural". **He just grabs the net product.**" [Böse, böse!]

"In contrast, we should note that the landlord is not the only "sterile" person here. **In fact, the only "productive" person is the farmer, the only one that generated a net product.** The landlord, the farmhand, the foreign merchant and, most notably, the artisan, are all part of the "sterile class" because none of them generated a net product.

Dieser Gedanke findet sich in dem "leistungslosen Einkommen" wieder, gegen das moderne Gesellianer so heftig vom Leder ziehen. (Man muss halt nur, wissen, wo die Wurzeln einer Idee wirklich liegen).

Gesell selbst kommt von den **Physiokraten** her. Das kommt in diversen Formen zum Ausdruck:

- Er betreibt selbst leidenschaftlich Landwirtschaft (Landgut in der Schweiz, Obstbau bei Oranienburg)
- Sein engster Freund der frühen Kampfzeit **Ernst Blumenthal** vertreibt nicht nur Gesells Buch "Verwirklichung des Rechts auf vollen Arbeitsertrag" (1906), was den Quesnay aktiv gewendet darstellt und bringt auch gleich noch eine Zeitschrift mit einschlägigem Titel heraus:
[Bild fehlt, Anm. Editor]
- Auch dort, wo Gesells Hauptwerk 1916 erscheint, west ein "Physiokratischer Verlag". Nomen ergo omen.

Was heute so sehr im Mittelpunkt der Gedanken der Gesellianer steht, nämlich das **Geld**, wobei der Geld-Halter per definitionem der **sterilen Klasse** (die bei Quesnay den perfiden Geldsack noch nicht enthalten hatte) zugeordnet wird, weshalb sie auch einem System der "Umlaufsicherung" (Klartext: Geldbesteuerung) unterworfen werden soll, ist also ein zusätzlicher Gedanken-Sprung, der allerdings das Problem der sterilen Klasse der Grundeigentümer (*landlords*) nicht per se **beseitigt**.

Diese sterile Klasse soll nach Gesell so peu à peu der (Ab-)Grund ihres sterilen Daseins benommen werden. Das geschieht durch Übergang des Bodens an jedermann, der ihn dann pachten kann. Die bisherigen Grundeigentümer werden entschädigt. Aber wie?

Durch Ausgabe von verzinslichen Staatsschuldscheinen! Die schiere Summe, um welche, die Staatsverschuldung dadurch in die Höhe getrieben würde, schreckt Gesell nicht, kommt er doch zu dem klassischen Ausruf: "**Das Becken ist eben groß und fasst viel.**" Bravo!

Die Vorstellung der Neo-Gesellianer, der Staat rutsche nur deshalb ins Minus, weil das "Geld" einen Systemfehler habe, ist nach dem, was der Meister selbst gelehrt hat (verzinsliche Staatsschuldscheine!) nicht ganz nachvollziehbar.

Die Höhe der Bodenpacht richtet sich nach der bisherigen Pfandbrief-Rendite. Die Summe, so Gesell, sei ein "**Durchgangsposten**", was - so wie von ihm konstruiert - gänzlich richtig ist. Nur kommt es jetzt zu einem bösen Schnitzer:

Die Staatspapiere, mit deren Hilfe der Boden der sterilen Klasse entzogen wird, haben ebensowenig **Laufzeit** wie der Boden selbst. Der Zinssatz (bei Gesell 4 oder 5 %) wird aber bei Ausgabe festgeschrieben. Demnach erlebt der Bodeneigentümer, der Bodenrente (Boden-Zins) kassiert, eine komfortable Verwandlung in einen **Staatsrentner**, der Staatsrente ("Staats-Zins") kassiert. Wir kennen dies von den **rentes perpetuelles**, die das *ancien régime* im vorrevolutionären Frankreich begab.

Der Hinweis Gesells, dass sich das alles schon von selbst erledigen würde, da sich mit seiner ebenfalls durchzuführenden "Geldreform" der Zinssatz senken würde (ein Gedanke, der Neo-Gesellianer inzwischen sogar so weit verfeinert haben, dass sie von einem [möglichen] Geld- bzw. Kapitalzinssatz von "**unter Null**" (!) ausgehen, da sich "Sättigungen" aller Art einstellen), geht vollends daneben.

Denn bei einem Nullzins im monetären Bereich würden **Ewigrenten**, die einen positiven Zinssatz - eben die Gesell'schen 5 oder 4 % - Kurse haben, deren Höhe auch das beste Teleskop zu erkennen oder auszumessen nicht mehr in der Lage wäre.

Nun kommt gern der Einwand: Aber die Zinsen fallen doch auf Null und damit auch jene, die den Bodeneigentümern für ihre Staatsschuldscheine angeboten würden.

Nun wird aber niemand, der eine **Grundrente** bezieht, diese in einen Nullprozenter tauschen. Auch kann sich der Staat nicht durch den **Rückkauf** der **bereits zu einem Coupon von über null Prozent begebenen** Papiere, mit denen er die Grundeigentümer "entschädigte", aus der Schlinge ziehen. Er muss nämlich für die bereits begebenen Papiere immer mehr bezahlen, da deren Kurse raketengleich abheben werden. Dies obendrein mit Booster: Umso schneller, je mehr der Staat davon zu kaufen versucht.

Selbst wenn der Staat in Anlehnung an Gesell glaubt, dies mit "zusätzlichen Steuern" stemmen zu können, ist zu fragen: Wenn es zum **Nullzins** kommt, lassen sich wohl kaum jene massiven **Mehr-**Steuereingänge realisieren, die dazu benötigt würden. Im Gegenteil: Beim Nullzins wären nicht nur zinsabhängige Steuern auf Südkurs, sondern auch jene Steuern, die sonst noch so von sich her machen.

Denn: Beim **Nullzins** läge der von den Neo-Gesellianern so beklagte "**Zinsanteil an den Preisen**" (die Rede geht, basierend auf **Creutz**, sogar von 30 %!) selbstredend ebenfalls bei Null und die Preise lägen entsprechend niedriger. Wie sich dann die preisabhängigen Steuern entwickeln (MWSt. usw.) kann sich jeder unschwer selbst ausmalen.

So schön sich das mit den vermaledeiten "Sterilen" bei Quesnay noch lesen ließ - so wie sich der aktuelle neo-gesellianische **Physiokratismus** darstellt, haut er halt nicht hin. Das mag erklären, warum die einschlägigen Heilslehrer sich derweil nur noch auf das "Geld" als Skandalon kaprizieren und das (Boden-)Eigentum und dessen Problematik gern weiträumig umgehen.

So auch in diesem schönen Buch



mit einem schrecklichen Layout, leider. Warum kippt gerade der gotische Turm, der doch (Thema **Brakteaten** und die mittelalterlich "Hochkultur" als "Geschenk" des Geldwesens, usw., usw.) als Kronzeuge für anmutig-freies "Wirtschaften" immer wieder vor die Schranken des Weltgerichts geholt wird?

Der auf dem Cover zu lesende Verlag hat sich leider aufgelöst, aber der Rechtenachfolger verspricht eine Neuauflage. Dies zur Beruhigung allzu nervöser Gemüter.

Also, Ihr geknechteten Entrechteten, wie ist das nun mit der "Natürlichen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld" (Gesell 1916)?

Muss eins davon über Bord? Soll die Reihenfolge umgedreht werden? Was dann?

Was ich beim Nullzins (endlich!) machen werde, steht schon fest, wird aber nicht verraten, könnte aber dank Quesnay erraten werden.

Germanen, Niamey - und wer waren die Hebräer und WOHER?

Geschrieben von dottore am 01. Mai 2005 14:41:03

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/322381.htm>

Als Antwort auf: Machkosten-Bibel Stunde von dottore geschrieben von apoll am 29. April 2005 15:02:5:

Hi apoll,

Danke für den Hinweis.

>Können wir nun davon ausgehen, das wir aufgrund dieser Aussagen erobert worden sind und diesen Bedingungen unterworfen und gar nicht souverän sind? -oder sehe ich das falsch, siehe oben...mit der Eroberung anfangen und dann über Zins nachdenken.

Die Germanen kannten lt. **Tacitus** (26) weder Gewinn noch Zins:

"Faenus agitare et in usuras extendere ignotum."

Dies wurde als ihnen dienlicher empfunden als wenn der Zins verboten gewesen wäre:

"ideoque magis servatur quam si vetitum esset."

Ihr System: Sie zogen auf reichlich verfügbarem Land immer weiter und teilten dann jeweils das Land neu auf - die Verteilung erfolgte unter Berücksichtigung der Qualität.

Die waren also Stämme auf Wanderschaft. Wie hätte sich da auch ein Zins entwickeln können? Das funktioniert nur, wenn das zu bewandernde Gebiet in toto **erobert** wird. Der Eroberer belegt es dann mit einer **Abgabe**.

Schönes Beispiel die **Wodaabe** im westlichen Niger, die zwar grundsätzlich Vieh-Nomaden waren, aber auch Ackerbau betrieben, sofern der Regenfall dies zuließ (sog. "agropastorales System").

Als die Franzosen das Gebiet in den 1890ern eroberten, operierten sie mit einer bis dahin unbekanntem **Kopfsteuer** und einer **Viehsteuer** (plus Exportabgabe auf Vieh).

Während der Dürreperioden davor halfen sie sich gegenseitig aus. Es wurde Vieh verliehen, damit das darübende Stammesmitglied wieder eine Herde aufbauen konnte. Der Ausleiher konnte ein Stück Vieh behalten, bis es 3 Junge hatte. Danach ging das Vieh an den Leihher zurück.

Bei den Dürreperioden danach mussten sie anders vorgehen:

1. Vieh an reisende Händler verkaufen, die dafür eine Gebühr verlangten (Makler-Zins). Die Händler mussten sich ihrerseits zur Bezahlung des Viehs **vorfinanzieren**.
2. Das Vieh landete im Schlachthof von Niamey, was sonst nicht geschehen wäre. Denn wozu Vieh schlachten, wenn man den Erlös nicht selbst als Steuer hätte abführen müssen? In diesem Fall versteckte sich der zu entrichtende Zins nicht nur in den aufgrund des Angebotsdrucks stark gefallenem Schlachtvieh-Preisen. Sondern der Schlachthof musste sich seinerseits **vorfinanzieren**, um das Schlachtvieh aufkaufen zu können.

3. Wanderarbeiter werden. Die Arbeitgeber mussten sich nun ihrerseits gegen Geld-Zins vorfinanzieren, um den Leuten ihren Lohn zu bezahlen, da sie die Erlöse aus dem, was die Arbeiter fabrizierten, nicht schon zum Zeitpunkt der Lohnzahlung in der Kasse haben konnten. So kommt es nach Eroberung und Einführung einer Abgabe automatisch zum "Zins" (zu entrichten in dem aufoktroierten Abgabengut "Geld"), der bis dahin "zinsfrei" operierende und in sich sozial stabile (wenn auch nicht ohne das übliche Lebensrisiko operierende) Stammes- bzw. Subsistenzwirtschaften in die **Zinswirtschaft** zwingt.

Nun noch zu den **Hebräern**. Sie waren ursprünglich wohl kein "eigenes Volk". Ihr Name leitet sich ab vom ägyptischen '**a-pi-ru** (hebr.: 'ibri). Darunter werden Leute verstanden, die zunächst auf marginalen Böden lebten, diverse Unzufriedenheiten von sich gaben ("Murren") und schließlich nomadisierten.

Dabei entwickelten sie Arbitrage-Geschäfte ("Zwischenhandel") und sind wohl flugs darauf gekommen, dass sich mit jenen, die auf das Ertauschen des Abgabengutes Silber ("Geld") erpicht waren (bzw. mit jenem loszogen, um die 20 % darauf zu entrichtende Abgaben ["Zins"] zu erwirtschaften, es aber gerade mal nicht drauf hatten) gute Geschäfte (eben "Zinsgeschäfte") machen ließen.

Dies ist sozusagen die "mosaische" Quelle, die wohl zu unterscheiden ist von der "Josua"-Quelle. Die traditionelle Lesart, die 'a-pi-ru seien aus Ägypten gekommen ist umstritten. Jedenfalls lesen wir gleich zu Beginn des Buches Josua:

"Nachdem Mose, der Knecht des HERRN, gestorben war, sprach der HERR zu Josua, dem Sohn Nuns, Moses Diener: Mein Knecht Mose ist gestorben; so mach dich nun auf und zieh über den Jordan, du und dies ganze Volk, in das Land, das ich ihnen, den Israeliten, gegeben habe."

Ein Zug über den Jordan von Süden und Südwesten aus? Höchst dubios.

"Jede Stätte, auf die eure Fußsohlen treten werden, habe ich euch gegeben, wie ich Mose zugesagt habe. Von der Wüste bis zum Libanon und von dem großen Strom Euphrat bis an das große Meer gegen Sonnenuntergang, das ganze Land der Hetiter, soll euer Gebiet sein."

Eigentlich klar: Es kann sich nur um eine Eroberung von Osten her handeln (von der Wüste - Syrien usw. - bis zum Libanon, der am Meer liegt; vom Euphrat bis ans Meer - Mittelmeer! - gegen Sonnenuntergang; das Land der Hethiter von Euphrat zum Mittelmeer [um 1300] [Bild fehlt, Anm. Editor] ist ziemlich eindeutig).

Dass man sich mit Ägypten/Babylonien leicht irren kann, zeigt ein sehr interessanter Kupferstich (leider nicht zeigbar), der in Siena um 1600 gestaltet wurde und der unbezweifelbar Kairo zeigt (Vogelschau mit Pyramiden). Textzeile:

"Cairos, quae olim Babylon, Aegypti maxima urbs" (Kairo, das einst Babylon [!] war, Ägyptens größte Stadt).

Ob und wie und wann sich diese beiden "Quellen" vereint haben, wer weiß?

Jedenfalls macht ein "Zinsverbot" bei einem Wanderstamm (Sinai) keinen Sinn. Andererseits ist Josua als gnadenlos bestens belegt (Jericho!).

Debitismus und die letzte Kugel im Lauf - schlag nach bei Keynes!

Geschrieben von dottore am 30. Juni 2005 14:52:02

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/323922.htm>

[I]n seinem *Treatise on Money* (EA 1930) findet sich eine lehrreiche Ableitung, die einen anderen Ansatz als in der späteren *General Theory* (EA 1936) aufzeigt.

Im Original (leicht gekürzt):

"I propose to break away from the traditional method of setting out from the total quantity of money irrespective of the purposes on which it is employed, and to start instead *with the flow of the community's earnings of money income.*"

Zum money income zählt bekanntlich allerlei, wobei den Steuern als money income des Staates die wichtigste Rolle zufällt. Will man also mit dem money income "starten", dann muss dieses auch erst einmal in die Welt gesetzt sein. Es ergibt sich nicht "automatisch", sondern ist Resultat entweder von hoheitlich gesetzten Akten oder von kontraktlichen, d.h. diejenigen, bei denen das abfließt, was dann income wird, müssen einen Grund haben, es bei sich abfließen zu lassen. Denn money (oder woraus auch immer das income dann besteht) wechselt nicht "von selbst" die Fronten.

Dass die hoheitlichen den kontraktlichen historisch (und dann bis heute) vorangehen, halte ich bekanntlich für unbestreitbar, wie oft genug beschrieben, wenn auch noch nicht in allen Details ausdiskutiert. Dimi (nachzulesen in seinem Posting 26. Juni: "Geld entsteht als Warengeld bereits vor der Steuer") überzeugt mich nicht, da ich mit dem Begriff "entstehen" nichts anzufangen weiß. Was mag sich darunter konkret verbergen?

Dass Waren (recte: Güter, da Waren Märkte und Preisbildung voraussetzen und demnach ihrerseits einen Standard haben müssen, der seinerseits nicht wiederum "Geld", sozusagen als "Vor-Geld" sein kann) abgeliefert werden mussten, weist den richtigen Weg: Da "entsteht" nichts "aus sich heraus" oder nach einem Palaver in trauter Runde, an dem sich "alle irgendwie beteiligen", Vorschläge machen und verwerfen - bis "man" schließlich mit dem einstimmig gefassten Beschluss "Das ist jetzt Geld - und basta!" auseinander geht.

Was da "entsteht", nämlich Abgaben in durchgehend gesetzter Form (Menge, Material, Konsistenz, Termine usw.), ist just, worin sich alles andere messen und schließlich auspreisen und demnach leihen und verleihen lässt. Um wieder bei Keynes anzuknüpfen: Das "income" geht allem voraus und das, worin es beim "outcome" zu entrichten ist, führt uns zum "money". Doch genug der Abschweifungen und zum Kern des Postings.

Nun bietet Keynes eine interessante Gleichung, die er "**fundamental equation**" nennt:

$Q = I - S$, wobei Q die (Unternehmer-)Gewinne sind, I der Wert (!) der investierten Güter (und nicht etwa, wie später bei ihm die "Investitionen") und S die laufenden Ersparnisse (Savings). Die investierten Güter sind zudem "securitisiert", lassen sich also leichter in die Höhe treiben, da es leichter ist, Aktien oder vor allem Anleihen zu kaufen als die Firmen oder den Anleihe-Emittenten selbst.

Die spätere Gleichung lautet bekanntlich $I = S$, d.h. es wurde nur soviel (neu) investiert, wie gespart wurde, womit sich die Frage nach dem Schicksal des Q stellt - es sei denn es wird durch eine zusätzliche Nettoneuverschuldung gestemmt, die dann ihrerseits die Realisierung des Q ermöglicht (vgl. dazu "Der Kapitalismus" mit der Marx'schen Aporie: "Wie wird der Mehrwert realisiert?").

Setzen wir das Q der "fundamentalen Gleichung" mit money income gleich, steigt dies, je höher die monetären Investments (Titel) sind bzw. je niedriger die monetären Savings. Just dies sehen wir gerade in den USA: Gewinn-Hausse, Titel-Hausse und geringe Sparquote. Dass die Titel Treasuries sind, spielt zunächst ebenso wenig eine Rolle wie die Tatsache, dass US-Gov beim Abschöpfen der money income zögert, diese also nicht auf seine Konten leitet.

Dass das Spiel in sich selber endet, versteht sich von selbst, da US-Gov seine Titel nicht selber halten oder deren Kurswertzuwachs komplett besteuern kann (der bei Laufzeitende ohnehin verschwindet) und die Savings jederzeit in die Höhe schnellen können (was sie tun, sobald die Titel-Hausse ausgereizt ist und entsprechend die money incomes nicht mehr weiter steigen).

Martin Wolf, der kluge Kopf in der FT UK und Darling der Londoner City, hat sich zu dem Komplex eine wegweisende Variante einfallen lassen: "*The paradox of thrift: excess savings are storing up trouble for the world economy*" (13. Juni).

Dabei bezieht er sich auf Keynes *General Theory* und die laufenden Investitionen und nicht etwa auf den Wert der vorhandenen Investitionen (Titel), wie sie in der ursprünglichen "fundamentalen Gleichung" von Keynes die entscheidende Rolle für money incomes spielen, wiewohl er in seiner Analyse auf die Titel-Werte rekurriert (siehe gleich).

Der Artikel bezieht sich auf **Greenspans** berühmte "Ich kapiere's auch nicht"-Rede am 6. Juni in Peking, auf den **Bernanke**-Vortrag vom 14. April (*The global saving glut and the U.S. current account deficit*) und eine **Brookings-Studie** (*Is the US Current Account Deficit Sustainable And if not, how costly is adjustment likely to be?*).

Ausgangspunkt sind sehr schöne Beobachtungen: "Fiscal deficits will not crowd out private spending, but rather crowd it in", Klartext: Je mehr Titel ex Defiziten erscheinen, desto mehr werden sie vom Markt genommen, um die Renditen "einzusperren".

Wolf: "Another likely outcome, will be 'reaching for yield'". Klartext: Die Realverzinsung, auch jene auf Kapitalinvestments wird sinken.

Folge: Immer riskantere Anlagen werden gesucht (siehe den immer kleineren Spread von Junks zu AAA-Titeln), was die gesamte Lage immer anfälliger werden lässt. Und: "Deficit countries act as **spenders of last resort** in the world economy" (wovon hier vor Geraumen schon die Rede war: letztlich halten die US-Defizite die Weltwirtschaft am Laufen).

Wolfs verzweifelter Hilfeschrei: "**Reduce the excess savings, particularly in emerging market economies!**" Das ist Keynes purissimo, allerdings der der *Theory* und nicht der des *Treatise*.

Dennoch lässt sich eine Brücke zur "fundamentalen Gleichung" schlagen: Es sollen jetzt die Savings (S) minimiert, Klartext: Der Rest der Welt muss auf den amerikanischen Weg getrimmt werden, also $Q = I - S \rightarrow \max!$:

"To summarise, excess savings in about 60 per cent (!) of the world economy largely explain today's low real interest rates, somewhat manic (!) reaching for yield, persistent fiscal deficits and growing and dangerous global imbalances."

Dabei soll es dann eine weltweite "co-operative solution" (aha!) geben, die die "adjustments" dann schon richten wird. Runter mit dem S, runter, runter! Ob auf dem G-8er-Treffen davon schon gewispert werden wird?

Summa: Der Kapitalismus, unser herzlichstes debttivistisches Kettenbrief-System mit dem (noch, noch) infalliblen Schuldner Staat, schiebt die letzte Kugel in den Lauf...

Erheiterndes zu Krieg, Embedding und die 1. Pressekonferenz

Geschrieben von dottore am 24. Juli 2005 15:14:45

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/326385.htm>

[N]icht erst seit dem *embedded*-Phänomen im letzten Irak-Krieg macht man sich, zumal als Medien-Heini so seine Gedanken über das Phänomen „Krieg (und oder Gewalt) und Medien“. Im Gutenberg-Jahrbuch 2005 hat der Mainzer Publizistik-Professor **Jürgen Wilke** dazu Interessantes zusammengetragen (*Kriege als Antriebsmomente der Mediatisierung: Historische Traditionen*).

Vorweg sei vermerkt, dass ich vor Jahren schon in einer Ausstellung („Auch saget man warlich...“ AS 1996) über frühe Zeitungen (Zeitung = Nachricht) darlegen konnte, dass die ersten Zeitungen sich mit Hingabe Gewaltphänomenen widmeten, z.B. der Eroberung der Neuen Welt, den Bauernkriegen, dem „sacco di Roma“ (1527; mit dem ältesten derzeit bekannten Zeitungs-Ms.: „Neue Zeitung, dass sich der Papst mitsamt 8 Kardinälen in der Engelsburg verschanzt hat...“), der Enthauptung des Thomas Morus, der Eroberung des aufständischen Münsters (1535), der von Kopenhagen (1536), usw. usw.

Wilke nun: „Die Ausbreitung moderner Massenmedien ist durch Kriege vorangetrieben worden.“ Umgekehrt haben Medien sogar Kriege entschieden. Beispiel 1870/71: Moltke erfuhr aus Zeitungen vom Schwenk der französischen Armee, die er dann bei Sedan vernichtend schlagen konnte.

Nun geht es nicht nur um Berichte aller Art und deren schlaue Rezeptionen, sondern vor allem um die **mediale Instrumentalisierung im Kriege**. Da „Krieg“ in allen Varianten inzwischen als Dauerzustand etabliert ist (Krieg gegen den Terror, usw.) ist eine Rückschau auf die Geschichte dieser Instrumentalisierung interessant, die sich mit der Geschichte der Presse mehr und mehr zu decken scheint, so dass wir heute fast schon von einer Synomisierung sprechen können.

Beginnend mit Entwicklung in der Neuzeit (die legendären *Acta Diurna* des **Julius Caesar** und folgende Herrscher-Propaganda bis zur Ausbreitung der Druckkunst seien weggelassen) haben wir u.a. diese hübschen Vorfälle:

1. **Maximilian I.** war der erste, der die Öffentlichkeit entsprechend zu beeinflussen suchte. Er ließe diverse Einblattdrucke nach Venedig (Venedigerkrieg 1509-11) schmuggeln, um die Stadt gegen die Signoria aufzuwiegeln (was misslang, der Stadt-Republic die Niederlage dennoch nicht ersparte).
2. **Im 30jährigen Krieg** mit Massen von „Neuen Zeitungen“, die über das Kriegsgeschehen unterrichteten, wurde u.a. der Ausgang der Schlacht von Nördlingen 1634 (Sieg der Katholiken) von der unterlegenen Seite gänzlich anders dargestellt als er tatsächlich war, garniert noch von den üblichen Mitteilungen über Gräuel, Verheerungen, Verlustmeldungen etc.(gute Monographie von **Göran Rystad** dazu).
3. **Friedrich II.** darf dann in den Schlesischen Kriegen als Initiator der Nachrichtenfälschungen gelten. Enttarnt hat diese Fälschungen bereits der bedeutende Historiker Johann Gustav Droysen in den 1870er Jahren. Wilke: „Bemerkenswert (sind) Intensität (und Systematik der amtliche gesteuerten Berichterstattung.“. Fiktive Offiziere erfanden Feldzugs-Lagen, der Außenminister redigierte Berichte, der König selbst (!) verfasste diverse und schreibt geradeaus:
4. „**Solche Relation (= Bericht) ist umso zuverlässiger (!), als selbige von meiner (!) Facon ist...**“
5. **Napoleon** stand dem nicht nach und schrieb und redigierte die *Bulletins de la Grande Armee* in höchsteigener Person.

6. Dem wollte **Metternich** nicht nachstehen und er offerierte seine „Idee zur Gründung einer Zeitung unter dem Schutz und der Redaction (!) der alliierten Mächte“, was dann in der *Feld-Zeitung* ab 1813 geschah.
7. Lug und Trug erreichten im Krieg 1870/71 einen weiteren, durch Zuhilfenahme der Telegraphie und der Fotografie (letztere zum ersten Mal im **Krim-Krieg** 1854/56 „eingesetzt“, 1870 entsteht das erste fliegende photographische Atelier des preußischen Generalstabes) gesteigerten Höhepunkt.
8. Der Franzose **Albert Robida** entwarf 1883 übrigens schon just, was heutige *embedded-Reporter* als Handwerkszeug haben: Eine Direktübertragung vom Schlachtfeld per Mikrofon (damals noch mit Standleitung) und sogar ein „Telephonoscope“, also das Fernsehen, wie wir es heute direkt vom Kampfesgeschehen gewohnt sind. Ein wahres Genie in der Vorwegnahme künftiger Dinge (sein „Krieg im 20. Jahrhundert“ setzte als Datum der Einführung dieser Errungenschaften die Mitte des 20. Jh. an – ein Volltreffer!).

Nun noch etwas überaus Lehrreiches. Heute gelten „Pressekonferenzen“ (PKs) als Alltäglichkeit in Politik und Wirtschaft (von den Show-Fuzzis ganz zu schweigen). Aber wer hat dieses Instrument dieses *brainwash* eigentlich erfunden?

Wieder sehen wir ein Kriegskind. Die erste PK der Welt stieg am 3. August 1914. Wo? In einem sich bis heute bewährenden Tempel der Unwahrhaftigkeit (pardon: der reinen Lauterkeit, man denke an die sog. „Vertrauensfrage“), nämlich in einem Zimmer im **Deutschen Reichstag**. Dort bat ein Major (Name: **Georg Schweitzer**) Vertreter der Presse zu sich, um (so in einem Nachruf auf ihn)

„eine regelmäßige Verbindung (!) zwischen den Militär- und Zivilbehörden und der Presse herzustellen... Schon nach 10 Tagen stellte sich die Notwendigkeit einer Erweiterung heraus, so dass die Einrichtung einer regelrechten Pressekonferenz, zunächst dreimal wöchentlich im Reichstag, beschlossen wurde. Ein besonderer Presseausschuss erhielt die Genehmigungserteilung der Zulassung, für die dann der Generalstab (!) besondere Karten ausstellte... Die Verhandlungen der Pressekonferenz wurden für vertraulich (!) erklärt und die Verwendung der Mitteilungen nur nach bestimmten Grundsätzen (!) gestattet.“

Wilke: „Die Pressekonferenz ... war ein Geschöpf des Ersten Weltkriegs.“

Das *embedding*, das die Briten ebenfalls im Ersten Weltkrieg betrieben und 6 Korrespondenten der Army an die Westfront schickten, hatten die Nazis dann zu einem riesigen militärischen System ausgebaut. Ab 1939 existierten 7 Propagandakompanien des Heeres, 4 der Luftwaffe und 2 der Marine. Auf dem Höhepunkt sollen 15.000 Köpfe an der „Wahrheitsfindung“ beteiligt gewesen sein.

Inwieweit **Peter Scholl-Latour** zu folgen ist, der die Praxis unter einer Diktatur der demokratischer Staaten gleichsetzt, was Wilke als „gelinde gesagt leichtfertig“ kritisiert oder ob eine „unabhängige Kriegsberichterstattung“ bei Einbettungen formell unabhängiger Medienvertreter möglich ist, bleibt einstweilen umstritten. Jedenfalls hat sich das journalistische Rollenverständnis gewandelt, vom „Augenzeugen“ zum „Aufklärer“ – was auch immer unter Letzterem zu verstehen ist. Die einschlägigen Ausführungen von **Ute Daniel** (2004) über den „Gallipoli-Effekt“ konnte ich noch nicht einsehen.

Aber vielleicht amüsiert es den einen oder anderen auch so.

Geld aus Eigentum oder Abgabe? Kritik an einem H/S-Aspekt

Geschrieben von dottore am 24. Juli 2005 17:30:08

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/326398.htm>

[E]iner der Grundsätze der H/S-Theorie lautet: Geld ist ohne Eigentum nicht definierbar. Heinsohn sagt es so: „Das Recht, Eigentum für die Emission von Geld oder – qua Verpfändung – für das Erlangen von Kredit zu *belasten*, kommt der Neoklassik nicht in den Sinn.“ Eigentum ist ihm „der Humus des Geldes“. Das Geld wiederum ist eine „gegen sein Eigentum gerichtete Forderung“.

Weiter: „Das umlaufende Geld vertritt A's Eigentum. Es ist ein Eingriffsrecht gegen A's Eigentum und darf deshalb in sich wertlos sein.... Es kann also Geld ohne Gold emittiert werden, aber niemals ohne Eigentum ... Die eigentliche Geldkiste besteht mit hin im Vorhandensein belast- und verpfändbaren Eigentums.“

Und: „Das *primum movens* unserer Wirtschaft ist nicht der Markt, sondern das Eigentum gegen das ich – bei seiner Belastung bzw. durch Aufgabe von Eigentumsprämie – Geld schöpfen kann.“ (Zitate aus „Geld und Zins“, 2001).

Dies soll jetzt (ausnahmsweise, da ohnehin schon geschehen) nicht sub specie einer „Theorie“, sondern anhand eines konkreten historischen Vorgangs hinterfragt werden. Bekanntlich kannten die Germanen Geld nicht (Tacitus). Jedenfalls haben sie in der Römerzeit keins geprägt bzw. „ausgegeben“. Andererseits kannten sie Eigentum, wie sich aus einem – bisher weitgehend übersehenen – Phänomen ergibt, dem sog. **Bocland**.

Dieses, so die angel-sächsischen Quellen (vgl. ausführlich die Studien von **Stubbs**), entstand so (aus: **Palgrave**, *Dictionary of Political Economy*, hier die 1. Ausgabe 1894):

*„After the land of England had been distributed among the original German invaders, a considerable surplus remained undistributed, which was regarded as the property of the tribe, and was known as folkland. From this **private estates** were in subsequent times given to **individuals**, as reward for eminent services, especially in war. Such grants were made by boc or charter, issued by the king ...: and land so granted was called bocland Bocland could be freely alienated either during lifetime or by will; and we learn from a law of Alfred that it could also be entailed, limited in descent to a single family.“*

Also eigentlich ideale Voraussetzungen für die „Schaffung“ von Geld im Heinsohn'schen Sinne – und zwar als **Privatgeld**, das **Privateigentümer** gegen ihr Eigentum hätten emittieren können.

Nun gibt es *anglos-saxon coins* haufenweise, einschließlich solche von Alfred selbst. Als Geldausgeber sind aber nur „Herrscher“ bekannt („kings“ in Mengen). Überdies sind diese Münzen, die ältesten durchgehend als **sceatta** bezeichnet, vgl. die Gesetze von **Aethelbert** (565-616 AD), König von Kent. Die sceatta halten im Mittel 17 *grain* Silber, etwas später gilt: 30.000 Sceatta = 120 Pfund. Auch in Gold kommen sie vor (ca. 20 *grains*).

Wo sind die Privateigentümer-Münzen, wie sie nach der H'schen Theorie hätten erscheinen müssen (notfalls auch "stoffwertlose")? Bisher rundum Fehlanzeige – wie kommt's?

Kann es sein, dass da etwas übersehen wurde? Denn:

Zum einen heißt sceatta nicht nur „Münze“ (vermutlich eine spätere Erklärung), sondern zunächst Tribut bzw. Teil desselben.

Zum zweiten wird bocland nicht etwa nur gegen „eminente Leistungen“ (Krieg usw.) vergeben, also nicht etwa schlicht verschenkt oder verteilt. Sondern es lief so (wieder ex Palgrave):

„It (Bocland) could also be let out to individuals on payment of a rent usually in kind (natural), and these rents were collected by the sheriffs and formed part of the royal revenue.”

Über das Vorgehen der Sheriffs hatte Mitchell Innes sehr instruktive Bemerkungen gemacht (Ursprung der Haft bzw. der Vermögenseinziehung per Vorab-Hinrichtung).

Dabei spielt das feormfultum als klassische Abgabe eine Rolle:

„It sometimes applies to contributions in kind paid to the sheriff for the maintenance of the king and his household... Sometimes it seems to refer to the rent paid to the sheriffs for the occupation of unbooked folkland“ (s. Oben).

Über den schönen Ausdruck feorm (= Firma des Königs) war schon vor langer Zeit ein Posting erschienen.

Kurzum: Das „Privatgeld“ in der Entstehungs-Interpretation von H/S erscheint mir ebenso un schlüssig wie der berühmte „Privatzins“ von @Dimi, auf dessen Interpretation zum 50%-„Privatzins“ in Nuzi ich nach wie vor gespannt bin.

... und erklären endlich auch den 33 %-Zinssatz

Geschrieben von dottore am 17. August 2005 18:05:20

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/329057.htm>

Als Antwort auf: Knotenschüre (= khipus) der Inkas dienten (auch) der Buchhaltung geschrieben von Popeye am 16. August 2005 15:33:40:

Hi @Popeye,

danke für den Hinweis. Auf den Science-Artikel hatte sich schon der SPIEGEL bezogen, auf den @Carpediem verwiesen hatte. Auch dafür Dank.

Nun ist die Sache so neu nicht. Schon **Leland Locke** hatte in den 20er Jahren auf den numerischen Charakter der Strippenschrift aufmerksam gemacht. Die Mühe hätte er sich sparen können, da das (leider wenig bekannte) Ms. (ca. 1530) des konvertierten Inka **Guamán Poma de Ayala** eine Abb. zeigt, wo ein Inka einen khipu hält und auf der selben Seite sind die im Westen bekannten calculi abgebildet, mit deren Hilfe zur selben Zeit diesseits des Ozeans gerechnet wurde.

Ich hatte (in Unkenntnis der Arbeit Lockes) dies in "Aufwärts ohne Ende" so beschrieben: "Rechts (neben der Abb. des "Rechenbüchlin" von Jakob Kölbl, Augsburg 1514) zeigt ein Buchhalter der Inka, was es mit der - bis heute `rätselhaften' - Strippenschrift (den 'Quippus') auf sich hat; es sind die gleichen 'Calculi', also Rechen-Hilfsmittel, wie in der Alten Welt..."

Der Zweck der Übung ist völlig klar: Es wurden die selben Vorgänge erfasst (Bevölkerungszahl, Abgabengut, Termin, usw.) wie in den mesopotamischen **Tontafeln** auch. Letztlich sind es SOLL/IST-Rechnungen wie jene, die wir bei Nissen et. al. finden.

Interessant ist der SPIEGEL/Science-Hinweis, dass **gedrittelt** wurde, d.h. ein Drittel für den Inka, eins für die Schwachen usw., eins zum Selbstbehalt. Damit ist endlich geklärt, was es mit dem rätselhaften **Zinssatz** von 33,3 % auf sich hat, mit dem das "Wirtschaften" im Nahen Osten startet. Es ist der **Steuerzins**. Er wird sofort als Schuld gebucht. Nicht erfüllte SOLLS werden mit demselben Satz weitergebucht. Die Diskussion darüber hatten wir ausführlich, nur war das mit dem **Drittel** nicht klar.

Das hat sich jetzt offenbar erledigt. Das zweite Drittel im Nahen Osten dürfte an die Tempel gegangen sein, deren Aufgabe es war, den Armen und Schwachen zu helfen. Die Setzung des SOLLS dürfte in der Alten und der Neuen Welt gemäß der Manpower erfolgt sein - daher auch "Volkszählung", "Arbeitsstundenzählung" o.ä. Daher vermutlich auch die Tag-Einteilung nicht nach dem Dezimal-, sondern eben dem Duodezimal-System.

Entsprechend dann das Gewichtssystem, wie beschrieben, mit der Basis von 180 Körnern als "Shekel" (man hätte sonst auch 100 nehmen können). Aus diesem wiederum, vgl. **Hudson**, wie ebenfalls ausführlich zitiert, dann der "**Silberzinssatz**", der sich notwendigerweise auf 20 % stellen musste, nachdem die Gewichtsparität Gerste/Silber zu Zwecken der Vereinfachung des Abgabensystems etabliert war.

Die Inka haben die Drittelung pro Abgabengut vorgenommen und sind nicht zum Metallgewicht vorgestoßen, obwohl sie Metall zur Verfügung hatten. Vielleicht hatte es (Gold!) auch nicht "gepasst", bzw. war als nicht-kurant (Inka-monopolisiert) dafür nicht zu nehmen (ähnlich Ägypten). Die im Nahen Osten haben zunächst nur das Basis-Lebensmittel genommen und danach auf dieses bezogene **feste Preise** (Gewichtsrelationen) festgelegt, wie wir aus **Eshnunna** usw. wissen.

Dass der "Zinssatz" aus der **Abgabe** stammt (die wiederum ein Macht-Derivat ist) und nicht aus irgendwelchen "Privatleihvorgängen" wie @Dimi nicht müde wird, zu behaupten (auf etwaige nachvollziehbare Beweise seinerseits warte ich noch immer) dürfte aufgrund des neuen Lichts, das jetzt aus einer ganz anderen Ecke der Welt auf die Sache geworfen wurde, m.E. nicht mehr ernsthaft bestritten werden.

>Peru's Ancient Bureaucrats Used Knotted-string Devices As Ledgers >Cambridge, Mass. - August 11, 2005 - Anthropologists at Harvard University have found evidence that ancient Inka accountants shared numbers across their sprawling bureaucratic hierarchy using khipu, aggregations of knotted strings that served to record information in the Andean empire. The finding sheds new light on the uses of khipu, used by Inkans in lieu of the two-dimensional writing favored by other ancient civilizations. >Mehr? > Peru's Ancient Bureaucrats Used Knotted-string Devices As Ledgers [Link defekt, Anm. Editor]

Aus diesem Link wird leider wieder deutlich, dass sich der Harvard-mainstream, der solche "Zusammenfassungen" (noch dazu der Ergebnisse der Arbeit der eigenen Leute) fabuliert, nicht um den Kern der Sache kümmert - eben das **33er-Phänomen**. Warum? Weil es den Leuten, denen es um (Macht- und Abgaben-)prae-existentes "freies Wirtschaften" geht, woraus sie ihre aktuelle, auf "privatem Eigentum" (lächerlich) basierende "marktwirtschaftliche" (völlig krause und falsche) **Ideologie** stricken, nicht in den Kram passt.

Und dass in Harvard die eine Hand (Inka-Forschung) nicht weiß, was die andere treibt (Mesopotamien-Forschung) und nicht von **selbst** auf das Drittel-Phänomen kommt, ist ein Skandal am Rande. Etwa so, als hätte man in Wall Street noch nie was vom Euribor gehört.

Der in Harvard so verhasste "Bureaucrat" (in allerschlimmster Form, nämlich als "Ancient Bureaucrat") ist nicht so was wie ein über die "freie" (lächerlich) Wirtschaft gekommenes Monstrum. Er ist Inbegriff des **Machtvollzugs**, von der Waffe nicht zu trennen (oder hat der Inka in sein Lama-Fall geheult, wenn er sein Drittel nicht bekriegt hat?). Die Waffe startet die Macht und diese alles Weitere; denn, wie es @Student so unübertrefflich formuliert hat: Sie **zwingt** uns ins Wirtschaften.

Harvard? Unredlich bis zum Abwinken! Dass sie in Harvard zu blöd sind, die paar Seiten ihrer eigenen Leute in Science zu lesen (Unraveling Khipu's Secrets, Science 2005, 309: 1008-1009) kann nicht ernsthaft behauptet werden.

Widerlegung der Markttheorie

Geschrieben von dottore am 24. August 2005 18:32:20

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/329965.htm>

Als Antwort auf: @nereus - Widerlegung der Markttheorie geschrieben von Diogenes am 23. August 2005 21:39:29:

Hi Diogenes,

besten Dank für die scharfsinnigen Überlegungen. Wir sind offenbar im Kern der Causa.

>Behauptung: *Erst dadurch daß ein Gut (z.B. Gold, Silber) als Tribut/Steuer gefordert wird, wird es zu "Geld" und es entsteht ein Markt dafür.*

Wenn ich mich zunächst auf Silber beschränken darf: **Welches** Silber soll dieses vor-machtliche (also "marktwirtschaftliche") Silber-"Geld" gewesen sein?

Konkret: **Womit** wurde als Silber-"Geld" auf den vor-machtlichen Märkten gehandelt?

Die Liste der aus den (vor allem altbabylonischen) Quellen des Nahen Osten überlieferten Silber-Arten bzw. -Formen und -Feinheiten ist lang (folgt weiter unten ex **Karin Reiter**, *Die Metalle im Alten Orient...* 1997).

Das mit dem "Ur"-Silber ist nämlich so einfach nicht. Um mich herum stapelt sich eine kleine Bibliothek zum Thema und ich hoffe sie möglichst zügig abzuarbeiten.

Vorweg: Von einem "Gut" Silber - also a priori immer **gleich** (wobei ich vor allem auf den Feingehalt abziele) - kann keine Rede sein und ich hatte dies auch nicht behauptet. Mir geht es um das **standardisierte** Silber, also jenes das einen Standardisierer voraussetzt. Nennen wir es der Einfachheit halber **reines Silber**, Details werden im Laufe der Debatte gewiss noch geklärt.

Nur als Verbildlichung das **Argent-Le-Roi** (Königssilber) aus dem französischen MA, das 23/24 (958/1000) "rein" (fein) war und 1/24 Kupfer als Zusatz hatte (so allerdings aus keinem Bergwerk gekommen, sondern eben nach der Förderung standardisiert).

Der Mineraloge nennt Silber ein "verborgenes" Metall (**Moesta/Franke**, *Antike Metallurgie ...* 1995), da es hauptsächlich aus **Blei- oder Kupfererzen** (letzteres wird den Schlüssel liefern, bitte um Geduld) gewonnen wird.

Er kennt auch "gediegenes" Silber. Allerdings (a.a.O): "Es tritt ... häufiger derb, als Anflug, in Blechen, Platten und hakigen Formen auf. Trotzdem ist es zu selten, als dass es als Silberquelle im Altertum Bedeutung gehabt hätte."

Bevor wir uns mit der Silbergewinnung selbst beschäftigen (spätere Postings), wobei u.a. als Standardwerk **Paul Craddock** (British Museum, *Early Metal Mining and Production* 1995 und diverse aktuelle Aufsätze, die in den Publikationen des **Bochumer Bergbaumuseums** erschienen sind, herangezogen werden, lassen wir zunächst einige Silberqualitäten und Bezeichnungen für Silber Revue passieren, die aus den nahöstlichen (und damit ältesten) schriftlichen Quellen, über die wir verfügen, überliefert sind. Reiter führt sämtliche ihr verfügbaren Belegstellen an und schreibt, dass aus ihnen "ersichtlich wird, dass auch Silber in unterschiedlichen Reinheits- und damit Qualitätsgraden bekannt war."

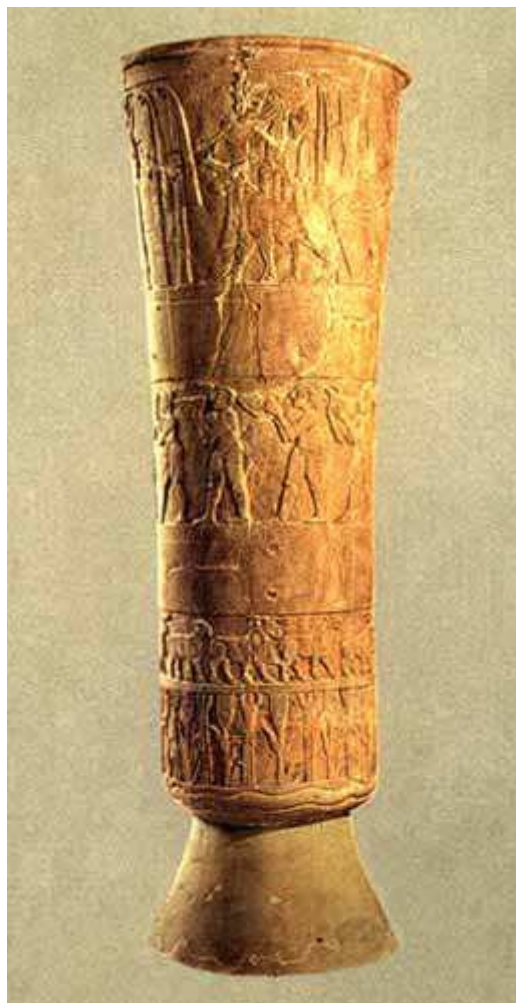
Silber ist zunächst nicht anzusehen, wie rein es ist, es lässt sich vor allem mit Cu gut strecken. Die ältesten bekannten Silber-Artefakte, wie eine "schwere Speerspitze" (!) aus Ägypten (4. Jt. BC) oder ein kleiner Stier aus Uruk (um 3000 BC) "haben einen erheblichen Bleigehalt, der die Herkunft aus gediegenem Silber ausschließt" (Moesta/Franke).

Nun ist für den Nahen Osten festzustellen, dass wir Silber "fein" (oder ähnliche Wörter, die eine Standardisierung beinhalten) ausschließlich im Zusammenhang mit bereits existenten **Machtstrukturen** finden:

1. Das Wort für Silber ("Edelmetall") ist **kù**. Der älteste Beleg für das Wort tritt auf in den frühesten **Uruk**-Texten (3200 BC, vgl. **Green/Nissen**, *Zeichenliste der archaischen Texte aus Uruk* 1987) . Bei Uruk haben wir es bereits mit der klassischen-nahöstlichen Machtstruktur zu tun, wo „les souverains de Mésopotamie“ (**Roaf/Talon**) residierten. Zum „erheblich“ bleihaltigen (!) Uruk-Silber (kù) siehe eben. Zur Lage der Machtzentrale:
[Bild fehlt, Anm. Editor]

Zur Machtstruktur: [Bild fehlt, Anm Editor]

Auf dieser Uruk-„Vase“ sind sehr schön **Abgaben**-Szenen zu bestaunen, ein endloser Zug von „Abgebern“ bringt Vieh, Körbe voller Subsistenzmittel und andere Dinge, die des Herrschers Herz erfreuen, dazu augenscheinlich auch das berühmte kù in Schalen und/oder Körben/Keramik:



Von „Kaufleuten“ oder „Marktteilnehmern“ kann wohl nicht gesprochen werden.

Die Stadtmauern von Uruk (Mauern – warum wohl?) hatten die kolossale Länge von 9,5 Kilometern und schützten ein Gelände von 450 ha, auf dem sich ca. 50.000 Bewohner aufgehalten haben dürften.

2. Danach tritt **kù** in den Urkunden noch einmal in der Zeit **Sargons des Großen** (Nimrod?) auf, um 2300 BC, der als nicht legitimer Herrscher (= Usurpator - „meinen Vater kannte ich nicht“) das erste Großreich der Geschichte schuf - sicher nicht mit „friedlichen Mitteln“. Dabei wird **kù** auch als **kù-babbar** (in verschiedenen Schreibweisen) bezeichnet bzw. diesem gleichgesetzt (vgl. **Gelb/Steinkeller/Whiting**, *Earliest Land Tenure Systems...*, 1991).
3. Das **kù-babbar** kann nicht „reines“ (und demnach als für Markttransaktionen irgendwie standardisiertes) Silber gewesen sein, da wir anderes Silber erwähnt finden:
 - kù-babbar **kal-ga** = „starkes Silber“
 - kù-babbar **luh-ha** = „raffiniertes Silber“
 - kù-babbar **sár(HI)-da/ra** = „vermisches Silber“
 - kù-babbar **sa/sa-ga** = „gutes Silber“, usw.
4. In der Zeit des **Hammurapi** (um 1700 BC), einem weiteren bekannten „Reichsgründer“, der über ein mehrere Zehntausend Mann starkes Heer gebot, finden wir endlich den gesuchten **Standard**, ohne den marktwirtschaftliche Abläufe nicht vorstellbar sind. Dieser wird ausgedrückt durch den Zusatz **kankum** = „gesiegeltes Silber“. Dazu Reiter: „Durch Siegelung beglaubigtes Silber diente als Zahlungsmittel zur Begleichung der Steuern (!) an den Palast.“ Wie **Marten Stol**, *Studies in Old Babylonian History*, 1976, nachgewiesen hat, war für die Garantie der Qualität dieses Silbers und die Richtigkeit der Gewichtsangabe jeweils ein königlicher Beamter zuständig (übersetzt: der „Silberdarwäger“).
5. Dass dieses von der Macht standardisierte und in diesem Standard auch von auswärts abgeforderte Silber eine Rolle als **Tribut** gespielt hat, beweist eine Quelle, die ein solches Silber (**kù-mi(ME)/mi-a**) als Zahlung aus dem vermutlich im Iran (Grenze zu Aserbeidschan) in der zweiten Hälfte des 3. Jt. BC florierenden Königreichs von **Aratta** nennt, vgl. **Sol Cohen**, *Enmerkar and the Lord of Aratta*, 1973.

Nun darf ich nochmals höflichst fragen: Mit welchem vor-machtlichen und vor-machtstandardisierten Silber als „Geld“ (Privatgeld?) soll **Marktwirtschaft** betrieben, also auf Märkten (wo?) gehandelt und gewandelt worden sein?

Diese Frage harrt dringend einer Klärung, da wir sonst Gefahr laufen, uns immer wieder im Kreis zu drehen. Meine Antwort habe ich versucht, zu geben:

Geld, also das hier interessierende „Silbergeld“ in standardisierter Form ist ein **Macht-Derivat**. Mit nicht-standardisiertem Silber sind Märkte nicht zu betreiben („Preise“ lautend auf was?).

Haben wir keine Marktwirtschaft, haben wir eine Machtwirtschaft (Abgabewirtschaft). Zweck der Machtwirtschaft ist der Machterhalt. Die Macht ist stets in Gefahr, dem/den Machthalter(n) verloren zu gehen („dynastische“ Kämpfe, Kriege) oder von einem Nobody usurpiert zu werden (vgl. **Sargon**).

Um die Macht zu halten, genügt es bei zunehmender Population (**Uruk**) nicht, die Abgaben zu konsumieren (das schon mal besprochene „Big-Man“- oder LU.GAL-Phänomen) oder allein im Macht-Zentrum zu thesaurieren. Sie müssen re-distribuiert werden.

Diese Redistribution ist bei Subsistenzmitteln unumstritten, bei den sog. „Kostbarkeiten“ umstritten. Einmal, weil die Rolle der Kostbarkeit, die sie für die ersten Machthalter spielte (ihr „Wert“ für sie also) noch deutlicher gemacht werden muss – also, warum haben sie sie überhaupt zur Abgabe erklärt bzw. – in welcher Menge und Qualität auch immer – entgegen genommen? „Gekauft“ haben sie die Kostbarkeit nicht. Zum Zweiten, weil es Kostbarkeiten gibt, die nicht redistribuiert wurden (z.B. Lapislazuli). Andererseits solche, die es wurden.

Das sind Gold und Silber. Zur Herkunft des Silbers, das zunächst kaum, dann aber in großen Massen in Erscheinung tritt, wird noch zu posten sein. Zu seiner Rolle und der anderer Metalle z.B. im komplett und durchgehend marktlosen Machtsystem der **Hethiter**, die erst nach den Mesopotamiern ein Großreich errichteten (2. Jt. BC, nachdem es in Mesopotamien längst Märkte gegeben hat) wird noch zu posten sein.

Warum sich aus der mesopotamischen Machtwirtschaft Märkte entwickelt haben, wurde bereits versucht, zu erklären: Ursache war die vom Machthalter eingeführte Parität Gerste/Silber bei gleichzeitig bestehendem – ebenfalls „amtlich“ eingeführtem (und nicht etwa per Leihangebot und –nachfrage sich frei, also „am Markt“ ergebendem) – Zinssatz von 33 und 20 Prozent.

Der 33-Prozenter führt sich zurück auf die Drittelung dessen, was im Jahr laufend produziert und verkonsumiert wurde (Palast, Tempel, Behalt). Es ist also eine Jahres- bzw. Ernterechnung. Klar (weil Gerste): Nur einmal im Jahr kann entschuldet werden.

Der 20-Prozenter kommt aus dem auf dem Produktions- und Konsumgut basierenden Gewichtssystem mit seiner kleinsten Einheit, die sich monatlich berechnen lässt (1), was bezogen auf das Jahr und die größte Einheit (60) eben $12/60$ oder prozentual 20 ergibt. Es ist also eine Monatsrechnung. Klar (weil Silber): Jeden Monat kann entschuldet werden.

Noch dazu:

>Der Markt entsteht, weil etwas gefordert wird, das der Tribut/Steuerpflichtige nicht selber produziert.

Nein. Es könnte gar nicht gefordert werden. Selbstverständlich muss er es bereits produzieren, nur muss er jetzt entweder mehr produzieren (**Surplus**) oder er muss es sich beschaffen. Dies mit Hilfe eines anderen Gutes (z.B. Hergabe seines Subsistenzlandes, seines Viehs, usw.) oder über die Leihe des geforderten Gutes (mit entsprechender Verpfändung, z.B. Schuldknechtschaft).

Das heutige System, in dem tatsächlich das Abgabemittel „Geld“ nicht selbst produziert werden kann und das deshalb auf eine Maximierung des Schuldendrucks (nicht bezahlte Steuern = Staatsschulden bitte einberechnen) hinausläuft und in derselben **Überschuldung** enden wird wie beim mesopotamischen *agrarian usury*, wurde schon ausführlicher besprochen.

Über das, wie die automatisch kommenden *clean slates* (= Entschuldung, Schuldenstreichung) ausschauen, wird hier seit langem trefflich diskutiert.

>Die Tributpflichtigen müssen das Gut herbeischaffen, der Herrscher zahlt dann damit seine Söldner, diese kaufen dann wieder bei den Tributpflichtigen.

Falsch. Die Söldner verkaufen das Gut den Tributpflichtigen. In dem, was die Tributpflichtigen dafür andienen, entstehen dafür Preise (das Marktmerkmal schlechthin) gemessen im Tributgut. Was die Tributpflichtigen andienen, hängt von der **Sanktion** ab, die ihnen bei Nichterfüllung ihrer Tributpflicht entsteht.

>Das heißt: Bevor das Gut nicht als Tribut/Steuer gefordert wird, gibt es keinen Markt dafür.

Vor dem standardisierten (!) Abgabengut (siehe oben) existiert überhaupt kein Markt. Womit sollte denn ge(ver)kauft/gepreist werden? In Silber 250/1000, 500/1000, 950/1000?

>Gäbe es bereits einen Markt dafür, dann gälte die Markttheorie.

Den Markt schaffen die standardisierten Tribute/Steuern. Ein Markt ohne (!) standardisiertes Schuldentilgungsmittel (ex Abgabenschulden) ist nicht definierbar, weil die Markt-(Kauf)-Schulden nicht definierbar sind.

„So much to do, so little done“ (Cecil Rhodes).

Hoffentlich geht's in Frische Morgen weiter.

Mit herzlichem Dank + bestem Gruß!

HEUREKA: Prähistorischer Handel

Geschrieben von dottore am 31. August 2005 15:58:26

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/330711.htm>

Als Antwort auf: HEUREKA: Prähistorischer Handel geschrieben von Diogenes am 30. August 2005 15:06:35

Hi Diogenes,

vorab besten Dank für Dein unermüdliches Suchen. Schauen wir uns die Sachen etwas genauer an.

>Ich habe auf Wikipedia einen Artikel über prähistorischen Handel gefunden. Darin heißt es unter anderem:

> *"Trade originated with the start of communication in prehistoric times. Trading was the main facility of prehistoric people, who bartered goods and services from each other. Peter Watson dates the history of long-distance commerce from circa **150,000** years ago.[1]*

Warum „long-distance“? Wäre es nicht einfacher gewesen, mit dem Nachbarn zu handeln?

Wie haben die Menschen „kommuniziert“? Wie wusste ein Stamm (und prae-historisch dürfen wir von Stämmen ausgehen), dass sich Hunderte, wenn nicht Tausende Kilometer entfernt ein anderer Stamm befindet, der etwas hat, was den ersten Stamm interessieren könnte?

@Popeye hat die Stärke der prae-historischen Stämme mit ca. 100 bis 150 Menschen angegeben, wenn ich mich richtig erinnere. Von Feld-Anthropologen über die Wiki-Redaktion bis hin zu Studien bekannter Unternehmensberater ist die 150 als „**Dunbar Number**“ (Dunbar, Anthropologe in London) bekannt (abgeleitet vom Neocortex/Großhirnrinden-Volumen) und wird damit gearbeitet: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Inzwischen von **Ross Mayfield** und anderen weiterentwickelt: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Die den prae-historischen Stämmen handelt es sich zweifelsfrei um die mittlere Schicht („social networks“). Sehr schön auch in der Grafik zu erkennen, dass „political networks“ (oben mit Zusatz „Power-Law“) in die Tausende gehen. Man braucht also schon etwas mehr Menschen, um über mehrere Gruppen/Stämme Macht und Herrschaft aufzurichten, was auch die Geschichte der Eroberer und Herrscherklassen lehrt (was aber hier nicht das Thema sein soll).

So haben wir also einen ersten entscheidenden Einwand gegen den Long-Distant-Trade: Die Stämme hätten über sehr lange Zeit hin (mindestens weit über eine Jagd- oder Ernte-Saison) **auf die meisten ihrer besten und stärksten Leute verzichten müssen**, nur Alte, Kinder und Frauen wären zu Hause geblieben. Dass der **Häuptling** und sein Clan (ca. 7 bis 10, mutmaßlich auch mehr) sich als „Händler“ auf den Weg gemacht hätte, kann ausgeschlossen werden.

Möglich allerdings: Vom Stamm mit einer mittleren, durchschnittlichen Zahl („mean number“) von 150 hat sich (siehe die abfallende „Ertragskurve“) sich ein „Überschuss“ abgespalten, dies aber dann ein für alle Mal (über die Rolle dieser „Überschüssigen“ gibt es massenhaft Literatur, u.a. zur Klosterentstehung, zur „ver sacrum“-Problematik, auch Heinsohn ist zu nennen, letztes Stichwort „youth bulge“).

Dieser „Unter-Stamm“ zog natürlich nicht unbewaffnet los, sondern nahm just jene Waffen (die er nicht gegen seinen Stamm-Stamm eingesetzt hätte oder nur in Ausnahmefällen) mit, die der Stamm-Stamm ebenfalls zur Verfügung hatte. Dort, wohin der Unter-Stamm zog bzw. sich dann endgültig niederließ (möglicherweise eben durchaus „sehr weit weg“), finden wir also logischerweise jene

Waffen (Obsidian, Feuerstein), die „so weit weg“ gefunden wurden.

Davon, dass der Neu-Stamm – so wie die Lachse zum Laichen – wieder an den Ort des Stamm-Stamms zurückgekehrt wäre und dies überdies auch noch mit „Waren“ aus seinem zwischenzeitlichen oder endgültigen Siedlungsgebiet kann keine Rede sein. Er hätte zudem nicht nur seine eigenen Waffen (Obsidian!) mitnehmen müssen, sondern solche als „Handelsgut“ noch dazu.

Die hätte er dann anderen (welchen?) überlassen müssen, was ihn selbst gefährdet hätte. Das Modell, das hier aus blauem Himmel herab von den „Friedlich-Tausch“-Freaks fabuliert wird, entpuppt sich vollends als lächerlich, wenn man dies mit einer bestens belegten „Erkundungsfahrt“ vergleicht, nämlich der des **Kolumbus** in die Neue Welt, wie in seinem Brief („De insulis nuper inventis“ = Über die jüngst entdeckten Inseln, diverse Ausgaben, auch andere Titel) an die spanischen Könige bestens dokumentiert.

Wenn schon der „früheste“ Handel mit **Waffen** (Obsidian) als Handelsgut der einen Seite gelaufen sein soll (und das bis heute als Konstante der Weltgeschichte), **hätte Kolumbus mit den Indianern nicht Gold nicht gegen irgendwelchen Tand „getauscht“, sondern selbstverständlich gegen seine WAFFEN.**

Warum hat er das denn nicht getan? War er wirklich blöder als jene, die 100.000e von Jahren vor ihm dieses schöne Geschäft so perfekt beherrschten, wie die von Dir aus dem Web gefischten Quellen (und natürlich viele andere mehr) so standhaft behaupten?

>und weiter: >"There is evidence of the exchange of obsidian and flint during the stone age."

Ein Fund, entfernt vom Herkunfts-/Herstellort, für Obsidian u.a. hier (es gibt noch detaillierte Karten), [Bild fehlt, Anm. Editor] beweist in Sachen „exchange“ ganz einfach überhaupt nichts, siehe eben.

>Ich habe also gesucht und u.a. gefunden:

>1) *Discovery Of Ancient Obsidian Quarry Helps Define Prehistoric Andean Trade Networks*

Wieso „Handel“? Wie es unter den prae-kolumbianischen Stämmen zugegangen ist, haben wir oft genug beleuchtet („Origin of War“, usw.). Der weiteste Weg, den Obsidian zurück gelegt hat = 189 Meilen. Und dann das on top:

“It was not always traded, however, and long-distance trade of Cotallalli obsidian can only be reliably traced back as far as 2,500 B.C.“

Da sind wir sogar schon mitten drin in den ununterbrochenen Macht- und Tributerzwingungskämpfen. Wer handelt denn mit dem **Feind** (und sei er zunächst nur ein potenzieller) **Waffenmaterial**? Haben die sich in den kargen Anden ums Überleben kämpfenden Stämme (dann Reiche) etwa **gegenseitig aufgerüstet**? Ich habe selbst solche Obsidian-Waffen aus Mexiko und die sind so scharf, dass man sich damit rasieren kann (in Mexiko City wurde noch bis vor kurzem beim Barbier mit Obsidian rasiert).

>2) *Neolithic polished axe from Waybrook Cottages, Alphington*

>*This flint axe was produced by the technique of 'pecking and grinding', which produces a polished finish. This is a labourious process, only required for functional use on the cutting edges of axes. The Waybrook Cottage axe, however, is polished all over, showing that much additional work was carried out to improve the axe's aesthetic appearance. Such axes are thought to have been highly prized status symbols, and are known to have been widely traded across western Europe.*

>So schaut so dein Ding aus: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Was wir „widely across Western Europe“ haben, sind Kriegs- und Beutezüge ohne Zahl. Warum wurde das (Lindisfarne) *[Bild fehlt, Anm. Editor]* von den Wikingern im 8. Jh. zerstört und dabei dieses *[Bild fehlt, Anm. Editor]* herrliche Manuskript geraubt? Die Herrschaften, die da über See angereist kamen, hätten es doch unschwer „kaufen“ können – zumal die Verkäufer einfache, unbewaffnete **Mönche** waren, die ganz nebenbei auch noch gemetzelt wurden?

>3)

>About two thousand years ago, Hopewellian Indians, characteristic of eastern woodland tribes, moved into the region near present-day northeast Kansas. The Hopewellians brought domesticated plants, primitive agriculture, and ceramic-making with them. Long-distance trade was also a feature of this group.

Schönes Beispiel einer klassischen Machtstruktur. Diese Herrschaften haben mit Geometrie und Astronomie gearbeitet, damit sie schön zeichnen und Sternlein zählen konnten? Nein. Die Geometrie diente der Landaufteilung (Untereigentum) und die Astronomie der Festlegung der **Abgabetermine**, vgl. a. **Ray Hively / Bob Horn, Hopewellian geometry and astronomy ...**, 1984.

>4)History of Iran, The 5th to mid-3rd millennia >"Trade across the northern part of the plateau, through the sites of Hissar and Sialk, most probably involved the transshipment from Afghanistan to Mesopotamia of semiprecious stones such as lapis lazuli. The appearance of proto-Elamite tablets in Sialk IV may bear witness to such trade. So also may the appearance of similar proto-Elamite tablets at Tepe Yahya south of Kerman and in the great central desert provide evidence of trade connections between Mesopotamia and the east--in this case a trade that may have centred on specific items such as steatite and copper."

„Probably“? „May provide evidence“? Wir hatten doch schon lang und breit gehabt, dass Lapislazuli nur zwischen **Herrschern** getauscht wurde (vgl. die Amarna-Briefe), nirgends davon eine Spur in so etwas wie einem „privaten Bereich“ (Grab, „Kaufmanns-Haus“ usw.). Und Kupfer war das **Waffenmetall** schlechthin (im Mix, zuletzt und am besten mit Zinn).

>(Die haben übrigens auch mit Mesopotamien Handelsverbindungen gehabt, bereits ganz zu Anfang, bevor diese Großmächte wurden)

Nein. Aus dem Osten (Iran, Luristan, Elam, usw.) sind doch gerade die **Eroberer** mit ihren Bronzewaffen gekommen, die dann Mesopotams kleine Bauerngruppen und –dörfer unterwarfen. Aus Mesopot heraus hat sich nicht eine einzige Großmacht entwickelt. Die Imperien haben immer die Eroberer errichtet, zuletzt noch die Perser – ebenfalls östlich von Mesopot belegen.

Welche mesopotamischen und zwar autochthonen (vgl. Bernbeck in extensis) Kleinbauern, Subsistenzler, Dorfgemeinschaften (immer an die 150 denken) sollen denn (womit?!) Lapis Lazuli gekauft haben? Fundlage in den ausgebuddelten Dörfern absolut Zero.

*>5) Eine Karte, die prähistorische Handelsrouten darstellt: (Quelle: Römisch-Germanisches Zentralmuseum) *[Bild fehlt, Anm. Editor]**

Die Karte ist von Guernsey selbst. Die Leute von **Pressigny** haben ihre Feuerstein-Waffen („Stone axes“) per Schiff nach Guernsey gebracht und von dort Fische (!) und Getreide (!) mit nach Hause genommen, ca. 500 km Land- und Seeweg? Nix zu fischen an der Loire oder am näher gelegenen Meer? Keinerlei Getreideanbau im (unfruchtbaren?!) Zentral-Frankreich? Keine Möglichkeit, mit Saatgut zu arbeiten? Getreide gedeiht nur auf Guernsey?

Der Keramik-Handel ist übrigens ca. 100 Jahre vor der römischen Invasion – und da gab's auf der Insel keine Machtstrukturen? Übrigens: Aus der Normandie starteten auch William und seine Jungs 1066. Warum haben sie nicht mit der Insel „friedlich gehandelt“, sondern sie doch glattweg frech erobert?

>6) Ein Buch habe ich auch gefunden:

>Trade and exchange in prehistoric Europe : proceedings of a conference held at the University of Bristol, April 1992

>by Christopher Scarre; Frances Healy

>* Publisher: Oxford : Bloomington, IN : Oxbow Books in association with the Prehistoric Society and the Société préhistorique française ; Available from D.

Brown Book Co., ©1993.

>* ISBN: 094689762X

Danke. Solche Bücher gibt's in Mengen. Was da „exchanged“ (ausgetauscht) wurde, war der dumpfe (Stein) oder helle (Metall) Klang der Waffen. Die Artefakte liegen überall herum. Warum nur findet man nirgends eine Spur der Händler – oder schwebten die auf fliegenden Teppichen (wiederum aus dem Orient „getradet“) ein?

>Es gab also Handel lange vor dem Entstehen der ersten Hochkulturen.

Nein.

>Und das nicht nur lokal begrenzt sondern sogar über lange Strecken.

Wanderten Stämme, siehe oben, und bewaffnet.

>Die zitierten Quellen, die ich soweit gefunden habe, umfassen Europa, Nordamerika, die Anden und Zentralasien/Iran. Das zeigt: Handel ist bereits zu prähistorischer Zeit ein weit verbreitetes Phänomen.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, zu glauben, dass eine weit entfernte Waffe dorthin „gehandelt“ wurde. Nebenbei: Bei **Interlaken** (Innerschweiz) in der Sihl wurde sogar ein Schwert mit **griechischer** (!) Inschrift gefunden. Was für ein „distant trade“, was für eine Marge für den Händler!

>Ich denke, damit ist die Machttheorie endgültig reif zum einmotten.

Nein, lieber Diogenes, sie ist zwar noch nicht ganz „reif“, aber wächst und gedeiht ganz prächtig. Dies auch Dank der vielen, exzellenten Einwände, für die ich nochmals herzlich danke.

Gruß!

Zur Not gehts auch ohne Markt, an dem Steuerpflichtige Handel treiben

Geschrieben von dottore am 20. August 2005 16:13:45

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/329493.htm>

Als Antwort auf: Re: Zur Not gehts auch ohne Markt, an dem Steuerpflichtige Handel treiben: geschrieben von Diogenes am 20. August 2005 14:42:11:

>>>>"The market is not the only situation requiring money." >>>Wozu braucht man Geld, wenn man keinen Markt hat? Zum Steuern zahlen? Schön. Und was soll der Oberbimbo mit "Geld" wenn er keinen Markt hat? Die Soldaten zahlen? Gut. Und was machen diese dann mit dem "Geld", wenn sie keinen Markt haben zum einkaufen?

>>>Ohne Markt braucht es kein Geld. Zum Rauben und Erpressen auch nicht. >>BSP: Bauer → König → Kostgänger/Soldat → Bauer

>>Bequemer ist es jedoch, die Waren direkt abzupressen und an die Kostgänger/Soldaten zu verteilen. Gruß

>Nur wozu Geld, wenn kein Markt? Ich kann mir zwar einen Markt ohne Geld vorstellen, aber Geld ohne Markt nicht. Es macht einfach keinen Sinn.

Hi,

nochmals gern zum Beginn der Silber(geld)geschichte:

1. Abgaben werden in natura erhoben (grain).
2. Dazu braucht der Abgabenherr ein Gewicht.
3. Das Gewicht ist Silber (im Gegensatz zu Stein gut teilbar).
4. Es kommt zur **festen Parität** grain = Silber (Silbergewicht 1 "Shekel" = 180 grains = Körner).
5. Es kann nun grain oder Silber abgegeben bzw. vom beides besitzenden Abgabenherrn (bzw. seinen "Verwaltern", tax farmers usw.) verteilt oder verliehen werden werden.
6. Silber wird als Tribut von auswärts eingefordert. Die Zahl der **tributpflichtigen** Herrscher, die abzugeben haben, geht in die Dutzende.
7. Die Zentralmacht steht in dauernder Gefahr von Umstürzen oder verlorener Kriege. Grund: Macht lohnt sich, da der/die Machthalter mit Waffeneinsatz produktiver (für sich!) operieren als wenn sie selbst malochen würden.
8. Die Macht muss sich Machterhalter beschaffen, da eigener Clan (auch "Kriegerkaste") usw. zu klein. Außerdem müssen die Kämpfer im Krieg ihre Felder verlassen – Nahrungsmittel-Probleme.
9. Der **Söldner** erscheint, der sich an den Machthaber verkauft. Söldner, "Hilfstruppen", usw. treten in **Massen** auf (vgl. noch Xenophon und seine Griechenarmee bei den Persern). Der größte Markt für "Militärleistungen" lag in späterer Zeit an der Südspitze der Peloponnes (vgl. ausführliche Postings).
10. Der Söldner wird in Silber entlohnt. Damit kann er sich im Zentralmachtbereich mit grain (Parität) selbst versorgen. Aber er möchte "Geld" (immer vorab zu zahlen) mit nach Hause nehmen. Von Geld als "Tauschmittel" keine Rede, denn die ältesten Münzen überhaupt sind **Großmünzen** (Kraay), also als "Geld" oder "Tauschmittel" auf Märkten nicht zu gebrauchen, weshalb sie auch zerkleinert werden. Vgl. a. den **Assyut-Hort** im münzlosen Oberägypten (bitte Diskussion dazu zur Kenntnis nehmen). Darin u.a. eine halbe (zerbrochene) Dekadrachme.
11. Seine Heimat ist just einer der Peripher-Macht-Bereiche (Kleinkönige, Landschaften usw.), die ihrerseits Silber an die Zentralmacht abführen müssen.

12. Dieses Silber haben sie auf Dauer nicht selbst zur Produktion zur Verfügung (eventuelle Gruben erschöpft). Sie müssen es sich bei denen beschaffen, die es halten - ergo den **Söldnern**.
13. Die Söldner bieten es gegen andere Produkte (auch Grund und Boden, usw.) in ihrem, an die Zentralmacht tributpflichtigen Herkunftsland an.
14. **Märkte** entstehen und zwar außerhalb des Zentralmachtsgebietes, das selbst keine kennt (siehe nochmals Herodot), sondern nur die **Distributionswirtschaft** (Verteilung der Naturalabgaben, siehe neuerdings auch die Inka und Caral zu diesem Punkt).
15. Die Tributpflichtigen beschaffen sich mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit das Silber, das sie abliefern müssen. Dieser Zwang startet auch die über Familie und Stamm hinausreichende **Arbeitsteilung**.
16. Dort, wo das Silber liegt ("Tempelbanken", vgl. auch die gigantischen Silberhorte der Perser, die Alexander behob), steht es zum Einkauf neuer Söldner-, i.e. Machterhaltungspotenziale zur Verfügung.

Der Machtkreislauf ist geschlossen, das bis heute zu beobachtende "Wirtschaften" startet.

Viele Varianten zu bestaunen, u.a. in **Ur** (3. Dynastie): Kernland (Zentralbereich der Hauptstadt mit mauerbewehrten - warum wohl Mauern? - Palast- und Tempelanlagen) steuerfrei. Ist wie heute: Der Staat zahlt an sich keine Steuern. Nirgends die Spur eines Marktes, sondern ausschließlich Abgaben- und Vorratsplätze.

Ringsum die zentralen Provinzen. Liefern die Steuer *bala* ab. Die Peripherie-Gebiete zahlen die Steuer **gun mada**. **Michael Roaf** (in französischer Übersetzung):

"Le bala était une taxe payée par les provinces du coeur de l'empire... tandis que le gun mada était livré en nature par le personel militaire de la peripherie."

Keinerlei Märkte! Im zentralen Machtbereich liegen die Orte für die **Redistribution**. Einer der wichtigsten Puzrish-Dagan (ca. 10 km südlich Nippur). Märkte entwickeln sich in den Peripherien. Dies dort, um die von dort abgeforderten Abgaben eintauschen und abliefern zu können. Sie ziehen immer näher an die Machtzentren, vgl. noch **forum** ("Markt") von "foris" (= draußen, ital. "fori") oder auch **Pausanias**, der die Märkte "außerhalb der Städte" entstehen sieht.

Die Peripherie- und die noch weiter weg (östlich) befindlichen "verbündeten" Gebiete (die Allianzen werden mit Metall bezahlt), sind scharf auf dieses hervorragende Geschäftsmodell, erobern und zerstören Ur, dessen letzter König als Gefangener im persischen Anshan verschwindet. So geht es zwischen den Imperien und Stadtstaaten immer hin und her, kommt von dort nach Griechenland (Tributsystem des attischen "Seebunds"), sehr schön dann Rom mit seinen "**Provinzen**" usw., usw. und bleibt als **Staatszwangssystem** und "Wirtschafts-" und natürlich auch "Kriegs-Treiber" bis heute erhalten.

Gruß!

PS: Nicht das "Geld" (STZM, GZ) jagt die Waren, sondern jene dieses.

Der Zwang, sich Waren (Güter) zu beschaffen (z.B. zur Abtragung der Urschuld) ist erheblich geringer (und über die Zeit zu stretchen) als der Zwang, sich das *Abgabengut* beschaffen zu müssen. Denn dieser Zwang ist termin- und sanktionsbewehrt. Urschuld kann per Subsistenzwirtschaft ("Produzieren") abgetragen werden. Sobald auf angedrohtem Waffeneinsatz basierender **Abgabenzwang** (und ohne Waffe keine Zwingmöglichkeit) erscheint, beginnt die *Surplus-Erzwingung* und damit das, was wir "Wirtschaften" nennen. Von den dieses begleitende permanente **Krieg führen** und/oder **Umstürzen** ("Steuerrevolten" en masse) ganz zu schweigen.

Nochmals Gruß!

Zur Leistungsbilanz der antiken Mächte

Geschrieben von dottore am 23. August 2005 14:28:13

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/329786.htm>

Als Antwort auf: warum wollen die Söldner urplötzlich cash , warum gehen herrscher drauf ein ?
geschrieben von weissgarnix am 22. August 2005 11:18:11

Hi,

>naja. was mir nie ganz klar war, und auch hier wieder die krausbirne zermartert, ist: die ganze welt ist mitten drin in einem naturalen subsistenzsystem bzw. später einem feudalen verteilungssystem,

Feudalismus ist zuerst ein **Abgaben-**, danach ein Verteilungssystem. Verteilt wird der surplus, den jene erwirtschaften müssen, die mit Waffenmacht dazu gezwungen waren, sog. "Unterworfenen".

>und urplötzlich tauchen die söldner (vermutlich auch damals nicht die intellektuell auffälligste klasse) auf und wollen sich in silber oder gold bezahlen lassen, anstatt zu verlangen, was seit jahrhunderten überall usus ist, i.e. zunächst mal freie kost und logis.

Die waren sehr intelligent. Sie sahen, dass **Silber** als Tribut gefordert wurde, was **Herodot** (III, 90) ausführlich beschreibt:

"Von den Ionern, den asiatischen Magnetern, den Aiolern, Karern, Lykiern, Milyern, Pamphyllern, die gemeinsam eine Steuersumme aufzubringen hatten, gingen zusammen vierhundert Talente Silber ein. Sie bildeten die erste Satrapie.

Von den Mysern, Lydern, Lasoniern, Kabaliern, Hytennern fünfhundert Talente. Sie bildeten die zweite Satrapie.

Bei den Hellespontbewohnern, von der Einfahrt zur Rechten, weiter den Phrygern, den asiatischen Thrakern, den Pahplagoniern, den Mariandynen und Syriern betrug die Steuersumme dreihundertsechzig Talente. Dies war die dritte Satrapie.

Von den Kilikiern wurden dreihundertsechzig weiße Pferde, für jeden Tag des Jahres eines, und fünfhundert Silbertalente erhoben. (...) Das war die vierte Satrapie.

Das Land von der Stadt Posideion (...), an der Grenze zwischen Kilikien und Syrien (...) bis hin nach Ägypten (...) hatte dreihundertfünfzig Talente zu zahlen. Zu dieser Satrapie gehörte ganz Phoinikien, das palästinische Syrien und die Insel Kypros. Das alles bildete die fünfte Satrapie.

Von Ägypten, dem anschließenden Teile Libyens, Kyrene und Barka (...) wurden siebenhundert Talente erhoben. (...) Das ist die sechste Satrapie.

Die Sattagyden, Gandarier, Dadiker, Aparyter haben zusammen einhundertsechzig Talente aufzubringen. Das ist die siebte Satrapie.

Susa und das übrige Kissien zahlen dreihundert Talente; das ist die achte Satrapie.

Babylon und das übrige Assyrien bringt tausend Talente Silber auf und liefert außerdem fünfhundert kastrierte Knaben. Das ist die neunte Satrapie.

Ekbatana, das übrige Medien, die Parikanier und Orthokorybantier zahlen vierhundertfünfzig Talente. Das ist die zehnte Satrapie...."

Es folgen 10 weitere Satrapien. Das **Talent** (= 60 Minen) lag zu der Zeit bei ca. **27 Kilo** (in der früheren babylonischen Zeit und davor schwerer). Es waren also immense Silbermengen abzuliefern. **Alexander** plünderte die persischen Kassen endgültig (lt. Price, The coinage... ca. 200 Tonnen).

Thesauriertes Silber! Die Herrscher "kauften" damit nichts (Herodot: Die Perser kennen keine Märkte!) - außer eben **Söldner**, die aus den bei den Persern 20 Satrapien und davor aus den jeweiligen **Tributgebieten** der vorangegangenen Herrscher bzw. Stadtstaaten im Zweistromland kamen.

Hätte also nicht der entsprechende **Machtkreislauf** des Silbers existiert (Tributgebiet → Herrscher → Söldner → Tributgebiet → Herrscher) hätten die Perser- (und/oder) Assyrer-Herrscher (Gleichsetzung umstritten, vgl. **Heinsohn**) aufgrund der Tributmengen ein Vielfaches von dem Behobenen in ihren Lagern gehalten, als Alexander zum Inkasso auftauchte.

Dass die laufenden Tribute via **Handel** zurückgeströmt sei, ist ausgeschlossen, da sich in den jeweiligen **Kernreichen** (Machtzentralen) keinerlei Spuren von entsprechenden Massen-Importgütern finden, etwa Überbleibsel griechischer Handwerkskunst (die Griechen saßen am Westrand des Perserreiches, die 1. und 2. Satrapie im griechischen Kleinasien, heute Westtürkei, vgl. den **ionischen Aufstand** → Perserkriege) in Persepolis oder Pasargadae, also dem Zentrum der persischen Macht (Achämeniden ab 8. Jh. BC).

Die Tribute sind via **Dienstleistungen** zurückgeströmt, also via **Kriegs"dienste"**. Dass so etwas "bezahlt" wurde oder - modern ausgedrückt - nur eine "**Leistungsbilanz**" zunächst existierte (von einer Kapitalbilanz im heutigen Sinne zu sprechen, dürfte sich erübrigen), "passt" nicht in die heutige Außenwirtschaftstheorie, die sich ohnehin schwer tut, den **Krieg** als Waren (Waffen)- und Menschen (Soldaten)-Transfer auszupreisen.

Die Leistungsbilanz der Imperien im Nahen Osten mit ihren 4 (heutigen) Unterpunkten sah damals so aus:

- **Warenverkehr.** Außer auf Geschenke-Tausch-Ebene zwischen den Herrschern minimal, falls überhaupt "grenzüberschreitend". Erst in nennenswerter und stratigraphisch nachvollziehbarer Form (= Funde von Dingen, die von "weit her" kommen) ab Einführung des Instituts der *royal agents*, sog. **DAM.GAR** (sumerisch), dann **tamkar(um)**, also Palast- und/oder Tempelhändlern, mit wachsendem Beschaffungszwang des Tribut- und später Steuergutes Silber ansteigend, für das gleichgelagerte Rom von **Keith Hopkins**, *Taxes and Trade 200 BC - AD 400*, 1980, dargestellt (sinngemäß: "Explosionsartige Entwicklung" des Handels im Imperium, notabene: "Taxes" zuerst).
- **Dienstleistungen.** Sehr hoch. Erinnern wir uns nochmals an die öde, kaum fruchtbare Insel **Gotland**, wo die weltweit meisten Silberhorte (ex **Sold**zahlungen an die "Goten" mit Geprägten aller möglichen Mächte - Griechen, Römer, Mitteleuropa, Muslim-Staaten) gefunden wurden.
- **Arbeits- und Kapitaleinkommen.** Minimal bis nicht-existent. Der "freie Lohnarbeiter" existierte zunächst überhaupt nicht! Und dass sich Arbeiter als "Saisoniers" oder "Gastarbeiter" irgendwohin verdingt hätten, ist eine ganz abwegige Vorstellung. Kapitaleinkommen aus dem Ausland sind vor den Griechen nirgends nachweisbar und selbst bei diesen äußerst spärlich (ex vereinzelt "Faktoreien", also Niederlassungen, nie als "investive Produktionsanlagen"; bei den Römern erst finden wir Investitionen im "ausländischen" Bergbau (z.B. Cato in Spanien), aber dieses "Ausland" wurde flugs vereinnahmt oder war es bereits. Die Vorstellung, Rom hätte (vor den punischen Kriegen) in Karthago "investiert" oder vice versa (beide Male wäre Geld zu verdienen gewesen), ist absurd.
- **Laufende Übertragungen.** Zum Beispiel private Gastarbeiter- oder Rentenüberweisungen, auch Geld an internationale Organisationen. Praktisch nicht existent. Wie wurde nun der Saldo der antiken Leistungsbilanz ausgeglichen? Mit Hilfe der **Vermögensübertragungsbilanz**, wo die unentgeltlichen Leistungen verbucht sind. Heute z.B. Schuldenerlass. Damals eben umgekehrt **Tribute**.

>alle ringsherum tauschen getreide, fisch, korn, linnen, etc. und sind happy, nur die söldner sagen auf einmal "nö, wir wollen cash". Warum ?

Weil er dort, wo er als **Tribut** abgefordert wurde, dringend benötigt wurde. Die oben genannten Ioner, Karer, Lydier, Lyker, usw. (West-Kleinasien, griechische Inseln) hatten keine Silbergruben (bzw. sie waren noch nicht erschlossen, vgl. **Trapezunt** (Trabzon), Schwarzmeerküste; antike Münzen aus Trapezunt sind extrem selten, das Münzbild zeigt den Tisch eines Wechslers, daher heute noch der Name Trapeza = griech. Bank). Sie **mussten** aber liefern. Die berühmten Gruben von Laureion (Attika), Thassos, Makedonien usw. standen nicht unter persischer Herrschaft.

>was bringt sie dazu, ein derartiges wagnis einzugehen, den aktuellen "geldstandard" (i.e. naturalwirtschaft im weitesten sinne) zu verlassen,

Sie haben ihn nicht verlassen, sondern tauchen erst auf, nachdem die Gewichtsparität Gerste/Silber festgelegt war. Mit Gerste als Sold über Hunderte von Kilometern heimzukehren, machte keinen Sinn. Mit Silber, wie beschrieben, sehr wohl. Die Söldner lebten vom Krieg bzw. Machterhalt dessen, der ihre Dienste gekauft hatte. Bitte an **Xenophon** (Anabasis) denken!

Die **Griechen** waren exzellente Krieger ("Hoplitenphalanx"). Die Zahl ihrer Vasen mit Kampf-, Kriegs-, Tod- oder Waffenszenen



geht in die Tausende, wenn nicht Zehntausende. Die vielen, vielen Griechen-"Städte" in Unteritalien, Sizilien waren nicht etwa "Handelsmetropolen", sondern **Söldnerkolonien** mit dem üblichen religiösen Klimbim errichtet für die "Schutzgottheiten" oder für die "Eintracht" (concordia) der Krieger, wie in Agrigent:



Agrigento's Temple of Concord

In der Mitte die "Cella" - das **monetäre** Allerheiligste, denn dort lagerte der Staatsschatz. Der größte Tempel dort (leider nur noch Ruine und mit einem **Stelenfeld** dabei, das haargenau dem **Holocaust-Denkmal** entspricht ("Totenehrung"), hatte eine lichte Höhe von **40 Metern!**

So etwas erbaut man nicht selbst (oder mit Hilfe von "Handelsgewinnen"), sondern - wie allezeit üblich - mit **Sklassen**, die man von seinen erfolgreichen Feldzügen mit gebracht hatte. (Die Athener mussten übrigens nach dem gescheiterten Angriff auf Syrakus als Sklaven in den dortigen Steinbrüchen malochen - das waren noch Zeiten!).

>und für sich (und nach dottores schilderung zunächst nur für sich) einen neuen geldstandard (i.e. silber) zu akzeptieren ?

Weil in Silber **Tribute** abgeführt werden mussten. Die Söldner waren exzellente Kämpfer - wer also hätte es ihnen abnehmen können/sollen? Sie hatten das, was andere schuldig waren und konnten in Ruhe wählen, was sie dafür erhalten wollten.

>und warum in aller welt lassen sich die herrscher plötzlich darauf ein, einen derartig revolutionären wechsel zu vollziehen, der sie zur erhebung von abgaben in der "neuen währung" (i.e. silber) zwingt, anstatt die abgaben wir bisher in naturalien zu akzeptiern (und einen teil davon an die söldner weiterzureichen) ?

Siehe bitte oben.

Und nochmals die mesopotamischen Gewichte nicht aus einem "Hohlmaß", sondern aus dem Getreidekorn (grain) und dem Multipel davon: [Bild fehlt, Anm. Editor]

>verstehe ich nicht (wie so vieles andere mehr).

Vielleicht jetzt etwas verständlicher?

Danke und Gruß!

Das Wunder der "privaten" Geldentstehung

Geschrieben von dottore am 09. September 2005 17:52:37

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/331863.htm>

Als Antwort auf: Re: @Elli - Geldentstehung / wundere Dich lieber über was anderes geschrieben von Dimi am 08. September 2005 22:13:53:

Hi Dimi,

also gern nochmals von vorne. Ich nehme so wenig Beispiele wie möglich, um nicht zu überfrachten.

>>>Die Machttheorie erklärt weder Geld noch Zins.

Zunächst sind wir uns sicher darin einig, dass es Subsistenz- und Abgabenökonomien gibt. In ersteren (Stämme usw., wo die Völkerkunde zu Zuge kommt) haben wir Geld, bei dem Du vor allem auf Brautgeld und Strafgeld (*wergilt*) abhebst. Dass Brautgeld Kompensationscharakter hat (junge Frau gehört der Familie, usw.) muss nicht eigens verwiesen werden und dass Strafgeld Machtstruktur voraussetzt auch nicht.

Die dort ebenfalls beobachteten Abgaben an den Häuptling bzw. seinen Clan können wir nicht als Geld bezeichnen, da ihm das Charakteristikum des Kuranten fehlt. Der Chef war Thesaurierer, sein Thesaurus war das nach außen hin sichtbare Zeichen seines sozialen Rangs. Beispiel: Das schon ausführlich besprochene „Steingeld“ von Yap.



Opitz dazu:

“The people of those islands (ringsherum) brought tribute to Yap’s chiefs and in return the Yapese watched over the people of those islands and protected them.“

Das Steingeld diente der „ornamentation“ und wurde gelegentlich eingesetzt, „to buy support (!) of a neutral tribe during a war.“ Es diente also dem Kauf von Macht bzw. Machterhalt wie das Edelmetall im Nahen Osten, Griechenland, Rom, usw.

Aus welchem dieser völkerkundlichen „Gelder“, die durch die Bank **sozialen Status** kundtun, hat sich kurantes Geld im heutigen Sinne entwickelt? Schurtz, ebenfalls schon ausführlich diskutiert, nennt zwar Beispiele, wo man sich sozialen Status ertauschen konnte.

Dieser diente aber dazu, seinerseits Abgaben zu erzwingen, wie z.B. aus Land oder aber, um überhaupt zu existieren. Das Beispiel **Nias** [*Bild fehlt, Anm. Editor*] westlich Sumatra war schon beschrieben worden. Dort konnte man sich eine Besserung des sozialen Status nur gegen „Geld“ erkaufen, da man es nicht selber hatte, vorher leihen musste. Die Schuld verdoppelte sich jedes Jahr.

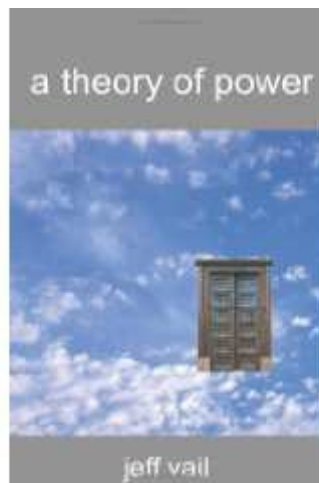
Schurtz mit Bezug auf Rosenberg: „Es kommt vor, dass die Mitglieder einer ganzen Familie zu Sklaven werden für die ursprüngliche Schuld von einem Stück Messingdraht.“

Auf **Palau**, im **Bismarck-Archipel** und einige der **Salomonen** ähnlich.

Wir finden also weder Geld als „Tauschmittel“ für irgendwelche „Handelsgüter“ oder einen „privaten Zins“ für händlerische oder gar unternehmerische Aktivitäten. **Den** Nachweis dieses privaten Geldes und/oder privaten Zinses bist Du leider bis heute schuldig geblieben. Innerhalb von Stammesgesellschaften wird auch nicht „gehandelt“, sondern das durchaus arbeitsteilig Produzierte (wie in jeder Familie auch) anschließend verteilt. Dabei kommen die im sozialen Rang Oberen (Familie: Vater) am Besten weg.

Auch über dieses „Big-Man-Problem“ (sumerisch LU.GAL = Big Man) ist ausführlichst gepostet worden. Zu einem der vielen, erdumfassenden Big-Man-Phänomene (**Tsimshian**) siehe bitte hier.

Auch auf **Jeff Vail**, *A Theory of Power*, inzwischen als Paperback



sei zu diesem Thema (Big Man Eroberungen) verwiesen, ein Zitat daraus:

„The transition seems to have led tribes to organize around “Big Men”, sparking the formation of a centralized political control [= Macht-] structure. Stemming from the Share-Out concept of **redistribution**, those individuals who consistently provided greater harvests or catches would gain prestige by sharing with more needy group members in difficult times... **The centralized direction of the Big Man allowed for organized wars (!) of conquest...**“

Just so ist es gelaufen. Von irgendwelchem Handel & Wandel nirgends eine Spur, nichts von Privatgeld oder privatem Zinssatz. Wir sehen den oft genug besprochenen Ablauf des Nahen Ostens und Meso-Amerikas. **Kubary**, der die Karolinen (West-Pazifik) gut studiert hatte, schreibt:

„Für den Hauptzweck, der bei uns das Geld unentbehrlich macht, also für den Unterhalt des Lebens, bedürfen die Insulaner keines Geldes, denn alle sind hier Selbstproduzenten.“ Die Entstehung des Geldes als „Tauscherleichterungsmittel“ (das bekannte 2 Hühner gegen 31 Eier) aus völkerkundlichem Befund abzuleiten, entbehrt jeder Grundlage.

Ein wichtiger Aspekt, den der genannte Völkerkundler (erschieden in den „Ethnografischen Beiträgen“) ist dieser: Man müsse „Geld haben“, um **„Mitglied eines Staates (!)“** zu sein.

By the way wie heute.

Und dass der Staat ein **Machtssystem** darstellt, das mit *coercive power* (bewaffnetem Zwang) operiert und nicht etwas auf Basis irgendeiner Freiwilligkeit von wegen, der Staat (Machtmonopolist) „verkauft“ (in Konkurrenz zu sich selbst?) den Bürgern (waffenmachtlose Polypolisten in geradezu atomistischer Konkurrenz zueinander stehend!) Güter und Dienste zu sich auf „freien Märkten“ ergebenden Preisen ist eine nachgerade lächerliche Vorstellung.

Einen freien Markt zwischen dem Waffenhalter (bei angedrohtem oder vollzogenen Waffeneinsatz) und Nicht-Waffenhaltern gibt es ex definitione nicht. Die Preise ergeben sich auch nicht auf Märkten, sondern stehen im **Gesetzblatt**.

>>Jetzt bin ich aber baff. Obwohl ich nur oberflächlich hier mitlese, das ist nun wirklich -zigfach erklärt worden, und zwar

>Kein einziges Mal. Es geht auch nicht. Er ist zum Beispiel bis heute (drei Jahre nunmehr!) die Erklärung schuldig, wie etwas Wertloses zur Abgabe werden kann (von den fehlenden historischen und völkerkundlichen Belegen ganz zu schweigen).

Schön der Reihe nach, wenn ich bitten darf. Wir sind jetzt von der Subsistenz- zur Abgabewirtschaft gekommen.

1. Dass wir als erste Abgaben **Naturalien** haben, darf als unbestritten gelten, z.B. Gerste im Nahen Osten und Mais in Amerika. Dabei handelt es sich entweder um Surplus-Produktionen (Mesopot) oder um **Staple**-Produktionen, die anschließend von der Zentralmacht redistributiert wurden (Ägypten, Inka, usw. lang und breit dargestellt und diskutiert). Beides dient der Aufrechterhaltung der Machtstruktur. Ein voller Silo ist wertvoller als ein leerer. Das hat nichts mit dem „Wert“ zu tun, das der einzelne einem Subsistenzmittel beimisst, da er ohne dieses schlicht verenden würde.
2. Da die Abgaben mit Gewalt erhoben wurden, muss zwischen dem Wert eines Subsistenzgutes in einer Subsistenzwirtschaft („man hat was zu essen“) und dem Wert eines Subsistenzgutes in einer Abgabenwirtschaft unterschieden werden („fehlt es, geht mir die Macht flöten“ – oder hätte sich Pharao ohne die Josefs-Silage an der Macht halten können? Kaum, vgl. den Aufstand der „Bevölkerung“ zu Beginn der Oedipus-Geschichte, vgl. das unerschwingliche Brot 1789, usw., usw.).
3. Nun kommt also die **Waffe** ins Spiel, denn ohne sie keine Abgabewirtschaft. Der Wert der Waffe entspricht dem, was mit ihrem tatsächlichen oder angedrohten Einsatz abgefordert werden kann. Daher wird Waffenmetall als Abgabe gefordert, ausführlich die breit vorgestellten Forschungen von Siegelova über die Hethiter: Cu und Sn streng getrennt, um nur ja das Waffenmonopol (Bronze!) nicht zu verlieren.
4. Nun erscheint in Mesopot Silber in der bekannten Gewichtsparität zu Gerste als **Abgabe**, man konnte also seine grundherrlichen (!) Abgaben (es gab keine freien Lohnarbeiter, wie oft soll es noch gesagt sein?) in beiderlei Formen beschaffen, was aus dem **money proper** (Silber als Gewicht) ein **money of account** machte. Die von **Stol** in seiner bemerkenswerten Dissertation (dt.: Ein Babylonier macht Schulden) aufgeführten Zehntausende von Schuld-Kontrakten lauten sämtlich auf „Shekel“ in Silber. Dabei wurde ununterbrochen skontriert bzw. dann weiter zum bekannten 20%-Zinssatz vorgetragen, was die sattsam bekannten Überschuldungen und anschließenden *clean slates* erklärt. Das Mesopot-Silber war im genormten Standard Rechengeld – ähnlich der **Mark Banco** in Hamburg, usw.
5. Gold, wiewohl erheblich „wertvoller“, erscheint als Abgabe nicht (außer als Geschenk an den/die Machthalter bzw. der Machthalter untereinander, wie ausführlich schon dargestellt, vgl. Amarna-Briefe). Gold war weder als Gewichtsstandard zu verwenden noch hatte es einen festen Kurs zu Silber. Für Ur finden wir allein für das Jahr 2056 BC Verhältnisse von

7: 1 als auch 21 : 1. In Mari und Babylon (altbabylonische Zeit, ab ca. 1845 BC) finden wir ein 7 : 1, bzw. 8 : 1 bzw. 10 : 1 als häufigstes, dann aber auch 4 : 1 und 12 : 1. Gold war also schlicht **kein Geld** (dort nicht und auch sonst in Stammeswirtschaften nicht – außer dem Goldstaub, Westafrika, ab dem 15. Jh. AD, nach den bekannten Goldgewichten von der Macht zu Abgabenzwecken (!) genormt, wobei – siehe die obige Parallele zu Silber die Goldgewichte dann ebenfalls als „Geld“ fungierten).

Nun zum sonstigen völkerkundlichen Befund. Dabei darf auf die **Kauri-Muscheln** abgehoben werden (im Folgenden nach **Schneider/Ribbe**) und anderen. Auch dabei ist von irgendwelchem „Privatgeld“, das am „Anfang“ gestanden hätte, keine Rede.

Hahn (über die untere Halbinsel von Neuguinea): [Bild fehlt, Anm. Editor]

Muschelgeld heißt „tabu“. Dann: „Trotz der Bestrebungen, reich zu werden und zu einer der Würden zu gelangen, kann unter den (Stammes-)Genossen von einem Unterschiede in sozialer oder politischer Hinsicht nicht gesprochen werden. Die Wohnung und Nahrung des Ärmsten ist genau dieselbe wie die des Reichsten. Eins hat der Reiche dem Armen voraus: **er kann sich im entscheidenden Augenblicke einen große Macht (!) werben, der Arme ist auf den Beistand der Familie angewiesen.**“

Von Handel & Wandel keine Rede. Dass die Kauri zunächst Machtmonopol waren (Isla de Dinheiros), wurde schon diskutiert. Sie kursierten auch nicht einzelnen, sondern staatlich **genormt** in Hohlmaßen oder Schnüren, die vorgegebene Länge war in den Unterarm eintätowiert bzw. umfasst den ganzen Unterarm.

Nun sind die Kauris ein weites Feld, zumal es mehr als ein Dutzend verschiedene Qualitätsstufen gibt. Ihnen einen „Wert“ a priori beizulegen, erübrigt sich, da sie in weiten Bereichen als Schmuck überhaupt nicht überhaupt nicht genutzt wurden, wohl aber als Geld. Im Zusammenhang mit den Erst-Kauri-Nutzern und deren ersten Waffengeld wird noch zu berichten sein.

Nun zu Kauris und **Abgaben**:

1. **Welwitsch** (*Über ein Geld von der Küste von Guinea, hergestellt aus einem Schneckenhaus*) berichtet, dass Distrikte im Landesinneren "ihre Zehnten an den Staatsschatz (!) in Münze dieser Art ... zahlen.“
2. In **Luanda** als Steuerzahlung noch 1857 nachweisbar. Parität: 1 Quiranda = 6 Shilling, wobei 1 Rind = 3 bis 4 Quiranda.
3. „Die Quirandas dienen ... auch zur Entrichtung (Bezahlung) eines Teils des **Tributs**...“
4. „Im Gebiet von **Silhet** (Indien) bestand noch fast das gesamte in der Provinz umlaufende Geld in Kauris und die jährliche Steuer ... wurde ganz in Kauris bezahlt.“
5. Für **Borno** [Bild fehlt, Anm. Editor] haben Barth und Nachtigal nachgewiesen, dass die Kauri durch einen „Regierungsakt des Herrschers“ zu Geld mit festem Kurs zu anderem, vor allem den Maria-Theresia-Talern (andere Machtbaustelle), bestimmt wurden. Der Zwangskurs ging immer wieder bachab, so dass schließlich nur noch auf die MT-Taler als Abgabengut rekurriert wurde. Die wurden dann „verkaurit“, also dasselbe System, wie es die Römer machten: GZ/STZM = Gold, das wurde dann nach Kauf des Imperators (= Oberbefehlshabers) von Truppen von diesen „versilbert“ oder später Münzverschlechterung Gallienus usw. „verkupfert“.
6. In **Adamaua** (Hochland, Nord-Kamerun): „Steuern, Zölle usw. werden in Kauris bezahlt.“
7. **Sudan**. Steuern und Zölle werden allgemein in Kauris (Name vor Ort *kurdi*) entrichtet,
8. **“Wie denn in Kano (Westafrika, Islam-Hochburg)**



(wozu die Stadtmauern? Gegen wilde Tiere? Das Tor war früher so schmal, dass gerade ein Kamel durchpasste, jetzt für Autos erweitert)

die Abgaben gleich als ‚Kurdi‘ bezeichnet werden.“

Interessant. Name der Abgabe = Name des Abgabengutes. Wer da an die römische „**moneta**“ denkt (monere = mahnen, eintreiben) ist ein Schelm.

9. **Barth** dazu: Der Statthalter (!) erhebt aus dem Land 90 bis 100 Millionen Kauris. „Den bedeutendsten Betrag in dieser Einnahme bildet die Grundsteuer - *Kurdi-n-kassa* (Kassa - hübsch!) , die an die 90 Millionen bringt. Daneben wurden auch Sklaven abgeliefert, nicht „gekauft“, sondern mit der Waffe eingefangene.
10. In **Wurno** treffen Boten aus Saria ein. Bringen als 2-Monats-Tribut u.a. 300.000 Kauris. Wie hat Saria die bloß beschafft? Tja, da lugt der Abgabengut-Beschaffungs-Handel um die Ecke.
11. **Timbuktu** hätte unschwer Gold nehmen können, aber nein, es musste etwas sein, das nicht einfach so da rumlag: Unter den **Fulbe** (Hirtenvolk, Westafrika, diverse Reiche, klassische Machtstrukturen) musste dort jeder Erwachsene und jeder Sklave (zahlte sein Herr) „einen **Tribut** von 2000 Muscheln“ abliefern. Tja, nun find mal in Timbuktu Kauri-Schnecken ... Kann es sein, dass Du Dir die Kauri mühsam er-handeln musstest (Macht Abgabe Handel pur), überhaupt mit Karawanen aufgebrochen bist, um sie Dir zu beschaffen?
12. **Dahome**. „Bei großen Festen warf (!) der Herrscher Massen von Kauris unter das sich darum balgende Volk (vgl. römische „Auswurfmünzen“). **Abome** (Quelle: Burton): „Alle Abgaben und Zölle wurden in Kauris bezahlt; als Schlagbaum diente ein quer über die Straße gezogener Strick.“ Nun mach mal „privaten“ Handel – ohne Zoll zu zahlen.
13. **Lukengo** (Kongo) [Bild fehlt, Anm. Editor] hat Strafzahlungen und **Abgaben** in Kauris: „So musste jeder, der den Markt Kabao (Kabuyu) besuchte, an Lukengo 3 Kaurimuscheln zahlen...“ Wegelagerer lohnt schon immer.

>Ohne das z.B. geht es aber nicht.

Na schauermal. Erbitte höflichst völkerkundliche Gegenbeispiele (jede Variante aus Deiner großen Bibliothek willkommen). Und vor allem Nachweise:

1. Erstes (vormachtliches!) Privatgeld.
2. Ersten (dito) Privatzens.

>>>Wo sind die historischen Belege, etwa Tontafeln, aus denen die Kreditaufnahme zu Steuerzwecken ersichtlich wird? Usw.

Klengel mit seinem „Wucherer“ Balamunache (oder andere Schreibweise) schon ausführlich erwähnt (Hammurabi-Zeit). Davor, siehe bitte oben: Es gab keine „Leihe“ zu privaten Zwecken.

Was es gab, war die **Schuld ex nihilo**, die dem Abgabenverpflichteten sofort als SOLL gebucht wurde und sich dann im *agrarian usury* (**Hudson**) in regelmäßigen Abständen entladen hat.

Gegenmittel: *clean slates*, wie oft genug beschrieben.

Die erste Erwähnung einer **Schuld** unter **Enmetena** (Lagash, ca. 2400 BC). **Renger** (Royal Edicts..., 2002) zum Herrscher E.:

Er war der Erste, „to forgive the arrears in contributions owed to the institutional (!) households.“ **Van de Mieroop** (hier bestens bekannt): „Arrears in payments owed to the institutions were treated as **advances** (!), on which interest could be charged.“

DAS ist das Geheimnis des Wirtschaftens, in dem wir bis heute stecken: Die Steuern, die wir in ihren Sätzen (!) laufend steigend bewundern dürfen (die Staatsschulden sind nichts anderes als noch nicht kassierte Steuern) sieht die Staatsmacht als a priori „rückständige“ an.

>>gerade mit unzähligen historischen Belegen. Ich schüttle stumm den Kopf und tauche wieder ab.
>Eben nicht. Es gab zig historische Hinweise, aber das, was die Machttheorie ausmachen soll - die Entstehung von Zins und Geld aus der Abgabe -, dafür fehlen sehr wohl die historischen (und auch völkerkundlichen) Belege. Dottore hat keine einzige - und es müßten hunderte sein - Tontafel gezeigt, aus denen ex- oder wenigstens implizit hervorgeht, daß jemand Kredit aufnimmt wegen der Steuer, und dergleichen.

Es sind Zehntausende und diese wegen nicht erfüllter Steuerforderungen (SOLL > IST)! Von „privater“ Kreditaufnahme, etwa, um „ein Geschäft zu starten“, keine Rede. Wer denn? Wo denn? Die „Kreditaufnahme“ war nichts anderes als eine **Schuld-Hochbuchung**, siehe eben. Die „Wucherer“ kommen erst viel später, siehe oben.

>Der Rest ist seine Interpretation, und die ist in diesen Punkten falsch.

Falsch ist die Vorstellung, es habe mit „freien, gleichen (usw.) Bürgern“ oder „Menschen“ begonnen. Davon kann wirklich keine Rede sein. Jeder in einem Machtareal Befindliche war **immer** zu Sachabgaben und/oder Leistungserbringung verpflichtet. Schön von unten nach oben durchgehend. Der einzige, der steuerfrei blieb (gilt bis heute), war S.M. der „Staat“.

>Mich wundert vielmehr, wie jemand eine Theorie verfolgen kann, wenn er von Anfang an Gegenargumente zur Kenntnis bekommen hat.

Ja, die Theorien. **Hudson**:

„Theories based on individuals abstaining from consumption, taking the time to make tools for themselves or lending out the means of production are not much help in explaining...“

Zur entsprechenden **Heichelheim**-Theorie:

„Heichelheim followed free-market orthodoxy in rationalizing the rate of interest as reflecting the productive use of borrowed resources, with due compensation for risk.“

>Er sollte eigentlich dankbar sein, stattdessen...

Da sollte man doch dankbar sein, dass jemand dieser Orthodoxie, die jedem VWL-Lehrbuch als unfehlbares Dogma voraneilt, auf die Zähne fühlt. Wo sind sie, die mit dem komplett obereigentümerfreien Leute mit „Kapital“, wo steckt die abgaben- und dienstleistungsfreie „Arbeit“. Wo gar der ein für allemal lastenfreie „Grund und Boden“?

Aus diesen drei „Produktionsfaktoren“ schreinert der *mainstream* seine „Modelle“. Nur dass sie hinten und vorne nicht stimmen, erleben wir jeden Tag.

Dieses Packerl musste jetzt mal sein. Mit der Bitte, etwaige Langatmigkeiten und/oder Wiederholungen längst in extensis abgehandelter Bereiche zu entschuldigen und einem „stattdessen“ gehe ich wieder ad fontes + schönen WE-Gruß!

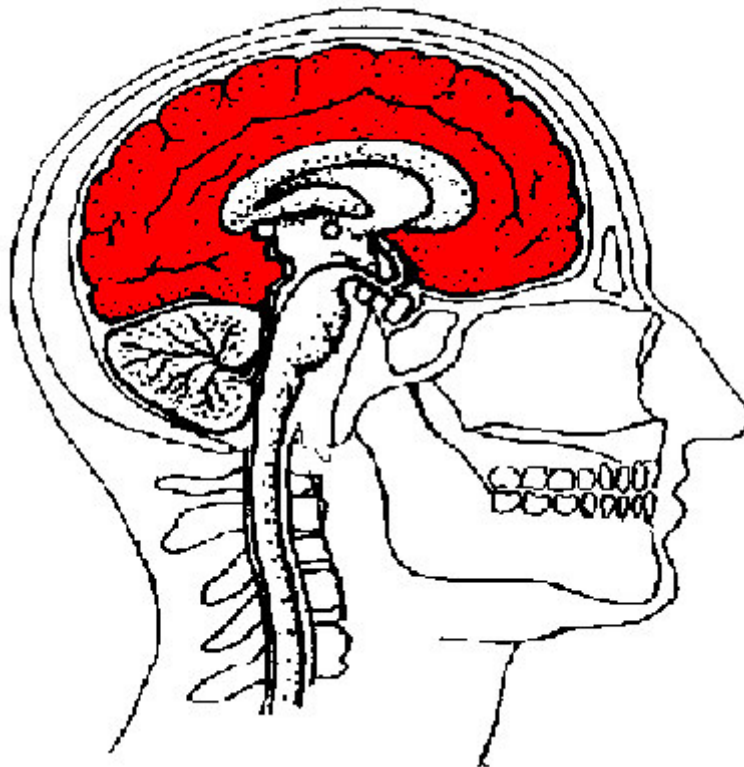
"Machttheorie" - diesmal ganz genetisch

Geschrieben von dottore am 18. September 2005 15:06:22

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/332904.htm>

[I]n „Science“ (9. September 2005, 1717 und 1720) sind zwei Artikel von einer Gruppe von Hirnforschern unter Federführung des Humangenetikers **Prof. Bruce Lahn** der Uni Chicago erschienen. Sie sind weitgehend unbeachtet geblieben, dennoch sensationell.

Kernaussage: Das Gehirn des *Homo sapiens sapiens* ist nicht etwa „fertig“, sondern entwickelt sich dank zweier spezieller Gene (*Microcephalin* und *ASPM*) weiter und dies mit enormem Tempo. Das Ganze spielt sich in der Großhirnrinde ab (*Cerebrum, Cortex, Neocortex*):



Vor allem hat der bekannte „Stirnbereich“ eine zentrale Rolle: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Im ganzen Cortex sitzen die „Ursachen“ für die bekannten „menschlichen“ Eigenschaften wie Sinne, Denken, Lernen, Emotionen, Bewusstsein, „gesteuerte“ Bewegungen, usw. (hat übrigens nichts zu tun mit der „Teilung“ des Gehirns in zwei Hälften, für deren Entdeckung **Prof. Roger Sperry** 1981 den Nobelpreis erhalten hat).

Ähnliche humangenetische Varianten (die Gen-Varianten werden *alleles* genannt) hatte in „Science“ (8. Juli 2005, 234) schon **Prof. Ajit Varki** (UCAL, San mDiego) ausgemacht und vorgestellt. Beim Vergleich des *Sapiens sapiens* mit anderen Hominiden, die im neuesten „GEO kompakt“ Nr. 4 vorgestellt werden fällt auf, dass die meisten dieser „Vormenschen“ die bekannte „flachere“ Stirn aufweisen, was auf einen kleineren bzw. überhaupt nicht vorhandenen Cortex schließen lassen. Der *Sapiens* soll sich dabei aus dem *Erectus*, dieser aus dem *Ergaster*, dieser aus dem *Habilis* oder *Rudolfensis*, dieser aus dem *Kenyanthropus* bzw. *Australopithecus* entwickelt haben.

Dabei zeigt sich deutlich eine immer höher ausgewölbte Stirn, wofür einige Beispiel genügen:

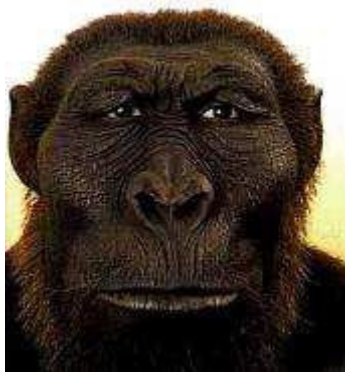
Erectus [Bild fehlt, Anm. Editor]

Habilis [Bild fehlt, Anm. Editor]

Australopithecus [Bild fehlt, Anm. Editor]

Die „völligen Flachköpfe“, wie den Aegyptopithecus (vor 33 Mio. Jahren) lassen wir der Einfachheit halber weg.

Dass diese Hominiden durchaus „fit for survival“ waren, gilt nicht nur aufgrund ihrer über Hunderttausende von Jahren hinziehenden realen Existenz als unumstritten, z.B. für den „Nussknacker“ *Paranthropus boisei* (vor 2,1 bis 1,1 Mio Jahren):



Der war in sämtlichen survival-technischen Belangen absolut topfit. Geo: „Dennoch ist dieser letzte Vertreter der ‚robusten‘ Australopithecinen ausgestorben...“

Dass es an klimatischen oder katastrophischen Einflüssen gelegen haben mag, erscheint unwahrscheinlich, da sich zum einen die Hominiden in der Zeit ihres Auftretens überlappen und zum anderen in den selben Habitaten nebeneinander aufgetreten sind, auch wenn die Fund-Mengen noch zu wünschen übrig lassen.

Lag es vielleicht an der schieren Hirngröße selbst?

Dagegen spricht der *Neanderthaler*: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Er hatte ein größeres (!) Hirnvolumen als der Sapiens (1750/1400 ccm) und dennoch ist er verschwunden. Allerdings, so GEO:

“Hinter dem archaisch anmutenden Antlitz mit fliehender Stirn und dicken Überaugenwülsten verbarg sich freilich ein Gehirn, das größer war als das des heutigen Menschen. Vor allem die Hirnbereiche für das Sehen und Hören waren offenbar besonders gut ausgeprägt. Dagegen fiel der für die Planung von Handlungen zuständige Stirnlappen beim Neanderthaler kleiner aus als bei Homo Sapiens.“

Aha. Nun könnten wir also zum Kern kommen:

Wie **Prof. Robin Dunbar** (London, jetzt Liverpool) anhand von 36 Primaten-Genera nachgewiesen hat, besteht eine Korrelation zwischen der Größe des Neocortex und jener von Gruppen, in denen sich die Neocortex-Betroffenen bewegen:

“There is a cognitive limit to the number of individuals with whom any one person can maintain stable relationships, that this limit is a direct function of neocortex size, and this in turn limits group size...“

Diese „stable interpersonal relationship“ ist es also, worum es geht.

Die renommierte Unternehmensberatungsfirma **Boston Consulting** hat die „Dunbar Number“ in einem (schon mal gezeigten Schaubild) dargestellt: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Deutlich zu sehen: Die (stabile) Gruppengröße (ca. 150 beim *Sapiens*) korreliert mit dem Neocortex/Resthirn-Verhältnis. Daraus ist zu schließen, dass der *Sapiens* in größeren Gruppen unterwegs war bzw. dann auch siedelte als andere Hominiden (beim Neanderthaler wird als Gruppengröße ca. 20 bis 60 genannt).

Die 150er-Zahl (Richtwert, zum Teil auch Maximalwert) als sozialer Stabilisator findet sich in zahlreichen Beispielen, die inzwischen untersucht wurden.

Einige (von vielen) Beispiele:

- Hutterer-Siedlungen (60 bis max. 150)
- Mesopotamische Dorfgemeinschaften (schon erwähnt)
- Academia (Research-Gruppen bis 200)
- Zentrale Kampfeinheit aller Armeen (Kompanie-Stärke seit der Antike; bei Kompanien im 20. Jh.: 179,6)
- Job-Zufriedenheit (ab 150 wird der kommunikative Flow schwierig)
- Innerbetriebliche Freundschaften (90-150)
- Ultima Online-Spieler oder Castle-Marrach-Spieler, die gleichzeitig operieren (ab 150/160 bleibt's stecken)
- Wikipedia-Redaktion (150/175 aktiv)

Und so weiter.

Ein schönes Beispiel ist auch das äußerst erfolgreiche Unternehmen Gore, das auch drei solcher 150er-Einheiten in Deutschland unterhält, das keine Hierarchien kennt und die Löhne durch die Beschäftigten selbst regeln lässt. Sobald in einer Einheit, die 150er-Zahl überschritten wird (Parkplätze fehlen), wird die nächste in Angriff genommen.

Durch die Sprache (spart Zeit, die für sie soziale Stabilisierung benötigt wird) kann die Zahl erweitert werden, was klar ist. „Sprachlose“ Primatengruppen brauchen bis zu zwei Drittel ihrer Zeit, um sich immer wieder miteinander „bekannt zu machen“, z.B. Kämmen, Lausen, usw.

Der Schluss, die größeren *Sapiens*-Gruppen **hätten kleinere durch ihre Größe allein** „ausgestochen“, ihnen Habitat und/oder Nahrung geraubt oder sie der Einfachheit halber gleich ausgerottet, ist vorschnell, wiewohl naheliegend und sicherlich in vielen Fällen, wenn „Gruppe“ (Stamm) auf „Gruppe“ traf, zutreffend (zumindest einer war in der Regel **bewaffnet**).

Aber jetzt kommen diese Cortex-Erweiterungs-Gene, von denen oben für *Sapiens* (seit 250.000/195.000 Jahren) die Rede war (Prof. Lahn) ins Spiel.

Die Variante **Mikrocephalin** soll nach Lahn et al. vor ca. 37.000 Jahren erschienen sein (heute schon in 70 % aller Jetzt-Menschen vorhanden). Es könnte also ursächlich sein für das Verschwinden der „unterlegenen“, weil (noch) nicht mit diesem Gen gesegneten Hominiden wie *Erectus* (Spur verliert sich ca. vor 40.000 Jahren), *Neanderthaler* (vor 27.000 Jahren) und auch des jüngst entdeckten *Homo floriensis* (13.000 Jahre).

Die andere Variante **ASPM** (= abnormal spindle-like microcephaly-associated) erscheint vor ca. 5.800 Jahren (heute schon in ca. 30 % aller Jetzt-Menschen nachzuweisen), was in etwa (die Chronologie ist nach wie vor umstritten) mit dem Auftreten der ersten mesopotamischen Großreich-

Bildungen zusammenfielen, aber interessanterweise auch mit der **jüdischen Zeitrechnung**, die bekanntlich mit dem Jahr 3761 BC beginnt.

Und auch in etwa mit der legendären Zeitrechnung der **Maya**, die 3114 BC startet.

Nun bezieht sich die Dunbar'sche 150 sozusagen auf einen relativ passiven Normalzustand (auch eine Kompanie steht nicht immer im Kriegseinsatz) und es wird diskutiert, was denn die optimalen Gruppen-Größen wären, sofern aktiv vorgegangen werden soll. Dabei gelten zwischen 25 und 80 als gut und 45/50 als ideal. Dies wäre, übertragen auf eine Gruppe, die sich auf einen „Fremdeinsatz“ vorbereitet, also die Zahl etwa der dann in den Einsatz abrückenden Krieger (100 wären dann Frauen, Kinder, Greise und die „Nachhut“).

Die Zahl der „Chefs“ läge dann bei 9 bis 12 Leuten („Kommissionen“ aller Art sind bekanntlich bei 7 am effizientesten) – unbeschadet der Tatsache, dass einer als Chairman operiert.

Aus dem Ganzen wären also mehr oder weniger erbauliche Schlüsse zu ziehen:

1. Unser *Sapiens*-Hirn, eh schon zu groß und nur stets unter Kapazität genutzt (auch Leute mit Halb-Hirn überleben problemlos), ist nicht etwa „Ausdruck“ von Erhabenheit etc., sondern eine durch Gen-Deformationen verursachte Wucherung. Dunbar: „The explanation for the increase in brain size within the hominid lineage ... stands in contradiction to the conventional wisdom that these large brains evolved to enable humans to hunt and/or manufacture tools.“
2. Dabei haben sich im *Sapiens* jene Partien des Neocortex ausgewuchert, die uns nicht etwa „fitter for survival“ machten, sondern „fitter to kill and eliminate others“. Das Verhältnis Neocortex/Restbrain beim *Sapiens* ist ca. 50 % größer als für jede andere Primaten-Art.
3. Der Prozess ist weder abgeschlossen noch reversibel. Die entdeckten „alleles“ (Neocortex-maximierenden Gen-Mutationen) werden explosionsartig vererbt. Lahn: „Very heritable“. Sog. „Umweltfaktoren“ spielen keine Rolle: „Bad nutrition ist typically not a factor; the brain is very privileged within the body.“ Dies entspricht auch den Befunden der Dunbar-Diskussionen: Das Nicht-Vorhandensein der 150er-Größen ist dort zu beobachten, wo Sonderfaktoren eine Rolle spielen, z.B. Zurückdrängen in Grenz-Habitate.
4. Durch Sprache (heute mit Hilfe von massenmedialen Möglichkeiten multipliziert) können zwar erheblich größere „Gruppen“ entstehen, die aber niemals am grundlegenden 150er-Phänomen vorbeikommen, dafür aber immer weiter verfeinerte Hierarchien bilden, die sich dann wiederum in sich unterscheiden müssen: reicht von militärischen Rängen und tiefer gestaffelten Bürokratien bis hin zu „Statussymbolen“ (Autos, Häuser, Feten).
5. Das letztlich in der Neocortex-Wucherung und –Variierung angesiedelte Macht-, Machterringungs- und Machtausübungs-Phänomen (dessen Grundlagen sich sämtlich dort versammelt finden) mit seinen Unterwerfungs- und Eigenprofitmaximierungs-Bestrebungen dürfte uns noch viel stärker beschäftigen als wir überhaupt ahnen. Wann sich dieses „negative Potenzial“ mit voller Wucht entlädt, ist natürlich offen.

Meine bescheidene „Hochrechnung“: Spätestens nach dem Zeitpunkt, da sich die ideologische und etatistische Maskierung der Realitäten nicht mehr halten lässt, wird's spannend.

Dann ist wohl nichts mehr mit „Menschenrechten“, „Liberalisierung“, „Gerechtigkeit-für-alle-Gesäusel“, „Internationalismus“, „Globalisierung“ und vor allem Machtabgaben-Vertagungen (Staatsverschuldung) im Zusammenhang mit dieser verzweifelt widersprechenden „Minimalstaats-These/Forderung“.

Tja, man hätte wohl besser ein Rudel *Australopithec*i gewählt – artfriedlich und ohne üble Gen-Mutationen. Leider auf keinem Wahlzettel zu finden gewesen.

Renfrew und der "Handel" in der Steinzeit

Geschrieben von dottore am 04. September 2005 16:27:10

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/331184.htm>

Als Antwort auf: Re: Schlag nach bei Marx & Plato und vielen anderen / eine Frage fehlt noch geschrieben von Diogenes am 02. September 2005 21:08:30

Hi Diogenes,

>>> *Woher wußten die Händler plötzlich was wo und wogegen erhältlich ist, über hunderte von Kilometern hinweg? - Vorher gab es ja noch nichts an Handel.*

>> *Wieso "plötzlich"? Potosi ist auch nicht "plötzlich" entdeckt worden. Barter mit Potosi gab's auch nicht. Man geht da schön und langsam von A nach B (was da?), von B nach C (was da?), usw.. Schließlich entdeckt man sogar die "Neue Welt".*

> *Und vorher ist das nicht gegangen? - mit gehen von A zu B und rumfragen und so.*

> *Du erkennst hierin den (zweiten) Widerspruch in der Machttheorie? ;-)*

Dazu mal etwas grundsätzlicher, leider ein weites Feld.

Der hochberühmte Prähistoriker **Colin Renfrew**



(geb. 1937, Cambridge, geadelt) versucht, den uns interessierenden Zeitraum ("prehistoric") archäologisch, linguistisch und molekularbiologisch (DNA usw.) zu enträtseln, also drei komplexe Wissenschaften zu vereinen. Er nennt das die "drei Dimensionen der menschlichen Geschichte".

Zum archäologischen Befund zählt - mangels anderer oder kaum erhaltener prähistorischer Artefakte - der berühmte **Obsidian**, der sich sehr gut nach seiner Herkunft (jeweiliges Vorkommen) verorten lässt. (Entsprechend kann die Linguistik die Herkunft einer Sprache aus einer anderen und die Molekularbiologie eine DNA-Struktur aus einer anderen "ableiten" - die Arbeiten sind mit riesigen Kontroversen in vollem Gange).

Hier zunächst ein Auszug aus einem Interview mit ihm:

JB: Let's talk a bit about how you got to where you are in terms of your science. RENFREW: "I started out at Cambridge doing natural sciences when I was an undergraduate, so I did Part One Natural Sciences, and then I went on to do Part Two Archaeology. I decided halfway through I really wanted to be an **archaeologist**. So that was straight archaeology; it wasn't the discipline that's emerged more recently, which is sometimes called archaeological science, which means the application of scientific techniques to archaeology." [Dabei geht's um die sich stark entwickelnde sog. **Archaeometrie**, deren Ergebnisse kaum noch zu überschauen oder nachzufolgen sind]

Nun geht Renfrew ziemlich ansatzlos auf den **Handel** los:

"But then I got into a very interesting problem which involved **prehistoric trade**. There was one commodity, a stone called **obsidian**, a volcanic glass, which was very widely **traded** way back in neolithic times. Obsidian is quite widely used in the world, but it's found in very few places. So when you have a good source, the obsidian tends to be **traded** over hundreds or even thousands of miles from that source."

Hier gilt es einzuhaken. Dass **Obsidian** weit entfernt von der jeweiligen Quelle gefunden wird, ist unbestritten. Er muss also von A nach B gekommen sein. Nur wer sagt, dass dies durch "Handel" geschehen sein muss? Obwohl Renfrew auch von riesigen **Migrationen**, quasi rund um den Globus, ausgeht, setzt er gleichzeitig voraus, dass die Leute **ortsgebunden** waren. Und feste Bindung an feste Orte setzt doch den Handel zwischen diesen Orten voraus.

Wie wir aber wissen, waren die prähistorischen Menschen

1. Nicht ein- für allemal dort sesshaft, wo sie Spuren hinterlassen haben.
2. Stämme, die sich nach Erreichen der bekannten "Optimalzahl" von ca. 150 ("**Dunbar's number**") aufteilten, wie es auch in der schriftlich überlieferten Geschichte noch und noch überliefert ist (z.B. "Zwölf Stämme Israels"). Die Stämme verteilten sich auf weitere Gebiete (oder nur der Stamm-Stamm bleib im ursprünglichen Gebiet).
3. Vielfach Jäger/Sammler, die ohnehin mit dem, was sie in A gefunden hatten, nach B weitergezogen sind. Folgen wir mal dieser Darstellung:

1. Stufe: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Der Text dazu nimmt die Handelstheorie auf, sagt aber gleichzeitig, dass Stammes- bzw. Unterstammes-Bewegungen stattgefunden haben:

„The earliest evidence of **long-distance trade in obsidian** occurs during the late-glacial period, in the still-open landscapes before the spread of forests, when it **circulated among Epipalaeolithic hunting and foraging groups** around the Fertile Crescent.“

[Hier ist die Rede von Jäger-Trupps (hochmobil) und gleichzeitig von „long distance trade“ (ortsgelunden); da die Jäger logischerweise nirgends sesshaft waren, ist doch die Frage: Wie kann gehandelt werden? Wie den nicht-sesshaften Stamm, einen Kleinst-„Verband“, der sich in den weiten Gebieten schnell verliert und kaum Zeichen seines Weges gesetzt hat, wie bei einer Autoschnitzeljagd, wieder oder überhaupt finden?

Da ist also das heutige „Handels“-Modell, das auf beiden Seiten zwingend feste Plätze vorschreibt, „mal eben so“ auf die steinzeitliche Geschichte übertragen worden – ein wissenschaftlich unhaltbares Vorgehen, zumal das, was in der **Gegenrichtung** „gehandelt“ worden sein soll, in keinerlei Spur festgestellt werden kann; notabene: Wir sind noch vor der Keramik-Zeit! Also was kam in den Obsidian-Quellen (Dreiecke) an? Gejagt haben sie dort selbst, s.o. oben „hunter and forager“]

Die Beschreibung geht dann so weiter (Anmerkungen in []):

„Two chains of **connection** [warum nicht „trade“?] are already evident: obsidian from the Bingöl region of south-east Turkey reached Iraqi Kurdistan (via the Hilly Flanks route), and obsidian from the Cappadocian area of central Turkey was **carried [warum nicht traded?] across** the Taurus to the middle Euphrates and the northern Levant (the Levantine Corridor).“

2. Stufe: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Text dazu:

„During the rapid climatic swings which brought the late-glacial period to an end, in which a warmer Allerød phase was followed by a colder Younger Dryas phase, increasingly **sedentary communities** [Waren es autochthone „communities“ oder ein Fremd-Stamm, der sich dort niedergelassen hatte? Unwahrscheinlich, da man dann „Feinde“ aufgerüstet hätte; die ehemaligen Jäger, die über die gezeigten Routen gezogen war, hatten sich auch nicht schlagartig dort niedergelassen, sondern dort zunächst kleinere Behausungen gebaut, die sie nur gelegentlich dann zu saisonalen Jagdzwecken nutzten - so jedenfalls die neuesten Ergebnisse der Natufian-Forschung, vgl. ausführlich **Alexander Marshack** und andere] **continued to trade obsidian** [nach wie vor unklar wogegen getradet], which penetrated the whole length of the Levant. The middle Euphrates seems to have been an important intermediate region in this **transmission** [warum nicht „trade“?].“

3. Stufe: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Text dazu:

„The first farming communities (**Pre-pottery** [!] Neolithic A) appeared in the warm conditions which marked the beginning of the postglacial period, and increased quantities of obsidian (both from Cappadocian and Bingöl sources) came into **circulation** [warum nicht „were traded“?]. Although each source dominated in its own area (Cappadocian in the west and Bingöl in the east), some Bingöl obsidian reached the middle Euphrates and some **traveled** further down the Levant.“

[Keinerlei Hinweis auf „Trade“, das Problem wird elegant umgangen („increased quantities ... came into circulation“ ... „some travelled further...“). Das Problem liegt auf der Hand: 1. Es fehlt an der „Gegenware“ („pre-pottery“), die weder Jagdbeute noch Getreide gewesen sein kann.

Und 2. Es laufen jetzt zwei Obsidian-„Ströme“ nebeneinander her. Wäre es „Handel“ gewesen hätten die „Abnehmer“ unschwer auf einen verzichten können oder sie hätten beide vermischt miteinander nutzen können. Es finden sich nicht beide Obsidiane an ein und demselben Ort (!), sondern an jeweils unterschiedlichen Orten, was auf unterschiedliche Stammeswege schließen lässt, über die das Obsidian „weitergereicht“, aber nicht gehandelt wurde. Dass wir dort kriegerische Auseinandersetzungen (rot/grün) annehmen können, scheint wahrscheinlich.]

In der letzten Stufe wird dies noch deutlicher. „Rot“ siegt über „grün“ und drängt diesen aus dem Gebiet. Dies aber nicht über „friedlichen Handel“ und „friedliches Auskonkurrieren“, denn beide Obsidiane hatten – wie die Karte davor zeigt, aufgrund der vergleichbaren Herstell- und Transportstruktur die gleiche Kostenstruktur – auf die jeweiligen Ursprungs-Stämme und ihre Zuggebiete bezogen. Fahren wir fort mit **Renfrew** und seiner Antwort auf die Frage oben:

„The scientific question was how can you characterize the material from one source as related to another source. If you find a piece of obsidian dated at 8,000 B.C. at Jericho, and you're a thousand miles away from a source, can you really say where this piece of obsidian came from? We found a way to do this by using trace element analysis. We originally used optical emission spectroscopy, but more recently neutron activation has been used. This was one of the first successful characterization studies that allowed **the reconstruction of trading patterns**.“

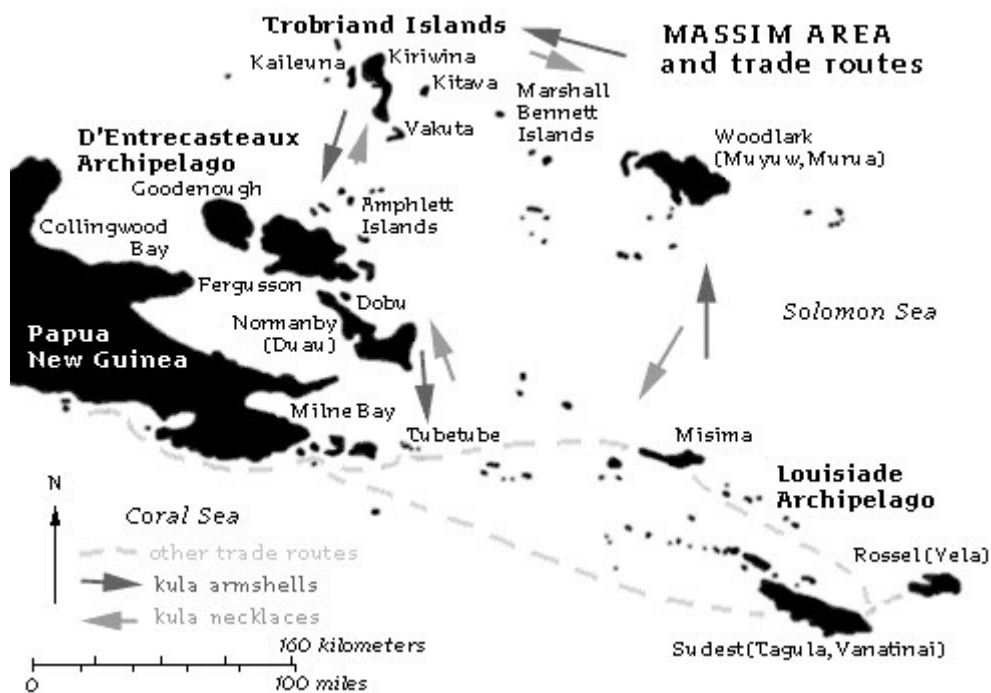
Alles richtig – bis auf den letzten Satz. Er bringt keinerlei Beleg für „trading patterns“. Ihm fehlt bei diesem „pattern“ (Modell) nämlich der **Gegen-Handel**.

Daher diese Frage des Interviewers:

JB: To what end was **this currency** (!) used?

RENFREW: It wasn't currency (!); it was supply, really. They had a need for the raw material for making lithic artifacts, and this was the best material, so it was very widely traded, exchanged, or transported. [Zwischen trade = Handel, exchange = Barter und transport = one way, not returns bestehen gewaltige [Unterschiede] But your question is a very sound one — sometimes it's the indicator of contacts [um den Charakter dieser „contacts“ geht es doch gerade!] that are taking place of which you'd not otherwise have knowledge. If you get a quantitative analysis you do falloff maps and so on, you can get a measure of interaction [auch das einfache Weiterreichen innerhalb eines Stammes und der davon abstammenden weiteren Stämme ist eine „interaction“], and the obsidian may not have been the sole (!) motivation for that interaction, but it's something accompanying (!) it. I began to talk of trade as action at a distance [dieser „talk“ ist ganz und gar unzulässig, da eine Retro-Transponierung eines Phänomens der Jetztzeit in die Steinzeit], and began to get a measure of the extent to which communities were interacting [„communities“ – was ist das konkret? Renfrew erklärt es eben nicht!]. This is just a rather abstruse, but very concrete, measure of that interaction.“ [Ja, „abstrus“!]

Nehmen wir ein anderes Beispiel für „interaction“, den bekannten **Kula Ring**:



Dabei haben wir (ich folge **Opitz** und der seit **Bronislaw Malinowski** (hat dies 1910/18 untersucht), Kula: The Circulation Exchange of Valuables in the Archipelagos of Eastern New Guinea, 1920 reichhaltigen, kontroversen und auch ergänzenden Literatur dazu, sehr umfangreich **Jerry und Edmund Leach**, *The Kula, New Perspectives on Massim Exchange*, 1983) einen „Ringtausch“, mindestens 500 Jahre alt und bis heute aktuell. Beim **Kula** brechen Expeditionen auf und schieben sich ringsum Geschenke und Gegengeschenke zu. Es ist weder bartern noch wird gefeilscht. Von „Handel“ also keine Rede, obwohl in der Literatur oft genug das Wort „trade“ erscheint. Um einmal „rum“ zu sein, kann es bis zu 10 Jahre dauern. Von den einfachen Leute, weiß niemand, wie das funktioniert; jeder hat „Partner“ auf den anderen Inseln, die Häuptlinge am meisten.

„The Kula items (*vaygu'a*) are never used or considered as a medium of exchange or as a measure of value when in the Kula. They exist only to circulate within the Kula.“

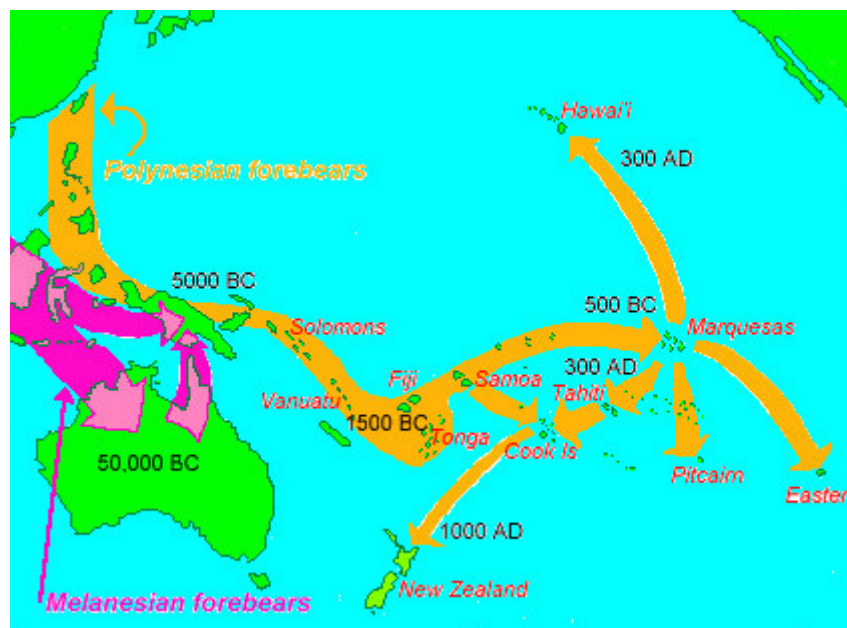
Beim Kula operieren sogar ganz unterschiedliche Stämme mit ganz unterschiedlichen sozio-kulturellem Background miteinander.

Schließlich nochmals **Renfrew** im Interview:

JB: What pictures could you draw from that?

RENFREW: It shows, for instance, that at the beginning of the neolithic period, the beginning of farming in the Near East, just about everywhere was in contact with everywhere else. [Ja, aber nur entlang der gezeigten Linien, was aber weder „trade“ heißt, sondern nur „interaction“; warum sind sonst der „rote“ und „grüne“ Obsidian zunächst ganz unterschiedliche Routen gegangen? Der „grüne“ war für die „roten“ Punkte besser und schneller zu erreichen!] There is no early farming village in the Near East that doesn't get obsidian, even though the obsidian sources are hundreds of kilometers to the north. Obsidian from Melos, which is an island in the Aegean, is found way back before farming, 10, 12, 13 thousand years ago, so this meant that the paleolithic hunter-gatherers must have been traveling in boats. [Kamen sie über Melos von Nord nach Süd oder hatten sie von Süden aus Melos „auf gut Glück“ angesteuert?] Similar evidence for early seafaring has now been found in the Pacific, and it gives an indication that people were much more efficient at seafaring than had been imagined.“

Das mit dem Pazifik ist nun ein wirklich alter Hut, schaue:



R.H. Tykot / S. Chia hatten dazu 1997 vor der Gesellschaft für American Archaeology ein Paper abgeliefert: *The longest (!) stone age trade route in the world (!): Southwestern Pacific obsidian reached Borneo (Malaysia) in the 5th millenium BC*. Nur steht da auch nicht drin, was der „Counter-trade“ gewesen wäre. Also dasselbe Problem wie oben.

Zum eigentlichen Handel im heutigen Sinne kommen wir in diesem Fall: [Bild fehlt, Anm. Editor]
Dazu lesen wir:

„Based on the nearly exclusive presence at the site of **monies from Marseilles**, we could suppose that the great majority of trade passed through this city. However, we also know that direct contacts (**mercenaries, ambassadors**) were established with other Mediterranean peoples, which also could have led to **commercial relations**.“

Also ganz genau, wie von mir ins Auge gefasst: Machtstruktur – Söldner – Handel.

Bei dieser „Entremont“-Geschichte, auf Entremont „zielte“ schließlich der Handel, hier das dazu genutzte und in Entremont gefundene Münzgold (zwei Tetradrachmen):

[Bild fehlt, Anm. Editor]

und nicht auf irgendwelche Bauernlummel in der Provence, haben wir es ebenfalls mit einer klassischen Machtstruktur zu tun. Hier der Kopf eines dortigen **Herrschers** („decorated with a braided crown“):

[Bild fehlt, Anm. Editor]

Weitere in Entremont gefundene Handelsgüter (Herkunft Kampanien):

[Bild fehlt, Anm. Editor]

Das ist der macht-induzierte Handel mit allen Belegen, die wir brauchen, und nicht ex Jetztzeit retroprojizierte Mutmaßungen über die Steinzeit.

Weiterhin einen schönen Sonntag wünschend + Gruß!

Origin of War - die nächste, hier: Nordost-Syrien

Geschrieben von dottore am 18. Dezember 2005 15:47:54

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/341903.htm>

[A]ls interessantes Gegenstück zu den Mesopot-Stätten Ur, Uruk usw. gilt das im nordöstlichen Syrien nahe der heutigen türkischen Grenze gelegene **Tell Hamoukar**, das von Amerikanern ausgegraben wird. Zur Lage: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Der Tell (Hügel) umfasst eine Gelände von ca. 2 qkm. Ob und inwieweit er Akropolis-Charakter hatte, also als Zentrum etwaiger Machthalter gegenüber der Umgebung und dortigen Siedlungen oder auch Nomadisierenden gegolten hat, ist offen. Es kann auch sein, dass wir es mit jahreszeitlich (je nachdem, wann welche Beutetiere durchzogen, ähnlich der La Tène-Geschichte) bedingten Besiedlungen zu tun haben, wie überhaupt die ersten Siedlungen im Nahen Osten (wurde schon mal kurz andiskutiert, Beispiel Israel) **keine permanenten Siedlungen** waren.

Die Gesamtansicht:



Die Häuser sind „modern“. Es geht um den Hügel selbst und die Ausgrabungen dort:



Die Siedlungsgeschichte ist interessant und reicht bis 6000 BC zurück. Zunächst wurde das höchstgelegene Kernstück besiedelt, wie die Keramikfunde zeigen (hier ca. 4000 BC):

[Bild fehlt, Anm. Editor]

Die Siedlung dehnte sich dann per Bevölkerungsvermehrung (Stammesvermehrung) aus und erreichte schließlich das Gebiet des ganzen Tells.

[Bild fehlt, Anm. Editor]

Die Rede ist von 10.000 bis 20.000 Einwohnern, was natürlich Hierarchisierungen zur Folge hatte. Aus diesen Hierarchisierungen folgte zum einen ein mit Hilfe von gefundenen Stempelsiegeln

[Bild fehlt, Anm. Editor]

durchgezogenen klassische Distributionsökonomie.

Zum zweiten auch aus der Spezialisierung der Herstellungen. Zum Beispiel wurden Keramiken (Töpfe usw.) zunächst in den einzelnen Häusern und Familien selbst gefertigt (typisch Ubaid also), danach ging man zur arbeitsteiligen Produktion über, was z.B. diese ausgegrabenen „Großöfen“ zeigen:

[Bild fehlt, Anm. Editor]

Dabei wurden keine Spuren eines Handels gefunden, die Region war komplett autark. Einige „Fremd-Töpfereien“ von weiter südlich stammen erst aus der Zeit nach der Eroberungen, siehe gleich.

Interessanterweise ist der Tell von einer Mauer (bis über 3 m hoch und 4 m breit!) umgeben, was darauf schließen lässt, dass sich die Bevölkerung auf dem Tell gegen irgendjemand wappnen wollte oder musste. Etwaige Tempel- und oder Palastanlagen sind noch nicht entdeckt worden.

Möglicherweise ist es zu dieser Form und/oder Symbolik der Herrschaftsausübung noch nicht gekommen. Der Grund für das Fehlen solcher „imperialer“ Denkmäler dürfte in einem überraschenden Fund liegen, der soeben vom Oriental Institute Chicago, Leitung Prof. Clemens Reichel mitgeteilt wurde.

Danach wurde Tell Hamoukar ca. 3500 BC erobert, aller Wahrscheinlichkeit nach von einem der weiter südöstlichen Zentren der Uruk-Kultur, die bekanntlich nicht zimperlich oder gar friedfertig war.

Die Eroberern – und das ist ein Novum – haben dabei die Stadtmauern mit Hilfe von ovalen „bullets“ (gefunden: ca. 1200 Stück) und großen Kugeln (120 gefunden) sturmreif geschossen, abgefeuert mutmaßlich mit Schleuder-Mechanismen. Reichel nennt die Gegend die älteste bisher bekannte Zone, in der „großflächig Krieg geführt wurde“. Dieser „origin of war“ ähnelt dem ca. 1200/1300 Jahre später datierten, der aus dem Hochtal von Oaxaca (Mexiko) gemeldet wurde (lange Diskussion dazu hier).

In Tell Hamoukar wurden auch die schon aus **Tell Brak**

[Bild fehlt, Anm. Editor]

bekanntesten „Augen-Idole“ gefunden: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Diese frühen Stadt-„Kulturen“ sind ein interessantes Bindeglied zwischen den ursprünglichen und eigenwirtschaftlich operierenden Multi-Familien oder **Stammesgesellschaften**, die ihre "falsche Entscheidung" (@Popeye) in Form der Sesshaftwerdung getroffen haben und dem was wir dann als klassische **Abgabenökonomien** erleben, die in dieser Gegend ihren Ausgang nahmen und mit dem dortigen Großreichen der Mitanni, Hethither (weiter nördlich) und vor allem der Assyrer/Perser ihren ersten Höhepunkt erreichten, wo dann, wie schon des öfteren erwähnt, im Zentrum Babylon alles schließlich ausgebildet war, was wir in unseren „modernen“ Ökonomien weltweit fast durchgehend auch erleben dürfen.

So fügen die „Cannonballs“ von Hamoukar einen weiteren hübschen Puzzle-Stein in das Gesamtgebilde. „I‘m excited“, sagt Prof. Reichel. Kann ich auch von mir sagen.

Eigentum, Macht, Freiheit - Klärungsversuch

Geschrieben von dottore am 05. März 2006 16:06:12

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/348599.htm>

[I]n einem von Prof. **Uwe Wesel** zitierten Urteil des BVG heißt es:

„Das Eigentum ist ein elementares Grundrecht, das in einem inneren Zusammenhang mit der Garantie persönlicher Freiheit steht.“ Das ist eine Wischiwaschi-Aussage, die obendrein auch unpräzise ist. Ein „Recht“ ist nicht als „als solches“ vorhanden und steht sozusagen „solo“ im Raum. Handelt es sich um objektives Recht (Normen, Gesetze usw.), setzt dies eine, dieses Recht setzende **Herrschaft** voraus.

Beim Phänomen der Herrschaft müssen wir auf den bis heute in diesem Punkte weitgehend anerkannten **Max Weber** zurückgreifen (Kap. 1 von „Wirtschaft und Gesellschaft“). Herrschaft ist ihm institutionalisierte **Macht**, die wiederum bedeutet: Man kann „Einfluss“ nehmen auf andere und ihr Verhalten. Dazu bedarf es eines „institutionalisierten Zwangsapparates“, der staatliche Befehle (Gesetze letztlich) mit Hilfe physischen Zwangs (Wesel: „manu militari“ – mit bewaffneter Hand) umzusetzen vermag.

Hans-Hermann Hoppe hat sich in „Eigentum, Anarchie und Staat – Studien zur Theorie des Kapitalismus“ (Kap. 4) wie folgt geäußert:

„Nur eine reine Privatrechtsgesellschaft, die jedermann, Privatperson wie Personengesellschaft, unter identisches Recht stellt, ist allgemein rechtfertigbar. Öffentlich-rechtliche Körperschaften bzw. die in ihrem Namen vorgehenden Personen dagegen beanspruchen ein als solches naturgemäß nicht allgemein rechtfertigbares **Sonderrecht**: das Recht, sich Eigentum anders als durch ursprüngliche Appropriation oder freiwilligen Austausch von Eigentumstiteln zu beschaffen.“

[Die „ursprüngliche Appropriation“ ist genau der kritische Punkt: Verfolgt man den Strang der uns interessierenden, weil in ihren Ablauf seit den oft erwähnten Anfängen ex Nahem Osten eingebetteten Geschichte, so steht am Beginn eine Mixtur aus Appropriation von Grund und Boden („Arealen“), die bereits **anderen** als areales Eigentum zustehen (vgl. die Bernbeck- und/oder Origin-of-War-Diskussionen), wozu das „*ius occupandi*“, also das Recht (im Sinne einer „Berechtigung“) der Aneignung abgeleitet wird, zu zählen ist und der Aneignung einer „*res nullius*“ (Sache niemandens), was für unbesiedeltes und auch nicht für teilweise oder vorübergehend genutztes Land (etwa durch Nomaden) gegolten hat. Die „ursprüngliche Appropriation“ bedeutet in jedem Fall die Aneignung von Areal, was unweigerlich zur Entstehung von **HERR-schaft** und damit von Protostaaten und Staaten selbst führt.

Ist das Areal angeeignet, sind sämtliche Vor- und/oder Frühformen zumindest des Grund-Eigentums beendet. Der HERRscher, später „Staat“ ist der **Gesamt-Eigentümer** des Areals, im rechtshistorischen Ablauf jedenfalls der **Ober-Eigentümer** (siehe die frühere Diskussion darüber), der Unter-Eigentum (generell unfreiwillig) in verschiedenen Formen und Sub-Formen zulassen kann und zugelassen hat. Seit der Napoleonischen Zeit jedenfalls hat sich die historisch oft stark verschachtelte Eigentums-Struktur (für den „ganz unten“, den sog. „gemeinen Mann“ existierten oft mehrere Ober-Eigentümer) stark vereinfacht: Nur noch der „Staat“ ist Ober-Eigentümer, etwaige Zwischenstufen wie Grundherren, Adel, Geistlichkeit, usw. sind entfallen.

Das im BVG-Urteil angeführte „Eigentum“ (gemeint: „privates“ Eigentum!) hat stets den Ober-Eigentümer „Staat“ über sich, was sich schon daraus ergibt, dass der „Staat“ den von Max Weber erwähnten Zwangsapparat („manu militari“!) gegenüber den Unter-Eigentümern einsetzen kann ohne Sanktionen gegen sich selbst befürchten zu müssen. Bestenfalls können die den „Staat“ Betreibenden, sie sog. „politische Klasse“ (Helmut Schmidt) durch Nicht-Wiederwahl abgestraft werden.

Dass dadurch alle jene Gesetze („Rechte“ des Staates, bzw. „Berechtigungen“ desselben), die sich gegen das („private“) Untereigentum richten, nullifiziert werden, also der *status quo ante* (modern: gesetzlicher Zustand vor der betreffenden Legislaturperiode) wieder hergestellt wird - davon kann keine Rede sein und ist auch nirgends bisher beobachtet worden.]

Hoppe fährt fort:

„Sie **zwingen** Personen, die keinerlei eigentumsrechtliche Verfehlung begangen haben, einen Mitgliedsbeitrag zwecks Finanzierung ihrer Unternehmung zu leisten und/oder sie **zwingen** i. o. a. Sinn unschuldige Personen, sich einer (Körperschafts-)Verfassung zu unterwerfen, die das exklusive Verfügungsrecht dieser Personen über ihr rechtmäßiges Eigentum betreffen. Beides ist, ob institutionalisiert ablaufend oder in Form sporadischer Übergriffe im Privatrechtsverkehr, Aggression gegen rechtmäßige Eigentumsansprüche:

„Besteuerung‘ fällt in die gleiche rechtliche Kategorie wie ‚Raub‘; ‚Zwangsverpflichtung zu sozialen oder Verteidigungszwecken‘ gehört zu ‚Versklavung auf Zeit‘; und ‚gesellschaftspolitische Maßnahme‘ hat ihr Gegenstück in ‚gewaltsame Aneignung von Eigentumstiteln und Neuverteilung oder -veräußerung unrechtmäßig erworbenen Eigentums‘ oder, kürzer, in Diebstahl und Hehlerei.“

Dies ist klassisches anarcho-liberales Gedankengut (und daher auch bei mises.org dankenswerterweise zu finden). Es geht von einem „Urzustand“ oder einem „Ur-, bzw. „Naturrecht“ aus, das auf den ersten Blick auch seine Berechtigung zu heben scheint, zumal dies zahlreiche ethnologische Studien stützen (vgl. Middleton/Tait, „Tribes without Rulers“ u.v.a.m.).

Nun wissen wir, dass sich aus solchen „friedfertigen“ Strukturen nirgends mehr entwickelt hat, als das übliche, für die eigene **Subsistenz** Produzieren. Auf solche Stämme (z.B. die südsudanesischen Nuer) hinzuweisen ist sicher lehrreich, für die Erklärung des **Kapitalismus** führen sie jedoch nicht weiter. Selbst **Thomas Hobbes**, der – außer den amerikanischen Indianern (rudimentär) – keine Kenntnisse über Stammesgesellschaften hatte, schreibt in seinem berühmten Passus „Solange es also keinen Staat gibt...“:

“In einem solchen Zustand arbeitet niemand, weil es sich nicht lohnt.“

Auch wenn Hobbes das Nicht-Arbeiten mehr als Ausfluss seines berühmten „Krieges aller gegen alle“ im Auge hat (beim Dauer-Bürgerkrieg macht es, da laufendes Beutemachen droht, auch wenig Sinn), ist das „Ausbeutungs“-Phänomen im Hoppe’schen Sinne selbstverständlich auch auf den (unerklärten und verdeckt durch die Gesetzesblätter huschenden) Dauerkrieg „Staat gegen Untertanen“ anwendbar.

Niemandem würde es einfallen, zu arbeiten, wenn ihm das Erarbeitete laufend entwendet würde (über die früheren Nicht-Arbeits-Sanktionen wurde ausführlich gepostet, Schuldknechtschaft usw.); dazu müssten nur die Steuern bzw. Steuersätze (aktuell und vertagte) entsprechend in die Höhe gesetzt werden.

Würde jedem bewusst, dass die „Staatsschulden“ in Wahrheit seine Schulden, also durch immense Steuerabforderungen (wann auch immer und via Staatsmacht an wen auch immer) auszugleichen sind, würde das das Einkommenserzielungs- und/oder Sparverhalten stark beeinflussen und zwar negativ.

Die Staats“kunst“ (recte: Kunst, die jeweilige Staatsmacht selbst zu erhalten und den „Kollaps“ bzw. Revolution oder Umsturz zu vermeiden, was oft genug in der Geschichte misslang), besteht also darin, das „Arbeiten“ der Untertanen beizubehalten, es direkt oder indirekt (Subventionen usw.) zu fördern, wobei sich automatisch Produktivitäts-Zuwächse ergeben, da sich niemand ununterbrochen und zeitlebens dem aussetzen möchte, was Mises in einer genialen Wortschöpfung das **“Arbeitsleid“** genannt hat.

Zu dem durch Arbeit erzielten bzw. erzielbaren Produktivitäts-Plus gibt es ein interessantes Beispiel zweier im Kongo nebeneinander (nur durch eine Fluss getrennt) existierender Stämme, nämlich der **Lele** und der **Buschong**. Die ersten waren arm (wir sprechen von den Zuständen vor der belgischen Kolonialisierung), ihr häufigstes Wort war „Hunger“, die anderen wohlhabend. Der wichtigste Unterschied der beiden, sich in Sprache, Bauten, Kleidung usw. gleichenden Stämme war die gesellschaftliche Struktur. Die Lele waren egalitär und autoritätslos, die Bushong hatten einen starken König und ihm quasi machtmäßig „zuarbeitende“ Unter-Häuptlinge.

Wesel kommt zu dem für Machttheoretiker nicht überraschenden Schluss:

“Allgemein lässt sich beobachten, dass der Druck von Zentralinstanzen, auch der Abgabendruck [!], die Ökonomie früher Gesellschaften intensiviert.“

Und: „Je stärker die politische Herrschaft ist, desto größer wird regelmäßig die **Produktivität**.“

Wobei er sich dem Urteil des hier schon bekannten Anthropologen **Marshall Sahlins** („Stone Age Economics“) anschließt. Dass auch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben (Polygynie der Lele) sei angemerkt – als wohl eher die Folge als die Ursache des unterschiedlichen Verhaltens.

Nebenbei auch noch: Obwohl die Buschong mit Kanus und Netzen operierten, die Lele (am anderen Flussufer) dagegen nicht, wie sie überhaupt gegen „Investitionen“ waren, widerlegt auch die These, dass es „automatisch“ zu Arbeitsteilung und/oder Handel oder gar „Geld“ als „Tauschmittel“ kommt, sobald die eine Seite in Erfahrung bringt, was die andere alles so drauf hat.

Doch kehren wir zurück zum eingangs zitierten BVG-Urteil. Zunächst einmal ist das Eigentum (bei der ohnehin schon gebrachten Relativierung) kein „Recht“ im objektiven Sinne, sondern eine **Berechtigung** (= subjektives Recht, wie in jedem Jura-Lehrbuch nachzulesen).

Die Berechtigung wird dabei unzulässigerweise im Sinne nur eines ausschließlichen und absoluten (also gegenüber jedermann geltenden) Verfügungsrechtes definiert. Also: Jeder hat seine „Habe“ (mobiles Eigentum) und seinen Grund und Boden (immobil) und kann jeden anderen entsprechend **aus-grenzen** (im buchstäblichen Sinn des Wortes). Darum geht es aber überhaupt nicht. Damit wird nur der Status selbst beschrieben und als „Recht“ verteidigt, was ihm Handhaben aller Art gibt, dieses Recht (mit dem Eigentum auch machen zu können, was man will) zu „verteidigen“ bzw. mit Hilfe von Machtapparaten sichern und verteidigen bzw. entsprechende **„Berechtigungsbrecher“** bestrafen oder sanktionieren zu lassen.

Mit dieser Einschränkung wird völlig ausgeblendet, dass der Eigentümer auch Berechtigungen gegenüber dem **Nicht-Eigentümer** hat, sobald oder sofern dieser gezwungen ist, das Eigentum zu nutzen, in Sonderheit, sich darauf aufzuhalten.

Das Modell geht also von der ganz falschen Voraussetzung aus, dass auch der Nicht-Eigentümer „frei“, also mitnichten und mit Nichts dem Eigentümer gegenüber verpflichtet ist oder verpflichtet werden kann.

Das „Eigentum“, das dem BVG vorschwebt, ist nur das „private“ **Unter-Eigentum**: Hat jeder sein eigenes Haus mit Grund und Boden, ist er zwar keinem anderen Unter-Eigentümer gegenüber verpflichtbar (Mietzins, Pachtzins) und in diesem Sinne „frei“. Gegenüber dem **Ober-Eigentümer** (früher Herrscher, heute „Staat“) ist und bleibt er jedoch unfrei und hat in welcher Form und Höhe auch immer seinen **Steuerzins** zu entrichten, den hier schon ausführlich dargestellten „Zinnß“.

Den Steuerzins wiederum zu beseitigen, hieße den Machtapparat „Staat“ beseitigen. Die logische Konsequenz daraus: Das „private“ (Unter-)Eigentum wäre nicht zu besichern, jedenfalls nicht jenes, das zur Zinsung von Nicht-(Unter-)Eigentümern „berechtigt“. (In sog. „vorstaatlichen“ Gesellschaften existiert durchaus Eigentum – Wesel bringt diverse Beispiele – aber grundsätzlich nur solches, das seinerseits nicht andere zu Leistungen oder Abgaben zwingen kann).

Die „persönliche Freiheit“ oder gar deren „Garantie“ im besagten BVG-Urteil hört sich zwar vielversprechend an. Sie kann aber immer nur gegenüber anderen „privaten“ (Unter-)Eigentümern eine Rolle spielen oder angestrebt werden, niemals gegenüber dem Macht- und Abgaben-Monopolisten „Staat“.

Der BVG-Satz sei demnach umformuliert:

“Das Ober-Eigentum des Staates an seinem Staats-Areal ist eine elementare Berechtigung des Staates, die in einem inneren Zusammenhang mit der Garantie persönlicher Unfreiheit der Staatsbürger dem Staat gegenüber steht.“

Der gern gehörte Hinweis, dass das Recht inzwischen auch ein Mittel zur Kontrolle von Herrschaft geworden ist, ist formal nicht zu bestreiten.

Welche Kraft dieses „Recht“ beim *nervus rerum* der Staaten, nämlich ihrer finanziellen Unterlegung hat, erleben wir bei den Rechtsbrüchen, sowohl des Völkerrechts (Maastricht) als auch der Bundes- und Landesverfassungen (Schuldenaufnahme > Investitionen, also contra legem schlechthin) laufend. Oder wer oder was kann die Einhaltung etwa des Art. 115 GG **einklagen**? NIEMAND.

Wesel daher zu Recht: „Auch staatliche Herrschaft ist an das Recht gebunden [welches Recht konkret, wenn schon die Verfassung ausscheidet?], muss sich kontrollieren lassen.“ [Und WAS passiert nach der Kontrolle? Nach den Berichten der Rechnungshöfe? Wird jemand verhaftet? Bestraft? Was heißt das in diesem Zusammenhang immer wieder gern gehörte „Übernahme der Verantwortung“? WIE sieht diese „Übernahme“ aus?]

Und Wesel bringt es dann auf den Punkt: **“Wobei allerdings [aha!] der Staat selbst die Rahmenbedingungen dafür gesetzt hat.“**

Das nochmals zur grundsätzlichen Klärung diverser Punkte. Dank fürs Lesen und Gruß!

GBs verschulden sich gegenüber Kunden? Es gibt kein Schuldnergeld!

Geschrieben von dottore am 26. März 2006 16:36:13

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/350519.htm>

Als Antwort auf: Re: Geldschöpfung durch Geschäftsbanken geschrieben von thoughtful am 21. März 2006 02:27:14

Hi thoughtful,

Vorweg: Schöne Urlaubszeit. Wir setzen die Diskussion nach Rückkehr gern fort.
Zu den drei Fällen des FRB hier ein paar Kommentare, so erlaubt:

>Zu unserem Thema nur eine kleine Auswahl:

><http://www.lewrockwell.com/rothbard/frb.html>

>Fractional Reserve Banking

>Let's see how the fractional reserve process works, in the absence of a central bank. I set up a

> Rothbard Bank, and invest \$1,000 of cash (!) (whether gold or government paper does not matter
> here).

Die Bank hat entweder Gold oder Gov-Titel, was schon einen gewaltigen **Unterschied** macht. Sind es Goldmünzen über \$ 1000, dann können diese jederzeit verliehen werden (physisch), da in diesem Fall Goldmünzen. Bank hat:

Aktiv: 1000 \$ Goldmünzen (Kasse). Passiv: 1000 \$ EK. Jetzt kann sie die \$1000 Goldmünzen verleihen (Zinssatz sei 10%), sofern diese GZ/STZM sind (Goldstandard). Die Leihe hat logischerweise Laufzeit, sagen wir 1 Jahr. Dann A: Forderung auf Rückgabe 1000 fällig in 1 Jahr, P: 1000 EK. Der Banker kann 1 Jahr Golf spielen gehen, dann erhält er 1100 in Goldmünzen zurück. Er hat dann aktiv 1100 und passiv 1000 EK und 100 Gewinn. Den kann er an sich ausschütten oder in die RL packen. Und nach dem Jahr kann er jetzt 1100 ausleihen, sofern nicht ausgeschüttet, sondern wieder in die Bank zurückkehrt. Klartext: Er hat die Goldstücke vermietet.

Mit den Gov-Titeln geht das schon nicht, weil der Titel logischerweise Laufzeit hat (sonst wär's kein Titel) und Cash erst erschiene, wenn die Laufzeit rum ist. Bank hat 1000 EK und aktiv Gov-Titel, der da liegt und mangels ZB nicht in "cash" verwandelt werden kann - es sei denn Bank verkauft ihn am Markt. Dann fehlt der anderen Bank der entsprechende "cash" (Goldmünzen) und sie hat diese aktiv in Titel geswicht. Irgendein "Geld" hat sich nicht vermehrt, denn auch die 1000 Goldmünzen hatte ja der Bankgründer vorher (privat) und danach (in seiner Bank) auch. Das Rothbard-Bank-Beispiel hinkt also schon von Anfang an ("does not matter here").

>Then I "lend out" \$10,000 to someone, either for consumer spending or to invest in his business.

Was als 10.000 "verleiht" nun die Bank? Bares kann es nicht sein, da nicht in der Summe vorhanden (bzw. beschaffbar). Sonstige Aktiva über 9000 hat die Bank nicht. Dennoch bucht sie dem Kunden ein sofort fälliges Guthaben (bei ihm aktiv, bei sich passiv, also ist sie Schuldner). **Wogegen** könnte sie buchen?

Der Kunde müsste zwingend seinerseits ein Aktivum haben, das er der Bank andient und das sie auch akzeptiert. Ein solches Aktivum setzt wiederum voraus, dass der Kunde selbst in einem **Gläubiger**-Status ist, z.B. aus einer Warenlieferung gegen die er einen **Wechsel** hält. Diesen Wechsel reicht er vor Fälligkeit des Wechsel-Schuldners (für den Wechsel haften bekanntlich nicht nur Schuldner und Gläubiger, sondern auch alle, deren Namen sich sonst noch auf ihm befinden).

Nun hat die Bank ein gewaltiges Risiko: Jeder, der die 10.000 in Goldmünzen sehen will, wird automatisch an sie verwiesen. Die 10.000 des Kunden sind bei über B und C und D bei E gelandet, so kommen sie dort nicht als Forderung gegen "irgendwen" an, sondern immer und durchgehend als Forderung gegen die Rothbard-Bank. Der wird nun die Forderung präsentiert und alles, was sie machen kann, ist den bei ihr ruhenden Wechsel ihrerseits schnell zu Bargeld zu machen. Dazu muss sie den bereits von ihr diskontierten Wechsel selbst noch einmal diskontieren lassen (Re-Diskont). Dazu muss sie ihn selbst auch noch zusätzlich querschreiben, sich also in die Reihe der aus dem Wechsel Verpflichteten einreihen.

Sie selbst könnte u.U. auch einen eigenen, auf sich gezogenen Wechsel ausstellen (Solawechsel, Finanzwechsel). Jeder Wechsel ist dadurch definiert, dass er ein Kreditgeschäft dokumentiert bzw. selbst ein solches ist. Er hat Laufzeit, d.h. im Fall der Rothbard-Bank muss er erledigt sein, d.h. der Kunde muss die ihm von der RB kreditierte Summe zurückführen (plus Diskont usw.). Die RB hat dann wieder aktiv die 1000 (plus den kassierten Diskont), und entsprechend die 1000 EK und einen, dem Diskont entsprechenden Gewinn (evtl. um Rediskont bzw. Wechselspesen ex Finanzwechsel gemindert).

Diese Operation hat nichts mit einem FRB zu tun - im Sinne von "da wird Geld aus blauem Himmel heraus geschaffen" oder der "money supply" (Achtung: "supply" ist Angebot von etwas netto Vorhandenem) in betrügerischer Form ("counterfeiting"!) in die Höhe getrieben. Den Kredit (!) vergibt auch nicht die RB (die kann immer nur die ursprünglichen 1000 ausleihen), sondern der Kredit entsteht außerhalb der Bank und kann als Aktivum nur in die Bank wandern, sobald diese ihn akzeptiert. Genauso gut könnte die Bank den Wechsel auch ablehnen, weil ihr die Namen, die drauf stehen, nicht behagen.

Sie könnte ihrerseits auch den Wechsel querschreiben (gegen Gebühr) und ihn an den einreichenden Kunden zurückreichen, der dann mit dem Wechsel (9000 abzgl. x) genauso während der Laufzeit des Wechsels bezahlt, wie seit eh und je mit Wechseln bezahlt wurde, wobei die endgültige Bezahlung (= Tilgung der Wechselschuld) dem ursprünglichen Schuldner obliegt, wobei sich der Wechselinhaber am Zahltag an alle anderen halten kann (einschließlich RB).

Da dies umständlich ist, wie unschwer einzusehen (Respekttage, Wechselprotest, Wechselprozess usw.), sind schlaue Banker (zunächst 18. Jh. Schottland) auf die Idee gekommen, **Banknoten** auszugeben, die nichts anderes waren als **Wechsel auf Sicht**. Wer sie der ausgebenden (Privat)-Bank präsentierte, konnte dort sofort legal tender (GZ/STZM) in gemünzter Form (zum jeweiligen Kurs der Münzen selbst) abholen. Die Banknoten hatten ihrerseits ebenfalls Kurs gegenüber legal tender, der sofort stürzte, sobald die Banken auf Sicht nicht dienen konnten, sondern warten mussten, bis sie ihrerseits von ihren Schuldnern ex deren eingereichten Wechseln bedient wurden. Platzen die Wechsel, waren die Banken gekniffen und hatten sie nicht Reserven, gingen sie unter.

Die Zahl der Privatbanken, die solche Banknoten ausgaben und dann aber nicht auf Sicht bedienen konnten und pleite machten, ist umfangreich. Um diese Reihum-Pleiten, zumal in Zeiten versteifter Geldmärkte zu verhindern, sind die bekannten "Zentralnotenbanken" als *lender of last resort* (Bagehot 1871) zu ihrer Macht aufgestiegen.

>How can I "lend out" far more than I have? Ahh, that's the magic of the "fraction" in the fractional reserve. I simply open up a checking account of \$10,000 which I am happy to lend to Mr. Jones.

So "simply" ist das eben nicht. Mr. Jones muss schon seinerseits zuerst der Bank Aktiva überlassen, auch wenn diese logischerweise später fällig sind und mit Hilfe des "checking accounts" (sofort verfügbar) von der Bank nichts anderes als diskontiert werden. Die "magic of fraction" ist also die "magic of time": Eine später fällige Forderung (die Mr. Jones hat), kann in eine früher oder sofort fällige verwandelt werden, indem die Bank sie ankauft. Die normalste Sache der Welt und seit Jahrtausenden im Schwange.

Dass dies etwas kostet - eben den Diskont (Abschlag), der von der diskontierten Summe auf die später fällige hinauf gerechnet bezogen auf die diskontierte Summe einen "Zinssatz" ergibt - versteht sich von selbst. **Mehr** als das, was die spätere Fälligkeit in Summa beinhaltet, kann bei diesem Geschäft nicht entstehen, weil mehr als diese Summe nicht vereinbart war.

Alles, was sich ändert, ist die Verteilung dieser Summe: Hätte Jones gewartet, bis er zum Inkasso schreiten kann, hätte er diese Summe zu 100 % selbst kassiert. Da er früher kassieren wollte, muss er die 100 % mit der Bank teilen.

>Why does Jones borrow from me? Well, for one thing, I can charge a lower rate of interest than savers would.

Was ebenfalls nicht stimmt. Den Kredit (Laufzeit endet niemals nach der bei der Bank deponierten Forderung, die der Kunde seinerseits hat), vergibt die Bank zu einem höheren Satz als jenen, den Sparer ihrerseits erhalten.

>I don't have to save up the money myself, but simply can counterfeit it out of thin air. (In the nineteenth century, I would have been able to issue bank notes, but the Federal Reserve now monopolizes note issues.) Since demand deposits at the Rothbard Bank function as equivalent to cash, the nation's money supply has just, by magic, increased by \$10,000. The inflationary, counterfeiting process is under way.

Unterwegs sind Kreditgeschäfte mit unterschiedlichen Fälligkeiten. Nicht das "Geld" macht die Preise, denn es kann immer nur einen bereits abgeschlossenen Vertrag erfüllen - oder hat schon mal jemand etwas bezahlt, das er überhaupt nicht schuldig war, was ihm also der Verkäufer kreditiert hatte (und sei es nur für ganz kurze Zeit wie beim sog. "Barkauf")? Die Preise macht der Kredit (alle kaufen Morgen die Jahresproduktion von BMW auf Kredit und das folgende Jahr zahlen alle ihren Kredit zurück und die BMW-Produktion bleibt in der Halle stehen). Und dann?

Nun zu diesem:

><http://www.lewrockwell.com/north/north86.html>

>FRACTIONAL RESERVES WITH GOLD

>The familiar story of how fractional reserve banking began may be mythical historically, but it > does accurately describe the process.

>A goldsmith accepts gold bullion as a deposit from a gold owner who wants to have the goldsmith > fashion the gold into something lovely. The goldsmith issues a receipt for this specific quantity > and fineness of gold. The recipient then finds that he can buy things with the receipt, as if it were > gold. The receipt is "as good as gold."

Richtig.

>Next, the goldsmith discovers something wonderful for him. He can issue receipts for gold for which there is no gold in reserve.

"Issue" - gegen was? Kauft er Gold, hat er es in Höhe der "receipts" im Keller. Kauft er laufend Wein etc. und schmeißt dicke Feste, ist er schnell am Ende, da er die receipts nicht mit etwas nicht mehr Vorhandenem nicht bedienen kann.

>These receipts circulate as if they were 100% reserve receipts. They are "as good as what is as good as gold."

Wie kommen sie in die Zirkulation? Indem er Riesen-Feten schmeißt?

>He can spend them into circulation.

"Spend" für Feten? Dann ist die Konkursquote, die seine "receipts"-Halter zu erwarten haben, entsprechend dem (noch) vorhandenen Gold. Das wäre dann wie bei der berühmten Pleite der **Leipziger Bank** (gab Banknoten aus). Anno 1901 ging Geld bei einer Trebertrocknungs-AG flöten, dazu kamen Verluste aus Aktien.

Fehlbetrag (Aktivseite) = 40 Mio. Goldmark. Konkursquote = 67 %. In Gold.

>Better yet, he can loan them into circulation and receive interest.

Leihen gegen was? Gegen blaue Augen oder gegen die oben beschriebenen Titel, die der Schuldner (= selber Gläubiger zu späterem Zeitpunkt) ihm überlassen muss? Der Goldschmied diskontiert die Titel und holt sich so einen Teil des Geldes, das sein Schuldner voll bekommen hätte, wenn er gewartet hätte.

>The new money is cheaper to produce than mining the gold that each receipt promises to pay.

Verwechslung von Grenzkosten einer zusätzlichen Einheit Gold mit den Durchschnittskosten (selbige sind ja immer gedeckt, da die Durchschnittskosten genau das Gold fördern, das die Goldmünzen in ihrer Parität wert sind, also durch die entsprechende Goldproduktion kein Geld verloren geht). Liegen die Grenzkosten unter den Durchschnittskosten und damit der Parität (= es lohnt sich, zusätzliches Gold zu fördern; Gewinn = Parität minus Grenzkosten) wird es billiger, Gold zu fördern (und dann zu haben) als Zinssatz für einen Gold-Receipt zu zahlen (um diesen dann "as good as gold" zu haben). Die Korrelation zwischen Goldproduktion und Zinssatz ist das kleine Einmaleins des Goldstandards: Kann mit zusätzlich gefördertem Gold 5 % verdient werden - wozu sich bereits gefördertes Gold (oder receipts darauf) zu 5 % leihen?

>The restriction of the money supply that is imposed by the cost of mining is now removed. This is supposedly the origin of fractional reserve banking.

Gefördertes Gold war nie "money supply", sondern schlicht "money" (nach Durchlauf durch die Münze). Früher hat die Parität, heute ist es der Marktpreis, die zusätzliche Goldproduktion bestimmt. Heute ist die Produktion von den Zins- bzw. Kapitalkosten für eine zusätzliche Einheit zum gegebenen (bzw. vermuteten künftigen) Marktpreis entscheidend.

>After 1500, yes. Not in the medieval era, I think. I cannot imagine anyone with gold in the late middle ages who would trust a goldsmith with his gold for more than a few days. I also cannot imagine why he would want to spend the receipt. After all, the gold is being hammered into something of beauty. It is becoming more valuable.

Den Diskont und damit Zinssatz (s. oben) gab's auch schon vor 1500 Jahren. Nur dass die zu diskontierende Forderung eben auf die jeweilige Parität (in Gewichtseinheiten Edelmetall) lautete.

>There is no doubt that goldsmiths in early modern times did begin to take on the function of banks. At some point, goldsmith-bankers did begin to lend receipts to gold that were not 100% backed by gold.

Auch Banken, die Forderungen diskontierten, gab's lange vor den Goldsmiths. Die Diskonte waren z.T. erheblich, vgl. die Juros (nominal 100 %) der Habsburger Krone, die die Fugger zu 70 % in Antwerpen handelten. Kam das Geld (100 %) hatten sie über 40 % "Zinsen" verdient. Venezianische Anleihen hatten einen noch höheren Diskont, liefen aber ebenso wertlos aus, wie die Habsburger (Staatsbankrotte in den 1550ern). Davor die Bardi & Peruzzi in England genau so.

>They did begin to collect interest payments from borrowers who believed that there was enough gold in reserve to pay off receipts under normal circumstances.

Das kann doch dem Schuldner ("borrower") wurscht sein, wie das receipt "gedeckt" ist. Der **Gläubiger** war der Gekniffene, wenn nicht genügend Gold zur Zahlung zum Termin bereit stand.

>Banking in Spain during the sixteenth century adopted fractional reserves, and a series of banking house bankruptcies in second half of the century proved it.

Diese Bankrotte resultierten sämtlich aus Staatsbankrotten bzw. aus Uneinbringlichkeiten von Forderungen Herrschern gegenüber, vgl. Welser-Bankrott 1614, usw., usw.

>The Emperor, Charles V, had legalized the system. As usual, the State authorized the practice of fractional reserve banking as a means of financing itself. It wanted a ready market for its debt.

Sehr schön, siehe schon oben. Karl V. begab Juros zu 100 und die Banquiers nahmen sie zu 70 ab (vgl. Carlos V. y sus banqueros).

>In a world where all of the receipts for gold that are backed 100% by gold (money-certificates) look identical to receipts for gold that are not backed by gold (fiduciary media), the issuing bank faces an opportunity and a threat. The opportunity is to receive something (interest payments) for practically nothing (unbacked receipts for gold).

Die receipts lauten auf Gold, aber deshalb ist der receipts nicht "unbacked". Er ist gebacked durch den Titel des Schuldners (Bank hält ihn aktiv), der auf Zahlung, lautend ebenfalls auf Gold zu einem späteren Zeitpunkt hinausläuft.

Das waren auch keine "receipts", in dem Sinne, dass da immer genau so viel Gold vorhanden war wie als "received" angegeben. Das waren doch keine Depotbanken. Sondern es waren Kreditinstitute, die ihren Schuldnern, das, was ihnen als "to be received" mit Diskont auf das zu "Receivende" in Cash zukommen ließen.

Da sie einen ununterbrochenen **Flow** aus früheren solchen Operationen hatten, waren sie - Crashzeiten u.ä. ausgenommen - stets in Cash auch vor dessen Fälligkeit, die ihr (zunächst ganz kurzfristiger = Dreimonatswechsel) Schuldner liquide. Spätestens bei Ablauf aller Wechsel wären sie auch in Gold (kommend aus dem, was der Schuldner dann zu zahlen hatte), liquide gewesen. Ausnahme, wie gesagt (und so ist nun mal der Lauf der Welt): der Schuldner leistete nicht, weil (zumeist) auch dessen Schuldner nicht leistete, usw.

Daher trugen diese Noten (= Schuldeinlöseversprechen in Gold) den Hinweis "promises to pay ...", was völlig klar sich nicht auf einen "receipt", sondern auf ein Zahlungsversprechen bezieht.

>The threat is that word may get out that the bank has issued more receipts for gold than there is gold in reserve, which everyone pretty well knows, especially rival bankers. Then there could be a run on the bank. Bankers who get greedy and issue too many receipts can get caught short. Those people who hold receipts may come down and demand payment of their gold. The gold is not the bank's gold. It is a liability to the bank. The bank has assets to offset the liabilities: credit issued to borrowers. But the receipt-holders are lining up now, and the borrowers do not have to pay until the debts come due, one by one. The bank is "borrowed short" and "lent long." The squeeze is on. The banker then has to go into his Jimmy Stewart routine from "It's a Wonderful Life," or else face bankruptcy. Not every banker can get Donna Reed to come in and help with the performance.

Runs etc. sind altbekannte Selbstverständlichkeiten.

>Everything in bank legislation is tied to one of two goals: preventing bank runs or bailing out bankrupt banks before the panic spreads to other banks. That is, everything in banking legislation is geared to the systematic violation of contracts, either before the bank run or after it begins.

Auch klar.

>The gold standard for centuries kept fractional reserve banking in golden chains. For over a century – indeed, ever since the creation of the privately owned (until 1946) Bank of England in 1694 – central bank policy and government policy have combined to extract physical gold from the owners and transfer it to members of a cartel: bankers. The policy has worked, decade after decade. First, the gold is exchanged for receipts, which are convenient. More receipts are issued than there is gold in reserve.

Ist auch nicht erforderlich. Ein Goldstandard mit 100 %-"Deckung" ist witzlos, da es dann, sofern Gold der einzige Cash ist, weder ein Standard ist noch eine Goldwährung, sondern eine schlichte Goldumlaufwährung, für die niemand Banken braucht, da niemals Kredite vergeben werden können. Jeder kann jedem Gold leihen, wie er will, erhält einen Titel und wartet ab, bis der fällig ist = Gold wieder bei ihm zurück. Ein Diskont des Titels (= Kredit) entfällt.

Merke: **Leihe ist nicht Kredit.**

>Then, when the bank run begins – always at the outbreak of a major war – the government passes legislation allowing banks to refuse payment of gold during the national emergency.

>Every currency devaluation should be understood as the breaking of contract, Mises argued: a violation of contract. He wrote in Theory of Money and Credit:

>Credit money has always originated in a suspension of the convertibility into cash of Treasury notes or banknotes (sometimes the suspension was even extended to token coins or to bank deposits) that were previously convertible at any time on the demand of the bearer and were already in circulation. Now whether the original obligation of immediate conversion was expressly laid down by the law or merely founded on custom, the suspension of conversion has always taken

on the appearance of a breach of the law that could perhaps be excused, but not justified; for the coins or notes that became credit money through the suspension of cash payment could never have been put into circulation otherwise than as money substitutes, as secure claims to a sum of commodity money payable on demand. Consequently, the suspension of immediate convertibility has always been decreed as a merely temporary measure, and a prospect held out of its future rescission. But if credit money is thought of only as a promise to pay, "devaluation" cannot be regarded as anything but a breach of the law, or as meaning anything less than national bankruptcy (p. 233).

Das ist doch alles klar, hat aber mit FRB absolut nichts zu tun.

><http://www.econlib.org/library/Mises/msT5.html>

>Because devaluation is theft by the government, or by its chartered central bank, no one ever gets prosecuted. After World War I, European central bankers persuaded their governments to allow them to keep the stolen gold. Commercial banks were not declared bankrupt by the State for having refused to redeem the receipts, with the owners' gold being returned to them on a pro-rata basis, as would take place in any normal bankruptcy procedure. Instead, the nationally organized gold thieves who had broken their contracts were allowed to keep the stolen goods at cartel headquarters: the national central bank.

Auch klar. Nur was hat der Golddieb Staat mit FRB zu tun?
(...), weil auch klar.

>The central banks now answer only to bond traders and investors – a narrow market compared to gold coin holders in 1790 or 1890.

Der Bonds-Markt ist narrow? Es ist der mit Abstand größte aller Zeiten.
(...) auch klar, aber mehr als der Goldräuber Staat kommt dabei auch nicht heraus.

Nun noch dazu:

>*FRACTIONAL RESERVES WITHOUT GOLD*

>Commercial banks are still fractionally reserved, but gold is not related to bank accounts any longer. How does the system work today?

>A potential depositor goes down to his bank and sees what savings plans are available. He is told that he can make a deposit and get paid interest on it, but withdraw his money at any time. He can have his cake and eat it, too.

Sicher nicht. Entweder "saving plan" oder Sichteinlage.

>The warning bells should go off in the depositor's head, but bankers have done everything possible to keep warning bells from going off. The depositor should ask: "How can the borrower of my money be able to return the money – my money – on the day that I want it back?" He doesn't ask, but he should. The new-accounts lady's misleading but correct answer is: "We keep money in reserve."

Wie schon mitgeteilt, könnten selbst alle Spareinlagen jederzeit in ZB-Geld ausgezahlt werden. Spareinlagen D = ca. 600 Mrd., im Pfandpool (jederzeit als Bargeld abrufbar) 4000 Mrd., weitere 2000 Mrd. ZB-fähig.

>More bells. "But how can you make a profit if all of the money we depositors deposit is kept in reserve?" Here, the nicely dressed, low-paid woman sends you to the Assistant Manager. You repeat the question. Her answer is straightforward: "We don't keep all of the money on reserve. We keep 3% of it on reserve. We send it to the regional Federal Reserve Bank. We lend out the rest."

Was wohl sonst? Alle Sichteinlagen (779) und alle Spareinlagen (612) könnten innert weniger Stunden komplett ans Publikum ausgezahlt werden, notfalls bei den ZB-Filialen direkt, falls Transporter fehlen.

>More warning bells. "But what if we depositors want to withdraw a total of 4% of our money?" Answer: "We would borrow the extra 1% from another bank. This is called the federal funds rate." "Why is it called that?" "Because it sounds like the federal government is in on the deal to make it safer." "You mean like the Federal Deposit Insurance Corporation?" "Oh, no; that outfit really is a government organization. It guarantees everyone's accounts up to \$100,000." "Really? How much does that organization keep in reserve?" "About \$1.30 cents per \$100 in deposits." "And what does it invest the reserve money in?" "U.S. Government debt." "So, if there were a run on all of the banks, where would the government get the money to redeem these debts?"

Frage falsch! Die Gov-debts muss nicht Gov bezahlen, sondern sie werden via Fed oder andere ZBs in ZB-Geld (Banknoten) verwandelt. Ruck, zuck.

>"By selling new debts to the Federal Reserve System."

Ganz falsch. Nur die **Gläubiger** bereits laufender Titel (Banken, entweder ex Nostro, siehe Pfandpool oder per Käufen am Markt) können ZB-Geld erhalten, der Staat als **Schuldner nicht**. **Es gibt kein Schuldnergeld** - jedenfalls nicht in den wichtigen Währungen. In Zimbabwe usw. läuft das anders.

>"Where would that organization get the money?" "From its computer. That's where all of the American banking system's money originates. 'The bucks start there,' as we say."

Unfug.

>Bells, bells bells: "But if you keep only 3% on reserve, and you lend 97%, where does the money go when the borrower spends it?" "Into the bank of the person who sells something to the borrower." "What happens to the money that he deposits?" "His bank sets 3% aside and lends out 97%." "Then what?" "It just keeps rolling along, multiplying as it goes." "How much money does the system create on the basis of the initial issue of money from the Federal Reserve System's computer?" "It's 100 divided by 3, or about 33 to one."

Faktor 33? (Wie bescheiden, wir hatten schon mal Faktor 50).

>Of course, the reserve ratio is higher on large deposits." "But isn't this inflationary, with all that money coming out of the system?" "Only if you define inflation as an increase in the money supply, and only weirdo economists do that any more."

Inflation ist ein Kredit- und kein Geldphänomen. Geld tilgt nur Kredite, egal welche.

>The initial injection of money comes when a central bank buys an interest-bearing asset that is legal for it to use in its reserves. Legally, the Federal Reserve System can buy an IOU from any entity, but it usually buys U.S. government debt.

Ja, aber nicht vom Staat selbst! Das "from any entity" ist schlicht falsch.

>By creating the money to buy the IOU, the Fed injects original money into the economy, and the fractional reserve process begins the money multiplication process.

Falsch! IOU's werden nicht vom O (to owe = Schuldner) gekauft, sakra! Gekauft werden IOU's nur vom **Gläubiger**! Die Fed kauft auf dem Markt und nicht im Weißen Haus oder von US Treasury.

>Mises was hostile to fractional reserve banking because of its low cost for increasing the money supply – lower than the cost of mining precious metals.

Nein, siehe oben.

>This was the same objection that he brought against State-issued money, which I covered in Part II.

Das ist ganz was anderes: Staatspapiergeld, das der Staat selbst ausgibt und verteilt. Das kann er gern versuchen: Es hätte sofort einen Mega-Abschlag gegenüber ZB-Geld.

>Na jetzt bin ich aber doch etwas erleichtert, daß ich recht hatte. :-))

Mit den obigen Argumenten leider nicht. Dennoch gern auf ein Neues!

Dank und schönen Gruß!

Nochmals zu Zins und Abgabe

Geschrieben von dottore am 19. März 2006 16:43:49

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/349927.htm>

Als Antwort auf: Die Börse/das Zinssystem ist tot, sie sind nicht produktiv, . . . geschrieben von thoughtful am 18. März 2006 17:25:03

Hi thoughtful,

zu diesem Satz noch etwas weiter ausholend, so gestattet:

„Es kann nur das verteilt werden, was vorher real produziert wurde“

ist zunächst anzumerken, dass im ersten Teil ein „real“ fehlt. Es kann in der Tat nur das real verteilt werden, was vorher real produziert wurde. Etwas „Irreales“ (Nicht-Existentes) kann nicht verteilt werden, da es nicht existiert.

Nun kann man durchaus fragen, was die Verteilung beeinflusst. Dabei ist zunächst die Frage nach dem was zu stellen.

Fall 1: Das „Was“ ist ein einziges Produkt (zu Fall 2 siehe bitte weiter unten). Das stellen alle her.

1.1 Stellen es alle in dem Umfang (Menge) her, den (die) sie selbst benötigen, dann erübrigt sich eine Verteilung nach der Produktion.

1.2 Stellen es einige nicht in dem Umfang her, den sie benötigen, kann es zu diesem kommen:

1.21 Die es benötigen, aber nicht produzieren, gehen unter.

1.22 Die es produzieren, sind freiwillig bereit, es mit den anderen zu teilen („Solidargemeinschaft“). Möglich dabei:

1.221 Alle teilen sich in das in gleicher Menge wie bisher von einigen Produzierte und alle haben weniger als wenn es alle produziert hätten.

1.222 Die Produzenten (einige) produzieren mehr als sie bisher produziert hatten und dies in dem Umfang, dass sowohl sie als auch die Nicht-Produzenten so viel haben wie sie benötigen, sich also der Zustand sub 1.1 ergibt.

Für beide Vorgänge (1.221 und 1.222) lassen sich in dem großen Bereich von Familien- und/oder Stammesgesellschaften zahlreiche Beispiele finden. Ein „Zins“ in welcher Form auch immer entfällt grundsätzlich. In Familien- und/ oder Stammesgesellschaften wird nicht gezinst.

1.223 Die es produzieren, werden dazu gezwungen, es mit anderen zu teilen („Abgabenwirtschaft“ mit anschließender Redistribution des abgelieferten Produzierten). Dies kann dazu führen, dass sie gleich viel, weniger oder mehr produzieren. Für jeden dieser Fälle lassen sich ebenfalls entsprechende Beispiele anführen, wie oft genug schon dargestellt.

Beeinflusst nun der „Zins“ Produktion und Redistribution der Produktion?

Ist der Zins die **Abgabe** selbst (jedes Zinssystem beginnt ausnahmslos mit der Abgabe – eben dem „Zinnß“!) beeinflusst er sowohl Produktion als auch Redistribution. Die bisherige freiwillige Produktion muss in Höhe dieses Zinses (als SOLL vorgegeben) gesteigert werden; zur Redistribution an die Produzenten gelangt nur, was jene, die das Abgabensystem erzwungen haben (und selbst nicht produzieren, sondern – was schließlich der Zweck der Übung ist – produzieren lassen, also weder den Buckel krumm machen noch Schweiß vergießen), nicht selbst für sich benötigen.

Die Produktion kann nur gesteigert werden, wenn die Nicht-Steigerung sanktionsbewehrt ist. Das gilt zwar auch für Stammesgesellschaften („sozialer“ Zwang), wird aber erst beim – wie auch immer ablaufenden – Übergang zu Abgabewirtschaften ein die Produktion beeinflussender Faktor, da der/die zu Abgaben Gezwungene(n) [Einzelne, Gruppen, Unterworfenen, Fremdstämme, Grundhörige, Hintersassen, Pächter usw.] außer der Produktions- und vor allem Produktivitätssteigerung diese Möglichkeit haben:

- Entweder sie ertauschen sich das von ihnen geforderte Abgabengut, indem sie das Abgabengut Haltenden bzw. ihrerseits noch nicht unmittelbar vor ihrem eigenen Abgabetermin Stehenden Nicht-Abgabengüter andienen. Daraus entwickeln sich – zunächst stark schwankende Mengenrelationen zwischen Abgaben- und Nichtabgabengütern (wäre **Fall 2**), die dann – ausgedrückt im schließlich einzigen verbleibenden Abgabengut (Metall, dann „Geld“) – zu Preisen, ausgedrückt im Abgabengut, führen und damit zu „Märkten“ bzw. zur Markt“wirtschaft“. Alles ist „real“ erwirtschaftet, also existent und bedarf keinerlei privaten „Zinses“.
- Oder sie leihen sich das Fremdgeforderte. Das kann – je nach sozialem Kontext – durchaus zinslos geschehen (muss aber spätestens dann verzinst werden, wenn der das Abgabengut Haltende es seinerseits zu seinem Termin schuldig wird – die Urkundenlage ist eindeutig). Damit ist der „private“ Zins in der Welt, der – zunächst – überhaupt nichts mit „Investitionen“ oder unternehmerischen „Aktivitäten“ zu tun hat (die „Zinsen“, welche die Palasthändler zu entrichten hatten, waren nichts anderes als eine andere Form des „Zinnß“, also einer an Palast bzw. Tempel zu entrichtenden Abgabe).

Schon bei dieser Form der „privaten“ Zinsung sehen wir, was wir bis heute beim „Zins“ sehen: Die entsprechenden Darlehen kann nur aufnehmen, wer seinerseits entweder in einer Eigentümerposition ist (also „Sicherheiten“ oder „Pfänder“ anzubieten hat, die „marktgängig, siehe oben, sein müssen) oder selbst ein Gläubiger zu einem späteren Zeitpunkt. Einen Schuldner „als solchen“ gibt es nicht – es sei denn ein solventer Dritter (solvent = in einer Eigentümer- oder Gläubigerposition) bürgt für ihn, hat also stellvertretend für ihn zu leisten.

Nun haben sich diese beiden Formen der Bewältigung des Abgabenproblems rasch vermischt und es entsteht der „private“ Zins zu geschäftlichen Zwecken.

Dabei besteht das „Geschäft“ eben darin, wiederum „reale“ Güter zu erstellen bzw. erstellen zu lassen mit denen sich andere „reale“ Güter auf den sich mehr und mehr entwickelnden „Märkten“ (sogar Produktenbörsen wie im Babylon des 1. Jt. BC) handeln lassen. Auf der ursprünglichen Einbahnstraße („Ersatzgüter“ zur Habhaftwerdung des Abgabengutes zu produzieren) entwickelt sich eine gänzlich neue Schicht, nämlich die des „Banquiers“ (zunächst noch Wucherers), der das nunmehr standardisierte Abgabengut „Geld“ auch zu Zwecken verleiht, damit es sich jene, die es sich leihen, in geschäftliche Aktivitäten (dieses zum zeitlich späteren Vollzug der Produktion „realer“ Güter) verwandeln können. Somit entsteht logischerweise ein „Gegenverkehr“.

Der dabei vereinbarte „private“ Zinssatz kann natürlich noch nicht zu irgendetwas verwendet werden (also etwa zur Verteilung bereits erstellter Güter), da der Zins selbst überhaupt noch nicht in Form von gezahlten Zinsen an den Gläubiger gelangt sein kann. Zinssatz und Zins werden immer wieder verwechselt. Der Zinssatz erzwingt überhaupt erst den Zins (wie der Steuersatz die Steuer). Die Leistung des Zinses an den Gläubiger wiederum setzt voraus, dass der Zinszahler den Zins mit letztlich der Erstellung eines „realen“ Gutes bzw. dessen Verwandlung in „Geld“ auf realwirtschaftlichen Märkten erwirtschaften konnte.

Dass dabei ein Schuldtitel seinerseits zwischenzeitlich diskontiert werden und so vor Fälligkeit in „Geld“ verwandelt werden kann [Achtung: Der Wechsel verzinst sich nicht, nur der diskontierte Wechsel!] , mit dessen Hilfe zeitlich vorgezogene Kaufschulden beglichen werden können ohne dass der Titel-Schuldner bereits seinerseits „Reales“ und demnach zur Verteilung Möglichen erstellt hat, bedeutet nur, dass nunmehr ein zusätzlicher Käufer (Kaufkontrakt-Williger) erscheint und damit der Preis der infrage kommenden und bereits „real“ existenten Ware (und damit das „Preisniveau“) tendenziell in die Höhe getrieben wird. Entsprechend senkt die „reale“ Produktion des Letztschuldners aus dem Schuldtitel, die dann zusätzlich am Markt erscheint, Preise und Preisniveau entsprechend.

Der Zins (ex „privat“ vereinbartem Zinssatz aus einer entsprechenden monetären Verschuldung) kann also das „reale“ und zur Verteilung anstehende Produkt, das zur Erfüllung des Schuld- und Zinskontraktes über Märkte in Form von dafür zu erhaltendem „Geld“ laufen muss, immer nur auf der **Zeitachse** verschieben.

Würden alle bestehenden Schuldkontrakte genau zu den ursprünglich vereinbarten Terminen erfüllt, könnten dies die Schuldner nur mit Hilfe von am Markt gegen „real“ erstellte und am Markt gegen Geld „realisierte“ Produkte leisten. [Nicht diskontierter Wechsel fällig = in Höhe der Wechselsumme muss gezahlt werden, ganz ohne „Zins“].

Können sie das nicht (und um genau diese Einwerbung des geschuldeten Geldes am Realgüter-Markt geht's im „Kapitalismus“), kann der Schuldkontrakt nicht erfüllt werden und der Gläubiger hat seine Forderung auszubuchen – es sei denn, er kann sich an „Sicherheiten“ schadlos halten.

[Die „gegensteuernde“ Konjunkturpolitik des Staates, die bei massiv auftretender Gefahr von insgesamt hohen Forderungen einsetzt, bedeutet letztlich nichts anderes als den Ersatz des für diesen Ablauf erforderlichen **Nachschuldners** durch die öffentliche Hand, die sich ihrerseits als Nachschuldner fingiert = zeitliche spätere Steuerforderungen diskontiert und an die Zeichner von Staatsanleihen abtritt, wobei die dafür erforderliche Liquidität durch das Einreichen bereits existenter Titel bei den Zentralbanken via Banken abgeholt werden kann].

Dreh- und Angelpunkt des ganzen „Systems“ ist und bleibt die „reale“ Sphäre. Diese hat durch den Marktmechanismus einen **Preispufer**: Würden z.B. alle existierenden Titel aus ihren Laufzeiten „geweckt“ und via Diskontierung durch die Titelhalter in sofortige Fälligkeit verwandelt [aus z.B. allen Wechseln würde „Bargeld“], so dass realwirtschaftliche Kaufkontrakte sofort abgeschlossen und erfüllt werden könnten, würden die zur Erfüllung der Kaufkontrakte seitens der Verkäufer (Warenhalter) abzugebenden, weil bei ihnen sofort lieferbaren „realen“ Güter nicht mehr oder weniger, sondern eben teurer.

Schönen Sonntag noch + Gruß!

Nochmals Staatsmonopol und Cournot'scher Punkt

Geschrieben von dottore am 15. März 2006 15:11:05

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/349517.htm>

Als Antwort auf: Re: Weder das eine, noch das andere! geschrieben von Theo Stuss am 14. März 2006 09:28:58

Hi Theo,

völlig klar gebracht. Danke dafür.

Der Staat ist Monopolist und steht auch seinerseits unter dem Gesetz des Debitismus und muss seine Vorfinanzierung wieder hereinholen.

Monopolisten in der Privatwirtschaft versuchen dabei, den **Cournot'schen Punkt** zu erwischen, vgl. ausführlicher diese Ableitung dazu.

Man ersetze den Mineralwassermonopolisten durch Staat, den Umsatz durch Steuereingänge und den Preis durch Steuersatz bzw. Steuersätze. Wir hatten dies schon mal diskutiert.

Die Grafik nochmals gesondert: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Das Staatsproblem besteht darin, dass die Grenzkosten des Staates (Ausgaben - unten Parallele zur x-Achse) - im Gegensatz zu einem Mineralwassermonopolisten - niemals unter, sondern stets über seinem Grenzumsatz (zusätzlichen Steuererlösen) liegen müssen, einzelne Ausnahmen können wir weglassen, da wir den Staat in seiner weltweiten **Gesamtheit** sehen müssen.

Nun steht die Frage nach dem "Kipp-Punkt" im Raum (anderer Ausdruck, wie hier gebraucht: der Staats-Kondratieff-Winterbeginn).

Dazu lassen wir die (blaue) Kostenkurve in der oberen der zweiten Darstellung zunächst in Parallele zur Umsatz- alias Steuereingangskurve (rot) laufen, ohne sie zu schneiden (anders als in der Grafik). Die Differenz deckt die laufende Staatsverschuldung, die sich in dem Beispiel ab ca. 30 DM deutlich öffnet, was sich mit der derzeitigen Realität deckt: die Verschuldung der Staaten nimmt in summa progressiv zu. Man kann sich auch die Kostenkurve als nicht linear, sondern nach links gekrümmt vorstellen, was der Staatsrealität entspricht: Je mehr Staat, desto teurer wird er relativ zu "weniger" Staat.

Hinzu kommt, dass der Staat Umsätze fingiert, da er nicht nur Steuereingänge, sondern auch das, was er sich als Vorausbezug auf diese am Kapitalmarkt "holt", unter "Erlöse" (Staatseinnahmen) rechnet (Kameralistik). Jedes Unternehmen, das die von ihm aufgenommenen **Kredite** unter **Umsätze** verbucht, wäre schnell am Ende, wie die bekannten Groß-Pleiten (Enron, Worldcom u.a.) zeigten, wo letztlich vor allem Lieferungen auf Kredit als "bezahlt" ausgewiesen bzw. aktiviert wurden.

Die Erlöskurve ("Umsatz" = Steuereingänge) hat den bekannten Scheitelpunkt (auf die "Lafferkurve" wurde auch in diesem Thread nochmals hingewiesen). Ob die Umsatzkurve mit Hilfe der Staatsverschuldung nach oben "gehoben" wird, spielt letztlich keine Rolle. Am Scheitelpunkt führt kein Weg vorbei. Wir hatten dies anhand einer S&P-Studie zur Bonität der Staaten in den kommenden Jahren schon diskutiert.

Die "Gewinnkurve" (grün) ist beim Staat eine Verlustkurve (unter Nulllinie) und fällt erst in leichter Schräglage nach unten, beschleunigt diesen Fall ab dem Cournot'schen Punkt (C) stark, "explodiert" ab dem Scheitel und beginnt ab dem abnehmenden Umsatz (Steuererlöse) immer mehr in "freien Fall" überzugehen.

Dass dies nicht in "einem Rutsch" abläuft, ist klar. Der berühmte **Fitch-Outlook** für Staats-Bonitäten variiert und ist bei jenen Staaten sogar "stable" oder "positiv", solange sich die Differenz Staatskosten/Staatserlös gleich hält oder vorübergehend sogar verkleinern lässt (z.B. durch "Reformen" = Kostensenkungen im öffentlichen Sektor, Erlöse aus Verkäufen von Staatseigentum [Tafelsilber] = "Privatisierung" oder auch zusätzliche Verschuldungsbereitschaft in einer - möglichst wachsenden - Bevölkerung = weitere BIP-Zuwachsraten in toto).

Lassen sich aber weder die Kostenkurve (nach rechts = Staat → min!) noch die Umsatzkurve (nach links = BIP- und Steuerzunahmen → max!) weiter verschieben, und sind zudem noch die "neuen Global Players" (China, Indien) "ausgereizt" [was logisch ist, da die Wachstumsraten von einer immer höheren BIP-Basis aus gerechnet werden] beginnt sich die Differenz endgültig und zwar ziemlich rasch auszuweiten.

Der Scheitel wäre also dann erreicht, wenn sich - vgl. auch die "Bankrottformeln" dazu - das Substrat der Umsatz-Fingierung, nämlich zusätzliche, in der Zukunft überhaupt zu erwartende Steuererlöse ("gezahlte") auf Dauer unterhalb der zu zahlenden (!) Kosten der bereits "fingierten" Erlöse darstellen, was im Endzustand eben in cash zu zahlende **Zinsen** > (größer als) in cash eintreibbare **Steuern** bedeutet.

Ab wann Bonitäten abschmieren und vice versa die Renditen (und damit die Zinssätze für neu zu begebende Staatstitel) in die Höhe schnellen und in welcher Reihenfolge des Staatenkartells untereinander, lässt sich freilich nicht sagen. Dazu ist auch viel zu viel Psychologie im Rennen ("full faith and credit of government"!).

Auch sind besondere **Stabilisatoren** nicht zu verachten: Je häufiger Kreditkrisen "bewältigt" werden (Notenbanken!), umso "unverwundbarer" wird das Gesamtsystem eingeschätzt.

Insofern ist dieser Dein Satz eine zentrale Aussage:

"Der Knock-Out ergibt sich schlussweise aus der Einstufung der Staatstitel am Markt."

Noch eine kleine Anmerkung zu Deinem klaren und exzellenten Posting, dem ich mich zur Gänze anschließe:

>Einzigster Ausweg wäre die Externalisierung dieser Schulden, wie es die USA tun, aber nur sie haben dieses Privileg.

Das funktioniert, solange die USD-Zinssätze und vor allem die USD-Rendite- und Zinssatz-**Erwartungen** (oder hat jemand im Ernst geglaubt, die Greenspan'sche Zinstreppe nach unten würde "auf ewig" unten **bleiben** und sich nie mehr "umkehren"?) über jenen in allen anderen Währungsräumen liegen.

Das "Privileg" kann sich auch verflüchtigen - oder was geschähe, falls die Zinskurven (alle Fristen) im Euro- und Yen-Beritt jene des USD-Raumes auf breiter Front überschritten? Dann wird's richtig spannend.

Zumal unter dem Aspekt einer "Flucht aus dem Dollar", die jedoch ihrerseits das Abladen von USD-Titeln mit entsprechendem Kurs-Verfall (demnach Rendite- und wiederum Zins-Anstieg) verbunden wäre. Das ganze Große Spiel läuft also in der Tat auf die USA hinaus und deren letztlich staatlicher Verschuldungsfähigkeit (wer wäre "zinsrobuster" als US Gov mit seinem, zudem mit Weltmacht-Monopolstatus und - relativ zum BIP noch niedriger Verschuldungsquote - unterlegten AAA?).

Irgendwie kommt einem das Ganze vor wie die Mär vom Hexenmeister oder der Mythos von Midas: Zuerst ist's toll, dann allmählich genug, zum Schluss dann eben zu viel.

Nochmals besten Dank + Gruss!

Wie ist das Silbergeld entstanden?

Geschrieben von dottore am 30. März 2006 15:56:49

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/350769.htm>

Was als Nachweis für die „Geldentstehung ex Abgaben“ auf verstaubten Tontafeln gefordert wurde (@Dimi u.a.) finden wir in Basalt und zwar auf der bekannten Stele, auf der der Codex Hammurapi (CH) zu lesen ist. Heute Louvre, Paris. Einige Textstellen fehlen. [Bild fehlt, Anm. Editor]

H. ist zwar frühes 2. Jt. AD (1728-1686) und hat als Gesetzgeber diverse Vorgänger, z.B. Urnammu (ca. 3100 BC, III. Dynastie Ur oder Lipitschar, ca. 1 Jh. davor), deren Texte nur fragmentarisch erhalten sind. Ex Urnammu haben wir allerdings auch die wichtigen **amtlichen Paritäten** (Naturalien in Gewichtseinheiten Silber fein), die bekanntlich Dreh- und Angelpunkt der Silbergeld-Entstehung sind und die auch im CH die entscheidende Rolle spielen.

CH 51 eröffnet einem Schuldner die Möglichkeit entweder in Getreide oder Sesam (i.e. klassische Naturalabgaben) an Stelle von Geld (hier: Silber im bereits eingeführten Shekelstandard) zurückzuzahlen - “und zwar gemäß dem königliche Tarif“ (= amtliche Preisliste).

Oder CH 53, wo Silber an die Stelle des eigentlich geschuldeten, aber nicht beschaffbaren Getreides treten *kann*. Daher die bekannte Silberleihe (zu 20 %), die günstiger war als die Getreideleihe (33,3 %), was daraus resultiert, dass Silber jederzeit zu beschaffen ist (die Kontrakte lauten immer auf bestimmte Monate desselben Jahres, Leihen über dieses Jahr hinaus gibt es schon deshalb nicht, weil sonst Monate beliebig späterer Jahre hätten infrage kommen können. Auf Getreide wäre bis zur nächsten Ernte zu warten gewesen, an Silber war aber jederzeit zu kommen und es war auch jederzeit vor der nächsten Ernte zurückzuzahlen gewesen.

Oder CH 55, wo jemand (Pächter, s.u.), der seinem Nachbarn (ebenfalls Pächter) durch Unachtsamkeit die Felder beschädigt, den Schaden nicht in Silber, sondern in Getreide zu ersetzen hat.

In CH 56 (ähnlicher Fall) ist auch die Strafe angegeben: 10 Gur Getreide (= ca. 250 Liter, es gibt auch Angaben über ca. 300 Liter; besitze selbst ein antik-nahöstliches Maßgerät mit dem im größeren Teil ca. 0,5 und im kleineren genau die Hälfte davon abgemessen werden kann; heute noch bei den Sahara-Araber Gur = ca. 200 Liter) für je 10 Gan (= ca. 15 qm) Land.

In CH 57 muss ein Schäfer, der unerlaubt (ergo ohne Zahlung einer Abgabe) auf Land weiden lässt, sogar 20 Gur für je 10 Gan bezahlen.

In CH 58 kann der Schäfer Besitzer von Feldern werden, muss dann aber zur Erntezeit dann 60 Gur je 10 Gan bezahlen.

Das Land mit seinen Bewohnern gehörte als Obereigentum dem König (das ihm beides Bel oder Marduk zur Verfügung gestellt hatten). Dabei ist auf **Julian Jaynes** („bicameral mind“) zu rekurren: „The king dead is a living god“, was den Kreis zum dauerhaften Obereigentümer schließt. Oder: „In each of these areas [Jaynes startet im alten Nahen Osten und deckt praktisch die ganze Welt ab, über China sogar bis in die praekolumbianischen Hochtäler der Anden] ... there was a succession of kingdoms“. Die soziale Kontrolle der bikameralen Zeit wird mit dem Zusammenbruch des „bicameral mind“ durch **Herrschaft** ersetzt.

Soeben ist in PNAS dazu ein interessanter Aufsatz erschienen (**Drennon / Peterson**, „*Patterned variation in prehistoric chiefdoms*“), wobei an den studierten Orten, Oaxaca / Mexiko (hier schon bestens bekannt), Alto Magdalena (Kolumbien) und nordöstliches China „underlying general principles“ gefunden wurden, die sämtlich auf das bekannte Herrschafts- bzw. Elitemodell hinauslaufen, das selbstverständlich von den Nicht-Eliten finanziert werden musste.

Ausdrücklich erwähnt Hammurapi seine **Herrschaft** über die „schwarzköpfigen Leute (Völker)“ (er nennt die Shamash als Beispiel); diese „Schwarzköpfigen“ sind uns auch aus anderen (sumerischen) Texten als Unterworfenen bekannt.

Seine Legitimierung führt H. in der Präambel wiederum in seinen verschiedenen Funktionen bzw. Arealen, die er mit seiner 30.000 Mann starken Armee zu unterwerfen verstand, auf diverse Götter zurück, z.B. als „der Fürst, von Bel berufen“, „der Höchste, der sich vor den großen Göttern erniedrigt“, der „Liebling von (Gott) Ninni“ usw. und der den diversen Schutzgöttern (oder „Gründern“) der unterworfenen Städte entsprechend opfern ließ bzw. deren Tempel ausstattete oder ihnen von seinem Land bestimmte Teile zukommen ließ (H., „der E-gal-mach reichlich mit Stiftungen dotierte“). Die Götter-Liste im Nachspann zum eigentlichen CH ist umfangreich.

Das Untereigentum lag bei nicht etwa bei den „Schwarzköpfigen“ oder der Bevölkerung der unterworfenen Königreiche bzw. Stadtstaaten, denen das schon ausführlicher dargestellt **Subsistenzland** verblieb (ca. 0,5 ha), die in Person ihrer jeweiligen Chefs (reicht runter bis zum Dorfaufseher oder –ältesten) dem „Herrscher“ (also Hammurapi) gegenüber in den abgabenverpflichteten Vasallenstatus herabsanken, sondern auch bei jenen, die aus seinem Clan stammten („Oberschicht“, vgl. englische Barone, reichsfreie Fürsten im alten deutschen Reich etc.). Diese hatten die Naturalabgaben zu leisten, allerdings nicht selbst zu produzieren - wie auch? Sie selbst wurden nur beim Kriegs“dienst“ als selbst Leistende in Anspruch genommen.

Eine interessante Parallele dazu ist die **Abram-**, später **Abraham-**Geschichte (siehe Genesis). Ihm wird von Gott Jahve Land versprochen („gelobtes Land“, Kanaan). Das ist nicht „leer“ oder res nullius, sondern darin wohnen Menschen (Edomiter usw. mit entsprechenden „Königen“ bzw. Stammesführern, vgl. deren Königsliste in 1 Chronik 1)!

Abraham ist Chef einer Nomadengruppe, geht während einer Hungerszeit nach Ägypten und dann Richtung gelobtes Land, das von seinem Clan (ausführliche Liste seiner Nachkommen usw., vgl. a.a.O.) zum Obereigentum genommen wird. Die vasallierten „Könige“ haben ihm Abgaben zu leisten – der Grund, weshalb Abraham immer wieder als „reich“ (Vieh, Gold, Silber) beschrieben wird. Er ist also in einem Zustand, den er mit einfacher Viehwirtschaft niemals hätte erreichen können, vgl. noch die heutigen Viehwirtschaft betreibenden armseligen Stämme in Afrika.

Das Ganze lief blutig ab. 1 Mos 14 berichtet:

„Als er (Abram) nun zurückkam von dem **Sieg** über Kedor-Laomer und die **Könige** mit ihm (K-L), ging ihm entgegen der **König** von Sodom in das Tal Schawe, das ist das Königstal. Aber Melchisedek, der König von Salem, trug Brot und Wein heraus. Und er war ein Priester Gottes des Höchsten (!) und segnete ihn und sprach: Gesegnet seist du, Abram, vom höchsten Gott, der Himmel und Erde geschaffen hat; und gelobt sei Gott der Höchste, der deine **Feinde in deine Hand gegeben hat**.“

Dann der wichtige Satz: „Und Abram gab ihm den **Zehnten von allem**.“ Damit war Abram selbst in ein **Abgabenverhältnis** gerutscht – auch wenn man sich anschließend scheidlich-friedlich einigt. Die weitere Geschichte der Unterwerfung „Israels“ (Jericho usw.) darf ich mir schenken.

Auf einen ähnlichen Umstand weist auch das **Gilgamesch-Epos** hin; hier Tafel II:

„Enkidu saß vor der Schamkat [Geliebte];
Es umschmeichelten einander die beiden.

Die Steppe vergaß nun Enkidu, wo er geboren ward.“

Aus Tafel I:

„*Enkidu, den **gewaltigen**, schuf sie* [Aruru = die im Auftrag der Obergötter Anu alle Menschen schuf], *einen **Helden**, einen Sprößling der Nachtstille* [i.e. aus dem Osten / Innerasien kommend, etwas später erscheint auch die berühmte Axt = Kriegssaxt / Bronze, über die sich alle wundern], *mit **Kraft** beschenkt von Ninurta...*“ [Ninurta = zur Zeit der Dichtung des Epos - evtl. 1200 BC, die Tafeln selbst sind aus dem Assurbarnipal-Palast, 7. Jh. BC - Kriegsgott, der Babylonien von den ständig hereinbrandenden Bergvölkern schützen sollte]

Auch dies ein Echo aus der Zeit, als Mesopotamien vom Osten her überfallen (Mann/Mann-Waffe = Bronze, die dort ihren Ursprung hat) und unterworfen und „untertan“ (i.e. abgabenverpflichtet) gemacht worden war.

Wie geht's nun mit dem CH weiter?

Als überkommene Struktur haben wir: Herrscher mit Obereigentum (H., „der die vier Teile der Welt eroberte“ – Präambel), Palast/Tempel mit Eigenland.

Todesstrafe für jeden, der dort etwas entwendet (CH 6). Dann die Mittelschicht („Verwalter“, die wir schon aus den sumerischen SOLL/IST-Piktogrammen kennen). Sie haben das SOLL (Naturalien) abzuliefern.

Dabei bilden sich lokale Sammelstellen heraus (siehe früheres Posting), von denen aus redistribuiert wird. Wir haben **Paritäten der Naturalien zu Silber** laut amtlichem Aushang (Stele) – es muss nicht jedem einzelnen via Tontafel die Parität mitgeteilt werden – genau wie auch heute die Gesetze nicht jedem einzelnen Haushalt per Postwurf zugestellt werden, sondern nur an einer einzigsten Stelle als „geltend“ publiziert sind, nämlich dem amtlichen Gesetzblatt.

Unterhalb dieser Mittelschicht, die sich unter Todesandrohung auch „selbst bedienen“ konnte:

--- **Pächter** (Besitzer) von ausschließlich der Oberschicht, später und allmählich dann auch der Mittelschicht (als Untereigentümer) eigenem Land. Der Pächter, s. o., selbst muss Strafen (für Verzug, Beschädigung usw.) in Naturalien und nicht etwa in Silber entrichten, *kann* aber auch in Silber entrichten, vgl. oben CH 51 und 53. Die Pächter sind zunächst solche in *statu nascendi*, sie haben Subsistenzland und da dies auf Dauer (größere Familien) nicht reicht, werden sie Pächter de facto. Auf den daraus folgenden *agrarian usury* (Hudson) war schon ausführlich hingewiesen worden.

Interessant dabei CH 63: Falls ein „Gärtner“ (= Subsistenzland-Untereigentümer) Brachland in Ackerland verwandelt, muss dessen Eigentümer (s.o.) ihm für 10 Gan (= ca. 1,5 Ar, was damals in Ermangelung von Zugtieren beim „kleinen Mann“ so etwas wie ein Tagwerk gewesen sein mag, lasse ich aber offen) 10 Gur Getreide bezahlen. Damit haben wir ganz nebenbei eine weitere Parität – allerdings von Silbergeld keine Spur. Das hätte sich der Eigner schon selbst beschaffen müssen, um dann damit das Getreide aufzutreiben. Weshalb die Silberleihe (s.o.) zu 20 % eben so interessant gegenüber der Getreideleihe machte.

Ähnliche **Zahlungen** noch im ursprünglichen Getreide-„Geld“ übrigens CH 242: Miete eines Ochsens für ein Jahr = 4 Gur Getreide. Miete eines sonstigen Stück Viehs = 3 Gur an den Eigentümer des Viehs. Und viele weitere Beispiele – jedesmal wird mit Getreide bezahlt. Also nix mit Silbergeld.

--- **Lohnarbeiter.** Dies waren zunächst nicht vorhanden, da in einer Subsistenzwirtschaft (Familie, Dorf, Stamm) keine „freien“, d.h. also für eine Arbeit gegenüber einer anderen *kinship* (Verwandtschaft) zur „Verfügung“ stehenden Arbeiter existiert haben (etwa als „Tagelöhner“), auch nirgends in Subsistenzwirtschaften nachzuweisen sind und auch nicht von den Eroberern Mesopotams ex Osten (s.o.) angetroffen wurden. Diese versklavten oder gingen tributär vor, vgl. nochmals Bernbeck, wobei dieser Tribut logischerweise am Anfang nicht in Geld ex Silber, sondern in **Naturalien** bestand, wie es die oben gezeigten Zahlungen *in natura* des CH überdeutlich nachweisen. Noch CH 272 sagt: „Wer einen Karren leiht, muss 40 Ka Getreide pro Tag zahlen.“ Zum Ka (auch qu): Entsprechend in Babylonien dem, was man als Kubus mit einer Handspanne abgreifen konnte, also ca. 10 x 10 x 10 cm.

Diese Lohnarbeiter sind auch nicht „ländlichen“ Ursprungs, da dort Pächter zugewandert waren, die ihrerseits größte Mühe hatten (wie auch die Mittelschicht der „Verwalter“ / „Aufseher“), dem agrarian usury zu entkommen. Entkamen sie dem nicht waren sie nicht etwa „frei“ (bitte nicht verwechseln mit den neuzeitlichen „Bauernbefreiungen“), sondern gerieten in Schuldknechtschaft, aus der sie nur per Erlassjahre entkamen (clean slates), wie schon ausführlich diskutiert.

Die Lohnarbeiter sind ein städtisches Phänomen (wie die Stadt mit den bekannten Zentren Palast/Tempel ein Macht-Phänomen ist, der ganze alte Nahe Osten ist voll davon). Oder um nochmals bei **Jaynes** abzugreifen:

„Civilization ist the art (!) of living in towns of such size that everyone does not know everyone else.“

Nur: Womit haben sie ihr „living“ bestritten? Das wiederum kann nur durch den Verkauf der eigenen Arbeitskraft geschehen sein, sofern sie sich nicht mit dem Redistributierten (vgl. die römischen *annonae* = Getreidespenden) vorlieb nehmen und „Proletarier“ bleiben wollten.

Und **jetzt erst** kommt das Silbergeld ins Spiel - das Naturalgeld bleibt als „Scheidemünze“ noch erhalten, wie das berühmte Beispiel der Schankwirtin zeigt. CH 108: „Falls eine Schankwirtin nicht Getreide zur Bezahlung des Getränks, sondern Geld (Silber) nimmt, und der Preis des Getränks ist niedriger als der Preis des Getreides, soll sie ertränkt werden.“

Zur Bezahlung des Tagelöhners lag nach CH 273 von April bis August (lange Tage, große Hitze) sechs Gerah „**in Geld**“ pro Tag (1 Gerah = ca. 0,5 Gramm), in den anderen Monaten 5 Gerah.

Und ebenfalls als rein städtisches Phänomen der folgende Paragraph (274): Ein gelernter Handwerker 5 Gerah / Tag, dito ein Töpfer, dito ein Schneider, ein Seiler 4 Gerah. Die Zahl für den Maurer ist leider eine Fehlstelle. Fährbootsmiete (logischerweise nur an den Stellen der Flüsse, wo auch die Städte lagen): 3 Gerah / Tag, usw.

Somit lässt sich also noch aus dem (relativ späten) CH sehr schön rekonstruieren, wie es zum Übergang der Naturalien (ursprüngliches Abgabengut und „gültig“ zu Tilgung von Abgabenschulden) über die „offiziellen Tarife“ (Parität zum Silber, dessen Standard sich aus dem Getreidestandard herleitet) schließlich zum **Silbergeld** selbst gekommen ist.

Davon, dass Silber als „Geld“ ursprünglich bzw. vor-wirtschaftlich (vor-kontraktlich) und demnach von Anfang an die gesamte Wirtschaftssphäre, wenn nicht sogar schon die Tausch- und/oder Produktionssphäre abdeckend, existierte, kann beim besten Willen keine Rede sein.

Infla/Defla, FRB und die Österreicher

Geschrieben von dottore am 15. April 2006 19:22:00

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/351883.htm>

[D]as mit der Inflation ist schon ein Kreuz. Wir haben also zwei Aussagen:

1. *„Wird Inflation / Deflation nicht nach der Entwicklung bei assets gemessen sondern international praktiziert am CPI“*
2. *„Es besteht dann Inflation, wenn durch eine zu große Ausweitung der Geldmenge die Konsumenten-Preise auf BREITER Front steigen. Es besteht nur dann Deflation, wenn durch eine Kontraktion der Geldmenge die Konsumenten-Preise auf BREITER Front fallen.“*

Dabei ist mir nicht klar, wie das gemeint ist: Entweder besteht dann Inflation, wenn der CPI steigt (1). Oder es besteht – bzw. kommt? - dann Inflation, wenn die Ausweitung der „Geldmenge“ zu groß ist (2). Im Fall (1) wäre der CPI die Messlatte, im Fall (2) die „Geldmenge“.

Beim Fall (1) ist zu berücksichtigen, dass die Preiserhebung der Konsumgüter die Angebotspreise (also, wie sie in den Regalen ausgezeichnet sind) erhoben werden. Dass dies nichts über realisierte Preise aussagt und schon gar nichts über Preise mal Mengen, wurde schon des öfteren angesprochen. Dem Problem weicht die Statistik durch ständig neu zusammen gestellte **Warenkörbe** aus, deren Zusammenstellung den tatsächlichen Umständen um Jahre hinterherläuft. Beides, Erfassung von Angebotspreisen und Verbrauchs-„Gewohnheiten“ sind schon von der Erfassung her nicht kompatibel.

Außerdem fehlt bei der Erfassung der Angebotspreise der Anteil der **administrierten** Preise bzw. Preisteile. Wird die MWSt. erhöht, ergibt sich zweifelsfrei ein „inflationärer“ Effekt – man vergleiche die Preise Jan/2007 mit denen Dez/2006 -, der nichts mit einer „Mehrnachfrage“ zu tun hat, die auf ein gleiches oder gemindertem Warenangebot trifft und ergo die Preise in die Höhe treibt. Mit einer veränderten „Geldmenge“ hat dies absolut nichts zu tun – oder wird das Geld zur Entrichtung der höheren Steuer vorher an die Steuerpflichtigen ausgezahlt?

Kommen wir zum Fall (2), also zu dem, was auch in den Links aus „money supply“ bezeichnet wird. Dieser „supply“ kann (a) einen „Bestand“ bezeichnen, aber ebenso eine „Beschaffungsmöglichkeit“ (b), wobei letztere, wie wir wissen ein Vielfaches des ersten ausmacht. Dabei werden die Banken allerdings nicht selbst tätig („aktive Geldschöpfung“, vgl. die schöne Grafik von @ELLI dazu) , sondern nur aufgrund von Kreditwünschen des Publikums.

Bleiben wir beim „supply“ (a), also dem was an ZB-Noten, ZB-Konten der Banken, Münzen und Sichtguthaben des Publikums summiert wird, so lassen sich etwelche Kausalketten nicht festmachen.

Nach den Angaben der BIZ haben wir 2000/2004 in **Japan** einen Anstieg der Noten und Münzen „in circulation“ von 588 auf 795 Mrd. USD, also um 35 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist der CPI um ca. 4 % gefallen. Andererseits sind die „transferable deposits held by non-banks“ von 1,8 auf 3,5 Bio. USD gestiegen, haben sich also in vier Jahren fast verdoppelt. Beides kann man mit Fug und Recht als eine „zu große Ausweitung der Geldmenge“ (so. oben) bezeichnen.

Die CPI-Deflation in Japan im selben Zeitraum ist bekannt, so dass sich der Satz *„Es besteht nur dann Deflation, wenn durch eine Kontraktion der Geldmenge die Konsumenten-Preise auf BREITER Front fallen“* in seinem Sinn nicht erschließt, da von einer „Kontraktion der Geldmenge“ in keiner Weise gesprochen werden kann.

Es kommt dabei natürlich nicht nur auf die „Geldmenge“ (hier Noten und Münzen) in toto an, sondern auf jene pro Einwohner, da dieser schließlich der „Käufer“ ist.

Nach Japan (6.222 USD/Kopf) tut sich dabei die Schweiz hervor. Dort hält jeder Einwohner 4.936 USD (Steigerung gg. 2000 = 54 Prozent!), von einer Schweizer Inflation 2001/2004 kann ebenfalls keine Rede sei, die Infla-Raten lagen jeweils deutlich unter 1 Prozent.

Umso rätselhafter, als die Schweizer Depositen-Konti („Geldmenge giral“) 2000/2004 geradezu „explodiert“ sind: von 8.321 auf 18.414 USD pro Einwohner, also um **121 Prozent!** Die CPI-Inflation 2004 lag mit 0,8 Prozent ganz woanders als man es nach der obigen Theorie hätte erwarten sollen.

Auch **Hongkong** ist bemerkenswert. Dort steigen Noten/Münzen 2000/2004 von 2.020 auf 2.858 USD pro Kopf (= plus 41 Prozent!), aber der HK-CPI entwickelte sich besonders negativ: Schon 2000 minus 3,75, dann minus 1,6, minus 3,04, minus 2,58 und minus 0,03 Prozent. Damit haben wir mehr als eine (aufgerechnet) zweistellige CPI-Deflation. Wie ist das bei diesem „money supply“ möglich?

Ein ganz anderes Bild zeigen dagegen die **USA**, die in der Infla-Rate der führenden Wirtschaftsländer 2000/2004 bekanntermaßen den Spitzenplatz einnahmen.

Aber gerade dort stiegen die „Geldmengen“ pro Kopf am „sanftesten“: Noten/Münzen pro Ew. von 2.103 auf 2.568, also um 22 Prozent. Bei den US-Depositen pro Ew. haben wir gar nur einen Anstieg von 2.806 auf 3.106 USD, also um knapp 11 Prozent.

Das mit den Preisen (CPI) und dem „money supply“ (Geldmenge, bar und giral und pro Kopf) haut also vorn und hinten nicht hin. Die Preise sind, oft genug schon in extensis ausgeführt, kein Geld-, sondern ein Kredit-Derivat.

3. *„Sonstige Preisrückgänge sind gesund und können z. B. auf einem Produktivitätsfortschritt beruhen. sh hierzu: <http://www.mises.org/story/1298> und <http://www.mises.org/story/1254>“*
„Gesund“ ist wohl eher ein medizinisches und nicht ein ökonomisches Phänomen.
4. *„Ich stimme hier voll mit Herrn Prof. Dr. G. Reismann und Herrn Prof. Dr. J. Hülsmann überein.“* Die beiden Herren sind durch die obigen Ausführungen eindeutig widerlegt.
5. *„Keynesianer mögen es vielleicht anders sehen, aber diese Lehre taugt auch nichts. sh: "Das Fiasko der Keynes'schen Wirtschaftslehre" Autor: Henry Hazlitt mit Unterstützung durch Überarbeitung des Stoffes durch Prof. Dr. Ludwig von Mises und zustimmend durch Prof. Dr. F.-A. von Hayek, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften.“* Von Keynesianismus war in der bisherigen Diskussion m.W. noch nirgends die Rede. Er ist auch für diese Zwecke gänzlich belanglos.
6. *„Tja, man wird sich - wenn man mit mir diskutieren will - daran gewöhnen müssen, daß ich ein Anhänger der österreichischen Schule der Wirtschaftswissenschaften bin. Sollte man deswegen nicht mit mir diskutieren wollen - auch kein Problem für mich.“* Die Österreicher haben große Verdienste, sind aber zum Kern des ökonomischen Problems nicht vorgestoßen. Ebenso schöne Ostern wünschend!

„P.S. Zu Fractional Reserve Banking knüpfe ich in wenigen Tagen oder Wochen an die Vordiskussion mit @dottore an, da er mich ja aufgefordert hat mit: ". . auf ein Neues". Es wird ein etwas längerer Beitrag werden. Eine meiner Sekretärinnen schreibt gerade daran mit Buchungsbeispielen auf T-Konten zu Lehrmaterial, verwendet an diversen Universitäten. Gerade die neueren Recherchen haben mich voll und ganz überzeugt, daß es Fractional Reserve Banking gibt. :-)“

Auf diese Diskussion freue ich mich sehr. Wenn ich mir einen Vorschlag erlauben darf:

Bitte der Einfachheit halber mit einer Wirtschaft ohne Geld beginnen, das sich die Banken zunächst bei der ZB beschaffen müssen, bevor sie es – auf dem Kreditwege – ans Publikum weitergeben können.

Da sich die Banken jederzeit jeden vom Publikum geforderten Betrag bei der ZB beschaffen können, kann selbstverständlich auch die Mindestreserve entfallen.

Zum Beispiel: A möchte von seiner Bank X 1000. Bank X beschafft diese bei der ZB und verleiht sie an A (täglich fällig). A zahlt die 1000 bei Bank Y ein (täglich fällig). Bank Y verleiht die 1000 an B (täglich fällig). B zahlt die 1000 an Bank Z ein (täglich fällig). Bank Z verleiht die 1000 an C (täglich fällig), usw. usw. Zinssatz durchgehend 10 % p.a.

Frage 1: Wie viel Geld kann so „geschaffen“ werden?

Frage 2: Falls weniger als unendlich viel – warum?

Frage 3: Wer „schafft“ das Geld? ZB, Banken oder Publikum?

Frage 4: Was passiert, wenn das Publikum keine täglich fälligen Verbindlichkeiten gegen sich buchen lassen möchte?

Frage 5: Wie hoch sind die Summen, die das Publikum ununterbrochen mit sich herumtragen müsste, um etwaigen Fälligkeiten (täglich möglich) durch die Banken Genüge leisten zu können?

Frage 6: Falls 100 %, wie kann das Publikum die auf es jederzeit wartende Abforderung des in seiner Tasche liegenden Geldes bei einer Bank einzahlen, wo es das Geld seinerseits erst bei einer zweiten abholen müsste, um die erste Bank zu befriedigen. Was passiert, wenn die ursprünglichen 1000 durch FRB über Hunderttausende von Konten gewandert ist (Achtung: Die Japaner unterhalten 532.658 Konten! Die Engländer 142.216, die Deutschen sogar noch 85.163 Depositenkonten – da müssten die täglichen Fälligkeiten lange Wege gehen... **Von einem Run des Publikums auf die Banken wird bei täglichen Fälligkeiten gern gesprochen – aber was ist mit einem, das FRB logischerweise definierenden [täglich fällig!] Run der Banken auf das Publikum?**).

Frage 7: Falls weniger als 100 % - wie kann das Publikum wissen, dass nicht jederzeit doch 100 % von der Bank zurückverlangt werden? Banken sind bekanntlich erheblich nervöser als das Publikum, siehe jeweilige Konkursquoten).

Frage 8: Wo kommt überhaupt das Geld her, um die Zinsen zu bezahlen?

Als besonderes Schmanckerl würde mich dieses Modell interessieren: Es existieren nur **Scheidemünzen**, also Geld ohne Fälligkeit. *) Um der Mindestreservspflicht zu genügen reichen die Banken, bei denen dieses „Nettogeld“ eingezahlt wird, den vollen Betrag an die ZB weiter (von wo sie es jederzeit abholen können, um etwaigen Auszahlungs- alias Wiedergabewünschen nachzukommen).

*) [Auf solches Geld ohne Fälligkeit, also letztlich Metallmünzen, hebt die ganze österreichische Schule, noch früheren Währungssystemen verhaftet, ab; ihre Vertreter sind in einer anderen Zeit groß geworden, die es heute nicht mehr gibt].

Die Mindestreserven werden – so ist es heute im EZB-System der Fall – zum sog. „Leitzins“ vergütet. Die ZB verbucht die eingereichten Münzen zum Nennwert (erscheinen in der ZB unter „Kasse“), muss die ihr eingereichten Münzen aber verzinsen. Wo nimmt die ZB das Geld zur Verzinsung her?

Die Banken hätten leichtes Spiel: Alle Scheidemünzen an die ZB einzahlen (100 % MR) und eine Marge in Höhe des Leitzinses kassieren. Die sonstigen Geschäfte könnten die Banken einstellen und sich als Ein-Mann-Betriebe mit einer opulenten „Zinsmarge“ zufrieden geben. Das Kapital würde der Einfachheit halber ebenfalls in Scheidemünzen eingezahlt, die sowohl Banken als auch die NZBs (im Gegensatz zum Verkehr des Publikums untereinander) in jeder Höhe anzunehmen verpflichtet sind.

Let's knock!

Herrschaft, Staatsentstehung, Abgabensystem, Cournot'scher Punkt

Geschrieben von dottore am 07. Juni 2006 15:47:39

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/356186.htm>

Als Antwort auf: @Dottore-Beitrag zum Cournot'schen Punkt geschrieben von Aleph am 06. Juni 2006 14:15:12

Hi Aleph,

>ihre Beiträge vom 08.03. und 15.03.2006 habe ich mit großem Interesse gelesen, weil für mich die Frage, ob auch ein demokratischer Staat mit Macht, basierend auf dem hiesigen Wirtschaftssystem (Debitismus), zwangsläufig untergehen muss, nicht geklärt ist.

Danke für die Frage. Das Problem liegt darin, dass der „Staat mit Macht“ nicht etwa auf einem „Wirtschaftssystem“ basiert, sondern dieses überhaupt erst schafft.

Ein **vorstaatliches Wirtschaften** (also mit Privateigentum, das Nichteigentümer zwingen kann und mit Privatkontrakten, die vollstreckt werden können – Gegensatz dazu: Produzieren) in dem Sinne, dass es seit jeher allseits „Freie“ gegeben habe, die sich dann „irgendwann“ einen „Staat“ ausgedacht und diesen als „übergeordnete Instanz“ implementiert hätten (per „Gesellschaftsvertrag“ o.ä.) ist nicht nachweisbar.

Umgekehrt setzen Privateigentum und Privatkontrakte ein Machtsystem voraus. Es muss also bereits eine Staatlichkeit (Staatsform spielt keine Rolle) existieren, bevor sich aus Privateigentum (Untereigentum, Obereigentümer bleibt der Staat) und mit Hilfe von Kontrakten („Wirtschaftssystem“) jene Returns erwirtschaften lassen, von denen die Staatlichkeit selbst existieren kann.

Wirtschaften kann erst besteuert werden, nachdem irgendwer gewirtschaftet hat – ohne Einkommen keine Einkommensteuer ohne Umsätze (Umsatz = Eigentums- und/oder Besitztransfer und nicht etwa „Konsum“, der sich seinerseits nicht besteuern lässt, da nicht Zustände oder besteuert werden können, sondern immer nur „real people“) keine Umsatzsteuer, um die beiden in heutigen „Demokratien“ finanziell wichtigsten Steuerarten zu nennen.

Alle Ableitungen zum Thema „Wirtschaften“ müssen mit dem beginnen, was in der menschlichen Geschichte am Anfang stand: Kleine Einheiten („Stämme“, „Dorfgemeinschaften“, „Familien“ usw.), die solidarisch strukturiert waren (Redistribution des „gemeinsam“ Produzierten auch an jene, die noch nicht oder nicht mehr am Produzieren beteiligt waren), die soziale Sanktionen kannten und die im Laufe der Bevölkerungsvermehrung **Hierarchien** entwickelten, in denen bereits das Macht- und Zwangsabgabensystem anklingt („Big Man“- und LU.GAL.-Phänomen, usw.).

Dreh- und Angelpunkt bei dem Switch vom Produzieren zum Wirtschaften ist die sanktionsbewehrte **Abgabe**. Diese setzt (Fremd)-Herrschaft voraus, vgl. das Oppenheimer-Modell der „Staatsentstehung“. Einige Zitate (ex Wiki):

Danach zeigt die Geschichtsforschung, dass jeder Staat „seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung (ist), die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger. Kein primitiver »Staat« der Weltgeschichte ist anders entstanden ...“.

Nachdem der Staat also etabliert ist:

„Jeder Staat der Vergangenheit und Geschichte, dem dieser Name unbestritten zukommt, jeder Staat vor allem, der in seiner Entwicklung zu höheren Stufen der Macht, der Größe und des Reichtums weltgeschichtlich bedeutsam geworden ist, war oder ist ein Klassenstaat, d. h. eine Hierarchie von einander über- und untergeordneten Schichten oder Klassen mit verschiedenem Recht und verschiedenem Einkommen.“

„Der unversöhnliche Zwiespalt der Theorien vom Staate erklären sich daraus, dass keine von ihnen vom soziologischen Gesichtspunkte aus entstanden ist. Der Staat ist ein universalgeschichtliches Objekt und kann nur durch breit spannende universalgeschichtliche Betrachtung in seinem Wesen erkannt werden. Diesen Weg (...) hat bisher, außer der soziologischen, keine Staatstheorie beschritten. Sie alle sind als Klassentheorien entstanden.“

Eine ökonomische Staatstheorie bzw. eine „Theorie“ der **Folgewirkungen** entwickelt sich seit einiger Zeit. Staat im Oppenheimer'schen „Klassen“-Sinne (heute: politische Klasse vs. Klasse „Rest der Bevölkerung“ – auch wenn es Auf- und Abstiegsmöglichkeiten gibt, vgl. Paretos „Kreislauf der Eliten“) wird dabei mit Epitheta wie „kriminelle Vereinigung“, „stationärer Bandit“, „mafiose Struktur“ usw. belegt (vgl. Tilly, Kreisky u.v.a. Mehr).

Oppenheimer schließlich:

„Man kann den Staat auffassen als eine ökonomische Kollektivperson der herrschenden Klasse, die sich die Arbeitskraft der Untertanen als »Wertding« beschafft hat.“

Der Kern! Denn die „Beschaffung“ erfolgt nicht kostenlos, die Kosten entstehen bereits, bevor überhaupt Untertanen definiert werden können und bevor ihre Arbeitskraft von der herrschenden Klasse genutzt bzw. „ausgebeutet“ werden kann. Damit sind wir wieder mitten drin im unlösbaren **Vorfinanzierungsproblem** des Staates. Jedenfalls sind – so das Handbuch zur Gewaltforschung (2002) – alle „modernen Staaten“ in ihrer derzeitigen territorialen Ausprägung aus Gewaltakten hervorgegangen (das Handbuch versteht allerdings „Gewalt als „soziales Phänomen“ und behandelt die ökonomische Aspekte – z.B. Kosten – des Gewalteinsetzes nicht).

Die Eröffnungsbilanz eines Staates sähe demnach so aus:

Aktiv (Vermögen): „Wertding“ Untertanen (abgezinst, in Teilen der „Arbeitskraft“ bis max. 100 % oder wie auch immer)

Passiv (Kapital): Summa Kosten der Beschaffung des „Wertdings“

Soweit formell okay. Da die Kosten aber nicht stehenbleiben (zunehmende Staatsquote, Kosten für Machterhalt bzw. Machtwechsel, usw.) müsste das „Wertding“ laufend angepasst werden, wegen der Zeitdifferenz (Kosten vor Erlös) sogar überproportional. Die Arbeitskraft der Untertanen, also deren Returns in einer für die herrschende Klasse ihrerseits für sich verwendbaren Form, kämen wir zu dem Ergebnis, dass die Untertanen **mehr** abzugeben haben als ihnen wieder zurückfließt (egal, ob in realer, natürlicher oder monetärer Form).

Als Rechnung:

Abgaben minus verbliebenes Resultat der Arbeitskraft der Untertanen (verfügbares „Einkommen“ I)
= Staatseinnahmen.

Diese minus Staatskonsum = Staatsausgaben (Redistribution/Retransfer an die
Untertanen, geht dann ein in verfügbares „Einkommen“ II).

Daraus klar:

Abgabentransfer (Untertanen Staat) > Retransfer (Staat Untertanen).

Diese Lücke wird entweder immer größer (Untertanenbelastung steigt periodengleich) oder sie wird durch Vorgriff auf periodenspättere Untertanenbelastung geschlossen (sog. „Staatsverschuldung“, von der es ganz richtig heißt, sie sei von „**kommenden Generationen**“ zu „tragen“).

Oppenheimer weiter mit klarer Sicht:

"Herrschaft war nie etwas anderes als die rechtliche Form einer wirtschaftlichen Ausbeutung."

Ausbeutung heißt eben nichts anderes als: Jemand bekommt später weniger (zurück) als er früher (ohne Ausbeutung) hätte behalten oder erhalten können.

Noch zu Oppenheimers entscheidendem Punkt zum Stichpunkt „Demokratie“:

„Da man nun die »Herrschaft über sich selbst« nicht dazu gebrauchen kann, sich selber auszubeuten, (...) so ist damit bewiesen, daß bei voller Verwirklichung der Demokratie die Demokratie aufhört, Kratie zu sein, und -Akratie wird.“

Sollte nach „Auswegen“ aus diesem Dilemma gesucht werden, böte sich der Ansatz Hoppes an:

Monarch betrachtete „Staat“ als sein Eigentum und versuchte damit pfleglicher umzugehen (Dynastiesicherung usw.) als jene, die in den aktuellen Demokratien die Staatsmachtmaschine „bedienen“ (grundsätzliche „Verantwortungslosigkeit“ – aufgrund fehlender Ex-Post-Sanktionen – der „politischen Klasse“).

Aufbauend auf der Staatskritik Hoppes wäre an ein Modell zu denken, wo der Monarch nicht etwa zu seiner Finanzierung auf die „Arbeitskraft der Untertanen“ rekurriert und diese ausbeutet, sondern selbst für sich sorgt. Ansätze dafür waren frühe Formen etwa der frühmittelalterlichen **Domänenwirtschaft** (auch schon der Form der sich aus Oikos-Produktionen selbst erhaltenden frühen Formen der griechischen „**Tyrannis**“, in etwa auch der „Thing-Systeme“) - was aber letztlich naturalwirtschaftlich und nicht monetär durchexerziert wurde und entsprechend werden müsste.

Unbewusste Rückbesinnungen darauf finden sich in frühen **Parlamenten** - die Abgeordneten der **Paulskirche** z.B. bezogen keinerlei Diäten, sondern kamen mit eigenen Einkommen ausgestattet zusammen.

Edward Montagu hat in seinen *Reflections on the Rise and Fall of the Ancient Republics* (1759) m.W. den Gesamtkomplex als erster behandelt. Er gilt zwar als „schillernde“ und exzentrische Gestalt, was aber wohl auch seinem Ende (Padua 1776) zu danken ist: Er starb als **Muslim**.

In diesem Zusammenhang sollte das muslimische Steuer- und Abgabensystem nicht unerwähnt bleiben, sondern zu intensiverem Studium einladen, zumal es bei der Lösung des Vorfinanzierungsproblems behilflich sein könnte.

Überhaupt erscheinen **Theokratien** eingehender Betrachtung wert, ersetzen sie doch die verweltlichten (laizistischen) „Machtkosten“ eines entsprechend teuren Apparates mit einer Endlos-Gesetzesflut für den Zusammenhalt („Gemeinwohl“) durch das „einmal und für immer gültige“ Vorschriften „von ganz oben“ also ex oberhalb der mundanen Machtsphäre. Ein weiteres weites, weites Feld.

Zur Islam-Debatte noch eine Fußnote, die belegt, dass auch ökonomische Dinge darin noch längst nicht als „abgehakt“ gelten dürfen: Der türkische MP Erdogan wollte an Stelle des nicht unerfolgreichen ZB-Chefs Serdengecti einen „islamischen Bankier“ und bekennenden **Zinsgegner** berufen, was der Staatspräsident mit seinem Veto verhinderte.

>Meines Erachtens kann mit dem dort dargestellten Modell der Mikroökonomie nur geklärt werden, wieviele Steuerzahler sinnvoll sind, damit der Gewinn des Staates, soweit es überhaupt einen gibt, maximal wird. Also könnte man mit diesem Modell nachrechnen, wie groß ein Staat werden darf, damit Steuereinnahmen und Staatsausgaben bezüglich des Gewinnes im optimalen Verhältnis stehen.

Richtig, es handelt sich um ein Modell der Mikrotheorie. Allerdings ist zu bedenken, dass der Staat mit seinen ökonomischen Aktivitäten, zu denen nicht nur die Umsatzerzwingung per Abgaben gehört, sondern insbesondere seine „Teilnahme“ am Kapitalmarkt ebenfalls mikroökonomisch, also als – wenn auch ziemlich großer – Teil des „Gesamtwirtschaft“ betrachtet werden muss.

Dass sich mit Zwang die Schere zwischen **Kosten** (Staatsausgaben hier als Summe aus Selbstbehalt = Staatskonsum und Retransfer, siehe oben), deren Höhe und Gestaltung überdies der (wenigstens auf Zeit von den Untertanen, fälschlich als „Souverän“ bezeichnet) übertragenen Willkür der politischen Klasse anheim gegeben sind und den **Erlösen** (Steuereinnahmen) schließen oder gar so etwas wie ein „Gewinn“ erzielen ließe, halte ich für ausgeschlossen.

Hauptgrund meiner Skepsis: Zwang verursacht nicht nur zusätzliche Kosten, sondern auch Zeitverlust und demnach eine Finanzierungslücke. Das kommt bei Freiwilligkeit zwar auch vor („säumige Schuldner“ usw.), nicht aber als mikroökonomisch relevante Regel oder kann – je nach Kontraktverhältnis – ausgeschlossen werden.

Die Ähnlichkeit zwischen dem Cournot'schen (privaten) Monopol und dem Staatsmonopol bei der Erlöserzielung ist in der Tat gegeben, aber bei privaten Monopolen gibt es Ausweichmöglichkeiten, es existiert Marktzugang für Konkurrenten und entsprechende „Verhinderungsgesetze“ (Kartellrecht usw.), so dass ein Betroffener in der Regel im Areal verbleiben kann (oder wird).

Beim Staatsmonopol eröffnet sich nur die Möglichkeit, das Machtareal zu verlassen und sich einem „günstigeren“ anderen Staatsmonopol hinzugeben, was oft genug genutzt wird. Doch das Plus der „kleineren“ Staatsoasen bedeutet für die großen Areale ein entsprechendes Minus.

Die Frage nach dem „wie groß?“ könnte also mit einem „möglichst klein“ beantwortet werden.

Viele Grüße zurück!

Revidierte Bronzezeit in Israel? Gewalt, Herrschaft, Staatsbildung, Tribute

Geschrieben von dottore am 13. Juni 2006 14:19:06

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/356624.htm>

[E]in weiteres Fort der sog. biblischen Geschichte wankt. Es geht um die sog. Edomiter, der Name "Edom" erscheint in der Bibel 99mal. Das Volk, das südlich/südöstlich des Toten Meers zu lokalisieren ist, befand sich in kriegerischen Auseinandersetzungen mit den nördlicheren Israeliten. Es wird aus "früheisenzeitlich" (ca. 8. in Ansätzen 11. Jh. BC, vgl. Griechenland in seinem "dunklen Zeitalter") bezeichnet und der ganze Komplex traditionell so abgehandelt:

EDOM [<http://de.wikipedia.org/wiki/Edom>, Anm. Editor]

In der neuesten Ausgabe des *Biblical Archaeological Review* wird das traditionelle Bild aufgrund neuer Ausgrabungen umgekrempelt: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Demnach waren die Edomiter die Ersten und Juda die Zweiten. Die Edomiter waren einer der größten Kupfer-Produzenten und unterhielten (offenbar mit den schon anderweitig im Schwange befindlichen Bronze-Waffen, CU-Zusatz: Zinn) eine entsprechend strukturierte Gesellschaft mit Macht-Hierarchien schon in der Voreisenzeit (12. Jh. BC), mittels derer es überhaupt möglich war, Waffen in grossen Stil zu produzieren und nördlich zu expandieren, also die dortigen jüdischen Stämme, die es noch nicht zur "Staatsbildung" geschafft hatten, zu unterwerfen.

Über Esau, den rätselhaften Zwilling Jakobs, heißt es (1. Mos. 36), er habe "Edom" geheißen, sei "Edom" gewesen; außerdem: "Die Könige aber, die im Lande Edom regiert haben, bevor Israel Könige hatte..."

Das Reich Edom ist bisher zwar erst in Ansätzen in seiner Machtzentrale ausgegraben (ca. 240 mal 240 Fuss = ca. 5 ha). Ringsum ein Siedlungsraum von weiteren ca. 10 ha. Das Siedlungsgebiet heißt bis heute aus dem Arabischen übersetzt "Ruinen von Kupfer" (khirbat en-Nahas) und große Cu-Produktionsanlagen sind inzwischen ausgegraben worden.

Wir könnten uns also erneut mit der historischen Tatsache anfreunden, dass "Staatsbildungen" und der Switch von Jagd- zu Mann/Mann-Waffen plus anschließende Expansion ("Herrschaftsbildung") ein bronzezeitlicher Standard gewesen ist und die Weltgeschichte mit der Erfindung/Entwicklung dieses "Kunstmetalls" (Cu/Sn im schließlich optimalen Mix von 8/10 : 1) eine entscheidende Wende zu Perma-Kriegszuständen erfahren hat.

Vielleicht kann in diesem Kontext nochmals das Posting Oppenheimer ergänzend herangezogen werden.

Dieser Prozess des *challenge & response* ist auch gut zunächst auf Edom anzuwenden, als ehem. Vassallen- und Tributstaat des **akkadischen Reichs** unter Sargon (ca. 2300 BC), dessen Namen sich im "neuassyrischen Reich" (8. Jh.) als Sargon II. wiederfindet. Ob es sich hier um einen "Zeitensprung" handelt (von dem Heinsohn u.a. ausgehen) und wie die nahöstliche Chronologie letztlich zu rekonstruieren ist, muss derweil offen bleiben.

Jedenfalls scheinen die Edomiter nach den neuesten Forschungen (Thomas E. Levy , UCSD, hatte damit schon vor zwei Jahren auf einer Konferenz in Oxford Aufsehen erregt) die challenger gewesen zu sein und die sich der daraufhin formierende "Juda-Staat" unter den "Königen" David und Salomon die response.

Irgendjemand muss schließlich mit dem "Herrschen" (recte = Be-Herrschen anderer Populationen) angefangen haben. Das gilt nicht nur für den Ablauf, den wir ex "Innerasien" (Tadschikistan als "Ur-Quelle" der Bronze, vgl. die Forschungen, Lehrstuhl Prof. Pernicka, Freiberg; Pernicka selbst inzwischen Uni Tübingen)...

[Frühester Bronzeabbau - 2650 m hoch - in Muschiston; das dortige Erz konnte (noch) ohne Sn-Zusatz im Feuer zu Bronze verarbeitet werden]

... Richtung fruchtbarer Halbmond - möglicherweise via einer Nordschiene (Syrien, Tell Brak, Hamoukar) und einer Südschiene (Irak mit Uruk usw.) - verorten können. Dazu hatte Science soeben einen lesenswerten Beitrag gebracht ("North vs. South, Mesopotamian Style", vol. 312, 9. Juni 2006, 1458-63, privater Hinweis @Popeye).

Die Richtung Indus und China bedarf noch zusätzlicher Klärungen. Auf sich fortsetzende Parallelen zu heute einzugehen, erübrigt sich. Dass der origin of war (für **Hamoukar** wurde bereits vor einiger Zeit geschrieben) auch im steinzeitlichen Amerika (interessanterweise auch mit verschiedenen "Schienen" - einmal Pazifik entlang südwärts mit Ausstrahlungen in die Hochtäler Oaxaca oder Tenochtitlan und einmal im Mississippi-Tal) gang und gäbe waren, ist allgemein bekannt.

Noch ein Nachtrag: Im nordöstlichen Indien, an der Grenze zu Myanmar (Burma) lebt das Volk der Naga, was nicht nur einen Menschenkopf-Kult zelebriert (angeblich aus "Fruchtbarkeitssicherungszwecken"), sondern auch **Megalithbauten (-gräber)** kennt, lässt sich ein Klan-Chef vernehmen: "24 Dörfer sind mir zu Tribut verpflichtet, und ich führe eine uralte Tradition fort, denn seit Jahrhunderten ist das Königsgeschlecht in unserer Familie geblieben..." (Peter von Ham, *In den Bergen der Kopfsäger*, ISBN 3-89405-664-9).

Dynastisches, Fremdzwang, Gewalt, Herrschaft, "Staatenbildung", Megalithbau bis hin zu den vielgerühmten frühen "Hochkulturen" - die Zusammenhänge erscheinen durchaus eine Form der ersten "Globalisierung" gewesen zu sein, was wieder auf die (verkürzten) Gleichungen von **Wolfgang Sofsky** (Kultur = Gewalt, Gewalt = Kultur) hinführt.

Das Dunkel lichtet sich mehr und mehr...

'Zivilisation', 'Kultur', Gewalt & Forums-Gejaule

Geschrieben von dottore am 29. Juli 2006 19:04:07

<http://www.dasgelbeforum.net/30434/messages/360031.htm>

Als Antwort auf: Re: Nachhaltige Zivilisation? - dottore geschrieben von Holmes am 25. Juli 2006 19:21:57:

Hi Holmes,

wenn ich nochmals mit **Wolfgang Sofsky***) antworten darf ("Traktat über die Gewalt", 1996, als Fischertaschenbuch 2005 für 8,95 Euro und sehr zu empfehlen):

>vielen Dank für die Ausarbeitung. Sehe ich das richtig, dass Du auch die Tragik der Zivilisation erkennst, ohne aber einen Ausweg nennen zu können?

"Der Glaube an die Zivilisation ist ein eurozentrischer **Mythos**, in dem sich die Moderne selbst anbetet. **Er entbehrt der realen Grundlage.**" [Wie wahr!]

Sofsky's Ableitung ist auf die Kürze die:

Gewalt stiftet Kultur, Kultur stiftet Gewalt.

Ein Rondo assoluto, das wir "Weltgeschichte" nennen.

>Kann es wirklich keinen geben, oder fällt uns nur keiner ein?

"Der Preis des sozialen Friedens ist die innere Repression." [Die Komplettersklavung schafft die ersehnte Ruhe - nichts wahrer als das!]

>Ich befürchte, dass es wirklich die Tragik der Menschheit ausmacht, einerseits im Schatten der Macht ganz wahnsinnige Fortschritte in Kunst und Wissenschaft gemacht zu haben, aber das System als solches doch immer wieder sehr labil und zerbrechlich ist und droht, sich selbst zu vernichten.

Sofsky zitiert **Cioran** ("Der Absturz in die Zeit", 1980):

"Das Heimweh nach der Barbarei ist das letzte Wort jeder Zivilisation."

Und schreibt selbst:

"Die domestizierte Sittlichkeit, welche die Despotie der Ordnung ersetzen wollte, steigert das Bedürfnis nach **Entfesselung**. Der Exzess lauert auf seine Stunde, **und er drängt umso heftiger hervor, je schwerer die Ketten der Kultur auf den Menschen lasten...**"

Und:

"Die Kultur erhöht die Potenz zur **Zerstörung ihrer selbst.**" [Tja, weshalb am "Höhepunkt" jeglicher "Kultur" & "Zivilisation" just deren Ende eintritt, komisch gell?]

>Warum scheint es ausgeschlossen, dass eine "nachhaltige" Zivilisation existieren kann?

"Ihr Paradoxon [i.e. das von Kultur & Zivilisation] liegt darin, dass sie selbst die **Mächte hegt und pflegt**, die sie einzugrenzen trachtet."

UND JETZT ZUM KERN:

"Zum Kernbereich der materiellen Kultur gehört die Herstellung von **Waffen**. Kaum ein anderes Artefakt hat mehr Forscherdrang auf sich gezogen als die Waffe."

"Die Waffentechnologie ist kein Nebenprodukt der Kultur. Sie ist eines ihrer bevorzugten Experimentierfelder."

"Die Zwischenzeiten der **Friedfertigkeit** sind nur Episoden ... In den Annalen der Kultur und Gesellschaft sind sie nichts als leere Blätter."

FOLGE:

"Das Zentralorgan der sozialen Kultur ist kein Hort des Friedens, es ist eine Stätte der Gewalt."

SUMMA:

"Massenkrieg und Völkermord... die Entfesselung absoluter Gewalt (ist) keine Regression in den primitiven Urzustand der Seele, kein Rückfall in die Barbarei. **Die GEWALT ist selbst ein Erzeugnis der menschlichen KULTUR.**"

[Genau auf diesem baut die (um das Macht- und Gewaltphänomen erweiterte) Theorie des **Debitismus** auf.]

*) Der Mann argumentiert kenntnisreich und scharfsinnig. Eine der vielen Tragödien des modernen Wissenschaftsbetriebes: Kein Ökonom kennt ihn und baut seine Ableitungen/Erkenntnisse daher nicht in seine Modelle ein. Das Phänomen kennen wir bestens:

Dass der sog. "Wirtschaftstheorie" eine Abgaben- und damit **Zwangs-** und damit **Waffentheorie** vorgeschaltet werden müsste, nehmen die "Ökonomen" nicht nur Kenntnis. Sie setzen einfach mit dem "Wirtschaften" ein, ohne zu erklären, was es damit wohl auf sich hat bzw. wie es entstanden sein mag.

Privater Nachsatz:

Ich halte sowohl die von den etablierten Sinekure-Historikern immer wieder aufgetischte "Empörung" und "Sprachlosigkeit" über die "Verbrechen" diverser "Kulturvölker" für ebenso undurchdacht, unreflektiert und demnach **lächerlich** wie auch die hier im Forum in seitenlangen Postings zu lesende "Kritik" an den aktuellen Vorgängen / Zuständen im Nahen Osten. Gern kann sich jeder seinen "Frustr" von der Seele schreiben. Er muss sich jedoch vorhalten lassen, **nichts** über den Ablauf der Weltgeschichte zu wissen und keinerlei Reflexionen darüber mächtig zu sein. Dieses Gejaule ist das **trotziger Kinder**, die glauben, dadurch, dass sie mit dem Fuß aufstampfen, irgendetwas zu bewirken oder gar "ändern" zu wollen / können.

Sofsky beendet seinen Gewalt-Traktat mit der (rhetorischen) Frage, ob ein so anerkannter Gewalt- und Kriegsgegner wie **Freud**, hätte er den 2. Weltkrieg mit allem Drumherum noch erlebt, danach sich der Frage verweigert hätte, "ob überhaupt ein **Experiment der Kultur** jemals wiederholt werden sollte."

Historiker, Ökonomen & alike: **Sie wissen überhaupt nicht, was für ein Schwachsinn aus ihren Federn quillt!**

Lieber Holmes, Du bist genau am Nerv - nun bohre ihn auch an!

Gruß!

Aus der Eigentumsprämie erwächst kein Zins

Geschrieben von dottore am 22. September 2006 12:34:34

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/364617.htm>

Als Antwort auf: >Aus der Eigentumsprämie erwächst kein Zins geschrieben von M.Monroe am 20. September 2006 20:20:17

Hi MM,

wir hatten dies schon ausführlicher diskutiert:

<http://f17.parsimony.net/forum30434/messages/363147.htm>

Dazu:

>in dem Aufsatz steht:

>Der Verlust der Eigentumsprämie auf Seiten des Schuldners wird diesen durch den Erhalt des Geldes und damit der geldeigenen Liquiditätsprämie kompensiert. (Seite 39)

Soweit die Sicht von H/S. Dabei wird das Eigentum **vorausgesetzt**. Dies als **kostenfrei**. Diese Betrachtung übersieht, das Eigentum **selbst besichert** sein muss.

Diese Besicherungskosten - üblicherweise durch eine über allen Eigentümern stehende **Drittmacht** (vulgo "Staat") - müssen von den Eigentümern aufgebracht werden. Damit ist der "Zins", den sie zu zahlen / aufzubringen haben, der **Steuerzins**.

Wer ihn nicht entrichtet, hat weder besichertes Eigentum, noch kann er ein als **Pfand** einem Kreditgeber überschriebenes Eigentum jemals zurückerhalten, da der **Pfandschein** nicht vollstreckbar wäre. Die "Eigentumsprämie" ist also etwas, das der Eigentümer selbst aufbringen muss.

Der Eingangssatz der *Eigentumsökonomik* (Metropolis, 2006) lautet:

"Die Eigentumsökonomik widmet sich der wirtschaftstheoretischen Kernfrage nach dem Verlust, der durch den Zins ausgeglichen werden muss."

Die Kernfrage ist falsch gestellt. Sie müsste lauten:

"Die Eigentumsökonomik widmet sich der wirtschaftstheoretischen Kernfrage, nach dem Gewinn, der durch den Steuerzins bezahlt werden muss."

Der Gewinn ist das **besicherte** Eigentum (Titel), das der Eigentümer anschließend wirtschaftlich (recte: besichert kontraktlich; Besicherung wie oben) einsetzen kann.

Bei H/S "entsteht" das Geld aus der Verpfändungsurkunde, die ihrerseits kursant wird, weil nicht nur der erste Gläubiger, sondern weitere (via Zession der Urkunde) in diese Gläubigerposition schlüpfen können. Diese Urkunde ist das von H/S subsumierte "Privatgeld".

Tatsächlich hat es solches "Privatgeld" nie gegeben. Geld beginnt immer mit der Abgabe (im obigen Fall als Ausgleich zur Eigentumsbesicherung), die aus Naturalien oder dann eben aus Edelmetall besteht. Gerste bot sich zuerst als von Natur aus standardisierte Naturalabgabe an.

Grund:

"Weizenkörner sind ihrer ungleichmäßigen Schwere wegen für Gewichtszwecke kaum geeignet [60 Körner rangierten von 2,99 bis 3,08 Gramm]. 60 Gerstenkörner wogen dagegen 2,81 g und andere 60 wiederum genau 2,81 g. Danach ergäben 180 Gerstenkörner ein Gewicht von 8,43 g. Der Siklu (Schekel) der sogenannten leichten babylonischen Mine von 504 g wiegt nun aber 8,4 g und diese hat ohne Zweifel der babylonischen Silberwährung zugrundegelegt."

(zit. Willers, Geschichte der römischen Kupferprägung... nebst einleitendem Überblick über die Entwicklung des antiken Münzwesens, 1909, 4).

Damit ist die oft schon angeführte **Parität** Gerste / Silber in der Welt. Über den Vorteil Metall > Gerste für den Machterhalt (das Söldner-Phänomen!) ist lang und breit berichtet worden. Gerste ist one-purpose-Money (Abgabe), Silber - siehe **Machtkreislauf** - *multi-purpose-money*. Die Söldner (Machterhalter) zogen nicht mit säckeweise Gerste wieder nach getaner Arbeit ab, sondern mit Silber, weil sie dieses dort in Waren wechseln konnte, wo Silber als Tribut gefordert wurde, aber nicht vorhanden war (u.a. Herodot).

>Die Eigentumsprämie ersetzt nicht die Liquiditätsprämie. Der Schuldner stellt zunächst einen Kreditantrag. Daraufhin prüft die Bank seine Kreditwürdigkeit.

Der Schuldner erklärt sich bereit ein Sicherungspfand zu stellen. Nunmehr bewilligt die Bank den Antrag. Im Anschluß kommt es zum Kreditvertrag. Das gestellte Sicherungspfand mindert den Zinsanspruch der Bank. Das Sicherungspfand diente nur dazu, dem potentiellen Schuldner überhaupt die Möglichkeit zu geben, einen Kredit zu erhalten.

Das "Pfand" muss **ertragbringend** sein, z.B. Lohn wird verpfändet, weil Arbeitskraft Ertrag bringt. Ertraglose Pfänder werden nicht beliehen. Die Bank ist kein Pfandhaus, das gab es früher bei den **Montes Pietatis** (siehe Postings dazu). Sie will wissen, welchen Ertrag der Kreditsuchende **nachweisen** kann, um sich von diesem dann entsprechend abzuschneiden.

H/S haben das an anderer Stelle richtig erkannt, wo sie schreiben: "**Nur ein Gläubiger kann Schuldner werden**".

>Man muss sich auch vor Augen halten, was der Schuldner verliert, wenn er das Pfand stellt.

> Eigentlich nichts. Wenn er sein Eigentum verkaufen wollte, könnte er es ja tun. Und Belasten tut

> er es ja gerade. Aus der Eigentumsprämie erwächst kein Zins.

Der (hier und jetzt) *private* Zins erwächst in der Tat nicht aus dem Eigentum, sondern aus dessen **Ertrag**, der - je nach Kredithöhe und Bonität (= Ertragserwartungen) des Schuldners - zwischen dem Schuldner (der Gläubiger zu einem späteren Fälligkeitsdatum sein **muss**) und der Bank (hier: Nicht "Pfandhaus", sondern Kreditinstitut) aus dem erwarteten Ertrag des Bankschuldners **aufgeteilt** wird. Dass es mit dem Eigentum allein (selbstgenutzt, auch die Erträge selbst konsumierend, z.B. eigenes Haus) nichts wird, zeigt, was der "Economist" zum Thema **de Soto** kritisch angemerkt hatte, vgl. den von @Amstrand gesetzten Link:

http://www.economist.com/finance/displaystory.cfm?story_id=7830209

Die **Liquiditätsprämie** heißt demnach nichts anderes als die Möglichkeit, sich vom erwarteten (oder gesicherten, auf jeden Fall besicherten) **Ertrag** eines anderen etwas abschneiden zu können. Ohne diesen Ertrag (Lohn, Mietzins, Pachtzins, Zins aus einem validen anderen Titel usw.) kann ich mit Hilfe meiner Liquidität nichts schnippeln und eine "**Prämie**" überhaupt nur kassieren, sofern der andere (mit den ertragbringenden, notfalls *coercive assets*) nicht um frühere Liquidität ("Kredit" = Abtretung später bei ihm eintreffender Liquidität nachsucht), sondern schlicht wartet, bis der Ertrag (= spätere Liquidität) bei ihm eintrifft.

Liquidität "als solche" ist gar nichts und "trägt" (was mag das sein?) auch **keine Prämie**. Liquidität ist nur dann etwas, wenn ich sie selbst brauche (um Abgaben zu leisten und/oder eingegangene Kontrakte zu erfüllen, z.B. Kaufkontrakte) oder wenn ein anderer seine **spätere** Liquidität (bei ihm eintreffend) in **frühere** verwandeln will. Dabei wird die spätere Liquidität entsprechend der Kreditvereinbarung gesplittet (diskontiert).

Erwarte ich in 10 Jahren 100 G, kann ich warten (und erhalte die 100 G voll) oder ich kann mir (maximal) die 100 G sofort beschaffen und erhalte dann (Beispiel) nur 50 G. Treffen die 100 G nach 10 Jahren bei mir ein, reiche ich sie an den Kreditgeber weiter. Der "Zins" auf die 50 G wäre dann 100 % (oder - simpel gerechnet - p.a. 10 %), usw., usw. Mit den 50 G kann ich sofort machen, was ich will. Brauche ich die 50 G nicht sofort (Hausbau, Kaufkontrakt usw.), lege ich mich in den Liegestuhl und kriege nach 10 Jahren die 100 G voll.

Liquidität bringt also nur eine Prämie (die 50 G "Zins"), wenn es einen (anderen, kann auch ich selbst sein) gibt, der Liquidität sofort braucht, weil er sie sofort **schuldig** ist. Ist es ein anderer, kann ich die Prämie **pagatorisch** kassieren, sobald der seinerseits seine Liquidität erhält (s. oben). Erhält er keine Liquidität = Pleite und keine Prämie wird bezahlt (pagare).

Bin ich es selbst, kann ich mit Hilfe der bei mir liegenden Liquidität vermeiden, dass ich mich - sofern sofort schuldig - vermeiden, dass ich mir Liqui beschaffen muss. Die Prämie wäre dann kalkulatorisch. Ob ich pagatorisch oder **kalkulatorisch** vorgehe, hängt von dem ab, was mir die Liqui am Markt bringt oder was am Markt für Liqui gefordert wird.

Kann ich ein Mietshaus zu 100 G mit 10 % p.a. kaufen und kostet Liqui 100 G nur 5 %, werde ich mich verschulden, dies umso mehr, wenn ich das steuerlich berücksichtigen kann. Dass es **ohne Steuern**, ohne Konkurskosten, bei effizienten Märkten usw. keine Liqui-Prämie gibt, hat das **Modigliani/Miller-Theorem** nachgewiesen: Es ist wurscht, ob eine Firma mit Kapital (also per Liqui) oder mit Schulden (nix Liqui) finanziert ist.

Das vielleicht dazu. Mit der H/S-Kritik also grundsätzlich einverstanden.

Dank + Gruß!

Die asiatischen "Devisenreserven" - wer schläft da schlecht?

Geschrieben von dottore am 09. November 2006 18:26:22

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/hm/367968.htm>

[D]ie asiatischen ZBs haben immense „Devisenreserven“, die inzwischen eher auf über als unter 2 Bio USD taxiert werden. Wie sind sie daran gekommen?

Die Banken, bei denen die Exporteure Konten unterhalten, haben sie ihnen verkauft. Wären die USD über den (Kassa-)Markt gegangen, hätte dies die heimischen Währungsbestände immens aufgepumpt mit letztlich der bekannten Preis-Lohn-Preis-Spirale. Innert Kürze wären die Währungen ruiniert gewesen mit den bekannten Folgen (Unruhen usw.).

Der USD-Domestic Currency- Swap ist überhaupt nur in geringem Umfang in Thailand, Singapur und Indien (nur im Jahr 2003) zu beobachten, auch der in Form der Bildung von Depositen bei nationalen Banken ist kaum nennenswert (Indonesien, Thailand, Singapur).

Der Trick der Asien-ZBs bestand/besteht nun darin, den USD-Anbietern nicht heimischen Cash, sondern auf heimische Währung lautende Papiere mit Laufzeit zu überreichen. Schuldner sind die jeweiligen Staaten bzw. deren ZBs (!). Mit dieser Operation wird nicht nur ungewünschte Liqui aufgepumpt. Sie ist auch ein ideales Instrument, um den Wechselkurs zu gestalten. Dies natürlich zugunsten der Exportnationen, die sich bei einem künstlich nach unten manipulierten Kurs der heimischen Währung in immer neue Exporterfolge steigern können, was vice versa ihre Stellung gerade auf dem US-Markt (gegenüber der dort heimischen Konkurrenz) stärkt.

Folge 1:

Die Amerikaner mühen sich gar nicht mehr mit solchen Produkten ab bzw. starten entsprechende Investitionen, um sie herzustellen.

Folge 2:

Die Investitionen werden asiatisch getätigt und der Produktfluss läuft ständig in die USA.

Folge 3:

Das Procedere muss beibehalten werden. Asiatischerseits, damit die (beschäftigungsintensiven) Kapazitäten ausgelastet bleiben. Amerikanischerseits spielt es keine Rolle, da dort die Kapazitäten sich leichter in Richtung auf jene Sektoren zubewegen, die als kapitalintensiv gelten (Hi-Tech, Rüstung usw.) oder die dem Konsumentenmarkt entgegen kommen (z.B. Housing-Sektor).

Die Vorstellung, die „leichtsinnigen“ Amerikaner allein wären der Treiber im Spiel, ist falsch, da sie ihrerseits auf von ihrer ZB (Fed) unmanipulierten Währungsmärkten operieren. Die Manipulateure sitzen in Asien und das in Form der dortigen ZBs, die mit Hilfe der Titelverkäufe (eigene oder solche der Regierungen, beide sind ihrerseits nicht für Liqui-Beschaffungs-Operationen seitens der Banken verwendbar, also ein komplett anderes System als wir es vom Euroraum oder den USA kennen!) sowohl die Banken an der engen Leine haben als auch den Kurs ihrer Währung gegenüber USD nach Herzenslust gestalten können.

Wie weiter? Die Fed könnte zwar unschwer die Asien-Währungen hochkaufen und damit den Asien-Exporteuren die Tour vermasseln, aber dies ist schwierig, da dies nur geschehen könnte, indem sie ihrerseits die Asien-Titel aufkaufen, die nicht marktfähig sind oder nur in sehr kleinen Volumina am Markt erhältlich sind.

Fremde Noten kauft eine euro-amerikanische ZB grundsätzlich nicht.

Nun kommt's zum Schwur: Die Asiaten wollen ihre Bestände an „Devisen“ diversifizieren. Dass dies nur in behutsamen Operationen möglich ist (um sich nicht selbst ins Knie zu schießen), wurde schon eingehend diskutiert. Knieschuss wäre: Gefährdung der jeweiligen Binnenkonjunkturen und Gefährdung des Devisenbestandes selbst – jeweils beim USD-Verfall. Wie also könnte eine „Lösung“ ausschauen? Sie wird gerade vorbereitet, ob oder inwieweit auf US-Pressure hin, darf gemutmaßt werden.

Die „Lösung“ soll darin bestehen, dass den asiatischen ZBs nur noch erlaubt wird, nationale Gov-Titel an die, USD einreichenden Banken auszugeben und diese als ganz normal vermarktbar. Das ist der Hintergrund der US-Forderung, dass diese Länder doch „endlich“ auch ihre Kapitalmärkte „liberalisieren“ sollen (falls nicht, holt man den Knüppel „handelspolitische“ oder „Antidumping-Maßnahmen“ aus dem Sack).

[Dass die USA gegenüber der Eurozone (plus UK usw.) ähnlich vorgehen können, versteht sich von selbst. Dabei lässt sich auch gut vorstellen, dass die Europäer mit einem Höhenflug ihrer Währungen bestraft werden, sollten sie sich nicht stärker „international“ engagieren, also das tun, was die Demokraten (jetzt oben auf) seit langem fordern: Noch mehr deutsche Truppen an den Hindukusch, usw.]

Zurück nach Fernost: Die besagten Titel müssen die Asien-Govs zunächst im heimischen Publikum platzieren, ihre Gegenwerte dürfen aber nicht über die Haushalte wieder verplempert werden, sondern müssen in Sonderfonds geparkt sein. Schmachhaft wird das gemacht mit dem Hinweis auf Sinking- Fund-Systeme, bei denen die Titelzinsen (finanziert durch Steuern) an die Fonds wandern, die damit immer weitere (alte) Gov-Titel aufnehmen und so die zentralen Haushalte peu à peu entschulden. Außerdem mit dem Hinweis auf die wohltuende Wirkung großer Bond-Märkte, bei denen sich auch der Bid-Ask-Spread immer mehr verringert.

Sind die Titel auf dem Markt (bei Banken usw.) kann die Fed ihrerseits nach Herzenslust zugreifen, die Asien-Währungen damit hochkaufen und so nicht nur heimische Beschäftigungspolitik auf Kosten der ausländischen betreiben, sondern die Asien-ZBs peu à peu enteignen. Jetzt kommt es also nur noch darauf an, wer die stärkeren Nerven hat, Klartext: Wie schnell die Asien-ZBs die ihrigen verlieren.

Bleibt als letzte Frage die nach dem POG. Dass die Asiaten ihn in die Höhe treiben könnten (2 Bio. Devisen warten), ist wohl unbestritten. Kaufen sie tatsächlich, riskieren sie wiederum den Gegenschlag ex USA, zumal, wenn mit Argumenten aufgewartet würde, von wegen „Schau, wie Gold den Dollar demütigt!“

Letztlich müssen also nicht die USA als erste vom hohen Ross, sondern die Asiaten. Sie unterhalten Volkswirtschaften, die ziemlich stark fehlallokalisiert sind und werden das überfällige Rewinding als erste spüren.

Viel Bewegung also hinter den Kulissen. War selbst ganz überrascht.

Die Ruhe vor dem Sturm?

Geschrieben von dottore am 02. November 2006 18:00:32

<http://www.dasgelbeforum.net/30434/messages/367441.htm>

[V]on US-Ökonomen **Hyman Minsky** stammt der Hinweis, dass niedrige oder nahezu verschwindende **Volatilität** an den Finanzmärkten mit das **Gefährlichste** ist, was passieren kann.

Denn diese „Ruhe“ verführt die Marktteilnehmer dazu, sich in **Sicherheit** zu wiegen. Und wer sich sicher fühlt, geht – via **Leveraging** - immer größere Risiken ein. Minsky prägt dazu den Ausdruck „Ponzi-Kapitalismus“ (Ponzi war der bekannte Schneeballkünstler, der in den 20er Jahren mit der Arbitrage von in schlechter Währung, damals Mark, und damit billig gekauften internationalen Antwortschreiben die er an „Anleger“ in Hartwährungsländer, speziell USA, verkaufte, große Geschäfte machte, die allerdings immer weiter gehebelt wurden, bis die Blase platzte und Bankrott eintrat).

Auch Alan Greenspan hatte sich schon mal entsprechend ausgelassen und die BIZ wird nicht müde, ebenfalls auf diese „trügerische Ruhe vor dem Sturm“ hinzuweisen.

Die Volatilität stellt sich derweil so dar: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Alles im perma-grünen Bereich? Mitnichten!

Nicht nur dass das Geld gespart werden kann, das sonst aufgewendet werden müsste, um die in Zeiten hoher Volatilität aufzubringenden Risikoprämien zu bezahlen und dieses nun in immer abenteuerlichere Konstrukte („Produkte“!) der Finanzindustrie gesteckt werden kann.

Sondern es kann auch „beruhigt“ immer kolossaler gehebelt werden (bei kompletter Null-Volatilität lässt sich unbekümmert alles zu 100 % leveragen und die Tatsache, dass nur an einer Stelle ein Leveraging platzt, führt zu einer Kettenreaktion sondergleichen; wir kennen das aus der Wirtschaftsgeschichte zur Genüge). Die weltweite Finanzindustrie ist in einem Bloomberg-gepamperten Einull-Prozess gefangen und kaum einer, der über den Tellerrand blickt, wenn es auch interessante Ausnahmen gibt (Gold-Anleger usw., die wohl mehr Zulauf hätten, könnten sie sich endlich das vorab-rechthaberische Gehabe verkneifen).

Hyman Minsky (gest. 1996) war einer der scharfsinnigsten Analytiker des kapitalistischen Prozesses und dass dieser ohne Leveragen nicht definierbar ist, hat sich inzwischen rumgesprochen – jedenfalls hier im Forum.

Summa: Das ATL der Volatilitäten signalisieren: Es ist langsam Zeit, sich auf unangenehme Überraschungen einzustellen. Wie plötzlich sie aus unerwarteter Ecke daherkommen können (siehe 1998 usw.), ist bekannt. Wer sich wie positioniert, ist jedermanns eigene Sache. Noch als Nachtrag: Das Gespräch mit Dr. Kesting (vgl. Demografie-Debatte und den Hinweis von @Tulpenblase auf dessen Allianz-Paper) war höchst aufschlussreich. Er sieht die darkest matter im Dollar-Kurs und weist besonders darauf hin, dass die asiatischen ZBs dabei in einer Art catch-22-Situation sich befinden. Kaufen sie nicht weiter oder verkaufen sie gar, ist in N.Y. Verheerung angesagt.

Da dies alle Big Holder wissen, fängt keiner damit an, um nicht seine Assets zu ruinieren. Eine Variante zum Gefangenen-Dilemma.

Und noch zu den Assets selbst. Dazu (auch ex PIMCO) eine Darstellung, die jeder auf sich wirken lassen sollte: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Dies auch vor dem Hintergrund dieser unschönen Entwicklung: [Bild fehlt, Anm. Editor]

Da könnte eine US-Schwäche oder gar ein Rezessionchen ganz furchtbar reinhauen bzw. dann doch der Auslöser sein, der dem überschuldeten Gesamtsystem die Maske vom Gesicht nimmt und die Volatilitäten in fröhlichste Zuckungen geraten lässt, die ihrerseits die Leverager („Hedger“ & alike) in Scharen Richtung Grube schieben dürfte.

Vola gg. Vola - es geht dahin! The Coming Mystery Crash

Geschrieben von dottore am 10. November 2006 19:33:47

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/368047.htm>

[A]us bester Quelle erhalte ich diese Mail:

"Ich weiß nicht, ob Du die Entwicklung der CDS/EDS (Credit & Equity Default Swaps) verfolgst. Könnte - so wie ich es sehe - auch ein Faktor sein, warum die Volatilität der Primärmärkte so gesunken ist."

Eine atemberaubende Entwicklung!

"Notional amount of credit default swaps grew by 52% in the first six months of the year to \$26.0 trillion from \$17.1 trillion. The annual growth rate for credit derivatives is 109% from \$12.4 trillion at mid-year 2005. 88 firms provided credit default swap data." <http://www.isda.org/> ("trillion" = unsere Billion, hoppala!)

GENAU das isses. Die Vola wird versteckt. Von der Primär-Vola, die die üblichen Idioten und ihre Lemming-Follower anstarren in eine (nur wenigen "Eingeweihten" bekannte, nachvollziehbare und handlebare) Vola gewischt.

Ich hatte es schon immer geahnt: Diesmal kommts aus einer Ecke, die überhaupt kaum einer kennt. Nicht aus einer, die alle kennen, aber gerade nicht auf der "Rechnung" hatten.

Keine Sau kennt sich in diesen Segmenten/Dingen aus. Und wenns gekracht hat, werden alle sagen: Wie war denn das nur möglich? Ähnelt dem LTCM-Desaster, wo vorher auch niemand wusste, dass da Formeln von Nobelpreisträgern umgesetzt wurden, Formeln, die sowieso niemand verstanden hätte.

Also, Freunde, es muss ja noch nicht so weit sein. Aber wenn es soweit ist, kommts aus einem "Mystery-Segment" der Märkte.

Analysten, ZBänker, Bänker, Politiker gar werden dem völlig überraschten Publikum gar nicht erklären können, was da nun "konkret" passiert ist und warum.

Es ist ein applizierter Hayek: Extremstes Spezialistenwissen teilt sich nur ganz wenigen mit, die es obendrein zu monopolisieren versuchen, um sich möglichst lang daran zu laben. Die Spezialisten aber hebts aus dem Anzug. Danach die Kettenreaktion. Und die komplette Unfähigkeit der Instanzen, das Ganze deduzieren oder gar "Gegenmaßnahmen" ergreifen zu können.

Es war zwar immer die Rede von "new economy". Aber DAS, was dort abläuft (und wozu sich in den letzten Wochen ein Mosaikstein an den nächsten fügte) ist erst die WIRKLICHE New Economy. Es ist auch keine Economy, nicht mal eine virtuelle, sondern es ist die Exekution eines Mysteriums.

Was wir 2000 ff. erleben durften, war nur das Stimmen der Instrumente vor der Ouvertüre. Trotzdem schönes WE + Gruß!

Fakten zum deutschen Rentensystem

Geschrieben von dottore am 25. Januar 2007 13:55:17

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/372991.htm>

Als Antwort auf: Re: Die 7 Todsünden des Paul C. Martin geschrieben von Tassie Devil am 24. Januar 2007 06:38:58

Verehrter Tassie Devil,

ich wurde auf Ihren Beitrag aufmerksam gemacht und darf dazu Stellung nehmen:

>> *Vor genau 50 Jahren begann die Kette der Todsünden bei der Rente:*

>PCMs Todsünde 1 wegen Zeitfälschung: *Vor genau 39 Jahren begann die Kette der Rententodsünden, als 1968 auch die Besserverdiener in die Rentenversicherung gezwungen wurden.*

Abgesehen davon, dass auch das Jahr 1968 in der Reihe der Renten-Todsünden in dem besagten Beitrag erscheint, darf ich mir erlauben, das mehrfach verwendete Wort „Fälschung“ zurückzuweisen. Das heutige deutsche Rentensystem entstand nun mal 1957. Es beinhaltet eine Abkehr von einem wie auch immer zu konstruierenden bzw. existenten **Kapitaldeckungssystem**, das so bereits Bismarck 1881 eingeführt hatte.

Der Unterschied zwischen beiden System ist einfach: Ist ein Kapitalstock (in welcher Form auch immer) gebildet, können die Erträge daraus zur Rentenzahlung verwendet werden. Beim auf einem „Generationenvertrag“, der ein fiktives Dokument suggeriert, basierenden **Umlageverfahren** haben wir es mit einem **Kettenbrief** zu tun. Dort kommen bei stagnierender oder gar rückläufiger Bevölkerung und damit Beitragszahlerschaft die ersten mit den relativ höchsten Einzahlungen weg, die letzten zahlen drauf bzw. gehen in absehbarer Zeit leer aus (sog. „Altersarmut“).

Die Entwicklung der Beiträge/Rentenausgaben (ohne Verwaltung, für das Adenauersystem notwendige, aber eingeschränkte Reservebildung, sonstige Ausgabe wie KVdR usw.) seit 1957 bestätigt, dass das Adenauersystem von Anfang an ein **Fehlkonstrukt** war und dem allgemeinen Steuersystem ähnelt, bei dem die laufenden Einzahlungen der Steuerzahler ebenfalls nicht ausreichen, um die laufenden Staatsausgaben zu decken (Zahlen: Jahr – Beitragszahlungen – Rentenausgaben):

57 - 5,0 / 5,5
58 - 5,6 / 6,2
59 - 6,1 / 6,7
60 - 6,9 / 7,3
61 - 7,8 / 8,0
62 - 8,6 / 8,6
63 - 9,3 / 9,2
64 - 10,3 / 10,3
65 - 11,5 / 11,5
66 - 12,4 / 13,0
67 - 12,6 / 14,6
68 - 14,6 / 16,2

Deutlich: Nur 1962/65 hielten sich Beiträge und Rentenausgaben die Waage. Von der Bildung eines **Rentenvermögens aus Beiträgen** kann keine Rede sein. Die Bundeszuschüsse dagegen verdoppelten sich von 1957 bis 1967 bereits von 1,7 auf 3,5 Mrd. Euro. Zuschuss aktuell: 168 Mrd. Euro.

>1. Todsünde: Die Rentenversicherung ist gar kein Spartopf. Der Bonner >Professor Wilfrid Schreiber redete Kanzler Konrad Adenauer (CDU) >einen „Generationenvertrag“ ein: Was die Jüngeren an Beiträgen zahlen (damals >14 Prozent!), sollen die Senioren sofort kassieren. Die Altersversorgung ist >deshalb seit 1957 ein „Durchlaufposten“. Adenauer erhöhte gleichzeitig die >Renten um 70 Prozent! Folge: Die Senioren jubelten, die Jungen freuten sich >auf höheres Ruhegeld. Die Union holt bei der Wahl 1957 die absolute Mehrheit. PCMs Todsünde 2 wegen Sachdarstellungsfaelschung: Die Altersversorgung war keinesfalls im gesamten Zeitraum seit 1957 ein "Durchlaufposten",

Falsch. Siehe eben. Die Beitragszahlungen verschwanden jedes Jahr sofort als Ausgaben der RV. Dazu diese weiteren Zahlen (Jahr – Ausgaben der RV insgesamt, also Rentenausgaben plus Leistungen zur Teilhabe, Beitragserstattungen, Verwaltungs- und Verfahrenskosten, KVdR – Beiträge):

1960: 9,1 – 6,9
1970: 24,4 – 21,6
1980: 67,6 – 56,9
1990: 103,7 – 89,4
2000: 205,7 – 162,2

Die Differenzen deckten die erwähnten Bundeszuschüsse. Nur mit ihrer Hilfe (und nicht etwa mit Hilfe der Beiträge) war es auch möglich, die erwähnte **Schwankungsreserve** zu bilden. Davon, dass aus den **Beiträgen** ein „Spartopf“ (Kapital) gebildet worden wäre, kann keinerlei Rede sein.

>hiervon kann aufgrund der bis in den Zeitraum der Jahre 1971/72 bereits angesparten Rentenversicherungs"polster" i.H.v. rund 10 vollen Monatsausgaben

Falsch. 1971 lag das Bar- und Anlagevermögen zwar bei 16,1 Mrd. Euro (gebildet aus den Bundeszuschüssen und nicht etwa aus Beiträgen, siehe eben). Die RV-Ausgaben aber insgesamt bei 27 Mrd. Euro (= 60 % der vollen Monatsausgaben/Jahr). Man hätte also mit Hilfe der 27 Mrd. **einmalig** (!) die Beitragszahlungen um 7 Monate und ein paar Tage aussetzen können. Danach wäre die RV komplett blank gewesen.

Die Vermögenserträge betragen 874 Mio Euro/Jahr. Wie lange davon Renten hätten ausgezahlt werden könne, siehe unten.

Zum weiteren Verlauf des Bar- und Anlagevermögens (= **Nachhaltigkeitsrücklage zzgl. Verwaltungsvermögen**): Es stieg 1967/74 von 16,1 auf 23,8 Mrd. Erstes Vermögenstief 1984 mit 7,2 Mrd., zweites 2005 mit 6,8 Mrd.

>ohne Zugriff auf nur 1 einzigen Pfennig der laufenden Beitragseinnahmen ueberhaupt nicht mehr die Rede sein, denn der im Jahre 1957 von Kanzler Konrad Adenauer (CDU) geplante Spartopf war zu diesem Zeitraum voellig offenkundig bereits wohlgefuehlt.

Den Adenauer'schen „Spartopf“ hatten nicht die Beitragszahler „gefüllt“, sondern die Bundeszuschüsse, die 1957/71 von jährlich 1,7 auf knapp 4 Mrd. Euro gestiegen waren. Weiteres dazu unten.

>PCMs Todsuede 3 wegen Sachdarstellungsverschweigen: Eine weitere Folge der Seniorenrentenerhoehung in genanntem Umfang im Jahre 1957 war der hiervon ausgehende starke und unverzueglich direkt einwirkende wirtschaftliche Impuls auf die gesamte Konsumgueterindustrie,

Der Impuls resultierte aus den zusätzlich zu den Beiträgen (= Kaufkraftumverteilung von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern) geleisteten Bundeszuschüssen. Diese lagen bereits 1957 bei **35 Prozent der Beiträge!**

Finanziert im übrigen per Staatsverschuldung (Anstieg 1957/71 von 20 auf 51,5 Mrd p.a.), demnach **Keynesianismus** pur.

Diese Übung könnte heute (Anteil: der Bundeszuschüsse an den Beiträgen: 22 Prozent) unschwer wiederholt werden: Jeder Rentner würde dann ziemlich genau 1000 Euro Rentenerhöhung/Jahr kassieren – ohne dass die Beiträge um einen Euro stiegen. Auch das wäre selbstverständlich ein „wirtschaftlicher Impuls“. Pay now, tax later.

>welcher wiederum erheblich mit dazu beitrug, dass der gesamte Wirtschaftsaufschwung im Verlauf des deutschen "Wirtschaftswunders" der Jahre 1954-1958 nach seinem Vollzug Anfang der 60-er Jahre als eine breit angelegte und selbsttragende wirtschaftliche Niveauerhoehung sehr erfolgreich konzipiert war.

Eine solche Niveauerhöhung trägt sich solange „selbst“ wie die Staatsverschuldung entsprechend erhöht wird. Staatsverschuldung ist immer „sehr erfolgreich konzipiert“. Sie muss nur laufend gesteigert werden. Das kleine Einmaleins des sog. „deficit spendings“.

>PCMs Todsuede 4 wegen Zeitfaelschung: Obwohl die Pille ab Anfang der 60-er Jahre fuer die breite Masse der geburtenplanenden Elternpaare bereits verfuegbar war, war der sog. Pillenknick der Demographie erst mehr als 10 Jahre spaeter, etwa um die Mitte der 70-er Jahre feststellbar zu bestaunen.

Falsch. Der Pillenknick begann 1964. Die Geburtenzahlen haben sich seitdem (ATH) von 1,357 Mio auf 0,685 Mio in 2005 halbiert. Bereits 1971 war die Zahl der Lebendgeborenen auf 1 Mio gesunken. Der Überschuss der Geborenen war auf 72.000 gefallen (1961: 463.000). „Mitte der 70er Jahre“ hatte sich die Zahl der Geburten bereits überdeutlich gesenkt (1975: 782.000). Der Überschuss der Gestorbenen lag 1975 bei 207.000.

>PCMs Todsuede 5 wegen Sachdarstellungsfaelschung: Die Belohnung der Beitragszahlerproduzenten beginnend mit dem Jahre 1957 war das Kindergeld,

Falsch. Das Kindergeld startete 1954 (je 25 D-Mark für das 3. und weitere Kinder, gezahlt von den Berufsgenossenschaften). Ab 1961 gab's Kindergeld ab dem zweiten Kind, gezahlt über die Arbeitsämter aus Bundesmitteln. Drei Jahre später bezahlt von den Arbeitsämtern aus deren Mitteln. Die weitere Entwicklung darf ich als bekannt voraussetzen.

>Nachlaesse bei den Steuerabgaben und den Sozialversicherungsbeitraegen, wie auch weitere staatlicherseits (Bund, Laender, Gemeinden) organisierte Finanz- wie Sach-Zuschuesse und -vorteile.

Das grundlegende „Ehegatten-Splitting“ stammt aus den 30er Jahren (NS-Ideologie), wurde von Adenauer übernommen (christliche Ideologie).

>Der Rentenbonus der Eltern bestand stets zumindest aus den Fuersorgeleistungen ihrer eigenen Kinder wie auch letzterer Unterhaltsverpflichtungen gemaess BGB 1600 ff.

BGB trat am 1. 1. 1900 in Kraft. Der 1601 ff. BGB hat schon deshalb nichts mit einem „Rentenbonus“ zu tun, da 1900 die RV auf dem **Kapitaldeckungsprinzip** und nicht einem Umlageverfahren beruhte.

>>Bild 6. Todsünde: Altersteilzeit, Vorruhestand. SPD-Kanzler Willy Brandt führt 1972 die „flexible Altergrenze“ ein.

Folge: Millionen konnten als „Vorruheständler“ schon ab 55 in Teilzeitarbeit gehen, fielen als volle Beitragszahler aus. Außerdem: Die jährlichen Rentenerhöhungen wurden wegen der Bundestagswahl 1972 um sechs Monate vorgezogen. Folge: Die Notreserve der Versicherung schmilzt, pendelt 30 Jahre später nur noch um Null.

>PCMs Todsünde 6 wegen Sachdarstellungsfaelschung: Die insinuierte angebliche "Notreserve" der Versicherung war tatsaechlich der 1971/72 bereits i.H.v rund 10 Monatsausgaben wohlgeuellte Spartopf der Rentenversicherung, siehe auch weiter oben.

Die „Notreserve“ war keineswegs ein „wohlgefüllter Spartopf“. Die Erträge daraus (1971 = 874 Mio) **konnten noch nicht mal zwei Wochen lang die Ausgaben der RV bestreiten** (1971 = 26,9 Mrd. = 74 Mio./Tag). Wäre der Schwindel mit den Bundeszuschüssen zur Finanzierung des „Umlageverfahrens“ unterblieben und wären die Zuschüsse ausschließlich zum Aufbau eines Kapitalstocks verwendet worden, hätte die RV ein Vermögen von fast 50 Mrd. ansammeln und daraus erheblich höhere Erträge erzielen können, nämlich ca. 3.000 Mio., somit mehr als das Dreifache des 1971 Erzielten. Unter Berücksichtigung des Zinseszinseseffektes sogar etwa 4.000 Mio. Damit wäre damals bereits fast ein Fünftel der reinen Rentenausgaben finanzierbar gewesen.

Addiert man die Staatszuschüsse (jeweils aufgezinnt und geparkt in einem **Sondervermögen „Rententopf“**) bis heute, stünde ein Vermögen zur Verfügung, das (überschlägig gerechnet) mehr als die gesamten Rentenausgaben (netto) **aus Erträgen finanzieren könnte**. Die klassische Kapitaldeckung wäre erreicht. Weitere Beiträge (nicht die heutigen 19,9, sondern evtl. nur 3 oder 4 % mit entsprechender Lohnnebenkostensenkung) würden den Kapitalstock zusätzlich steigern. Kurzum: **Die Beiträge waren seit Adenauers „Umlagefinanzierung“ viel zu niedrig**. Der Wähler wurde, wie stets, mit seinem eigenen Geld bestochen.

>PCMs allerdickste Todsünde 7 wegen Sachdarstellungsfaelschung: PCM stellt sich in die prominente Reihe derer, die aus durchsichtigen Gruenden Konrad Adenauer (CDU) das Konstrukt der Rentenvorsorge fuer die "kleinen Leute" von 1957 per se, naemlich eine "umlagefinanzierte Rentenversicherung", als aus persoendlich opportunistischen Gruenden willentlich und wider besseren Wissens begangenen Fehler vorwerfend ausweisen.

Den Vorwurf „aus persönlich opportunistischen Gründen“ sowie „wider besseres Wissen“ darf ich zurückweisen. Sämtliche ernstzunehmenden Fachleute einschließlich der Bank deutscher Länder (heute: Bundesbank) und der Minister der Finanzen (Fritz Schäffer) und der für Wirtschaft (Ludwig Erhard) waren vehement gegen die 1957er Reform. Die Diskussion konnte Adenauer schließlich mit Hinweis auf die anstehende Bundestagswahl (Herbst 1957) vom Tisch wischen. Vgl. dazu die betreffenden Kabinettsprotokolle.

>Dieser Vorwurf, wie oft auch vorgetragen, wird immer und ewig in's Leere gehen, denn von einem Fehler des "Alten aus Rhoendorf" kann in vorliegender Angelegenheit der 1957 avisierten Rentenvorsorge der "kleinen Leute" bei vollstaendiger Beruecksichtigung der gesamten Sachlage ueberhaupt keine Rede sein. Die mit nur geringen Staatszuschuessen initiell angestartete

"Gering"? Staatszuschüsse 1957/61 insgesamt: **32 Prozent der Beiträge!** Summa: knapp 10 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Die Beiträge lagen 1961 bei 7,8 Mrd.

>selbstverwaltende "umlagefinanzierte Rentenversicherung" war de facto als "Rentenfond mit degressiver Umlagefinanzierung" konzipiert, was der wohlgefuellte "Spartopf" der Jahre 1971/72 unwiderlegbar beweisst,

Zum „Spartopf“-Märchen, siehe bitte oben.

>die aufgrund der demographischen und wirtschaftlichen Lage Nachkriegsdeutschlands im Jahre 1957 in Zukunft zu erwartenden und dann auch realisierten Gewinne aus den angesammelten Einlagen des selbstverwaltenden Rentenfonds kamen in vollem Umfang seinen eigenen und nicht fremden Kassen zugute.

Die Vermögenserträge machten 1971/72 gerade mal **20 %** der Bundeszuschüsse 1971/72 aus. Die Vorstellung von einer „Gewinnrealisierung“ ist ganz daneben. Seit wann schütten Kapitalfonds geliehenes Geld (Fremdmittel in Form der bereits erwähnten, rasant gestiegenen Staatsverschuldung) als Gewinne aus?

>Es sollte der CIA-finanzierten SPD-Ikone namens Willy Brandt vorbehalten bleiben, sich ab 1972 auch an der "umlagefinanzierten Rentenversicherung der kleinen Leute" des Dr. Konrad Adenauer (CDU) aus dem Jahre 1957 in seiner unnachahmlichen brandtstifterischen Handlungsweise vernichtend feuerlegend vergehen zu koennen.

Dazu nur so viel: Von 1972 auf 1973 **sank** der Bundeszuschuss von 5 auf 4,2 Mrd. Das Bar- und Anlagevermögen der RV **stieg** von 1971 auf 1974 von 16 auf fast 24 Mrd. Die Beiträge im selben Zeitraum von 21,6 auf 36,8 Mrd. Es war Brandts Fehler, die überschüssigen Beiträge nicht für eine Aufstockung des RV-Vermögens genutzt zu haben. Dazu hätte er allerdings zumindest vom falschen Adenauer'schen Prinzip („Die Renten folgen dem Bruttolohn“) abgehen und stattdessen z.B. ein Prinzip einführen müssen, wonach Rentenerhöhungen im Umfang der Steigerung der Kapitalerträge erfolgen.

Dies alles wurde im Kabinett diskutiert und führte zum Rücktritt von Finanzminister Alex Möller und Wirtschaftsminister Karl Schiller. Auch Brandt bestach die Wähler mit ihrem eigenen Geld und fuhr bei der (vorgezogenen) Wahl 1972 den bekannten Triumph ein (SPD: 45,8 % der Stimmen). Wäre die Wahl turnusgemäß 1973 gelaufen, hätte die SPD unter Brandt mit seiner Rentenpolitik vermutlich ebenso die absolute Mehrheit erreichen können wie Adenauer 1957 mit seiner.

>Tatsaechlich sind es im wesentlichen die Banken und Versicherungen, die heute noch einem ihrer allerdicksten Geschaefte im Nachkriegsdeutschland mit ihren hieraus entstandenen Verlusten aus entgangenen Geschaefstgewinnen laut klagend nachheulen, das ab 1957 voellig an ihnen vorbei ging: die "Rentenversicherung der kleinen Leute" war halt als ein selbstverwalteter "Rentenfond mit degressiver Umlagefinanzierung" konzipiert

„Konzipiert“? Weder hat sich jemals ein „Rentenfonds“ realisiert und wie sich eine „degressive [!] Umlagefinanzierung“ jemals mit der dynamischen Rentenauszahlung (bruttolohnbezogenes Prinzip Adenauers) hätte vereinbaren lassen, wird für immer ein finanzmathematisches Geheimnis bleiben. Bei Adenauers Abgang 1963 deckten die Erträge aus dem „Rentenfonds“ (573 Mio) noch nicht einmal ansatzweise bloß die Ausgaben der KVdR (973 Mio.). Das ganze „Konzept“ Adenauers war unmittelbar nach dem Start gescheitert.

>und keine auf Banken und Versicherungen gestuetzte "Rentenversicherung auf dem Kapitalanlageverfahren", dabei haette sich naemlich mit absoluter Sicherheit jede Menge des angelegten Kapitals der kleinen Leute in die falschen Kassen verfahren.

Es geht nicht um die „Kapital der kleinen Leute“, sondern schlicht darum, dass **Bundeszuschüsse** schon von Adenauer als Rentenausgaben verschleudert wurden statt sie zum Aufbau eines Rentensicherungsfonds zu verwenden.

Gruß mit der Bitte, auch bei kontroversen Themen auf eine Person gemünzte Fälschungs- und/oder Opportunismus-Vorwürfe sorgsamer zu prüfen, bevor man sie ins www setzt!

Debitismus - ja oder nein?

Geschrieben von dottore am 15. November 2007 14:51:36

<http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/htm/397590.htm>

Als Antwort auf: Re: Debitismus - ja oder nein ? - dottore geschrieben von nereus am 15. November 2007 08:03:34

Hi nereus,

> *Sie schreiben: Sagen wir "Steuer-Zins" (Abgabe). Die Wortherkunft ist eindeutig. vgl. ausführlich Krünitz.*

> *Nun ja.*

> *Zunächst liest man im Lexikon dies:*

> *Zins (Census), jede zu gewissen Zeiten zu entrichtende Abgabe im Allgemeinen, besondere Abgabe für Benutzung fremden Eigenthums, daher Mieth=Zins, Pacht=Zins, Kapital=Zins.*

> *Damit ist also eine Abgabe im generellen Sinn gemeint und keine Steuerzahlung an den Staat oder die Macht. Der Text weist später nochmals daraufhin.*

Schon richtig. Aber Krünitz vergaß darauf hinzuweisen, dass eine Abgabe ja nur möglich ist, sobald sie in einem Gebiet erhoben wird, in dem die Erhebung erzwungen werden kann. Das wiederum setzt "coercive power" voraus, also Herrschaft, Staat, Macht.

Der census (lt. Krünitz Abgabe allgemein) steht fraglos am Anfang aller Geld-, Kredit-usw.-Ketten. In der Vulgata wird auch korrekt übersetzt (Joseph/Maria- Geschichte): Census, weshalb sich das Paar nach Bethlehem begeben musste. Das Wort (Steuer-)Schätzung ist nicht zu verwechseln mit pi mal Daumen, sondern es ist die **Schatzung** (mhd.), d.h. die Entrichtung der Steuer, vgl. auch den Eintrag bei Krünitz dazu.

Es kann keinen Zweifel geben: Der Erst- (und später, nach diversen Zessionen Ober-)Eigentümer ist immer die Herrschaft/Macht, man denke an Wilhelm den Eroberer (die Barone wurden erst via Maga Charta bedient, vorher war der siegreiche Feldherr / Chief der Alleineigentümer, was für Mesopotamien bekanntlich auch Hudson wortwörtlich schreibt). Auch sind anderes die zahllosen "Schenkungen" des frühen MA an Kirchen, Klöster usw. nicht zu erklären.

>.. **im Gegensatz** von den, aus den Grundstücken an den Staat zu entrichtenden Steuern und anderen Abgaben.

>Das Lexikon legt also Wert auf diese Unterscheidung.

Ja, für seine Zeit, als sich dieser semantische Unterschied bereits etabliert hatte. Wir müssen aber weiter zurück greifen. Das wir uns dabei grundsätzlich unterscheiden, ist mir schon klar. Sie sehen **erst** eine Privatwirtschaft, die dann von einem Staat "**okkupiert** wurde. Ich sehe es umgekehrt: Am Anfang steht die herrschaftliche Wirtschaft (Latifundien, oikos-Produktion - oder wem gehörte Ithaka, wenn nicht Odysseus allein?), aus der sich die Privaten nicht nur persönliche Rechte (s. "Bauernbefreiung", usw.), sondern auch dingliche Rechte (Unter-Eigentum) erstritten haben. Noch in der Literatur des 16. Jh. heißen diese Rechte "fryheiten".

- > Sie schreiben weiter Der Ursprung von "census" ist die Tatsache, dass jemand, der das Eigentum (insonderheit Grund und Boden) eines anderen nutzt, und sei es nur dadurch, dass er sich dort aufhalten muss (er kann nicht in der Luft schweben), zinsen muss.
- > Schon klar, aber ..
- > Das ist ja der ganze Gag der Geld- und Zinsgeschichte, deren Ursprünge in Mesopotamien zu verorten sind, konkret den dortigen (Stadt-)Staaten.
- > Haalt stehengeblieben! zwinker
- > Das der Census für den Begriff „Abgabe steht“, sehe ich ein.
- > Aber es handelt sich eben NICHT um die Abgabe an die Macht/den Staat sondern um einen generellen Aufschlag bei der Nutzung fremden Eigentums.

Ganz richtig. Da jedoch **immer** der Herrscher der Erst- bzw. Obereigentümer war, ist eben der census (Zins) die Abgabe an denselben. Er hat niemals den Buckel auf dem Acker selber krumm gemacht. Siehe hier ("Abgabenzahlung"):



- > In Stammesgesellschaften existieren Privateigentum, das andere Stammesmitglieder zum Zinsen zwingen kann ebensowenig wie Märkte, auf denen überschüssiges mobiles Privateigentum gehandelt wird ("barter").
- > Wir können ja mal bei der Mafia nachfragen, wie es sich mit Erzwingung von Schweige- oder Schutzgeld verhält

Die Mafia ist ein sehr gutes Beispiel. Sie war ursprünglich eine Inkasso-Gesellschaft für **Abgaben** der feudalen Grundherren, deren Vorfahren ihr "feod" (feudum) von früheren Herrschern erhalten hatten. Nachdem dies weggefallen war (Grund-und Boden-Reform) mussten sie ihr Geschäftsmodell den neuen Gegebenheiten anpassen.

- > und und ob es für die Botengänger Konsequenzen zeitigt, wenn sie sich am Eigentum eines Wiseguy vergreifen.
- > Darüber gibt es keine Urkunden, sondern ungeschriebene Übereinkunft.
- > Der Staat schaut übrigens in diesen Dingen völlig machtlos und untätig zu.
- > Sucht man nach der eigentlichen (öffentlichen) Abgabe findet man das Wort: *Impost*
- > 1. Eine Auflage, Anlage, Aufschlag, die landesherrliche Anordnung eines Beytrages der Unterthanen zur Bestreitung gemeinschaftlicher Bedürfnisse, z. E. Steuer, Schatzung, Tribut, Zoll Zinsen; eine jede von der Obrigkeit verordnete Auflage, besonders auf bewegliche Güter; Fr. *Impôt*, Ital. *Imposta*. Die Waaren mit vielen Imposten beschwerten, d. i. *Accise*, Zoll u. s. f. **Von Seiten der Unterthanen versteht man unter *Impost* die Abgaben an die Obrigkeit.**
- > Ihre Quelle sprudelt demnach zwei verschiedene Worte für Zins und Abgabe hervor, die somit unterschiedliche Bedeutung besitzen.

Der "Impost" ist eine spätere sprachliche Schöpfung. Im klassischen Latein nirgends vorhanden.

>Weiter liest man dort zum Zins:

> Der Haupteintheilungsgrund des Grundzinses, also des Zinses vorzugsweise, ist dessen Entstehung, wonach der Zins entweder vorbehalten ist, d. i. Der, welcher als Bekenngeld einer eingeräumten Befugniß, für Ueberlassung des Eigenthums oder eines Rechtes oder Gewerbes gegeben wird, besonders der, dessen Entrichtung an sich der bisherige Eigenthümer eines Grundstücks bei des Letztern Abtretung an einen Andern von diesem sich bedingt; oder aufgelegter Zins, d. i. ein solcher, den ein Besitzer eines Grundstücks nach erlangtem Besitze desselben auf solches übernimmt.

>Hier wird nicht der Abgabecharakter des Zinses hervorgehoben, sondern der Zugewinn eines Rechtes oder Eigentums.

Wer räumt denn die "Befugniß" ein? Wer überlässt "Eigentum"? Wie kann jemand "Eigentümer eines Grundstücks" (recte: Unter-Eigentümer) werden, wenn es ihm nicht der Ober-Eigentümer zur Verfügung gestellt hat?

>D.h. der Zinszahler zahlt nicht einfach den Zins, sondern bekommt dafür auch etwas geboten.

Die klassische feudale Staatsbegründung: Du zahlst, und wenn du fragst, wozu, sage ich dir, um dich zu beschützen. Der Kassierer Herrschaft/Macht/Staat setzt also sein Waffenmonopol doppelt ein: Zur Erzwingung des Zinses und zur Abwehr jener, die **statt seiner** diesen selben Zins (von derselben Bevölkerung) kassieren wollen.

>Ich kann daher noch nicht ganz einsehen, warum z.B. in einer Stammesgesellschaft eine „Aufzeichnung“ über die Inanspruchnahme von Rechten oder Sachen, die ja letztlich den Zins verursachen würden, grundsätzlich von Ihnen ausgeschlossen wird.

Wozu aufzeichnen, solange wir innerhalb von Stämmen sind? Die "Aufzeichnung" ist immer eine **Ur-kunde**, aus der hervorgeht, wer wann welche Rechte zediert hat. Vgl. nochmal Magna Charta, Schenkungen und die Endlos-Liste der Gewährung von "**fryheiten**".

>Schon die zeitweilig zur Verfügung gestellten Vorräte eines Stammes an einen anderen, aus welchem Grund auch immer, würden ein Nutzungsentgelt (Zins) bzw. eine zusätzliche Dinglichkeit rechtfertigen, auch wenn damals ggf. die Begrifflichkeiten dafür anders lauteten.

Nur, falls der Stamm B gegenüber der Herrschaft C eine Abgabenschuld hat, dann entsteht in der Tat der Zins (usura). Innerhalb von Stämmen (siehe die Israel-Stämme) wird nicht gezinst, vgl. das Mosaische Gebot. Allerdings darf gegenüber Fremden gezinst werden, siehe Exodus 22,24, Levitikus 25,35-38, Deuteronomium 23,20-21 und spätere Stellen im AT: "**Von dem Ausländer darfst du Zinsen nehmen, aber nicht von deinem Bruder..**"

(...)

>Bei der termingerechten Abgabe entfällt jedoch der Zins. Ja, usura. Die Abgabe bleibt census.

>D.h. hier beginnt die zu bezahlende Zeit erst abzulaufen, wenn die Abgabefrist überschritten wird.

Ja.

>Damit wäre der Zins quasi als ein Sonderfall einer nicht fristgemäß erbrachten Abgabe in die Welt gekommen, was nun wirklich sehr merkwürdig wäre.

Der Zins usura ("Wucher"): Er nutzt die Notlage aus, die bei Fristversäumnis unausweichlich ist (Schuldknechtschaft usw.). Beispiel **Brutus**. Wie Cicero berichtet, nahm er als Assistent Catos in dessen Provinz Zypern 46 % Zinsen.

(...)

>Verehrter dottore,

>ich befürchtete noch wenigen Wochen die Pleite, weil einfach keine oder nur minimale Aufträge herein kamen und das über mehr als 4 Monate.

>Meine Sorge waren keinesfalls die zu zahlenden Steuern, sondern alle möglichen anderen Verpflichtungen, die man halt einget ohne sie mal eben schnell aufkündigen zu können.

Ja, das ist die sozusagen 3. Zins-Stufe (fenus, foenus): Man nimmt Geld zu produktiven Zwecken. Das gab es in der Frühzeit nicht, da der entsprechende "freie Mann" fehlte. Ganz abgesehen von den 33,3 / 20 % Sätzen, mit denen sich nicht "wirtschaften" lässt.

>Meinen Sie nicht, daß auch die Menschen vor 5.000 Jahren, im Fall der Fälle, ganz andere Sorgen hatten, als sich vorrangig auf den Zehnten zu konzentrieren?

Was hatten sie denn? Sie lebten auf erobertem Territorium, bewirtschafteten ein 0,5 ha großes Subsistenzland und waren zu persönlichen Diensten / Abgaben verpflichtet. Es gab keinerlei Möglichkeit, sich sozusagen "frei zu entfalten".

>Was ist denn mit den restlichen neun Zehnteln auf die ggf. teilweise oder gar ganz verzichtet werden mußte, wenn kein Ertrag oder Einkommen zu erzielen war und von dem man u.a. die lebenswichtige Urschuld bestreiten muß?

Die Abgabe war nicht der "Zehnte" (viel später), sondern das volle Ernte-Soll. Nachweise bei Prof. Nissen et. al. (Berlin) zuhauf.

> Wo kommt das Gut ("Geld") her, das man ausleihen möchte? Wozu braucht es ein anderer, wenn er es nicht selbst bereits schuldig ist?

>Da Geld transformiertes Vertrauen ist,

Vertrauen in was? Nochmals: Es gab keine Märkte (siehe noch Herodot über die Perser).

>war das erste Geld vielleicht der Handschlag, das Kopfnicken oder das gesprochene Wort.

Es gab keinerlei Kontraktfreiheit, da es - außer den Herrschenden - niemand gab, der "**freier Mann**" war.

>Vertrauen mußten schon die Frühmenschen zueinander haben, weil sonst die Jäger und Sammler bzw. der Familienverband nicht miteinander „gekohnt“ hätten.

Ja, das zeichnet Stammesgesellschaften bis heute aus.

(...)

> Urschuld lässt sich auch ganz ohne Geld, Zins, Märkte, Preise usw. tilgen. Siehe Sammler- und Jägergesellschaften.

>Halt, stopp!!

>Da Geld und Schuld nicht zu trennen sind und auch der Kredit als Vertrauen definiert werden kann, wird doch klar ersichtlich, daß Geld, Zins, Märkte und Preise nur die gewandelten/standardisierten Elemente in einer tagtäglich Beziehungskiste innerhalb einer größeren Menschenansammlung sind.

Diese "privaten" Beziehungen existierten nicht. Es gab nur eine: Herrscher (plus Clique) - Volk.

>Die mündliche Absprache, der Handschlag wurde durch Aufzeichnungen/Urkunden ersetzt, weil diese einfach zuverlässiger waren.

>Das Frühgeld (Muschel, Speere, Schmuck) erwies sich als unbrauchbar und wurde ebenfalls durch effektivere Mittel ersetzt und just in diesem Moment langte die Macht hin und zog die Emission des Geldes, also des gültigen Zahlungsmittels, an sich.

Ohne Belege. Das monetäre Monopol lag seit jeher bei der Macht / Herrschaft. Das zeigen auch die in Waffenmetall (Kupfer/Zinn = Bronze) - und das getrennt! - abzuliefernden Abgaben. Das römische Aes Grave wog bis **780 Gramm / Stück**. Das soll ein privates Geldsystem gewesen sein?

>Der Markt, eine Versammlung von Menschen zum Warenaustausch oder Warenan- und -verkauf kann bei jedem Straßenfest (z.B. für einen guten Zweck) auf die Schnelle inszeniert werden. Dafür braucht es keinerlei Gesetzgebung.

Es bleibt beim Dissens. Die Menschen tauschten nicht, sie kauften und verkauften nicht. Es waren schlicht keine "Rechtspersonen" im heutigen Sinne.

>Wie sollen denn ihrer Meinung nach die Märkte entstanden sein?

Nach der Abgabenstandardisierung (Mesopotamien) durch den Machtkreislauf: Die zum Machterhalt benötigten Fremdstuppen (Söldner) erhielten, was andere als Abgaben zu geben hatten. Dafür gaben diese ab, was die Söldner haben wollten. Wir finden in keiner alten Stadt (vom praekolumbischen Amerika ganz zu schweigen) einen Marktplatz innerhalb dieser. Markt = "Forum", von "foris" (= draußen, eben vor der Stadt).

>Weil die Macht die Abgabe erzwang, bemühten sich die Bauern/Händler endlich zu einem Ort an dem sie das dringend gesuchte Abgabemittel erwerben konnten?

Nicht Bauern und Händler als "Freie". Es gab nur auf dem Land zu Grunddiensten Verpflichtete und die "Händler" waren "**royal merchants**", die jenes aufzutreiben hatten, was der Herrscher Herz erfreute. Ausführlichst belegt (Renger, Radner u.a.).

>Vorher soll es keinen Grund gegeben haben Waren zu tauschen oder zu verkaufen?

Nein, da es die dazu benötigten "Freien" nicht gab.

>Und warum zogen dann Händler in ferne Gegenden um dringend benötigte Waren zu erwerben, die es im eigenen Land nicht gab?

Royal merchants.

>@Dimi hatte mal ein solches Beispiel in die Runde geworfen.

Woher hätte wer wissen können, dass etwas Benötigtes woanders vorhanden war? Die Herrscher schickten ihre Boten (vgl. diverse erhaltene Herrscher- Korrespondenzen) und, sobald diese mit guter Nachricht zurückkamen, zogen die royal merchants los, um das Benötigte zu beschaffen, vor allem Nahrungsmittel.

> *Standards in diesem Sinne (wir lassen MSFT mal außen vor) werden per ordre oder per Gesetz festgelegt.*

>*Das später die Standards von der Macht gesetzt wurden, ziehe ich keinesfalls in Zweifel.*

>*Mir ging es jedoch um den Beginn der Standardisierung.*

Falls: Warum sollte die Macht dann andere Standards gesetzt haben?

>*Haben sich Abgaben (Steuern, Tribute) im Alltag bewährt? Dann wären sie freiwillig gezahlt worden, wovon keine Rede sein kann.*

>*Das habe ich nicht gemeint.*

>*Ich wollte auf die generelle Schaffung von Standards hinaus, weil sie sich im Alltag bewährt haben.*

>*Wenn eine bestimmte Werkzeugform besonders effektive Ergebnisse erbracht hat, dürfte diese sich als Standard durchgesetzt haben – ganz ohne Gesetz.*

Wir reden nicht von Werkzeugen, sondern von **Geld und Waffen**. Bei diesen setzten die Herrscher die Standards. Oder wie mit Tausenden von Privatgeldern operieren oder ein Heer führen, das keinerlei einheitliche Bewaffnung hatte? Einer kommt mit einem Ochsen, einer mit einem Streitwagen, der nächste mit einem Long Bow, der nächste mit einem Kurzschwert?

>*Der Chip für die Einkaufswagen beruhte auch auf einer cleveren Idee und wurde schließlich zum Standard bei allen Discountern und Großmärkten.*

>*Wer hat denn da eine gesetzliche Verordnung erlassen müssen?*

Das ist alles unbestritten, hat aber mit Macht und Machtausübung nichts zu tun. In den USA wird der Schnaps im Freien auch anders getrunken als in Europa.

(...)

> *Die völkerkundliche Literatur gibt keine binnen-stammlichen Chaos-Beispiele.*

>*Nur weil es nicht aufgeschrieben oder gefunden wurde, kann man doch nicht felsenfest davon ausgehen, daß bei den Stämmen alles in bester Ordnung war.*

>*Es ist viel eher das Gegenteil zu vermuten, weil das Ausscheren aus dem Konsens der Sippe viel dramatischere bzw. lebensbedrohliche Konsequenzen gehabt haben dürfte.*

Das ist richtig. Wer sich als "unsolidarisch" erwies, wurde ausgestoßen oder sozial sanktioniert. Deshalb waren / sind (bis heute) Stämme keine Chaos-Clubs.

>Wie soll denn das Individuum alleine in der Natur überleben?

>Die französische Forscherin Chantal Jeques-Wolkiewicz konnte nachweisen, daß die Bilder in den Höhlen von Lascaux nicht irgendwelche Tiermotive sind, welche die Frühmenschen an die Wand gekleistert haben, sondern es sich höchstwahrscheinlich um die Wiedergabe damaliger Sternbilder handelt.

Interessant. Aber wozu sollte man sich Sternbilder zeichnen? (Außer zu Kalender- und damit Terminzwecken).

>Das kann man sehr wohl als reife Leistung bezeichnen und die Höhle wurde noch ca. 9.000 Jahre vor Hammurapi bemalt.

Nochmals: Wozu Sternbilder?

>Fazit: Wir wissen nur, das wir noch sehr vieles eben nicht wissen.

Wie wahr!

Und herzlichen Gruß mit Dank für die viele Mühe!

Geld - woher?

verfasst von dottore, 02.06.2008, 06:06

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=22578

[N]ochmals zu meiner Sicht der Dinge, die in dem bekannten Aufsatz „Macht, der Staat und die Institution des Eigentums“ ausgeführt ist. Hier die Kurzform von Miprox (Forenteilnehmer MARSCH), darin kann man auch die Langfassung erklicken. Sie ist ebenfalls auf den Seiten von Weissgarnix unter „Machttheorie des Geldes“ nachzulesen:

http://www.miprox.de/Wirtschaft_allgemein/Macht-der_Staat-Eigentum.htm

<http://www.weissgarnix.de/?p=71>

Die einzelnen Schritte, soweit sie sich historisch belegen lassen:

1. Geld ist ohne Eigentum nicht definierbar.
2. Eigentum ist ohne Macht (angedrohte oder eingesetzte) nicht definierbar.
3. Macht ist ohne (überlegene) Waffen nicht definierbar.
4. Das erste (personale) Eigentum ist die Waffe. Ihr Besitz besichert durch ihre Eigenschaft ihr Eigentum.
5. Jetzt ein kleiner Exkurs: Vor 70.000 Jahren war die Zahl der Menschen (homines sapientes) fast ausgestorben:

http://www.welt.de/wissenschaft/article1938089/Menschheit_vor_70.000_Jahren_fast_ausgeloescht.html

Danach begann eine rasante Bevölkerungsvermehrung, die in Schüben bis heute anhält. Aus den noch vorhandenen 2000 Exemplaren wurden 6,5 Milliarden. Im Laufe dieser Entwicklung bildeten sich zunächst kleine Trupps (30/50), die beim Erreichen der „Dunbar-Nummer“ (ca. 150) eine „kritische Masse“ erreichten.

http://en.wikipedia.org/wiki/Dunbar's_number

Bei größeren Human-Agglomerationen, kommt es in der Regel zu Stammesteilungen. Treffen solche Stämme bzw. Sub-Stämme auf Fremdstämme entstehen Konflikte. Die verlaufen zunächst in einem Hin und Her (mal gewinnt der eine, dann der andere), so dass ein fragiles Gleichgewicht entsteht.

Das änderte sich, als es den Quantensprung in der Waffentechnik gab – weg von Pfeil und Bogen, Steinzeug usw. hin zu Waffen die aus Metall gefertigt wurden und dies mit erheblicher Geschwindigkeit. Das Metall war Bronze (daher „Bronzezeit“), eine Kupfer/Zinn-Legierung, deren Optimierung eine Zeit in Anspruch nahm.

Der Ursprung der Bronzewaffentechnik ist nach Muschiston (Tadschikistan) zu verorten:

http://www.archaeologie-online.de/magazin/thema/montanarchaeologie/bergbau_mittelasiens/seite_4/

Von dort aus beginnt der Siegeszug der Bronze (bei der Herkunft des Zinns gibt es unter Experten noch offene Fragen), die schließlich auch bei jenen Stämmen Mittel- und Vorderasiens ankommt, die mit Hilfe ihrer überlegenen Waffen die dort – zumal im fruchtbaren Halbmond - siedelten Haus- und Ortsgemeinschaften, Stämme usw. dauerhaft unterjochen und zu Abgaben, also zu „Schulden ex nihilo“ zwingen konnten. Eine bronzefreie Parallelentwicklung im präkolumbianischen Amerika und anderswo sei hier ausgelassen.

Die Abgaben an die neuen Machthaber (Chief, Clique) mussten auf den riesigen Gebieten (Latifundien) zunächst in natura geleistet werden. Verantwortlich waren sog. „Aufseher“, die sich nach Soll-Vorgaben zu richten hatten. Beim Unterschreiten des Solls wurden sie entweder sanktioniert (Eingliederung in die Arbeitertruppe) oder sie hatten die Möglichkeit, sich bei jenen Aufsehern, die mit Übersoll aufwarten konnten, die Differenz zu leihen.

Über den Leihvorgang wurden Dokumente ausgestellt, die zinsfrei waren. Ein Zins entstand erst, wenn der Inhaber eines Leihdokuments vor dessen Fälligkeit seinerseits an die Naturalien kommen wollte oder musste. Das Dokument wurde diskontiert, woraus sich automatisch ein Zinssatz ergibt.

Um die komplizierten Naturalabgaben-Vorgänge zu erleichtern, setzten die Herrscher – nachzuweisen u.a. am Codex Hamurappi

<http://www.wsu.edu/~dee/MESO/CODE.HTM>

– zunächst für die Standard-Naturalie Gerste, die sich durch in sich gleichgewichtige Körner auszeichnet, eine Parität zu Silber fest: 180 Körner = 1 Shekel. Die Möglichkeit mit Körnern zu bezahlen wurde detailliert geregelt bzw. allmählich verlassen, vgl. das berühmte Beispiel der Schankwirtin (108).

Die Abgaben waren schließlich in Silber zu leisten, wobei nicht mehr einzelne, sondern in der Regel ganze Gemeinwesen hafteten.

6. Wird „Geld“ als „Zahlungsmittel“ definiert, ist zu fragen, um welche Erst-Zahlung es sich denn gehandelt haben mag. Eine Tilgung einer Geldschuld kann es nicht sein, da dann wieder gefragt werden müsste, wie und wozu denn das „Erst-Geld“ entstanden sein mag und wer es sich und wie beschafft haben mag. Also ein Zirkelschluss.

7. Die Vorstellung, Geld sei als „Tauschmittel“ erfunden worden, entbehrt jeglicher historischer Basis (vgl. den bekannten Aufsatz Daltons über „barter“ u.a.).

Summa: Geld in Form von Metall ist als Variante von waffen- und machtbasierten Abgaben (= vom Obereigentümer festgesetzten Schulden ex nihilo) entstanden. Dass sich mit Hilfe von Metallgeld dann alles weiter entwickelte (Handel und Wandel auf privater Basis bis hin zu Produktenbörsen usw.) ist eine logischerweise folgende Entwicklung.

Die Kritik an H/S: Sie gehen von einer „privaten“ Entstehung von Geld aus (Verpfändung von (Unter-)Eigentum), was leider keinen Sinn macht: Entweder jemand hat Unter-Eigentum, dann ließe es sich nur verpfänden, sofern es Ertrag bringt. Bringt es Ertrag, ist nicht zu verstehen, wozu der Ertrag verpfändet werden sollte. Tatsächlich ist Geld aus obrigkeitlichem Ukas entstanden (triple-down) und nicht durch eine „gesellschaftliche Konvention“ aller in einem bestimmten Areal Hausenden („bottom-up“). Von solchen Konventionen ist weit und breit keine Spur zu entdecken.

Neo-Chartalisten und Hardys Schatzkammer

verfasst von weissgarnix, 24.08.2008, 05:17

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=34689

[I]ch habe die letzten paar Stunden ein wenig Wray und Lerner geschmökert, auf Umwegen sozusagen, weil Wray hat das Vorwort zur 2008er-Auflage von Minskys "Stabilizing an unstable economy" geschrieben. Und weil das nicht uninteressant war, was er darin von sich gibt, und er eigentlich auch in seinem Beitrag zu Smithins "What is money?" recht überzeugend klingt, habe ich mal ein paar Arbeitspapiere durchgelesen, die von ihm kursieren, zumeist über Knapp, Keynes und Lerner.

Wenn ich mir das aber so überlege, was Jungs wie Wray und Lerner da schreiben, dann hat Hardy vielleicht doch recht mit seiner "Schatzkammer". Simple Aussage:

der Staat muss ich in SEINEM Geld keineswegs verschulden, um es in Umlauf zu bringen. Sondern er bringt es einfach in Umlauf, per Druckerpresse, wie Lerner schreibt, was immer das konkret anno 2008 genau bedeuten mag, vermutlich eine direkte Kreditaufnahme des Staates bei der Zentralbank. Oder noch besser: die Einrichtung eines unbeschränkten Kontokorrents des Staates bei der Zentralbank.

Und da liegt Hardys Gedanke zur "Schatzkammer" in der Tat nicht allzuweit, so könnte man sich das bildlich relativ einfach vorstellen.

Diese Einschätzung wäre auch, meiner Ansicht nach, nach dottores "Machttheorie" die einzige konsequente. Denn wenn der Staat "per Waffe" sicherstellen kann, dass sein Geld und nur sein Geld seinen Wert dadurch erfährt, dass er es zur Erfüllung von Steuer- und sonstigen Schulden akzeptiert, dann wozu noch umständlich mit "Staatsanleihen" und dergleichen hantieren?

Lerner meinte offensichtlich, dass die "Deckung", die die Zentralbank aufweist, keinen eigentlichen Sinn hat. Das ist im Prinzip auch meine Ansicht, ich dachte immer schon dass da nur "was gezeigt" wird, um den Geldwert stabil zu halten. Aber wenn man diesem Lerner folgt, dann ist auch das völlig für Hugo, weil der Staat kann diese Wertstabilität problemlos dadurch erreichen, dass er seine Defizite entsprechend aussteuert bzw. überschüssiges Geld per Steuern abschöpft. Oder eben Bonds ans Publikum begibt, und dadurch den Geldumlauf reduziert.

Die Chartalisten durchbrechen also offensichtlich den Konnex "Staatsschulden - Monetäre Basis", indem sie die Zentralbank direkt dem Staat zuordnen, der sich tatsächlich daraus bedienen kann, wie es ihm beliebt (bzw. nicht ganz, Lerner hat dafür ja seine "2 Gesetze des funktionalen Finanzwesens" formuliert).

Ich frage mich, ob diese Chartalisten-Denke mega-intelligent oder mega-bescheuert ist. Das Wort "Hyperinflation" geistert mir im Kopf herum, aber dann auch wieder nicht, denn Warenangebot und Investition müssen ja keineswegs einbrechen oder stagnieren, die könnten ja auch in einem derartigen Konzept durchaus auf hohem Niveau bleiben (à la Keynes, der im Prinzip ja ins gleiche Horn bläst). Allenfalls müsste man die Giralgeldschöpfung einschränken, um das besser aussteuern zu können, aber theoretisch könnte das alles doch funktionieren, oder?

Ich denke daher, Hardy hat mit seiner "Schatzkammer" prinzipiell recht. Und wenn man diesen Gedanken weiterspinnt, dann ist ein "Game over" eigentlich nicht leicht vorstellbar, außer der Staat versagt in seiner ureigensten Domäne, nämlich SEIN Geld auszugeben. Eine Schuldendeflation wäre demnach in unserem aktuellen Geldsystem eigentlich ein Treppenwitz, oder?

Antwort verfasst von dottore, 24.08.2008, 07:47

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=34703

Hi wgn,

1. Die Schatzkammer in der ZB ist für eine Hyper-Infla irrelevant, da zu klein (ca. 40 bis 50 % der bereits umlaufenden Noten).
2. Hardys Schatzkammer ist eine **potentielle**. Sie muss erst massiv aufgestockt werden, um den Infla-Prozess zu starten.
3. Der endet, sobald die Kosten der Scheine höher sind als ihr aufgedruckter Wert. Die Noten wurden zwischenzeitlich nur noch einseitig bedruckt.
4. Der "Schatz" ist die Macht des Staates Kassenscheine o.ä. in beliebiger Höhe abzufordern (bis obiger Grenze). Dazu bedarf es keiner ZB. Deshalb hießen die Papiere, welche die Reichsbank diskontierte auch "Reichsschatzanweisungen". Ihr Diskont wurde am 15. November 1923 eingestellt - der Spuk war vorbei.

Beweis: Am Ende der Hyper-Infla lag der Notenumlauf bei 496 585 346 Billionen Mark. Diese Summe war in keiner Schatzkammer **ex ante** vorhanden. RB-Noten im Umlauf 1920: 82 Mrd., dazu vielleicht max. 40 bis 50 % zusätzlicher Noten im Keller ("Schatz"). Umlauf 1921 = 122 Mrd.

Mit dem "Schatz" allein ist also buchstäblich kein Staat zu machen. Wie er heute "gehoben" wird (die bekannten Verfahren zwischen ZBs und ihren Geschäftspartnern, den MFIs) ist bekannt.

Noch dazu:

- > *Der Staat muß sich in SEINEM Geld keineswegs verschulden, um es in Umlauf zu bringen.*

Derzeit noch.

- > *Sondern er bringt es einfach in Umlauf, per Druckerpresse, wie Lerner schreibt, was immer das konkret anno 2008 genau bedeuten mag,*
- > *vermutlich eine direkte Kreditaufnahme des Staates bei der Zentralbank.*

Ja, hatten z.B. auch die Briten in WK I gemacht, die "currency notes" des **Schatzamts** ausgaben, bei Kriegerstand: 324 Mio Pfund. Zum Vergleich: Die (identische) "schwebende Schuld" des Reichs bei der RB lag bei Kriegsende bei 15,7 Mrd Mark. Also ca. dem Doppelten. Diese stieg bis 1923 auf 189,8 Trillionen Mark.

Die Schatzanweisungen liefen auch um (undiskontiert, also nicht als legal-tender-Bargeld), allerdings nur, weil sie an öffentlichen Kassen angenommen wurden. Sonst wären sie zurückgewiesen worden.

- > *Oder noch besser: die Einrichtung eines unbeschränkten Kontokorrents des Staates bei der Zentralbank.*

Dazu müsste dann auch jedermann Zugang zur ZB haben, was nie der Fall war (die Nachkriegs-Ausnahme bis 1957, s.u.).

- > *Diese Einschätzung wäre auch, meiner Ansicht nach, nach dottores*
- > *"Machttheorie" die einzige konsequente. Denn wenn der Staat "per Waffe"*
- > *sicherstellen kann, dass sein Geld und nur sein Geld seinen Wert dadurch*
- > *erfährt, dass er es zur Erfüllung von Steuer-Schulden*

Ja.

- > *und sonstigen Schulden*

Nein. Dazu müsste es gesetzliches Zahlungsmittel sein.

- > *akzeptiert, dann wozu noch umständlich mit "Staatsanleihen" und*
- > *dergleichen hantieren?*

Liegt an der Fälligkeit. Schatzanweisungen Laufzeit: 3 Monate, Staatsanleihen länger. Mit 3-Monatsgeldern lebt man von der Hand in den Mund und sog. "öffentliche Investitionen" sind nicht möglich. Vom Grundgesetz oder den EU-Rechten (Maastricht) reden wir gar nicht erst.

- > *Lerner meinte offensichtlich, dass die "Deckung", die die Zentralbank*
- > *aufweist, keinen eigentlichen Sinn hat.*

Der Sinn liegt darin, dass ein Dritter zahlt (Steuerzahler künftiger Generationen). Bei nicht fundierten Schulden (Schatzanweisungen) prolongiert der Staat nur seine Titel.

- > *Das ist im Prinzip auch meine*
- > *Ansicht, ich dachte immer schon dass da nur "was gezeigt" wird, um den*
- > *Geldwert stabil zu halten. Aber wenn man diesem Lerner folgt, dann ist*
- > *auch das völlig für Hugo, weil der Staat kann diese Wertstabilität*
- > *problemlos dadurch erreichen, dass er seine Defizite entsprechend*
- > *aussteuert bzw. überschüssiges Geld per Steuern abschöpft.*

Ab wann ist es "überschüssig"? Wenn die Infla anzieht? Wie dann mit Steuern arbeiten? Bis der Bescheid rausgeht, ist die Infla längst enteilt.

- > *Oder eben Bonds*
- > *ans Publikum begibt, und dadurch den Geldumlauf reduziert.*

Die kauft in einer Hyper-Infla kein Mensch. Bonds (fundierte Schulden) Reich 30. 9. 1923 ganze 60,5 Mrd Mark (1920: 93).

- > *Die Chartalisten durchbrechen also offensichtlich den Konnex*
- > *"Staatsschulden - Monetäre Basis", indem sie die Zentralbank direkt dem*
- > *Staat zuordnen, der sich tatsächlich daraus bedienen kann, wie es ihm*
- > *beliebt (bzw. nicht ganz, Lerner hat dafür ja seine "2 Gesetze des*
- > *funktionalen Finanzwesens" formuliert).*

In dem System braucht kein Staat eine ZB. Druckerei, möglichst Regiebetrieb, reicht voll und ganz.

- > *Ich frage mich, ob diese Chartalisten-Denke mega-intelligent oder*
- > *mega-bescheuert ist. Das Wort "Hyperinflation" geistert mir im Kopf herum,*
- > *aber dann auch wieder nicht, denn Warenangebot und Investition müssen ja*
- > *keineswegs einbrechen oder stagnieren, die könnten ja auch in einem*
- > *derartigen Konzept durchaus auf hohem Niveau bleiben (à la Keynes, der im*
- > *Prinzip ja ins gleiche Horn bläst).*

Historisch jedenfalls nicht, da die Löhne immer hinter den Preisen blieben = Arbeitslosigkeit, Verarmung, rückläufiges BIP.

- > *Allenfalls müßte man die*
- > *Giralgeldschöpfung einschränken, um das besser aussteuern zu können, aber*
- > *theoretisch könnte das alles doch funktionieren, oder?*

Nein.

- > *Ich denke daher, Hardy hat mit seiner "Schatzkammer" prinzipiell recht.*
- > *Und wenn man diesen Gedanken weiterspinn, dann ist ein "Game over"*
- > *eigentlich nicht leicht vorstellbar, außer der Staat versagt in seiner*
- > *ureigensten Domäne, nämlich SEIN Geld auszugeben. Eine Schuldendeflation*
- > *wäre demnach in unserem aktuellen Geldsystem eigentlich ein Treppenwitz,*
- > *oder?*

Im aktuellen System kommt kein Geld ohne ZB ins Publikum. Direkter Zugang der Staaten zur ZB untersagt. Jede Verschuldung wirkt zunächst inflationär und sobald die Kosten ihrer Fortsetzung ihre Erträge übersteigen (warum ist sonst die US-Immo-Blase und jene anderswo geplatzt?), deflationär.

Die kommende asset-price-Deflation wird sich genauso ins allgemeine PN fortsetzen wie die asset-price-Inflation in der anderen Richtung.

Gruß!

Zins 1, 2, 3

verfasst von dottore, 28.08.2008, 06:28

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=35243

[G]ern verfeinern wir die Machttheorie:

1. Es beginnt mit der Abgabe in Naturalien. Diese Abgaben kommen ex nihilo. Es sind also nicht etwa „Rückgaben oder -zahlungen“ o.ä., sondern ein Novum für den Abgabenschuldner.

2. Der Abgabenschuldner (z.B. Nachbarstamm) geriet in diese missliche Position, nachdem er von einer fremden Macht unterworfen und zur entsprechenden Leistung gezwungen wurde.

3. Das eroberte Areal des unterworfenen Stammes ist Eigentum des Machthalters (der Eroberer ist der erste Eigentümer – Hudson), wie noch am Beispiel von William nach Hastings zu sehen: Das gesamte (damalige) England gehörte ausschließlich ihm und wurde erst per Magna Carta als Untereigentum an seine Barone verteilt.

4. Die Leistung der Abgabenschuldner ist der erste „Zins“ (Zinnß), wie schon ausführlich dargestellt. Er hat nichts mit irgendwelchen (zuvor) vergebenen „Krediten“ zu tun. Also Zins 1.

5. Der Abgabenschuldner kann sich allerdings die ihm fehlenden Abgabengüter leihen. Dies bei anderen Abgabenschuldnern, die gerade über ein Über-Soll verfügen.

6. Darüber wird ein „Leih“- bzw. „Schuldschein“ ausgestellt, der natürlich Fälligkeit hat. Dieses Dokument enthält zunächst keinen Zins. Der Vorgang wäre also unter „Solidargemeinschaft“ zu subsumieren, schließlich hatten wir es – vor Einfall der Fremdmacht und Unterjochung des Stammes – mit Stammesgesellschaften zu tun. Stämme kennen keinen Zins.

7. Will der Inhaber des Dokuments vor Fälligkeit an das von ihm zu Fordernde kommen, muss er ein Disagio akzeptieren, da der Käufer des Dokuments erst zu einem späteren Zeitpunkt an das Geschuldete kommen kann. Aus dieser Differenz ergibt sich schließlich der heutige Zins. Der (neue) Dokumenteninhaber erhält zum Fälligkeitstermin mehr als er vor dem Fälligkeitstermin seinerseits geben musste. Also Zins 2.

8. Mit Hilfe der Abgabe kann der (neue) Machthalter zunächst dafür sorgen, an der Macht zu bleiben. Die Leistung umfasst nicht nur für den Machthalter und seine Clique nutzbare Naturalien (Versorgung, Kleidung, Metalle zur Machtwaffen-Produktion), sondern auch physische Leistungen (von Frondiensten, vgl. Mega-Bauten wie Tempel, Paläste usw. bis hin zur Verpflichtung, an militärischen Operationen teilzunehmen; dies allerdings nicht an Kommandostellen, sondern als „Fußvolk“).

9. Dieses „Fußvolk“ verfügt nicht über eigene Waffen, sondern erhält diese aus der Rüstkammer (Zeughaus), das streng unter Kontrolle der Machthalter bleibt. Und hat diese nach Feldzug bzw. Krieg wieder abzuliefern.

10. Im Fall Bronzewaffen wird nicht etwa Bronze abgefordert, sondern getrennt als Kupfer und Zinn, wie das Beispiel der Hethiter zeigt.

11. Bronze außerhalb des inneren Areals (Burg usw., siehe die Grundrisse sämtlicher großer Machtzentren) ist nicht existent. Bronzewaffen sind monopolisiert und die Waffenschmiede, die der Kunst mächtig sind, werden am Verlassen des inneren Machtareals gehindert (Wieland, Daedalos usw.).

12. Werden die Abgaben (Zinnß) nicht am von der Macht gesetzten Termin geleistet, sind verschiedene Sanktionen denkbar bzw. wurden auch so durchgeführt: Hochbuchen der Schuld (daher der agrarian usury, den Hudson herausstellt), Schuldknechtschaft von Familienmitgliedern bis hin zur Sklaverei (= Verlust des Eigentums an sich selbst), Tötungen, etc.

13. So halten sich die Machthalter und eigentlich wäre die Geschichte zu Ende. Die überschuldeten Abgabenschuldner („Zinser“) werden in bestimmten Abständen auch ihrer Schulden ledig: Erlassjahre zahlreicher Herrscher bei Wechsel (Tod) der Machthalter bzw. regelmäßig (z.B. Moses).

14. In der nächsten Phase treten nun weitere fremde Machthalter auf, die den bisherigen ihre Position streitig zu machen versuchen, d.h. diese ihrerseits in „Abhängigkeit“ (= Abgabenleistungen) zu zwingen.

15. Die „Alt“-Machthalter können mit ihren Mitteln (Menschen, Material) allein nicht standhalten, riskieren also den Machtverlust bzw. ihr Eigentum, das Machtmonopol.

16. Um sich aus dieser misslichen Lage zu befreien, müssen sie Hilfe anfordern und diese selbstverständlich auch bezahlen. Diese Hilfe sind die Söldner, kommen also aus ganz anderen, oft weit entfernten Gegenden.

17. Die Söldner können nicht in Naturalien bezahlt werden, sondern nehmen nur etwas, das „Kurs“ hat, weil es (in Parität zu den Naturalabgaben vom Machthalter gesetzt, vgl. Codex Hammurapi) als Abgabe akzeptiert wird. Dieses Etwas ist Silber.

18. Dieses war ex ante im mesopotamischen Schwemmland nicht vorhanden. Es kam über Herrschertausch in den Palast (wenig) bzw. via Waren, die von den Tempelwerkstätten hergestellt (und auswärtig nachgefragt) wurden, in die Tempel. Diese mutierten somit zu „Banken“, die Silber gegen Zins ausgaben. Also Zins 3.

19. Dies an Abgabenschuldner, die damit den Palast ausstatteten bzw. an den Palast (Sitz des bedrohten Machthalters) selbst.

20. Zu den Tempelbanken traten (später) noch private Bankiers, die nach etwa derselben Methode vorgehen.

Somit ist dieser Zins (Zins 3) eine Risikoprämie, die der Machthalter zu entrichten hat, will er sein Eigentum, das Machtmonopol nicht verlieren.

Bei den modernen ZBs sehe ich dieses Risiko nicht, da sie ihr ZB-Geld-Emissionsmonopol nicht verlieren und auch nicht gezwungen werden kann, ihre Noten aus dem Verkehr zu ziehen.

Oder so: Abgabe = Zins 1. Disagio → Zins 2. Machterhaltsprämie → Zins 3.

Der ZB-Satz wäre unter Zins 1 zu rechnen, wobei die ZB mit der Methode nach Zins 2 arbeitet. Zins 3 erscheint mit der Position Staatsverschuldung (= Machterhalt-Vehikel), die durch die gesetzlich festgelegten Abführung des Zinsüberschusses der ZB gemindert wird, womit dieser wiederum unter Zins 1 zu subsumieren wäre.

Ohne Macht und Machtausübung (= Abgabeforderung plus Besicherung der Verzinsungsvorgänge), entfielen jeglicher Zins und wir wären wieder zur zinslosen Stammesgesellschaft und/oder kleinere soziale Einheiten reduziert.

Antworten zu Fragen zum Buch "Der Kapitalismus..."

verfasst von dottore, 03.02.2009, 13:30

(editiert von Moderator, 03.02.2009, 16:14)

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=78718

Hi Stefan,

> *Gerade habe ich nach Jahren wieder ihr Buch "Der Kapitalismus - ein System das funktioniert" gelesen. Einiges ist mir erst jetzt klarer geworden. Manches bleibt noch immer im Dunkeln:*

Das Dunkel ist inzwischen etwas heller geworden, da durch die Diskussionen hier zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Vor allem über die Rolle des Staates, der sich aus geld-, zins- und eigentumslosen Stammesgesellschaften entwickelt hat bzw. zum „Staat“ wurde, nachdem er als Stamm andere Stämme unterworfen und diese per Waffengewalt abgabepflichtig gemacht hat (Hinweis auf Franz Oppenheimer – Beute → Tribut). Diese Abgaben sind Schulden „ex nihilo“ (aus dem Nichts heraus) und beruhen nicht wie (heutige) Kontraktschulden auf vorangegangenen Kreditvorgängen. Ausführliches dazu in den Sammlungen des Forums. Oder bei miprox Diverses zum Thema „Zinnß“. Die Wörter „zinsen“ und „Abgaben leisten“ waren noch bis in die Neuzeit synonym. Wir kennen noch den Miet- oder Pachtzins, der zunächst nichts mit monetärem Zins zu tun hat.

Diese Schulden sind ursprünglich Naturalabgaben und wurden in babylonischer Zeit aus praktischen Gründen in Parität zu Silber gesetzt (1 Schekel = 180 Gerstenkörner). Dazu bitte den Codex Hammurapi zur Rate ziehen. Kamen Abgabenschuldner ihren terminlich fixierten Leistungen nicht nach, ergaben sich zwei Möglichkeiten: 1. Die Sanktion durch den/die Machthalter (Schuldner bzw. dessen Familie) rückte in die Schuldknechtschaft ab. 2. Der Schuldner ließ sich das Abgabengut (natural, monetär), was zunächst das Institut des Wuchers (usura) und den entsprechenden Berufsstand des „Bankiers“ schuf. Die Leihe war ursprünglich zinslos – Relikt aus der Zeit der solidarischen Stammesgesellschaften.

Das Dokument über diese „Leihe“ (Kredit) konnte vor dessen Ablauf (Termin) an einen Dritten zediert werden, dies gegen Abschlag (Diskont). Daraus entwickelte sich der (heutige) Zins: Es ist die Differenz zwischen dem diskontierten und dem nominellen Wert, gerechnet von unten. Daraus entwickelte sich, da einfacher zu rechnen, ein Zins in Form einer zusätzlichen Forderung, d.h. eine Summe x wurde auf das sog. „Hauptgut“ geschlagen. Die gesamte Forderung zum Termin bestand so aus zwei Teilen, was rechnerisch zu Obigem keinen Unterschied macht. Da die Zinsen in Mesopotamien sehr hoch waren (33 % auf Naturalkredit, 20 % auf Silber; Unterschied erklärt sich aus der terminlich verschiedenen Verfügbarkeit = natural nach Ernte, Silber jederzeit), kam es zu Überschuldungswellen, die durch Erlasse (sog. „clean slates“, d.h. die Bücher waren wieder sauber, z.B. bei Herrscherwechsel) regelmäßig beseitigt wurden, z.B. noch im AT nachzulesen.

Die Rolle des Staates beschränkte sich nicht nur auf das Abgaben-Inkasso. Er trat auch als Aufseher und Absender von (zunächst) „Palasthändlern“ im Fernhandel auf, die sich ihrerseits mehr und mehr verselbständigten und eigenen Geschäften nachgingen. Für den Schutz der Händler, ihres Eigentums und die Erfüllung der von ihnen geschlossenen Kontrakte wiederum trat der Staat auf. Damit sind wir mitten drin im mesopotamischen Kapitalismus, der sich in nichts vom heutigen unterschied (Börsen inklusive). Der Kapitalismus ist demnach ohne Staat nicht definierbar. Er breitete sich dann westwärts aus (Hellas, Rom) und bestimmt das ökonomische Geschehen – mit Unterbrechungen während sog. „dark ages“, z.B. frühes MA nach dem Zusammenbruch Roms – bis heute.

Dies in Kürze vorweg.

> a) *Ihre Ausführungen zur Rolle des Staates als Initiator von Inflation und dann Deflation ist mir so weit klar. Aber sehe ich das auch richtig, dass die exponentielle Aufschuldung erst durch die (leistungslosen)Schulden des Staates entsteht?*

Nein. Der Staat hat per se ein Vorfinanzierungsproblem. D.h. er muss erst sein Machtsystem mit Abgabenzwang usw. etablieren (was kostet), bevor er zum Inkasso schreiten kann. Die Vorfinanzierung ließ sich ursprünglich noch quasi stammesintern erledigen, heute nicht mehr, da der Staat bereits Auszahlungen leisten muss (Beamte erhalten z.B. zu Monatsbeginn ihre Bezüge), bevor er überhaupt Einzahlungen (Steuern usw.) erhalten kann.

> *Daher, gesetzt den Fall, wir hätten einen Staat der nie Staatsschulden anhäuft, würde dann der Kapitalismus tatsächlich funktionieren?*

Der moderne Staat (sub summa aller Staaten) ist ohne Vorfinanzierung nicht definierbar – ebenso wenig wie der Kapitalismus ohne Staat.

> *Oder ist es vielmehr so, dass die exponentielle Aufschuldung auch hier vonstatten geht und nur die Fallhöhe beim Crash wesentlich geringer ist?*

Die Aufschuldung ist nicht nur staats-, sondern auch politikbedingt, d.h. Politiker täuschen Zahlungen vor, indem sie sich verschulden, statt den Eingang der Zahlungen abzuwarten. Sie ziehen (Machterhalt!) auf die Zukunft bzw. „spätere Generationen“. Dies unbeschadet der Tatsache, dass sie entsprechend dieser „Zusatznachfrage“ hoffen, die Preise zu inflationieren und damit die Schulden real erträglicher zu machen. Da Inflationierungen nur über zusätzliche Verschuldung möglich sind, die höher sein müssen als die zum weiteren Fortgang des privatkapitalistischen Prozesses notwendig (debitistische Nachschuldnerfindung), ist am Ende (Staatsbankrott) die Staatsverschuldung am höchsten.

> b) *Warum spielt im Debitismus die Geld/Kredit-Hortung keine Rolle?*

Kredite sind nicht hortbar, Geld dagegen schon. Da aber Geld in unserem Kreditgeldsystem stets Fälligkeit hat (Scheidemünzen außen vor), muss dann ein anderer durch Nettoneuverschuldung die Situation bereinigen. Je höher die Hortung (Matratze, bei Banken aktuell sogar in der Form des Einstellens des verfügbaren Geldes bei der Notenbank, da diese als sicherer gilt als jeder private Geschäftspartner), desto schwieriger die Lage insgesamt, da die entsprechende, kreditfinanzierte Nachfrage fehlt (Pleitewellen usw. wie aktuell zu beobachten).

> *Sie beantworten diese Frage, wenn ich das richtig verstanden habe, mit der Urschuld*

Hat damit nichts zu tun. Die Urschuld gilt auch für einen Robinson, der physisch verschwindet, sobald er sie nicht mehr tilgt.

> *und dass dann eben statt Wasser Champagner getrunken wird.*

Die Urschuld kann minimiert werden (Wasser) oder maximiert (Jahrgangs-Champagner). Dies ist ökonomisch verbindlich nicht festzulegen. Man könnte sich auf so etwas wie überlebenswichtige Kalorien- und Flüssigkeitszufuhr einigen. Auch für die Urschuld gilt die allgemeine ökonomische Maxime: Ertragsmaximierung bei Aufwandsminimierung.

> Das überzeugt aber nicht wirklich, wie die Unmengen an Guthaben vieler Milliardäre beweisen, die ihr Geld, selbst wenn sie wollten, nicht ausgeben könnten.

Sie horten es in der Regel nicht, sondern legen es monetär (Buffett) oder realwirtschaftlich an (Albrechts). Dies sind normale kapitalistische Vorgänge.

> Ist es nicht so, dass jedes zurückgehaltene Geld, die gesamte Wirtschaft zwingt, sich noch stärker zu verschulden um den Zins+gehortetes Geld auszugleichen. (bin kein Gesell-Jünger!).

Was ist unter „Zurückhaltung“ zu verstehen? Selbst Monetär-Milliardäre, die über große Liquidität verfügen, halten diese nicht zu Hause im Tresor.

> c) Sie haben mal auf die Frage, warum der Staat nicht einfach mehr Scheide-Münzen netto druckt (um der Deflation entgegenzuwirken), sinngemäß geantwortet "Woher kommen die Herstellkosten?".

Sie müssen ebenfalls vorfinanziert werden, was aber relativ unerheblich ist, da das Münzregal (Derivat des Machtmonopols) stets ein gutes Geschäft war (Seigniorage).

> Nun, die kämen über Steuern. Der Staat nimmt 1€ an Steuer ein, kauft damit Kupfer/Nickel, druckt mehrere Münzen und schreibt auf jede 1€ drauf und schon wurden aus 1€ Steuer, 10 oder 100 oder 1000 € neues netto-Geld. Die typische Münzverschlechterung, wie oft gehabt. Wozu der unangenehme Weg der Staatsverschuldung?

Die Ausgabe von Scheidemünzen (ganz richtig als Nettogeld bezeichnet) ist aus naheliegenden Gründen limitiert. Sie sind Staatsmetallgeld, für das dasselbe gilt wie für Staatspapiergeld (Münzpresse = hier gleich Notenpresse): Es endet und verschwindet in einer Hyperinflation. Vgl. dazu:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Seigniorage>

Danke für die Fragen + Gruß!

Deflation, Hyperinflation, Währungsreform,...

verfasst von dottore, 14.02.2009, 17:03

(editiert von dottore, 14.02.2009, 17:05)

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=82583

Hi Cascabal,

> *Du hattest gestern Arndt geantwortet:*

> > *Glauben Sie nicht, dass vor der Staatsauflösung noch der Hebel in*

> > *Richtung Hyperinflation oder gleich Währungsreform umgelegt wird? Und*

> > *warum nicht?*

> ***Sie werden es versuchen. Es wird scheitern.***

> *Könntest Du darauf kurz nochmal eingehen. Warum sollte nach einer*

> *gewissen Zeit der Defla keine Infla entstehen können?*

Gern:

1. Eine Währungsreform setzt zunächst einmal eine Hyper-Inflation voraus oder eine durch Preisstopps zurückgestaute.

2. Eine Währungsreform in einer Deflation wäre nur in einem EM-Standard möglich, siehe z.B. Roosevelt's Abwertung des USD gegen Gold.

3. Einen EM-Standard haben wir seit 1971 (Nixon) nicht mehr. Gegen was sollte also eine Währung abgewertet werden, wobei wir nicht von Devisenkursen reden. Derartige "Abwertungen" können unschwer durch ZB-Interventionen nullifiziert werden. Die "aufgewertete" Währung lässt sich über Interventionen am Devisenmarkt leicht wieder abwerten, so dass der Zustand ex ante sich wieder einstellen ließe.

4. Eine Infla setzt zusätzliche Kredite, deren Monetarisierung und entsprechende Zusatznachfrage voraus. Diese muss höher sein als die üblicherweise aufgrund vorangegangener (existierender) erforderliche. Den erforderlichen Nachschuldner (Unternehmen, Publikum) durch den Staat zu ersetzen bringt nichts. Das Obama-Programm ist entsprechend einzuschätzen. Es ist ein Ersatzprogramm für fehlende Nachfrage.

5. Daher auch seine rhetorische Wende: Er spricht nicht mehr von 4 (oder) so zusätzlichen Arbeitsplätzen, sondern von deren "Erhalt".

6. Für eine Hyper-Infla bedarf es zwingend massiv über das Bisherige hinausgehende Zusatznachfrage. Dies ist in der Regel nicht über den KM zu leisten, der nur ersetzt bzw. umverteilt, sondern nur per Staatspapiergeld, d.h. Direktkredite der ZB an den Staat Dies ist allen wichtigen ZBs strikt verboten und entsprechend gesetzlich geregelt.

7. Würden diese Gesetze (Verbot der Direktfinanzierung des Staates durch die ZB) geändert, würde ein langwieriger Gesetzesänderungsprozess starten, der nicht heimlich ablaufen kann, sondern nicht nur von den Abgeordneten, sondern auch in der Presse intensiv diskutiert würde.

8. Würde Staatspapiergeld Gesetz, also die Notenpresse für Staatszwecke angeworfen, gingen alle roten Lampen an (das Nichtstaatspublikum hätte ohnehin keinen Zugang zur Notenpresse). Dem Publikum würden die Folgen dieser neuen Lage in breiter Form mitgeteilt und bewusst.

Klartext: Sein Geld würde in kurzer Frist wertlos werden.

9. Das Publikum würde daraufhin dieser Enteignung durch Geldwertvernichtung nicht tatenlos zuschauen, sondern rasch reagieren und zwar, indem es sein, der Vernichtung zugeführtes Geld abhebt

10. Dieses würde ein Run auf alle Guthaben usw. bedeuten, die es bei Banken oder in Cash hält. Die Banken würden insolvent, der Cash letztlich zurückgewiesen (Repudiation). Es käme so zum Zusammenbruch der Währungssysteme und zu allen möglichen Währungsersatzlösungen. Das kann von einer Tauschwirtschaft (Ware gegen Ware bzw. Leistung gegen Ware bzw. umgekehrt) bis hin zu Zahlungssystemen führen, die auf "Realgütern", z.B. EM führen.

Das Alles ist natürlich hypothetisch (gerade der Übergang zu Staatspapiergeld) und schon vom Ansatz her zum Scheitern verurteilt. Der Übergang von einer tendenziell deflationären Entwicklung (Warten bzw. Nichtkauf lohnt sich, ein Selbstverstärkungsprozess) zu einer inflationären (wie in den letzten Jahrzehnten) ist letztlich nur über zusätzliche und mehr als erforderliche Nettoneuverschuldung des Publikums möglich ("Kaufrausch", "Schuldenmachen" weit über die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Einzelnen hinaus, also "Schnellkaufmythos" usw.). Davon sind wir derzeit weit entfernt, wie die Entwicklung in allen Staaten einschließlich der als "Retter" apostrophierten BRIC-Staaten zeigt.

Im Gegenteil: Die Zeit des "Leveragen" ist vorbei. Jetzt müssen erst mal die Überschuldungen abgebaut werden ("De-Leveragen"). Da dies via Konjunkturpakete gestreckt wird, kann es sehr lange dauern, bis der Prozess zu Ende ist. Das De-Leveragen ist ein riskanter Prozess und kann jederzeit zur Implosion (Domino-Effekt) führen. Was, wenn GM oder die Autozulieferbranche in Insolvenz geht (Scheffler/Conti)? Herrn Merckles Imperium brach auch innert kürzester Zeit zusammen.

Es stehen Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel und die Angst um Arbeitsplatzverlust ist sicher nicht der Schalter, der von Defla auf Infla umzulegen ist.

Caveat: Monopolpreise sind dabei ausgenommen. Sie können auch noch in einem deflationären Umfeld steigen und dürften als letzte nachgeben. Was aber ein anderes Thema ist.

Gruß!

Die alte, falsche Fed-Story

verfasst von dottore, 07.03.2009, 12:55

(editiert von CHEF, 15.03.2009, 15:45)

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=89077

Hi Seekumi [korrigiert vom Chef],

- > *Gründerbanken der FED:*
- > *Warburgbanken aus Amsterdam und Hamburg*
- > *Rothschildbanken aus London und Berlin*
- > *Lazard Freres Bank (Paris)*
- > *Israel Moses Seif Bank (Italien)*
- > *New Yorker Banken Lehman Brothers , Kuhn-Loeb und Goldman-Sachs*
- > *Rockefeller Bank Chase National Bank (New York)*
- > http://www.profi-finanz.net/Die_Geheimnisse_der_FED.pdf

Notorisch falsch. Die Fed (1913) ist ein dezentrales ZB-System mit Fed-Banken über die USA verstreut. Member-Bank (Aktionär) kann dort nur werden, wer seinen Sitz in einem der Fed-Bezirke hat, Ausländer niemals (oft genug richtig gestellt).

Die Liste oben ist also völlig falsch und von irgendwelchen Nicht-Fachleuten aus der Luft gegriffen. Warburg (gegr. 1798 HH) gehört erst 1905 dem Reichsanleihenkonsortium an. S.G. Warburg London wurde erst 1946 gegründet ("Siggi" Warburg). Die deutsche Rothschildbank saß nicht in Berlin, sondern in Frankfurt. Nach dem Tod des letzten Inhabers 1901 (Wilhelm Carl) wurde die Bank liquidiert, kann also nicht an einer "Fed-Gründung" beteiligt gewesen sein.

Lazard Frères ist eine Investment- und keine Geschäftsbank - wie Lehman, Kuhn-Loeb, GS. Eine Isreal Moses Seif-Bank hat es nicht gegeben. Außerdem hätte sie nicht an einer Fed-Bank-Gründung beteiligt sein können.

Die Bank of the Manhattan Company (später Chase National Bank) wurde 1799 von Aaron Burr gegründet. Erst in den 1930er Jahren war die Bank mit John D. Rockefeller II.s Equitable Trust Bank verschmolzen worden und stand erst in den 1950ern unter Rockegeller-Einfluss. Also ist 1913 eine Fabel.

Unter David Rockefeller wurde die Bank Teil einer Holding, der Chase Manhattan Corporation. 2000 schlossen sich die Chase Manhattan Corporation und die J.P. Morgan & Co. Incorporated zur J.P. Morgan Chase & Co. zusammen.

Kurzum: Wir haben es hier mit reinen Märchen zu tun. Paul M. Warburg (Deutscher HH, 1910 US-Bürger) gründete 1913 die Fed wie wir sie heute haben (nach Vorbild der RB), da die USA bis dahin keine Zentralbank hatten und diverse Kreditkrisen (u.a. 1907) einen "lender of last resort" nahelegten.

- > *Hinter der FED steht nun viel mehr, als es den Anschein nach außen hin*
- > *hat, also ein ganzes System.*

Dabei handelt es sich bestenfalls um den Board of Governors, Washington.

- > *Zwar sehen die Kurse schlecht aus, und das Lehman Brothers Spielchen haben wir ja gesehen.*

Lehman war nie member bank in NY.

- > *Denke aber eher, es war ein Spiel unter falscher Flagge.*

VT.

- > *Das System wird aber darunter nicht leiden. Neue Strukturierungen sind zwar immer drin, aber diese Banken, welche sich der FED anschließen sind zweit und drittrangig, bekommen von dem großen Kuchen wenig ab, teilweise sind sie sogar verpflichtet sich anzuschließen. Es sind aber immer ausgewählte Banken.*

Falsch. Jede Bank eines Fed-Distrikt, die mit der Fed Geschäfte machen will, muss member bank sein.

- > *Das aber Rothschild oder Rockefeller in Liquidation gehen können, glaubst du daran? Sie stehen über Alles, das gibt es auch so ein Lied; über Alles in der Welt.*

Märchen.

- > *Die Kapitalverteilung dieser Gründerbanken aber ist eine andere, eine undurchsichtige Verteilung. Da existieren Gründungen, Stiftungen, sehr viele Gesellschaften, Politvereine, und so weiter. Man kann also sehr viel agieren.*

Rothschild North America ist eine Investmentbank (2003).

- > *Klar hat es den Anschein nach außen, dass die FED eine staatliche Organisation mit privater Interessenvertretung darstellt, aber in Wahrheit ist die FED keine Rechenschaft schuldig.*

Der Board legt jährlich Rechenschaft ab, die einzelnen Fed Banks ebenso.

- > *Sie rekrutiert sich aus eigenen Reihen,*

Nein, es gibt feste Sitze, z.B. Fed-Bank-Chef, N.Y, ansonsten Ernennungen durch den Präsidenten nach den üblichen Hearings.

- > *und was vorgeschlagen wird, muss politisch angenommen werden.*

Sie schlägt nicht vor, sondern handelt aus eigener Vollmacht.

Gruß!

Goldgeld

verfasst von dottore, 22.03.2009, 10:50

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=92342

Hi Phoenix5,

- > *Was ich fragen wollte. In "Gewaltmetall Gold" schreibst du ja, dass Gold*
- > *sozusagen dass erste Waffenmetall war*

Es war das (zeremonielle) Waffenmaterial der Chiefs, siehe den Dolch von Tut-anch-Ammun:

http://www.suite101.com/view_image.cfm/300370

Ähnliche Dolche aus Ur und in der Sammlung Ebnöter (Schaffhausen).

- > *und sich sein Wert daraus ableiten*
- > *lässt bzw. es erst dadurch zu Geld wurde.*

Den "Wert" der Macht symbolisiert das. Gold war Herrscher-Metall.

- > *Wo lässt sich dass dann*
- > *zeitlich einordnen?*

Ab 1200 BC und früher.

- > *Wenn ein Stamm mit Bronze-Waffen einen anderen unterjocht, wird er ja kein*
- > *Gold mehr als Abgabe fordern, sondern eben Kupfer und Zinn.*

Richtig, siehe dazu die Ausführungen über die Hethiter, die Cu und Sn als Abgaben gefordert hatten (getrennt!).

- > *Mir fehlt da*
- > *irgendwo die Verbindung zum Goldgeld.*

Goldgeld erst mit dem berühmten Kroisos und Vorgängern (Gyges usw.) in Sardeis zwischen den Machtsphären der Perser, die Gold horteten und damit Söldner kauften (siehe Herodot). Kroisos ließ Statere (erst 10, dann 8 gr.) prägen mit Stier- und Löwen-Protomen. Gleichzeitig silberne. Das vermutlich zum Kauf griechischer Söldner. Die Griechen hatten keinen GS, sondern basierten ihr "Geld" Silber.

Noch interessant: Die "Goldmünzen" der Etrusker, die in der Elite zirkulierten (cf. ausführlich dazu den Ausstellungskatalog). Karthago hatte spezielles Ledergeld, zunächst darin Gold, dann nur als "Noten". Holte sich Gold von weither (Herodots Goldszene am Strand, vermutlich westlicher Maghreb) und zahlte mit Gold seine Söldner:



Ägypten prägte nur eine einzige Goldmünze vor den Ptolemäern nach karthagischem Münzfuß.

Die Römer dann ab Sulla. Hatten aber schon im zweiten Krieg gegen Karthago Gold aus Süditalien als Subsidien erhalten (karthagischer Einfluss), um die in Cannae verschwundenen eigene Soldaten durch Fremdtruppen zu ersetzen.

Das römische Münzsystem ab Augustus (23 BC):

1 gold aureus = 25 silber denare; 1 denarius = 4 bronze sesterzen, usw.)

"Machtmetall" also in vielerlei Facetten.

Gruß!

Zinstheorie, Staatenentstehung

verfasst von dottore, 13.04.2009, 13:17

(editiert von -ELLI-, 13.04.2009, 13:21)

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=95844

Hi moneymind,

versuche mal klarzustellen, Danke.

> *Dottore's debitismus finde ich als systematische Erklärung des Kapitalismus einleuchtend, wenn ich auch seine Zinstheorie nicht teile.*

Zinstheorie:

1. Abgabe (Zinnß). Das Wort „zinsen“ kommt noch bis ins 18./19. Jh. vor. Der Abgabeverpflichtete ist der „Zinser“. Der Zinnß hat mit irgendwelchen „investiven“ Zinsen nichts zu tun, da es zunächst nirgends Kredite zu investiven Zwecken gab.

2. Haben wir Abgaben existiert SOLL/IST. Wird das SOLL nicht zum Termin gebracht, kann sich der Verpflichtete (bzw. sein Stamm u.ä.) der Sanktion entziehen, indem er das Abgabengut leiht. Zinslos als Rest der ursprünglichen Solidargemeinschaft. Das gelingt nicht immer, daher das massive Überschuldungsphänomen im alten Babylon (mit korrigierenden clean slates bzw. Erlassjahren bei Herrscherwechseln usw.).

3. Über die Leihe des Abgabengutes wird ein Titel ausgestellt (ausführlich Nissen u.a. Berliner Altorientalisten). Der Titel kann vor Fälligkeit zediert werden, dann mit Diskont. Differenz zu Diskont zum vollen Nominal = Zins.

4. Geliehenes wird später der Einfachheit halber mit einem Zinssatz versehen. Daher die ersten „Bankiers“ (Wucherer).

> *Seine historischen Erklärungen der Entstehung 1) des Staats und 2) von Eigentum und Vertragsfreiheit (der "Sphäre des Privatrechts" also) und parallel dazu der Umwandlung eines religiös legitimierten in einen säkularen Staat halte ich für ökonomistisch verkürzt, sie erklären mir viel zuwenig.*

„Religiöse“ Legitimation ist nun zunächst ein Stammes- und kein Staatsphänomen, von Staatsherrschern dann in einigen Fällen übernommen, wobei die „Religiosität“ in der Regel aus dem Ahnenkult stammt: der Ahn legitimiert seine Nachkommen, zu denken z.B. an die Oba-Figuren in Benin, die im Palast aufbewahrt wurden. In anderen Fällen ist die Gottheit klar vom weltlichen Herrscher getrennt, siehe die verschiedenen Listen, z.B. in Mesopotamien Hunderte von Gottheiten, in Indien mehrere Hunderttausend. Darstellung u.a. die Hammurapi-Steile (Louvre) mit deutlicher Trennung von Gottheit und Herrscher.

Auch vielfach säkulare Herrscher, die keinen Gottheitsanspruch erheben, auch wenn sie „metaphysisch“ argumentieren, z.B. Moses, Joshua, Etruskerkönige, germanische Chiefs, Dschinghis Khan usw.

> *Es ist ganz eindeutig, daß die ersten Staaten durch und durch von Religion bestimmt waren*

Staatenbildung und Versuche dazu ohne Krieg nicht vorstellbar, cf. Flannery/Marcus („Origin of War“).

> *Priesterkönigtümer,*

Israel? Ägypten? Nordische Gebilde? Pazifik?

> *redistributive Palastwirtschaften,*

Palast ungleich Tempel.

> *in deren Zentrum ein religiöser Herrscher stand,*

Nebukadnezar?

> *dessen Aufgabe darin bestand, die gesellschaftliche Harmonie und die Himmelsharmonie (!!)*
sicherzustellen.

Heinsohns These und durchaus beachtenswert. Aber nicht weltweit.

> *Die gesellschaftlichen Aktivitäten konzentrieren sich nicht auf Produktivitätsmaximierung etc. sondern immer auf religiöse Inhalte, die wir heute als "Kunst" bezeichnen: heilige Architektur, Bau von Tempeln, Pyramiden, Palästen, Kirchen, alle mit astronomischen Bezügen, Kunstgegenstände mit religiöser Bedeutung im Alltag, Rituale als Re-Enactment der Schöpfung, usw. usf.*

Womit wurden die Anlagen finanziert, wenn nicht durch Abgaben bzw. Leibarbeit?

> *Siehe dazu z.B. Mircea Eliade: "Das Heilige und das Profane" oder "Der Mythos der ewigen Wiederkehr", oder Julius Evola: "Revolte gegen die moderne Welt".*

Eliade geht es um Archetypen, er spart sich die mühsame historische Kleinarbeit. Bei Evola Vorsicht (Mussolini, Himmler).

> *Die Entstehung dieser ersten Stufe der Hochkultur - religiös motivierte und zentrierte Feudalsysteme mit herrschender Priesterkaste, Klassenteilung und redistributiver Versorgung der Priesterklasse, die dafür die Organisation der Rituale etc. übernimmt - erklärt Heinsohn für mich - wenn auch sehr skizzenhaft - weitaus plausibler als die Oppenheimer/dottoresche ökonomistische, von einem apriorisch gegebenen Machtwillen ausgehende Gewaltstheorie. (siehe Heinsohn: Die Erschaffung der Götter).*

Es geht nicht um „Machtwillen“, sondern das altbekannte ökonomische Prinzip: Andere für sich arbeiten zu lassen, ist vom Machthalter (egal jetzt, wie „religiös“) aus gesehen produktiver als selbst zu arbeiten.

> *Die Entstehung der zweiten Stufe der Hochkultur - die genauso wie die der ersten bis heute in den zuständigen Fachdisziplinen als unerklärt gilt (Zitate dazu kann ich gern nachliefern) - mit privatem Grundeigentum, freien Männern, Vertragsrecht, Kredit, Zins und Geld und Philosophie - erklärt dottore als von oben gestartet.*

Es gibt kein privates Grundeigentum, sondern – sofern Staat – nur Unter-Eigentum. Freie Männer waren Herrscher plus Clique. Kredit, Zins, Geld sind nicht „von unten“ entstanden (Gesellschaftsvertrag?).

> *Ich meine, man kann diesen Prozess nur verstehen als eine revolutionäre Eroberung und Umfunktionierung der vormals priesterlichen (religiösen) Staatsmacht "von unten" durch freie Männer unter katastrophischen Sonderbedingungen (siehe Heinsohn: Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft, Kap. 1).*

Der Katatstrophismus erklärt sehr wohl den Untergang der alten Führungsschichten (minoische Kultur usw.), aber nicht, warum es anschließend sofort wieder zur Bildung neuer Hierarchien kommt.

> *Nur das erklärt ja auch die darauf sowohl im antiken Griechenland als auch in der Moderne folgende bzw. damit einhergehende Kritik des Mythos bzw. der Religion, und das Entstehen eines ganz neuen Denkstils (griechische Philosophie, Wissenschaft und axiomatisch-deduktive Methode - Vorsokratiker bis Aristoteles), der "Aufklärung" (siehe dazu und zum Zusammenhang mit dem neuen, auf Freiheit beruhenden Gesellschaftssystem auch J.P. Vernant: Die Entstehung des griechischen Denkens, G.E.R. Lloyd: "Demystifying Mentalities" und "The Word and The Way" und Richard Seaford: "Money and the early Greek Mind").*

Seaford setzt bei Homer an (Reziprozität, wie bekannt) und untersucht die Veränderung des griechischen Denkens nach dem Beginn der Münzprägungen. Das geänderte „griechische Denken“ ist zwar akademischer Fakt (Peripathie, Akademie etc.), aber wird durch die tatsächliche Entwicklung Griechenlands (Vorherrschaft, Söldner, attischer Bund usw.) in seiner „Wirkung“ auf das reale historische Geschehen widerlegt.

> *Nur das erklärt ja auch den permanenten Streit zwischen Aufklärern und der Kirche sowie Konservativen. U.v.a.M.*

> *Kurz und gut, dottores ökonomistische / materialistische Szenarien halte ich für letztlich zirkulär,*

Sind es Szenarien? Ich versuche mich an die Fakten der Macht- und Gewaltgeschichte zu halten. Diese verläuft nicht zirkulär (à la Kohelet), sondern „linear“ (wenn auch mit Unterbrechungen).

> *sie erklären mir einfach zuwenig, besonders im Hinblick auf das Religionsphänomen und dann die Revolution "vom Mythos zum Logos".*

Das sind Denkschemata, unter „Revolution“ definiere ich Umsturz.

> *Heinsohn hält hier m.E: wesentlich schlüssigere Szenarien bereit*

Was geschieht konkret in/nach der Katastrophe?

> *Allerdings braucht man zu deren wirklichem Verständnis m.E. auch eine Epistemologie, die über die übliche abendländische rationalistische Epistemologie hinausgeht und Symbolkonstruktionsprozesse wie in religiösen Ritualen, die auf Analogien, Metaphern und 1:1 Entsprechungen ("Mappings") basieren, präzise analytisch verstehbar machen.*

Erkenntnistheorien sind gewiss wichtig, tragen mE aber zur Interpretation des realwirtschaftlichen Ablaufs nichts bei. Ich verstehe auch nicht, warum das simple debitistische Konzept „philosophiert“ werden soll. Obwohl vermutlich jeder vernünftige Mensch z.B. Nuklearwaffen ablehnt (Philosophen voran), existieren sie nach wie vor.

> *Gibt es bisher auch kaum, die besten Ansätze dafür finde ich bei Gregory Bateson ("Angels Fear" bzw. "Wo Engel zögern - unterwegs zu einer Epistemologie des Heiligen") und bei Mark Turner und Gilles Fauconnier (Link zum Buch im Vorposting von mir, sie nennen ihr Modell "Conceptual Blending and Integration"). Daher diese Links in meinem Vorposting in diesem Thread.*

Metaphysik („Engel“) ist nicht mein Fach.

> *Nietzsche, den Du ja kennst, hatte übrigens durchaus eine Ahnung von der Bedeutung des "Metaphernphänomens", allerdings hat er das nie analytisch durchdrungen, sondern nur selber eine Metapher nach der anderen vom Leder gezogen, der Gute.*

Nietzsche in „Menschliches...“: „Der Krieg unentbehrlich“ (477). Nur ist der Krieg halt keine Metapher.

> *Naja, wie auch immer - so sehe ich das jedenfalls. Vermutlich ungewöhnlich, vielleicht schwerverdaulich, hoffentlich wenigstens in Ansätzen irgendwie nachvollziehbar (ist irgendwie doch wieder länger geworden).*

Sehr wohl nachvollziehbar. Für mich ein interessanter philosophischer Ansatz.

Vielen Dank + Gruß!

Münzhorte und ökonomische Theorie

verfasst von dottore, 03.05.2009, 12:03

(editiert von Hausmeister, 03.05.2009, 12:23)

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=99395

[I]n der herkömmliche Ökonomie gilt "Geld" quasi als blinder Fleck oder als "Schleier" (Pigou), der nur weggezogen werden muss, um die "wirkliche" Wirtschaft analysieren zu können (Input/output-Analyse usw.). Ansonsten ist es ein "Tauschmittel", also etwas, das das Wirtschaften "erleichtert".

Dass Geld bzw. das ihm in früherer Zeit zugrundeliegende EM ein Machtderivat ist und ergo eine ökonomische Analyse beim Machtproblem anzusetzen hat, wird nur bei off-mainstreamern bzw. "Soziologen" thematisiert. Dabei ist schon des öfteren auf Franz Oppenheimer ("Der Staat") hingewiesen worden und seine auch in Wiki nachzulesenden Kernsätze:

1. "(Jeder Staat ist) seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. **Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger. Kein primitiver »Staat« der Weltgeschichte ist anders entstanden...**".

2. „Jeder Staat der Vergangenheit und Geschichte, dem dieser Name unbestritten zukommt, jeder Staat vor allem, der in seiner Entwicklung zu höheren Stufen der Macht, der Größe und des Reichtums weltgeschichtlich bedeutsam geworden ist, war oder ist ein **Klassenstaat, d. h. eine Hierarchie von einander über- und untergeordneten Schichten oder Klassen mit verschiedenem Recht und verschiedenem Einkommen.**"

3. „Der unversöhnliche Zwiespalt der Theorien vom Staate erklären sich daraus, dass keine von ihnen vom soziologischen Gesichtspunkte aus entstanden ist. **Der Staat ist ein universalgeschichtliches Objekt und kann nur durch breit spannende universalgeschichtliche Betrachtung in seinem Wesen erkannt werden.** Diesen Weg (...) hat bisher, außer der soziologischen, keine Staatstheorie beschritten. Sie alle sind als Klassentheorien entstanden“ (Gesammelte Schriften, Bd.2, S.312).

4. „Man kann den Staat auffassen als eine ökonomische Kollektivperson der herrschenden Klasse, die sich die Arbeitskraft der Untertanen als »Wertding« beschafft hat“ (Oppenheimer, Das Kapital, S.84).

5. „Die »Ursprungsnorm« dieser Verfassung lautet: **Ihr sollt uns unentgolten steuern; zu dem Zwecke habt ihr zu gehorchen, wenn wir befehlen, sonst trifft euch die Sanktion, die uns beliebt**“ (Oppenheimer, System der Soziologie, Bd. II, S.308).

Die Geschichte gerade Nordeuropas scheint ihm Recht zu geben (die Oppenheimer nur cursorisch geläufig war). Im Zentrum steht dabei u.a. das sog. "Danegeld", ein von den siegreichen "Nordmännern" (Normannen) diversen weiter südlich gelegenen Gemeinwesen auferlegt wurde. Dabei wurden Dutzende von Tonnen Silber abgefordert (hier wieder ex Wiki):

"Der Ausdruck bezeichnet eine Abgabe, mit der die Dänen bewogen werden sollten, von ihren Raubzügen Abstand zu nehmen. Sie hat ihren Ursprung bei Æthelred in dessen Vertrag von 991 nach Ealdorman Brihtnoths Tod im Kampf von Maldon.

Die Chroniken berichten, dass dies der Anlass war, einen Tribut von 10.000 Pfund Silber an die Dänen zu entrichten. Treibende Kraft war Erzbischof Sigerich, so dass es bei späteren Autoren Siricius-Danegeld genannt wurde.

Diese Danegeld-Zahlungen waren ein spezifisches Merkmal von Æthelreds Herrschaftszeit. 994 wurden 16.000 Pfund Silber gezahlt, 1002 waren es 24.000 Pfund, 1012 waren es bereits 48.000 Pfund. Porkell hávi kam da mit 45 Schiffen, um den Tribut einzutreiben, anschließend unterstellte er sich Æthelred.

*Mit dieser Zahlung änderte sich der Charakter des Tributes. Von jetzt an diente die Abgabe der Unterhaltung des normannischen Heeres zur Verteidigung des Landes. Die Angelsächsische Chronik bezeichnet nun die Abgabe als gyld, stang gyld in einzelnen Fällen auch heregyld (Zahlung, schwere Steuer; Heeressteuer). **1018 erhob Knut der Große einen Tribut von insgesamt 82.500 Pfund Silber, mit dem er seine Truppen entlohnte. Die Masse der Münzen aus der Zeit Æthelreds in skandinavischen Horten bestätigt diese Berichte.***

Was machten die Truppen mit dem Geld?

Zum Teil beschafften sie sich im jeweiligen Ursprungsland Waren (sog. "Machtkreislauf") oder zahlten ihrerseits - sofern dann ebenfalls unterworfen - die geforderten Tribute oder sie horteten es. Die Horte reichen - wie schon dargestellt - bis hinauf zu den Lofoten, wo bisher 4 Funde mit Geprägten gemeldet wurden (Weisgerber), die aus einem islamischen Reich des 8./9. Jh. im weit entfernten Afghanistan stammen. Mit "Handel" kann dies kaum erklärt werden, mit Beuten bzw. Söldnerzahlungen umso leichter.

Im Ostseeraum, also der Herkunftsregion der "Vikings", finden sich massenweise Horte, wobei das darin vergrabene EM nur schwerlich aus "Handelsbeziehungen" stammen kann. Nach einer Aufstellung des Museums für Hamburgische Geschichte, Abt. Münzkabinett, das diese Horte minutiös in vielen Bänden auflistet, wobei auch die Ergebnisse der Forschungen anderer Staaten einfließen, ergeben sich nach einer Aufstellung aus den 1990er Jahren diese Zahlen:

Münzen insgesamt / orientalische / deutsche / englische:

- **Schweden (vor allem Gotland): 208.000 / 80.000 / 85.000 / 43.000**
- **Altrussland: über 36.350 / ? / 33.000 / 3.350**
- **Polen: über 26.000 / 53.000 / 1.300**
- **Dänemark: 18.500 / 4.000 / 9.100 / 5.400**
- **Estland: 17.500 / 5.000 / 10.500 / 2.000**

usw. Laufend erhöht sich die Zahl der gefundenen Horte.

Die orientalischen Gepräge liegen zwischen 3 und 4 Gramm, die deutschen und englischen um die 2 Gramm.

Arkadi Molvugin hat die estischen Funde genauer dargestellt. Sie verteilen sich über das gesamte Land, ein Schwerpunkt entlang der Küsten (Häfen?) ist nicht erkennbar. Einer der größten Funde (3,4 Kilo) liegt tief im südlichen Landesinneren, fernab der rekonstruierbaren Straßen, womit sich die Interpretation als "mittels Handel gewonnen" wohl erledigt. Es dürfte sich vielmehr um einen Hort handeln, den ein dort ansässiger Bauern-Krieger-Söldner nach Abschluss seiner "Feindfahrt" an dieser Stelle verwahrt hat.

Die estnischen Horte enden auch just, nachdem das Gebiet im 11./12. Jh. von einer deutsch-dänischen Streitmacht erobert wurde. Damit waren die Esten ihrerseits tributpflichtig. Warum sie keinen Handel mehr getrieben haben sollten, ist nicht nachvollziehbar. Der Landweg war nach wie vor frei, der Seeweg - via Ostsee (vgl. die Gründungsdaten der dortigen "Handelsmetropolen") - allerdings noch nicht erschlossen.

Kurzum: Eine ökonomische Theorie, die ihre Analysen mit "Produktionsfaktoren" startet ohne diese bzw. deren Entstehung und Existenz sauber abzuleiten und die solche - wie die dargestellten - Fakten ausblendet, also Staat und Macht nicht als grundlegend anerkennt, bzw. solche nur subsidiär heranzieht, setzt an der falschen Stelle an.

Handel in Rom

verfasst von dottore, 08.12.2009, 08:21

(editiert von Hausmeister, 08.12.2009, 12:18)

http://www.dasgelbeforum.net/forum_entry.php?id=139648

Hi ufi,

wie wahr!

Dazu gefunden bei

<http://sneaker.cfg-hockenheim.de/referate/inhalt/wirtschaft/>

"Handel
Allgemein

Der Handel spielte gegenüber der Landwirtschaft bis zum 3. Jahrhundert v. Chr. in der Wirtschaft Mittelitaliens eine deutlich untergeordnete Rolle. Erst die im 3. Jahrhundert v. Chr. einsetzende Münzprägung und die zunehmenden Kontakte haben einen grundlegenden Wandel der rückständigen Wirtschaftsstruktur Roms bewirkt.

Roms Handelsbilanz war passiv (!): Es wurde mehr importiert als exportiert, schon in der Frühzeit aus griechischen Kolonien.

Rom konnte einen blühenden Handel und eine gute Wirtschaft verzeichnen, wahrscheinlich aus diesem Grunde gab es sogar schon Ansätze für bargeldlosen Zahlungsverkehr.

Über den Umfang des Handels sind jedoch nur grobe Schätzungen möglich. Bei einer geschätzten Überlieferung zwischen einem Prozent und einem Promille einst vorhandener Stücke erlauben die dokumentierten Mengen importierter römischer Metall- und Glasgefäße jedoch den Rückschluss auf erhebliche Zahlen.

In der Stadt Rom

Rund um das römische Forum waren große Markthallen, die Kaiserfora, um das alte Einkaufs- und Verwaltungszentrum angelegt, sie dienten auch als Gerichtshallen. Die Trajansmärkte, eine Art römisches Warenhaus, boten für die damalige Zeit alles in reichlicher Vielfalt. So waren in der Saepta Iulia, einem 400 m langen und 60 m breiten Gebäude, alle Geschäfte ähnlich einem heutigen Kaufhaus untergebracht.

Der Lebensstandard stieg allgemein, vor allem in den größer werdenden Städten.

Die Handwerker stellten sich darauf ein und Händler belieferten die Verbraucher mit einer Vielzahl von Produkten. Die Lebensgewohnheiten der Menschen, die Ausstattung ihrer Wohnungen und die Gebrauchsgegenstände glichen einander im ganzen Imperium: Bei allen sozialen Unterschieden gab es eine einheitliche Lebensweise.

Die Versorgung von Rom wurde durch die CURA ANNONAE organisiert, wobei Getreide von den Provinzen Afrika und Ägypten, Öl, Wein und garum von spanischen Provinzen geliefert wurden. Daneben bestand aber ein freier Getreidemarkt in Rom.

Eine der Grundlagen des Wirtschaftslebens während der späten Republik und des Kaiserreiches war die kostenlose Getreideversorgung. Lediglich ein geringer Teil wurde an Bäcker verkauft, das meiste verteilte man an Bürger aller Schichten.

Sklavenhandel

Der Sklavenhandel besaß während des 2. und 1. Jh. v. Chr. große wirtschaftliche Bedeutung: Vor allem Gallier verkauften Kriegsgefangene oder Schuldklaven in großer Zahl nach Italien und aus dem östlichen Mittelmeerraum gelangten viele Menschen – teilweise als Opfer der Piraterie – auf den Sklavenmarkt.

Sklaven sahen die Römer als Sachen an, mit denen man nach Belieben umgehen konnte und die der Gewalt ihres Besitzers völlig unterworfen waren.

Deswegen war es üblich, dass man sie auf Sklavenmärkten handelte: Es gab Sklavenhändler, die ihre „Ware“ zum Verkauf anboten oder gute Sklaven ankauften. Lediglich am Gewinn ihres Herrn beteiligte Sklaven konnten später ihre Freiheit erkaufen.

Seehandel

Seit ältesten Zeiten gab es im Mittelmeerraum einen regen Handelsverkehr. Er verband über weite Distanzen die nordwestlichen Provinzen mit dem Vorderen Orient und hatte einen erheblichen Umfang, was allein an der Ladekapazität der Schiffe ablesbar ist. Schiffe waren im Altertum das leistungsfähigste und billigste Transportmittel.

Der Seehandel an den Küsten des Arabischen Meeres², des Indischen Ozeans und des Nordpazifiks war sehr bedeutend. In der Zeit des 1. und 2. Punischen Krieges wurde Rom zur Seemacht, römische Händler folgten den Legionen sogar nach Afrika, um von der Beute zu profitieren.

Spätestens seit der LEX CLAUDIA DE NAVE SENATORUM (218 v. Chr.) – einem Gesetz, das Senatoren den Besitz von Schiffen mit einer Ladekapazität von mehr als 300 Amphoren untersagte – betrieb man mit erheblichen finanziellen Mitteln Handel. In großen Hafenstädten wie Ostia, dem Hafen Roms an der Tibermündung, wurden fortlaufend Schiffe be- und entladen und stachen in See. Es gab sogar eine Hafenz Polizei, die das rege Treiben überwachte und gegen Schmuggler vorging.

Das Risiko für die Kaufleute war offensichtlich immer groß: Nur selten waren die Transportwege zu Lande und zu Wasser sicher. Eine besondere Plage stellte die Seeräuberei dar. Im 1. Jahrhundert v. Chr. gelang es den Piraten zeitweilig, das gesamte Mittelmeer unter ihre Kontrolle zu bringen und Handelsfahrten nahezu unmöglich zu machen. Der römische Staat griff ein. Es wurden regelrechte Kriege geführt (Pompeius), um das Piratenunwesen zu beseitigen. 1300 Piratenschiffe wurden damals verbrannt, 300 im Kampf erobert.

Handelsrouten

Seit dem Beginn der Kaiserzeit hatte sich das Fernhandelsnetz beständig erweitert. Es umspannte nicht nur das gesamte Römische Reich, sondern erstreckte sich in vereinzelt Routen bis an die Ostsee und über das Schwarze Meer hinaus bis nach Rußland. Von Petra und Palmyra im Osten des Reiches führten Karawanenstraßen durch das Zweistromland (Mesopotamien) an den Persischen Golf und gewannen hier Anschluss an den Fernhandel mit China, Südindien und Ceylon.

Eine der bekanntesten frühen Fernhandelsrouten ist die Seidenstraße zwischen China und dem kaiserlichen Rom. Sie entstand etwa um 100 v. Chr., als die Han-Dynastie einen großen Teil Zentralasiens für den Karawanenverkehr sicher machte. Auf der 6 000 Kilometer langen Strecke beförderte man die bei den Römern sehr begehrte chinesische Seide, römische Wolle und wertvolle Metalle sowie viele andere hochwertige Luxusgüter über Zwischenstationen in Indien und Arabien.

"...minimaque computatione miliens centena milia sestertium annis omnibus India et Seres et paeninsula illa (Arabia) imperio nostro adimunt: tanti nobis deliciae et feminae constant!" (Plinius). Übersetzt:

"Nach den niedrigsten Schätzungen entziehen Indien, die Serer und die Halbinsel Arabien unserem Staate alle Jahre 100 Millionen Sesterzen: Soviel kosten uns Luxus und Frauen!"

Mit diesen Worten beklagte Plinius der ältere die Verschwendungssucht seiner Zeitgenossen, die damals Luxusgüter vom ganzen (damals bekannten) Erdkreis begehrten – dabei zahlten sie immense Preise, die sich gelegentlich verhundertfachten!

Binnenhandel zwischen Provinzen

In der Kaiserzeit nahmen die zum Römischen Reich gehörenden Gebiete einen großen wirtschaftlichen Aufschwung. Die PAX ROMANA förderte ungestörte Handelsbeziehungen im ganzen Imperium Romanum.

Die aufstrebenden Provinzen trieben nicht mehr nur mit dem zentralen Italien Handel, sondern auch untereinander. Das Imperium Romanum entwickelte sich im 1. und 2. Jahrhundert n. Chr. zu einem geschlossenen und sich selbst versorgenden Wirtschaftsgebiet.

Nordafrika oder Ägypten exportierten Getreide, Metalle kamen von der Iberischen Halbinsel, Luxusartikel aus Italien, Griechenland oder dem Orient, Töpferwaren und Glas aus Gallien und dem Rheinland, exotische Tiere aus Afrika oder Asien, Leder und Pelze vom Nordrand des Reiches; die Randgebiete des Imperiums lieferten auch Sklaven.

Träger des römischen Handels nach Germanien waren in der Regel römische Kaufleute, mercatores, die sich meist zu Vereinigungen zusammenschlossen."

© Daniel Vollbrecht, 2000

Also für das antike Rom scheint es zu stimmen + Gruß!

(Als Zitat hervorgehoben + Quellenangabe hinzugefügt. HM)